C 21734 D

Kommunisten und Wahlen S. 9



Arbeiterkampf

Jg. 8 Nr. 131 12.6.78

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

2 DM

Witwen: Menschen 2. Klasse?

In einem Musterprozeß unterlag die Witwe Elisabeth Hirschmann vor dem Bundesverfassungsgericht mit ihrer Klage gegen die Rentenregelung, wonach Witwen nur 60 % der Rente ihrer verstorbenen Männer erhalten. Sie berief sich darauf, daß Männer beim Tod ihrer Frau selbstverständlich die volle Rente weiterbekommen.

Dies verstoße gegen den Gleichheitsgrundsatz und sei damit verfassungswidrig. Frau Hirschmann freilich wurde von den Richtern eines Besseren belehrt, wie derlei Verfassungsaussagen zu interpretieren seien. Dem Versicherten nämlich stünde die volle Rente in jedem Fall als *„Ersatz für ausfallenden Lohn"* ungeschmälert zu. Für die Frau dagegen, die nicht selbst „einer bezahlten Arbeit nachgegangen" ist und Versicherungsbeiträge geleistet hat, brauche beim

nicht selbst „einer bezahlten Arbeit nachgegangen" ist und Versicherungsbeiträge geleistet hat, brauche beim

Tod ihres Mannes nur der *„ausfallende U n t e r h a l t"* ersetzt werden. Dafür aber seien 60 % der Rente mehr als genug.

Man beachte die feine Differenzierung! Hausfrauen werden eben für ihre Arbeit nicht bezahlt. Sie dürfen sich glücklich schätzen, für die segensreiche Hausarbeit von ihren Männern „unterhalten" zu werden. So sagt es das höchste bundesdeutsche Gericht.

Sollte der Gesetzgeber die Witwenrenten-Regelung vielleicht einmal ändern, dann wäre dies sozusagen ein großzügiger Akt der „Sozialpolitik", ein „Geschenk" an die Frauen. G e z w u n g e n ist er dazu jedenfalls nicht. Und das ist auch der Grund, weshalb die Witwen in der BRD auch keine Beseitigung dieser frauenfeindlichen Regelung von den bürgerlichen Parteien erwarten können.

Noch unverschämter als das BVG hatte in niedrigerer Instanz ein Landessozialgericht geurteilt. Dort hatten die Richter glatt festgestellt, ein M a n n brauche volle Rente, weil er beim Tod seiner Frau schließlich gezwungen sei, sich die fortgefallenen „Leistungen" zu erkaufen. Da eine Frau halt eine Frau ist, fällt diese geldsumme für s i e weg: Macht minus 40 %! Das BVG zeigte sich demgegenüber zwar „dezenter" in der Begründung, fällte aber exakt das gleiche Urteil. Brutaler konnte die diskriminierende und rechtlose Situation der Hausfrauen in der BRD kaum demonstriert werden.

Scheinheilig argumentierten die Richter damit, daß es den Witwen in der BRD ja ganz gut gehe, und die Zahl derjenigen, deren Rente so niedrig sei, daß sie Anspruch auf Sozialhilfe haben, *„relativ gering"* sei. Was unter einer „relativ geringen Zahl" präzise verstanden wird, mochten die Richter freilich nicht genauer angeben. Die „FAZ" (7.6.) merkte dazu vorsichtig an, daß es *„nicht gelungen*

Richter freilich nicht genauer angeben. Die „FAZ" (7.6.) merkte dazu vorsichtig an, daß es „nicht gelungen

war, ein klares Bild über die soziale Lage der Witwen zu gewinnen".

Tatsächlich jedoch erhalten knapp die Hälfte der Arbeiterwitwen und ein knappes Viertel der Witwen von Angestellten eine Rente unter 450 DM monatlich.

Prompt wurde das Urteil von der Bundesregierung und den Koalitionsparteien SPD und FDP *„mit Befriedigung aufgenommen"* („FR", 7.6.). Eine Besserstellung der Witwen sei halt eine Frage der „Sozialpolitik" und nicht der Verfassung.

Frauenpolitik wird von diesen Herrschaften offensichtlich mit dem Muttertags-Verständnis gehandhabt! In besonders übler Weise äußerte sich auch die „FR" in einem Kommentar (7.6.). Das krasse Unrecht gegenüber den Witwen wird als *„zulässige Differenzierung"* bezeichnet. Diejenigen, die jetzt *„heftige Schelte"* an dem Urteil üben würden, würden die Sache eben nicht *„nüchtern"* genug betrachten.

Hier kommt zu der Schweinerei des Urteils gleich noch die Hetze dazu, die Kritiker(innen) seien nicht recht bei Sinnen. Pfui Deibel!

"Grüne" und "Bunte" verändern die politische Landschaft

Herausragendes Ereignis der Wahlen in Hamburg und Niedersachsen am 4. Juni war das relativ gute Abschneiden der „Bunten" und „Grünen" Listen und das Herausfallen der FDP aus beiden Landesparlamenten.

In Hamburg bekam die „Bunte Liste" 3,5 % der Stimmen. Besonders gut schnitt sie im innerstädtischen Kerngebiet Hamburgs ab, wo etwa 250.000 Wahlberechtigte leben (Hamburg insgesamt: 1,3 Mio. Wahlberechtigte) – dort bekam die „Bunte Liste" etwa 6,4 % der Stimmen.

Bei der gleichzeitgen Wahl zu den Bezirksparlamenten bekam die „Bunte Liste" im Bezirk Eimsbüttel (180.000 Wahlberechtigte) 5,0 %. Zwei Frauen werden nun als Abgeordnete die „Bunte Liste" im Eimsbüttler Bezirksparlament vertreten.

In Niedersachsen bekam die „Grüne Liste Umweltschutz" (GLU) 3,9 % der Stimmen. Besonders hervorzuheben sind dabei: 17,8 % im Wahlkreis Lüchow-Dannenberg (Gorleben!), 7 % im WK Uelzen, 6,5 % im WK Bevensen, 6,o % im WK Lüneburg Stadt, 5,9 % im WK Göttingen-Stadt, 5,9 % im WK Hannover-Mitte und 5,8 % im WK Braunschweig II.

Dieses Ergebnis, beim ersten Antreten alternativer Listen zu Wahlen auf Landesebene, zeigt, daß trotz der undemokratischen 5 %-Klausel der Sprung in die Parlamente für fortschrittliche Listen möglich ist. Der nächste Test werden im Herbst die Landtagswahlen in Hessen sein.

Erste Analysen zeigen, daß die FDP ihre Stimmen vor allem an die SPD und CDU verloren hat, kaum hingegen an die „Bunten" und „Grünen". Nach den empfindlichen Schlägen von Hamburg und Niedersachsen sind in der FDP d i e Kräfte zur Offensive übergegangen, die die Partei deutlich nach rechts verschieben wollen und die letztlich eine Regierungskoalition mit der CDU/CSU anstreben. Wenn sich dieser Trend fortsetzt, sind die Tage der Regierung Schmidt gezählt.

Neue (Anti)-Terror-Gesetze durchgezogen

Am 8.6. beschloß der Bundestag weitere Verschärfungen des Prozeßrechts, des Versammlungs- und Melderechts sowie der Abhörgesetze. Widerstand gegen diese Gesetze, die in aller Stille durchgezogen wurden, waren uns bis Redaktionsschluß nur von der CDU/CSU bekannt. Nach deren Aussagen „blieben nur kümmerliche Reste" von ihren viel weitergehenden Vorschlägen.

Im einzelnen wurde beschlossen:

Prozeßrecht: V. a. sogenannte Großprozesse sollen beschleunigt werden. Einzelne Straftatbestände können in Zukunft abgetrennt werden, d.h. es braucht nicht mehr wegen aller Tatbestände Anklage und Beweis erhoben werden. Urkunden müssen nicht mehr verlesen werden, außerdem werden das Ordnungsrecht gegen Zeugen verschärft und die Möglichkeit von Ablehnungsanträgen durch die Verteidigung eingeschränkt.

Telefonkontrolle: Abgehört werden soll in Zukunft schon bei bloßem Verdacht nach §129a („terroristische Vereinigung"). Gegen diese Verschärfung protestierte der Anwaltsverein.

Versammlungsrecht: Nicht nur das Mitführen von Waffen, sondern auch waffenähnliche Gegenstände (?) bei Demonstrationen soll strafbar sein.

Meldepflicht: Der Bund erläßt eine Rahmenvorschrift für die einheitliche Hotelmeldepflicht in allen Bundesländern. Gäste müssen Anmeldeformulare handschriftlich ausfüllen.

Ausweispflicht: Darf jemand nicht ausreisen und bekommt deshalb keinen Paß, wird das künftig in den Personalausweis eingetragen, damit er auch nicht in Länder reisen kann, für die ein Paß nicht erforderlich ist.

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg



Hannover: Solidaritätsdemonstration mit den verfolgten AKW-Gegnern

Über 5.000 AKW-Gegner aus allen Teilen der Bundesrepublik demonstrierten am 10. Juni in Hannover gegen die Terrorurteile der Justiz in den Prozessen gegen die Angeklagten der Grohnde-Aktion vom 19.3.77 und forderten die sofortige Einstellung der Prozesse und die Freilassung der Verhafteten AKW-Gegner. Aufgerufen hatten verschiedene Bürgerinitiativen vor allem aus dem Norddeutschen Raum.

Das Verbot, einen Lautsprecherwagen mitzuführen, durchbrachen die Demonstranten erfolgreich. In den vorderen Reihen der Demonstranten waren einige der angeklagten AKW-Gegner mit Sandwiches vertreten. Sie gestalteten auch die Abschlußkundgebung.

Der Staatsapparat provozierte wiederum durch ein riesiges Polizeiaufgebot (u.a. konnten wir Polizei aus Göttingen, Hildesheim, Osnabrück und Lüneburg registrieren). Zu einem Zwischenfall kam es, als ein Trupp Polizisten grundlos einige Demonstranten überfielen. Dabei wurde einer brutal zusammengeschlagen, einem zweiten ein Finger gebrochen.

Bereits am Vorabend der Demonstration folgten 300 AKW-Gegner dem Aufruf zu einer Solidaritätsveranstaltung, auf der u.a. der Bielefelder Richter Helmut Ostermeyer, Walter Soyka, Jens Scheer, Rüdiger als Verurteilter und ein Anwalt sprachen.

Am 10. und 11.6. beteiligten sich bis zu 600 Menschen an einem Kongreß der AKW-Gegner. In 9 verschiedenen Arbeitsgruppen, u.a. zu Wahlen, AKWs und Gewerkschaften, Wiederaufbereitungsanlage Gorleben und Widerstandsformen, diskutierten sie zum Teil sehr kontrovers über den Stand und die Perspektiven der Anti-AKW-Bewegung. (Wir werden im nächsten ARBEITERKAMPF ausführlich über den Kongreß berichten).



Blick in die Welt

Juden fordern Filbingers Rücktritt

Die Schlinge um Filbingers Hals wird immer enger. Nachdem Rolf Hochhut weitere Beweise für die Verlogenheit der Filbingerschen Behauptungen, er sei ein Anti-Nazi gewesen, in der „Zeit" veröffentlicht hat, druckte die „Frankfurter Rundschau" (7.6.) eine bemerkenswerte Stellungnahme von Juden zum „Fall Filbinger" ab. Die Stellungnahme richtet sich gegen die Ehrenerklärung, die der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Werner Nachmann, für Filbinger eine Woche zuvor abgegeben hatte. Dieser hatte sich mit der Argumentation, Filbinger habe beim „Aufbau der BRD Hervorragendes geleistet", schützend vor den furchtbaren Juristen gestellt.

Wir zitieren im folgenden aus der Stellungnahme, die von zwölf Juden namentlich unterzeichnet wurde: „ ... *Nachmann gibt damit zu verstehen, daß die Vergangenheit abgespalten und verleugnet werden kann, und eine ehemalige aktive Identifikation mit einer völkermörderischen Regierung dann als eine läßliche Sünde erscheint, wenn sich die alte Gesinnung mit scheinbar wertneutralem Opportunismus im Rahmen eines neuen Staates um Wiedergutmachung an den Opfern bemüht. Der berüchtigte Schlußstrich unter die Vergangenheit verhindert eine wirkliche Auseinandersetzung mit der Geschichte. Er schafft eine bequeme, künstlerische Trennung von Gut und Böse, die die Erkenntnis verhindert, daß Bestandteile des alten Systems in der Gegenwart weiter existieren...*

Nachmann macht den unzulässigen Unterschied zwischen Völkermord an Juden und der übrigen nationalsozialistischen Politik... Glaubt Nachmann, daß er als Repräsentant der Juden in der BRD einen Filbinger verteidigen kann, weil das Blut, das an dessen Händen klebt, kein jüdisches Blut ist?... Indem er die Judenverfolgung aus dem Zusammenhang nationalsozialistischer Politik bricht, verleitet Nachmann zu dem ungeheuerlichen Gedanken, daß er die Gesellschaftsordnung des Nationalsozialismus für nicht ganz so menschenverachtend gehalten hätte, wäre sie nicht antisemitisch gewesen. Denn Mord ist Mord, ob im Namen der Nationalsozialisten an einem Juden oder an einem Matrosen ausgeführt.

Indem Nachmann Filbinger zu Unrecht mit dem von der Reaktion verhöhnten schwachen Ebert, den von den Rechtsradikalen ermordeten Rathenau und Erzberger, zu Recht aber mit dem von den Nazis nicht umsonst ehrenvoll auf Rente gesetzten Noske vergleicht, und Filbinger nicht zu den ‚tatsächlichen Verantwortlichen der Nazizeit' zählt, spricht er ihn nicht nur als Mitträger und Mitläufer eines Regimes frei, das durch das Nürnberger Tribunal für alle Welt als Verbrecherherrschaft gekennzeichnet wurde. Er redet auch einer gefährlichen Haltung das Wort, die immer dort die politische Ordnung gefährdet sieht, wo Politiker kritisiert werden. Dabei macht er zynischerweise keinen Unterschied zwischen politischer Kritik und Mord (wie an Rathenau und Erzberger), wenn er Angriffe auf Politiker ohne Ansehens des Charakters der Kritik und unabhängig von der politischen Identität und Programmatik des Politikers immer als Angriff auf die freiheitliche Demokratie interpretiert...

Erschreckend das Einverständnis zwischen Henkern und manchen Opfern — über die Gräber hinweg. Damit wird die Trauer um die Opfer des Faschismus, Juden wie Nichtjuden, zum Fatalismus und um ihre Konsequenz des Widerstandes gebracht. Ein Nachmann darf einen Filbinger nicht schützen; Stiefelleckerei, Unrecht und Mord sollen nicht das letzte Wort haben. Deshalb muß Nachmann ebenso zurücktreten wie Filbinger, darf das perverse Freundespaar, der taube Richter und das blinde Opfer, die Bühne nur gemeinsam räumen."

Filbinger muß weg!



Unter der Parole „Treten Sie zurück, Herr Filbinger!" demonstrierten am 30.5. in Stuttgart 250 - 300 Menschen. Die Protest-Veranstaltung wurde von den Jusos, LV Baden-Württemberg, Stuttgart organisiert. Das zu dieser Kundgebung herausgegebene Flugblatt wurde von einer Anzahl demokratischer Persönlichkeiten unterschrieben. In ihrer Rede auf der Kundgebung sagte die Stuttgarter Schriftstellerin und Bundesvorsitzende der Humanistischen Union, Charlotte Maack: „*Wir sind nicht bereit, einen Ministerpräsidenten zu tolerieren, der noch kurz vor Kriegsende ein Todesurteil zu vollstrecken half!*". Einige Redner betonten: „*Für sie sei aber Nazirecht kein Recht, das man akzeptieren müsse. Ganz wenige Angehörige der Kriegsgeneration hätten das Recht, sich Anti-Nationalsozialisten zu nennen. Jeder, der nicht aktiv Widerstand geleistet hätte, habe sich mitschuldig gemacht. Deshalb sei es auch eine Beleidigung aller Widerstandskämpfer des Dritten Reiches, wenn sich Filbinger als ein solcher bezeichne*" („Stuttgarter Nachrichten", 31.5.).

Im Anschluß an die Kundgebung formierten sich die Teilnehmer zu einem Demonstrationszug zum Mahnmal für die Opfer des Faschismus. Dort wurde ein Kranz niedergelegt mit der Inschrift „Für den Marinesoldaten Kröger und alle Fahnenflüchtigen des Naziregimes".

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Filbingers „Zivilcourage"

Als „Sympathisantin des Terrors" war die demokratische Schriftstellerin Louise Rinser im Sommer 77 erst in der „Quick" und dann in der „Terror-Dokumentation" der CDU diffamiert worden.

Prompt wurde die Schriftstellerin von der Stadt Gerlingen (bei Stuttgart) wieder ausgeladen, nachdem sie zuvor zu einer Dichterlesung gebeten worden war.

Jetzt wurde ein Schreiben des Baden-Württembergischen Staatsministeriums an die rechtsgerichtete „Freie Wählervereinigung" Gerlingen bekannt, in dem es heißt: „**Sie haben im Fall Rinser einen klaren und begründeten Standpunkt bezogen... Über die von Ihnen bewiesene Zivilcourage hat sich der Ministerpräsident gefreut und wünscht Ihnen für Ihr politisches Wirken weiterhin viel Erfolg**" („tat", 2.6.78).

Diese Art von „Zivilcourage" scheint eine besondere Eigenheit des ehemaligen Marinerichters zu sein.

Ausnahmezustand in Westberlin



Diese Bilder gehören für die Westberliner inzwischen zum Alltag

Am 27. Mai gelang die Befreiung Till Meyers aus dem Moabiter Knast, einem Knast, der in den letzten Jahren immer mehr zur Festung ausgebaut worden war.

Justizsenator Baumann hatte noch am Tag zuvor versichert, die Kontrolle gerade von Besuchern politischer Gefangener genüge „*besonders hohen Anforderungen*". — Und das ist ganz und gar nicht übertrieben: Innerhalb von zwei Jahren war im Moabiter Knast ein besonders gesicherter „Verwahrbereich" gebaut, eine Fernseh-Überwachungsanlage installiert, eine Beobachtungskanzel errichtet, eine Mauer neu gezogen und „*an gefährdeten, unübersichtlichen Stellen*" schwenkbare Scheinwerfer angebracht worden. In die Anwaltssprechräume wurden Trennscheiben eingebaut, Besucher der politischen Gefangenen wurden — sofern sie sich als solche zu erkennen gaben — mit einer Sonde nach metallischen Gegenständen durchsucht. Außerdem ist eine „Musterzelle" im Bau, ein weiterer Beobachtungsturm kurz vor der Fertigstellung.

Trotz dieser Angleichung des Moabiter Knastes an das Modell Stammheim nutzten die drei bürgerlichen Parteien und die gesamte bürgerliche Presse die Befreiung Till Meyers, um hysterisch unzählige „Sicherheitslükken" zu bejammern. Der Zweck ist klar, denn ganz t o t sicher, wie die Bourgeoisie das gerne hätte, ist der Moabiter Knast offensichtlich doch noch nicht.

Nach der Befreiung — Razziengesetze erstmals in Anwendung

Sofort nach der Befreiung Meyers setzte sich Baumann über seine bisherigen „verfassungsrechtlichen Bedenken" hinweg. Nach dem „Prinzip der Gleichbehandlung" wurden außer Anwälten auch Staatsanwälte und Richter in eine frisch verfügte Körperkontrolle einbezogen.

Am 1. Juni ordnete das Kammergericht für drei Monate (!) den „kleinen (?) Ausnahmezustand" an, das heißt die Praktizierung der am 18.4. verabschiedeten Razziengesetze. Das bedeutet *drei Monate lang Polizeikontrollstellen auf Straßen und Plätzen, Autostopp, Fußgängerkontrollen, Leibesvisitationen, Überprüfungen der Ausweise und Durchsuchung aller Sachen.*

Prompt wurden am ersten Tag an 20 Kontrollstellen (mit je sechs MP-bewaffneten Polizisten) 900 Personen und über 600. Fahrzeuge sowie bestimmte U-Bahnen kontrolliert. Die Kontrollen sollen nach einem „flexiblen Konzept" erfolgen. Ein Polizeisprecher: „*Wir wollen uns nicht ausrechnen lassen*".

Gleich in der ersten Nacht gerieten zwei betrunkene Autofahrer in eine solche Kontrollstelle, die sie in voller Fahrt durchfuhren. Kommentar eines (offensichtlich erfahrenen) Polizei-Postens: „*Mitten in der Terrorismusfahndung! Die könnten auch tot sein*".

Diese erstmalige offizielle Anwendung der Razziengesetze war begleitet von anderen — ebenfalls schon alltäglich gewordenen Fahndungsmaßnahmen: Gefahndet wurde in der S-Bahn (also auf DDR-Territorium in Westberlin), alle Anwälte von politischen Gefangenen, die sich zur Fluchtzeit im Knast aufhielten, wurden vorübergehend festgenommen, diverse Wohnungen und Anwaltskanzleien wurden von Polizei mit MPs im Anschlag durchsucht, noch mehrere Tage nach Till Meyers Befreiung.

Nach Aussagen der Polizeiführung habe man bei der Anwendung des neuen Instruments (der Razziengesetze) nicht gleich „die ganze Stadt dichtmachen und jeden kontrollieren" wollen, sondern man habe sich am Grundsatz der Verhältnismäßigkeit orientiert. — Na, dann prost Mahlzeit!

DDR fahndet mit

Der Generalstaatsanwalt der DDR erklärte sich bereit, an der Ergreifung von Till Meyer mitzuwirken. Ähnlich wie bei der Schleyer-Fahndung kommt damit die DDR dem westdeutschen und Westberliner Polizeistaat zu Hilfe! Das Westberliner Kammergericht gab bekannt, daß die DDR auf ein entsprechendes Ersuchen aus Westberlin positiv reagiert und auch zu erkennen gegeben habe, daß sie ihre Fahndungsmaßnahmen ebenfalls auf die vier Frauen auszudehnen bereit ist, die angeblich an der Befreiungsaktion beteiligt waren.

Insbesondere sollen die Papiere von Reisenden auf den Transitstrekken und an den Berliner Grenzübergängen verstärkt überprüft werden. Außerdem will die DDR der Westberliner Justiz die Passagierlisten der vom Ostberliner Flughafen Schönefeld abfliegenden Maschinen zur Verfügung stellen. Dadurch gäbe es die Möglichkeit, die Namen der über die DDR fliegenden Bundesbürger oder Westberliner nachzuprüfen und festzustellen, ob sich jemand falscher Papiere bedient hat.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg
und Westberlin

Wurde Till Meyer vom KGB befreit?

Während sich mancher klammheimlich oder etwas öffentlicher über die Flucht von Till Meyer aus dem Westberliner Knast gefreut haben mag, sieht die pro-imperialistische „KPD" wieder einmal „*den langen Arm Moskaus*" am Werk. In der „Roten Fahne" vom 7. Juni wird das ausführlich nachgewiesen. Es ist ja auch wirklich alles so logisch: Es ist ja klar, „*daß der Terrorismus ein internationales Phänomen ist und daß der Terrorismus international verflochten ist*". Wer aber ist heute denn schon international organisiert, seit das Weltjudentum, der Bolschewismus und die Freimaurer aus der Mode gekommen sind? Richtig, der russische Spezialimperialismus und sein allgegenwärtiger Geheimdienst, der KGB (vergl. James Bond, Gesammelte Werke).

„*Bei den italienischen Terroristen von den brigate rosse kann die Sachlage als ziemlich erwiesen angesehen werden: Sie haben vor allem über Prag Kontakte mit östlichen Geheimdiensten*". Aber klar doch. In der BRD sieht's ähnlich aus: „*Die internationalen Beziehungen*" der westdeutschen Terroristen „*mit bestimmten pro-sowjetischen Palästinensergruppen, mit Kräften in Kuba, Libyen und dem Südjemen*" sind „*nachgewiesen*". „ ... *Und wenn schon Moskaus Agenten (‚ehemalige Kommunisten') rechtsradikale Terrorgruppen laut Bundesregierung unterwandern* (Hier irrt die „KPD": Das hat nicht die Bundesregierung behauptet, sondern die zweifellos noch glaubwürdigeren patriotischen Presseorgane „Welt" und „Nationalzeitung" — Anm. AK), *warum dann nicht auch die ‚linken' Terroristen*". Das leuchtet ein! Die Entführung der „Landshut" nach Mogadischu gehöre zu den „*Früchten dieser internationalen Beziehungen*" — und die heldenhafte Aktion der GSG 9 erscheint nachträglich geradezu als Beispiel einer Verteidigungsaktion gegen die Aggression und Subversion des Spezialimperialismus, dem die „Zweite Welt" bekanntlich weltweit entgegentreten muß. Daß die „KPD" auf der pro-imperialistischen Lissabonner Konferenz Ende Mai (vergl. Bericht an anderer Stelle dieses AK) einer Resolution zugestimmt hat, die die Länder Europas zur Koordinierung ihres Kampfes gegen den Terrorismus aufruft, ist also nur logisch und konsequent. Das ist ein Beitrag zur antihegemonistischen Einheitsfront!

W a r u m aber hat der KGB Till Meyer befreit! Auch dafür hat die „Rote Fahne" eine einleuchtende Erklärung bereit: Damit wollen die Spezialimperialisten die Westberliner Bevölkerung ablenken von „*den eigentlichen politischen Lebensfragen der Stadt, nämlich der sowjetischen Bedrohung und ihrer Abwehr*". Da scheint der Klaus Sender (früher „KPD/ML-Neue Einheit") mitgeschrieben zu haben?...

Diese stories sind allesamt derart hirnrissig, daß es selbst in den bürgerlichen Medien kaum jemand gibt, der auf diesen Schwachsinn abfährt. Ausnahmen sind Löwenthals „ZDF-Magazin", Springers „Welt" und die faschistische „Nationalzeitung" des Dr. Frey. Die „Rote Fahne" gehört mit ihren Spinnereien also einem äußerst exklusiven Kreis an. Prädikat: besonders wachsam. BILD-Wertung: 6 Sterne.

Eritrea:
Der äthiopische Großangriff verzögert sich

Obwohl das äthiopische Regime während der vergangenen Wochen eine ungeheure Kriegsmaschinerie in der eingekesselten eritreischen Hauptstadt Asmara und in Nord-Äthiopien aufgefahren hat, ist die seit Monaten immer wieder angekündigte Großoffensive noch immer nicht in Gang gekommen. Zugleich finden – zum größten Teil hinter den Kulissen – intensive Versuche aller Beteiligten statt, die gegenwärtige Lage für eine „politische Lösung" der Eritrea-Frage zu nutzen. Unklar ist nach wie vor vor allem, welche Rolle die Kubaner, ohne deren militärische Unterstützung der äthiopische Großangriff ein totgeborenes Unterfangen wäre, zu spielen gedenken. Aus aller Welt melden sich warnende Stimmen, die sich mit Eritrea solidarisieren oder zumindest Kuba vor einer direkten Intervention auf Seiten des DERG warnen – so z.B. Algerien („Le Monde", 31.5.) und die KPI. Es deutet viel darauf hin, daß die Kubaner sich gegenwärtig darauf beschränken, mit ihren z.B. in Asmara stationierten Soldaten dort den Äthiopiern durch Funktion als Besatzungsarmee den Rücken „freizuhalten", daß sie für den DERG Luftangriffe fliegen, daß sie aber bisher an keiner Offensive direkt teilnehmen. Dies wäre ein großer Erfolg der internationalen Solidarität für Eritrea.

Zur militärischen Lage: Im Mai konnte von den eritreischen Befreiungsstreitkräften der bisher dritte großangelegt Ausbruchsversuch der Äthiopier aus dem Asmara-Kessel in westlicher Richtung gestoppt werden. Heftig gekämpft wird gegenwärtig um die Stadt Barentu, wo sich noch eine eingeschlossene äthiopische Garnison befindet. Von äthiopischen Flugzeugen und mit Boden-Boden-Raketen wird vor allem um Asmara herum ein erbitterter Luftkrieg gegen die Zivilbevölkerung geführt, wobei die Äthiopier die international geächteten Splitterbomben und Napalm einsetzen!

Nachdem der Ausbruchsversuch aus Asmara gescheitert war, hat sich der DERG-Chef Mariam selbst dorthin begeben, um *„die Kämpfe persönlich zu leiten"* und die *„für die Niederlage verantwortlichen Offiziere"* vor Gericht zu stellen („LM", 24.5. u.a.).

Vor allem in Italien, dessen Linke traditionell gute Beziehungen zum eritreischen Widerstand hat, werden warnende Stimmen laut gegen die geplante Großoffensive. So erschien im Zentralorgan der KPI ein Artikel von Romano Ledda, Mitglied der Kommission für internationale Angelegenheiten des ZK der KPI, in dem Solidarität mit Eritrea geübt wird. Es heißt dort u.a.:

„Eritrea war dazu bestimmt, ein unabhängiger Staat in Föderation mit dem äthiopischen Kaiserreich zu werden. Im Gegensatz dazu ist es, wie auch z.B. die ehemalige Spanische Sahara, zu einem Fall geworden, wo ein ehemaliges Kolonialgebiet von einem anderen afrikanischen Staat annektiert worden ist. Mit anderen Worten, es existiert eine schwere politische Straftat, wie sie von den UN auf juristischer Ebene verurteilt wird. Deshalb ist der Befreiungskampf des eritreischen Volkes ein gerechter Kampf. Wer auch immer in Addis Abeba regieren mag, sei es ein Haile Selassie oder junge Offiziere mit fortschrittlicher Einstellung, das ändert nichts an der Berechtigung der eritreischen Sache . (...) Das Argument, daß der eritreische Kampf von den komplexeren und gefährlichen Interessen reaktionärer Araber und, allgemeiner gesprochen, des internationalen Imperialismus unterwandert worden sei, scheint uns auch nicht stichhaltig.

Weiterhin wird in dem Artikel für Eritrea eine Verhandlungslösung gefodert, die eine Selbstverwaltung der Eritreer zum Ziel haben soll (Nach „LM", 20.5. und „Neue Züricher Zeitung", 20.5.).

Diese Stellungnahme der KPI steht ganz klar im Widerspruch zur gegenwärtigen sowjetischen Linie in dieser Frage und ist insofern auch ein Votum gegen das sowjetisch-kubanische Eingreifen in Eritrea.

Verschiedene Stellungnahmen deuten auf eine zumindest abwartende Haltung der Kubaner in Eritrea hin. Am wichtigsten ist dabei wohl die Stellungnahme des kubanischen Minsters für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Hector Rodriguez Llompart, der gegenüber dem dänischen Außenminister versicherte, Kuba hielte sich aus dem Konflikt in Eritrea heraus („Süddeutsche Zeitung", 24.5., nach Meldungen der dänischen Zeitung „Aktuel").

In Nairobi erklärte der äthiopische Botschafter Mengiste Desta, Äthiopien habe den Einsatz kubanischer Truppen in Eritrea ausgeschlossen („Frankfurter Rundschau", 3.6.).

Der Sprecher der eritreischen ELF in den Ländern am persischen Golf, Osman Abu Bakr, erklärte am 6.Juni: *„Die kubanischen Truppen haben in der Grenzregion zwischen Eritrea und Äthiopien jegliche Aktivität eingestellt – als Folge der auf höchster Ebene unternommenen internationalen Bemühungen, um einen militärischen Angriff gegen das eritreische Volk zu verhindern"* („LM", 8.6.).– Diese Stellungnahme hat nicht zuletzt daher besonderes Gewicht, weil sich die Hauptstoßrichtung des aufgefahrenen äthiopischen Militärapparates und auch dessen bisherige Ausbruchsversuche aus Asmara vor allem gegen Gebiete gerichtet haben, die in erster Linie von der ELF kontrolliert werden.

Afrika-Kommission

Maihofers Rücktritt! Es geht weiter nach rechts!

Am 6. Juni trat Innenminister Maihofer zurück. Bezeichnend für den Zustand dieses „Rechtsstaats" ist die Begründung: Nicht die bekannt gewordenen illegalen Praktiken des Verfassungsschutzes und des BGS waren der Anlaß, sondern die „Schlappen" bei der Terroristenjagd. Bis zuletzt war Maihofer von der Bundesregierung wie auch von der SPD-und FDP-Spitze als Polizei- und Spitzelminister gegenüber allen linken Kritiken abgeschirmt worden. Als kürzlich die Spitzellisten des BGS bekannt wurden,sahen sich 10 protestierende SPD-Abgeordnete wieder einmal dem Trommelfeuer a l l e r Parteien ausgesetzt. Anfragen im Parlament wurden zurückgepfiffen und Willy Brandt malte höchstpersönlich eine *„schwere Koalitionskrise"* an die Wand. **Dies allein macht schon deutlich, daß Maihofers Rücktritt alles andere,aber nicht ein Mehr an Demokratie mit sich bringen wird,** auch wenn vielen die Schadenfreude aus den Augen blitzen wird.

Anlaß für den Rücktritt Maihofers war die Veröffentlichung des Höcherl-Berichtes über die Fahndung im Fall Schleyer. Im Mittelpunkt stehen die angeblichen „Schlampereien" bei dieser Fahndung und konkrete Vorschläge zum weiteren Ausbau des Polizeistaates. Danach sollen zwei wesentliche Konsequenzen gezogen werden:

1. Eine stärkere Zentralisierung des Polizeiapparats in Form einer ständig einsatzbereiten Führungszentrale beim Innenministerium
2. Eine regelmäßige „Erprobung"des gesamten Fahndungsapparats, wie er bei der Schleyer-Fahndung zum Einsatz kam.

Hiermit nahm Höcherl nur die Gedanken des CDU-Rechtsaußen Dregger auf, der schon im März dieses Jahres forderte: *„In Planspielen wird die Zusammenarbeit der Landespolizei mit dem Bundeskriminalamt sowie das Zusammenwirken der Polizei mit dem Verfassungsschutz und dem Bundesgrenzschutz unter der Verantwortung der Führungszentrale im Bundesinnenministerium in regelmäßigen Abständen geprobt"* („Welt", 22.3.78).

desinnenministerium in regelmäßigen Abständen geprobt" („Welt", 22.3.78).

Jedoch ist die Forderung nach Einrichtung dieser „Führungszentrale" nichts weiter als Augenwischerei. Denn sie besteht bereits seit der Schleyer-Entführung und wurde seitdem n i c h t wieder aufgelöst. Dazu schreibt die „FAZ" am 21.11.77:

„Die ,zentrale Einsatzleitung' bei der Fahndung nach den Entführern und Mördern des Arbeitgeberpräsidenten Schleyer obliegt, wie in Bonn verlautet, nach wie vor dem Bundeskriminalamt unter Präsident Herold. Einen entsprechenden Beschluß hatte das Bundeskabinett gefaßt, unmittelbar nachdem Schleyer in Köln entführt worden war; wenige Tage später ist die besagte zentrale Einsatzleitung konstituiert worden; sie besteht dem Vernehmen nach fort. Dabei ist nicht nur das Bundesamt für Verfassungsschutz, sind auch die entsprechenden Landesämter dem Bundeskriminalamt zugeordnet worden". Ebenso wird die Zusammenarbeit zwischen BKA und Länderpolizei schon seit langem praktiziert.

Kaum zu glauben ist, daß Maihofer wegen der „Schlappe" einer ihm unterstehenden Polizeibehörde den Hut nehmen mußte. Dann hätten schon ganz andere Köpfe rollen müssen (Herold, Hirsch usw.). Vielmehr steht Maihofer seit langem unter Beschuß, als ehemaliger „Rechts"professor kein richtiges Verhältnis zur Exekutive entwickelt zu haben, insbesondere den Unterdrückungsapparat zu lasch einzusetzen. Statt nur im „Sonderfall" soll der zentralisierte Polizeiapparat ständig auf Touren gehalten werden. Der CDU-Polizeistratege und heutige Innenminsiter in Baden-Württemberg, Stüper, hat bereits 1975 darauf hingewiesen, daß bei der Ausrichtung und dem Ausbau des Polizeiapparats *„der Zeitpunkt der Durchsetzung ... vor allem unter politischen Gesichtspunkten gewählt werden (muß), dies bedeutet,daß eine Durchsetzung wohl nur unmittelbar nach einer Wahl möglich ist".*

Dieser Zeitpunkt ist offensichtlich nach den Landtagswahlen in Niedersachsen und Hamburg gekommen. **Es ist also aktuell mit einem weiteren Rechtsruck in der Frage der „Sicherheitspolitik" zu rechnen.**

Der Nachfolger Maihofers, Baum, kündigte denn auch sofort nach Amtsantritt an, dies zu einer seiner Schwerpunktaufgaben zu machen.

Eine weitere Schwerpunktaufgabe soll die Einleitung einer ideologischen Offensive gegenüber der Jugend sein, die durch Berufsverbote und andere Repressionsmaßnahmen zunehmend „staatsverdrossen" wird und ein zunehmendes Oppositionspotential bildet.

Baum machte jedoch gleich klar, daß nicht an eine Einschränkung der Repression gedacht sei,sondern an eine Verständigungskampagne. Er bringt entsprechende Kenntnisse mit, war er doch im Innenministerium

eine Verständigungskampagne. Er bringt entsprechende Kenntnisse mit, war er doch im Innenministerium

bislang zuständig für die Erarbeitung von Konzepten gegen die Linke.Unter seine Verantwortung fällt direkt die Erstellung des Planspiels gegen das Russell-Tribunal.

Auch die demokratische Öffentlichkeit hatte Maihofers Rücktritt gefordert. Aber nicht ihre Forderung nach mehr Demokratie, sondern der noch weitere Ausbau des Polizeistaats ist das Ergebnis dieses Rücktritts. Maihofer selbst freilich war alles andere als ein Liberaler, der sich hin und wieder dem verschärften Kurs widersetzt hätte. Für ihn gilt schlicht und einfach die Regel kapitalistischen Regierns: Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan – der Mohr kann gehen!

Spendenaufruf

Spendenaufruf

Eritrea: Das Schulprojekt

Liebe Leser des ARBEITERKAMPF, wir bitten um Eure solidarische Unterstützung für das „Schulprojekt", d.h. Bau und Ausstattung von vier Schulen in Eritrea durch die EPLF.

Der Kampf gegen das Analphabetentum und für Schulen für Jung und Alt hat in Eritrea eine lange Tradition. So war bereits unter der Herrschaft des italienischen Faschismus der Aufbau eigener eritreischer Schulen eine der wichtigsten Formen des Widerstandes und der Entwicklung des eritreischen Strebens nach Unabhängigkeit. Die Äthiopier, die das Land nach 1952 besetzten, hatten die Gefährlichkeit dieser Schulbewegung erkannt und verboten daher den Unterricht und die Herausgabe von Büchern in eritreischen Sprachen. Das ist eine der Ursachen, weshalb viele Eritreer, um eine Ausbildung zu erwerben, dazu ins Ausland emigrieren mußten.

Die Intensivierung des Kampfes um Eritrea hat zur Schließung der meisten Schulen geführt. 350 000 Jugendliche mußten einen bereits begonnenen Schulbesuch abbrechen, noch viel höher ist die Zahl derjenigen, die nie die Chance hatten, zur Schule zu gehen.

In ihrem Kampf um den Aufbau der neuen befreiten Gesellschaft unternimmt die EPLF auch ganz besondere Anstrengungen, das Analphabetentum unter den Massen zu beseitigen. Es gibt ein großes Potential an Lehrern und Freiwilligen, die bereit sind zu unterrichten. So konnte z.B. für Tausende von Kindern zwischen 5 1/2 und 10 Jahren bereits Schulunterricht organisiert werden. Bis jetzt gibt es einen Lehrplan für die ersten vier Schuljahre. Er ist so angelegt, daß er jederzeit erweitert werden kann und alle 8 Schuljahre umfaßt und daß Mittelschulen darauf aufgebaut werden können, wenn die notwendigen Voraussetzungen geschaffen sind. Z.B. gibt es eine freie Grundschule mit 1200 Schülern, meist Kindern von gefallenen Kämpfern, von armen Bauern oder aus Flüchtlingslagern.



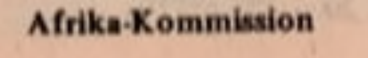
Schüler der Freien Grundschule

Zusammenfassend kann man also sagen: Es fehlt – anders als in manchen anderen befreiten Ländern – nicht an Lehrern. Was fehlt, ist Schulmaterial! Deswegen ist das jetzige Projekt dazu bestimmt, das nötige Schulmaterial zu besorgen für 12 Monate für 4000 Schüler der ersten vier Schuljahre und ca. 1000 Erwachsene.

Geplant sind 4 Schulen mit 12 Klassen und durchschnittlich 1000 Schülern pro Schule. Jede Klasse soll aus durchschnittlich 32-35 Schülern bestehen und es soll in zwei Schichten unterrichtet werden. 500 Lehrer und Freiwillige stehen zur Verfügung und es können leicht weitere Freiwillige mobilisiert werden, wenn das notwendige Schulmaterial vorhanden ist. Um ein Beispiel zu geben: Eine Schülerin der 4. Klasse braucht für ein Jahr 20 Hefte, 6 Bleistifte, 4 Radiergummi, 5 Kugelschreiber und ein Lineal. Außerdem muß alles angeschafft werden vom Globus bis zur Kerosonlampe. Auch Schulmittel für Behinderte, Blinde und Taube werden gebraucht! Die Sachen sollen nicht in Europa besorgt werden, weil sie hier zu teuer wären. Deshalb wird hier in erster Linie Geld gesammelt. Gesamtkosten für das ganze Projekt: 54 300 US-Dollar, also etwa DM 108 600,–.

Liebe Genossen und Freunde, laßt dafür „1000 Blumen blühen": Sammeldosen aufstellen, Feten organisieren und und und! Man kann auch einen Film zeigen: „Rebellen am Roten Mehr", deutsch, Video, Dauer 3/4 Std., im Ausleih bei „if"-Hamburg, Tel.: 27 68 87 werktags 18-20 h.

Spenden leiten wir gern weiter! Bitte einzahlen auf das Postscheckkonto Hamburg 240 595 J. Reents. Unbedingt Verwendungszweck angeben: Schulprojekt Eritrea.



Afrika-Kommission

Verwaltungsgericht genehmigt NPD-„Deutschlandtreffen"

Erwartungsgemäß hat das Frankfurter Verwaltungsgericht den von der NPD für den 17. Juni angekündigten Nazi-Aufmarsch in der Main-Metropole erlaubt und ein vom CDU-Bürgermeister Wallmann ausgesprochenes Verbot aufgehoben. Dies bestätigt in unverblümter Offenheit die nazifreundliche Rechtssprechung westdeutscher Gerichte (siehe auch das Urteil des Mannheimer Verwaltungsgerichtshofs, das der NPD vor kurzem „Verfassungsmäßigkeit" bescheinigte). Ebenso wird daran deutlich, was die hohlen Sprüche westdeutscher Spitzenpolitiker, die in letzter Zeit gern von der „Gefahr des Rechtsextremismus" reden, in der Praxis wert sind. Unklar ist noch, ob die NPD auch den von ihr gewünschten zentralen Kundgebungsplatz in Frankfurt bekommt (Römer), da hier die CDU selbst eine nationalistische Kundgebung abhalten will, für die sie bereits in ländlichen Gegenden Hessens eifrig die Trommeln rührt. Diese Konkurrenz, wer den Römer bekommt, ist auch der Hintergrund für Wallmanns Verbotsvefügung – keineswegs irgendeine antifaschistische Gesinnung. Frankfurter Antifaschisten haben mittlerweile auf sehr breiter Ebene zu Gegenkundgebungen aufgerufen. Leider blieb es DKP/VVN und den Jusos wieder einmal vorbehalten, die antifaschistische Front zu spalten, indem sie die SAG und den KB,mit denen auch der AStA der Universität und die Spontis („Pflasterstrand") zusammenarbeiten, von „ihrem" Bündnis ausschlossen, sodaß es unterschiedliche Kundgebungen geben wird.

KB/Gruppe Frankfurt

Korrektur zur Mai-Berichterstattung in AK 129

Korrektur zur Mai-Berichterstattung in AK 129:

In der Berichterstattung über den 1.Mai in Flensburg ist ein Fehler unterlaufen. Getragen wurde die Kampagne von einem „1.Mai-Komitee", das sich nicht aus den in AK 129 genannten Gruppen und Organisationen zusammensetzte, sondern nur von Teilen dieser Organisationen getragen wurden, z.B. unterstützten nicht die DFG/VK, sondern lediglich einzelne Mitglieder die Mai-Aktivitäten.

KB-Gruppe Flensburg

Der ‚Fall Tamara T.' weitet sich aus — Verfassungsschutz-Skandal in Schleswig-Holstein

Der „Fall" der um die bundesdeutsche Staatsbürgerschaft kämpfenden Flensburgerin Tamara T. zieht immer breitere Kreise. Durch ein ihren Rechtsanwälten übergebenes Papier des schleswig-holsteinischen Verfassungsschutzes kommt ein neuer Geheimdienst-Skandal ans Tageslicht, der selbst hartgesottene Linke sich dabei ertappen läßt, daß man das Ausmaß der Bespitzelung in der BRD immer noch unterschätzt. Der VS-Bericht ist acht Jahre (!) alt und beschäftigt sich bis ins kleinste Detail mit der damaligen Flensburger APO-Szene, speziell in der Schülerschaft. „Stören" im Unterricht, Trennung vom Elternhaus, Wohnen in einer Wohngemeinschaft, „erotische Beziehungen" – dies sind die „Erkenntnisse", auf die die Verfassungsschützer bei damals 17jährigen Schülerinnen erpicht waren. Erst heute – mehr oder weniger durch Zufall – erfahren die Betroffenen davon, daß über sie umfangreiche Akten angelegt wurde. Bedenkt man die Situation an Schulen und Universitäten vor acht bis zehn Jahren, als derlei Freveltaten in breitestem Umfang verübt wurden, so fragt man sich, über wieviel z i g t a u s e n d e Menschen derartige Geheimdienstakten angelegt worden sind!!!

Wie aus dem VS-Papier ebenfalls hervorgeht, sind diese „Erkenntnisse" keineswegs zum Zweck irgendeines polizeilichen Eingreifens gegen die APO gesammelt worden, sondern zur Speicherung auf lange Sicht. So sieht der Überwachungsstaat schon heute aus!

Zur Erinnerung: Die Flensburgerin Tamara T. kämpft seit nunmehr vier Jahren um ihre Einbürgerung. Obwohl sie von Geburt an in der BRD lebt, hat sie den Status einer „heimatlosen Ausländerin", weil ihr Vater aus der UdSSR kommt. Der Landesinnenminister von Schleswig-Holstein legte nach dem letzten, von Tamara gewonnen Prozeß Berufung ein, weil er ihr auf Grund vermuteter KB-Mitgliedschaft und „Verfassungsfeindlichkeit" die deutsche Staatsangehörigkeit nicht anerkennen will. Mit Tamara – das wird an dem VS-Bericht einmal mehr deutlich – soll ein Präzedenzfall geschaffen werden nach dem Motto „Links sein ist undeutsch!" Der VS-Bericht, der sich ausschließlich auf acht Jahre zurückliegende Vorgänge bezieht, läßt das Ausmaß der Überwachung durch den schleswig-holsteinischen Verfassungsschutz und der Gesinnungsschnüffelei an den Schulen erahnen: Damals war Tamara noch Schülerin, in dem VS-Bericht werden im wesentlichen „Klagen" der Schulleitung und der Eltern über Tamara und ihre Mitschülerinnen behandelt, was jetzt als „Beweis" für Tamaras „Verfassungsfeindlichkeit" herhalten soll. In dem Bericht werden zahlreiche Namen von vermuteten früheren APO-Mitgliedern und Mitschülerinnen Tamaras genannt, wahrscheinlich als „Beleg" dafür, in welchen „linken Kreisen" sich Tamara als Siebzehnjährige schon aufgehalten haben soll; bereits im letzten Prozeß waren VS-Materialien aus einer späteren Zeit vorgelegt worden, die „Angaben" über Besuche linker Veranstaltungen und Tamaras Arbeit in einem Flensburger Betrieb enthielten.

und Tamaras Arbeit in einem Flensburger Betrieb enthielten.

Dadurch, daß dieser neue VS-Bericht in der kommenden Berufungsverhandlung als „Beweisstück" vorgelegt werden wird, wird der Kreis, der in diesem Skandal unmittelbar Betroffenen wesentlich erweitert.

Wir veröffentlichen nachstehend wesentliche Passagen des VS-Berichts. Der Bericht wurde kürzlich Tamaras Anwälten nach einem entsprechenden gerichtlichen Antrag zur Unterrichtung ihrer Mandantin freigegeben. Unsere Veröffentlichungen beruhen auf einer Mitschrift von Tamara; viele Stellen der VS-Kopie waren nicht zu entziffern; außerdem ist die Kopie nicht vollständig, sondern fängt mitten in einem Bericht über vermutete Flensburger APO-Führer an.

In diesem ersten Teil werden mehrere Namen mit vollständiger Adresse aufgeführt und angemerkt, daß ein Genosse vor ein „Parteigremium" zitiert und als „Abweichler" bezeichnet worden sein soll, *„dessen Einflußnahme auf die übrigen APO-Anhänger man versuchte einzudämmen"*.

Der zweite Teil des VS-Berichts beschäftigt sich mit dem Ärger einiger Eltern mit ihren Kindern:

„2. Aus einem Leserbrief im Flensburger Tageblatt vom 14.2.70 war zu ersehen, daß sich auf die Elternschaft kritisch mit dem Problem der ideologisch ... (nicht lesbar) *in den Flensburger Schulen auseinandergesetzt hat und deren Besorgnis über die weitere Entwicklung Ausdruck verlieh. Von einer Gewährsperson* (Anm.: VS Jargon für Spitzel) *verlautete unter Bezugnahme auf den genannten Leserbrief, daß die Eltern einer Schülerin der Unterprima der Auguste-Viktoria-Schule der Gewährsperson berichtet hatten, sie seien durch die Machenschaften der sogenannten APO völlig ihrer Tochter entfremdet. Die Schülerin käme nur alle 7 bis 20 Tage nach Hause. Sie befände sich in einem völlig verwahrlosten Zustand, werde von der Mutter gebadet, neu eingekleidet, mit Essen und Taschengeld versehen und verließe dann mit nicht näher bekanntem Ziel das Elternhaus. Ermahnenden Vorhaltungen des Vaters sei die Tochter mit ernstzunehmenden Drohungen begegnet. Im Falle der*

Tochter mit ernstzunehmenden Drohungen begegnet. Im Falle der

Durchsetzung der elterlichen Gewalt werde ein Rollkommando ihrer APO-Freunde kommen und den Vater zusammenschlagen. Die Eltern haben dem Druck der Tochter nachgegeben und hofften auf ein freiwilliges Zurückkommen der Tochter ins Elternhaus. Ähnliche Gerüchte, die in der Stadt umlaufen, wollen wissen, daß das sogenannte SZ (Anm.: „Sozialistisches Zentrum" – Treffpunkt des damaligen Flensburger SDS) *auf dem Grundstück Große Straße 61/63 ein ständiges Quartier für Mädchen und Jungen aus den (besseren?) Kreisen Flensburgs bieten soll. Es heißt, daß das Gebäude Zufluchtstätte für Schülerinnen und Schüler geworden sei, die sich von der Bindung zum Elternhaus losgesagt haben. Gerüchteweise verlaute auch, daß eine Unterprima der Auguste-Viktoria-Schule besonders fanatische Anhängerinnen der APO...* (Wörter unleserlich)*Etwa ein Drittel der Klasse sei nur noch in dem erwähnten Sozialistischen Zentrum anwesend, ...* (Wörter unleserlich) *den Schulbesuch und bleiben dem Elternhaus fern."*

Aus den Formulierungen in dem VS-Bericht selbst („gerüchteweise verlautete" usw.) ergiebt sich schon eindeutigt, daß diese „Schilderungen" wohl kaum ernsthaft als Fakten in einem Prozeß angeführt werden dürften, sondern es sich ganz offensichtlich um die Phantasien (was so alles unter Linken getrieben wird...) eines Verfassungsschützers handelt!

Der dritte Teil des Berichts behandelt die „Klagen" der Direktorin über ihre Schülerinnen:

„3. Unterzeichner (Anm.: gemeint ist offenbar der Bulle, der den Bericht unterschrieben hat) *suchte nunmehr die Leiterin der Auguste-Viktoria-Schule, Frau Oberstudiendirektorin Bethge, auf und befragte sie nach ihren Erkenntnissen zu den vorstehend geäußerten Gerüchten und Meinungen. Dabei stellte sich heraus, es ist richtig, daß in der Unterprima seitens der hier bekannten U.S.* (Anm.: im VS-Bericht Name und Adresse) *eine besondere Unruhe*



zu verzeichnen sei. U.S. mache von dem im Einvernehmen mit dem

zu verzeichnen sei. U.S. mache von dem im Einvernehmen mit dem

Kultusministerium gewährten Recht, aus eigener Verantwortung dem Unterricht fernbleiben zu dürfen, ausgiebig Gebrauch. Weder die S. noch andere Schülerinnen wären sieben oder mehr Tage hintereinander unentschuldigt dem Unterricht ferngeblieben. Andererseits sei es Lehrer-Kollegium und Schulleitung bekannt, daß die S. und einige weitere Schülerinnen nach Unterrichtsschluß nicht nach Hause gingen, sondern mit männlichen Begleitern das sogenannte APO-Zentrum in der Großen Straße aufsuchen. Die Schulleiterin zöge aus den bereits seit einiger Zeit gemachten Beobachtungen den Schluß, daß einige Schülerinnen der nur unregelmäßig das Elternhaus besuchen und in der übrigen Zeit bei ihren politischen Gesinnungsgenossen von der APO weilten. Wie Frau Oberstudiendirektorin Bethge erklärte, sei das schulische Verhalten der U.S. als charakterlich unanständig zu bezeichnen. Die S. und weitere politisch engagierte Mädchen, z.B. I.W. und Tamara (Anm.: beide im Bericht ebenfalls mit vollständigen Namen und Adressen), *terrorisierten seit geraumer Zeit auf dem Gebiet der schulischen Zusammenarbeit und versuchten immer wieder, den Klassenkameradinnen ihren Willen aufzuzwingen. Dieses äußert sich insbesondere darin, daß sie systematisch den Unterricht stören, die Mitschülerinnen in ihrer schulischen Arbeit beeinträchtigen und darüber hinaus bei einem schulischen Versagen in der Schulöffentlichkeit lächerlich machen. Bei Versuchen, einen bessernden Einfluß auf die genannten Schülerinnen auszuüben, seien weder die Schulleiterin noch die Fach- und Klassenlehrer erfolgreich gewesen. Erreicht worden sei z.T. in einer Elternversammlung wenigstens, daß die Eltern der U.S. und I.W. miteinander Kontakt aufgenommen haben, um die in diesem Falle besonderen Erziehungsschwierigkeiten durch gemeinsame Maßnahmen zu beheben. Die hier aufgezeigten Schwierigkeiten deuten in erster Linie auf Kontakstörungen zwischen Eltern und Kindern hin. Eine Einflußnahme der Schule in größerem Ausmaß ist durch die gegebenen*

flußnahme der Schule in größerem Ausmaß ist durch die gegebenen

gesetzlichen Möglichkeiten sehr eingeschränkt. **Bei der Verbindung der Schülerinnen der genannten Unterprima zu männlichen APO-Angehörigen dürfte das erotische Moment eine nicht unbedeutende Rolle spielen.** *Das politische Engagemant der weiblichen APO-Angehörigen ist vorhanden, doch nur zu einem Teil entscheidend für ihr Auftreten in der Öffentlichkeit. Es kann nicht Aufgabe der Kriminalpolizei sein, allein auf Grund dieser Wahrnehmungen Maßnahmen zu ergreifen, die auf das Verhalten gerade der vorgenannten weiblichen APO-Anhänger Einfluß nehmen. Gleichwohl interessieren Erkenntnisse über die Entwicklung der APO-Gruppen und Einsichtnahme in die Motive ihres Auftretens."* – Gerade der letzte Teil macht wohl deutlich, was allein aus d i e s e r Zeit noch beim VS für „Erkenntnisse" über Linke und andere, die irgendwann einmal mit der APO in Verbindung gestanden haben, gespeichert sind: Alles, was in diesem Bericht ausgesagt wird, hat auch nicht im entferntesten etwas mit den politischen Aktivitäten der namentlich genannten Schülerinnen zu tun, was offensichtlich auch den Verfassungsschützern gemäß ihrer Mentalität nicht so entscheidend zu sein scheint, gehen sie ja davon aus, daß Mädchen oder Frauen nicht durch eigene Überzeugung politisch aktiv werden, sondern politisches Engagement bestenfalls Beiwerk der Hörigkeit gegenüber Männern ist!

Der vierte Teil des Berichts ist allgemeines Geschwafel über die Situation in der Flensburger APO. In diesem Teil wird – offensichtlich auf Grundlage von „Erkenntnissen", die in dem ersten fehlenden Teil des Berichts ausgebreitet werden – eingeschätzt, daß die APO in verschiedene Gruppierungen gespalten sei, aber *„daß bei einem äußeren Anlaß die unterschiedlichen Interessenvertreter der APO und ihrer Gliederungen sofort zu gemeinsamen überraschenden Aktionen bereit sind... Es bleibt abzuwarten, wie rasch und in welcher Weise es den örtlichen Gruppierungen gelingen wird, eine Neuordnung zu erreichen. Über Teile dieser Planungen ist dem KPA(D) bereits berichtet worden (vergl. G. Tgb. Nr. 5/70 VS-Vertr.) – Krause, KOK".*

Dieser Bericht – wie aus dem letzten Teil hervorgeht, offensichtich nur kleinster Bestandteil all dessen, was der VS allein über die Flensburger APO und vermutete Mitglieder gesammelt hat – wirft ein Schlaglicht auf die Praktiken des schleswig-holsteinischen Verfassungsschutzes, der offensichtlich in Kooperation mit der Landesregierung arbeiten kann. Dabei ist klar, daß es keineswegs „nur" um den „Fall Tamara" geht, sondern die Frage zu stellen ist, welcher Bespitzelung heute weiterhin Schüler in Schleswig-Holstein ausgesetzt sind, die einfach nur als „ungehorsam" gelten, sich gegen ihre Eltern auflehnen usw. Solche Informationen über damals 17jährige Schülerinnen sind gesammelt worden, um all dies bei Bedarf eines Tages wieder auszukramen, wenn es darum geht, verfassungsfeindliche Aktivitäten nachzuweisen. Wie Tamara kann es genauso anderen gehen, z.B. bei Berufsverboteverfahren!

Es wird darauf ankommen, diese

Berufsverboteverfahren!
Es wird darauf ankommen, diese

VS-Praktiken soweit wie irgendmöglich an die Öffentlichkeit zu zerren. In diesem Zusammenhang muß von der schleswig-holsteinischen SPD, sofern sie ihren fortschrittlichen Anspruch ernst nimmt, erwartet werden, daß sie sich in diesen Fragen entschieden stärker engagiert. Dies schon deshalb, als damit gerechnet werden muß, daß sich der schleswig-holsteinische Verfassungschutz bei einer dermaßen breit angelegten „Untersuchungstätigkeit" sicherlich auch um zahlreiche SPD-Mitglieder „gekümmert" haben dürfte.

›Sozialistische Entwicklungsperspektiven im Mittelmeerraum‹

Unter diesem Thema fand vom 3.6. — 6.6.78 an der Universität Bremen eine internationale Tagung der „Fortschrittlichen sozialistischen Organisationen des Mittelmeerraums" statt. Eingelanden hatten hierzu das ständige Sekretariat der Mittelmeerorganisationen, das „Deutsch-afrikanisch-arabische Büro", die Universität Bremen und das Überseemuseum Bremen. Die Veranstaltung fand mit Billigung des SPD-Senats statt, der dafür scharfe Angriffe der CDU erntete, die Zusammenarbeit der »roten« Bremer Universität mit »Terroristen« (PLO, Libyen) witterte.

Die Tagung galt als ein Austausch zwischen Wissenschaftlern (eine Reihe von Professoren aus dem In- und Ausland) und Politikern. Sie war nach den Konferenzen der Mittelmeerorganisationen von Malta und Barcelona das dritte Treffen, das allerdings ohne Beschlüsse entdete. Erstmals waren auf dem Treffen in größerem Umfang Befreiungsbewegungen und Organisationen aus Nicht-Mittelmeerländern vertreten, Ausdruck des Bestrebens der Konferenz, für ihre Forderungen und Probleme breite Unterstützung zu finden.

Folgende Mittelmeerorganisationen beteiligten sich mit Delegationen:

— FLN, Algerien
— der Volkskongreß (Jamhuriya) Libyen
— Frente Polisario (u.a. vertreten durch den Außenminister der West Sahara)
— die PLO Palästina
— aus dem Libanon ein Vertreter der Partei des ermordeten Dschumblatt
—ein Vertreter der Baath-Partei Syriens
— die PASOK Griechenland
— die KKE-Inland, Griechenland
— die PCI Italien
— die EDEK, Zypern
— die Malta Labour Party
— die PCF, Frankreich
— die PSU, Frankreich
— die PSOE, Spanien
— National Movement, Ägypten

Außerdem waren als Gäste und Delegierte anwesend: Patriotische Front, Zimbabwe; ANC, Südafrika; SWAPO, Namibia; Sozialistische Partei Guineas; RND, Senegal; Unidad Popular, Chile; Monteneros, Argentinien; MNFL, Süd-Philipinen; POCH, Schweiz. Aus der BRD waren der KB und die DKP anwesend.

Für eine unabhängige Politik der Mittelmeerstaaten

Als Ergebnis der Konferenz von Malta im Juni letzten Jahres haben die sozialistischen Organisationen des Mittelmeers engere Zusammenarbeit vereinbart. Dabei wurden folgende Prinzipien vereinbart:

— Erreichung der nationalen Unabhängigkeit der Mittelmeervölker durch politische, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit gegen jede *„Einmischung der Supermächte und ihrer Agenten"*,
— Aufbau von Demokratie und Sozialismus,
— radikale Änderung des bestehenden Weltwirtschaftssystems, Nord-Süd-Dialog mit dem Ziel der Teilhabe an Fortschritt und Entwicklung und der Schaffung neuer ökonomischer Beziehungen.
— Befreiung des Mittelmeerraumes von der Anwesenheit fremder Mächte und Militärbasen.

Die *„Aufnahme einer aktiven, vereinigten Front gegen Weltimperialismus, Zionismus, Faschismus und reaktionäre Verschwörungen"* und die *„Unterstützung aller unterdrückten Völker der Welt, die für nationale Befreiung und den Sieg des Sozialismus"* kämpfen, sind wesentliche Prinzipien der Konferenz (nach: „The Malta-Conferenz, Recommendations and Decisions, 20. — 25.6.77").

Im Mittelpunkt des Bremer Treffens stand denn auch die Solidarität mit dem palästinensischen Volk, mit den Völkern des südlichen Afrika, der Westsahara und die einhellige Verurteilung der Aktivitäten des französischen Imperialismus in Zaire, im Tschad und bei der Unterstützung Marokkos und Mauretaniens gegen die F-Polisario.

In den Auseinandersetzung um die Unabhängigkeit des Mittelmeerraumes vom ökonomischen Einfluß des EG-Imperialismus stand die Frage der Mittelmeerpolitik der EG im Zentrum. Für die trug ein Brüsseler EG-Kommissar die Pläne der EG für ihre verstärkte wirtschaftliche Einflußnahme im Mittelmeerraum vor. Unterstützt wurde er vom SPD-Bundestagsabgeordneten, Holtz, Vorsitzender des entwicklungspolitischen Ausschusses, der viel Heiterkeit erregte, als er den Bundeskanzler Schmidt zum Vorreiter einer an den Interessen der weniger entwickelten Völker orientierten „Entwicklungspolitik" des BRD-Imperialismus aufbauen wollte. Demgegenüber vertreten die Mittelmeerorganisationen die Auffassung, daß ein EG-Beitritt zwangsläufig größere Abhängigkeit der beteiligten Staaten bedeuten würde und die hochentwickelten EG-Länder hiervon profitieren. Stattdessen soll eine Wirtschaftsunion der Mittelmeeranlieger geschaffen werden, um so auch ein größeres Gewicht gegenüber imperialistischen Einflußversuchen zu schaffen. Insbesondere in Fragen der Energieversorgung, der Rohstoffe, des Handels und der gegenseitigen Hilfestellung bei Vermittlung des technischen Know How soll diese Union enger zusammenarbeiten (Beitrag der griechischen PASOK).

Die regierende Malta-Labour Party brachte den von ihr bereits auf der Belgrader KSZE-Nachfolgekonferenz durchgesetzten Vorschlag ein, eine Vorbereitung der Mittelmeerkonferenz auf dieses Treffen Anfang nächsten Jahres zu machen. Auf diesem Treffen wollen die fortschrittlichen Mittelmeerländer und -organisationen ihre Forderungen nach Unabhängigkeit des Mittelmeerraumes beraten lassen. Außer den KSZE-Teilnehmern sollen auch die nichteuropäischen Mittelmeerstaaten teilnehmen.

Das ständige Sekretariat der Mittelmeerkonferenz (mit Sitz in Tripolis, Libyen) hat die Vorbereitung dieser Themen übertragen bekommen.

3,5 Prozent - Die Bunte Liste hat sich bewährt

3,5 % für die Bunte Liste, 33.202 Stimmen: mit diesem Ergebnis hat das Bündnis von Bürger- und Basisinitiativen, das zur Hamburger Bürgerschaftswahl am 4. Juni kandidierte, zwar nicht alle Erwartungen erfüllt, aber recht respektabel abgeschnitten. Die bürgerliche Presse ist sich einig, daß von diesen 3,5 % – ebenso wie von den 3,9 % für die GLU in Niedersachsen – eine bundesweite Signalwirkung ausgehen wird; daß den bürgerlichen Parteien künftighin überall auch bei den Wahlen eine Opposition gegenübersteht, deren Zuspruch in der Bevölkerung die Stabilität des etablierten Parteien-Systems in Frage zu stellen beginnt. Der Bunten Liste kommt dabei die besondere Bedeutung zu, daß es sich um ein Bündnis handelt, in dem Kommunisten maßgeblich mitarbeiten – was von diesem Bündnis selbst zu keiner Zeit verhehlt wurde, und was die bürgerlichen Parteien (einschließlich DKP!) und ihre Presse gegen die Bunte Liste auszuschlachten versuchten. Das hat nicht im gewünschten Ausmaß funktioniert.

Zu berücksichtigen beim Ergebnis der Bunten Liste ist ferner, daß neben der Bunten Liste noch eine „Grüne Liste" kandidierte, die allein wegen des in Teilen der Bevölkerung verankerten Namens der Grünen Liste weitere 1 % Stimmen auf sich zog. Hätte es diese Spalterkandidatur nicht gegeben, ebenso wie die völlig ausichtslose Kandidatur der DKP, so gäbe es im Hamburger Rathaus heute schon trotz 5 % Klausel eine linke parlamentarische Opposition. Vorerst bleibt diese in Hamburg nun auf das Eimsbütteler Bezirksparlament beschränkt. Dort bekam die Bunte Liste 5 % (6.782 Stimmen) und damit 2 Sitze. Der Hamburger Bezirk Eimsbüttel ist bevölkerungsmäßig übrigens mit einer Stadt wie Mannheim vergleichbar: Eimsbüttel hat mehr als 180.000 Wähler.

der Hamburger FDP-Führung begünstigen : Man müsse sich wieder bemühen, auch Wähler von der CDU zu gewinnen, man habe sich gegenüber der SPD zu stark links profiliert usw. usf. Dieser Linie steht der jetzige „linke" Hamburger FDP-Vorstand gegenüber, der sich mit seiner Politik lieber andienen möchte, das Wählerpotential der Bunten Liste ins bürgerliche Parteiensystem zurückzuintegrieren.

Das Abschneiden der „Sonstigen"

Die GLU kam mit 10.051 Stimmen auf gut 1,0 %. Ihre Stimmanteile bewegen sich zwischen 0,6 % in den traditionellen Arbeiterwohngebieten und gut 2 % in den Vororten (Volksdorf, Blankenese).

Die Initiatoren der GLU hatten teilweise zunächst an den Diskussionen um die Bildung der Bunten Liste teilgenommen und waren dann ausgeschert, weil ihnen dieses Projekt zu „linkslastig" wurde. Dafür nahmen sie mehrere Rechtsradikale in ihre Reihen auf. Insgesamt blieb die GLU Hamburg personell winzig, der feste Stamm lag unter 100 Personen. Im Wahlkampf war die GLU fast überhaupt nicht sichtbar. Daran gemessen ist das Ergebnis der GLU Hamburg beachtlich.

Etwas schlechter schnitt die DKP ab: sie fiel gegenüber den Bürgerschaftswahlen 1974 sehr unsanft von 2,2 % auf 1,0 %. In Stimmzahlen: von 23.185 auf 9378 (- 60 %). Dieser Rückgang ist in allen Ortsteilen ziemlich gleichmäßig. Die verlorenen Stimmen der DKP dürften fast alle an die Bunte Liste gegangen sein.

Die DKP hatte sich in diesem Wahlkampf das konkrete Ziel gesetzt, in die Bezirksversammlung von Eimsbüttel zu kommen und hatte dort ihre Anstrengungen konzentriert. Mit 1,8 % (1974: 2,6 %) erreichte die DKP das gesteckte Ziel nicht.



Bunte Liste im Eimsbüttler Bezirksparlament: Christina Kukielka und Ilona Kiene

Die Ergebnisse der bürgerlichen Parteien

Die SPD hat ihre bei der letzten Wahl 1974 verlorene absolute Mehrheit wiedergewonnen: sie kam von 44,9 auf 51,5 %, was allerdings nur einem realen Zuwachs von rund 23.700 Stimmen entspricht. Ihr prozentualer Anstieg ist deswegen ungleich höher, weil sowohl die Hamburger Bevölkerungszahl als auch die Wahlbeteiligung zurückgegangen sind: von 80,4, % auf 76,6 % (1974 lag die Wahlbeteiligung allerdings auch über dem Durchschnitt, vergleichbar nur mit den Wahlen von 1946 und 1953).

Die CDU hat rund 63.500 Stimmen eingebüßt und fiel von 40,6 % auf 37,6 % zurück. Die CDU hat damit die Quittung für ihren plump-demagogischen, fast schon rechtsradikalen Wahlkampf erhalten.

Düstere Panikmache und antikommunistische Hetzvokabeln bestimmten den Wahlkampf der Hamburger CDU (Anzeigentexte z.B.: *„Sicherheit ist, wenn Ihr Sohn richtig Lesen, Schreiben und Rechnen lernt. Und nicht die Internationale."* – *„Sicherheit ist, wenn Sie nachts wieder ohne Angst von Volksdorf über Barmbek nach Eimsbüttel fahren können"*, deshalb würde die CDU *„unsere Polizei so stark machen, daß sie die Verbrechensflut eindämmen kann")*.

Ein schwerer Schlag war das Wahlergebnis für die F.D.P.: Sie verlor 68.000 Stimmen und rutschte mit 4,8% (vorher 10,9%) von der Regierungsmitbeteiligung in die „außerparlamentarische Opposition".

Derzeit hat es ganz den Anschein, als würde das Wahlergebnis der F.D.P. eine Stärkung der Rechten in

Das Hamburger Ergebnis ist für die DKP besonders traurig, weil sie den Wahlkampf von Anfang an in erster Linie gegen die Bunte Liste geführt hatte und verbissen versucht hatte, das drohende Debakel abzuwenden. DKP-Funktionäre hatten sogar Wetten abgeschlossen, daß zumindest in Eimsbüttel die DKP die Bunte Liste „schlagen" würde. Das war wohl nix.

Einigermaßen erstaunlich ist das Abschneiden der „ML"-Sekten, die es immerhin auf insgesamt 1597 Stimmen (knapp 0,2%) brachten – 911 für „KPD/ML" und 686 für den KBW, der damit sogar die AUD (591 Stimmen) klar hinter sich ließ. 1974 hatte die „KPD/ML" 3001 Stimmen (0,3 %) bekommen, worunter allerdings viele Stimmen waren, die die „KPD/ML" nur dem Umstand zu verdanken hatte, daß sie als einzige neben der DKP kandidierte.

911 Stimmen ist ein beachtliches Ergebnis für die „KPD/ML", das darauf zurückzuführen ist, daß die „KPD/ML" einen sehr intensiven und anstrengenden Wahlkampf geführt hat – mit relativ zahlreichen Stellschildern, mehreren Postwurfsendungen usw. Hierfür waren (lt. „Roter Morgen") „ML"-Aktivisten aus dem ganzen norddeutschen Raum und Westberlin in Hamburg konzentriert worden.

Mit 686 Stimmen blieb der KBW zwar etwas unter seinem Ergebnis bei den Bundestagswahlen 1976 (949 Stimmen). Trotzdem ist das Ergebnis nicht schlecht, wenn man bedenkt, daß sich der KBW überhaupt nicht am Wahlkampf beteiligt hat.

An Zweitstimmen (Bezirksparlamente) kam der KBW sogar auf insgeamt 1557 Stimmen, was er im Wesentlichen wohl den Zweitstimmen der für die Bezirksparlamente nicht kandidierenden „KPD/ML" verdankt.

Licht und Schatten bei der Bunten Liste

Die Stimmenzahl der Bunten Liste ist für Hamburger Bürgerschaftswahlen das beste Ergebnis einer lin-

Die besten Ergebnisse der Bunten Liste aus den Ortsteilen

Ortsteil	Wähler insgesamt	Prozente der BL
Rotherbaum	6.562	11,6
Klostertor	294	11,4
Hoheluft-Ost	4.880	8,0
Altenwerder	330	7,8
St. Georg	3.323	7,8
St. Pauli	8.036	7,7
Harvestehude	8.630	7,5
Hoheluft-West	7.133	7,2
Eppendorf	11.386	7,0
Eimsbüttel	28.905	7,0
Ottensen	14.321	6,4
HH-Neustadt	4.833	5,6
HH-Altstadt	834	5,3
Altona-Altstadt	11.488	5,2
Wohldorf-Ohlstedt	1.966	5,1
Altona-Nord	9.061	4,9
Winterhude	25.901	4,9
Blankenese	7.091	4,8
Uhlenhorst	8.590	4,8
Volksdorf	8.244	4,8

„Kleine Hitparade" – Die stärksten Wahllokale der Bunten Liste

Prozent	Wahllokal	Ortsteil
32,9	Moorweidenstr.	Rotherbaum
19,5	Martin-Luther-King-Platz	Rotherbaum
18,6	Bundesstraße 58	Rotherbaum
18,3	Gropiusring	Steilshoop
17,8	Bernstorffstr. 147	Altona-Altstadt
17,1	Karl-Theodorstr.	Ottensen
16,1	Hegestraße	Eppendorf
15,9	Schulterblatt/Dt. Bank	St. Pauli
15,1	ABC-Straße	Hamb.-Altstadt
15,0	Schulterblatt/Dresdner Bank	St. Pauli
14,9	Am Weiher	Eimsbüttel
14,7	Hohe Weide	Eimsbüttel
14,7	Wrangelstraße	Hoheluft-West
14,2	Ludwigstraße	St. Pauli
13,6	Dorotheenstraße	Winterhude
13,5	Hochallee 9	Harvestehude
13,1	Knauerstraße	Eppendorf
13,0	Hegestraße (II)	Eppendorf
13,0	Eulenstraße	Ottensen
13,0	Bernadottestraße	Ottensen
13,0	Dohrnweg	Altona-Altstadt
12,6	Knauerstraße (II)	Eppendorf
12,5	Oberstraße	Harvestehude
12,5	Rothenbaumch./Museum	Rotherbaum
12,5	Grindelhof	Rotherbaum
12,3	Schwenckestraße 93	Eimsbüttel
12,2	Hochallee	Harvestehude
12,2	Dreikatendeich	Altenwerder
12,2	Oberstraße (II)	Harvestehude
11,4	Schultzweg	Klostertor
11,4	Schultzweg (II)	Klostertor
11,3	Hegestraße (III)	Hoheluft-Ost
11,2	Breitenfelderstraße	Hoheluft-Ost
11,1	Danzigerstraße	St. Georg
11,1	Isestraße	Harvestehude
10,9	Weidenallee	Eimsbüttel
10,9	Schwenckestr. 91	Eimsbüttel
10,9	Telemannstraße	Eimsbüttel
10,9	Greifswalderstraße	St. Georg
10,7	Greifswalderstraße (II)	St. Georg
10,7	Hohe Weide (II)	Eimsbüttel
10,6	Am Weiher (II)	Eimsbüttel
10,6	Bogenstraße	
10,6	Bundesstraße (II)	Rotherbaum
10,4	Breitenfelderstraße (II)	Hoheluft-Ost
10,4	Weidenstieg	Eimsbüttel
10,4	Grundstraße	Eimsbüttel
10,4	Bahrenf. Str./Sparkasse	Ottensen
10,1	Max-Brauer-Allee/Schule	Altona-Altstadt
10,1	Moorweidenstraße (II)	Rotherbaum
10,0	Grindelhof (II)	Rotherbaum

ken Opposition seit 1949: damals

ken Opposition seit 1949: damals war die KPD noch mit 7,4 % und 5 Abgeordneten in der Hamburger Bürgerschaft vertreten. Bei der darauffolgenden Wahl 1953 blieb die KPD bereits mit 3,2 % (32.433 Stimmen) unterhalb der 5 %-Hürde. Danach hat keine andere links von der SPD auftretende Liste wieder an diese Stimmenzahl herangereicht. Die DFU (Deutsche Friedensunion) erreichte 1961 allerdings mit 28.511 Stimmen und 2,9 % noch mehr als die DKP in ihrer mittlerweile überlebten „Hochkonjunktur" von 1974 (s.o.).

Ihre Stimmen hat die Bunte Liste vor allem bei den jungen Wählern gewinnen können. Nach einer Analyse des Instituts für angewandte Sozialwissenschaften (Infas) haben 24 % der Wähler zwischen 18 und 25 Jahren in Hamburg „bunt" oder „grün" gewählt, und von den Wählern zwischen 26 und 34 Jahren immer noch 14 % („FR", 6.6.78)

Diese Zahlen sind zukunftsweisend für künftige Wahlbeteiligungen: Die Zahl der jugendlichen Unterstützer der Bunten Liste, die noch keine 18 Jahre alt sind und darum diesmal noch nicht wählen konnten, liegt nämlich unserer Erfahrung nach sogar noch erheblich höher!

Dennoch kann das Wahlergebnis kein Grund zur Selbstzufriedenheit für die Bunte Liste sein. Schon eine sehr grobe Analyse zeigt auf den ersten Blick, daß die Ergebnisse der Bunten Liste in den einzelnen Stadtteilen sehr ungleich sind: Während die Bunte Liste im geschlossenen innerstädtischen Kerngebiet Hamburgs (rund 250.000 Wahlberechtigte) durchweg überdurchschnittliche Ergebnisse hat (Durchschnitt insgesamt über 6%!), liegt sie im Rest der Stadt weithin unter dem Durchschnitt. Besonders negativ fallen die Ergebnisse in den Bezirken Wandsbek (2,9%), Bergedorf (2,5%) und Harburg (2,3%) auf.

Das „Kerngebiet" der Bunten Liste entspricht eindeutig den Wohngebieten, die heute von Studenten, Lehrern und allgemein von der „Neuen Linken" bevorzugt werden: meist relativ intakte Altbau-Gebiete, z.T. mit relativ großen Wohnungen (jetzt Wohngemeinschaften). Dazu gehören traditionelle Arbeiter-Wohngegenden (Altona, Eimsbüttel, St. Pauli) ebenso wie bürgerliche Viertel (Rotherbaum, Winterhude). Unter den Wahllokalen mit den meisten „bunten" Stimmen liegen auf den ersten drei Plätzen Wahllokale des Bezirks Eimsbüttel Ortsteil Rotherbaum (Uni-Viertel).



„Es waren die Schmetterlinge ..."

Aus: „Hamburger Abendblatt", 6.6.78

Nebenbei: Die Analyse zeigt auch, daß die DKP fast exakt dieselbe Wählerstruktur hat.

In großen traditionellen Arbeitergegenden wie Wandsbek, Eidelstedt, Harburg-Wilhelmsburg und in den großen Neubau-Vierteln (Ausnahme ist Steilshoop mit insgesamt 3,8%) hat die Bunte Liste bisher kaum Fuß fassen können. Man muß diese Aussagen freilich relativieren: 2,7% für die Bunte Liste beispielsweise im Kerngebiet Wandsbek (rund 100.000 Wahlberechtigte) ist immer noch ein Ergebnis, das sich sehen lassen kann (DKP: 0,7%).

Insgesamt zeigt das Hamburger Wahlergebnis, daß die Bunte Liste trotz eines hohen Bekanntheitsgrades in ganz Hamburg nur in sehr geringem Maß „Protestwähler" für sich gewinnen konnte, sondern weitgehend im bestehenden linken Potential geblieben ist. Dieser Punkt wird auch deutlich im Vergleich mit der GLU, die in Hamburg fast gar nicht im Wahlkampf sichtbar war und trotzdem allein durch ihren Namen 1%

dem allein durch ihren Namen 1% der Stimmen auf sich ziehen konnte, in diesem Fall typische „Proteststimmen".

Das heißt, die Bunte Liste hat sich klar als linke Alternative dargestellt, nicht als irgendeine diffuse Protestpartei. Hier sollten auch zukünftig keine opportunistischen Konzessionen gemacht werden. Stattdessen wird es darauf ankommen, die Arbeit der Initiativen und der Bunten Liste besonders in den bisher „unterdurchschnittlichen" Gebieten zu verstärken, sich noch stärker auf die Probleme der Werktätigen zu orientieren.

Ein Ergebnis, das zur Weiterarbeit ermuntert!

Die Parteien von CDU bis DKP haben vor der Wahl rumgewitzelt: „Schmetterlinge leben nur einen Sommer". Sie sind mit ihren Voraussagen auf den Bauch gefallen, daß die Bunte Liste bei einem „Promille-Ergebnis" (Originalton DKP!) bleiben würde – und sie werden auch damit auf den Bauch fallen, daß sie ein schnelles Ende der Bunten Liste schon bei ihrer Geburt prohpezeiten. Der Wahlausschuß der Bunten Liste bereitet zur Zeit einen Kongreß vor, auf dem die Erfahrungen und die Ergebnisse des Wahlkampfes ausführlich ausgewertet und die weitere Arbeit diskutiert werden sollen. Daß die Bunte Liste weiter arbeiten wird, und daß sie sich auch bundesweit verstärkt in die Diskussion um die Wahlbeteiligung von Oppositionslisten einschalten wird, steht außer Zweifel.

Ein weiterer Schwerpunkt der nächsten Aktivitäten der Bunten Liste wird der Kampf gegen die undemokratische 5%-Klausel sein. Dazu sollten insbesondere auch die „Grünen Listen", die FDP und die DKP gezielt angesprochen werden.

In Hamburg hätte es ohne die 5%-Klausel für vier Abgeordnete der Bunten Liste sowie für je einen der GLU und der DKP gereicht. Auch die Bunten Liste sowie für je einen der GLU und der DKP gereicht. Auch die FDP hätte fünf oder sechs Abgeordnete. Nimmt man die Bunte Liste, die Grüne Liste, FDP und DKP zusammen, so sind in Hamburg 98.400 (10,3%) und in Niedersachsen 329.000 (8,4%) Stimmen einfach unter den Tisch gefallen.

Wahlveranstaltung in Westberlin:

Am 9.6. fand in Westberlin im Audi-Max, das mit 1.500 Zuschauern überfüllt war, eine Veranstaltung unter dem Titel „Wahlalternativen ins Rathaus" statt – Anfang 1979 sind in Westberlin Wahlen für die Bezirksversammlungen und für das Abgeordnetenhaus. Aufgerufen hatten die Alternativ- und BI-Zeitungen: Zitty, Radikal, Kritik, bbu-aktuell und Dicke Luft. Roland Vogt als Diskussionsleiter erklärte, es gelte der verkappten Allparteienregierung eine Alternative auf BI-Ebene entgegenzustellen. Die Kandidatur der „Grünen" und „Bunten" Listen habe ausgereicht um eine Partei aus dem Parlament zu werfen. Die Wahldiskussion in Westberlin wird inzwischen von der bürgerlichen Presse aufmerksam verfolgt, überall wurde die Veranstaltung angekündigt – einschließlich des Rundfunks, bereits jetzt wurden in der Presse Mutmaßungen über einen möglichen Rausschmiß der FDP geäußert, die „Welt" interviewte vorher für die Wahldiskussion wichtige Kräfte wie Rechtsanwalt Schily, eine Zehlendorfer Wählergemeinschaft, die bei den letzten Bezirkswahlen 12% erhielt und die BI Oberjägerweg. Eingeladen waren zur Veranstaltung Heide von Bernsdorff, die bei den Kreistagswahlen als Kandidatin der WGA („Wählergemeinschaft Atomkraft Nein Danke") einen Sitz in Hameln/Bad Pyrmont errungen hatte, Kandidaten der GLU-Niedersachsen und der Bunten Liste aus Hamburg.

Besonderen Beifall bekam Heide von Bernstorff, die erklärte, daß trotz Wahlsieg ihr Schwerpunkt weiterhin auf den außerparlamentarischen Aktionen liegen würde, sie kritisierte die GLU, die viele Kräfte aus der BI-Bewegung abgeblockt hätte.

Mombauer, Spitzenkandidat der GLU, sprach ausdrücklich für die Kandidaten, die aus der BI-Bewegung kommen und hob den großen Wahlsieg der GLU in Lüchow-Dannenberg hervor.

Sehr großen Beifall bekamen auch die Ausführungen der Kandidatin und des Kandidaten der Bunten Liste. Trotz Stimmen zum Wahlboykott stellte sich heraus, daß die Wahlerfolge bei den Landtagswahlen von vielen Initiativen als Ermunterung für die Wahldiskussion in Westberlin begriffen wurden. Innerhalb der Wahldiskussion gibt es insbesondere Kräfte, die auch für Westberlin eine 'Bunte Liste' befürworten, andererseits Kräfte um den "Langen Marsch", die eine Personenkandidatur befürworten. Noch Ende Juni soll in Westberlin ein Treffen aller interessierten Gruppen und Personen sein.

GLU Niedersachsen: 3,9 Prozent

Mit 3,9% im Landesdurchschnitt für die GLU, und nur 4,2% für die FDP sorgten große Teile der niedersächsischen Wähler am 4. Juni für einen gehörigen Paukenschlag. Mit der FDP blieb nicht nur das Albrecht-Modell einer CDU/FDP-Koalition auf der Strecke, sondern vor allem die Politik einer FDP, die, von Innenminister Groß und Wirtschaftsminister Küpker in der Landesregierung vertreten, sich durch einen extrem reaktionären Kurs gegen alle demokratischen Kräfte und AKW-Gegner auszeichnete. Erinnert sei nur an den Schutz von Faschistenaufmärschen durch die von Groß kommandierte Polizei in vielen Städten Niedersachsens, die Terrorangriffe und Bürgerkriegsmanöver gegen AKW-Gegner von Grohnde am 19.3. und an die Bespitzelung und Einschüchterung der Bevölkerung eines ganzen Landkreises in Lüchow-Dannenberg. In diesem Kreis fiel die FDP denn auch auf ganze 2,3% der Stimmen zurück – ein Ergebnis, bei dem die bürgerliche Presse, wenn es sich um linke Organisationen handelt, allemal schon von Splitterparteien spricht. Die GLU erreichte in Lüchow-Danneberg mit 17,8% ihr mit Abstand bestes Landesergebnis.

Die CDU gab sich nach den Wahlen als überzeugender Sieger. Mit 48,7% verschlechterte sie sich nur um 0,1%, während die SPD 0,9% und die FDP 2,8% verloren. Genauer betrachtet sieht die Bilanz von Strahlenmann Albrecht jedoch schlechter aus: verglichen mit den Landtagswahlen 1974 mußte die CDU ein Minus von 100.000 Stimmen einstecken. Zwar wird die CDU jetzt in Niedersachsen mit absoluter Parlamentsmehrheit allein regieren, zwar wird sie über die absolute Mehrheit im Bundesrat auch die Bundesregierung noch stärker auf CDU-Kurs bringen – aber auch sie bekam bei diesen Wahlen den allgemeinen Parteienverdruß zu spüren. In Soltau machte sich das auch eine rechtsradikale Gruppe zunutze, die „Freie Union Niedersachsen", die dort 19% der Stimmen an sich zog, nachdem sie bei der Kommunalwahl im letzten Jahr noch größere Erfolge errungen hatte.

Die SPD, die mit der CDU stimmengleich ziehen wollte, verlor gegenüber 1974 sogar 130.000 Stimmen: von 43,1% sank sie auf 42,2%. Aufgrund der Wahlniederlage hat es in der niedersächsischen SPD die ersten Differenzierungsprozesse zwischen „Linken" und Rechten gegeben. Der bisherige stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Wolfgang Penningsdorf, kündigte seinen Ausstieg aus dem Fraktionsvorstand an, da die SPD-Führung offenbar noch „mehr zur Mitte hin" (also nach rechts) orientieren wolle („FR", 8.6.78). Außerdem beklagte er die Blindheit gegenüber dem Anwachsen alternativer Listen, weil diese die SPD 1980 noch unter die 40%-Marke bringen könnten.

Die FDP verlor 2,9% der Stimmen (in Zahlen: 130.000), das heißt: nahezu die Hälfte. Insbesondere in Städten mit vorher überdurchschnittlichen FDP-Ergebnissen hatte sie den größten Aderlaß: So fiel die FDP in Göttingen von 10,6% auf 6,9%, in Braunschweig II von 10,5% auf 5,1% und in Lüneburg von 8,3% auf 4,3%. Eine Infas-Analyse behauptet, die FDP habe besonders an die CDU verloren (nämlich 60.000 Stimmen), und nur 20.000 Stimmen an die GLU. Noch bei seinem Rücktritt vom Vorsitz der Partei wenige Tage später erklärte Innenminister Groß trotzdem das Bündnis mit der CDU für richtig.

Die GLU erreichte mit 3,9% ein achtbares Ergebnis. Ihre Ergebnisse sind im einzelnen sehr unterschiedlich. Neben dem Erfolg in Lüchow-Dannenberg hat die GLU vor allem in einigen Städten überdurchschnittlich gut abgeschnitten. Herausragende Ergebnisse gab es in Lüneburg (6%), Göttingen (5,9%), Hannover-Mitte (5,9%), Braunschweig II (5,8%), Hildesheim (5,3%) und Wilhelmshaven (5,1%). Ihr Durchschnitt in den großstädtischen Wahlbezirken liegt bei 4,4%. Gerade in den Städten ist die GLU im Wahlkampf häufig nach links offen aufgetreten und hat von der Linken ihre meisten Stimmen bekommen. Im Gegensatz dazu konnte die DKP in den beiden Wahlkreisen Oldenburg 1 und 2, wo die GLU dezidiert bürgerlich aufgetreten ist und Querelen über das Verhältnis GLU-AUD einen aktiven Wahlkampf behinderten, relevante Stimmenanteile bekommen. In Oldenburg 1 kam die GLU auf 3,7%, die DKP auf 1,8% (+ 1%), in Oldenburg 2 die GLU auf 4%, die DKP auf 1,3% (+ 0,6%).

Neben den Städten erzielte die GLU auch dort hohe Ergebnisse, wo umweltfeindliche Industrieprojekte und AKWs den Protest der Bevölkerung hervorrufen. Dies gilt z.B. für die Wahlkreise Cuxhaven (6%) und Jever (5,9%), genauso wie für die beiden Hamelner Wahlkreise am Standort des AKW Grohnde. In Hameln-Stadt erreichte sie 4,7% und in Hameln-Land/Pyrmont 4,9%.

Im Wahlbezirk Emmerthal am AKW Grohnde kam die GLU sogar auf 6,3%, also auf deutlich mehr als die WGA bei den Kreistagswahlen im Oktober 77. Die Schlappe der FDP, die bei den Kreistagswahlen noch knapp die WGA schlagen konnte, wird in diesem Stimmbezirk ebenso deutlich: Sie kam nur auf wenig über 2%.

Ihre schlechtesten Ergebnisse hat die GLU in kleinstädtisch-ländlichen Regionen, die bislang weder vom Anti-AKW-Kampf noch von anderen Umweltkonflikten stärker berührt worden sind. Dies gilt für CDU-Hochburgen wie für SPD-Hochburgen. Beispielsweise erreichte die GLU im Wahlkreis Duderstadt mit 2,1% ihr schlechtestes Ergebnis. Die CDU erhielt hier 63,4%. Im Wahlkreis Schöppenstedt kam die GLU auf 2,8%. Hier holte die SPD mit 50,8% den Landtagssitz. Beide Wahlkreise sind typisch für Regionen, in denen die GLU politisch bislang „wenig los" war.

„*Die neuen politischen Gruppierungen sprechen in besonderem Maße Jungwähler an, die noch nicht festgelegt sind und den Weg zu den etablierten Parteien nicht finden können.*" Dies ist das zusammenfassende Ergebnis einer sogenannten „Nachfrage" des Infas-Instituts (vgl. „FR", 6.6.78). Infas hatte in ausgewählten Wahlbezirken die Wähler am Wahltag über die getroffene Entscheidung befragt. Das Ergebnis zeigt für Jung- und Erstwähler einen hohen Anteil für die GLU, und insgesamt eine gegenüber älteren Wählern deutlich verschobene Parteienpräferenz nach links.

In der Gruppe der 18-25jährigen (in Klammern die Vergleichszahlen für Hamburg; dort statt GLU die Bunte Liste) hatte die GLU einen Anteil von 14% (24%), also das Dreieinhalbfache ihres Durchschnitts. Die SPD kam in dieser Altersgruppe auf 51% (42%), die FDP auf 5% (8%) und die CDU auf 27% (22%).

In der Gruppe der 26-35jährigen flacht für die GLU die Sympathie-Kurve auf 7% (14%) ab, die SPD hat mit 44% (51%) noch den stärksten Anhängeranteil, die CDU liegt bei 40% (Hamburg nur 21%!), die FDP bei 6% (11%).

Diese Umfrageergebnisse bestätigen unsere eigenen Erfahrungen im Wahlkampf, daß vor allem junge Leute sich heute für eine Alternative zu den etablierten bürgerlichen Parteien einsetzen. Sie verweisen das CDU-Märchen von der Trendwende nach rechts unter den Jungwählern in das Reich der Legenden.

In der Vorbereitungsphase des Wahlkampfes hatte es in der GLU eine Kontroverse darüber gegeben, ob mehr links oder betont „gemäßigt" (wegen des Stimmenfangs aus dem bürgerlichen Lager) aufgetreten werden solle. Vor allem die Gruppe um den GLU-Vorsitzenden Beddermann hatte auf einer deutlichen Abgrenzung von Radikalen, Kommunisten etc. bestanden und linke Forderungen als „unökologisch" abgekanzelt. Dabei war auch immer die Wahltaktik als Begründung bemüht worden. Beddermann war auf den GLU-Wahlparteitagen soweit gegangen, ein deutlich besseres Ergebnis in konservativen, ländlichen Gegenden, als in den Städten mit einer ansatzweise links orientierten Protestströmung vorauszusagen. Das Wahlergebnis sieht nun gerade andersherum aus, und weder die GLU noch eine andere grüne Alternativpartei kann die „Nicht-mehr-SPD-Wähler" in den Großstädten überzeugen, wenn sie auf das Massenproblem der Arbeitslosigkeit, des Abbaus sozialer Rechte, der rigorosen Sparpolitik des Staates und der Gemeinden in allen sozialen und kulturellen Bereichen und der Einschränkung der demokratischen Freiheiten eine ausschließlich „ökologische" Antwort zu geben versucht. Die GLU sollte auch über die deutlichen Sympathieunterschiede zwischen GLU und Bunter Liste unter Jungwählern nachdenken.

Lüchow-Dannenberg:

Erfolg für die GLU

— schwere Schlappe für die bürgerlichen Parteien

Ein einmaliges Wahlergebnis erzielte die GLU im Landkreis Lüchow-Dannenberg. Bei einer Wahlbeteiligung von 79,2% erhielt die GLU 17,8% der Stimmen. Die drei bürgerlichen Parteien mußten schwere Verluste einstecken: so fiel die CDU von 61,6% auf 52,8% (- 8,8%), die SPD von 30,3% auf 25,9% (- 4,4%) und die FDP von 6,3% auf 2,3% (- 4%). Einen besonders hohen Stimmenanteil bekam die GLU in den beiden Städten – in Lüchow 17,3% (zum Vergleich: die FDP 1,9%) und in Dannenberg 15,6% (die FDP 3,0%) – und in den Orten direkt am Bauplatz für die WAA: so z.B. in Trebel 30,5% für die GLU, für die CDU 48,0%, die FDP total abgeschlagen mit 2,2%.

Hauptwahlkampfthema: Verhinderung der WAA

Die GLU hat in Lüchow-Dannenberg einen sehr lebendigen, angriffslustigen Wahlkampf geführt. Sie ist konsequent für die Verhinderung der WAA eingetreten und hat versucht, weitgehend in enger Zusammenarbeit mit den örtlichen Bürgerinitiativen, zahlreiche Veranstaltungen, Frühschoppen etc. durchzuführen. Besonders in der örtlichen Presse ist kein Tag vergangen, an dem nicht mindestens eine Anzeige erschienen ist. Hier zeigt sich auch deutlich, wie gut es der GLU gelungen ist, sich breiter in der Bevölkerung zu verankern. Zahlreiche Anzeigen mit Wahlempfehlung für die GLU sind von Menschen aus unterschiedlichsten Berufsständen erschienen: von Geschäftsleuten, Landwirten, Hausfrauen, Lehrern etc. Teilweise nehmen die Anzeigen eine ganze Zeitungsseite ein, finanziert von einzelnen und mehreren Personen. Ausdrücklich bedankt sich die GLU bei „*den vielen Landwirten, den Personen aus allen Berufen und Ständen für ihre kleinen und großen Wahlspenden, ohne die wir uns in der Öffentlichkeit nicht hätten darstellen können*" (Anzeige in der „Elbe-Jeezel-Zeitung", 1.6.78).

Während die bürgerlichen Parteien in trauter Eintracht darauf bedacht waren, das Thema WAA möglichst aus dem Wahlkampf herauszuhalten, scheuten sie weder Geld noch Verleumdungen, um gegen die GLU zu hetzen. Vor allem die CDU – voran Grill als CDU-Landtagsabgeordneter – ging so weit, daß die GLU per „Einstweiliger Verfügung" ihre Aussagen verbieten konnte (GLU-Anzeige in der „EJZ" vom 1.6.). Die CDU benutzte dabei das Strickmuster des antikommunistischen Feindbildes und des Terroristenfreundes, mit dem sie in einem traditionell sehr konservativen Gebiet zu landen versuchte: Die GLU sei „*für das ungehemmte Wirken von Extremisten und Kommunisten im öffentlichen Dienst und auf der Straße*". Aussagen der GLU wurden neu interpretiert: so wird aus dem Recht zu „friedlichen und unkontrollierten Demonstrationen" für die CDU: „kein polizeilicher Schutz für Menschen ... vor Demonstranten"; oder die Forderung „Keine Speicherung von nachrichtendienstlichen oder polizeilichen Ermittlungsergebnissen" heißt für die CDU: „eine Verfolgung der terroristischen Szene soll unmöglich gemacht werden".

Trotz dieser schweren Geschütze konnte sich die CDU mit ihrer Hetzkampagne gegen die GLU nicht durchsetzen. Acht Prozent für die CDU weniger sprechen eine deutliche Sprache.

Sinkende Schiffe — eine Vorliebe der GIM

In den Augen der GIM ist die GLU eine „*rechte Protestpartei*", der man bei der Niedersachsen-Wahl „*keine Stimme*" geben durfte: „*Zwar drückt eine Stimme für die GLU Kritik an den ‚etablierten Parteien' aus, doch kommt diese Kritik von rechts, aus der kleinbürgerlichen Ecke*". „*In entscheidenden Fragen wird sich der kleinbürgerliche Charakter* (der GLU, Anm. AK) *immer wieder durchsetzen; die Linken in der GLU sind nur ein Aushängeschild ohne Einfluß, wie jede andere Partei sie auch hat (Jusos, Sozialausschüsse etc.). Hätten sie doch die Mehrheit einmal eines Tages, würden die Kleinbürger die Partei ohne Bedenken spalten, um wieder eine reine GLU nach ihren Vorstellungen aufzubauen*" (aus einem Flugblatt der GIM-Hannover).

Zu einem derart plumpen Vergleich der GLU mit den großen bürgerlichen Parteien gehört schon ein gerütteltes Maß an politischem Unverstand: die niedersächsische GLU verfügt als völlig junge politische Kraft keineswegs über derart festgelegte und machtpolitisch wasserdicht abgesicherte Parteistrukturen, die eine Auseinandersetzung der Linken darin über den Kurs der GLU von vornherein zu einem fruchtlosen Unterfangen machen würden. Ohne den nach wie vor beherrschenden Einfluß der Beddermann-Gruppe innerhalb der GLU zu unterschätzen, hat der bisherige „Lebensweg" der GLU doch bereits zu wichtigen Zugeständnissen der Rechten geführt, und den Einfluß der auf eine Zusammenarbeit mit den Bürgerinitiativen und der Linken drängenden Kräfte ausgebaut. Die GIM selbst kalkuliert sogar die Möglichkeit ein, daß die Linken in der GLU „die Mehrheit" erobern könnten – dazu tun möchte sie allerdings nichts.

Was also tun zur Wahl? Treffsicher wie es nur ein trotzkistischer Schlafwandler sein kann, setzte die GIM in Niedersachsen mal wieder auf ein sinkendes Schiff: die DKP – „*trotz aller Kritik*", versteht sich, aber um „*die Forderung nach einer sozialistischen Alternative zu bekräftigen*". Die DKP büßte in Niedersachsen rund ein Viertel ihrer vormaligen Stimmen ein und landete bei 0,3% (12.708 Stimmen). Eine wirklich gute „Bekräftigung der sozialistischen Alternative"...

ZU DEN LANDTAGSWAHLEN IN BAYERN:

UNS NÜRNBERGERN STINKT'S

Wir arbeiten in verschiedenen Basis- und Bürgerinitiativen – in der Anti-AKW-Initiative, in Frauengruppen, Kinderinitiativen, Gewerkschaftsgruppen, Schülerinitiativen, in der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden usw. – und wir alle denken mit Grausen an die kommenden Landtagswahlen in Bayern.

Während in allen anderen Bundesländern, in denen bald gewählt wird, Umweltschutz- und andere Bürgerinitiativen schon seit geraumer Zeit über Alternativen zu den drei großen Parteien diskutieren, ist es bei uns totenstill: Wir haben das Gefühl, als möchte keiner daran erinnert werden, daß im Oktober Strauss und die CSU die Wahl gewinnen werden.

In Niedersachsen gibt es die Grüne Liste Umweltschutz (GLU) schon seit einiger Zeit, in Hamburg kandidiert im Juni die Bunte Liste - Wehrt Euch, in Schleswig-Holstein hat sich gerade eine GLU gegründet, in Bremen und Hessen wird über diese Dinge diskutiert. Nur bei uns will keiner der halbwegs vernünftigen Menschen etwas von der Wahl hören, es scheint uns wie ein allgemeiner Verdrängungsprozess, der jeden Mut zum Widerstand abtötet! Die SPD scheint sich inzwischen endgültig aufgegeben zu haben: Es heißt, sie wolle in diesem Jahr einen ganz besonders 'volkstümlichen','bayerischen' Wahlkampf führen – was das bedeutet, können wir uns ungefähr vorstellen.

Wir meinen nicht, daß es unter allen Umständen möglich und nötig ist, auch in Bayern kurzfristig eine alternative Kandidatur auf die Beine zu stellen, uns stinkt es aber ganz gewaltig, dermaßen resigniert die Wahl abzuwarten, sie wie einen Schicksalsschlag hinzunehmen und uns in die 'innere Emigration' zurückzuziehen!

Wir machen deshalb einen Vorschlag: wir organisieren ein bayernweites Treffen, eine Art Wahlkongreß, zu dem alle kommen sollten, die sich - wie wir - nicht mit allem abgefunden haben. Als Diskussions-grundlage schlagen wir folgenden Text vor, der wirklich nur als Vorschlag zu verstehen ist. Wir hoffen, daß wir damit auch andere Vorschläge, Ideen und Initiativen anregen.

Terminvorschlag: 24./25. Juni (Samstag/Sonntag) oder 8./9. Juli (Samstag/Sonntag)
Ort: Nürnberg
Kontaktadresse: Klaus Meyer, Kaßlerplatz 15, 85 Nürnberg Telefonnummer: 0911/558361

Wenn wir an den Oktober in Bayern denken, läuft uns ein kalter Schauer über den Rücken: dann nämlich wird mit Strauss ein Mann an die Spitze dieses "Freistaats" kommen, der kein Hehl daraus macht, was er in den nächsten Jahren in Bayern zu tun gedenkt: Er ist es, der uns schon 1973 in Sonthofen ankündigte, dafür zu sorgen, **"daß bis zum Ende dieses Jahrhunderts von diesen Banditen keiner es mehr wagt, in Deutschland das Maul aufzumachen."**

Er ist es, der eine Protestaktion von Jugendlichen mit den Worten kommentierte: **"Die Außergesetzlichen haben in größter Weise die öffentliche Ruhe und Ordnung zerstört... Diese Personen benehmen sich wie Tiere, auf die die Anwendung der für Menschen gemachten Gesetze nicht mehr möglich ist."** Und so stellt man sich das vor: **"Man kann Ungeziefer eben nur mit den geeigneten mechanischen und chemischen Mitteln vertilgen, nicht mit gutem Zureden."** Diese Empfehlung gab CSU-Mitglied und Bayern-Kurier-Schreiber Franzl.

Strauss ist es auch, der über Chile sagt, **"am meisten sei er von dem inneren Frieden und der politischen Stabilität beeindruckt gewesen."** Für die BRD stellt sich der Bayernkurier dies folgendermaßen vor: **"Eine entschlossene politische Führung und eine kluge Politik sind das wichtigste. Demokratie braucht eine starke und zuverlässige Regierung und eine stabile Ordnung."** Fühlt man sich da nicht an Pinochets Worte erinnert? **"Die Demokratie muß ab und zu einmal in Blut gebadet werden."**

Chilenische Zustände – das ist es, wovon dieser Mann träumt, und die er zuerst in "seiner Heimat" Bayern, dann in der BRD und dann in Europa einführen will! Daß es letztlich Strauss' Interesse ist, "seine Heimat" auf ganz Europa auszudehnen, sagt er selber: "Erst wenn die **"berechtigten Lebensinteressen"** der zweitstärksten Wirtschaftsmacht der westlichen Welt befriedigt seien - und dazu gehören unter anderem der Anschluß der DDR und eines Drittels des jetzigen polnischen Staatsgebiets - könne **"wirklich Ruhe und echte Entspannung in Europa eintreten."**

Daß es bei solchen Plänen selbstverständlich Strauss war, der sich bereits in den 50er Jahren für die atomare Bewaffnung der Bundesrepublik stark machte und der einer der vehementesten Streiter für Atomkraftwerke ist (nicht zufällig wurde das erste Atom-Forschungszentrum und auch das erste AKW der BRD in Bayern gebaut!), versteht sich von selbst. Hierzu Strauss: **"Es dreht sich alles um die Tatsache, daß der Besitz und die Verfügung von Kernwaffen im Begriff sind, zum Symbol oder vielmehr zum Charakteristikum, zum Prüfstein der Souveränität zu werden."**

Für diese Pläne sind die heutigen "bayerischen Verhältnisse" immer noch zu liberal.

Strauss reicht es nicht, daß Bayern das erste Bundesland ist, in dem Berufsverbote gegen SPD-Mitglieder, Pazifisten und Kriegsdienstverweigerer verhängt werden.

Strauss reicht es nicht, daß in bayerischen Schulbüchern Texte von Fried, Biermann, Wallraff und Fichte zensiert werden, seiner Vorstellung nach soll wohl der Bayernkurier Pflichtlektüre werden.

Bayerische Zustände – das heißt schon heute ein von der CSU praktisch vollständig beherrschtes Rundfunk- und Fernsehprogramm, wo mißliebige Filme nicht gesendet werden. Solche Filme tragen nach Straussens Meinung dazu bei, daß die **"Redaktionen der Rundfunk- und Fernsehanstalten ... schon bald Moskaus Außenposten in Deutschland genannt"** werden können.

Bayerische Zustände – das heißt eine Schulordnung, die es den Schülern unter Androhung hoher Strafen verbietet, Interessenvertretungsorgane zu wählen, ein Hochschulgesetz, mit dem in der BRD zum ersten Mal die verfaßte Studentenschaft verboten und das Ordnungsrecht eingeführt wurde. Daß dies keine leere Theorie bleiben soll, zeigte sich auch schon in Würzburg, wo sieben Studenten wegen ihres antifaschistischen Protestes Ordnungsstrafen aufgebrummt bekamen. Nicht zufällig handelte es sich um Proteste gegen den Strauss- und Faschisten- Freund Bossle.

Bayerische Zustände – das heißt auch eine Familienpolitik, die als allererste Pflicht und Aufgabe der Frauen fordert, daß sie möglichst viele Kinder in die Welt setzen und ein Leben lang treu und aufopfernd für ihre Familie sorgen. Als Anreiz wird den Frauen ein Familiendarlehen angeboten und auch ein Mütterorden ist schon wieder im Gespräch. Wen wunderts da noch, daß in vielen bayerischen Landkreisen Abtreibungen vollkommen verboten sind.

Um diese Politik nach den Wahlen im Herbst "noch erfolgreicher" weiterführen zu können, zimmert Strauss bereits jetzt an einer neuen Regierungsmannschaft: bereits Ende 77 wurde mit Seidl ein Mann zum Innenminister, der durch die Verteidigung der Kriegsverbrecher und führenden Nazis Heß und Frank bei den Nürnberger Prozessen unmißverständlich gezeigt hat, zu welchem braunen Menschenschlag er zu rechnen ist.

Aus gut unterrichteten Kreisen hört man weiter, daß der – für Strauss anscheinend zu 'liberale' – Kultusminister Maier durch den Würzburger Faschistenfreund Bossle abgelöst werden soll!!

AUSWANDERN ?

Wer angesichts dieser Situation jetzt nur noch darüber nachdenkt, in welches Land er am besten auswandern könnte, der hat etwas wichtiges übersehen: alle diese braunen Vögel, allen voran Strauss, haben soviel Dreck am Stecken, daß sie schon häufiger darüber gestolpert sind!! Immer wieder wurden Bestechungsmanöver, Abhörskandale + freundschaftliche Verbindungen zur hiesigen und internationalen Faschisten-Szene bekannt.

Einmal bereits mußte Strauss wegen eines solchen Skandals den Hut nehmen – 1962 bei der Spiegel-Affaire. Von Innenminister Seidl sind Auszüge aus seiner 1937 verfaßten Dissertation bekannt geworden, in denen er offen für die faschistische Machtergreifung und die Einführung eines "Nationalsozialistischen Strafrechts" eintritt. Dem niedersächsischen Justizminister Puvogel hat die Veröffentlichung seiner Dissertation bereits den Kragen gekostet, weswegen sollte es Seidl eigentlich nicht ähnlich gehen? ?

Wir wollen uns vom "Bayern im Herbst" nicht einschüchtern lassen, sondern uns auf die Suche begeben nach möglichst vielen Steinen, die wir ihnen in den Weg werfen können, damit sie kräftig ins Stolpern kommen und möglichst eine Bauchlandung machen. Jeder Skandal, jede Schweinerei, die wir bei unserer Suche entdecken, werden wir diesen schwarzbraunen Vögeln durch eine breite Öffentlichkeit um die Ohren hauen!

Je mehr wir sind, die sich auf die Suche nach den bayerischen Puvögeln, Berufsverbietern, Zensoren und Frauenfeinden begeben, destomehr werden wir diese Herren ins Schwitzen bringen können.

Laßt uns deshalb schon jetzt beginnen, zwei, drei, viele Puvögel, zwei, drei, viele Spiegel-Affairen zu schaffen und hierzu sollten wir uns möglichst bald treffen, um loslegen zu können.

Allerdings sollten wir auch vorsichtig sein: StrauSS hat mal gesagt: **"Wer mich daran hindern würde, an die Macht zu kommen, den würde ich umbringen!"**

So sehen's die anderen

DKP hat nichts dazugelernt

Ziemlich peinlich war der Wahlausgang für die DKP, die in Hamburg von 2,2% auf 1,0% und in Niedersachsen von 0,4 auf 0,3% abfiel (mit besonders markanten Verlusten in den Städten).

Dieses Ergebnis mußte natürlich entsprechend verarbeitet werden. In der „UZ" (6.6.) wird die Schuld vor allem auf die dummen Wähler geschoben, die *„unter dem Wirken des Antikommunismus"* lieber für die Bunte Liste statt für die alleinseligmachende DKP stimmten. Richtig übel nehmen kann man das den dummen Wählern aber eigentlich nicht, denn *„antikommunistische Verleumdungen"* und *„das Verfälschen der konstruktiven Politik der DKP"* durch die Massenmedien trübten den Blick von weit mehr als der Hälfte der früheren DKP-Wähler. Und zudem: *„Alle anderen Parteien k o n z e n t r i e r t e n ihre Verleumdungen auf die DKP"*. Diese Behauptung ist nicht ohne Witz, wenn man weiß, daß die DKP in Hamburg von den Bürgerlichen — zu recht! — für so total ungefährlich gehalten wurde, daß während des gesamten Wahlkampfs von ihnen überhaupt kein Wort zur DKP gefallen ist!...

Trotzdem weiß die „UZ" zu berichten: Zweck der Bunten Liste sei es gewesen, *„den Wähler von der einzigen Alternative, die vom Großkapital g e f ü r c h t e t wird, von der DKP, abzulenken"* (Original-Zitat!).

Wahlergebnis hin oder her — die „UZ" registriert als Fazit der Wahlen in Hamburg eine *„g e w a c h s e n e Kraft"* der DKP: neue „UZ"-Abonnenten usw. usf.

Die Hamburger DKP-Hochschulgruppe verteilte zum Wahlausgang ein Flugblatt, in dem immerhin eingestanden wurde, daß man mit dem Ergebnis „nicht zufrieden" sei, daß man vielmehr „enttäuscht" sei. Es habe sich eben gezeigt, daß von den früheren Wählern die Mehrheit doch noch gar keine richtige antikapitalistische Alternative will (wie sie selbstverständlich nur die DKP zu bieten sche Alternative will (wie sie selbstverständlich nur die DKP zu bieten hat). Außerdem sei es *„zu wenig gelungen, die DKP als einzige echte Alternative bei den Wählern zu verankern"*, *„unsere positive Rolle"* in allen möglichen Kämpfen sei *„noch zu wenig erkennbar gemacht worden"*.

Ein weiterer Fehler: *„ ... daß wir zu spät den Charakter der Bunten Liste aufgezeigt haben"*. — Zu diesem Punkt bleibt zu sagen: Die DKP hat schon v o r Beginn des Wahlkampfs der Bunten Liste einen *„unversöhnlichen Kampf"* angesagt und dann tatsächlich v o n A n f a n g a n wahre Fluten von Papier gegen die Bunte Liste verteilt. Ohne zu übertreiben, kann man sagen, daß die DKP den Wahlkampf mehr gegen die Bunte Liste als gegen irgendeine andere Partei geführt hat. Aber anscheinend ist selbst diese Hetze der DKP nachträglich gesehen noch zu wenig gewesen? Wir sind sicher: Hätte die DKP n o c h wilder gegen die Bunte Liste gepöbelt, so hätte es sie n o c h mehr Stimmen gekostet!...

Herbert Mies, Vorsitzender der DKP, befaßte sich in der „UZ" (9.6.) ausführlich mit dem Wahlausgang. Die „Grünen" und „Bunten" Listen seien *„Scheinalternativen"*, deren *„Führungskräfte ... die Bekämpfung der DKP zu ihrem erklärten Ziel gemacht haben"*. *„Durch die Schaffung neuer parteiähnlicher Gruppierungen"* werde die demokratische Bewegung gespalten (natürlich nicht etwa durch die DKP, die um jeden Preis auch gegen erheblich breitere Wahlbündnisse kandidieren muß).

Immerhin behauptet Mies aber auch — große Überraschung! — die DKP würde diese neuen Listen *„in ihrer Differenziertheit sehen"* (jetzt auf einmal?!...), *„die meisten Anhänger und Wähler dieser Gruppierungen"* werden von Mies sogar als *„demokratisch gesinnte Menschen"* anerkannt. Und Mies bemerkt auch sehr scharfsinnig und selbstkritisch, *„daß es uns offensichtlich noch nicht gelungen ist, auf die neuen Fragen, die die Jugend heute bewegen, befriedigende Antworten zu geben"*.

Wird das positive Konsequenzen bei der DKP haben? Das wäre mal eine echte Sensation.

DKP-Hilfstruppen an die Front

Auch die Hilfstruppen der DKP wurden im Wahlkampf gegen die Bunte Liste mobilisiert:

— Die „tat", Zeitung der DKP-dominierten VVN, brachte am 2.6. einen Artikel mit der Überschrift *„Dunkelbraun unter grüner Tarnfarbe"*. Unter denen, die laut „tat" *„ihr demagogisches Süppchen kochen"* wollen, fand sich da neben GLU, AUD und diversen rechten Klüngeln unterschiedslos eingereiht auch *„eine desparate Vereinigung, die sich ‚Bunte-Liste-Wehrt-euch' nennt"*. Das ist so recht der Stil der Auseinandersetzung nach dem Herzen der DKP!

— Auch die Münchner DKP-Filiale „Arbeiterbund" mußte — wie schon gegen's Russell-Tribunal — voll an die Front: In ihrer „KAZ" (30.5.) wetterte sie, die Bunte Liste sei *„ein Ramschladen"* und *„ein schädlicher bürgerlicher Wahlverein, der die Spaltung der Arbeiter vertieft"*. *„Die Revolution werden die Arbeiter durchführen, und nicht die Schwulen, die Kleinbürgerfrauen und Atomkraftgegner, die Angst vor der Zukunft haben"*.

„KPD" kackfrech

Die „KPD" hatte sich erst ziemlich spät entschlossen, das Wahlbündnis Bunte Liste zu „unterstützen", nachdem sie zunächst ein Wahlbündnis mit dem KBW angepeilt hatte. Daß es weniger um wirkliche Unterstützung, als vielmehr um die parasitäre Nutzung der Bunten Liste gehen würde, war zu erwarten. Es sei nur erwähnt, daß die „KPD" mehrfach aufgefordert werden mußte, wenigstens ihren minimalen Verpflichtungen im Wahlkampf (Kleben von Plakaten usw.) nachzukommen. Dafür leistete sie es sich dann, einen Kandidaten der Bunten Liste als solchen als Redner für ihre Veranstaltung zum Breschnew-Besuch anzukündigen. (Der Kandidat erschien dann allerdings nicht.)



KBW-„Wahlkampf" gegen die Bunte Liste: Plakate wurden massenhaft überklebt!

Die größte Unverschämtheit indessen leistete sich die „KPD" in ihrer „Roten Fahne" vom 31. Mai (der letzten vor den Wahlen!), wo sie sich übe *„negative Tendenzen"* in der Bunten Liste ausließ, die *„hauptsächlich vom Kommunistischen Bund (KB) zu verantworten"* seien. Dort wurde behauptet, *„daß der KB einen weitgehend unpolitischen Wahlkampf durchzusetzen versuchte"*. Als positive Gegenbeispiele erwähnte die „Rote Fahne" zwei Veranstaltungen (HSW-Skandal und Gesundheitswesen).

Tatsächlich hat es im Wahlkampf eine F ü l l e von politischen Veranstaltungen gegeben, darunter auch die beiden erwähnten. Mit all diesen Veranstaltungen, einschließlich der beiden in der „Roten Fahne" genannten, hatte die „KPD" so gut wie n i c h t s zu schaffen!

Daß diese Veranstaltungen zum großen Teil von KB-Genossinnen und KB-Genossen getragen wurden, weiß natürlich auch die „KPD". Daß dies zugunsten des Wahlbündnisses nicht detailliert breitgetreten wurde, weiß die „KPD" ebenfalls. Insofern hat die Verleumdung der „KPD" gegen den KB schon einen klar provokatorischen Charakter.

Ebenso unverschämt und provokatorisch ist die Verleumdung der „Roten Fahne", *„die Leitung des KB"* habe *„immer wieder"* kritisiert werden müssen, weil sie *„hauptsächlich auf eine Materialschlacht mit den bürgerlichen Parteien orientierte"*, statt den Basis-Aktivitäten Raum zu geben. Fakt ist, daß die „KPD" mit den Basis-Aktivitäten (die es übrigens reichlich gab, aber vielleicht hat die „KPD" das wegen ihrer allzu großen Entfernung von der Basis nicht so mitgekriegt) in Hamburg kaum bis gar nichts zu tun hat. In der BUU, dem stärksten Block innerhalb des Wahlbündnisses, und in den einzelnen Anti-AKW-Initiativen spielt die „KPD" nur eine minimale Rolle. In der Frauen-Aktionseinheit, dem zweitgrößten Teil des Wahlbündnisses, ist die „KPD" überhaupt nicht anzutreffen. Dasselbe gilt für die Kinder-Eltern-Initiativen und die meisten anderen Basis-Bereiche, bzw. eigentlich für a l l e Bereiche.

Das heißt, die „KPD" versucht nachträglich, Aktivitäten, die wesentlich vom KB getragen wurden und an denen der „KPD" kaum Verdienst zukommt, für s i c h auszuschlachten, während sie gleichzeitig dem KB ans Bein pinkeln möchte.

Der Hinweis auf die „Materialschlacht", ebenso wie die Behauptung an anderer Stelle, es komme im Wahlkampf nicht auf die Zahl der Stellschilder an, sondern auf den *„praktischen Kampf"* (auf den sich die „KPD" zumindest in Hamburg ohne jedes Recht beruft!), stellt zudem eine Verarschung d e r Menschen dar, die im Wahlkampf — im Gegensatz zur „KPD"! — bis zum äußersten aktiv waren, um die Bunte Liste breit in der Bevölkerung bekannt zu machen und um mit Stellschildern, Klebern usw. usf. eine starke Präsenz der Bunten Liste zu demonstrieren. Glaubt denn die „KPD" ernsthaft, die Bunte Liste hätte o h n e diesen Einsatz, sagen wir ruhig „Materialschlacht", die 3,5% der Stimmen bekommen, die sie nun in der „Roten Fahne" vom 7.6. überschwenglich vor allem als Erfolg gegen die „sozialfaschistische" DKP feiert? Und wenn die „KPD" ebenda schreibt, *„daß besonders hohe Stimmergebnisse unmittelbar aus einer guten Verankerung der jeweiligen Initiativen und Organisationen zu erklären sind"*, so fragt sich doch: Was war denn dabei der Anteil der „KPD"?!...


FDP-Chef Genscher, völlig aus der Fassung geraten (man kann das Bild auch umdrehen)

GIM will solidarische Kritik

Ungewöhnlich freundliche Töne hat seit ganz kurzem die „was tun" (Zeitung der trotzkistischen GIM) gegenüber der Bunten Liste angeschlagen; es schreibt jetzt auch jemand anderes die Artikel. In der „was tun" vom 1.6. hieß es: Die Bunte Liste anderes die Artikel. In der „was tun" vom 1.6. hieß es: Die Bunte Liste *„dürfe ganz gewiß einen erheblichen Achtungserfolg im Lager der Atomkraftgegner und Naturschützer erringen ... Ganz sicher scheint jetzt bereits, daß die ‚Bunte Liste' die DKP überflügeln wird, was sensationell genug wäre"*.

Diese Einschätzung wurde in der „was tun" (8.6.) nach den Wahlen bekräftigt.

Jedoch wurde wieder einmal eine *„solidarische Kritik"* vorgebracht: *„die große Mehrheit"* der Wähler der Bunten Liste sei doch sowieso „sozialistisch". Also wäre es doch richtig gewesen, in Hamburg statt der Bunten Liste ein *„Bündnis aller sozialistischen Kräfte"* (= „Sozialistische Alternative") zu bilden. In Frage gekommen wären dafür, nach Meinung der „was tun", KB, GIM, SB und SOAG (eine linkssozialdemokratische Gruppe), *„aber auch Jusos, die man hierfür hätte gewinnen können"*. Ein solches „sozialistisches" Wahlbündnis hätte dann vielleicht *„einen kleinen Einbruch in eine Schicht ermöglicht, die weitaus z u k u n f t s t r ä c h t i g e r ist als die sicherlich zurecht um den Umweltschutz besorgten Bürger"*, nämlich Gewerkschafter usw. usf.

Die GIM irrt sich unserer Meinung nach in a l l e n Punkten:

1) Nach bisherigen Untersuchungen hat fast jeder vierte Wähler zwischen 18 und 25 in Hamburg „bunt" gewählt. Von den Wählern zwischen 26 und 34 sollen es immer noch etwa 14% gewesen sein. Die Ansicht, daß es sich bei all diesen Wählern, oder bei einer Mehrheit von ihnen, um „Sozialisten" handelt, ist mit Sicherheit falsch, falls man „sozialistisch" nicht einfach mit einem sehr unbestimmten Streben nach gesellschaftlicher Veränderung gleichsetzt.

2) Für ein „sozialistisches" Wahlbündnis wäre in Hamburg außer dem KB nur die GIM und eventuell die SOAG in Frage kommen (beides sehr kleine Zirkel mit äußerst geringem Einfluß). Das SB hätte aller Erfahrung nach nicht mitgezogen. Außerdem gilt für die Bedeutung der Hamburger SB-Gruppe dasselbe wie für GIM und SOAG. Daß J u s o s in größerer Zahl mitgezogen hätten, ist eine kindliche Illusion, zumal in Hamburg, wo die Stamokap-Linie (stark pro-DKP) vorherrscht. Für jeden Juso würde überdies die öffentliche Unterstützung einer Alternativ-Liste den Parteiausschluß bedeuten. Und schließlich: Die Idee, ausgerechnet über die Jusos an gewerkschaftliche Kreise ranzukommen, ist auch naiv. Der KB beispielsweise hat mit Sicherheit erheblich mehr Einfluß auf diese Kreise als die Jusos (in Hamburg).

3) Die Bunte Liste als bloße Bewegung umweltschützender Bürger darzustellen, ist entweder ein Zeichen totaler Desinformation oder eine Un- darzustellen, ist entweder ein Zeichen totaler Desinformation oder eine Un- verschämtheit.

4) Eine „sozialistische" Liste geht derzeit nicht von der Realität aus, sondern von Wunschdenken. Der Bruch mit den bürgerlichen Parteien vollzieht sich heute nicht auf dieser H a u p t linie. Eine „sozialistische" Liste könnte also keineswegs den heute schon realen Bruch mit den bürgerlichen Parteien (bzw. bei vielen erst einmal nur eine zeitweilige Entfernung von diesen Parteien) zusammenfassen. Einerseits sind ganz sicher sehr viele der Menschen, die die Bunte Liste unterstützt und/oder gewählt haben, k e i n e Sozialisten. Auf der anderen Seite gibt es haufenweise Menschen, die sich als Sozialisten verstehen oder sich so bezeichnen, die heute noch keineswegs für eine wählbare „sozialistische Alternative" außerhalb der SPD zu gewinnen sind — wie die Jusos, die immer noch regelmäßig im Wahlkampf die Drecksarbeit für die SPD erledigen.

Und das hätte von uns sein können: „Berliner Extradienst"

Erstaunlich ist der Kommentar des „Extra-Dienst" (6.6.) zum Abschneiden der „Grünen" und „Bunten":

„Jedenfalls bleibt nach diesen beiden Regionalwahlen festzustellen, daß das scheinbar Unmögliche möglich wird: Die 5-Prozent-Hürde, mit der sich das Kartell ewig gegen wirkliche Opposition abgeschirmt wähnte, ist zu nehmen, auch ohne kostspieligen Parteiapparat und Schmiergelder aus der Staatskasse. Die These, daß es erst einmal darauf ankommt, diese psychologische Barriere niederzureißen, das etablierte System dadurch in Bewegung zu setzen und die Protestbewegung im Verlauf ihrer eigenen Erfahrung programmatisch wie organisatorisch zu strukturieren, ist erhärtet worden.

Angst vor Spontaneität verbannt dagegen ins Ghetto der ‚linken Flügel' und der Null-Komma-X-Frusts. Nicht im sterilen programmatischen Geschwätz wird sich die sozialistische Linke dieser Republik formieren lassen, sondern allein im punktuellen Angriff auf die jeweils schwächsten Stellen des prokapitalistischen Herrschaftskartells. Im praktischen Kampf wird sich das Einigende herausbilden, nicht im lebenslangen Streit um Marxens Bart . . .".

Da unterschreiben wir glatt jedes Wort!

Hessen: Angst vor den Grünen

Angesichts der nächsten Landtagswahlen, die am 8. Oktober in Hessen stattfinden werden, ist den bürgerlichen Parteien gerade in diesem Bundesland der Schreck vom 4. Juni ordentlich in die Knochen gefahren. Täglich überschlagen sich die Meldungen über neue Stellungnahmen der hessischen Landesverbände von SPD, FDP und CDU. Thema: Wie verhindert man einen ähnlichen Wahlerfolg der Grünen und Bunten wie in Hamburg und Niedersachsen. Dementsprechend gibt es in Hessen derzeit für Bürgerinitiativen viel zu lachen: Die Atomfilze führen ihre neueste Komödie auf. Sie heißt „Umweltschutz". Derweil gewinnt eine alternative Wahlbeteiligung Konturen.

Ungeahnte Fähigkeiten zu volkstümlicher Komik entwickelte insbesondere der hessische Ministerpräsident Börner.

Nachdem das Wahlergebnis von Hamburg und Niedersachsen heraus war, erklärte er zunächst, in Hessen sei so etwas nicht möglich. Bürgerinitiativen hätten hier wenig Chancen, weil *„die Sozialdemokraten die größte Bürgerinitiative für Umwelt sind, die in Hessen denkbar ist"* („FR", 6.6.).

Selten so gelacht! Doch Börner blieb am Ball. Den nächsten Heiterkeitserfolg erzielte er schon wenig später, als er erklärte, daß er von einem weiteren Ausbau des Atomkraftwerks Biblis *„nichts hält"* („FR" 7.6.; das AKW Biblis ist mit zwei Blöcken, A und B, das größte der Welt. Ein dritter und vierter Block, C und D, sollen in Absprache der AKW-Betreiber mit der Landesregierung noch dazugebaut werden).

Den besten Scherz von seiten der SPD brachte freilich nicht Börner, sondern sein Umweltminister Willi Görlach. Er griff seinen Regierungskollegen Karry (FDP, Wirtschaftsminister) an, er solle endlich ebenfalls von Biblis Block C die Finger lassen. Der Umweltminister versicherte, bei ihm sei es k e i n e Wahltaktik, *„wenn er jetzt die Gunst der Stunde nutzt, um Dinge durchzusetzen, die er schon immer (!!!) wollte"* („FR", 7.6.). Geschickt von ihm, daß er v o r dem 4. Juni, als die „Gunst der Stunde" noch nicht gegeben war, damit lieber noch nicht an die Öffentlichkeit gegangen ist! ...

Angesichts dieser amüsanten Kapriolen der SPD mochte auch die FDP nicht zurückstehen und trat alsbald den Beweis dafür an, daß es auch ihr an Wahlkampf-Witz nicht mangelt. Den Freien Demokraten *„will es nicht in den Kopf"*, daß sie von den Umweltschützern im Stich gelassen werden könnten. Sind sie doch, so war jedenfalls bei der FDP-Landtagsfraktion *„vorherrschende Meinung"*, die *„parlamentarische Anlaufstelle Nummer eins für die Umweltschützer in Hessen gewesen"* („FR", 7.6.).

Auch ihr Wirtschaftsminister Karry habe sich stets hingebungsvoll bemüht, *„in Sachen Atomkraftwerk Biblis immer wieder auf die Fragen der Bürger einzugehen"*.

Da schmunzelt der Bürger, bei soviel schauspielerischem Talent! Die Öffentlichkeit wartet nun gespannt darauf, ob CDU-Dregger demnächst mit einer Anti-AKW-Plakette auf Wahlkampfveranstaltungen erscheint. Bisher hat es die CDU jedoch vorgezogen, sich lieber noch nicht zu diesem Thema zu äußern. Man sieht: Dieser Wahlkampf ist für Überraschungen gut. Schließlich hat er ja gerade erst angefangen.

Freilich gibt es auch einige „humorlose Leute", die es nicht lassen können, Herrn Börner und seiner Truppe die Schau zu verpatzen. Ein Vertreter des Bundes Umwelt- und Naturschutz (BUND) wußte z.B. von einem Treffen mit Börner v o r dem 4. Juni, das der Verständigung der SPD mit Umweltschützern dienen sollte, folgendes zu berichten: *„Börner habe Schwänke aus der Jugendzeit erzählt und den gestandenen Naturschützern klarzumachen versucht, daß er schon als Vierzehnjähriger durch seinen Biologielehrer zum Naturfreund geworden sei"* („SZ", 8.6.). Süß, gell? Von einem Verzicht auf Block C in Bliblis war damals noch nicht die Rede ...

Der humorlose BUND-Vertreter freilich verließ die Sitzung und ging zum nächsten Termin.

Peinlicherweise erklärten die Biblis-Betreiber (RWE) auch noch, sie würden die Genehmigung für Block C sowieso nach den Landtagswahlen erwarten und auch FDP-Chef Gries spuckte dem Ministerpräsidenten in die Suppe: Börners persönliche Meinung sei unmaßgeblich, das rechtlich vorgeschriebene Prüfungsverfahren müsse abgewartet werden („FR", 9.6.). Richtig häßlich aber äußerte sich die „FAZ" (9.6.): Börner habe *„den feuchten Finger hochgestreckt, um zu sehen, woher die Brise weht. Und dann hat er, um vor den Wahlen keine Zeit zu versäumen, mit dem Finger auf den Block C von Biblis gedeutet..."* Gemeinerweise will die „FAZ" Bundeskanzler Schmidt mobilisieren, um die Komödie, die eigentlich bis zum 8. Oktober dauern soll (Wahltermin in Hessen), abzukürzen.

Sicherheitshalber hat Börner daher noch eine weitere Argumentationsfront eröffnet: *„Die Grünen Listen sind Steigbügelhalter für die CDU, und wer ihnen die Stimme gibt, wählt Dregger und Strauß"*. Der Hintergrund dieses überwältigenden Gedankenblitzes: Wenn die FDP aus dem Landtag ausscheidet, möglicherweise durch Stimmenverluste an die Grünen, könnte die CDU die absolute Mehrheit erhalten, wenn sie wie in der jetzigen Legislaturperiode stärkste Partei in Hessen bleibt. Die Börnerschen Konstruktionen enthalten freilich einen entscheidenden Fehler. **Auch (oder gerade!) wenn die FDP im Landtag verbleiben würde, wäre ein Ende der sozialliberalen Koalition in Hessen absehbar. Innerhalb der hessischen FDP gibt es nämlich eine starke Fraktion, die gegen eine Koalitionsaussage zugunsten der SPD eintritt.** Werden von dieser Fraktion auch „wahltaktische Überlegungen" vorgeschoben, so ist doch klar, daß dahinter in Wirklichkeit das Bestreben steht, sich früher oder später an die Seite Dreggers zu schlagen.

Schon heute geben diese Leute zu verstehen, wo sie hinwollen, indem sie darauf beharren, b e i d e großen Parteien, SPD und CDU, seien für die FDP *„koalitionsfähig"*. Der Umfall-Prozess ist also schon voll im Gang und bekanntlich benötigt man dafür, wie das Beispiel Niedersachsen zeigt, nur eine Handvoll Abgeordnete und eine geheime Abstimmung bei passender Gelegenheit!

D i e s e demagogische Argumentation gegen eine alternative Wahlbeteiligung („Steigbügelhalter Dreggers") verfehlt freilich ihre Wirkung im sozialdemokratischen Umfeld noch immer nicht. Innerhalb des SB's wie auch unter den „traditionellen" Naturschutzverbänden gibt es die Tendenz, wieder einmal „mit Magenschmerzen" SPD zu wählen, wenn die Sozialdemokraten auf bestimmte Forderungen eingehen – anstatt die Glaubwürdigkeit solcher Wahlkampfversprechungen zu prüfen. Doch auch dort gibt es Unterstützer für eine Grüne Liste, deren Verwirklichung jetzt – im Auftrieb der Wahlergebnisse vom Norden – auch in Hessen Fortschritte macht. Ein Koordinierungstreffen vom 10. Juni mit „grünen" und „bunten" Delegierten aus Südhessen, Frankfurt, Offenbach und Kassel brachte immerhin die folgenden Ergebnisse:

– Eine Kandidatur soll als Zusammenschluß örtlicher Initiativgruppen zu einer „Grünen Liste – Wählerinitiative für Umweltschutz und Demokratie" erfolgen.

– Die GLU, die in Hessen einen Landesverband mit derzeit 38 Mitgliedern (!) gegründet hat, wurde aufgefordert, an dieser Wählergemeinschaft teilzunehmen und keine separate Kandiatur vorzunehmen, da eine Spaltung auf alle Fälle vermieden werden soll.

– Die GLU-Vertreter, die vor der Presse eine Erklärung abgeben wollten, daß man nicht mit „Linksradikalen" zusammenarbeite, konnten sich damit nicht durchsetzen. Stattdessen wurde erklärt, daß die Grüne Liste Hessen nicht mit undemokratischen Kräften zusammengehen werde – basierend auf einem gegen die Beteiligung von pronazistischen Kräften gefaßten Beschluß.

Wer als undemokratisch einzustufen sei, darüber werde man selbst anhand von Erfahrungen in der Zusammenarbeit entscheiden, ohne sich Abgrenzungen von außen aufzwingen zu lassen.

KB/Gruppe Frankfurt

Fällt die SPD-Schleswig-Holstein um?

Die SPD Schleswig-Holstein steht offensichtlich vor einer wichtigen Zerreißprobe.

Der Fraktionsvorsitzende Matthiesen forderte auf einer vom Bundesvorstand der Jusos am 20. Mai in Wilster durchgeführten Fachkonferenz zu enegie- und umweltpolitischen Fragen, den Hamburger Parteitagsbeschluß zur Kernenergie zu übernehmen. Der schleswig-holsteinische Landesverband hat bislang als einziger diesen Beschluß nicht anerkannt, sondern an der Forderung nach einem Baustop für AKWs festgehalten. Auf derselben Konferenz hielten die Jusos in ihrer Resolution ihren Standpunkt aufrecht, *»daß es mit dem Sicherheitsrisiko Kernenergie keinen Kompromiß gibt«* und bezogen das ausdrücklich auf den Parteitagsbeschluß, d. h. sie lehnten seine Übernahme nach wie vor strikt ab. Sie wissen sich heute noch verbündet mit dem schleswig-holsteinischen SPD-Landesvorsitzenden Jansen, der in seiner Einleitungsrede auf dem Landesparteitag der SPD am 10./11. Juni in Neumünster erklärte, daß die Forderung nach Baustop für AKWs zum Thema für die Landtagswahlen im Frühjahr nächsten Jahres gemacht werden müsse (lt. NDR, 10.6.).

Die SPD Schleswig-Holstein und der Hamburger Parteitagsbeschluß

Mit dem faulen »Kompromiß«, daß künftig Kohle in der BRD den Vorrang haben solle, wurden die SPD-Landesbezirke, die im letzten Jahr mehrheitlich den Baustop von AKWs gefordert hatten, auf dem SPD-Parteitag »umgestimmt«; bis auf den Landesverband Schleswig-Holstein, der einen Antrag auf Exportverbot für Kernkraftwerke und Baustop für Krümmel bis zur Lösung der Atommüllfrage gestellt hatte. Schon 14 Tage nach dem Parteitag wurde die »Priorität der Kohle« von der SPD-Regierungsmannschaft wieder fallengelassen. Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff, der das neue Energieprogramm der Bundesregierung vorstellte, lehnte den »Kompromiß« als »Restenergie-Philosophie« ab, denn *»es könne keine konkrete Bedarfsplanung für einzelne Kernkraftwerke durch den Staat geben. Durch solche Bedarfprüfungen würde das Genehmigungsverfahren für Kernkraftwerke noch komplizierter«* (»FAZ«, 28.12.77).

In seiner Rede in Wilster betonte Matthiesen anfangs noch einmal, daß die Moratoriumsforderung der SPD Schleswig-Holstein richtig gewesen sei, im selben Atemzug machte er aber deutlich, daß das für ihn jetzt nicht mehr gilt: *»Gerade weil wir Realisten sind und von der normativen Kraft des Faktischen ausgingen, haben wir für den politisch bedingten Baustop votiert. Er hätte den Zwang zur Neuorientierung bedeutet ... Weil wir Realisten sind und die Parteitagsbeschlüsse das wert sind, was sie an veränderter Praxis bewirken, drängen wir nun auf die Durchsetzung des Parteitagsbeschlusses. Denn er entspricht unseren Forderungen in zwei Punkten voll«* — gemeint sind das Energiesparprogramm und die Forderung nach Entwicklung alternativer Energiequellen. Außerdem würde *«bei der Energiebedarfsdeckung der Kohle eindeutig Priorität»* eingeräumt.

Unter dem Eindruck der Massenbewegung; Die SPD Schleswig-Holstein fordert Baustopp!

Nach den ersten beiden Großaktionen in Brokdorf äußerte sich die schleswig-holsteinische SPD erstmalig öffentlich gegen den Bau von Atomanlagen. Günter Jansen, der zusammen mit anderen SPD-Landtagsabgeordneten an der zweiten Demonstration gegen das AKW Brokdorf am 13.11.76 teilgenommen hatte, stellte unmittelbar danach eine Strafanzeige gegen den Innenminister Titzck, der für den brutalen Polizeiterror gegen die Demonstranten verantwortlich war. Jansen erklärte damals: *»Unsere Arbeitsgruppe Kernenergie, die damals schon seit über einem Jahr existierte, haben wir sofort nach der Brokdorfer Nacht- und Nebelaktion zu einer Zwischenbilanz aufgefordert. Das Ergebnis: Wir brauchen eine Denkpause von unbestimmter Dauer, ich selbst meine: mindestens drei, vier Jahre«* (»Spiegel«, 21.12.77).

Die Entwicklung der schleswig-holsteinischen SPD von ihrem ursprünglichen »Ja« zur Atomenergie (im Wahlprogramm 71) zu der Forderung nach einer mehrjährigen Denkpause stieß auf den erbitterten Widerstand des rechten Flügels um den ÖTV-Führer Schwalbach, der gleichzeitig SPD-Landtagsabgeordneter und Aufsichtsratsmitglied der NWK ist, also des Konzerns, der für den Bau sämtlicher AKWs in Schleswig-Holstein verantwortlich ist. Bereits anläßlich der ersten Brokdorf-Aktion hatte er sich von der SPD-Landtagsfraktion distanziert, die Kritik an dem Polizeieinsatz angemeldet hatte. Am 5.11. — auf einer von der NWK durchgeführten Gegendemonstration — griff Schwalbach offen die schleswig-holsteinischen Abgeordneten im Bundestag an: *»die schlechtesten Argumente gegen den Atomkraftwerksbau kämen von Politikern, die im Bundestag für das Regierungsprogramm gestimmt hätten und sich nun scheuten, diese Politik zu vertreten«* (»Welt«, 25.11.).

Demgegenüber stellte die SPD-Fraktion im Kieler Landtag am 22. November 1976, also unmittelbar nach der zweiten Brokdorf-Aktion, zwei Anträge:

1. *»Die Landesregierung wird aufgefordert, die Anordnung der sofortigen Vollziehung der ersten Teilgenehmigung für das Kernkraftwerk Brokdorf zurückzuziehen!«*
2. Eine Aufforderung an die Landesregierung, alle rechtlichen Mittel und Verhandlungsmöglichkeiten auszuschöpfen, um eine Einstellung der Arbeiten an im Bau befindlichen AKWs zum *»technisch frühestmöglichen Zeitpunkt zu erwirken, bis die Probleme der umfassenden Standortvorsorge, der Belastung und Gefährdung der Menschen und der Umwelt, der Betriebssicherheit, der Endlagerung radioaktiver Abfälle, der Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen sowie der Wirtschaftlichkeit der Kernenergie abschließend untersucht und gelöst sind«*. Bei der Abstimmung enthielten sich die vier Abgeordneten (für die vom NDR später auch der Begriff »Viererbande« geprägt wurde) Schwalbach, Sierks, Prezewowsky und Ramler der Stimme. Auf Grundlage dieser Anträge wiederholte Matthiesen in einer Landtagsrede im Dezember 76 die Aufforderung an die Landesregierung, den Bau des AKW Brokdorf sofort einzustellen, wobei jedoch die Begründung das taktische Verhältnis der SPD zur Anti-AKW-Bewegung deutlich werden ließ: *»... weil Brokdorf mehr ist als nur ein lokales Ereignis, weil Brokdorf exemplarische Bedeutung hat und weil es wichtig ist, daß die Bürger Vertrauen in ein staatliches Handeln zurückgewinnen.«*

Unter diesem Vorzeichen rief die schleswig-holsteinische SPD auch für die Spalterdemonstration am 19.2.77 nach Itzehoe auf, während sie gleichzeitig vor einer Beteiligung an der Demonstration in Brokdorf »warnte«. Insgesamt ging es der SPD darum, Teile der Bürgerinitiativen auf einen »gemäßigten« Kurs festzulegen und an die SPD zu binden. Landesvorsitzender Jansen erklärte in diesem Zusammenhang jedoch, daß *»die Landes-SPD zwar nicht so weit gehe wie die Mehrheit der Initiativen, die sich generell gegen Kernenergie aussprechen, dennoch sicherte er den Forderungen der Demonstranten volle Unterstützung zu, die Landesregierung möge einen mehrjährigen Baustop in Brokdort verordnen«* (»FAZ«, 15.2.77).

Auch in den Monaten darauf hielt die schleswig-holsteinische SPD an ihren Baustop-Forderungen fest, was die Atommafia um Schwalbach so sehr in Aufruhr versetzte, daß er schäumte: *»Inzwischen zeigt sich immer mehr, daß die außer- und antiparlamentarische Opposition das Gesetz des Handelns an sich gerissen und die Partei nunmehr in eine Statistenrolle gedrängt hat.«* (»Einheit«, Organ der DGB-Gewerkschaft Bergbau und Energie, 1.4.77).

Krach um den Bundeshaushaltsplan!

Im Frühjahr 77 kam es zum offenen Krach zwischen der schleswig-holsteinischen SPD und der Bundesregierung: *„Die Bundesregierung trete dem Bürger mit ihrer Politik vor das Schienenbein und der Bundeskanzler mache Politik an der SPD vorbei"* („MoPo", 9.5.77). Diese Kritik Jansens wurde vom Landesverband mehrheitlich getragen. Der Landesvorstand faßte außerdem einen Beschluß, *„die Bundestagsabgeordneten in ihrem Bemühen zu unterstützen, keine Haushaltsentscheidungen zu fördern, die einen Ausbau der Kernenergie, insbesondere des Schnellen Brüters festschreibe. Konkret bedeutete dieser Beschluß einen Sturz der Regierung Schmidt, falls diese die Entwicklung des Schnellen Brüters mit Millionenbeträgen zu subventionieren gedachte. Wenn sich allein sechs der zehn Bundestagsabgeordneten aus Schleswig-Holstein zur Ablehnung des Haushalts bereit fänden, könnte die knappe Mehrheit der Regierung zerstört und Schmidt zum Rücktritt gezwungen werden"* („Frankfurter Neue Presse", 5.5.77).

Verschärft wurde die Debatte durch Äußerungen Jochen Steffens, der u.a. im „Spiegel" erklärte: Wenn die Bundesregierung ihre Politik nicht ändere, „dann muß sie eben weg!" („FR", 5.5.77). Und der Obmann der schleswig-holsteinischen SPD, der Bundestagsabgeordnete Norbert Gansel, erklärte zum „geplanten Kanzler-Sturz": *„Der Landesvorstand habe in der Sitzung seine Beschlüsse über eine aktive Denkpause zur Kernenergie bestätigt. Die Bundestagsabgeordneten seien gebeten worden, diese Position durch die Fraktion umzusetzen"* („Neue Presse", 5.5.77). Der „offene Bruch" wurde jedoch durch einen (faulen) „Kompromiß" abgebogen: die schleswig-holsteinischen Abgeordneten stimmten dem Haushaltsplan zu, da die Bundesregierung auf Investitionen in einen Schnellen Brüter „verzichten" wolle — kurze Zeit später segnete Matthöfer jedoch Investitionen in internationale Schnelle Brüter-Projekte gemeinsam mit Frankreich ab.

Wohin geht die SPD Schleswig-Holstein?

Unter linken SPDlern in Schleswig-Holstein wurde in der letzten Zeit gehandelt, daß die Gefahr, daß die Baustopforderung des Landesverbandes gekippt und der Hamburger Parteitagsbeschluß auch nach Schleswig-Holstein übertragen wird, gebannt sei; denn die beiden Hauptvertreter der schleswig-holsteinischen SPD-Atommafia — Hans Schwalbach und Jan Sierks — haben keinen Platz mehr auf der Kandidatenliste für die Landtagswahlen bekommen. Jedoch die Tatsache, daß die beiden keinen großen Clinch führten, um wieder zu kandidieren, läßt in diesem Fall eher darauf schließen, daß sich die rechte DGB-Mafia (von der auch einige wieder kandidieren wollen) nicht geschlagen gibt, sondern die Auseinandersetzung auf anderem Feld suchen und zur Entscheidung bringen wollen.

Viel mehr weist darauf hin, daß die rechten Sozialdemokraten und DGB-Führer sich auf einen Wahlkampf g e g e n die „linke" schleswig-holsteinische SPD vorbereiten, haben sie doch schon in vielen entscheidenden Fragen nicht vor einer offenen Zusammenarbeit mit der CDU-Landesregierung zurückgeschreckt. Am offensten wurde das im Kommunalwahlkampf dieses Jahres betrieben, als Stoltenberg — unter Berufung auf Sierks und Schwalbach — gegen die „Volksfront"-Politiker Jansen und Matthiesen wettern konnte. Die DGB-Mafia hatte der CDU ein internes Papier zugespielt, das in eine CDU-Wahlkampfdokumentation Eingang fand und in dem Schwalbach in offene Konfrontation zur schleswig-holsteinischen SPD ging: *„...Die neuen Linksaußenkräfte in der SPD besäßen eine kaum noch zu überbietende arrogante Gewerkschaftsfeindlichkeit ... Nur eine klare, unüberwindliche Barriere gegen das linke Abseits macht die SPD als Volkspartei des demokratischen Sozialismus glaubhaft"* (nach „Flensburger Tageblatt", 23.2.78). Gleichzeitig wurde in der heißesten Phase des letzten Kommunalwahlkampfs die gute Zusammenarbeit mit Stoltenberg gefeiert. Auf einer DGB-Konferenz, auf der ein „Pro-Kernenergie"-Beschluß gefaßt wurde, *„unterstrich Dr. Gerhard Stoltenberg und der wiedergewählte Landesbezirksvorsitzende Jan Sierks die gute Zusammenarbeit zwischen dem Kieler Kabinett und den DGB-Gewerkschaften"* („Flensburger Tageblatt", 14.2.78). Jetzt, wo Politiker wie Matthiesen Versöhnung und Kompromiß mit dem rechten SPD-Flügel suchen, werden sich die AKW-Gegner und konsequenten Befürworter einer „Denkpause" in der schleswig-holsteinischen SPD überlegen müssen, ob sie diesem Kurs zu einer Schmidt-SPD entgegentreten wollen oder darauf „verzichten", weil sie vielleicht schon ihren Platz in der „Grünen Liste Schleswig-Holstein" sehen?!

Landesleitung Schleswig-Holstein

Kommunisten und Wahlen — eine erste Bilanz

In Zusammenhang mit dem Auftreten Grüner/Bunter Listen und insbesondere mit der Bürgerschaftswahl in Hamburg hat sich die Frage gestellt, welche Rolle für uns als Kommunisten die bürgerlichen Wahlen spielen. Kann man in den bürgerlichen Parlamenten sowieso nichts Sinnvolles machen? Kann man womöglich durch das Parlament doch gesellschaftsverändernd wirken? Kommt es auf die Stimmenzahl an oder auf die kommunistische Agitation und Propaganda im Wahlkampf? Besteht unsere Hauptaufgabe im Wahlkampf in der Entlarvung des bürgerlichen Parlamentarismus und der parlamentarischen Illusion unter den Massen? Ist es überhaupt wünschenswert, in ein bürgerliches Parlament hineinzukommen oder würden wir damit nur riskieren, daß man uns in das herrschende System integriert? All diese Fragen standen an und sie sind insgesamt noch nicht zu Ende diskutiert. Dieser Artikel soll ein diskussionsbeitrag sein.

Der bürgerliche Staat muß zerschlagen werden!

Die Kommunisten sind immer davon ausgegangen, daß die Arbeiterklasse den bürgerlichen Staatsapparat nicht einfach übernehmen kann, sondern ihn z e r s c h l a g e n muß, um zum Sozialismus zu gelangen. Zu den Instrumenten des bürgerlichen Staats, die „zerschlagen" werden müssen, gehört auch das bürgerliche Parlament.

Es blieb den Revisionisten vorbehalten, diese von der Geschichte vielfach bestätigten Grundsätze des wissenschaftlichen Sozialismus zu verwerfen. Zuerst behaupteten sie, die Arbeiterklasse könne T e i l e des bürgerlichen Staatsapparats übernehmen. Inzwischen sind sie schon, wie die italienische PCI, bei der Bejahung des bürgerlichen Staates angelangt.

Die DKP ist davon nicht mehr weit entfernt. Was beispielsweise das bürgerliche Parlament angeht, so spricht die DKP davon, sie wolle in einer sozialistischen Bundesrepublik den Bundestag in ein *„Organ w i r k l i c h e r Volkssouveränität"* umwandeln.

Man muß wahrscheinlich den Begriff „Zerschlagung" des bürgerlichen Staatsapparats erläutern: Gemeint ist n i c h t bloß, das beispielsweise in der Polizei die CDU- und SPD-Funktio-
Staatsapparats erläutern: Gemeint ist n i c h t bloß, das beispielsweise in der Polizei die CDU- und SPD-Funktio-
näre durch Kommunisten oder konsequente Demokraten ersetzt werden. Gemeint ist auch nicht bloß die Gewinnung einer parlamentarischen Mehrheit. **Sondern gemeint ist die Herausbildung ganz n e u e r Machtorgane wie etwa der Räte, der Volksmiliz usw. Die Revisionisten hingegen sprechen von solchen neuen Machtorganen überhaupt nicht mehr.**

Das bürgerliche Parlament ist ein Herrschaftsinstrument der Bourgeoisie. Besteht die Gefahr, daß es diese Funktion verliert, schaltet die Bourgeoisie durch andere Teile ihres Staatsapparats (Militär, Polizei) das Parlament aus. Es gibt in der Geschichte der Arbeiterbewegung k e i n Beispiel, daß durch eine parlamentarische Mehrheit der Weg zum Sozialismus geöffnet worden wäre. Auf der anderen Seite gibt es zahlreiche Beispiele, daß Kommunisten und andere fortschrittliche Kräfte durch Militärputsche und faschistischen Terror aus parlamentarischen „Macht"positionen entfernt wurden, die sie bereits errungen hatten. Die Übergabe der Regierung an die NSDAP, der Putsch Francos und der spanische Bürgerkrieg, Griechenland, Argentinien, Brasilien sind einige Beispiele dafür.

Zudem bietet die bürgerliche Demokratie der Bourgeoisie alle Voraussetzungen, um auch schon im Rahmen der bürgerlichen Demokratie das Entstehen einer kommunistischen Mehrheit im Parlament abzublocken. In der BRD beginnt das sehr weit im Vorfeld, indem die Bourgeoisie bereits das Erlangen parlamentarischer Positionen durch Kommunisten weitgehend verhindert. Dazu dient z.B. die seinerzeit eigens für die KPD maßgeschneiderte 5%-Klausel. Vor allem aber hält die Bourgeoisie fast alle Massenmedien fest unter Kontrolle, die folglich praktisch nur den bürgerlichen Parteien zur Verfügung stehen.

Sektierertum in der Wahlfrage

Nimmt man diese Ausgangslage, und nimmt man zudem die verschiedenen erfolglosen Versuche linker Kandidaturen in der Bundesrepublik, so erklärt sich leicht, warum die westdeutsche Linke insgesamt zur U n t e r schätzung der Bedeutung bürgerlicher Wahlen neigt und warum weithin „links"sektiererische Tendenzen anzutreffen sind.

Eine Form davon ist die Verallgemeinerung der „Wahlboykott"-Linie, losgelöst von den konkreten Bedingungen der konkreten Situation. Die Begründung dieser Verallgemeinerung lautet etwa: Bürgerliche Wahlen seien ein Betrug, an dem man sich nicht beteiligen dürfe. Die Illusionen der Bevölkerung ins bürgerliche Parlament würden noch bestärkt, wenn sich Linke an den Wahlen beteiligen. Und in der Super-„Sponti"-Fassung: Wahlen seien eine Delegierung von Interessen. Man wolle seine Interessen aber nicht mehr delegieren, sondern s e l b s t wahrnehmen.

In etwas abgeschwächter Form gibt es die Tendenz, zwar nicht ausdrücklich den ständigen „Wahl-Boykott" zu propagieren, aber sich doch in der P r a x i s gerade so zu verhalten. Das heißt: Die bürgerlichen Wahlen werden nicht in ihrer realen Funktion ernstgenommen, sondern n u r als besonders günstige Gelegenheit begriffen, d i e politische Arbeit zu machen, die man auch außerhalb der Wahlzeiten macht. Hingewiesen wird dabei auf das in Wahlzeiten vorhandene gesteigerte politische Interesse in der Bevölkerung. Das ist soweit richtig, wird aber falsch, wenn dabei das B e s o n d e r e an der Wahlsituation außer acht gelassen wird. Das führt beispielsweise zu der Meinung, auf das konkrete Stimmenergebnis komme es im Grunde nicht an.

Eine dritte Form des Sektierertums — die einzelnen Formen sind meist miteinander vermischt anzutreffen — kommt in der Politik der „Programm-Kandidatur" zum Ausdruck. Diese Linie — am reinsten von den Trotzkisten und vom KBW vertreten — meint, daß die Hauptaufgabe im Wahlkampf sei, ihr jeweiliges Parteiprogramm und ihre jeweilige Organisation unter den Massen bekannt zu machen. Hierzu gehört auch die Meinung, daß die Hauptaufgabe der Kommunisten im Wahlkampf darin bestünde, die parlamentarischen Illusionen in der Bevölkerung zu bekämpfen.

Alle diese Auffassungen spielen, mehr oder weniger, auch im KB und
Alle diese Auffassungen spielen, mehr oder weniger, auch im KB und
unter seinen Sympathisanten immer noch eine Rolle. Dabei kamen grobe Fehler heraus wie etwa dieser: Um zu beweisen, daß man wirklich keine parlamentarischen Illusionen habe oder verbreiten wolle, verkündeten Genossen, man könne „natürlich" in den Parlamenten n i c h t s ausrichten. Das ist ein Trugschluß, der überdies die eigene Kandidatur der Lächerlichkeit preisgibt.

All diese Fehler erklären sich in erster Linie aus der Tatsache, daß es für Kommunisten bisher unmöglich schien, überhaupt in die bürgerlichen Parlamente h i n e i n zu kommen. Daher wurde dieser Frage überhaupt keine Aufmerksamkeit gewidmet. Wenn man sich ohnehin keine Chancen dafür ausrechnet, ist es geradezu logisch, den Wahlkampf wenigstens für das Verkünden seines Parteiprogramms auszunutzen. All dies sind, um mit Lenin zu sprechen, *„Kinderkrankheiten im Kommunismus"*, Wachstumserscheinungen bei der Herausbildung einer Kommunistischen Partei der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik.

Was meinte Lenin dazu?

Es ist eine historische Tatsache, daß die Geringschätzung der Arbeit in den bürgerlichen Parlamenten k e i n e kommunistische Politik ist. Kommunisten haben zu allen Zeiten a u c h danach gestrebt, in die bürgerlichen Parlamente hineinzukommen und a u c h dort zu arbeiten. Und zwar zu arbeiten nicht nur im Sinne der Verkündigung allgemeiner revolutionärer Appelle, sondern auch im Sinne konkreter »Kleinarbeit« für die Interessen des Volkes.

In seinem nach wie vor höchst lesenswerten Artikel **„Der 'linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus"** legt Lenin dar, daß es die P f l i c h t der Kommunisten sei, auch in den bürgerlichen Parlamenten zu arbeiten:

„Solange ihr nicht stark genug seid, das bürgerliche Parlament und alle sonstigen reaktionären Institutionen auseinanderzujagen, seit ihr v e r p f l i c h t e t, g e r a d e innerhalb dieser Institutionen zu arbeiten ...". „Es ist sehr leicht, seinen 'Revolutionismus' nur durch Ablehnung der Beteiligung an den Parlamenten zu bekunden, aber gerade weil das nur allzu leicht ist, ist es keine Lösung der schwierigen, überaus schwierigen Aufgabe. In den europäischen Parlamenten ist es viel schwieriger, eine wirklich revolutionäre Parlamentsfraktion zu schaffen, als es in Rußland der Fall war. Gewiß. Aber das ist nur ein besonderer Ausdruck der allgemeinen Wahrheit, daß es für Rußland in der konkreten, historisch außerordentlich eigenartigen Situation von 1917 leicht war, die sozialistische Revolution zu b e g i n n e n, während es für Rußland schwerer als für die europäischen Länder sein wird, sie f o r t z u s e t z e n und zu Ende zu führen ... Deshalb ist es ... für Westeuropa schwerer, als es für uns war, die sozialistische Revolution zu b e g i n n e n. Diese Schwierigkeit dadurch 'umgehen' zu wollen, daß man die schwere Aufgabe der Ausnutzung reaktionärer Parlamente zu revolutionären Zwecken 'überspringen' möchte, ist reinste Kinderei ...".

Wenn dies klar ist, so müßte auch klar sein, daß es geradezu die P f l i c h t von Kommunisten ist, Wege herauszufinden, mit denen sie die von der Bourgeoisie aufgebauten Hindernisse (5%-Klausel, Medien-Monopol) unterlaufen können. Bündnisse zu diesem Zweck sind also zulässig. Gerade an diesem Punkt verläuft sich beispielsweise die ansonsten für ihren Opportunismus bekannte DKP in ein kopfloses Sektierertum. Wenn sich heute eine relativ breite Unzufriedenheit mit der Politik der Parlamentsparteien zunächst auf derEbene der »Grünen« und »Bunten« äußert, so ist es die Aufgabe der Kommunisten, sich um Bündnisse auf diesem Gebiet zu bemühen — bei schärfster Kritik an allen reaktionären Tendenzen, wie sie in den Reihen der „Grünen" anzutreffen sind. Ebenso ist es die Aufgabe der Kommunisten, sich um Bündnisse mit den zum Teil bereits aus den etablierten Parteien SPD und FDP herausbröckelnden Linken zu bemühen.

Solche Bündnisse bei Wahlen abzulehnen, wie es DKP und einige der »ML«-Sekten tun, ist eine »linke« Kinderei, um mit Lenin zu sprechen.
»ML«-Sekten tun, ist eine »linke« Kinderei, um mit Lenin zu sprechen.
Lenins Haltung zu Bündnissen war eindeutig: Im **„Linken Radikalismus..."** weist er darauf hin, *„daß die ganze Geschichte des Bolschwismus ... v o l l ist von Fällen des Lavierens, des Paktierens, der Kompromisse mit anderen, darunter auch mit bürgerlichen Parteien". — „Einen mächtigeren Gegner kann man nur unter größter Anspannung der Kräfte und nur dann besiegen, wenn man u n b e d i n g t aufs angelegentlichste, sorgsamste, vorsichtigste, geschickteste sowohl jeden, selbst den kleinsten 'Riß' zwischen den Feinden, jeden Interessengegensatz zwischen der Bourgeoisie der verschiedenen Länder, zwischen den verschiedenen Gruppen oder Schichten der Bourgeoisie innerhalb der einzelnen Länder als auch jede, selbst die kleinste Möglichkeit ausnutzt, um einen Verbündeten unter den Massen zu gewinnen, mag das auch ein zeitweiliger, schwankender, unsicherer, unzuverlässiger, bedingter Verbündeter zu sein. Wer das nicht begriffen hat, der hat auch nicht einen Deut vom Marxismus und vom wissenschaftlichen, modernen Sozialismus ü b e r h a u p t begriffen".*

Die Frage des Wahl-Boykotts

Die Parole des „Wahl-Boykotts" hat in der Bundesrepublik in den Jahren seit der Studenten-Revolte in der Linken immer wieder eine Rolle gespielt. Der reale Hintergrund dürfte dabei hauptsächlich gewesen sein, daß viele Linke weder den etablierten Parteien noch der DKP ihre Stimme geben wollten, daß aber andererseits auch eine eigene Kandidatur aussichtslos und politisch unsinnig erschien. Der „Wahl-Boykott" war gewissermaßen eine Verlegenheitslösung, um irgendeine konkrete Aufforderung zu den Wahlen abzugeben. **Für ein solches Verhalten mag es zeitweise Gründe geben. Man muß dieses Verhalten aber eindeutig abgrenzen von der historischen revolutionären Taktik des Wahl-Boykotts.**

Als kommunistische Taktik setzt der Wahl-Boykott eine Situation voraus, in der die Wahlen weit klarer als in der „normalen" bürgerlichen Demokratie einen Betrugscharakter haben und in der darüber ein gewisses Bewußtsein unter den Massen vorhanden ist. **Nur unter diesen Bedingungen kann die Taktik des Wahl-Boykotts sinnvoll eingesetzt werden** (vgl. ebenfalls bei Lenin).

Unter heutigen Bedingungen geht es im Grunde überhaupt nicht um einen Wahl-Boykott, sondern nur um eine Wahlempfehlung, gar nicht bzw. ungültig zu wählen. Dafür den Begriff Wahl-Boykott zu verwenden, ist im Grunde schon Hochstapelei.

S o wie in Hamburg von ein paar „Spontis" und „Anarchos" zu den Bürgerschaftswahlen vom 4. Juni die Parole des „Wahl-Boykotts" eingesetzt wurde, handelt es sich eindeutig um eine r e c h t e Parole. Daß sich diese Parole o b j e k t i v gegen die Bunte Liste richtete, braucht wohl kaum näher erleutert zu werden. Bemerkenswert ist jedoch, daß sie auch s u b j e k t i v trotz allem „radikalen" Getue nichts anderes war als ein Angriff auf die Bunte Liste: Es wurden keinerlei Anstrengungen unternommen, um beispielsweise FDP- und SPD-Wähler für den Wahl-Boykott zu gewinnen, es wurden fast ausschließlich die Wahlmaterialien der Bunten Liste beschmiert und zerstört usw.

Wir haben bisher viel zuwenig das r e c h t e Wesen der mit „linkem" Geschrei angebotenen Theorien dieser Art „Spontis" und „Anarchos" aufgezeigt. Wenn diese Leute z.B. sagen: „Keine Macht für niemand" so heißt das doch konkret nichts anderes, als daß die Macht bei denen bleiben soll, die sie haben. Denn mit der radikalen Phrase wird man ihnen die Macht nicht entreißen können. Wenn manche „Spontis" und „Anarchos" sich gegen die „Delegierung von Interessen" wenden (beispielsweise als Argument gegen eine linke Wahlbeteiligung), so geht das im Grunde gegen die W a h r n e h m u n g von Interessen: Um Interessen wahrnehmen zu können, m u ß man sie in vielen Fällen auch delegieren. Denn unser Kampf findet ja nicht n u r an den Bauzäunen und auf den Straßen statt. Wenn man den Kampf auf d i e Bereiche beschränken will, wo sich jeder selbst vertreten kann, würden wir uns wesentlicher politischer Dimensionen unseres Kampfes berauben.
Diese radikal aufgemachten Theo- politischer Dimensionen unseres Kampfes berauben.
Diese radikal aufgemachten Theorien kommen bezeichnenderweise meist von Leuten, die entweder den Kampf weitgehend auf die „direkte Aktion" reduzieren wollen oder die gar bereits dem gesellschaftsverändernden Kampf schon den Rücken gedreht haben und sich irgendwie „alternativ" einzurichten versuchen.

Betrachtet man rückblickend die letzten 10-15 Jahre (seit den Anfängen der Studentenrevolte), so zeigt sich, daß die Linke diese Zeit keineswegs ausreichend genutzt hat, um sich zu organisieren oder um beispielsweise auch die Frage der bürgerlichen Parlamente richtig anzupakken. Die Unzufriedenheit war doch Ende der 60er Jahre nicht geringer und nicht weniger verbreitet als heute?! Warum zeigt sich ein Bruch mit dem etablierten Parteien-System, wie ihn das Auftreten der „Grünen" und „Bunten" signalisiert, erst heute und nicht schon um 1970?!

Ein wesentlicher Punkt zur Erklärung dieser Tatsache dürfte das Vorherrschen scheinbar besonders linker, besonders radikaler Theorien in der damaligen „APO" sein. Die Bildung einer neuen linken Partei oder gar die Beteiligung an bürgerlichen Wahlen wurden damals angegriffen als Anpassung an die Gesetze des kapitalistischen Systems, als Bruch mit der Spontanität, der angeblich eigentlichen Stärke der Bewegung, als Korrumpierung und Integration.

Ohne über die subjektive Aufrichtigkeit der Verkünder derartiger Theorien zu spekulieren, muß man doch rückblickend klar sagen, daß sie insgesamt den Herrschenden sehr geholfen haben, die damalige Bewegung weitgehend aufzulösen, größere Teile wieder an die bürgerlichen Parteien zu binden und wertvolle Jahre Zeit zu gewinnen.

Auch heute wieder ist zu beobachten, daß es Sozialdemokraten und Revisionisten sind, die sich scheinheilig in die Stimmen derjenigen einreihen, die von der Beteiligung von Bürgerinitiativen u.ä. an den Parlamentswahlen eine Schwächung der Basisbewegung befürchten. Da „sorgt" sich beispielsweise die DKP, die mit der Anti-AKW-Bewegung absolut nichts zu tun hat (außer ihrem einmaligen Gastspiel in Ithehoe am 19.2.77), plötzlich sehr darum, daß durch die „Grünen" und „Bunten" die Anti-AKW-Initiativen gespalten und geschwächt werden würden. Da klagen „Vorwärts" und „Zeit" im Chor, daß die Bürgerinitiativen im Parlament doch gar nichts zu suchen hätten, sondern sich lieber auf ihre e i g e n t l i c h e Stärke besinnen sollten, und das sei nun mal die Arbeit an der Basis...

Warum das alles? Weil die etablierten Parteien einen Einbruch in ihr System mindestens ebenso fürchten wie die militanten Aktionen der AKW-Gegner!

Was ist „parlamentarischer Kretinismus"?

Der Begriff „parlamentarischer Kretinismus" (soviel wie Idiotismus) kommt bei Lenin vor. Er bezeichnet eine opportunistische Einstellung zu den bürgerlichen Parlamenten.

Was damit gemeint ist, läßt sich anschaulich an der Politik der DKP zeigen:

Die DKP praktiziert auf der einen Seite in Sachen Wahlen das totale Sektierertum. Bündnisse kommen von vornherein gar nicht in Frage. Typisch für diesen Aspekt der DKP-Politik ist z.B., daß Jan Wienecke (Landesvorsitzender der DKP in Hamburg) den Fernseh-Spot der DKP für den Hamburger Wahlkampf mit dem Appell schloß: „Wer kommunistisch wählen will, der muß die DKP wählen." Abgesehen davon, daß dieser Satz nicht stimmt, geht er auch weit an dem vorbei, was sich heute als Bruch mit den bürgerlichen Parteien zeigt. Ein Streit um den „richtigen" Kommunismus ist es sicher nicht, was die Menschen bewegt, die sich heute von den etablierten bürgerlichen Parteien abzuwenden beginnen.

Ihr Sektierertum in dieser Frage „ergänzt" die DKP jedoch durch eine geradezu idiotische schein-parlamentarische, möchtegern-parlamentarische Geschäftigkeit:

Dazu gehört, daß DKP-Funktionäre sich ständig neue „Gesetzesentwürfe" für alles und jedes ausdenken — für die Energiepolitik, für das Schulsystem usw. usf.. Da sich für all diese „Gesetzesentwürfe" kein Mensch interessiert — nicht einmal in der DKP selbst wird damit „gearbeitet"! — haben diese Aktivitäten tatsächlich
teressiert — nicht einmal in der DKP selbst wird damit „gearbeitet"! — haben diese Aktivitäten tatsächlich
schon etwas Krankhaftes an sich. Es scheint sich da ein ungeheurer Druck einen Ausweg zu suchen, die unstillbare Sehnsucht, sich endlich auf der eigentlich allein angemessenen, der parlamentarischen Ebene, verwirklichen zu können. Da die Wähler der DKP dieses Erlebnis bisher verweigert haben, wird Ersatzbefriedigung im Basteln von „Gesetzentwürfen" gesucht. Das ist wohl die Erklärung für diese Geschäftigkeit. Zu dieser idiotischen Geschäftigkeit gehört auch die von der DKP zeitweise an manchen Orten praktizierte Bildung von „ausserparlamentarischen Ratsfraktionen" o.ä. der DKP. Das heißt, es wurde in Ermangelung ausreichender Wählerstimmen ein bißchen Parlament außerhalb des Parlaments gespielt. Auch dieser Vorgang weist auf die außerordentlich starke Fixierung der DKP auf die bürgerlichen Parlamente hin.

Hierzu gehört es auch, daß die DKP in ihrer Wahlpropaganda regelmäßig die Möglichkeiten maßlos übertreibt, die überhaupt in den bürgerlichen Parlamenten bestehen. Bekannt ist die DKP-Parole, sie werde, wenn sie erst einmal in den Parlamenten sei, für „gläserne Taschen" sorgen, d.h. finanzielle und andere Vorgänge im bürgerlichen Machtsystem durchschaubar machen. Ein Wahlplakat der DKP in Hamburg zeigte ein DKP-Männchen mit großer Lupe vorm Rathaus. Drinnen sah man, wie ein grinsendender Kapitalist einem ebenfalls grinsenden Abgeordneten dicke Geldscheine zuschob. Text des Plakats: „Damit man draußen sieht, was drinnen vorgeht."

Diese Propaganda soll den Eindruck erwecken, als würden sich im Parlament entscheidende Dinge zwischen Kapitalisten und bürgerlichen Parteien abspielen und als könnten diese Dinge dann durch ein paar linke Abgeordnete entdeckt werden. Diese Propaganda verkennt völlig die Funktion bürgerlicher Parlamente und die reale Ausübung bürgerlicher Macht.

Fortsetzung auf Seite 10

Fortsetzung von Seite 9

Im Parlament jedenfalls findet diese kaum statt, und die Geldbündel wandern auch nicht d o r t über die Tische. Indem die DKP regelmäßig in ihren Wahlkämpfen diesen Eindruck zu erwecken versucht, bestätigt sie allenfalls vorhandene parlamentarische Illusionen in der Bevölkerung.

Was ist in den bürgerlichen Parlamenten machbar?

Vielfach ist die Meinung anzutreffen, Kommunisten könnten in bürgerlichen Parlamenten g a r n i c h t s machen. Diese Meinung ist ebenso falsch wie die Parlaments-Fixiertheit der DKP.

Lenin schrieb, daß es die Aufgabe der Kommunisten in den bürgerlichen Parlamenten sei, den Massen „zu b e w e i s e n, weshalb solche Parlamente es verdienen, auseinandergejagt zu werden" („Linker Radikalismus..."). Das ist richtig, aber natürlich nicht in dem platten Sinn, wie man es oft von „ML"-Seite hören kann. Denn b e w e i s e n heißt: wirklich beweisen, durch Tatsachen und Anschauungsmaterial, nicht durch einfaches Wiederholen von Phrasen.

Ein Aspekt kommunistischer Parlaments-Politik besteht in der „**Ausnutzung des Parlaments als Tribüne**".

Als Vorbild gilt dabei das Auftreten Liebknechts im Reichstag gegen den imperialistischen Krieg. Aber auch aktuell gibt es eine Reihe Beispiele, wie schon das Auftreten einzelner SPD- oder FDP-Abgeordneter gegen den Abbau demokratischer Rechte, gegen die Duldung nazistischer Umtriebe usw. eine relativ starke propagandistische Wirkung hat und die demokratischen Kräfte ermutigt. Es liegt auf der Hand, daß dieser Effekt noch verstärkt würde, wenn Kommunisten in den Parlamenten wären.

Ein anderer Aspekt sind die Möglichkeiten kommunistischer Bündnispolitik. Kommunistische Abgeordnete bzw. linke Fraktionen unter Einschluß von Kommunisten hätten durchaus die Möglichkeit, in einzelnen Fragen Bündnisse mit Abgeordneten von SPD und FDP einzugehen. Das wird kaum zu fortschrittlichen Beschlüssen reichen. Es würde aber zum einen den propagandistischen Effekt bestimmter fortschrittlicher Vorschläge verstärken, und es würde zum anderen Möglichkeiten bieten, Widersprüche innerhalb und zwischen den bürgerlichen Parteien zu nutzen, um so das Kräfteverhältnis in diesen Parteien und in der Gesellschaft insgesamt zugunsten der fortschrittlichen Kräfte zu verschieben.

Ein dritter Aspekt ist die Ausnutzung der parlamentarischen Arbeit für eine stärkere Verankerung in der arbeitenden Bevölkerung, durch das Eintreten für bestimmte Interessen der arbeitenden Bevölkerung.

Diese knapp angedeuteten Punkte zeigen schon, daß sich auch in bürgerlichen Parlamenten »etwas machen«
Diese knapp angedeuteten Punkte zeigen schon, daß sich auch in bürgerlichen Parlamenten »etwas machen«
läßt.

Der Angriff auf das etablierte Parteien-System

Der H a u p t w e r t einer kommunistischen Bündnispolitik bei den Wahlen scheint derzeit jedoch noch ein anderer zu sein, nämlich der Angriff auf das etablierte Parteiensystem, der hier möglich erscheint.

Dazu muß man zunächst die Funktion dieses Systems betrachten. Es besteht aus zwei großen bürgerlichen Parteien, die unterschiedliche Varianten bürgerlicher Herrschaft verkörpern. Zwischen diesen beiden Parteien findet ein Wechselspiel statt: Solange die CDU regiert, fällt der SPD die Aufgabe zu, die Opposition gegen die Regierungspolitik so weit wie möglich fest an sich zu binden und dadurch im Sinne der Herrschenden unschädlich zu machen. Regiert die SPD, so übernimmt die CDU die Rolle, durch noch reaktionärere Forderungen die SPD als das „kleinere Übel" erscheinen zu lassen und damit der SPD den Abbau demokratischer Rechte, gesteigerte Aufrüstung usw. usf. zu erleichtern. Zwischen den beiden großen Parteien pendelt die FDP. Das gibt der Bourgeoisie die Möglichkeit, relativ unabhängig vom Stimmenergebnis der Wahlen die äußere Form ihrer Herrschaft zu variieren, solange SPD und CDU/CSU etwa gleich stimmstark sind und die FDP als „Zünglein an der Waage" hin- und hergeschoben werden kann.

Um dieses System funktionsfähig zu halten, werden weitere Parteien, vor allem natürlich die Kommunisten, bereits im Vorfeld des bürgerlichen Parlaments abgeblockt. Dazu dient insbesondere die 5%-Klausel. Sie erlaubt der SPD, die Stimmen für eine linke Alternative als „verloren" hinzustellen, was der SPD schade und damit der CDU – dem „größeren Übel" – nutze. Diese Situation, verstärkt durch weitere Faktoren, erschwert es sehr, eine linke Alternative ins bürgerliche Parlament zu bekommen. Eine weitere Wirkung davon ist, daß d i e Parteien, die nicht im Parlament sind, weil sie an der 5%-Klausel scheitern, leichter von der Bourgeoisie als bedeutungslose „Splitterparteien" diffamiert werden können – nicht nur, was die Wahlen angeht, sondern bezüglich ihrer g e s a m t e n Arbeit. Die Gleichung: „Unter 5% = Splitterparteien = Extremisten von rechts und links" hat bisher recht gut funktioniert. Sie wird etwas schlechter funktionieren, wenn auch die FDP immer häufiger bei Wahlen unter den 5% bleibt.

Das Drei-Parteien-System hat seit 1953 (Ausscheiden der KPD aus dem Bundestag), also seit 25 Jahren, in Bonn funktioniert. Die Stabilität dieses Systems ist eines der Elemente der relativen Stabilität des BRD-Imperialismus. Daraus erklärt sich, warum die Bourgeoisie die Krise des Drei-Parteien-Systems (durch das Herausfallen der FDP und durch den Risikofaktor der „Grünen" und „Bunten") tatsächlich mit einiger Sorge betrachtet.

Die Unterschätzung des Wahlkampfs

Es ist eine Tatsache, daß sich Veränderungen in der BRD relativ langsam entwickeln. Deshalb muß schon die Signalwirkung von Wahlergebnissen der „Grünen" und „Bunten" wie in Hamburg und Niedersachsen recht hoch eingeschätzt werden, auch wenn in beiden Fällen die 5% nicht erreicht wurden.

Die Bedeutung dieser Signalwirkung ist zeitweise weithin unterschätzt worden, auch innerhalb des KB. Es gab an den verschiedensten Stellen die Auffassung, es komme auf das zahlenmäßige Ergebnis gar nicht so sehr an, sondern weit wichtiger sei die Agitation und Propaganda im Wahlkampf. Objektiv gehen solche Auffassungen teilweise in Richtung Wahlboykott (nach der Devise „Was soll's überhaupt?..."), teilweise auch in Richtung Programm-Kandidatur. Solche Auffassungen waren natürlicherweise d o r t am stärksten, wo unsere Organisation zum Teil mit „Spontis" und „Anarchos" verfilzt ist. Außerdem machte die „KPD" starken Druck in diese Richtung.

All diese Auffassungen gingen in der Tendenz d a h i n, den Wahlkampf als ein routinemäßiges Ereignis aufzufassen, wie irgendeine beliebige Kampagne zu irgendeinem beliebigen Zeitpunkt.

Hierzu gehört auch die, vor allem von der „KPD" massiv betriebene, Geringschätzung gegenüber der rein „technischen" Seite des Wahlkampfs – Aufbauen und Instandhalten der Stellschilder, massenhafter Verkauf bzw. Verteilen der Wahlmaterialien usw. – also derjenigen Aktivitäten, die den Zweck hatten, die Bunte Liste überhaupt bekannt zu machen und sie als eine wählbare Kraft zu präsentieren. O h n e diese Aktivi-
ste überhaupt bekannt zu machen und sie als eine wählbare Kraft zu präsentieren. O h n e diese Aktivi-
täten hätte die Bunte Liste kaum die 3,5% erreicht. Im Gegenteil: Die relativ schwachen Ergebnisse aus großen Teilen Hamburgs zeigen eindeutig, daß insgesamt die Bunte Liste noch viel zu wenig bekannt war und noch allzu wenig als eine wählbare Kraft erschien.

Die These, die sinngemäß besagt, es komme auf das Vertrauen an, das wir uns durch unsere Basisaktivitäten erwerben, und nicht auf die Zahl der Stellschilder usw., geht an der Realität vorbei. Es kommt tatsächlich auf b e i d e s an.

Denn gerade für die bürgerlichen Wahlen in der BRD gilt, daß sich Veränderungen sehr langsam vollziehen und daß große psychologische u.a. Barrieren zu überwinden sind, bevor sich zählbare Veränderungen im „Wählerverhalten" ergeben. Das Potential der möglichen „Proteststimmen" ist noch längst nicht ausgeschöpft.

Ein weiterer Punkt von Auseinandersetzungen und Zweifeln war (und ist z.T. noch) unsere sehr massive Orientierung auf den „Sprung" über die 5%-Klausel, und damit verbunden unsere klare Aussage, daß die Bunte Liste diese Hürde schaffen könne. Wir halten diese Orientierung nach wie vor für richtig. Das Ergebnis und dessen Signalwirkung auf andere Teile der BRD m u ß t e die Hauptorientierung sein, weil diese Wirkung ein zentraler politischer Hebel ist, um die Gesamtsituation zu verändern. Alle anderen Aspekte (Propagierung des Sozialismus, Gewinnung neuer Mitglieder usw.) waren gegenüber d i e s e m Hauptziel untergeordnet. (Was nicht heißen soll, daß wir nicht auch bei der Gewinnung neuer Kräfte im Wahlkampf eine Bilanz haben, die sich sehen lassen kann).

Bekanntermaßen behauptet auch die DKP regelmäßig, daß sie diesmal die 5% schaffen könne; sie legt angebliche Umfrageergebnisse vor usw. usf. Diese Mätzchen der DKP haben wir stets abgelehnt – sie sind politisch nicht „sauber" und sie nützen sich auch auf die Dauer ab.

Wir sind allerdings, vor allem auf Grund der konkreten Erfahrungen im Wahlkampf, zu der Einschätzung gekommen, daß für die Bunte Liste ein Ergebnis über 5% realistisch wäre. Tatsächlich entsprechen die 3,5% keineswegs der Zahl von Menschen, die sich zur Bunten Liste positiv geäußert haben und zeitweise auch äußerten, sie vielleicht wählen zu wollen. Einzelne Ergebnisse (z.B. bei den Jugendlichen oder die Ergebnisse im innerstädtischen Kern Hamburgs) zeigen, daß die 5% und mehr wirklich im Bereich des Möglichen lagen.

Nur vor diesem Hintergrund haben wir es für richtig gehalten, auf diesen Punkt immer wieder hinzuweisen, um die bekannte Barriere (Angst vor der „verlorenen Stimme") abzubauen.

Auftrieb für eine „Sozialistische Partei"?

Auftrieb für eine „Sozialistische Partei"?

Wir vermuten, daß die Signalwirkung der Ergebnisse von Niedersachsen und Hamburg (zusammen mit früheren Kommunalwahlen) auch die Debatte um eine „Sozialistische Partei" links von der SPD beleben wird. Hierfür sprechen mehrere Faktoren:

– Die Debatte um die „Sozialistische Partei" wird in der BRD seit gut 20 Jahren geführt. Neben anderen Faktoren wurde diese Debatte auch beeinflußt durch die offenbare Unmöglichkeit, eine solche „Sozialistische Partei" auch als p a r l a m e n t a r i s c h e Alternative zu entwickeln. Konkret: Solange eine neue „Sozialistische Partei" auf der parlamentarischen Ebene nur als „Splitterpartei" möglich schien, „die der SPD Stimmen wegnimmt" und dadurch womöglich „die CDU/CSU an die Regierung bringt", blieb die Debatte über eine neue „Sozialistische Partei" von vornherein durch die Logik des „kleineren Übels" gelähmt. In einem Land wie der BRD, wo die Überschätzung des bürgerlichen Parlaments so stark verbreitet ist, mußte das ein gewichtiges Argument sein.

Eben d i e s e s Argument zieht aber nach den Wahlen in Hamburg und Niedersachsen nicht mehr so wie früher. Jeder sieht, daß hier etwas möglich ist, auch auf der parlamentarischen Ebene. Das könnte auf viele linke Sozialdemokraten und Liberale ermutigend wirken.

– Für die Vermutung, daß sich die Debatte um eine „Sozialistische Partei" beleben könnte, spricht aber auch die Logik der SPD-F ü h r u n g. Schon einmal, während des 1. imperialistischen Weltkriegs, reagierte die SPD-Führung auf das Anwachsen der Massenbewegung, indem sie Grünes Licht für die Bildung der USPD gab, deren objektiver Zweck die Spaltung der Arbeiterlinken und die Verhinderung einer sozialistischen Revolution in Deutschland war.

Wenn sich heute im Auftreten von „Grünen" und „Bunten" ein Bruch oder eine Entfernung von Teilen der Bevölkerung (darunter insbesondere beträchtlicher Teile der Jugend) vom bürgerlichen Parteiensystem andeutet, so könnte das von der SPD-Führung durchaus als Warnsignal aufgefaßt werden, wie Ende der 60er Jahre gegenüber der APO auch heute wieder Anstrengungen zur Integration dieser Kräfte zu unternehmen. Eine Pseudo-„Sozialistische Partei", geführt von Politikern wie Jochen Steffen, könnte der SPD-Führung da durchaus als möglicher Ausweg erscheinen. Die Gegenalternative könnte nur sein, diese Kräfte i n die SPD zu integrieren, wozu man den Jusos wieder die Lange Leine lassen müßte und was insgesamt von der SPD vielleicht schwierig zu verarbeiten wäre.

Wir meinen, daß die Herausbildung einer neuen „Sozialistischen Partei" in absehbarer Zeit keine Überraschung wäre. Hat man erst einmal begriffen, daß der Bruch der
Partei" in absehbarer Zeit keine Überraschung wäre. Hat man erst einmal begriffen, daß der Bruch der
Massen mit den bürgerlichen Parteien insgesamt keineswegs so verläuft, daß sie gleich übergangslos dem Kommunismus zustreben, dann erscheint eine neue „Sozialistische Partei", ähnlich wie die „Grünen" oder „Bunten", wie die Anti-AKW-Bewegung u.a.m. als ein objektiv notwendiger Zwischenschritt. Das heißt konkret: Bei aller Widersprüchlichkeit eines solchen Projekts, die wir immer klar benennen werden, würden wir das Entstehen einer neuen „Sozialistischen Partei", ebenso wie mögliche Abspaltungen von der FDP, insgesamt als Schritt nach vorn begrüßen.

Keine Integration ins bürgerliche Parteiensystem!

Die weitere Entwicklung der „Grünen", „Bunten" und ähnlichen Listen in anderen Bundesländern, bei Kommunalwahlen und bei den Bundestagswahlen 1980 ist nicht ohne Probleme.

Klar zeigt das schon die Hamburger Wahl, wo neben der Bunten Liste eine hastig zusammengezimmerte „Grüne Liste" kandidierte, die fast ohne jeden Wahlkampf 1% der Stimmen auf sich zog. Diese Liste, deren Personal-Stamm aus „Konservativen" und sogar einigen Rechtsradikalen bestand, hatte klar die Funktion der Spaltung; mit aktivem Umweltschutz, gar mit den Bürgerinitiativen, hatte sie nichts zu tun.

Eine solche Spaltung deutet sich auch bundesweit an, im Wesentlichen als Spaltung zwischen fortschrittlichen, aktiven Kräften, die zugleich in der Regel die „bunte" Problematik i n s g e s a m t aufgreifen wollen, und den „konservativen Umweltschützern". Letztere neigen dazu, sehr rasch bundesweit bürokratische Strukturen aufzubauen, um sich dadurch Vorteile zu verschaffen und „vollendete Tatsachen" präsentieren zu können. Auf demokratische Prinzipien und die Koordination und Diskussion mit anderen Kräften wird dabei z.T. nicht viel Wert gelegt.

All das zeigt schon, daß in der weiteren Entwicklung die Gefahr groß ist, daß es zu alternativen Kandidaturen m e h r e r e r „Grüner" bzw. „Bunter" Listen gegeneinander kommen könnte, wodurch die Stimmen zersplittert würden und am Ende keine über die 5% kommt. Lachender Gewinner einer solchen Entwicklung wären die bürgerlichen etablierten Parteien.

Zugleich zeigt sich auch die vielleicht noch größere Gefahr, daß P s e u d o -„Protest-Parteien" aufgebaut werden, die eine klar „staatstragende" Funktion haben und die das Protest-Potential auffangen und in das bürgerliche Parteien-System zurückintegrieren sollen.

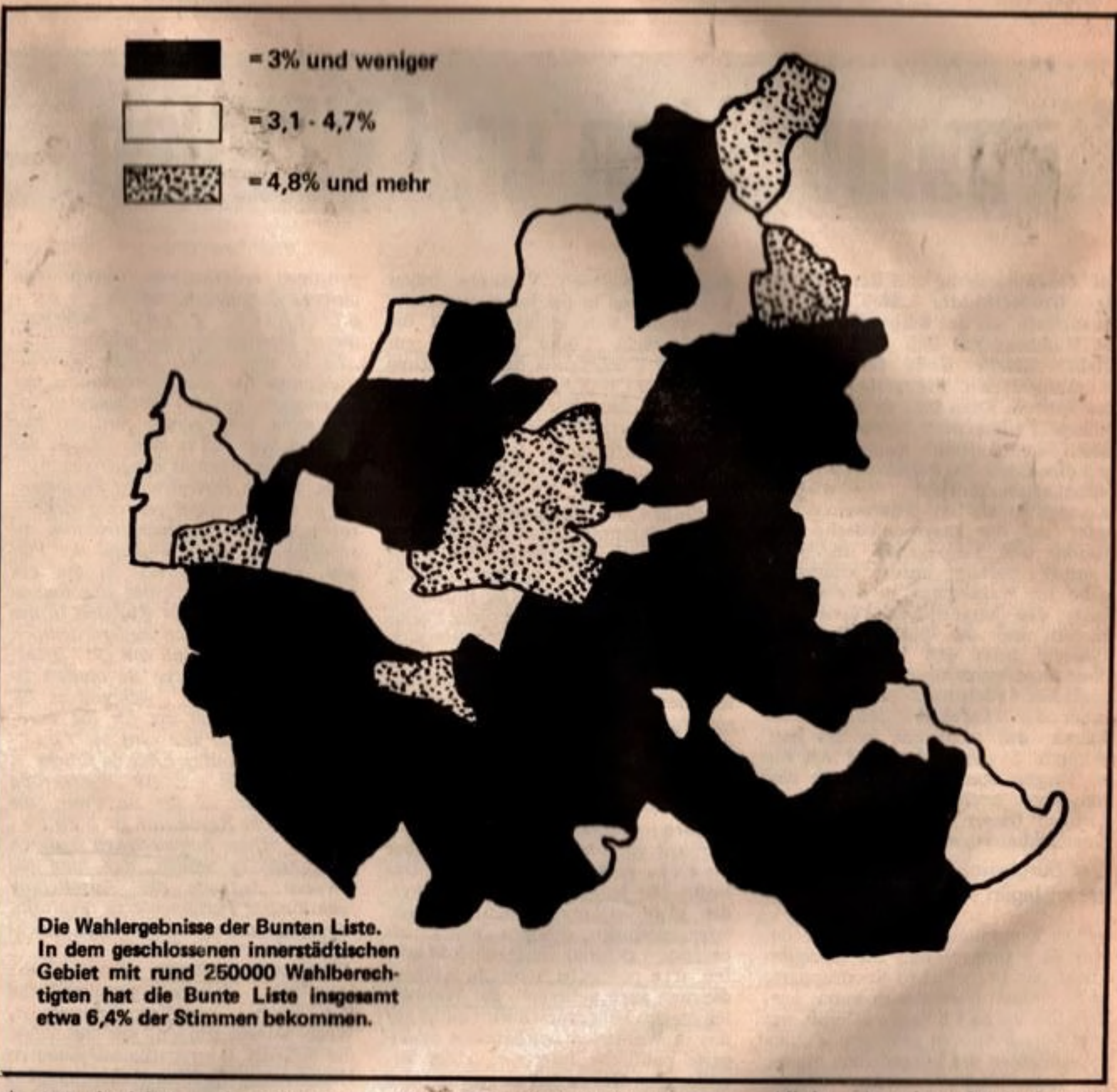
Am deutlichsten wird ein solches Projekt der Bourgeoisie in der geplanten „**Steuer-Partei**" des Herrn Fredersdorf deutlich. Schon hat Fredersdorf angekündigt, sich mit den „Grünen Listen" (gemeint ist zweifellos: mit deren „konservativen" Kräften) zusammenzutun: „*Mit den ‚Grünen Listen' hätten wir eine gute Organisation für die neue Partei und die Fünf-Prozent-Hürde wäre schon gar kein*
zusammenzutun: „*Mit den ‚Grünen Listen' hätten wir eine gute Organisation für die neue Partei und die Fünf-Prozent-Hürde wäre schon gar kein*
Problem" („Bild"-Interview, 8.6.). Es ist anzunehmen, daß diese Art von „Steuer"- und „Umwelt"-Partei sich ähnlich weit rechts orientieren könnte wie das dänische Vorbild der „Steuerpartei".

Die Bourgeoisie stellt sich also auf die Veränderung der „Parteienlandschaft" ein. (Das da auch die Diskussion um eine bundesweite CSU wieder Auftrieb bekommt, ist klar). **Für die Linke gilt es, in diese Entwicklung einzugreifen, und zwar so schnell und so wirkungsvoll wie möglich.**

Dabei zeigt sich eine weitere Schwierigkeit, die einesteils mit der Unterschätzung bürgerlicher Wahlen, andererseits mit noch vorhandenen Bindungen an die SPD zu tun hat: Das Element der Linken ist in den Diskussionen um „Grüne" bzw. „Bunte" Listen vielfach allzu schwach vertreten, um den „Konservativen", die jetzt mit teilweise affenartiger Geschwindigkeit ihr Schäfchen ins Trockene zu bringen versuchen, kräftig kontra zu geben.

Als Organisationen sind in dieser Auseinandersetzung bisher nur der KB und die KPD engagiert. Letztere kann man mangels Einfluß in der Regel vergessen; außerdem richtet sie oft mit ihrem schrillen vaterländischen Getue mehr Schaden als Nutzen an, wie die Hamburger Wahl gezeigt hat. Ansonsten kommen teilweise noch „Spontis" hinzu, die sich an Wahldiskussionen beteiligen.

Andere Organisationen und Gruppierungen (DKP, SB, linke Sozialdemokraten) beteiligen sich bisher kaum an diesen Wahldiskussionen. Das verstärkt objektiv das Gewicht der „Konservativen" in den kommenden Auseinandersetzungen. **Hier müßte eine Wende erreicht werden, wenn zu den Bundestagswahlen 1980 eine fortschrittliche Alternative auf die Beine gestellt werden soll und wenn nicht einer systemkonformen Pseudo- „Protestpartei" das Feld überlassen werden soll.**



Die Wahlergebnisse der Bunten Liste. In dem geschlossenen innerstädtischen Gebiet mit rund 250000 Wahlberechtigten hat die Bunte Liste insgesamt etwa 6,4% der Stimmen bekommen.

Nachrichten vom Widerstand



BI's in Gorleben rufen zu einem dezentralen Aktionstag auf

Im Rahmen der Vorbereitungen gegen die ersten Baumaßnahmen für die Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben, haben jetzt der BBU, die BI Lüchow-Dannenberg und die Freundeskreise der BI-Lüchow-Dannenberg ein Widerstandskonzept vorgelegt. Da jetzt nach den Landtagswahlen in Niedersachsen damit zu rechnen ist, daß in absehbarer Zeit die ersten Probebohrungen niedergebracht werden sollen, ist nun dieser „Aufruf zu gewaltfreiem Widerstand" veröffentlicht worden.

An konkreten Aktionen wird dort vorgeschlagen, in der Woche der ersten Baumaßnahmen „–direkte gewaltfreie Aktionen an den jeweiligen Einrichtungen der Atomindustrie in den Heimatregionen – die bis jetzt gebildeten Freundeskreise der BI-Lüchow-Dannenberg beginnen die Unterstützung der direkten Aktionen im Landkreis ..."

Für das erste Wochenende nach Baubeginn werden regionale Protestdemos an AKW-Standorten und speziell eine Demo für die Bewohner des Landkreises Lüchow-Dannenberg vorgeschlagen. Langfristig sollen die Parallelaktionen durch Steigerung der Teilnehmerzahlen „zugespitzt" und Boykottaktionen unternommen werden. Zur Vorbereitung dieses Konzeptes wird ein bundesweiter Aktionstag am 30. Juni vorgeschlagen.

Zur Begründung ihres Konzeptes erklären die Aufrufenden: *„Da die besondere Gefährlichkeit der Plutoniumfabrik vor keinen regionalen oder nationalen Grenzen halt macht, und da sie ein entscheidender Schritt zum Atomstaat ist, erklären wir: Jeder hat das Recht, seine Betroffenheit ausdrücken zu können und jeder sollte sich gegen die Anlage wehren! Dieses Recht führt nur dann zu einer sinnvollen Zusammenarbeit, wenn es die Ortsansässigen nicht übergeht; denn sie müssen mit dem Widerstand leben, wogegen andere nach Aktionen nach Hause fahren können ... Um diese Zusammenarbeit zu ermöglichen, bilden folgende Grundsätze den gemeinsamen Widerstandsrahmen: Wir müssen unsere Aktionen von klein auf entfalten, sie müssen direkten Verhinderungscharakter annehmen, sie müssen gewaltfrei sein, dezentral und umfassend organisiert werden und dauerhaft aufrechtzuerhatlen sein."*

AKW-Nein-Kommission

Teilnehmer der Westberliner Mai-Demonstration ein Monat lang in U-Haft

Wieder einmal hat der westdeutsche Un(Rechtsstaat) gegen einen AKW-Gegner zugeschlagen: Detlef Amor ist sein Opfer. Was war passiert? An der diesjährigen Westberliner Maidemonstration der fortschrittlichen GEW beteiligten sich fast alle linken Kräfte und AKW-Gegner.

„Angeregt durch eine holländische Anti-AKW-Gruppe bei der Demonstration gegen die Urananreicherungsanlage in Almelo, führte die Weddinger Anti-AKW-Gruppe ein Demonstrationstheater durch. Kernstück dieses Umzuges bildete ein aus Pappmachee hergestelltes Atomkraftwerk, das mit dem Modell einer Atombombe verbunden war. Getragen wurden diese Gegenstände von vier als Strahlenschutzpersonal verkleideten Leuten. Dieser ganze Aufzug wurde, den Sicherheitsvorkehrungen echter AKWs entsprechend, von 9 als Polizisten verkleideten Personen begleitet. Um sie als Mitglieder der Theatergruppe deutlich zu machen, waren ihre Helme mit der Aufschrift „Pullizei" beschriftet. Den Abschluß bildete ein Sensenmann, der die tödliche Strahlung verdeutlichen sollte" (aus einer Presse-Erklärung).

Diese Theatergruppe wurde an der Ecke Haupt/Eisenacherstraße völlig ohne Grund von der dort postierten Polizei überfallen und brutal zusammengeknüppelt. Selbst vor Kindern machten die Uniformierten nicht halt, eine Frau mußte mit Verletzungen ins Krankenhaus. Detlef Amor wurde zusammen mit vier anderen Demonstranten aus der Menge heraus verhaftet, in einen Bullenwagen geschleift und unterdessen ständig geschlagen. Detlef wird vorgeworfen: *„Widerstand gegen die Staatsgewalt"*, *„schwerer Landfriedensbruch"*, *„gefährliche Körperverletzung"*. All diese Vorwürfe reichen aus, um ihn für Jahre hinter Gitter zu bringen.



Das AKW-Theater auf der Mai-Demonstration in Westberlin

Das AKW-Theater auf der Mai-Demonstration in Westberlin

Beim Haftprüfungstermin 2 Tage nach der Festnahme wurde die U-Haft für drei Demonstranten aufgehoben, einer erhielt - da erst 16 Jahre alt - Haftverschonung. Detlefs Haftprüfungstermin fand dagegen erst am 11.5. statt: Die U-Haft für ihn wurde aufrechterhalten. *„Rund dreißig Entlastungszeugen, die sein Anwalt nach eigenen Angaben mitbrachte, wurden nicht gehört"* („Tagesspiegel", 12.5. 78). Stattdessen berief sich der Haftrichter auf die Aussage eines (!) Bullen aus der Haftakte und auf eine angebliche Fluchtgefahr, da Detlef in *„leicht lösbaren Verhältnissen"* lebe. Gemeint ist, daß Detlef in einer Wohngemeinschaft wohnt! **Dies ist nach den Agit-Druckern der zweite Fall, bei dem die westdeutsche Justiz faktisch das Wohnen in Wohngemeinschaften inkriminiert.**

Detlef ist wieder frei!

Erst nach einem Monat, am 31.5., wurde Detlef aus der U-Haft entlassen. Diesmal nötigte sich der Justizapparat nicht einmal eine Begründung für die Haftentlassung ab. Man munkelt in „meist gut unterrichteten Kreisen", daß der Staatsanwalt gewechselt wurde und der Neue die Sache wohl für zu heiß einschätzt. Mit

wechselt wurde und der Neue die Sache wohl für zu heiß einschätzt. Mit

der Haftentlassung ist allerdings das Verfahren gegen Detlef nicht beendet. Die Anklage bleibt bestehen und es ist zu erwarten, daß die Justiz zumindest die U-Haftzeit durch ein entsprechendes Urteil nachträglich legitimiert.

Berliner Jugendbehörde will Detlef entlassen!

Nicht allein, daß Detlef ohne jeglichen Grund für einen Monat im Knast sitzen mußte – jetzt soll ihm auch noch die berufliche Existenz zerstört werden. Das Jugendamt Kreuzberg (ein Berliner Stadtteil), bei dem Detlef als Erzieher beschäftigt ist, sprach wenige Tage nach seiner Inhaftierung eine ‚außerordentliche Kündigung' aus! Bislang konnte diese Kündigung allerdings noch zurückgewiesen werden, da der Personalrat Einspruch gegen diese Kündigung einlegte und der ÖTV-Vertrauensleutekörper seine Solidarität mit Detlef erklärte.

Dennoch ist zu befürchten, daß die Behörde nun versuchen wird, eine fristgemäße Kündigung durchzusetzen.

All dies bekräftigt noch einmal, daß die Anti-AKW-Bewegung offenbar immer mehr zur Zielscheibe staatlicher Repression werden soll. Bei Detlef wäre dies auch der erste Fall, wo quasi ein Berufsverbot gegen einen AKW-Gegner ausgesprochen würde.

Unsere Solidarität ist dringend notwendig!

Einstellung aller Straf- und Ermittlungsverfahren gegen AKW-Gegner!

Gegen diesen Fall von Justizterror gab es in Berlin mehrere Solidaritätsaktionen, u.a. fand am Haftprüfungstermin eine Demonstration und Kundgebung statt, auf der auch R. Jungk sprach. Es hat sich ferner ein Ermittlungsausschuß gebildet. Eine Kontaktmöglichkeit ist:

Kontaktmöglichkeit ist:

Joachim Wirtz
Grüntaler Str. 30, 1 Berlin 65
Tel. 494 1967

AKW-Nein-Kommission

Brokdorf-Prozeß gegen Kai Ehlers eingestellt!

Am 21.3.77 wurde mittels eines Strafbefehls über 1800,- DM des Itzehoer Staatsanwalts Triskatis versucht, die kritische Berichterstattung über das brutale und vollkommen unnötige Vorgehen der Polizei am 30.10.76 in Brokdorf während der Räumung des besetzten Bauplatzes zu kriminalisieren.

Besonders beleidigt meinte sich der Obereinsatzleiter der Polizei, Herr Fleischfresser, durch folgende Feststellung u.a. fühlen zu müssen: *„Zahlreiche Demonstranten wurden von den Bullen so übel zugerichtet, daß sie ärztlich behandelt werden mußten;..."* (vgl. die Berichterstattung im AK 102,105 und 106).

An beiden Verhandlungstagen im Mai/Juni 1977 in Itzehoe belegten wir, daß dieser Prozeß nur aufgrund von Verfahrensfehlern laufen würde, das der Polizist Fleischfresser formaljuristisch sich gar nicht beleidigt fühlen könnte, bzw. dies für diesen Prozeß nicht ausreichen würde und daß, wenn überhaupt, die Verhandlung in Hamburg stattfinden müsse.

Letztlich wurde das Verfahren dann an die Staatsanwaltschaft Hamburg übergeben.

Hier sollte das Verfahren zuerst eingestellt werden, da Fleischfresser juristisch eben der Falsche war, um sich beleidigt zu fühlen.

Daraufhin meldeten sich ca. 20 Polizisten, die an dem Einsatz am 30.10.76 sich beteiligt waren, und fühlten sich beleidigt.

Offensichtlich wollte die Staatsanwaltschaft in Hamburg dieses Verfahren aber nicht durchführen, denn nach einer richterlichen Vernehmung von Kai E. im Oktober 77 ist dieses Verfahren nun verjährt.

Ein weiterer Hinweis dafür, daß dieses Verfahren nicht mehr aufgenommen werden sollte, ist auch daraus zu entnehmen, daß selbst die Hamburger Staatsanwaltschaft der Meinung ist, daß der Inhalt des Flugblattes durch die Wahrnehmung berechtigter Interessen (§ 193 StGB) gedeckt ist. Mit anderen Worten, daß eine scharfe Kritik an dem Verhalten der Polizei am 30.10.76 in Brokdorf aufgrund ihres brutalen Vorgehens berechtigt ist.

An dieser Stelle möchten wir allen Beteiligten für ihre solidarische Unterstützung dieses Prozesses bzw. der Vorbereitung danken.

Initiativkomitee Arbeiterhilfe

Einladung zu einer Internationalen Koordinationsversammlung in der Schweiz

Samstag/Sonntag 24./25. Juni in Basel (Schweiz).
Beginn: Samstag 13.00 Uhr.
Genauer Versammlungsort: Restaurant Post (in unmittelbarer Nähe des Hauptbahnhofes SBB Basel), Centralbahnstraße 21.
Für Übernachtung wird gesorgt. Für Essen und Reise müssen die Delegierten selbst aufkommen.

Die Nationale Koordination der Schweiz hatte in einem Brief vom März 78 alle Anti-AKW-Organisationen der Welt, deren Adressen uns bekannt waren, den Vorschlag unterbreitet, im Herbst 78 oder auch später eine internationale Demonstration für ein Moratorium (Baustop) durchzuführen, falls das Echo genügend wäre. Alle eingegangenen Antworten sind positiv ausgefallen, so daß wir uns entschlossen haben, dieses Weekend durchzuführen. Eingeladen sind Delegierte aller Anti-AKW-Organisationen. Wir hoffen sehr auf zahlreiche und repräsentative Beteiligung, damit wir in der Realisierung der Demonstration Schritte vorwärts machen können.

Provisorische Tagesordnung:

1. *Kurzberichte der Delegierten zur Situation in ihrem Land.*
2. *Diskussion über die Baustop-Forderung.*
3. *Wie realisieren wir die internationale Demonstration?*
4. *Praktische Beschlüsse zur weiteren Entwicklung einer internationalen Koordination.*

Korrespondenz:
Andre Froidevaux, Burgunderstr. 4
4051 Basel-Schweiz
Tel.: Schweiz /061/22 96 01

Anti-AKW-Fahrraddemonstration in Wolfsburg

Einen Tag vor den Wahlen zogen über 60 AKW-Gegner in kämpferischer Stimmung im Fahrrad-Korso quer durch Wolfsburg. Gemeinsam aufgerufen hatte die GLU und der Arbeitskreis gegen Atomenergie. Unabhängig vom Tag der Umwelt sollte diese Fahrraddemonstration dazu dienen, breit über die Grohnde-Prozesse und Gorleben zu informieren und den Protest dagegen zu verbreitern. Die ganze Aktion erregte ziemlich viel Aufsehen und hat mit Sicherheit der GLU noch einige zusätzliche Stimmen eingebracht.

KB/Gruppe Wolfsburg



Gelungene Aktion gegen das AKW-Esenshamm

Durch Aktionen der AKW-Gegner im Unterweserraum konnte erreicht werden, daß die Gefahr der Inbetriebnahme des AKW-Esenshamm wieder verstärkt in der Öffentlichkeit zur Sprache gebracht werden mußte:

Bei der ersten Aktion handelte es sich um eine Postwurfsendung des „Niedersächsischen Sozialministers Schnipkoweit". In Form eines amtlichen Anschreibens, als Doppelpostkarte mit Rückantwort, wurden die Empfänger aufgefordert, einige Fragen des „Herrn Sozialministers" zu beantworten. Notwendig war diese Erhebung, damit das Ministerium überprüfen kann, inwieweit der einzelne Bürger „Einsatzbereitschaft" zeigt, um ein Funktionieren des Katastrophenschutzplans zu gewährleisten. Bei den zu beantwortenden Fragen hieß es z.B.: sind „*Schutzbunker vorhanden*"? oder (zum Ankreuzen) „*zu unserem Haushalt gehören Gasmaske, Geigerzähler, eigene unabhängige Energieversorgung, Wasservorräte in geschlossenen Behältern (zum Duschen, Kochen usw.). Verpflegung für mehrere Monate, luftdicht verpackt...*" Eine weitere Frage lautete: „*In den vorhandenen öffentlichen Schutzbunkern stehen pro Person maximal 1,2 cbm Raum zur Verfügung. Ich finde das: reichlich, gesellig, eng, unmenschlich...*". Wie aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen zu erfahren war, wurde dieses Schreiben in einer Auflage von 100.000 verteilt! Die Reaktion der Politiker und der Presse waren unterschiedlich: Schnipkoweit stritt seine Verantwortung ab. Die Bremer Presse blieb in dem Umfang der Berichterstattung noch hinter der Bild-Zeitung zurück. Die Kreiszeitung Wesermarsch brachte das Schreiben im Faksimile. Ein lokaler CDU-Politiker vermutete die GLU hinter der Aktion...!

Die zweite Aktion folgte am 1. Juni: Mitglieder verschiedener Bremer Stadtteilinitiativen der BBA hatten sich im AKW-Esenshamm ganz offiziell als Besuchergruppe angemeldet. Sie wurden auch in den „Informations-Pavillion" der NWK auf dem strengstens gesicherten Gelände des AKW gelassen. Nach kurzer Zeit erklärten sie den Pavillion als besetzt. Gleichzeitig wurde die Presse informiert und in Bremen wurden Flugblätter verteilt. Die Forderung der Besetzer war: DER KATASTROPHEN-SCHUTZPLAN MUSS VERÖFFENTLICHT WERDEN!

Rund vier Stunden lang wurde der Pavillion besetzt gehalten. Die

Besetzer war: DER KATASTROPHEN-SCHUTZPLAN MUSS VERÖFFENTLICHT WERDEN!
Rund vier Stunden lang wurde der Pavillion besetzt gehalten. Die

NWK hatte sofort Alarm geschlagen und ein großes Polizeiaufgebot war angerückt. Ebenfalls war ein kleineres Aufgebot von 60 bis 70 AKW-Gegnern aus Bremen und dem Umland erschienen, die aufmerksam die Geschehnisse auf dem Gelände des AKW verfolgten. Da gegenüber den Besetzern mit der Stürmung des Pavillions gedroht wurde, verließen diese freiwillig das Gebäude. Nach Feststellung ihrer Personalien wurden alle vom Gelände gelassen.

DER NIEDERSÄCHSISCHE SOZIALMINISTER

26. Mai 1978

Betrifft: Inbetriebnahme des Atomkraftwerks Esenshamm

Liebe Mitbürger!

Wie Sie sicher aus Rundfunk und Presse erfahren haben, steht die Inbetriebnahme unseres Atomkraftwerks Esenshamm unmittelbar bevor. Nun wird aus bestimmten Kreisen immer wieder Unruhe unter der Bevölkerung geschürt, indem behauptet wird, die niedersächsische Landesregierung tue nichts für Ihre Sicherheit.

Wir sind an den grundgesetzlichen Auftrag gebunden, das Leben und die Freiheit der Bürger auch vor möglichen Katastrophen zu schützen. Diesen Auftrag nehmen wir sehr ernst.

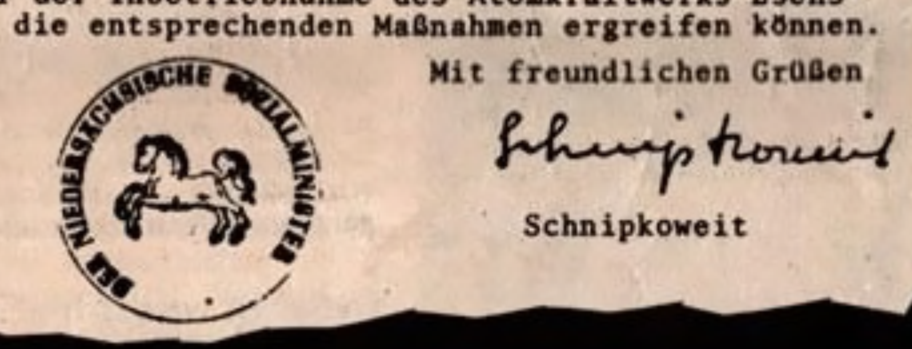
Genauso haben wir aber auch die Pflicht, die wirtschaftlichen Interessen der Kraftwerksbetreiber zu vertreten. Sie werden mit uns einer Meinung sein, daß dabei aus wirtschaftlichen Erwägungen grundsätzlich die Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerung zurückgestellt werden müssen. Dennoch sind wir natürlich bemüht, auch Ihre Sorgen und Nöte zu berücksichtigen. Diese Bemühungen haben ihren Ausdruck gefunden in der Erstellung eines sehr detaillierten Katastrophenplanes für den Fall einer radioaktiven Verseuchung. *(Aus Platzgründen können wir an dieser Stelle nicht näher darauf eingehen).*

Das Funktionieren eines solchen Planes hängt in großem Maße von Ihrer persönlichen Einsatzbereitschaft und den Ihnen zur Verfügung stehenden Schutzmitteln ab.

Deshalb haben wir in Zusammenarbeit mit dem Land Bremen, den Städten Oldenburg und Delmenhorst und den zuständigen Kreisverwaltungen den beiliegenden Fragenkatalog entwickelt, um das notwendige Datenmaterial zusammenzutragen.

Dabei kommt es daruf an, daß Sie alle diesen Fragebogen ausfüllen und so schnell wie möglich zurückschicken. Nur dann ist gewährleistet, daß wir schnell - eventuell noch vor der Inbetriebnahme des Atomkraftwerks Esenshamm - die entsprechenden Maßnahmen ergreifen können.

Mit freundlichen Grüßen



Schnipkoweit



Auf 10 Demonstranten ein Wasserwerfer!

Daß die niedersächsische Landesregierung sich das Heft jetzt gegen Ende der Verfahren nicht mehr aus der Hand nehmen lassen will, zeigt auch das Aufgebot gegen eine Fahrraddemo, zu der u.a. die Bürgeraktion Küste am 4.6. aufgerufen hatte: den 100 Teilnehmern setzte der Polizeiapparat acht Wasserwerfer, zwei Hundertschaften und Hubschrauber entgegen!

Kein Atomstaat in der Wesermarsch oder anderswo — sofortiger Abriß des AKW!

•••

Versuchte Sprengung eines E-Masten

Am 6.6. brachte eine Gruppe an der Hochspannungsleitung zum AKW-Esenshamm in 20 Meter Höhe an einem Masten Sprengladungen mit Zeitzünder an und lockerte die Schrauben an der Verankerung des Mastens. Allerdings hielt der Mast dem Anschlag stand, es wurden lediglich einige Streben aus dem Masten herausgerissen und Isolatoren beschädigt. Es soll dabei ein Sachschaden von 25.000 DM entstanden sein. In dem Brief der verantwortlichen Gruppe hieß es dazu: „*Wir haben viel geübt und gerechnet und mußten es jetzt an genanntem Objekt ausprobieren. Ernten wir gemeinsam die Früchte revolutionärer Blüten*". „*Wir würden niemals eine radioaktive Verseuchung der Bevölkerung und der Umwelt riskieren, indem wir das AKW-Esenshamm direkt beschädigen*".

In der Presse wurde dennoch vielfach das ganze als Anschlag auf das AKW selbst dargestellt („Bremer Morgenpost") – In einem Kommentar wird in der „Kreiszeitung Wesermarsch" (8.6.78) gefordert, daß sich BIs von der Gewaltanwendung distanzieren sollten, denn „*es wäre schade, wenn die Umweltschützer, deren Ziele sauber sind, mit den Terroristen in einen Topf geworfen werden*". Doch was ist die Sprengung eines Mastens gegen die Inbetriebnahme eines Atomkraftwerkes?

KB/Gruppe Bremen

Kabinettsbeschluß: Esenshamm soll in Betrieb gehen

Am 7.6., drei Tage nach den Wahlen in Niedersachsen, hat das niedersächsische Kabinett die Betriebsgenehmigung des AKW Esenshamm mit der sofortigen Vollziehbarkeit ausgestattet, angeblich mit neuen „Auflagen" zur Reduzierung der Abluft. Gegen diesen Beschluß, der die aufschiebende Wirkung der Klagen gegen die Inbetriebnahme aufhebt, läuft jetzt ein Eilverfahren der Bürgeraktion Küste, das durch eine Einstweilige Verfügung die aufschiebende Wirkung wiederherstellen soll.

Hintergrund dieses Säbelrasselns der niedersächsischen Landesregierung ist die letzte Runde im Esenshamm-Prozeß, die vom 12. bis 19.6. läuft und in der es unter anderem noch einmal um die Anlagensicherheit gehen soll. Erst nach Abschluß dieses Prozesses, von dem sich das Oldenburger Verwaltungsgericht weitere „Erkenntnisse" erhofft, soll über das Eilverfahren der Bürgeraktion Küste entschieden werden. Wie wir bereits im letzten ARBEITERKAMPF berichteten, dauert das „Entmotten" des AKW mehrere Wochen, so daß mit dem kritischwerden des Reaktors nicht vor Ende des Verfahrens zu rechnen ist.

Direkt im Anschluß an den Prozeß, am 21.6., findet vor dem Oberverwaltungsgericht Lüneburg die Berufungsverhandlung zu den wasserrechtlichen Teilgenehmigungen statt (der Fischer Schäfe aus Brake hatte vor Gericht 1976 ein Unterlaufen der Auflagen sowie den Bau von Kühltürmen erfolgreich verhindert).

Elbe radioaktiv verseucht
Eine Untersuchung des Isotopenlabors der Bundesforschungsanstalt für burger Uni in die Hände, die es veröffentlichte. Die „Arbeitsgemein-

Elbe radioaktiv verseucht

Eine Untersuchung des Isotopenlabors der Bundesforschungsanstalt für Fischerei spricht davon, daß in der Elbe „*merkliche und gelegentlich gefährliche Mengen*" radioaktiver Stoffe nachzuweisen seien. Als direkte Ursache der Verseuchung werden Beta-Strahler angegeben. Zu dieser Untersuchung waren die Regierungschefs der vier norddeutschen Bundesländer durch Gerichtsbeschluß gezwungen worden. Als die ersten Ergebnisse vorlagen, wurde die Studie sofort zur „geheimen Verschlußsache" deklariert. Der Plan, damit eine Veröffentlichung zu verhindern, schlug jedoch fehl. Ein Exemplar fiel der Fachschaft Biologie an der Hamburger Uni in die Hände, die es veröffentlichte. Die „Arbeitsgemeinschaft Umweltplanung Niederelbe" bezeichnete es als politischen Skandal, daß die Untersuchung zwar angefertigt und vorgelegt wurde, aber unter Verschluß gehalten wird. Die Studie wird auch noch ein parlamentarisches Nachspiel haben: Zwei SPD-Abgeordnete im Kieler Landtag, Berend Harms und Ernst-Wilhelm Stojan, haben eine kleine Anfrage an die Landesregierung gestellt. Sie wollen wissen, ob die Feststellungen über Vergiftungen in der Elbe zutreffen . Und: „Wann wird die Regierung das Parlament über die Untersuchung informieren?" (nach „Hamburger Abendblatt", 2.6. u. 8.6.78).

Bundesregierung beschließt: „Weniger Umweltschutz für Ballunsgebiete"!

„*Der Bundesminister des Inneren wird im Zusammenwirken mit dem Bundesminister für Wirtschaft und in enger Fühlungnahme mit der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen prüfen, durch welche gesetzgeberischen oder sonstigen geeigneten Maßnahmen sich die Unsicherheit beseitigen läßt, die bei der Planung von Kohlekraftwerken und anderen industriellen Großanlagen in Verdichtungsgebieten wegen der geltenden Umweltgesetze entstehen kann. In die Prüfung soll auch der Gedanke der Güterabwägung sowie des Ausgleichs zwischen belastenden und entlastenden Maßnahmen einbezogen werden*" (aus dem Beschluß des Bundeskabinetts vom 23.3.77, zitiert nach Umwelt Nr. 55 vom 28.4.77, herausgegeben vom BRD-Innenministerium).

Zu welchem Ergebnis die Bundesregierung bei ihrer „Güterabwägung" gekommen ist, läßt sich an den Berichten der bürgerlichen Presse der letzten Zeit ablesen: „**Weniger Umweltschutz in Ballungsräumen**" (SZ, 13.5.78) - „*Bonn baut die Hürden für neue Kohlekraftwerke ab/Umweltschutz soll Wirtschaftsentwicklung nicht behindern*" (Ruhr-Nachrichten, RN, 13.5.78) - „*Endlich grünes Licht für Kohlekraftwerke*" (HB, 16.5.78).

Die Minister Maihofer und Lambsdorff haben sich auf eine Neufassung des Bundesimmissionsschutzgesetzes geeinigt, die an Zynismus kaum mehr zu überbieten ist.

Kernstück dieser Neufassung ist die Aufteilung der BRD in wichtige und unwichtige Gebiete - vom Standpunkt der Kapitalisten her gesehen. In Gebieten, wo die Umweltverschmutzung ohnehin gering ist, sollen die Immissionsgrenzwerte sogar herabgesetzt werden. Das klingt gut und kostet nichts. In den industriellen Ballungsräumen (genannt werden z. B. das Ruhrgebiet und der Rhein-Neckar-Raum) sollen weiterhin die Werte der TA-Luft (Technische Anleitung zur Reinerhaltung der Luft) gelten, deren Grenzwerte allerdings rechtsverbindlich in der Gesetzesnovellierung festgelegt werden, damit die herrschende „Rechtsunsicherheit" beseitigt wird. Denn einige Gerichte gingen bisher aufgrund einer sog. „Generalklausel" im geltenden Gesetz davon aus, daß sie allein in Abwägung der konkreten Verhältnisse zu entscheiden hätten, was schädlich und was unschädlich sei. Damit soll jetzt endgültig Schluß gemacht werden.

Einen weiteren Haken hat die „rechtsgültige" Festlegung von Immissionshöchstwerten darin, daß zur Zeit eine Debatte läuft über die Schädlichkeit bestimmter Stoffe, speziell des Schwefeldioxyd. Wenn die Bundesregierung den „Experten" der sog. CHESS-Studie (siehe letzten AK) folgt, könnten die Schwefeldioxydwerte um ca. 40% angehoben werden, zur Freude besonders der Kohlekraftwerksindustrie, die die bisherigen Auflagen schon regelmäßig überschritt bzw. durch technische Tricks unterlief.

Soziale Demagogie und „wissenschaftliche" Argumente bestimmen die Debatte, mit der uns weisgemacht werden soll, alles sei ja nur halb so schlimm. So erklärte der amerikanische Prof. Schimmel niedrige SO2-Werte schlicht für unsozial: „*In New York gibt es keinen Mittelstand. Dort leben sehr reiche und sehr arme Menschen. Wenn sich jetzt die Energie durch die erhöhten Umweltforderungen notwendigerweise (!) verteuert, dann können sich viele Familien die Heizkosten im Winter nicht mehr leisten: Sie müssen frieren. Und frieren ist erwiesenermaßen ungesünder als von Schwefeldioxyd verunreinigte Luft einzuatmen*" (zit. nach WAZ, 2.6.78)! Und ein gewisser Prof. Ulmer erklärte, daß „*die Belastung mit Schwebeståuben und Gasen, wie sie zur Zeit in der Umgebungsluft des Ruhrgebiets vorkommt, eine Gefährdung im Sinne der Verursachung oder Verschlimmerung von Bronchitiserkrankungen nicht darstellt*". Keimfreie Wissenschaft? Keineswegs. Prof. Ulmer arbeitet bei den Bochumer Berufsgenossenschaftlichen Kranken-Anstalten, die zur Ruhrkohle AG gehören.

In einer Situation, in der festgestellt werden muß, daß z.B. „*für die Belastungsgebiete Ruhrgebiet Mitte und Ruhrgebiet Ost ... eine erhebliche Ausweitung der Flächen der Belastungsstufe 0,07 bis 0,14 mg SO2 pro m3*" verzeichnet werde (laut Jahresbericht 1976 der Gewerbeaufsicht des Landes NRW; 014 mg SO2 ist nach TA Luft der Höchstgrenzwert!), liefern die Herren Maihofer und Lambsdorff einmal mehr den Nachweis, wessen Interessen ihre Politik vertritt. „*Auftrieb hatten vor allem die Wirtschaftpolitiker auch dadurch bekommen, daß Sachverständige bei einer Anhörung in Berlin die seit 1974 festgelegten Immissionswerte der TA Luft als zum Schutz der menschlichen Gesundheit ausreichend bezeichnet hatten. Tiere und Pflanzen dagegen seien durch bestimmte Stoffe besonders gefährdet. Dies hat die Gesetzesplaner jetzt dazu geführt, für die übrigen Gebiete die Werte zu verschärfen. Zwar kann in konkreten Fällen bei besonderer Beeinträchtigung auch in den Ballungsgebieten vom Regelfall abgewichen werden. Dies gilt aber beispielsweise nicht für Pflanzen, die in diesen Regionen ohnehin schon jetzt keine Existenzchance mehr haben*" (HB, 16.5.78).

Und die „Existenzchancen" der Menschen??

KB/Gruppe Bochum

AKW Kurzmeldungen

AKW-Philipsburg

Am 2. Mai ist das AKW mit Brennelementen geladen worden, um nun klammheimlich seinen Normalbetrieb aufzunehmen.

Atommülldeponien in den USA: Selbstbedienungsladen für jedermann

Zerbrochene Atommüll-Fässer sind jetzt vor der Küste von San Franzisco entdeckt worden. Noch nicht zerbrocheneFässer werden von riesigen Schwämmen bedeckt, die systematisch die Fässer aufknacken.

Diese Behälter sind in den 50er Jahren versenkt worden. In der Zwischenzeit gibt es in den USA ein Verbot der Lagerung von Atommüll auf dem Meeresboden, doch es gibt Bestrebungen, dies wieder aufzuheben, seitdem Carter dem Ausland angeboten hat, Atommüll aus US-Uranlieferungen zurückzunehmen. „*In Nevada fand die Behörde heraus, daß Einwohner der kleinen Gemeinde Beatty eine nahegelegene Atommüllhalde geplündert und unter anderem einen allerdings nur wenig radioaktiven Zementmischer gestohlen hatten. Ein Bewohner hatte sich damit einen verseuchten Wintergarten angelegt*" („Welt", 24.5.78).

Aus der Welt des „Realen Sozialismus"

Auch jedem DKP'ler, der heute noch verschämt meint, mit den AKWs in der DDR sei das doch etwas ganz anderes - sei's gesagt: Die DDR-Behörden verweigerten einer Gruppe von AKW-Gegnern die Durchreise! Die Atomkraftgegner wollten mit einer Fahrraddemonstration durch Europa (von Paris bis Moskau) auf die Gefahren der Atomanlagen hinweisen. Dies soll - nach dem Willen der DDR-Behörden - zumindest an der Grenze zur DDR enden (lt. „Hannoversche Allgemeine"). Angeblich sollen allerdings die VR Polen und die sowjetischen Behörden keine Bedenken gegen die Demonstration gehabt haben.

•••

Mehr als hundert Atomgegner demonstrierten am 10.6. vor der BRD-Botschaft in Wien gegen die Kriminalisierung der Atomgegner in Westdeutschland. Sie forderten insbesondere die sofortige Einstellung der Verfahren gegen die Grohnde-Angeklagten (nach NDR II, 11.6.).

Polizeikräfte praktizieren den „Inneren Notstand"

Eine Analyse des Polizeieinsatzes in Grohnde am 19.3.77

Beim folgenden Text handelt es sich um einen Vorabdruck aus der neuen Broschüre des Hannoveraner Ermittlungsausschusses über die erste Welle der Grohnde-Prozesse.
Die Broschüre ist ab 20.6. fertig. Sie wird einen Umfang von ca. 40 Seiten (DIN A 4) haben und DM 2 kosten. Bestellungen gegen Vorauskasse mit Porto an:
Goetz Buchholz
Boedekerstr. 75
3000 Hannover 1
(Überschüsse sind für die Grohnde Prozeßkosten bestimmt).

Trotz beschränkter Aussagegenehmigungen bei **allen** Polizeizeugen (d.h. es waren keine Aussagen über Vorbereitung und Taktik des Polizeieinsatzes, Einsatzstärke, Ausrüstung etc. erlaubt) kamen während der Zeugenvernehmungen einige Einzelheiten ans Licht, die bezeichnend dafür sind, wie die Landesregierung das Demonstrationsrecht „schützt".

Diese Einzelheiten sind umso erschrekkender, berücksichtigt man, daß eben eigentlich keine Aussagen hierüber gemacht werden durften, daß diese Aussagen also durch Zufall, durch Verplappern, ungeschickte Formulierungen o.ä. ans Licht kamen – es laufen uns kalte Schauer über den Rücken, wenn wir uns all das vorstellen, was bei den Prozessen nicht durch Zufall ans Licht kam! Aus diesen einzelnen Aussagen kann man folgendes Bild montieren:

Spezielle Ausbildungsveranstaltungen der Polizei für Anti-AKW-Demonstrationen gab es seit Herbst 77, speziell auf Grohnde ausgerichtete Übungen etwa seit 2 Monaten vor dem 19.3. Diese bestanden aus:

- theoretischer Einweisung in die Rechtslage;
- Informationen über die Anti-AKW-Problematik (anhand von Material der Betreiber und der Presse – BI-Material stand nicht zur Verfügung);
- Vorbereitung auf „Gewaltanwendung jeglicher Art";
- Unterweisung in Einsatzformen und *„Handhabung der Hilfsmittel"*. Bei simulierten Demonstrationen wurde *„das Abdrängen von Störern"* geübt.

(Hunderschaftsführer Stabke am 17.3.78)

An einer dieser Übungen nahm der Polizeimeister Burschepers teil, etwa 6 – 8 Wochen vor dem 19.3.77. Mit aus anderen Orten zusammengezogenen Kräften wurde in Braunschweig geübt, *„gegen Gegner vorzugehen, also damit waren Demonstranten gemeint, die polizeiliche Anweisungen nicht befolgen."* Mehrere hundert Polizisten simulierten dabei eine Demonstration.
zugehen, also damit waren Demonstranten gemeint, die polizeiliche Anweisungen nicht befolgen." Mehrere hundert Polizisten simulierten dabei eine Demonstration,
es wurden auch Verhaftungen geübt. *„Die Übung entsprach in Teilen dem Einsatz in Grohnde – einiges aus der Übung konnten wir in Grohnde brauchen."* Im Zusammenhang damit erfolgte eine Einweisung in die rechtliche Lage. (Burschepers am 3.3.78).

Der Einsatzplan für den 19.3.77 ist das Ergebnis langer Vorbereitungen, in deren Verlauf der vom Einsatzleiter Hans-Joachim Juretzki entwickelte Plan mit der Landesregierung, d.h. mit Ministerpräsident Albrecht und Innenminister Groß persönlich abgestimmt wurde. Im Rahmen dieser Absprachen bat die Landesregierung die Preußenelektra/Interargem, den neuen Doppelzaun um das Baugelände zu errichten. Innenminister Groß, mit dem auch die Kirchohsen-Sperre abgestimmt wurde, ordnete *„Aufklärung"* in den Orten um das AKW an. (Aussagen von Albrecht und Groß am 17.3.78).

Auch die Presse wurde von der Polizei *„vorbereitet"*. (Juretzki am 15.2.78) – Genauere Angaben darüber will Juretzki nicht machen.

Einsatzleiter Juretzki

Überhaupt lohnt es, sich den Namen Juretzki zu merken: Er spielte in seinen ersten Vernehmungen zunächst den völlig ahnungslosen, der zum ersten Mal mit einer solchen Aufgabe konfrontiert war.

In diese Ahnungslosigkeit paßt natürlich nicht, daß Juretzki ein Buch gerade über die Polizeitaktik bei derartigen Einsätzen geschrieben hat *(Juretzki: Grundlagen der Befehlstechnik, Hildesheim 1973)*. In dies Bild paßt wohl auch kaum, daß Juretzki Kontakt zu einem deutschen Berater hat, der in Irland bei den britischen Anti-Terror-Einheiten geschult wurde. (Juretzki am 17.3.78)

Dieser ahnungslose Juretzki, auf dessen Anregung am 19.3. der Bundesgrenzschutz eingesetzt wurde (Juretzki am 7.3.78), der auch nach dem 19.3. die Hetzkampagne gegen AKW-Gegner weiterführte, indem er Richtern in Braunschweig und Hameln einen Grohnde-Film unter dem Thema *„Informationen zum Terrorismus"* vorführte (Juretzki am 16.2.78), erhielt schon bald seine nächste Bewährungsprobe – als der „Straßensperren-Stratege von Kalkar". Offensichtlich hat er auch diese Aufgabe zur vollsten Zufriedenheit erfüllt, so daß er mittlerweile zum Leiter des Vorbereitungsstabes für die *„Entscheidungsschlacht von Gorleben"* (Groß) avanciert ist. (STERN 22/78)

Dieser Juretzki also gewährleistete in Grohnde den – in seiner Formulierung (16.2.78)

„Demonstrationsschutz"

- Bereits eine Woche vor dem 19.3.77 wurden die ersten Polizeikräfte in der Umgebung stationiert, wurden die Pferde ausgeladen und mit einer lückenlosen Bespitzelung der Bevölkerung begonnen.
- Es wurden Schulen (als Unterkünfte für die Polizei) und das Hamelner Freibad (als Gefangenensammelstelle) gebucht, Privatfirmen stellten ihr Firmengelände zur Verfügung (z.B. die Arzneimittelfirma Lohmapharm, auf deren Klage hin mittlerweile der Bau des AKW gestoppt wurde).
- Wie im Krieg wurde in sicherer Entfernung ein Einsatzzentrum eingerichtet (in Hameln) in dem sich am 19.3.77 bis zum Ende der Räumung neben Einsatzleiter Juretzki auch Ministerpräsident Albrecht und Innenminister Groß aufhielten. (Aussagen am 17.3.78).
- Auf dem Baugelände wurden Eisen- und Holzstangen bereitgelegt, angeblich um Wurfgeschosse aus dem Zwischenraum des Doppelzaunes herauspulen zu können (was bei der Konstruktion des Zaunes mit Stangen schlicht unmöglich ist). (Einsatzleiter der „Innenkräfte" Hermann, der später auch die Leitung der Räumung übernahm, am 6.3.78) Mit diesen Stangen stach die Polizei am 19.3.77 durch den Zaun und fügte mehreren Demonstranten erhebliche Bauch- und Genitalverletzungen zu.
- Es wurden Straßensperren errichtet, und zwar jeweils am Ortseingang von Grohnde und Kirchohsen (um den Durchgangsverkehr umzuleiten) und am Ortsausgang, um – so die tatsächlich ernstgemeinte Erklärung von Juretzki – zu verhindern, daß die Demonstration auf der B83 vom Autoverkehr belästigt wird. Er gibt der Sperre eine *„rein verkehrstechnische Funktion"*. (Juretzki am 15.2.78)
- Offener ist da Innenminister Groß: Er erklärt, die von ihm gebilligte Sperre habe den Zweck gehabt, *„Demonstranten (!), besonders bewaffnete, nicht an die Baustelle heranzulassen"*! Für ihn steht das nicht im Widerspruch zum Demonstrationsrecht, da erstens die Demonstration nicht angemeldet war (Anmerkung: Zum Zeitpunkt der Planung der Sperre war die Demonstration angemeldet – sie wurde erst am 18.3.77 wieder abgemeldet, da Werner Schirr – der Anmelder – angesichts des bedrohlichen Polizeiaufmarsches Tote befürchtete und dafür nicht die Verantwortung tragen wollte. Schirr am 22.2.78), und da zweitens *„bewaffnete Demonstranten nicht an einer Demonstration im Sinne des Grundgesetzes teilnehmen"*. (Groß am 17.3.78)

Landesregierung erklärt den Notstand

Landesregierung erklärt den Notstand

Auf Anregung von Juretzki fordert die Landesregierung Bundesgrenzschutz und Polizeieinheiten anderer Länder an. (Polizei aus Kiel wurde noch am folgenden Tag zur Zerschlagung einer Demonstration in Hannover eingesetzt!) Für den Einsatz von Polizeieinheiten anderer Länder wurde die gesetzliche Grundlage mit den Notstandsgesetzen geschaffen. Die entsprechenden Grundgesetzartikel sehen zwei Fälle vor:

GRUNDGESETZ Art. 35:
„Rechts- und Amtshilfe, Katastrophenhilfe (2) Zur Hilfe bei einer Naturkatastrophe oder bei einem besonders schweren Unglücksfall kann ein Land Polizeikräfte anderer Länder . . . anfordern."
GRUNDGESETZ Art.91:
„Innerer Notstand
(1) Zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitlich-demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes kann ein Land Polizeikräfte anderer Länder sowie Kräfte und Einrichtungen anderer Verwaltungen und des Bundesgrenzschutzes anfordern."

Da der erste Fall (Naturkatastrophe) offensichtlich nicht vorlag, kann sich der Einsatz von Polizeikräften anderer Länder nur auf den „Inneren Notstand" stützen. (Anmerkung: Der Bundesgrenzschutz kann nach Art. 35 zusätzlich zur *„Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung"* eingesetzt werden.)

Das bedeutet - und das gilt ebenso für die Demonstration in Brokdorf und Kalkar - daß die Landesregierung schon die Planung der Demonstration vom 19.3. als *„drohende Gefahr für den Bestand oder die freiheitlich-demokratische Grundordnung des Landes"* ansah. Hier wurden - ohne daß es der Öffentlichkeit bewußt wurde - die Notstandsgesetze also angewendet! (Vielleicht sollte man den DGB mal an sein Versprechen erinnern, das er 1968 anläßlich des Bonner Sternmarsches gegen die Notstandsgesetze gab - nämlich bei der ersten Anwendung der Notstandsgesetze den Generalstreik auszurufen!)

Und man sollte sich den Gesetzestext ruhig einmal auf der Zunge zergehen lassen: Der Einsatz von Polizeikräften anderer Länder bedeutet doch nichts anderes, als daß die Landesregierung die Ausübung eines Grundrechts nicht nur als unvereinbar mit der „freiheitlich demokratischen Grundordnung" ansah, sondern sogar als eine Gefährdung dieser FDGO!

Und da ereifert sich Staatsanwalt Borchers, die Angeklagten hätten *„das Demonstrationsrecht in Mißkredit gebracht"*!

Vorbereitung der Polizeieinheiten

Der „Innere Notstand" war also faktisch ausgerufen, ohne das er formal erklärt wurde. Die letzten Vorbereitungen der einzusetzenden Polizeieinheiten erfolgten in Einsatzbesprechungen am 18. und 19.3.77, über deren Inhalt sehr wenig bekannt wurde. Es wurde auf jeden Fall darauf hingewiesen, daß es *„zu Konfrontationen wie in Brokdorf"* kommen könne, und daß es unter den Demonstranten einen *„harten Kern"* gebe. (Burschepers am 3.3.78) Den Polizeibeamten wurden Listen von *„in Frage kommenden Strafvorschriften"* ausgehändigt, auf denen auf mehr als einer Seite sämtliche vorstellbaren Verhaftungsgründe von der Ordnungswidrigkeit über Landfriedensbruch bis hin zum versuchten Totschlag aufgelistet waren.

Was im einzelnen den Beamten in diesen Besprechungen gesagt wurde, kann man an den Auswirkungen dieser Besprechungen rekonstruieren, wie sie sich in den Zeugenaussagen vor Gericht niederschlugen. Nach ihren Schilderungen zogen die Polizisten in den Einsatz wie in den Krieg gegen einen Feind: Da erzählt Burschepers von mit Zwillen verschossenen Muttern, *„die die Wirkung von Dum-Dum-Geschossen haben"* und weiß, *„wenn wir in die Hände der Demonstranten gefallen wären, wären wir da nicht mehr lebendig herausgekommen"*. (Burschepers am 17.2.78) Die Stimmung wird während des Einsatzes durch die bekannten Falschmeldungen über die Polizisten mit den ausgelaufenen Augen und den mit einer Mistgabel erstochenen Polizisten weiter angeheizt - Meldungen, die auch zu den Reserveeinheiten und z.B. zum Vernehmungskommando in Hameln vordrangen. (Ahlhorn und Frieler am 20.2.78)

Die AKW-Gegner wurden auch öffentlich zu Feinden und für „vogelfrei" erklärt: In einem Flugblatt, das am Morgen des 19.3.77 in Grohnde und Kirchohsen zur „Aufklärung" an die Bevölkerung verteilt wurde, heißt es:

„Leider ist wiederum zu befürchten, daß extremistische Gruppen Gewalt anwenden wollen. Diese Gruppen können das Grundrecht der freien Meinungsäußerung und des friedlichen Demonstrationsrechts nicht mehr für sich in Anspruch nehmen." Wie sich das im Notstandsfall gehört: die Grundrechte werden gleich ganzen Gruppen pauschal per Polizeiverfügung aberkannt!

Um diesen Feind dingfest zu machen, setzte die Polizei folgende Sondereinheiten ein:

- „Greiftrupps", die die spezielle Aufgabe haben, Verhaftungen vorzunehmen (Stabke am 10.3., Juretzki am 16.2.78);
- „Dokumentationstrupps" mit Fotoapparaten, Film- und Videokameras (15.2.78);

– „Vernehmungskommandos". die eine
– „Dokumentationstrupps" mit Fotoapparaten, Film- und Videokameras (15.2.78);

- „Vernehmungskommandos", die eine ständige Einrichtung in Niedersachsen sind und im ganzen Land speziell zu Vernehmungen eingesetzt werden (Frieler am 20.2.78). Zwei Beamte dieses Vernehmungskommandos entlockten beispielsweise Jerry seine Aussage, die ihn 8 Monate Gefängnis kostete!
- die berüchtigte Reiterstaffel;
- Der Einsatz ziviler Provokateure konnte in den Prozessen nicht nachgewiesen werden, ist aber seit der 3. Brokdorf-Demonstration hinreichend bekannt, und es hat auch am 19.3. in Grohnde solche schwerbewaffneten zivilen Kommandos gegeben, die beispielsweise den Lautsprecherwagen des Südzuges beschlagnahmten.
- Die beschränkten Aussagegenehmigungen verhinderten, daß weitere Einzelheiten über Sondereinheiten ans Licht kamen.

Ausgerüstet war die Polizei neben dem mittlerweile üblichen Arsenal von Schlagstock (extra-lange für die Reiterstaffel), Schild, Chemischer Keule und Pistole auch mit Maschinenpistolen (von der Polizei - Hermann - abgestritten, aber durch Fotos nachgewiesen am 18.4.78). Vom Baugelände aus wurden Feuerlöscher, Eisenstangen und Tränengasgranaten eingesetzt.

Der Einsatz: Zurückhaltung „Bis zur äußersten vertretbaren Grenze" (Juretzki)

Damit war die Voraussetzung geschaffen für den unglaublich brutalen Polizeieinsatz, auf den hier nicht mehr im einzelnen eingegangen werden soll (siehe dazu die Dokumentationen „Grohnde 19.3.77" und „Grohnde-Prozesse - Stammheim in Hannover") - einen Polizeieinsatz, der unabhängig vom Verlauf der Demonstration zwangsläufig kommen mußte, denn diese Bürgerkriegsmaschinerie, hochgerüstet, ideologisch aufgehetzt, entwickelte notwendigerweise eine Eigendynamik, die zum Einsatz drängte. Das wird bestätigt durch folgende Tatsachen:

- Bereits vor Eintreffen der Demonstration am Bauzaun versprühten Wasserwerfer einen Wassernebel mit CN-Beimischung!!! (Fiedler am 27.2.78. - er schwächt diese Aussage später ab.)
- Während des gesamten Einsatzes war der Knüppeleinsatz generell freigegeben! (Stabke am 17.3.78).
- Die Demonstranten am Zaun wurden in einer dreimaligen Lautsprecherdurchsage (die von Ministerpräsident Albrecht persönlich angeregt und formuliert worden war!!!) als Verbrecher bezeichnet, von denen sich die friedlichen Demonstranten entfernen sollten. Von dieser Aufforderung fühlte sich jedoch keiner der Zeugen betroffen. (*„Ich habe wohl gesehen, daß Leute am Zaun arbeiteten, aber Verbrecher habe ich nicht gesehen. Deshalb hatte ich auch keinen Anlaß wegzugehen!* - Frau M., Lehrerin, 47 Jahre, am 23.2.78)
- Trotzdem sah die Polizei mit dieser Aufforderung die Voraussetzungen für die Räumung als erfüllt an. Eine Auflösungsverfügung für die Demonstration gab es nicht. Auch die Gefahr, gegen Unbeteiligte vorzugehen, bestand für die Polizei nicht, denn *„zum Zeitpunkt des ‚harten Einsatzes' waren alle Kräfte vor uns (Anmerkung: d.h. die gesamte abziehende Demonstration) als Störer anzusehen"*. (Stabke am 17.3.78) - logische Fortführung der „Freiwild-Erklärung".
- Einsatzleiter Hermann mußte allerdings zugeben, daß sich die Demonstranten freiwillig zurückzogen (3.5.78), und daß es zur direkten Konfrontation erst kam, als sich der abziehende Demonstrationszug am Tor 2 aufstaute. (Urteilsbegründung Rüdiger)
- Trotzdem behauptet er, die Polizei sei den Auseinandersetzungen nicht gewachsen gewesen (welchen?) - deshalb habe er den Reitereinsatz angeordnet, der *„zu einer Auflockerung der bisher sehr massiven Störermassen"* führte. (Hermann, 3.5.78). Der Reitereinsatz sei nicht besonders angekündigt worden, da die Androhung des Schlagstockeinsatzes (die kein Zeuge gehört hat) *„als das schärfere Mittel (!) auch den Reitereinsatz einschloß."*
- Insgesamt habe sich die Polizei bei der Räumung (als die Demonstranten sich freiwillig zurückzogen - entsprechende Lautsprecherdurchsagen der Demoleitung hatte es schon lange gegeben!) *„in einer Notwehrsituation, in der auch der Schußwaffengebrauch erlaubt gewesen wäre"*. (Hermann am 3.5.78).
- Getreu dem Bild der Demonstranten, das ihnen in der Vorbereitung eingeprägt worden war, versuchten die Polizeibeamten, „Gefangene zu machen" (als Belohnung dafür brauchten sie nach Ablieferung des „Gefangenen" nicht wieder in den Einsatz zurück!) So wurde ein Demonstrant verhaftet, der beim Film-Wechseln den Anschluß an seine Gruppe verloren hatte. Die Festnahme sei *„eine reine Präventivmaßnahme gewesen, um nicht auch noch im Rücken der Polizei mögliche Angreifer zu haben."* (Polizist Bünte am 21.4.) Ein zweiter Polizist brachte eine Zwille an mit den Worten *„Hier, die gehört dem"* - was aber der festnehmende Beamte zum Glück für den Verhafteten ablehnte. (Rolf Niebel am 21.4.78).

die gehört dem" - was aber der festnehmende Beamte zum Glück für den Verhafteten ablehnte. (Rolf Niebel am 21.4.78).

- In mehreren Fällen gab es Mißhandlungen von Verhafteten nach der Festnahme. So räumte der Polizeimeister Burschepers ein, daß die Verletzungen von Rüdiger (Nasenbeinbruch, Gehirnerschütterung, schwere Prellungen) durch seine Knüppeleinsätze nach der Verhaftung entstanden sein können. (Burschepers am 17.2.78) Christian wird auf dem Bauplatz von einem Hund gebissen und anschließend von eben diesem Burschepers im Gefangenen-Transportwagen unglaublich mißhandelt. (4 Zeugen am 28.4.78.)

Gericht bestätigt Außerkraftsetzung des Demonstrationsrechts

Dies – wie gesagt – nur mehr oder weniger zufällig ans Licht gekommene Einzelheiten über Planung und Durchführung des Polizeieinsatzes, der in seiner Planmäßigkeit und Brutalität einmalig in der BRD dasteht. Aber schon diese wenigen enthüllten Fakten machen deutlich, daß in Grohnde das Demonstrationsrecht bereits außer Kraft gesetzt war, bevor die Demonstration überhaupt begonnen hatte.

Insofern hatte Grohnde exemplarische Bedeutung, wurde in Grohnde eine neue Stufe staatlicher Bekämpfung von oppositionellen Bewegungen erreicht, auf der sich die Landesregierung mit Leichtigkeit über alle möglichen elementaren gesetzlichen Bestimmungen hinwegsetzte.

„Die Landesregierung hat der Anti-AKW-Bewegung den Krieg erklärt" (RA Müller in seinem Plädoyer für Andreas Hanke). Die Fakten waren mit dem 19.3. gesetzt – sie als rechtmäßig anzuerkennen, das war die delikate Aufgabe, die in den Grohnde-Prozessen dem Landgericht Hannover gestellt war. Und das Landgericht entledigte sich dieser Aufgabe mit erstaunlicher Souveränität:

Konfrontiert nicht nur mit diesen Tatsachen, sondern darüberhinaus mit zahllosen Zeugen, die am 19.3. demonstriert hatten und z.T. schwer verletzt worden waren, die von Stein- und Flaschenwürfen der Polizei berichteten, (was das Gericht in der Ablehnung eines Beweisantrages am 8.3.78 *„als wahr unterstellt"*!) konfrontiert mit der Zahl von 600 verletzten Demonstranten, erklärte

- die 2. Strafkammer: *„Es ist geradezu absurd, von der Polizei anzunehmen, sie sei gewalttätig gegen die Demonstranten vorgegangen"* (Urteilsbegründung Christian G.).
- die 3. Strafkammer: *„Es hat kein rechtswidriger Angriff der Polizeibeamten vorgelegen"* (Urteilsbegründung Rüdiger).
- die 12. Strafkammer: *„Der Einsatz der Polizeibeamten war in jeder Hinsicht rechtmäßig – dafür bedarf es nach Ansicht des Gerichts keiner weiterer Ausführungen"* (Urteilsbegründung Jerry).

Staatsanwalt Borchers schaffte es sogar, das im Einzelnen zu begründen. Er führt aus, die Polizei habe die Aufgabegehabt, das Baugelände zu schützen, dem habe auch die Räumung außerhalb des Baugeländes gedient. *„Es ging hier also um eine Gefahrenabwehr, die ursprünglich nichts mit der Versammlung zu tun hatte"*. Durch diese Räumung, die ja nur um das Baugelände herum durchgeführt wurde, *„wurde das Versammlungsrecht nicht beeinträchtigt. ... Die Versammlung konnt ja anschliessend weitergehen"* (wie der geschlossene Rückzug nach Grohnde zeige). Deshalb, so Borchers, brauchte die Versammlung auch nicht für aufgelöst erklärt werden, weil sie ja gar nicht aufgelöst wurde! (Plädoyer gegen Rüdiger am 5.5.78) – sie wurde also nur mal kurz unterbrochen (wobei 600 Demonstranten verletzt wurden) – aber damit ist das Versammlungsrecht nicht beeinträchtigt!

Grohnde-Urteile revidieren die Strafgesetze

Diese Richtersprüche sind ein Freibrief für die Polizei, sie segnen die faktische Aufhebung des Demonstrationsrechts ab – aber mehr noch: sie schaffen neues Recht.

Reichte bis 1970 noch die bloße Anwesenheit in einer *„gewalttätigen Menge"* für eine Verurteilung nach §125 StGB (Landfriedensbruch) aus, so sieht die Reform dieses Paragraphen von 1970 vor, daß nur der bestraft werden kann, der sich *„als Täter oder Teilnehmer...an Gewalttätigkeiten gegen Menschen oder Sachen ... die aus einer Menschenmenge heraus in einer die öffentliche Sicherheit gefährdende Weise mit vereinten Kräften begangen werden ... beteiligt."*

Diese Neufassung – so wird in Strafrechts-Kommentaren offen zugegeben – hatte die Funktion, die Studentenbewegung zu „befrieden". Und daß diese Neufassung nur auf dem Papier steht, das beweisen die Urteile in den Grohnde-Prozessen:

Nachdem konstatiert wird, daß in Grohnde *„der Tatbestand des Landfriedensbruchs in einer in der Bundesrepublik bisher einmaligen Weise"* erfüllt wurde, was die Zahl der Beteiligten, die Planung und die Brutalität der Durchführung angeht, stellt die 12. Strafkammer fest: *„Entscheidend ist, daß der Angeklagte da war – das reicht schon für den Tatbestand des Landfriedensbruchs aus."* (Urteilsbegründung Jerry) *„In dieser gewalt-*
war – das reicht schon für den Tatbestand des Landfriedensbruchs aus." (Urteilsbegründung Jerry) *„In dieser gewalt-*
tätigen Menge befand sich Andreas Hanke. Daß er sich darin befunden hat, reicht allein aus für eine Verurteilung nach § 125." (Staatsanwalt Borchers im Plädoyer gegen Andreas).

Auch das hat gewollt exemplarischen Charakter – denn gezielt ist diese Verschärfung keineswegs nur auf die Anti-AKW-Bewegung: *„Die Bejahung der Gewaltanwendung zur Durchsetzung politischer Ziele hat heute in beängstigender Weise um sich gegriffen. Es ist ein Unrechtsbewußtsein entstanden, mit dem kein Gesellschaftsystem leben kann."* (Borchers im Plädoyer gegen Rüdiger) Ausdrücklich führt er als Beispiele dafür die *„Krawallmacher an den Universitäten"* an, aber auch ältere Bürger aus der Umgebung von Grohnde, die als Zeugen in den Grohnde-Prozessen keine Veranlassung sahen, sich vom 19.3. zu distanzieren. Ihnen müsse das Gericht eine klare Antwort geben. (Plädoyer gegen Andreas).

Und das Gericht tut das prompt: Beim Urteil gegen Jerry *„war die Abschreckung zu berücksichtigen, da in unserem Staat für Gewaltanwendung kein Anlaß besteht. Ein Recht auf Gewalt gibt es nicht – auch nicht für das beste Ziel !"* (Urteilsbegründung gegen Jerry) Daß die Frage der Gewalt dabei nur eine vorgeschobene ist, Machte Borchers mit seiner Forderung deutlich, *„dieser Angeklagte soll in Gorleben nicht dabei sein"*, deshalb dürfte die Strafe nicht zur Bewährung ausgesetzt werden. (Plädoyer gegen Andreas) Für Rüdiger gelte, daß der Sinn der Strafe in seinem Fall nur *„Sühne und Sicherstellung zur Verhinderung weiterer Straftaten"* sein könne (Plädoyer gegen Rüdiger) – also auch ein individuelles Demonstrationsverbot für die Angeklagten!

Damit aber alles seinen rechtsstaatlichen (Heiligen-)Schein hat, dreht Borchers – das kann er gut, dafür ist er Sozialdemokrat – in einer unglaublich unverschämten Weise den Spieß um und erklärt stereotyp in jedem Plädoyer: Es ginge in diesen Prozessen *„nicht um eine Verteidigung des Demonstrationsrechts, sondern um das Gegenteil"* (?!). Der Angeklagte hätte das vom Gesetzgeber privilegierte Demonstrationsrecht mißbraucht. *„Das ist eine ganz schlimme Geschichte, weil es in der Öffentlichkeit das Demonstrationsrecht in Mißkredit gebracht hat. Vorfälle wie in Grohnde und Taten wie die des Angeklagten führen dazu, daß heute Parteien Gesetzesänderungen erwägen, daß die Freiheit zu Lasten aller abgebaut wird."* (Plädoyer gegen Rüdiger).

Ob solche Gesetzesänderungen nach diesen Urteilen noch nötig sind???



Russell-Tribunal

Sekretariat erneut auf Abgrenzungskurs

In seinem 12. Rundbrief (vom 1.6.) nimmt das Sekretariat Stellung zur Vorbereitung der 2. Sitzungsperiode des Tribunals. Völlig überflüssigerweise kann es sich jedoch auch zu diesem Zeitpunkt nicht verkneifen, erneut gegen die Befürworter der Behandlung der Gewerkschaftsausschlüsse zu polemisieren und in die Belange der Jury einzugreifen. Zunächst sehen sich die Sekretäre genötigt, *»all jenen eine Absage (zu) erteilen, die unter Verkennung der Prinzipien des Russell-Tribunals Aussagen des Tribunals in ihrem Sinne zu interpretieren versuchen.«* Es wäre angebracht, wenn das Sekretariat mit der Berufung auf »Russell-Prinzipien« nicht ganz so inflationär umgehen würde. Daß eine Interpretation der Aussagen der Jury eine »Verletzung von Prinzipien« sei, kann nur der behaupten, der mit einer e i g e n e n Interpretation eine andere unterdrükken will. So greift das Sekretariat die Auffassung vieler Unterstützer an, die in der Entscheidung der Jury eine *»Untermauerung ihrer Einschätzung, daß Gewerkschaften und Staat verflochten seien«* sehen. Daß diese Auffassung nicht aus der Luft gegriffen ist, zeigt die Tatsache, daß sieben Jury-Mitglieder schon bei der letzten Abstimmung einen Zusammenhang zwischen den Berufsverboten und den Gewerkschaftsausschlüssen sahen, acht weiteres Material anforderten und nur einer keine Meinung zu dieser These äußern wollte (Stimmenthaltung).

Das Sekretariat jedoch zeigt Interesse, diesen Zusammenhang systematisch zu verwischen. Seiner Ansicht nach ist dieses Problem *»wesentlich komplizierter und vielschichtiger als die inzwischen an unzähligen Fällen kenntlich zu machenden Folgen des Radikalenerlasses.«* Man hat den Eindruck, daß hier ein tatsächlich sehr e i n f a c h e r und klarer Tatbestand (Gewerkschaftsausschlüsse gegen Linke) »kompliziert und vielschichtig« gemacht werden soll, um auf diese Weise eindeutige Aussagen zu verhindern. Man kann sich auch sehr gut vorstellen, wie ein Herr Professor Wesel diese Frage in ihrer ganzen »Kompliziertheit und Vielschichtigkeit« in einem endlosen Referat vor der Jury zerreden kann. Da nach der 1. Sitzungsperiode feststeht, daß die Behandlung dieser Frage nicht verhindert werden kann, verlegen sich einige Strategen offensichtlich auf das Konzept, dieses Problem zu verwässern, um dann schließlich noch »warnend« den Finger zu heben, daß es *»nicht im Sinne des Russell-Tribunals sein (kann), pauschale Verurteilungen der ... Gewerkschaften ... auszusprechen.«*

Wer hätte allerdings eine p a u s c h a l e Verurteilung d e r Gewerkschaften verlangt? Dem Großteil der Unterstützerbewegung ging es immer nur um die Beurteilung der undemokratischen Praktiken der Gewerkschafts f ü h r u n g.

Wenn das Sekretariat nicht einmal diesen leicht zu begreifenden Unterschied erkennt, wie soll man dann Vertrauen zu seiner weiteren Vorbereitungsarbeit finden?

Das Sekretariat sollte dagegen endlich seine vordringliche Aufgabe darin sehen, Material zu diesem Bereich zusammenzustellen und alle weiteren Aussagen der Jury überlassen.

In diesem Zusammenhang kritisieren wir auch, daß die Gewerkschaftsausschlüsse nun offenbar doch nicht auf der zweiten Tribunals-Sitzung Anfang nächsten Jahres behandelt werden sollen, sondern auf einem nicht-öffentlichen Zusammentreffen der Jury, das schon Ende Juni in Westberlin stattfinden soll. Dort soll die Beurteilung dieses Komplexes für den abschließenden Bericht erfolgen. Es wäre sicherlich besser, diese Frage anhand von Fall-Darstellungen ähnlich präzise und überzeugend in aller öffentlichkeit abzuhandeln, wie [illegible] bei den Berufsverboten geschehen ist. Dies würde übrigens umso mehr gelten, wenn man die Gewerkschaftsausschlüsse tatsächlich als „besonders kompliziertes Problem" auffaßt.

kompliziertes Problem" auffaßt.

Rücktritt aus dem Sekretariat

Sebastian Cobler, Sekretär im Sekretariat desRussell-Tribunals, ist von seinen Aufgaben zurückgetreten. Er weist jedoch ausdrücklich darauf hin, daß dies allein persönliche Gründe habe, da er *»nicht ausschließen (kann), daß innerhalb der Unterstützerbewegung darüber spekuliert wird, ob möglicherweise unüberbrückbare politische Differenzen zwischen den Mitgliedern des Beirats, des Sekretariats und mir der Anlaß für meinen Rücktritt gewesen sind.«* Seinem Wunsch entsprechend wollen wir also nicht spekulieren, darüber mag jeder selbst sich seine Meinung bilden. Interessant ist die in Sebastians Rücktrittsschreiben entwickelte Kritik am Sekretariat. Danach ist *»vor allem und nicht zu Unrecht, wie ich meine, im Zusammenhang mit dem eigenartigen Hamburger Polit-Poker der Vorwurf erhoben worden, daß dem Informationsaustausch mit der gesamten Unterstützerbewegung bisweilen ein eher symbolischer Wert beigemessen worden ist.«*

Dies deckt sich mit den entscheidenden Kritiken aus der Unterstützerbewegung. Denn weniger die unterschiedlichen Meinungen zu verschiedenen Komplexen der Russell-Tribunal-Vorbereitung, sondern die Art und Weise, wie das Sekretariat und der Beirat ihre Vorstellungen durchzusetzen versuchten, hat dieses Verhältnis stark beeinträchtigt.

Weiter fordert Sebastian nachdrücklich, die Untersuchungsmaximen des Tribunals *»keinen politischen Opportunitätserwägungen und taktischen Rücksichtnahmen«* anzupassen. Auch dies ist eine der Hauptkritiken vieler Unterstützungsgruppen an der Praxis von Beirat/Sekretariat gewesen.

Andererseits wird in dem Rücktrittsschreiben auch die Unterstützerbewegung kritisiert. In ihr herrsche ein *»herumtaktierendes-herumlavierendes oder instrumentelles«* Verhältnis zur Verteidigung der Freiheitsrechte vor. Dies wird allerdings nicht weiter konkretisiert.

Sebastians Rücktritt aus dem Sekretariat bedeutet alles andere, als daß er seine aktive Unterstützung für das Tribunal zurückziehen würde. Seine Anmerkungen sind jedoch so schwerwiegend, daß Sekretariat und Beirat nicht auf eine Stellungnahme verzichten sollten, wenn sie die Kritik eines zurückgetretenen Kollegen ernst nehmen und ihr Verhältnis zur Unterstützungsbewegung verbessern wollen.

Neues von Schwalbach: Ausschlußverfahren gegen B.Schultek eingeleitet

Hans Schwalbach, ÖTV-CHef Nordmark, SPD-Rechtsaußen und Atomfilz, wütet weiter gegen kritische Mitglieder seiner Gewerkschaft.

Am 7. Juni 78 wurde Brigitte Schultek, Betriebsratsvorsitzende

Am 7. Juni 78 wurde Brigitte Schultek, Betriebsratsvorsitzende

und ÖTV-Mitglied, per Einschreiben mitgeteilt, daß ein Gewerkschaftsausschlußverfahren gegen sie eingeleitet worden ist. *„Grundlage dafür ist der Beschluß des DGB-Bundesvorstandes und des ÖTV-Hauptvorstandes zur Frage der Abgrenzung gegen politische Extremisten."* Da- eine erneute Wende genommen. Bereits vor mehreren Wochen war mit der Einleitung von Gewerkschaftsausschlußverfahren gedroht worden. Damals lautete die Begründung allerdings noch anders: Brigitte Schultek wurde Unterstützung des Russell-Tribunals vorgeworfen, da sie gemeinsam mit anderen Lübecker Bürgern, Jusos, einem Lübecker SPD-Mitglied und Bürgerschaftsabgeordneten, sowie der Lübecker Russell-Initiative das Aufrufflugblatt zur Veranstaltung *„Demokratische Grundrechte in Gefahr – wir wehren uns"* unterzeichnet hatte.

Daraufhin versuchte Schwalbach, sie zu einer Distanzierung zu veranlassen. Bei Brigitte Schultek ging man sogar soweit, ihr zwei vorformulierte Distanzierungserklärungen ins Haus zu schicken – eine zum Russell-Tribunal und eine zu den Unvereinbarkeitsbeschlüssen.

Empört über diese Vorgänge beschloß eine Reihe von Unterzeichnern des Aufrufes, sich gemeinsam gegen diese Einschränkung der Meinungsfreiheit zu wehren. Der Dichter Erich Fried verfaßte eine Solidaritätserklärung, die besonders von Gewerkschaftsmitgliedern unterzeichnet wurde, und die als Aufruf zu einer Veranstaltung gegen die Einschränkung der Meinungsfreiheit diente.

Über die Grenzen von Lübeck hinaus erregte dieser Fall von gewerkschaftlich verhängtem Meinungsverbot das Interesse in SPD- und Gewerkschaftskreisen:

- Die Lübecker Jusos setzten sich kritisch mit der „Tätigkeit" von Schwalbach auseinander.
- Auf dem Stormarner SPD-Kreis-Parteitag wurde eine Resolution verabschiedet, in der gefordert wird, *„daß die Distanzierung von einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung, an der zudem namhafte SPD-Mitglieder teilgenommen haben, sowie vom Russell-Tribunal nicht zur Voraussetzung für eine weitere Mitgliedschaft in der Gewerkschaft ÖTV gemacht wird."*
- Außerdem protestierten die Reinbeker Jusos gegen das Gewerkschaftsausschlußverfahren und forderten die ÖTV-Funktionäre auf, *„sich nicht in die Rolle des verlängerten Armes des Verfassungsschutzes zu begeben"*.
- V. Dedijer, Präsident des Russell-Tribunals, erklärte zum Fall Brigitte Schultek: *„Wir, die wir z.T. selbst Mitglieder einzelner Gewerkschaften sind, protestieren gegen diese in sich gewerkschaftsfeindlichen Handlungen und Drohungen einzelner Gewerkschaftsfunktionäre"*

Auch die „Zeit", „das da/avanti" und „Liberation" haben z.T. in mehrseitigen Artikeln den Rechtsaußen in der Landes-SPD und das NWK (Brokdorf)-Aufsichtsratsmitglied ent-

mehrseitigen Artikeln den Rechtsaußen in der Landes-SPD und das NWK (Brokdorf)-Aufsichtsratsmitglied ent-

sprechend „gewürdigt". Offenbar war diese Protestwelle so stark, daß selbst ein Hans Schwalbach seinen urspünglichen Plan – Gewerkschaftsausschluß wegen Unterstützung des Russell-Tribunals – fallenlassen mußte.

Die neue Konstruktion, mit der Brigitte Schultek ausgeschlossen werden soll, lautet nunmehr, sie habe sich *„aktiv für linksextremistische Organisationen"* – den KB – eingesetzt. In der Begründung für die Einleitung des Ausschlußverfahrens werden sechs Punkte aufgeführt, die die Zusammenarbeit mit dem KB belegen sollen. Dabei handelt es sich im wesentlichen um Äußerungen, die nach der Androhung des Ausschlusses gemacht worden sind, und sich konkret auf diese Vorfälle beziehen. Wie der KB haben z.B. auch „das da" und „Die Zeit" aus einer persönlichen Erklärung von Brigitte Schultek zitiert; dies wird jetzt als Beweis für ihre Zusammenarbeit bzw. „Unterstützung einer gegnerischen Organisation" angesehen. Interessant dürfte auch sein, wie sich die Unterstützer der Veranstaltung vom 25.5. und die Knastgruppe Lübeck verhalten werden, die einfach als vom KB *„gesteuert"* dargestellt werden, oder gar die Russell-Unterstützergruppe, die als KB-Gruppe bezeichnet wird.

Hier dürften Hans Schwalbach und seinem Lübecker Kreisvorstand noch einige Unannehmlichkeiten ins Haus stehen...

Daß hier mit derart konstruierten „Beweisen" hantiert wird, die keiner Prüfung standhalten, und die nach bisherigen Erfahrungen niemals für einen Ausschluß ausreichen werden, spricht für die (blinde) Entschlossenheit, mit der Schwalbach versucht, die erlittene Schlappe wieder wettzumachen.

So hat er natürlich auch die Telefongespräch mit Brigitte Schultek wiedergab. *„Ich werde gerichtlich gegen ‚das da' vorgehen. Alles, was dazu veröffentlicht worden ist, ist unwahr"*, äußerte der für seine Prozeßwütigkeit bekannte Schwalbach gegenüber der „Zeit". Ansonsten war er wenig gesprächig: *„Mit Telefongesprächen habe ich schlechte Erfahrungen"*, meinte der offensichtlich leicht Angeschlagene, dessen mitgeschriebenes Telefonat mit Brigitte Schultek so viel Furore gemacht hat (siehe Russell-Info 5). Offenbar fühlt er sich gestört in seinem „preußischen" Regierungsstil, den die „Zeit" (9.6.78) treffend beschreibt: *„Allerdings sollte jeder, bevor er irgendwo unterschreibt, sich vergewissern, ob ihm seine eigene Meinung nicht inzwischen von anderer Seite abgenommen wurde. Vor allem scheint das für Gewerkschaftsmitglieder der ÖTV Lübeck zu gelten. Vielen ist nicht bekannt, daß sie mit ihrer Beitrittserklärung offenbar auch das Recht auf freie Meinungsäußerung abgegeben haben."*

Westberlin

Westberlin

Russell-Koordinationsausschuß lehnt Mitarbeit des KB ab

Am 31.5. lehnte der Westberliner Koordinationsausschuß zur Unterstützung des Russell-Tribunals den Antrag des KB auf Mitarbeit in diesem Gremium ab.

Zur Vorgeschichte: Nachdem im letzten Herbst ca. die Hälfte der Westberliner Unterstützergruppen (u.a. AK/FU, SB, GIM) durch ihren Austritt das damals ziemlich breite gemeinsame Komitee von ca. 30 Gruppen gesprengt hatten, schlossen sich die Unterzeichner der sog. „Berliner Erklärung" (ein hauptsächlich gegen die Russell-Politik des KB gerichtetes Pamphlet) auf eben dieser Grundlage zum Koordinationsausschuß zusammen. Anlaß waren die Auseinandersetzungen um die Behandlung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse, die Öffentlichkeitsarbeit zu Themen außerhalb des Rahmens der Jurysitzungen und die Mitarbeit der „antifa"-Gruppen. Mitglied im Koordinationsausschuß sind inzwischen aber auch Gruppen wie z.B. das FHSS-Komitee, das nach wie vor eine möglichst breite Behandlung des „Modell Deutschland" befürwortet.

Warum wir in dieser Situation den Antrag auf Mitarbeit im Koordinationsausschuß stellten, hatten wir zuvor schriftlich dargestellt:

- Zum einen schadet eine gespaltene Unterstützerbewegung dem RT, und wir befürworteten und befürworten die gemeinsame Diskussion, die politische Auseinandersetzung und die konkrete Zusammenarbeit an den nichtstrittigen Fragen;
- zum zweiten hat das vorläufige Urteil der Jury klar umrissene Aufgaben gestellt. Mehr und gründlicheres Material zu den UVBs und Material zu den Haftbedingungen verstehen wir als Aufforderung an die g e s a m t e Unterstützerbewegung;
- zum dritten muß gerade angesichts der zu erwartenden „Brisanz" der 2. Sitzungsperiode mit noch mehr Angriffen auf das Tribunal gerechnet werden. Das angebliche „Planspiel"-Sicherheitspapier des Innenministeriums ist beileibe nicht vom Tisch.

Für SB, GIM, AK/FU, Jusos, Gruppe Rheinische Zeitung und auch für den Vertreter der Landeskommission der GEW Westberlin war dies allerdings kein Anlaß zu einer inhaltlichen Auseinandersetzung. Sie konfrontierten uns mit einer Flut von immer wiederholten, aber damit noch genauso falschen Vorwürfen wie: N i c h t die Frage, ob die Unvereinbarkeitsbeschlüsse Bestandteil der Unterstützerarbeit sein sollten, sei die eigentliche Kontroverse gewesen (zu unserer Überraschung war ausgerechnet das SB auf einmal „schon immer" für die Behandlung dieses Themas!), sondern der KB hätte in Westberlin und in der BRD versucht, der gesamten Unterstützerbewegung seine politische Einschätzung über die Situation in diesem Lande aufzudrücken (Faschisierungs-Theorie). Außerdem hätten wir lediglich ein von der Linken unterstütztes Tribunal gewollt, hätten ein taktisches Verhältnis zur radikaldemokratischen Bewegung und seien von daher „prinzipiell keine Bündnispartner" (Jusos), bzw. keine in der Russellbewegung (AK/FU).

Anders als mit den Vertretern dieser Gruppen war mit dem FHSS-Berufsverbotekomitee eine konstruktive Auseinandersetzung möglich. Das FHSS-Komitee betonte zunächst gute Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit dem KB anläßlich zweier Stammheim-Veranstaltungen und bezeichnete unsere Russell-Öffentlichkeitsarbeit wie z.B. die „Russell-Reihe" als beispielhaft. An unserer Politik kritisierten die Genossen, daß wir ihrer Meinung nach viel früher die umstrittene Einsetzung des Russell-Sekretariats als einmal gegebenen Fakt hätten hinnehmen müssen. Dies wurde vor allem an der Göttinger Arbeitskonferenz festgemacht. Ungeachtet dieser Differenzen wehrten die Genossen vehement den Vorwurf der anderen ab, ausgerechnet der KB habe das Westberliner Unterstützungskomitee gespalten. Sehr engagiert sprachen sie sich für unsere Mitarbeit aus. Leider blieben sie mit ihrer Position in der Minderheit.

Die eigentliche Katze ließ dann das SB aus dem Sack: g e r a d e die zu erwartende Brisanz der 2. Sitzungsperiode des Russell-Tribunals mache eine Zusammenarbeit mit dem KB unmöglich. Leicht können wir uns vorstellen, daß diese Distanzierungsstrategen im SB eine Gefahr für ihren Versuch sehen, möglichst die Problematik der politischen Gefangenen n i c h t vors Tribunal zu bringen. Schon gibt es wiederholte Erklärungen von einzelnen Sekretariatsmitgliedern, daß die Haftbedingungen (insbesondere die Isolationshaft) n i c h t behandelt werden könnten, da sie „nicht spezifisch für die BRD" seien. Behandelt werden könnten nur das Kontaktsperregesetz und die gesetzlichen Einschränkungen der Verteidigungsmöglichkeiten. Schon einmal wurden sie hierbei jedoch von der Jury eines Besseren belehrt, die eigens eine Untersuchungskommission zu diesem Thema einsetzte.

Möglich ist aber auch eine Furcht von Mitgliedern des Koordinationsausschusses, sich in der Frage der politischen Gefangenen mit dem KB an einen Tisch zu setzen, der sich als eine der wenigen linken Kräfte nicht dem Distanzierungsdruck gebeugt hat, sondern die von vielen Linken vorgenommene verlogene Gleichsetzung von staatlicher Gewalt und Terrorismus scharf abgelehnt hat. Dann allerdings sollten diese Kräfte auch nicht weiterhin mit „dem" liberalen Lager argumentieren, in dem es teilweise weitaus mutigere und differenziertere Stellungnahmen gegeben hat als gerade die vom SB zu diesem Thema!

Eine leichte Klimaveränderung läßt sich trotz allem erkennen. So mochte keiner der Anwesenden eine Zusammenarbeit in einzelnen Fragen ausschließen. Wieweit dies nur ein verbales Zugeständnis ist, weil es für den anderen Fall keine stichhaltigen Argumente gibt, werden wir wie immer in der Praxis nachprüfen.

KB / Gruppe Westberlin

SPD-Landesvorsitzender fordert Freiheitsrechte für Kommunisten

Ähnlich wie der Schriftsteller Freimut Duve auf dem Hannoveraner Kongreß Mitte April („Verteidigt die Republik") äußerte sich vor kurzem auch der schleswig-holsteinische SPD-Vorsitzende Jansen zum Radikalenerlaß (nach „Flensburger Tageblatt" vom 30.5.). Er erklärte, daß die demokratischen Sozialisten nicht die „Besserwisser der Nation" seien, *„aber sie seien auch nicht das 'Kanonenfutter für machttaktische Konzeptionen', die mit dem Extremistenerlaß die Jagd auf Kommunisten beschlossen hätten, um damit staatlichen Bürokraten das Tor zu öffnen für die Unterdrückung der Kritik in diesem Lande schlechthin. Kommunisten seien 'keine Bürger zweiter Klasse'. Wer die Bürgerfreiheit garantieren wolle in diesem Lande, müsse damit anfangen, auch die Freiheitsrechte der Kommunisten offensiv zu verteidigen."*

Schade nur, daß bei all diesen zweifellos mutigen Äußerungen beinahe überhaupt nicht über praktische Konsequenzen diskutiert wird.

Russell-Initiativen berufen Arbeitskonferenz ein

Am 24./25.6. wird in Frankfurt eine weitere Arbeitskonferenz der Unterstützerbewegung des Russell-Tribunals stattfinden. Eingelanden haben die Russell-Initiativen aus Frankfurt, Marburg, Köln, Hamburg, Tübingen, Karlsruhe und Münster, die sich zu einem Vorbereitungsgespräch am 3.6. trafen. Schwerpunkte der Diskussion sollen das Selbstverständnis der Unterstützerbewegung, die Vorbereitung der 2. Sitzungsperiode und die Perspektive der über das Tribunal hinausgehenden Anti-Repressionsarbeit sein.

Seit Beendigung der ersten Sitzungsperiode ist in vielen Initiativen verstärkt die Diskussion um die Weiterarbeit und das Selbstverständnis der Initiativen aufgebrochen. Nachdem in der ersten Phase das Bekanntmachen des Tribunals im Vordergrund der Aktivitäten stand, zeigt sich mehr und mehr, daß dies a l l e i n nicht ausreicht, um die bestehende Bewegung »am Leben« zu erhalten und darüberhinaus neue Kräfte zu gewinnen. Daraus sind Diskussionen neu aufgebrochen, ob sich die Unterstützerbewegung allein in Bezug auf das Tribunal und der dort zu untersuchenden Fragen definiert, oder ob die Unterstützergruppen nicht vielmehr ein Ansatz sein müßten, unabhängig vom Tribunal und über dieses hinaus (sowohl zeitlich als auch inhaltlich) eine Anti-Repressionsbewegung aufzubauen. Selbstverständlich spielt in diesen Überlegungen das Tribunal eine entscheidende Rolle, da es der geeignetste Ansatz ist, die Öffentlichkeit auf die Fragen der Repression aufmerksam zu machen. Jedoch muß, in Übereinstimmung mit der Meinung der Jury selbst, davon ausgegangen werden, daß dieses Tribunal den konkreten Kampf gegen die Repression nicht ersetzen, sondern »nur« unterstützen, in besonderen Fällen auch initiieren, kann.

Dies als »taktisches Verhältnis zum Tribunal« zu bezeichnen, wie es insbesondere trotzkistische Kräfte tun, hieße das Tribunal zum Selbstzweck zu degradieren, wobei es zwar ein Kapitel zur Geschichte, nicht aber eins zum konkreten Kampf gegen die Repression beitragen würde.

Als möglichen Diskussionsansatz haben wir auszugsweise mehrere Papiere der Frankfurter Unterstützergruppen abgedruckt. Besondere Bedeutung kommen den dabei entwickelten Prinzipien einer Anti-Repressionsarbeit zu:

piere der Frankfurter Unterstützergruppen abgedruckt. Besondere Bedeutung kommen den dabei entwickelten Prinzipien einer Anti-Repressionsarbeit zu:

1. Der nicht-selektive Kampf gegen a l l e Formen der Repression, gegen a l l e Träger der Repression und die Solidarität mit a l l e n von der Repression Betroffenen, unabhängig von deren politischer Auffassung (was natürlich die Festlegung von Schwerpunkten nicht ausschließt).
2. Die Ablehnung, die Anti-Repressionsarbeit u n d die Vorbereitung des Tribunals nach Opportunitätserwägungen zu bestimmen.
3. Die Entwicklung einer unabhängigen Unterstützerbewegung, die ihre Ziele auch über das Tribunal hinaus bestimmt.
4. Die Zusammenarbeit mit den Unterstützern des Tribunals im Ausland.

Wir setzen dies bewußt in Gegensatz zu solchen Bewegungen wie der Initiative »Weg mit den Berufsverboten«, die sowohl mit der Beschränkung auf einen Bereich der Repression als auch der parteipolitischen Beschränkung der Solidarität mit den Betroffenen die Entfaltung einer breiten Anti-Repressionsarbeit behindern. Wir gehen jedoch davon aus, daß auch die Initiative ihren Platz innerhalb eines solchen Bündnisses haben könnte, allerdings nur dann, wenn sie ihren Alleinvertretungsanspruch und ihr selektives Vorgehen in der Solidarität aufgibt. Derzeit ist in einer Reihe von Unterstützungsgruppen eine gewisse »Flaute« festzustellen, was sich z. B. daran festmacht, daß Gruppen, die an der unmittelbaren Vorbereitung der ersten Sitzungsperiode mitgearbeitet haben, momentan den Russell-Initiativen fernbleiben.

Bisher sind zuwenig Erfahrungen mit einer kontinuierlichen lokalen Anti-Repressionsarbeit gemacht worden. Als positives Beispiel kann hier die Hannoveraner Gruppe gelten, die gemeinsam mehrere inhaltliche Schwerpunkte diskutiert hat. So die Unterstützung der Angeklagten im Grohnde-Prozeß, Informationstätigkeit über das Auftreten neofaschistischer Gruppen, Unterstützung von Jugend- und Freizeitinitiativen im Kampf um Meinungsfreiheit usw. Wir sehen hierin, in der Unterstützung und Betreuung von Betroffenen der Repression, einen der wesentlichen Ansatzpunkte für die Weiterarbeit. Auch hierüber sollte auf der Arbeitskonferenz diskutiert werden.

Mit Bedauern muß festgestellt werden, daß das SB diese Arbeitskonferenz erneut boykottiert. Etwas anderes konnte jedoch nach der Praxis der letzten Monate nicht erwartet werden. Auf einer SB-internen Versammlung zur weiteren Russell-Arbeit wurde vom Offenbacher Büro vertreten, daß nur noch mit »konsensfähigen« Gruppen und Organisationen zusammengearbeitet werden könne, worunter verstanden wird, daß mit Gruppen, die sich gegen die im westdeutschen Beirat vorherrschenden Auffassungen stellen, keinerlei Zusammenarbeit möglich sei. Anstatt anhand der Ergebnisse der ersten Jury-Sitzung Möglichkeiten zu einer Versachlichung der Auseinandersetzungen zu suchen — die jetzt stattfindende Arbeitskonferenz wäre eine Gelegenheit dazu — wird so die bestehende Spaltung zementiert. Allerdings wurde die Einberufung der Arbeitskonferenz von einer Minderheit von SB-Genossen auf dem Treffen befürwortet. Diese Genossen unterstützen auch im Rahmen der Frankfurter und Hamburger Russell-Initiativen die Konferenz und bereiten sie mit vor (siehe das Papier von A. Schubart).

Frankfurter und Hamburger Russell-Initiativen die Konferenz und bereiten sie mit vor (siehe das Papier von A. Schubart).

Wir stellen im folgenden auszugsweise Positionspapiere zum Selbstverständnis und zur weiteren Arbeit der Russell-Unterstützerbewegung vor, die Grundlage der Diskussion in der Frankfurter Initiative sind, die darüberhinaus aber u.E. grundsätzliche Bedeutung für alle Gruppen hat. In vielen Punkten decken sich die Vorstellungen, so daß wir darauf verzichten, alle Papiere in ihrer Gesamtheit vorzustellen, sondern uns darauf beschränken, ein Papier umfassender zu zitieren, während wir aus den beiden weiteren im wesentlichen zusätzliche und unterschiedliche Punkte darstellen.

Das erste Papier stammt von Alexander Schubart, der im SB eine linke Minderheitsposition vertritt, so daß das Papier nicht als repräsentativ für das gesamte SB verstanden werden kann. Zum Selbstverständnis und den Erfahrungen der Gruppe heißt es dort:

„1. Es ist notwendig, den Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte und gegen die Repression in all ihren Erscheinungsformen entschieden zu führen.“ Hierbei komme der Linken eine besondere Aufgabe zu, da *„eine machtvolle bürgerlich-liberale Öffentlichkeit in diesem Land nicht existiert.“* Die Linke habe deshalb *„zumindest teilweise auch eine Ersatzfunktion für die nur unterentwickelt existierende liberale Öffentlichkeit wahrzunehmen.“* Zu den Vorstellungen, w i e dieser Kampf geführt werden muß, heißt es:

„2. Die Gruppe vertritt nachdrücklich den Standpunkt, daß der Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte n i c h t s e l e k t i v geführt werden kann.“ Dies gelte in dreifacher Hinsicht:

„a) Es ist notwendig, den Kampf in allen Bereichen, in denen Repression stattfindet, gleichgewichtig zu führen und nicht diesen oder jenen Bereich aus taktischen Gesichtspunkten oder falsch verstandener Rücksichtnahme auszugrenzen. Das gilt insbesondere hinsichtlich der gewerkschaftlichen Unvereinbarkeitsbeschlüsse und Ausschlußpraktiken.“ Es wird dann ausgeführt, daß in den Gewerkschaftsausschlüssen Menschenrechtsverletzungen zu sehen seien, und es wird begrüßt, daß die Jury diese Frage weiter untersuchen will.

„b) Der Grundsatz des nicht-selektiven Kampfes gegen den Abbau demokratischer Rechte gilt ferner gegenüber denjenigen, die die Repression ausführen. So hat die 1. Sitzungsperiode des RT gezeigt, daß zwischen der Berufsverbotepraxis von CDU/CSU-regierten Ländern auf der einen und den SPD/FDP-Ländern und dem Bund auf der anderen Seite nur graduelle und keine grundsätzlichen Unterschiede bestehen.“

„c) Vor allem muß der Grundsatz der Nicht-Selektion gegenüber den von der Repression Betroffenen gelten. In und durch die 1. Sitzungsperiode des RT ist nochmals deutlich gemacht worden, daß die grundlegen den Rechte nach eigenständigen politischen Positionen und politischer Organisierung nicht nach taktischen oder politischen Gesichtspunkten eingegrenzt werden dürfen. Die demokratischen Grundrechte gelten umfassend und für jedermann. Demgemäß muß jeder von der politischen Repression Betroffene des Schutzes der Anti-Repressionsbewegung zuteil werden. Der Grundsatz der Nicht-Selektion muß schließlich auch bezüglich der politischen Gefangenen gelten. Die strikte Ablehnung der Strategie und der Taten der RAF und der Gruppe ‚2. Juni' kann kein Hinderungsgrund dafür sein, sich für die Menschenrechte auch der Mitglieder dieser Gruppen einzusetzen.“

und der Taten der RAF und der Gruppe ‚2. Juni' kann kein Hinderungsgrund dafür sein, sich für die Menschenrechte auch der Mitglieder dieser Gruppen einzusetzen.“

Die erste Sitzungsperiode wird „insgesamt positiv“ eingeschätzt, da es *„dem Tribunal gelungen (ist), das ganze Ausmaß der Repression durch Berufsverbote sichtbar werden zu lassen und Ansätze einer Sensibilisierung der Öffentlichkeit gegenüber dieser Form der Repression zu entwickeln.“*

Dies beruhe auf der *„hervorragenden Vorbereitung“* durch das Sekretariat und der *„nicht-selektiven Arbeits- und Untersuchungsweise“* der Jury. Allerdings, *„unzureichend wern freilich durch den deutschen Beirat die gewerkschaftlichen Aspekte und der Zusammenhang zwischen Unvereinbarkeitsbeschlüssen und Berufsverboten in seiner Vorbereitung berücksichtigt worden; dies ist freilich nicht auf Nachlässigkeit, sondern auf die vom deutschen Beirat verfolgte Politik der Rücksichtnahme und des Nachgebens gegenüber der Gewerkschaftsführung und der Hamburger Initiative ‚Weg mit den Berufsverboten' zurückzuführen..“* Jedoch habe die Jury *„die falsche Zurückhaltung des deutschen Beirats korrigiert.“*

Positive Auswirkungen auf die Sensibilisierung der Öffentlichkeit werden u.a. in dem Hannoveraner „Kongreß zur Verteidigung der Republik“, der „Gustav-Heinemann-Initiative“, dem Aufruf des Juso-Bundesvorstandes zur Gründung einer „Bürgerbewegung zur Verteidigung der demokratischen und sozialen Rechte in der Bundesrepublik“ und in der neu entstandenen Diskussion um die Berufsverbote gesehen.

Unterschiedliche Positionen innerhalb der Frankfurter RI werden von Alexander Schubart vor allem in *„der Frage der politischen Fundierung der demokratischen Rechte“* gesehen, worunter er im wesentlichen die Haltung zu dieser bürgerlich-demokratischen Republik und zum Grundgesetz versteht. Seiner Ansicht nach kommt es *„in der gegenwärtigen Phase...vor allem darauf an, die tatsächlichen Verhältnisse in der BRD, die durch die politische Unterdrükkung gekennzeichnet sind, an den Ansprüchen des Grundgesetzes zu messen; der Kampf für die demokratischen Rechte und gegen die Repression ist daher für die Gruppenmitglieder auch wesentlich der Kampf um Verfassungspositionen und gegen ihre Denatuierung (ihres Inhalts berauben, Anm. AK) durch die Herrschenden, insbesondere die Justiz.“*

Auch von der Frankfurter KB-Gruppe wurde ein Papier vorgelegt.

Alle Unterstützer des Tribunals werden aufgefordert, eine Diskussion mit dem Ziel zu führen, *„die Austragung von Meinungsverschiedenheiten zu versachlichen und Möglichkeiten zur Überwindung von Spaltungen zu suchen.“*

Zum Selbstverständnis der Unterstützerbewegung heißt es: *„ ... Die Frankfurter Russell-Initiative steht in Übereinstimmung mit dem Anspruch des Tribunals, grundsätzlich für die Verwirklichung der Menschenrechte einzutreten ...*

Ein s e l e k t i v e s Eintreten für die Menschenrechte widerspricht diesem Anspruch und ist darüber hinaus auch unglaubwürdig. Dies bedeutet erstens, daß wir uns mit allen von der Repression Betroffenen solidarisieren und nicht nur mit solchen, die einer bestimmten politischen Richtung angehören. Zweitens, daß wir unsere Untersuchung und Anklage von Menschenrechtsverletzungen nicht auf bestimmte Formen (etwa Berufsverbote) einschränken können.“

Die grundsätzliche Übereinstimmung mit dem Anliegen des Russell-Tribunals kann nicht bedeuten, *„daß die Russell-Initiativen ihre Arbeit ausschließlich auf das beschränken müßten, was gleichzeitig Gegenstand der Untersuchungen des Tribunals ist. Ebensowenig kann von uns verlangt werden, prinzipiell zu den gleichen Ergebnissen wie die Jury des Russell-Tribunals zu kommen. Solche Forderungen sind von der Jury niemals erhoben worden. Vielmehr hat die Jury stets betont, daß der Widerstand gegen die Repression in erster Linie Sache der westdeutschen Demokraten selbst sein müsse. Die Russell-Initiative bietet zunächst ein Forum für die durch das Tribunal ausgelösten Diskussionsprozesse; darüber hinaus hat sie das Ziel, zur Überwindung der Schwäche und Zersplitterung der demokratischen Kräfte in der BRD beizutragen und Widerstandsaktionen auf möglichst breiter Basis zu ermöglichen.“*

Hervorgehoben wird, daß sich die Russell-Initiativen *„mit der Repression in der BRD“* beschäftigen und keinen *„gesamtdeutschen Anspruch“* vertreten, was jedoch die Solidarität mit Verfolgten in anderen Ländern nicht ausschließt.

Zur Zusammenarbeit in den Initiativen heißt es, daß diese noch nicht all diejenigen repräsentieren, *„die zu den Gegnern des ‚Modell Deutschland' gehören.*

Die RI wird sich weiter darum bemühen, dieses Spektrum zu verbreitern und steht allen Demokraten zur Mitarbeit offen. Die RI fordert weder eine gemeinsame Einschätzung des politischen Systems in der BRD noch eine gemeinsame Strategie und Taktik zur Überwindung der Repression. Sie kann sich allerdings nicht um den Preis einer Mitarbeit weiterer Gruppen vorschreiben lassen, auf ihr grundsätzliches (nicht selektives) Eintreten für die Menschenrechte zu verzichten. Diese Zusammenarbeit ohne politische Ausschlüsse und Unvereinbarkeitsbeschlüsse hat sich in unserer praktischen Arbeit bewährt.“

Besonders hevorgehoben wird der internationale Aspekt, da das Russell-Tribunal auch *„eine Reaktion auf den Führungsanspruch, den die BRD aufgrund ihrer ökonomischen Stärke in der EG erhebt“*, sei. Die Stärke des Russell-Tribunals liege gerade auch in seiner internationalen Unterstützung. *„ Um diese Zusammenarbeit aufzubauen“*, wird der Vorschlag zur Diskussion gestellt, *„ Patenschaften zwischen westdeutschen und ausländischen Unterstützungsgruppen zu bilden“*.

• • •

Ein drittes Papier wurde von der „KPD“ vorgelegt.

Es wird eine *„gründlichere und offen geführte Diskussion über die Ursachen und das Ausmaß der politischen Unterdrückung sowie über die Inhalte und das Ausmaß der politischen Unterdrückung und die Formen des Widerstandes dagegen“* gefordert. Themen solcher Diskussionen sollen sein:

"1. Ursachen und Triebkräfte der reaktionären Entwicklung. Welche Bedeutung haben innenpolitische, welche Bedeutung haben außenpolitische Faktoren ? Wie ist die Gefahr des Faschismus einzuschätzen? Geschichtliche Lehren des Hitlerfaschismus
2. Welche Rolle spielt die BRD in Europa ?
3. Welche Bedeutung hat die politische Unterdrückung in der DDR für die demoktratische Bewegung der BRD?
4. Das Verhältnis von Demokratie und Sozialismus.........................
5. Die Frage von Menschenrechtsverletzungen in Osteuropa und evtl. Unterstützung der Forderung nach einem Russell-Tribunal zur Sowjetunion“.

Hier wird – verkleidet in der Forderung nach einer stärker analytischen Arbeitsweise – dezent der Blick gen Osten gerichtet. Nachtigall – ick hör' dir trappsen !

Russell-Initiativen aus Frankfurt, Marburg, Köln, Hamburg und Tübingen
Russell-Komitee Karlsruhe, Russell-Initiative zur Unterstützung politischer Gefangener, Münster

Russell-Initiativen aus Frankfurt, Marburg, Köln, Hamburg und Tübingen
Russell-Komitee Karlsruhe, Russell-Initiative zur Unterstützung politischer Gefangener, Münster

---

Marburg, den 3.6.1978

An alle
Komitees, Initiativen und Gruppen zur Unterstützung des III. Internationalen Russell-Tribunals zur Situation der Menschenrechte in der BRD

Liebe Freundinnen und Freunde!

Eine Vorbereitungskonferenz der oben bezeichneten Russell-Initiativen und Komitees hat mit den Sekretariatsmitgliedern Ellen Diederich und Detlev Haritz am heutigen Tage in Marburg die Frage beraten, ob es sinnvoll und notwendig ist, im gegenwärtigen Zeitpunkt eine Arbeitskonferenz aller Russell-Unterstützungs-Initiativen einzuberufen. Unter den anwesenden Initiativen bestand Einmütigkeit darüber, diese Frage zu bejahen. Denn wir sind der Ansicht, dass vor der internen Sitzung der Jury Ende Juni die Unterstützungsbewegung ihre Forderungen formulieren und an die Jury geben muss. Ausserdem halten wir es für notwendig, dass die Diskussion über das Selbstverständnis der Unterstützungsbewegung im gegenwärtigen Zeitpunkt geführt werden muss. Auch die beiden Sekretariatsmitglieder sahen die Notwendigkeit einer Selbstverständigung der Unterstützungsbewegung als gegeben an. Auch bestand Einmütigkeit darüber, dass eine weitere Arbeitskonferenz im September, nachdem die Jury getagt hat und wie im Russell-Rundbrief Nr. 12, S. 4 vorgeschlagen wird, zu begrüssen ist.

Wir laden Euch deshalb zur Arbeitskonferenz ein auf:

Samstag und Sonntag, den 24. und 25. Juni 1978 in Frankfurt a.M.,
Fachhochschule - Fachbereich Sozialarbeit - Ffm-Nordweststadt,
Limeskorso 5, U-Bahnhaltestelle der Linie U 1 "Nordweststadt"
beginnend am Samstag um 10 Uhr bis Sonntag ca. 14 Uhr

Als Diskussionspunkte schlagen wir vor:

1. Stand, Entwicklung und Selbstverständnis der Unterstützungsbewegung
2. Inhaltliche Vorgaben der Unterstützungsbewegung an die Jury für die 2. Sitzungsperiode
3. Perspektiven einer allgemeinen Antirepressionsarbeit, auch über das Russell-Tribunal hinaus

Zu den einzelnen Punkten sollte nach der Diskussion unserer Vorbereitungskonferenz - aber dies ist nicht mehr als ein Vorschlag - erörtert werden:

——— ——— ———

An der vorgesehenen Tagungsstätte sind Möglichkeiten für eine zeitweise Tagung in mehreren Arbeitsgruppen gegeben. Die Frankfurter Gruppe wird für Übernachtungsmöglichkeiten und Verköstigung nach ihren Kräften Sorge tragen.
Wir bitten, Teilnehmer und Wünsche nach Schlafplätzen bei den unten genannten Frankfurtern schriftlich mitzuteilen.
Wir bitten ferner, von Russell-Initiativen erstellte Publikationen für eine ausführliche Bibliographie mitzubringen.
Eventuell mitgebrachte Positionspapiere bitte in grösserer Anzahl vorlegen!

Mit freundlichen Grüssen
die oben angegebenen Initiativen
gez. Alexander Schubart

Kontaktadressen:
Alexander Schubart, Frankfurt/M., Jaspertstr. 87, Tel. 0611/540685
Barbara Brunn, Frankfurt/M., Bornwiesenweg 75, Tel. 0611/5971496

Informationsveranstaltung der GEW Bielefeld

Am 6. Juni fand in Bielefeld eine Informationsveranstaltung der örtlichen GEW zum Russell-Tribunal statt. Unseres Wissens war dies die erste Veranstaltung einer Gewerkschaftsgliederung, die nach dem berüchtigten Vetter-Brief durchgeführt wurde.

Vom Beirat des 3. Russell-Tribunals war Ingeborg Drewitz eingeladen, die über den Ablauf der 1. Sitzungsperiode berichtete. Außerdem waren der KJA-Vorsitzende des DGB-Bielefeld und ein Vertreter des Berufsverbote-Komitees anwesend. Im Laufe ihrer Ausführungen kam Ingeborg Drewitz auf die Behandlung der Gewerkschaftsausschlüsse und die gebildete Unterkommission zur Untersuchung der Haftbedingungen politischer Gefangener zu sprechen. Während das Russell-Unterstützer-Komitee, dem auch der KB angehört, diesen Positionen des Tribunals noch einmal Nachdruck verlieh, verstieg sich der nur noch aus SB, SHG und Juso-HSG bestehende »Russell-Arbeitskreis« zu der kaum verhüllten Drohung, seine Unterstützung sei nur noch gewährleistet, wenn diese Bereiche nachträglich gestrichen würden. Diese Position hat dem »Arbeitskreis« in den letzen Wochen nicht nur seine Glaubwürdigkeit, sondern auch schon die Hälfte seiner früheren Mitglieder gekostet. Einige SB-Genossen stiegen aus, weil sie soviel Borniertheit und Realitätsverlust nicht mehr ertragen konnten.

KB/ Gruppe Bielefeld

Betrieb und Gewerkschaft





ÖTV

Lufthansa, Hamburg:

Nach der Betriebsratswahl — Gewerkschaftsausschluß?

Wegen „gewerkschaftsschädigenden Verhaltens" soll der ÖTV-Vertrauensmann und Betriebsrat (BR) Bernd N. aus der ÖTV ausgeschlossen werden. Auf einer Vertrauensleuteversammlung am 8.6. wurde der Ausschlußantrag gestellt und nach einer Abstimmung an den Hauptvorstand der ÖTV weitergeleitet. Jedoch stimmten knapp ein Drittel (!) der Vertrauensleute gegen den Ausschlußantrag.

Der Kollege hatte zur BR-Wahl '78 als Listenführer der oppositionellen Liste „Die Informativen" kandidiert. Die Liste stellt mit knapp 15% der Stimmen zwei Vertreter im BR.

Doch nicht die Tatsache der eigenen Liste ist der ausgesprochene Ausschlußgrund. Nach einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts ist den Gewerkschaftsführern diese Begründung erschwert worden. Stattdessen wird ihm vorgeworfen:

1. Sein Eintreten gegen die „Mitbestimmung" und die Aufsichtsratswahl im DLH-Konzern und
2. Sein Verhalten zur BR-Wahl 1975

1. Sein Eintreten gegen die „Mitbestimmung" und die Aufsichtsratswahl im DLH-Konzern und
2. Sein Verhalten zur BR-Wahl 1975 und '78.

In einer vierseitigen schriftlichen Begründung wurde alles, was die ÖTV-Führung noch im Gedächtnis hatte, zu einer Anklage zusammengeschustert. Bis ins Jahr 1974 gingen sie zurück und unterstellten ihm die Mitschuld dafür, daß dem ÖTV-Vorsitzenden Kluncker damals 186 Stimmen zu seiner Wiederwahl in den Aufsichtsrat fehlten. Dem Kollegen N. wird in diesem Zusammenhang vorgeworfen, daß er in der Öffentlichkeit einer Betriebsversammlung gegen die Mitbestimmungspolitik der ÖTV-Führung Stellung bezogen hat. In den Gremien der ÖTV dürfe er soviel kritisieren wie er wolle, aber nach außen dürfte davon nichts dringen. Der Kollege hielt auf besagter Betriebsversammlung eine Rede, in der er ein Rechtsgutachten zitierte, das den Vorteil der Mitbestimmung für Unternehmer („Arbeitnehmervertreter" rücken in „Arbeitgeberfunktionen") enthüllte.

Diese Aussage, so wird ihm vorgeworfen, habe er mit dem Hinweis „ÖTV-Vertrauensmann" zu sein gemacht. Das sei *„grob gewerkschaftsschädigend"*, ja sogar *„antigewerkschaftlich"*. Die ÖTV-Führer stempeln die Gewerkschaftspolitik, speziell die Mitbestimmungsfrage quasi zum Gesetz, öffentliche Kritik daran wird mit Ausschluß geahndet. Diese peln die Gewerkschaftspolitik, speziell die Mitbestimmungsfrage quasi zum Gesetz, öffentliche Kritik daran wird mit Ausschluß geahndet. Diese Erfahrung mußten nun schon viele Gewerkschafter machen, wie Betriebsräte bei der Texaco Hamburg 1974.

Es ist nicht auszuschließen, daß diese Ausschlußpraktiken auch an Gewerkschaftern angewendet werden, die die Pro-Atom-Beschlüsse des DGB öffentlich kritisieren.

Im weiteren wird dem Kollegen N. vorgeworfen, daß er in der BR-Wahlkampfzeit der ÖTV mit der Kollegenzeitung „Mitteilungen aus Betrieb und Gewerkschaft" *„in den Rücken gefallen"* sei. In der Zeitung, die von mehreren ÖTV-Kollegen bei Lufthansa unterstützt wird, wurde das Interesse der ÖTV-Führung an einer demokratischen Persönlichkeitswahl bezweifelt. Ebenso wurde die Aufstellung der ÖTV-Liste beleuchtet. U.a. wurde dargestellt, daß der BR-Vorsitzende Dollinger den Listenplatz 1 erhielt, ohne von seiner ursprünglichen Abteilung dazu gewählt worden zu sein.

Auch wurde in der Zeitung die Neutralität des BR-Wahlvorstandes in Frage gestellt, da er nur von Spitzenkandidaten der ÖTV-Liste besetzt war.

Auf der Vertrauensleuteversammlung am 8.6. nahm der betroffene Kollege dazu Stellung und wies die Vorwürfe und die „Beweisführung" gegen ihn zurück. Mit einem Er-lung am 8.6. nahm der betroffene Kollege dazu Stellung und wies die Vorwürfe und die „Beweisführung" gegen ihn zurück. Mit einem Er-folg – 19 von 63 Vertrauensleuten stimmten dem Ausschlußantrag nicht zu. Ein Anfang, der ÖTV-Führung den Weg zu neuen Ausschlüssen zu erschweren.

Betriebszelle Lufthansa
KB/Gruppe Hamburg

Westberliner ÖTV-Führung will ganze Fachgruppe auflösen

Seit dem 18.5.77 hat der Westberliner ÖTV-Bezirksvorstand über die Fachgruppe (FG) Bibliotheken, Archive und Dokumentationsstellen Funktionsverbot verhängt und bis heute nicht aufgehoben!

Die Begründung der Bezirksleitung: *„In der bisherigen Organisationsform hat es leider keine den Interessen unserer Mitglieder und der Gesamtorganisation dienende Gewerkschaftsarbeit gegeben"*. Die FG habe sich nicht auf „berufsspezifische", „fachbezogene" Probleme beschränkt, sondern auch allgemeine gewerkschaftspolitische Fragen behandelt.

Zur Vorgeschichte

Bereits 1972 gab es Krach, als die Mitgliederversammlung der Fachgruppe anläßlich der Tarifrunde zu anderen Beschlüssen als die Ortsführung kam. Die Bezirksleitung meinte dazu: *„Die Fachgruppen haben die besonderen berufsspezifischen Belange ihrer Mitglieder zu vertreten. Sie besitzen kein Mandat, allgemeinpolitische Aussagen zu treffen"*. Nach wie vor werden aber auf den Versammlungen a l l e die Kollegen interessierenden Fragen diskutiert und dazu auch Beschlüsse gefaßt.

Rationalisierung und BAT werden nicht gegen Strafrechtsänderungsgesetze und Unvereinbarkeitsbeschlüsse ausgespielt. Als die Mitgliederversammlung sich am 24.3.77 gegen Gewerkschaftsausschlußverfahren am Klinikum Steglitz und gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse insgesamt aussprach, folgte das Funktionsverbot auf dem Fuße.

Gewerkschaftsausschlüsse nach Art des (ÖTV-)Hauses ...

Nach dem Funktionsverbot wurde gegen drei Kolleg(inn)en der FG ein Ausschlußverfahren beim Bezirksvorstand beantragt. In gleichlautenden Schreiben vom 6.7. wurde von ihnen eine Stellungnahme zu (angeblichen) Äußerungen verlangt, die sie über den Ausschluß der GEW Berlin sowie die Unvereinbarkeitsbeschlüsse auf einer Mitgliederversammlung am 5.5. gemacht haben sollen.

Die Mitgliederversammlung der ÖTV-Betriebsgruppe der Amerika-Gedenkbibliothek forderte die Rücknahme der Ausschlußanträge und führte in ihrer Entschließung u. a. folgendes aus: *„Wir sind betroffen und zugleich empört, da es sich in der Praxis zeigte, daß Gewerkschaftsausschlüsse oft Argumente für Berufsverbote waren, diese eine Existenzbedrohung für die Betroffenen darstellen und die Kollegen einschüchtern sollen."*

... gelingen nicht immer

Dank zahlreicher Solidaritätsbekundungen aus ÖTV-Untergliederungen und sogar dem Abteilungsvorstand (Wissenschaft und Forschung) gegen die Ausschlußdrohungen und die Auflösung der FG wurden die drei Kolleg(inn)en nicht aus der Gewerkschaft geschmissen. Sie haben bis jetzt jedoch noch keine schriftliche Mitteilung über die Nichtweiterleitung der Ausschlußanträge bzw. die Einstellung des „Verfahrens" bekommen.

Die Bezirksleitung will sie anscheinend im Ungewisssen halten und das Damoklesschwert weiterhin über ihren Köpfen baumeln lassen. Das Vorgehen der ÖTV-Spitze ist b e s o n d e r s schädlich angesichts des zunehmenden politischen Drucks und der verschärften Rationalisierung im Westberliner Bibliothekenwesen (allein durch den Anschluß der FU- und TU-Universitätsbibliotheken an ein gemeinsames EDV-Netz werden zahlreiche Arbeitsplätze „eingespart"). Ein Standesverein an ihrem Gängelband ist den Führern gewiß lieber als eine kämpferische ÖTV – der Widerstand vieler Kolleg(inn)en zeigt aber, daß es nicht immer nach den Wünschen der „Großen Vorsitzenden" geht.

Ein Westberliner ÖTV-Genosse

BR-Wahlen: Weitere Ergebnisse und Ereignisse

AEG-Brunnenstraße, West-Berlin 27% für die Opposition

Zwei Oppositionslisten kandidierten zu den diesjährigen BR-Wahlen bei AEG: – die Liste „Arbeitereinheit" erhielt 21% der Stimmen und 4 Sitze bei den Arbeitern (1975: 14% und 3 Sitze bei Arbeitern und Angestellten zusammen). Die Liste „Frischer Wind" der „RGO" kam auf 6% und einen Sitz.

Bedauerlich ist, daß die „RGO" in bekannter sektiererischer Manier auf eine Eigenkandidatur nicht verzichten wollte und in ihrer Wahlagitation die Kollegen der „Arbeitereinheit" in ähnlicher Weise angriff, wie die rechten IGM-Führer im Betrieb.

Ergebnis:

Arbeiter	Stimmen	in%	Sitze
IGM	1.325	73	13
Arbeitereinheit	**395**	**21**	**4**
Frischer Wind	**124**	**6**	**1**
Angestellte			
DAG	633	57,5	5
IGM	477	43,5	4

• • • • •

Kabelwerke Rheinshagen, West-Berlin; 40% für die „RGO"

Kabelwerke Rheinshagen, West-Berlin; 40% für die „RGO"

163 Stimmen, 40% aller abgegebenen, erhielt die Liste „Frischer Wind" der „RGO". Sie besetzt damit 3 der 7 Betriebsräte, die übrigen 4 hat die IG Metall.

• • • • •

KWU, West-Berlin Schwarze Listen beim Betriebsrat

Die Betriebsräte der linken Liste „Alternative 78" (sie errangen 5 von 16 Sitzen) bei der Westberliner KWU (AKW-Betreiber) enthüllten in ihrer Betriebszeitung, daß die rechten Betriebsräte in der Vergangenheit mit Schwarzen Listen gegen fortschrittliche Kollegen gearbeitet haben. Sie entdeckten einen Ordner mit der Aufschrift „Neueinstellungen". Fein säuberlich aufgeklebt waren auf der Innenseite dieses Hefters rund 80 Namen aus der IG Metall ausgeschlossener Gewerkschafter aufgeführt. Ganz offensichtlich verglichen diese Leute bei Neueinstellungen, ob einer dieser Ausgeschlossenen bei KWU anfangen wollte. Ob und wieviele abgelehnt wurden, ist nicht bekannt. Mit Sicherheit kann man allerdings davon ausgehen, daß Betriebsräte, die so arbeiten, keine Hemmungen haben, solche Kollegen aus dem Betrieb feuern zu lassen. Verfassungsschutzmethoden und Unternehmermethoden in der Gewerkschaft sind solche Maßnahmen!

Lieferant der Adressen ist die reaktionäre Westberliner IG-Metall-Führung, die bereits in drei Ausgaben der Zeitung „Metall" die Namen und die Firmenzugehörigkeit der ausgeschlossenen Kollegen veröffentlicht hatte!

• • • • •

Die Grundig-Geschäftsleitung Nürnberg hat einem der neugewählten Betriebsräte Hausverbot erteilt. Nachdem bereits im letzten Jahr versucht worden war, den Kollegen wegen „Anzettelung einer spontanen Arbeitsniederlegung" zu disziplinieren, wird ihm jetzt ein Streit mit dem Meister zur Last gelegt. Der BR hat der Kündigung widersprochen. Besonders positiv ist auch, daß ca. 50 Kollegen aus seinem Werk am Freitag 2.6. zum BR-Büro marschierten, um sich über die Kündigung zu informieren.

• • • • •

Stuttgart: Neuwahl bei Daimler-Benz

Nachdem die linke Liste um die Kollegen Hoss/Mühleisen noch während des Betriebsratswahlganges Wahlmanipulationen aufdeckte, hatten sie die Wahl angefochten (siehe AK 129). Die Anfechtung vor dem Arbeitsgericht war jetzt erfolgreich, die Wahlen müssen noch im Juni wiederholt werden. Die Frage, ob Wahlbetrug seitens des von den IGM-Betriebsräten eingesetzten Wahlvorstandes stattgefunden hat, wurde allerdings vor Gericht nicht geklärt. Man umging dieses heikle Thema mit der Feststellung, daß allein die unzureichende Versieglung der Wahlurnen (mit Kreppklebestreifen, die sich leicht entfernen und erneut wiederankleben lassen) ein Verstoß gegen chende Versieglung der Wahlurnen (mit Kreppklebestreifen, die sich leicht entfernen und erneut wiederankleben lassen) ein Verstoß gegen das Wahlgesetz sei.

Der Rechtsanwalt von Hoss/Mühleisen wies nach, daß die Urnen so gebaut seien, daß Umschläge sich ohne Berührung der Klebestreifen zwischen Deckel und Urnenunterteil schieben ließen. Ungeklärt bleibt auch, wie es kommt, daß über 100 Stimmzettel aus der Schmutzarbeitsabteilung Gußputzerei auf blütenweißem Papier, unbeschmutzt in den Urnen lagen. Hoss gab in einer Zeugenaussage an, daß in einem säuberlich gestapelten Haufen Umschläge alle Wahlzettel nach gleichem Muster und mit gleicher Handschrift für die IGM ausgefüllt waren. Ungeklärt blieb auch folgendes: Richter Linsenmaier hatte die abgehakten Stimmen auf der Wahlliste mit der Anzahl der Stimmzettel verglichen: 11.877 zu 12.064, also immerhin 187 Stimmzettel zuviel! Doch diese offensichtlichen Manipulationen waren nicht Gegenstand der Verhandlung (laut „FR", 27.5.78).

Wünschen wir den Linken, daß sie bei den Neuwahlen durch noch mehr als 27% der Stimmen die Früchte ihrer Enthüllungen ernten.

IMPRESSUM

Herausgeber – Druck – Verlag
ARBEITERKAMPF
J. Reents Verlag
Lerchenstr. 75, 2 Hamburg 50
V.i.S.d.P.: Kai Ehlers, Verlagsadr.
Auflage:
Erscheinungsweise: 14 tägig
Verkaufspreis: DM 2,00
Jahresabonnement: DM 47,50
Förderabonnement: DM 60,00

Verlagskonten:
Dresdner Bank
451 8378, J. Reents und
Postscheckkonto Hamburg
240 595, J. Reents

Metall

Gewerkschaftsausschlüsse jetzt auch gegen Kriegsgegner?

Im nachfolgend abgedruckten Brief der IG-Metall-Verwaltungsstelle Nürnberg wurde einem Kollegen strikt das Verbot ausgesprochen, den Aufruf zur Abrüstungsdemonstration am 20.5. zu unterschreiben. Nach üblicher DGB-Manier heißt das, daß er andernfalls mit einem Gewerkschaftsausschluß rechnen muß. Begründungen für das Verbot werden selbstverständlich nicht gegeben. Es gibt eben entsprechende DGB-Beschlüsse, folglich darf niemand unterschreiben, bzw. den DGB „mißbrauchen".

Auch hier dürfte wiederum der Verfassungsschutz und seine Mafia im DGB wie schon beim Verbot der Unterstützung des Russell-Tribunals Pate gestanden haben (auch die Aufrufe des „Komitees für Frieden und Abrüstung" (KOFAZ) werden bekanntlich regelmäßig von „Leninpreisträgern" und anderen „Prokommunisten" unterzeichnet, wie das im Verfassungsschutzjargon des DGB heißt). Das Verbot, das KOFAZ zu unterstützen, ist eine enorme Provokation angesichts der Tatsache, daß neben dem ehemaligen IG-Metall-Chef Baden Württembergs, Willi Bleicher, der Aufruf auch unterstützt wurde von der IG Metall-Jugend, der DGB Jugend Hessens und NRWs, der DPG-Jugend, der DGB-Jugendkonferenz, der IG DruPa Hessens, Münchens und Stuttgarts und der Schriftsteller. Zynisch wird der Nürnberger Kollege aufgefordert, statt Aufrufe zu unterschreiben oder zu demonstrieren *„künftig mit uns den mühseligeren aber letztenendes erfolgversprechenden Weg der Überzeugungsarbeit unter den eigenen Kollegen zu gehen"*.

Das Papier gibt selbst zu, daß es seitens der Gewerkschaftsführung ausser Abrüstungserklärungen nur Vorstöße für die Ausweitung der Rüstungsexporte gibt, denn Rüstung schafft ja Arbeitsplätze — das darf ein DGB-Mitglied offen vertreten. Wir wollen hier deshalb die Praxis der Gewerkschaftsführer auf diesem Gebiet etwas näher beleuchten.

Betriebsräte für mehr Rüstungsexporte und Aufrüstung

Bereits im Oktober 1976 traten 16 Betriebsräte und Gewerkschafter aus Rüstungsbetrieben, die sich im „Arbeitskreis Arbeitnehmer wehrtechnischer Unternehmen" zusammengeschlossen hatten, mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit. Ausgehend von dem angeblichen Widerspruch zwischen Abrüstung und der Gefährdung der Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie forderten sie: *„Genau wie die Soldaten haben auch die Arbeiter und Angestellten dieser Rüstungsindustrie ein Anrecht auf soziale Sicherheit, das heißt auf einen gesicherten Arbeitsplatz. Daraus erwächst dem einzigen Nachfrager Bund auch eine Fürsorgepflicht. Wenn der Bund vorübergehend die Kapazitäten nicht auslasten kann, sollte der Bund aus seiner Fürsorgepflicht heraus die Hereinnahme von Füllaufträgen aus Nichtspannungsgebieten zulassen, wobei der Begriff ‚Nichtspannungsgebiete' nicht mehr so eng ausgelegt werden dürfte* (!) *... Die wehrtechnischen Mitarbeiter sehen ihre Aufgabe darin, Seite an Seite mit der Bundeswehr* (!) *für die Stärkung des Friedens Sorge zu tragen. Aus diesem Grunde verbieten sich schon von vornherein Lieferungen in Spannungsgebiete. Es wäre aber sicherlich überheblich zu behaupten, daß nu unser Land der einzige weiße Flecken auf der Erdkugel ist und alle anderen Länder mehr oder weniger zu den Spannungsgebieten zählen."*



Von dieser offenen Forderung nach Ausweitung des Rüstungsexports und der Liberalisierung der Definition des Begriffs „Spannungsgebiete" hat sich der Beirat der IG Metall in einer Resolution verbal klar distanziert: *„Nach einem Beschluß des Bundeskabinetts dürfen Rüstungsgüter gegenwärtig grundsätzlich nur in NATO-Mitgliedsstaaten sowie nach Australien, Neuseeland, Schweden und in die Schweiz exportiert werden. Die Haltung von DGB und IG Metall zu dieser Beschränkung der bundesdeutschen Rüstungsexporte ist seit jeher ganz eindeutig gewesen. Die Beschlüsse beider Organisationen ...verpflichten sie, auf der einen Seite gegen alles das einzutreten, was die Spannungen in irgendeinem Teil der Welt erhöhen könnte, auf der anderen Seite alle Bemühungen zu unterstützen, die darauf abzielen, im Rahmen einer konsequenten Entspannungspolitik die Rüstungsausgaben zu vermindern. Gewählte Gremien und Repräsentanten der IG Metall haben diese Haltung niemals in Zweifel gezogen, sondern sie wiederholt bekräftigt. Die lobbyistische Tätigkeit verschiedener in der IG Metall organisierter Betriebsräte von mit Rüstungsproduktion beschäftigten Unternehmen ist von geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern eindeutig verurteilt und als im Gegensatz zu den gewerkschaftlichen Beschlüssen stehend gekennzeichnet worden ... Die IG Metall wendet sich aus politisch-moralischen, ökonomischen und sozialen Gründen gegen eine Lockerung der Exportbeschränkungen für Rüstungsgüter. Sie setzt sich auf der anderen Seite im Interesse der organisierten Kollegen dafür ein, daß die Gefährdung der Arbeitsplätze in den rüstungsproduzierenden Unternehmen auf das mögliche Mindestmaß reduziert wird. Kurzfristige konjunkturelle Probleme dürfen aber nicht in der Weise gelöst werden, daß dadurch langfristige Nachteile auch für die Arbeitnehmer entstehen. Der gewerkschaftliche Einsatz für die Sicherung von Arbeitsplätzen im Rüstungsbereich kann nur glaubhaft vertreten werden, wenn im politischen Raum die gewerkschaftliche Unterstützung aller Bestrebungen für eine konsequente Abrüstung im Zuge der weltweiten Entspannung außerhalb jedes Zweifels steht. Die IG Metall unterstreicht deshalb nachdrücklich ihre positive Haltung gegenüber allen Bestrebungen und Maßnahmen, die auf dieses Ziel gerichtet sind."* So hieß es im April 1977

Trotz aller Abgrenzung fordert auch die IG Metall-Führung sichere Rüstungsarbeitsplätze, was durch Erklärungen „für konsequente Abrüstung" moralisch glaubhaft werden soll. Der verbalradikalen Abgrenzung von der Ausweitung der Rüstungsexporte steht leider eine ganz andere Praxis gegenüber:

Ausweitung der Rüstungsexporte steht leider eine ganz andere Praxis gegenüber:

Im Juni 1977 beschließt die Bundesregierung den Bau von sechs Fregatten für die Bundeswehr. Die Aufträge werden auf fünf verschiedene Werften verteilt, mit der ausdrücklichen Begründung, daß so die hochqualifizierten Arbeitsplätze in den mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten kämpfenden Schiffbauunternehmen am besten zu gewährleisten sei. Es werden Zahlen von angeblich 3000 zu erhaltenden Arbeitsplätzen gehandelt, wofür sogar ein Mehrbelastung von angeblich 170 Mill. DM in Kauf genommen wird.

Karl Pitz vom IG Metall-Vorstand unterstützte seinerzeit die Forderung von mehr Subventionen für den Schiffbau und fordert die Bundesregierung außerdem auf, *„die Vergabe von Entwicklungshilfe zum Teil an Aufträge für deutsche Werften* [zu] *binden "* („Welt der Arbeit„, 13.5.77). Bereits im Februar 1977 hatte die Bundesregierung die Probe auf's Exempel geliefert und einen 250 Mio.-Kredit für die Lieferung von zwei U-Booten nach Indonesien bewilligt, natürlich mit „großen Bedenken„ und der festen Absicht, daß dies selbstverständlich eine Ausnahme bleiben werde. Man halte sich grundsätzlich weiter an die Regel, daß Ausfuhrbürgschaften nur für Waffenlieferungen an NATO-Länder gegebem werden! Alle diese Bedenken hatte die Bundesregierung selbstverständlich nur deshalb fallengelassen, weil dadurch Arbeitsplätze in der Kieler Werft, die den Auftrag erhalten hatte, gesichert würden! Von Seiten der Gewerkschaftsführung: kein Ton, kein Protest!

Im Dezember desselben Jahres rückte die Bundesregierung gleich ein zweites Mal von ihrem 1971 gefassten Beschluß ab, Rüstungsgüter grundsätzlich nicht an Staaten außerhalb derNATO zu exportieren: sie stimmte dem Projekt zu, eine komplette U-Boot-Technik an Argentinien zu liefern, d.h. außer einem U-Boot auch Konstruktionspläne, Ersatzteile und eine Werftausrüstung. *„Das südamerikanische Land wird mit Hilfe dieser Lieferung in der Lage sein, eine moderne U-Boot-Flotte aufzubauen"* („SZ", 2.12.77).

Selbstverständlich war auch diese

Fortsetzung auf Seite 18

Industriegewerkschaft Metall
für die Bundesrepublik Deutschland
Verwaltungsstelle Nürnberg



IG Metall, Verwaltungsstelle Nürnberg, Kornmarkt 5–7, 8500 Nürnberg

Herrn
[geschwärzt]
8500 Nürnberg

Telefon Nürnberg (0911) 203708
Bank für Gemeinwirtschaft Niederlassung Nürnberg Konto Nr. 10702035
Stadtsparkasse Nürnberg Konto Nr. 1161933
Postscheckkonto Nürnberg 50905-859

Nürnberg, den 19. Mai 1978
Kl/mi

Lieber [geschwärzt]

Unter einem Aufruf zur Teilnahme an Demonstration und Kundgebung der "Nürnberger Initiative für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit" am 20. Mai 1978 finden wir auch Deinen Namen. Dies veranlaßt uns, Dich darauf hinzuweisen, daß der Landesbezirksvorstand des DGB und die Bezirkskonferenz der IG Metall im vergangenen Jahr die Unterstützung von Aktivitäten der "Initiative für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit" durch Funktionäre des DGB bzw. der IG Metall abgelehnt hat.

Im Beschluß des DGB-Landesbezirksvorstand heißt es dazu u. a., daß

"- der Deutsche Gewerkschaftsbund eine Beteiligung an diesem Komitee ausdrücklich abgelehnt hat;

- keine Gliederung des DGB berechtigt ist, diese Aufrufe zu unterzeichnen oder sich an diesen Kundgebungen zu beteiligen;

- kein Funktionär des DGB unter Angabe seiner Funktion die Aufrufe des Komitees unterschreiben darf.

Dies gilt auch für alle Funktionäre und Gliederungen der angeschlossenen Gewerkschaften."

Bei Rückantwort bitte unser Zeichen angeben!

b.w.

Die 27. Bezirkskonferenz der IG Metall vom 16./17. Mai 1977 hat es abgelehnt, "die gewerkschaftliche Organisation für Zwecke des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit... mißbrauchen zu lassen. Unbeschadet seiner politischen Meinungs- und Beteiligungsfreiheit ist kein Gewerkschafter befugt, sich unter Berufung auf seine gewerkschaftlichen Funktionen für solche Aktionen zur Verfügung zu stellen.

Die Bezirkskonferenz appelliert an alle Gewerkschafter, ihren Kampf für Frieden und Abrüstung im Rahmen der Gewerkschaften und der politischen Parteien verstärkt fortzusetzen."

Die Verwaltungsstelle Nürnberg hat den Auftrag der Bezirkskonferenz ernstgenommen: Dem Bundeskongreß des DGB liegt ein von uns über die Kreis-Delegierten-Konferenz und die Landesbezirkskonferenz eingebrachter Antrag zu Problemen der Rüstung, Abrüstung, Rüstungsexporte und zur Schaffung eines Abrüstungsamtes mit detaillierten konkreten Aussagen und Aufträgen an den DGB und seine Gliederungen vor. Wir werden Anfang Juni ein schon im Vorjahr geplantes Samstag-Seminar für Betriebsräte und Vertrauensleute zu dieser Problematik durchführen.

Wir sind durchaus nicht der Meinung, daß damit genug getan sei. Angesichts der Tatsache, daß aus dem Kreise der Mitglieder und Funktionäre in den Betrieben zum Thema Abrüstung bisher keine (positiven) Anstöße kamen (eher negative im Sinne einer geforderten Lockerung der Rüstungsexportbeschränkungen zwecks Erhaltung der Arbeitsplätze), sind wir vielmehr der Auffassung, daß es Aufgabe aller Funktionäre ist, diese Probleme auf breiterer Ebene als bisher insbesondere mit den betroffenen Mitgliedern zu diskutieren.

Diese Diskussion ist sicherlich mühevoller und zeitlich aufwendiger als die Unterzeichnung eines Aufrufes oder die Teilnahme an einer Kundgebung. Sie ist aber gleichzeitig Voraussetzung für Fortschritte in der Abrüstungspolitik, die heute nur noch zum Teil von der strategischen Planung der Militärs behindert werden, zu einem anderen nicht unbeträchtlichen Teil aber in der negativen Einstellung großer Bevölkerungskreise (auch der Arbeitnehmer) politisch durchaus erhebliche Widerstände findet.

Wir fordern Dich deshalb auf, künftig mit uns den mühseligeren, aber letztenendes erfolgversprechenderen Weg der Überzeugungsarbeit unter den eigenen Kollegen zu gehen.

Mit freundlichen Grüßen

INDUSTRIEGEWERKSCHAFT METALL
f.d.Bundesrepubl.Deutschland
-Verwaltungsstelle Nürnberg-

Horst Klaus
1. Bevollmächtigter

Fortsetzung von Seite 17

Entscheidung wieder „heftig umstritten", sie kam „nur unter großen Bedenken" zustande nach dem Hinweis von Bundeskanzler Schmidt, das sonst in der Emdener Werft mit einem großen Beschäftigungseinbruch zu rechnen sei. *„Falls die Bürgschaft nicht gegeben werde, müsse ein Beschäftigungsprogramm für den Emdener Raum entwickelt werden"* („SZ", ebd.).

Weder zu dieser freundschaftlichen Geste gegenüber den Faschisten in Argentinien schafften es der DGB oder IG Metall, ein kritisches Wort fallen zu lassen, noch versuchten sie etwas gegen die Rüstungsexportbefürworter in ihrer eigenen Organisation zu unternehmen. Besagter „Arbeitskreis Abeitnehmer wehrtechnischer Unternehmen" hat seit seinem Bestehen umfangreiche Aktivitäten entfaltet, neben diversen Anfragen an die Bundesregierung, großen Veranstaltungen in Bonn mit Regierungs- ùnd Parteienvertretern aller (!) Richtungen natürlich auch die Basisarbeit in den Gewerkschaften.

Wenn man bedenkt, wie schnell die Gewerkschaftsführer mit Repressionen und Ausschlüssen bei der Hand sind, wenn sich Mitglieder nicht an die Beschlüsse bezüglich AKWs, Russell, Unvereinbarkeitspolitik usw. halten, so zeigt die Duldung solcher Standpunkte innerhalb des DGB/IGM, daß die Vorstellung, den Export von Waffen künftig etwas lockerer zu handhaben, bei den Gewerkschaftsführern durchaus auf Sympathie stößt.

Diese Befürwortung der Militarisierung und Aufrüstung hat leider bei den deutschen Gewerkschaften eine traurige Tradition: schon vor dem 1.Weltkrieg stimmten die Gewerkschaftsführer der Bewilligung von Kriegskrediten zu. Nach 1945 beteiligten sich die Gewerkschaftsführer, gemeinsam mit der SPD zunächst an der „Anti-Atomtod-Kampagne". Dies war dann aber auch die letzte Massenkampagne, gegen die Aufrüstung der Bundeswehr; in der Folgezeit wurde die Aussöhnung von Gewerkschaften und Militär gepredigt: *„Wenn wir eine lebendige, belastbare Beziehung zwischen der bewaffneten Macht und der organisierten Arbeitnehmerschaft herstellen und bewahren, braucht es uns um diesen Staat nicht bange zu sein"*, erklärte Vetter vor Bundeswehr-Kommandeuren („FR", 23.5.78).

Während in der Praxis die „offene Flanke" zur Aufrüstung und zu den Befürwortern des Rüstungsexports mehr als deutlich ist, werden auf der Ebene der offiziellen Stellungnahmen, Beschlüsse usw. im Augenblick noch die gleichen „radikalen" Töne wie vor einigen Jahren angeschlagen. Erst auf dem letzten DGB-Kongress in Hamburg wurde das atomare Wettrüsten erneut verurteilt und Abrüstung in Ost und West gefordert. Ausdrücklich appellierten die Delegierten an die Bundesregierung, *„Schritte einzuleiten, um ein völkerrechtliches Verbot der Neutronenbombe herbeizuführen."* DGB-Vorsitzender Vetter, ansonsten in vertrautem Kontakt zu den obersten Generalen der Bundeswehr, erklärte sogar: *„Ich würde es für einen guten Weg ansehen, wenn wir die DGB-Vertreter, die wir in der Konfliktforschung und in der Friedensplanung haben, darauf ansetzen, die Umstellung der Rüstungsindustrie auf zivile Produktion zu planen und rechtzeitig vorzubereiten"* („FR",29.5.). Auch Eugen Loderer, IGM-Vorsitzender, bestätigte in der ZDF-Sendung „Bonner Perspektiven" die aussagen von Genscher, daß eine Ausweitung der Produktion und Ausfuhr von Waffen nach wie vor kein Bestandteil der Beschäftigungspolitik der Bundesregierung sei; außerdem bekräftigte er noch einmal die Ansicht, daß Waffenlieferungen in Spannungsgebiete die Ursachen der Spannungen eher vertiefen und damit der von Bonn betriebenen „Friedenspolitik" entgegenwirken würden („FR",22.5.).

Es erscheint den Rüstungstreibern innerhalb der DGB-Spitze im Augenblick taktisch noch nicht sinnvoll, offen mit ihren Positionen herauszurücken; ihre Skrupel beziehen sich dabei vor allem auf die Ablehnung dieser Position in breiteren Kreisen der Mitgliedschaft. Vergleicht man allerdings die augenblickliche Situation mit der Entwicklung der AKW-Frage in den Gewerkschaften, so wird man zu dem Schluß kommen, daß es nur noch eine Frage der Zeit ist, bis sich auch hier die Rüstungsbefürworter voll durchgesetzt haben: in der AKW-Frage war es zunächst auch eine kleine Lobby von Betriebsräten und Gewerkschaftsfunktionären aus Betrieben der AKW-Betreiber, die sich offensiv und öffentlich für den Bau der Atomkraftwerke eingesetzt haben (übrigens auch mit dem entscheidenden „Argument", daß hierdurch Arbeitsplätze gesichert würden), bevor der DGB insgesamt einen Pro-AKW-Beschluß faßte. In diesem Zusammenhang muß auch der eingangs zitierte Brief der Nürnberger Verwaltungsstelle betrachtet werden: es ist die übliche Praxis der Gewerkschaftsführung, im Zuge einer eindeutigen Festlegung auf bestimme Positionen (Befürwortung der AKWs, strikte Ablehnung des Russell-Tribunals usw.) die Repressionen gegen all diejenigen zu verschärfen, die sich diesen Beschlüssen nicht 'unterordnen'. Daß die Gewerkschaftsführung auch bei den Kriegsgegnern letztendlich vor Gewerkschaftsausschlüssen nicht zurückschrecken wird, zeigt die parallele Entwicklung gegenüber AKW-Gegnern und Unterstützern des Russell-Tribunals.

Auch in der Frage der Rüstung wird der DGB in Zukunft seine Rolle als „staatstragende Kraft" erfüllen. Die Gewerkschaftsmitglieder sind mit einer Situation konfrontiert, in der es ihnen in zunehmendem Maß verboten ist, in irgendeiner demokratischen Initiative außerhalb des DGB aktiv zu werden.

GEGEN DIESE REAKTIONÄRE FORMIERUNG GILT ES WIDER— STAND ZU LEISTEN!

quidieren versucht. Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse sind dabei auch Bestandteil anderer in den letzten Jahren vollzogener Maßnahmen, die den Spielraum der innergewerkschaftlichen Demokratie

Arbeitsplätze: Der Kehraus geht weiter!

„Belegschaftsinteresse ist gleich Unternehmensinteresse". Diese bemerkenswerten Worte konnte die „Frankfurter Allgemeine"(29.5.) aus einem Interview mit dem neuen VW-Personalchef Karl-Heinz Briam zitieren. Bemerkenswert sind diese Worte deshalb, weil sie nicht von einem x-beliebigen Manager stammen, sondern Briam ist IG-Metall-Funktionär, Vertrauter von Eugen Loderer und war bis 1972 stellvertretender Chefredakteur der IGM-Funktionärszeitung „Der Gewerkschafter". Seit 1972 Arbeitsdirektor bei den Krupp Hüttenwerken (und nicht bei Hoesch, wie wir in AK 129 versehentlich meldeten), wechselte Briam jetzt zu VW über und machte seinen Platz bei Krupp einem anderen persönlichen Intimus von IGM-Chef Loderer frei: dem bei den letzten IGM-Vorstandswahlen durchgefallenen Otmar Günther.

Weiter der „Gewerkschafter" Briam: „Rationalisierung ist für die deutsche Industrie lebensnotwendig." – „Es kann durchaus sinnvoll sein, im Ausland zu investieren, um im Inland Arbeitsplätze zu sichern." So wundert es nicht, daß dieser total pervertierte Gewerkschafter von seiner zukünftigen Tätigkeit erwartet: „Vor allem eine kollegiale Zusammenarbeit mit dem Vorstand. Ich bin sicher, daß dies im VW-Werk so sein wird, denn dafür bürgt schon die Person von Herrn Schmücker (VW-Boß, Anm. AK)."

Wie sehr die Belegschaftsinteressen mit den Unternehmensinteressen übereinstimmen, das bekommen die Metaller am laufenden Band zu spüren:

Erst Überstunden, dann Stillegung

Erst Überstunden, dann Stillegung

Eine besondere Frechheit erlaubte sich die Firmenleitung von **„Vidal Preßwerk und Werkzeugbau"** in Hamburg-Wandsbek. Wie schon im AK berichtet, soll das Werk Ende dieses Jahres geschlossen werden. Jetzt wurden beim Betriebsrat Überstunden beantragt. Damit der Zeitplan für die Schließung eingehalten werden kann. Dreister gehts nimmer!

• • •

Das trotz 13 Mio Mark Steuergeldern pleitegegangene Werk **Blohm in Hamburg-Bergedorf** ist zum größten Teil von den benachbarten Hauni-Werken übernommen worden. Ca. 160 der 280 ehemaligen Blohm-Kollegen „dürfen" sich jetzt bei „Hauni Werke Abteilung Blohm" neu bewerben.

280 ehemaligen Blohm-Kollegen „dürfen" sich jetzt bei „Hauni Werke Abteilung Blohm" neu bewerben.

Die „Hamburger Morgenpost" (31.5.) zitiert einen Blohm-Arbeiter: *„Die wollten nur überflüssiges Personal loswerden. Hätten sie gleich gekauft, hätten sie über 200 Leute übernehmen müssen."*

• • •

Am Ende ist auch die mit 4 Mio Mark verschuldete **Maschinenfabrik Schönrock** in Hamburg-Sülldorf und -Finkenwerder. Nachdem die Arbeiter erst mit einem Streik und Verbarrikadierung des Werktors die Auszahlung der März- und Aprillöhne erzwingen konnten, war die am 20.Mai fällige Abschlagszahlung bis zum 23. wieder nicht da. Der Betriebsrat setzte der Firmenleitung ein bis zum 26. befristetes Ultimatum. Ende Mai wurde schließlich Konkursantrag gestellt. Vorher noch hatte Besitzer Schönrock, wie aus der Belegschaft bekannt wurde, Maschinen und Konstuktionsunterlagen aus dem Werk schaffen lassen und soll in Italien bereits einen neuen Betrieb führen . . .

• • •

AEG-Telefunken, Nürnberg

Seit dem 1.4. gibt es bei AEG statt des Unternehmensbereiches „Konsumgüter" 4 weitere. An dem Geschäftsbereich „Waschgeräte und Geschirrspüler" ist die H.Zanker KG beteiligt worden, die von AEG nun voll aufgekauft wurde. Lt. „Handelsblatt" vom 30.5. soll *„die Bildung produktorientierter Geschäftsbereiche die Leistungsfähigkeit im Bereich Konsumgüter verstärken, indem die vorhandenen Kapazitäten auf den Gebieten Entwicklung, Produktion und Produktmanagement zusammengefaßt werden"*.

Wieviele Arbeitsplätze bei dieser „Straffung" draufgehen, ist bis heute nicht bekannt.

gefaßt werden".
Wieviele Arbeitsplätze bei dieser „Straffung" draufgehen, ist bis heute nicht bekannt.

• • •

Mannesmann, Düsseldorf

Nachdem im vergangenen Jahr bereits 3 108 Arbeitsplätze wegrationalisiert wurden, gehen die Entlassungen – jetzt bei der Mannesmann-Tochter Kammerich-Reisholz und Mannesmann Stahlform – weiter:

Durch „organisatorische Umstellungen" im Verwaltungsbereich sollen fast 200 Beschäftigte entlassen werden. Allein in den Mannesmann-Werken Reisholz hatten 1977 fast 1 800 ihren Arbeitsplatz verloren.

• • •

Hansa-Metallwerke, Stuttgart

Schon auf der Betriebsversammlung im Dez. 77 wurden von BR und Geschäftsleitung „aufgrund der schlechten Auftragslage" Entlassungen von Kollegen mit hohem Krankenstand angekündigt.

• • •

Die Geschäftsleitung der **Kabel- und Drahtwerke, Gustavsburg**, eine Tochter der BBC, verkündete auf der Betriebsversammlung Anfang April, daß das Werk geschlossen würde. Von dieser Schließung sind ca. 560 Beschäftigte betroffen.

Einen Tag vor dieser Betriebsversammlung wurde dem BR mitgeteilt, daß das Walzdraht-Werk keine Zukunft mehr hätte und die Kabel- und Draht-Werke mit Verlust arbeiten würden.

Als die Firma 1970 von BBC aufgekauft wurde, war bekannt, daß der Walzdraht bald durch Gießdraht abgelöst werden würde.

Nach Angaben eines Aufsichtsrats-Mitgliedes ist die Auftragslage „gut" bis sehr gut" („Metall", 22.5.).

bis sehr gut" („Metall", 22.5.).

• • •

Die Geschäftsleitung von **Klöckner-Becorit** teilte kürzlich mit, daß ca. 250 Beschäftigte in den kommenden Monaten entlassen werden sollen. Becorit, die Anlagen für Grubenausbau herstellen, wurde 1977 von Klöckner übernommen. Bisher waren in dieser Firma 1 800 Leute beschäftigt.

Der Geschäftsführer erklärte zynisch: *„Auch jüngere Leute würden entlassen, die die Möglichkeit haben, bald einen neuen Arbeitsplatz zu finden"* (zit. nach „Roter Morgen", 2.6.78).

Metall-Kommission

SEL — Rastatt darf nicht sterben!

Die Standard Elektrik Lorenz AG (SEL) - gehört zum berüchtigten US-Konzern ITT - will das Rastätter Werk schließen. Die Produktion soll nach Bochum und Altena verlagert werden, und die derzeit knapp 900 Beschäftigten (davon fast 70% Frauen) rausfliegen.

Seit Bekanntwerden der Stillegungspläne kämpfen die Arbeiter dagegen. In mehreren Warnstreiks und Demonstrationen brachten sie ihre Entschlossenheit zum Ausdruck, die Stillegung nicht kampflos hinzunehmen.

Am 26.Mai demonstrierten erneut über 3000 Kollegen in Rastatt. Unterstützt wurde die Aktion von Arbeitern aus 24 SEL-Werken in der BRD und Westberlin. In einer Autokolonne und mit Plakaten „SEL-Werk Rastatt keine Schließung" und „SEL-Werk Rastatt darf nicht sterben" fuhren sie zum Kundgebungsplatz. Organisiert hatte die bundesweite Protestaktion der Gesamtbetriebsrat. Auf der Abschlußkundgebung erklärte dieser kämpferisch, daß der Betriebsrat nicht über die Schließung verhandeln werde, und daß nur durch die Solidarität aller die Schließung verhindert werden könne.

Die SEL-Arbeiter haben auch allen Grund die Stillegung kompromißlos zu bekämpfen, denn bei schon jetzt 5,2% Arbeitslosen (davon fast 50% Frauen) im Gebiet an der französischen Grenze, bedeutet jede Entlassung langfristige Arbeitslosigkeit.

Eine zusätzliche Sauerei ist, daß das Werk 1959/60 wesentlich aus Steuergeldern errichtet und später an SEL zu günstigen Bedingungen verkauft wurde. Der Konzern konnte außerdem einen glänzenden Geschäftsbericht vorlegen: danach erhalten die Aktionäre bis 1985 eine garantierte Dividende von 21 (!) Prozent.

Einem Teil der Raststätter Kollegen wurden Arbeitsplätze in Bochum oder Altena angeboten, was der reinste Hohn ist, vor allem für die vielen im Betrieb beschäftigten Frauen. Die SEL-Arbeiter und Angestellten haben keine andere Wahl: die Schließung des Werkes muß verhindert werden.

Metall Kommission
KB-Gruppe Hamburg



„Das SEL-Werk Rastatt muß erhalten bleiben." Das forderten rund 25oo Teilnehmer einer Protestkundgebung, zu der die IG Metall Gaggenau aufgerufen hatte.

Druck

Broschek/Hamburg: Schon wieder Kündigungsversuch fehlgeschlagen

In einer Kette jahrelanger Bemühungen, mehrere linke Betriebsräte mittels einer Vielzahl von Gerichtsprozessen aus dem Betrieb bzw. aus dem Betriebsrat zu bekommen, schossen die Kapitalisten diesmal wieder ein Eigentor. Zwei Betriebsratsmitglieder, denen in der vorigen Amtszeit *„üble Verleumdung und Beleidigung"* gegenüber der Geschäftsleitung vorgeworfen wird, standen am 31.5. mal wieder vor Gericht.

Einer der beiden hatte sich wohl aufgrund des starken Drucks der Geschäftsleitung während seiner Amtszeit nicht wieder zur Wahl aufstellen lassen, so daß er heute nicht mehr im Betriebsrat ist. Die Geschäftsleitung besteht aber trotzdem auf seiner fristlosen Kündigung, was noch einmal deutlich macht, daß es den Kapitalisten darum geht, fortschrittliche BR's – komme, was da wolle – fertigzumachen. Der Kapitalistenvertreter betonte offensichtlich in genau diesem Sinne vor Gericht, es gehe um „prinzipielle" Auseinandersetzungen. Vom Richter mußte sich die Geschäftsleitung allerdings sagen lassen, daß ein ehemaliges BR-Mitglied nicht mehr für ein „Vergehen" belangt werden könne, das in seine frühere Amtszeit falle. Die Geschäftsleitung hätte, um ihren Kündigungsantrag weiter aufrechtzuerhalten, dem Kollegen innerhalb von 2 Wochen nach Ausscheiden aus dem BR erneut kündigen müssen (BGB § 626). Da der neue BR mittlerweile 6 Wochen im Amt ist, ist die Chance damit vertan. Da dies nicht das erste Eigentor der Geschäftsleitung in den vielen Prozessen gegen fortschrittliche BR's ist, bleibt abzuwarten, wann die Kündigungsschreiben in den Reihen der Geschäftsleitung selbst verschickt werden....

Betriebszelle Broschek
KB/Gruppe Hamburg

Chemie

Vertrauensleute kritisieren Chemie-Tarifabschluß

Die diesjährige Tarifrunde in der Chemie-Industrie, die sich durch eine zentrale Verhandlungsführung, einen niedrigen Abschluß und den Verzicht auf auch nur den Anschein der Einbeziehung der Gewerkschaftsmitglieder auszeichnete, ist vielfach auf Kritik bei Kollegen gestoßen.

Aus den Hamburger Chemiebetrieben liegt uns lediglich eine Erklärung des Vertrauensleutekörpers Hoechst vor, die wir im folgenden abdrucken möchten, weil sie uns als besonders positives Beispiel erscheint, wie heute Gewerkschafter wieder in eine Auseinandersetzung mit der Verwaltungsstelle der IG Chemie eintreten, nachdem über einen langen Zeitraum absolute Friedhofsruhe geherrscht hatte, herbeigeführt durch eine hemmungslose Liquidationspolitik der IG Chemie-Führung gegen alle fortschrittlichen Ansätze in Hamburger Chemie-Betrieben.

Die Zeitung der IG Chemie, „gewerkschaftspost", druckte überdies zwei Kritiken von Vertrauensleutegremien an der gelaufenen Tarifrunde ab, was darauf hindeutet, daß es in einer ganzen Anzahl von Chemiebetrieben der BRD zu ausdrücklich formulierten Protesterklärungen gegen Form und Inhalt des Tarifabschlusses gekommen ist.

Die Vertrauensleute der „Lackwerke Wülfing" in Wuppertal schreiben u. a.: *„In Gedanken an Arbeitskampfaktionen der Drucker und Metaller empfinden wir den Abschluß ohne Diskussion in Betrieben und Öffentlichkeit als einsame Spitzenentscheidung. Sie trägt zur Entsolidarisierung und Verärgerung bei".* Weiter stellen die Vertrauensleute fest, daß sie nicht nur die Aufgabe haben, für höhere Beiträge und Mitglieder zu sorgen, sondern sie wollen auf den Verlauf der Tarifrunde Einfluß nehmen.

Die Vertrauensleute der „geha-Werke" in Hannover wenden sich insbesondere gegen das Verfahren, Tarifverhandlungen auf Bundesebene zu führen und mit den Manteltarifverhandlungen zu verbinden. *„Wir sehen die Gefahr, daß unsere Gewerkschaft sich immer mehr von Arbeitgeberseite zu Bundesabschlüssen drängen läßt, wie es auch schon in der Tarifrunde 1975 geschehen ist. Diese Tendenz der Arbeitgeberseite ist seit einigen Jahren bekannt. Wenn die Tarifhoheit der regionalen Bezirke immer mehr ausgeschaltet wird und Vertrauensleute und Tarifkommissionsmitglieder nicht mehr mitwirken können, sehen wir die demokratische Willensbildung innerhalb unserer Gewerkschaft gefährdet".* Die Redaktion der „gewerkschaftspost" hat dazu lediglich die lapidare Bemerkung parat, daß alle zwölf bezirklichen Tarifkommissionen dem Verfahren (zentral zu verhandeln) und dem Abschluß mehrheitlich zugestimmt haben ...

Chemiekomitee

Entschließung des VI Hoechst an die Delegiertenkonferenz der IG Chemie Hamburg

---

In der letzten Tarifrunde ist es zu einer starken Diskrepanz zwischen unserer gewerkschaftlichen Aufklärung (Flugblätter, Zeitungen etc.) und der Führung unseres Tarifkampfes gekommen.

Das beginnt bei der Aufstellung der Forderung durch die Empfehlung des Hauptvorstandes und der Durchführung des Tarifkampfes auf zentraler Ebene.

Wir sind der Meinung, daß zentrale Verhandlungen, kein geeignetes Mittel ist, alle Kolleginnen und Kollegen in die Tarifbewegung miteinzubeziehen und damit unsere volle Kraft auszuschöpfen. Aber nur durch die Einbeziehung der Kollegen ist es möglich, Forderungen durchzusetzen, die der Gewinnsituation in der Chemieindustrie und vor allen Dingen den Erfordernissen (s. Preiserhöhungen von ca. 4 %) der Kollegen entsprechen.

Durch zentrale Verhandlungen und den für uns alle überraschenden Abschluß wird bei den Kollegen der Eindruck verstärkt, daß es nicht auf sie ankommt und sie wenig Möglichkeiten haben, an dem Ergebnis mitzuwirken. Außerdem wird uns durch zentrale Verhandlungen die Möglichkeit genommen, das unterschiedliche Kräfteverhältnis in den einzelnen Bezirken der starken Front der Arbeitgeberverbände gezielt entgegenzustellen. Das kann nicht der Stärkung unserer Organisation dienen.

Der Abschluß entspricht nicht der wirklichen Gewinnsituation der Chemieindustrie, wie wir es selbst in unseren Publikationen deutlich machen. Wir verlieren das Vertrauen unserer Mitglieder, wenn unsere Forderungen nicht mit unsereren Erkenntnissen Schritt halten. Mit diesem Abschluß von 4,3% haben wir keine reale Lohnerhöhung durchgesetzt, obwohl wir davon ausgehen, daß mit Reallohnerhöhung die Konjunktur angekurbelt wird und dies ein gleichzeitiges Mittel der Arbeitsplatzsicherung ist.

Deshalb erklären wir unsere Unzufriedenheit über dieses Ergebnis, das ohne unser Zutun erreicht wurde. Durch diesen Abschluß wird das Unternehmerargument gestärkt, Lohnzurückhaltung diene zur Überwindung der Krise.

In der abgeschlossenen Tarifrunde waren wir davon ausgegangen, daß Arbeitsplatzsichernde Maßnahmen absolute Priorität haben. Das Ergebnis von 2 Tagen mehr Urlaub kann aber nur als indirekt wirkende Maßnahme auf die Arbeitsmarktpolitik gesehen werden., ist jedoch keine wirksame momentane Hilfe für konkrete von Arbeitsplatzvernichtung und Rationalisierung und dem damit verbundenen Lohnabbau betroffenen Kollegen. Dieses Ergebnis ist deshalb auch unzureichend.

Wir sind nur so stark, wie unsere Mitglieder Anteil haben und in die gewerkschaftliche Tarifpolitik einbezogen sind.

Wir fordern deshalb:

keine zentralen Verhandlungen
Durchsetzung weitergehender arbeitsplatzsichernder Maßnahmen
offensive Tarifpolitik

Rechte BP-Betriebsräte gegen Philipp von Kodolitsch

Bei BP kam es in den ersten Monaten dieses Jahres zu einer recht haarigen Auseinandersetzung zwischen dem IG-Chemie (!)-Betriebsrat und der Verwaltungsstelle der IG-Chemie Hamburg in der Person des Sekretärs Philipp von Kodolitsch. Der Höhpunkt der rechten Kampagne des BP-Betriebsrats gegen bestimmte Äußerungen des Sekretärs von Kodolitsch gegen die BP-Kapitalisten wurde im März erreicht, als der BP-Betriebsrat durch Aushang im ganzen Betrieb den Stil des Sekretärs als *„zu scharf und auch zu unqualifiziert und polemisch"* abqualifizierte. Der durchweg (und langjährig) in der IG-Chemie organisierte BP-Betriebsrat bezog damit bewußt und ausdrücklich an der Seite der BP-Geschäftsleitung Front gegen die offizielle Politik der IG-Chemie-Verwaltungsstelle. Offensichtlich nahm die IG-Chemie die Vorgänge ernst genug, um sich – was durchaus nicht gewöhnlich ist – mit einer Dokumentation des gesamten Verlaufs der Auseinandersetzung an alle Kollegen der BP zu wenden und diese zu einer eigenen Meinungsbildung aufzufordern. Die IG-Chemie-Führung, die in der Vergangenheit alle Hebel in Bewegung gesetzt hat, um linke und fortschrittliche Gewerkschaftsmitglieder aus der Organisation zu katapultieren oder zum Abschlaffen und Resignieren zu bringen, hat es offenbar inzwischen in einigen Betrieben mit einer recht massiven rechten Gilde zu tun. Die Geister, die sie rief, wird sie nicht mehr los....Wir sehen die Auseinandersetzungen, wie sie sich bei BP abgespielt haben (BP gehört bekanntlich zu den einflußreichsten multinationalen Konzernen) im Zusammenhang einer kapitalistischen Strategie, die längerfristig auf den Aufbau eigener gelber Betriebsgewerkschaften hinausläuft. Die IGChemie-BP-Betriebsräte haben durch ihr total unterwürfiges Verhalten gegenüber den eigenen Kapitalisten zu erkennen gegeben, daß sie zu allen Schandtaten bereit sind.

Bei dem Clinch zwischen Verwaltungsstelle und BP-Betriebsrat ging es im wesentlichen um ein Schreiben des Sekretärs Philipp von Kodolitsch, das dieser an die gewerkschaftlich organisierten BP-Kollegen verschickte und in dem er einige kritische Worte zu den laufenden Verhandlungen zwischen Gewerkschaft und BP-Kapitalisten sagte. Bei den Verhandlungen ging es um ein verbessertes Urlaubsabkommen, welches vom BP-Vorstand ultimativ abgelehnt wurde, desweiteren um Vorarbeiten zur "Humanisierung der Arbeitsplätze" und andere Punkte. Kodolitsch enthüllte in diesem Schreiben, daß bei BP in den letzten 6 Jahren gut 23 % der Arbeitsplätze wegrationalisiert wurden und allein 1977 schöne 17 Millionen Mark an Personalkosten eingespart wurden, und dies angesichts der ohnehin äußerst niedrigen Personalkosten in der Mineralöl-Wirtschaft. Insgesamt machen Personal, Instandhaltung, Mieten, Pachten und Abschreibung auf Investitionen nur 8 % der Kosten aus. *"Andererseits soll uns Arbeitnehmern eingeredet werden, in diesen 8 % lägen Wohl und Wehe der Bilanz der deutschen BP-Tochter. Das ganze Gerede hat zum Ziel, weiter auf Kosten der Arbeitnehmer zu wirtschaften. Das ist zynisch. Wenn Herr Buddenberg* (Vorstandsvorsitzender der deutschen BP –AK) *seine Werkszeitung "dabei" in ihrer letzten Schalgzeile trompeten läßt, "Die gemeinsame Anstrengung hat sich gelohnt", dann darf die Frage erlaubt sein: Für wen hat sich's gelohnt? Sicherlich nicht für die Belegschaft, denn es wird weiter rationalisiert, und der tarifpolitische Konfrontationskurs wird durch jedes Zugeständnis nur rabiater. Herr Buddenberg scheint zu denen zu gehören, die die ganze Hand fordern, wenn man ihnen den kleinen Finger reicht."*

Daß sich über solche Benennung der Tatsachen das Management von BP in verschiedenen betriebsinternen Verlautbarungen aufregte, kann nicht so sehr verwundern.

Interessant ist die Distanzierung des BP-Betriebsrates. Zunächst einmal wandte er sich in einem betrieblichen Aushang gegen Kodolitsch, d. h. gegen seine kritischen Äußerungen auf einer Betriebsversammlung sowie gegen seinen Brief an die Kollegen. Angeblich habe der BR Beschwerden erhalten, *"etwa mit dem Grundtenor: "Was denkt der sich eigentlich? So etwas wollen wir hier gar nicht erst einführen!" Die beschwerdeführenden Belgschaftsmitglieder waren durchweg Mitglieder der IG Chemie, so daß man der geäußerten Kritik Beachtung zu schenken hatte"*, schrieb der BR scheinheilig.

Der BP-Betriebsrat machte zusammen mit dem schnell alarmierten Vorstandsfritzen Buddenberg eine gemeinsame Betriebsbegehung, bei der angeblich durchgängig festgestellt wurde, daß die Kollegen über den Gewerkschaftsbrief empört waren und vor allem an einem guten Einvernehmen mit "ihren" Kapitalisten interessiert waren. Bei diesem Rundgang *"wurde auch der anwesende Betriebsrat (bzw. einzelne Mitglieder) gefragt, was denn der Betriebsrat zu unternehmen gedenke, da hier das Betriebsklima in unnötiger Weise über Gebühr belastet wird und Unzufriedenheit und Angst vorsätzlich geschürt werden. In diesen Diskussionen mußte der Betriebsrat nicht nur Abhilfe versprechen, sondern auch versprechen, einen Protest bei der IG-Chemie anzumelden"* – so der Aushang des Betriebsrates. Deutlicher konnte dieser Betriebsrat seine vollkommene Abhängigkeit vom BP-Vorstand kaum formulieren. Folgsam verfaßte der BR ein Protest-Schreiben an den IG-Chemie-Vorsitzenden Hauenschild, in dem u.a. so deutliche Warnungen standen wie: *„Wir möchten unserer Enttäuschung Ausdruck verleihen, wenn in dieser Weise die von uns vertretene Belegschaft schlechtweg von der von uns finanzierten Gewerkschaft (neuerdings ständiges Argument in unserem Betrieb) falsch informiert und damit gegen ihre gesetzlich gewählten Vertreter in vorsätzlicher Weise aufgewiegelt wird."*

Der BP-Betriebsrat behauptete ferner, daß er große Mühe habe, größere Austrittswellen aus der IG-Chemie zu verhindern und sich vorbehalte, auch das Schreiben an Hauenschild im Betrieb zu veröffentlichen, falls die Reaktion nicht nach seinen Vorstellungen ausfalle.

Daß diese rechten Vögel überhaupt in der Weise auftrumpfen können und dabei wohl tatsächlich den größten Teil der Kollegenschaft auf ihre Ausverkaufspolitik einstimmen können, liegt zweifellos an grundlegenden Versäumnissen der Gewerkschaften gegenüber der Rationalisierungspolitik der Kapitalisten, überzeugende Abwehrmaßnahmen bzw. auch nur eine angemessene Aufklärung zu betreiben. Da die Gewerkschaftsführungen die kapitalistische Rationalisierung eigentlich für einen Teil des (unabwendbaren) technischen Fortschritts halten und sie andererseits genau wissen, daß ein energischer Kampf gegen die ungeheuren Ausmaße der anstehenden Rationalisierungen den "sozialen Frieden" in der BRD ganz erheblich stören würde, sind sie im Kern überhaupt nicht an wirklichen Kampfmaßnahmen interessiert. Daß die Kollegen, die selbst in ständiger Angst vor Verlust ihres Arbeitsplatzes leben, unter solchen Voraussetzungen rechten Rattenfängern auf den Leim gehen, ist leider vorhersehbar.

Der Boden für die rechte Kampagne war bei BP durch die Gewerkschaftsführung selbst vorbereitet worden, so daß sie in dieser Tarifrunde das Feld denjenigen Kräften in der Raffinerie überlassen mußte, die schon in den simpelsten gewerkschaftlichen Forderungen einen Angriff auf die „Spezialpartnerschaft" sehen. Die Teufel, die sie rief, wird sie (die IG-Chemie-Führung) auch dann nicht los, wenn sie mal stärker als sonst um gewerkschaftliche Forderungen kämpft – sei es aus besonderem Engagement einzelner Sekretäre, sei es, um in bestimmten Betrieben nicht eine gewerkschaftliche Position nach der anderen zu verlieren.

Chemie-Komitee

Die Sicherheit bleibt ausgesperrt

Umfassende Sicherheitsanalysen, für Atomkraftwerke gesetzlich zumindest vorgeschrieben, sind nach Meinung des nordrhein-westfälischen Arbeits- und Sozialministers Friedhelm Farthmann (SPD) auch für chemische Werke, für die Mineralölindustrie und für Sprengstoffproduzenten notwendig.

Doch die chemische Industrie spielt da nicht mit, sie will den von Farthmann beauftragten Sicherheitsbeauftragten, den Stuttgarter Professor Walter Brötz, nicht in die Betriebe lassen.

Daran änderten auch Verhandlungen mit dem Verband der chemischen Industrie nichts. Als Gründe wurden Befürchtungen von Verlängerungen der behördlichen Genehmigungsverfahren durch Sicherheitsanalysen angegeben, und zum anderen „wolle man überhaupt nicht gern über Sicherheitsdinge reden" (!) („Frankfurter Rundschau" – „FR", 3.6.78). Verständlich wird diese Abneigung, sieht man sich die Ergebnisse von Sonderkontrollen der nordrhein-westfälischen Gewerbeaufsicht an.

Eine Sonderprüfung von Abfüllanlagen und Verladeeinrichtungen für chemische Stoffe, die nach zwei Unfällen mit nachfolgender Giftgaswolke veranlaßt wurde, ergab: Fehlende Überlaufsicherung an Tanks, fehlende Schnellschlußventile für Störfälle, verwechselbare Schläuche und Rohranschlüsse, für die Arbeiter waren keinerlei Schutzmasken oder Schutzanzüge vorhanden.

Die Chemiebetriebe werden jedoch weiterhin sich kaum in die Karten sehen lassen. Farthmann erklärte gegenüber der Presse, daß der Sicherheitsbeauftragte „erst einmal anhand der Unterlagen" arbeiten müsse – Unterlagen, die konkret im Betrieb nicht überprüft werden können.

Chemiekommission

Verbot von Fluorkohlenwasserstoffen

Schweden hat als erstes Land die Herstellung von Aerosolen unter der Verwendung von Fluorkohlenwasserstoffhaltigen Treibmitteln ab 1. Januar 1979 verboten. Die USA haben jetzt diese Sprays zum 15. Dezember 1978 verboten.

Durch Fluorkohlenwasserstoffe wird die für den Menschen lebenswichtige Ozonschicht der Atmosphäre zerstört.

In der BRD gibt es die Forderung des Petitionsausschusses des Bundestages, Spraydosen-Treibgas in Form von Fluorkohlenwasserstoff zu verbieten („Morgenpost", 8.6.78).

Wie lange wird dieses Verbot in der BRD auf sich warten lassen?

Rationalisierungen und Betriebsschließungen

Erdölwerke Frisia AG, Emden. Nachdem die VEBA AG ihren Anteil an dem Betrieb an die Bochumer Mineralölgesellschaft verkauft hat, beginnt diese bei Frisia Massenentlassungen einzuleiten. Von den insgesamt 260 Beschäftigten sollen 170 gehen! Ursprünglich wurde versprochen, daß neu investiert werden sollte. Die Entlassungen trifft die Kollegen besonders hart, weil das Emsland eine besonders hohe Arbeitslosigkeit aufweist. („Gewerkschaftspost"-„gp" 5/78)

Enka AG, Wuppertal.

Wie gemeldet, soll im Enka Werk in Wuppertal Barmen die Perlonproduktion stillgelegt werden. 600 Kollegen sind davon betroffen. Die „gp" meldet jetzt, daß die Kollegen nicht entlassen werden sollen, weil angeblich andere Produktionsteile (die Dialyseproduktion) ausgebaut werden sollen. Nach den bereits erfolgten Entlassungen von mind. 500 Kollegen in den letzten Jahren ist diese Angabe wenig glaubhaft.

GEW Bochum: Überzeugender Sieg der Linken

Einen in dieser Höhe überraschenden Sieg errangen die Linken bei den Wahlen zum neuen Ortsvorstand der GEW Bochum. Diese Wahlen waren notwendig geworden, nachdem der GEW-Hauptvorstand insgesamt zehn Mitglieder des alten Ortsvorstandes und der Bochumer „Info" - Redaktion ausgeschlossen hatte. Fristers Rechnung ging jedoch nicht auf. Gewählt wurden bei hoher Wahlbeteiligung ausschließlich Kollegen, die für eine Rücknahme der Ausschlüsse und Fortführung der alten Vorstandspolitik eintreten. Das Ergebnis dokumentiert die massive Ablehnung der Ausschlußpolitik im Bochumer Ortsverband. Es kann gleichzeitig als Mißtrauensvotum gegen den Hauptvorstand, den NRW-Landesvorstand, der die Ausschlußanträge gestellt hatte, und insbesondere gegen den GEW-Vorsitzenden selbst, der persönlich zugunsten der Rechten in den Wahlkampf eingegriffen hatte, gewertet werden.

Wie bereits im letzten AK berichtet, kandidierten zu den Wahlen zum Ortsvorstand der GEW Bochum zwei Listen - eine um den von Frister favorisierten H.Lachmann und eine linke Liste mit dem Namen „Alternative". Zum erstenmal mußte auf Beschluß des Hauptausschusses der GEW (Bund) und des NRW-Landesvorstandes per Briefwahl gewählt werden, was eine Aussage über das voraussichtliche Wahlergebnis schwer machte, da das Wahlverhalten der „schweigenden Mehrheit" kaum kalkulierbar war. Um so erfreulicher und überraschender das Ergebnis:

Bei einer für GEW-Verhältnisse hohen Wahlbeteiligung von 57,72% (501 Stimmen, davon 464 gültig) erhielt die „Alternative - Liste" durchschnittlich 61,08% (die Spitzenkandidatin 306 Stimmen) und die „Frister-Liste" nur 34,89% (H.Lachmann, der als Denunziant bei den Ausschlüssen in Bochum kräftig mitgemischt hatte, bekam die wenigsten Stimmen überhaupt, nämlich 143). Der Ortsvorstand wird seit dem 1.6.78 ausschließlich von 9 Kollegen der „Alternative" gestellt. Keiner der 10 Kandidaten der Lachmann-Liste konnte ein Amt im neuen Ortsvorstand erringen, obwohl diese von Frister namentlich zur Wahl empfohlen worden waren *(„. . . .bitte ich Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen,* **durch Ihre Stimmabgabe für die hier genannten Kandidaten die Bemühungen des Hauptvorstandes zu unterstützen,** *die GEW als eine demokratische und wirkungsvolle Organisation im DGB zu erhalten";* aus einem Brief Fristers vom 16.5. an alle Bochumer GEW-Mitglieder - Hervorhebung im Orginal).

Die Schlappe von Frister und Co. ist perfekt.

Es hat sich ausgezahlt, daß jedes GEW-Mitglied in Bochum über die Vorgänge um die Ausschlüsse immer genau informiert wurde, und deshalb Fristers plumpe Demagogie bei der Mehrheit nicht verfangen konnte; im Gegenteil - schwankende Kollegen entschieden sich aufgrund des unverschämten Eingreifens des Bundesvorsitzenden eher noch für die Seite der Ausgeschlossenen und die Kandidaten der „Alternative". Die Mehrheit der Bochumer Kollegen unterstützt damit eine Politik, die

- den Zusammenhang zwischen der Kampfkraft der GEW und innergewerkschaftlicher Demokratie herstellt,
- sich für die Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen und gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse ausspricht,
- die Anwendung des Streikrechts für Lehrer fordert (siehe Wahlplattform der „Alternative").

Bisher sind noch keine Reaktionen von Frister oder vom NRW-Landesvorstand bekannt. Die Kandidaten der „Alternative" wurden - wie im letzten AK berichtet - von der GEW-Spitze als *„Anhänger der Propagandisten für den politischen Extremismus"* bezeichnet, die *„gegen jegliche Gewerkschaftsausschlüsse, auch wegen gewerkschaftsschädigenden Verhaltens, (eintreten) und damit die fruchtlosen Streitigkeiten linksextremistischer Sekten in die Gewerkschaften . . . verlagern"* würden. Angeblich verfolgen sie *„ den Kurs einer Roten Gewerkschaftsopposition"* (Brief Fristers vom 16.5.). Dies war eine eindeutige Drohung, daß ein solcher Ortsvorstand für die GEW- und DGB-Spitze untragbar sei. Bisher allerdings haben weder Frister noch der NRW-Landesvorstand eine Stellungnahme zu dem für sie niederschmetternden Wahlergebnis abgegeben. Vielleicht möchte man die nächste Hauptvorstandssitzung am 17.6. abwarten, um dort die weiteren Schritte „abzusegnen"; vielleicht gibt es auch in HV-Kreisen gewisse Zweifel an der ‚Geschicklichkeit' Fristers, mit einer kritischen Basis umzugehen?!

Da es im DGB nicht üblich ist, jemanden, den man einmal als „Extremisten" abgestempelt hat, später zu ‚verschonen' und nach dieser Logik der Ortsvorstand für seine unbotmäßige Wahlentscheidung zu bestrafen ist, empfielt es sich, Fristers Drohungen ernst zu nehmen. Dies bedeutet, daß sich die GEW-Linke angesichts des erfreulichen Wahlergebnisses nicht zufrieden zurücklehnen, sondern stattdessen ihre Solidaritätsarbeit mit den Ausgeschlossenen und dem Bochumer Ortsvorstand verstärken sollte. Daher unterstützen wir die Vorschläge des „Komitees für die Wiederaufnahme der ausgeschlossenen Bochumer GEW-Kollegen":

- *Verbreitung der Dokumentationen über die Ausschlüsse*
- *Berichte an das Komitee über die dazu laufenden Diskussionen in den anderen Stadt- bzw. Ortsverbänden*
- *Unterschriftensammlungen*
- *Einladungen an die Ausgeschlossenen, auf örtlichen Gewerkschaftsversammlungen zu sprechen und mit ihnen zu diskutieren.*

Lehrerkomitee,
KB/ Gruppe Hamburg

„Das Spielchen mit dem 'kleineren Übel' muß aufhören"!

Im folgenden dokumentieren wir den allgemeinen gewerkschaftspolitischen Teil des Programms, mit dem die Kollegen von der linken „Alternative" die Bochumer Vorstandswahlen klar für sich entscheiden konnten.

„Gewerkschaftliche Lehrer- und Bildungspolitik muß sich als Teil gewerkschaftlicher Politik aller in den DGB-Gewerkschaften organisierten Werktätigen verstehen. Sie orientiert sich am grundsätzlichen Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital.

Sie kann nicht an der Erfahrung der gewerkschaftlich organisierten Kollegen vorbeigehen, daß die in der sog. „Wirtschaftswunderzeit" verstärkt auch in die Gewerkschaften eingedrungenen Vorstellungen von der „Sozialpartnerschaft" ihre Fehlerhaftigkeit erneut erwiesen haben. „Sozialpartnerschaft" bedeutet heute insbesondere: Abwälzung der Krisenlasten auf die Werktätigen und ihre Kinder. Dagegen muß eine gewerkschaftliche Politik Widerstand leisten, die sich an den Interessen der Lohnabhängigen orientiert.

Für die GEW bedeutet das: eine sog. „konjunkturgerechte" Lehrer- und Bildungspolitik ist abzulehnen, weil eben damit gerade Krisenfolgen auf Lehrer und Schüler abgewälzt werden.

Der reaktionären Welle in der Bildungspolitik, die durch das Konzept der „Konjunkturgerechtigkeit" gestärkt wird (besonders dann, wenn dieses Konzept sogar von Gewerkschaftsvorständen übernommen wird), **muß entschlossener Widerstand entgegengesetzt werden.** - Im Zusammenhang mit dieser Entwicklung bemüht sich auch verstärkt der **Klerikalismus** (z.B. auch durch den **VBE**), seine verlorenen Positionen im Bildungsbereich zurückzugewinnen. Der „Exorzismus" gewerkschaftlicher Positionen muß gestoppt werden.

Das heißt aber auch: **die Politik der sog. „Reformen"**, die statt wirklicher Reformen im Interesse von Eltern, Kindern und Lehrern Etikettenschwindel oder sogar „konjunkturgerechte" Verschlechterungen (z.B. Rationalisierungsmaßnahmen) als „Reformen" verkauft, **muß von der GEW bekämpft werden.** Das Spielchen mit dem „kleineren Übel" muß aufhören.

In einer Situation, in der die Gewerkschafter vor den Scherben der „Sozialpartnerschafts"-Illusionen stehen, muß auch die GEW verstärkt daran denken, welche Kampfformen ihr für die Durchsetzung ihrer Forderungen zur Verfügung stehen. Besteht Einheit über die Ziele der gewerkschaftlichen Arbeit, so liegt die Voraussetzung für eine stärkere Kampfkraft der GEW in der **verstärkten Mobilisierung ihrer Mitglieder.** Diese Mobilisierung aber setzt **innergewerkschaftliche Demokratie,** voraus, damit z.B. über verschiedene Kampfformen usw. diskutiert und entschieden werden kann. Die Gewerkschaft braucht alle Kollegen, die bereit sind, sich für gewerkschaftliche Forderungen einzusetzen. Heute ist bereits völlig klar, daß diverse **Satzungsänderungen** (wie die außerordentliche Mitgliedschaft der Studenten, die Schwächung der Mitgliederversammlungen, aber auch die Unvereinbarkeitsbeschlüsse mit allen seinen Folgen) der letzten Zeit die GEW geschwächt haben. Daher muß der Kurs jetzt auf Ausweitung der innergwerkschaftlichen Demokratie gestellt werden. Ausschlüsse wegen Unvereinbarkeitsbeschluß und „gewerkschaftsschädigendem Verhalten" wie hier in Bochum können nicht hingenommen werden.

Was die gewerkschaftlichen Kampfformen angeht, so müssen gerade in der jetzigen schwierigen Situation auch „kleinere" Formen - wie Dienst nach Vorschrift, Verweigerung von Überstunden, Protestversammlung, Demonstration usw. - verstärkt ins Auge gefaßt werden, aber entscheidend bleibt weiterhin das **Streikrecht** auch für Lehrer. Das Streikrecht erkämpft man durch seine Anwendung, nicht durch Gutachten."

Vertrauensleuteversammlung gegen Besoldungskürzungen

Hamburg. Nach der Warnstreik-Auseinandersetzung des vergangenen Jahres fand in Hamburg am 8.6. wieder eine Vertrauensleute-Versammlung (VV) der GEW zum Thema Besoldungskürzungen statt. Es ist den Kollegen und nicht dem Landesvorstand zu verdanken, daß diese VV an die Zielsetzungen und Erfahrungen der Auseinandersetzung des letzten Jahres anknüpfte und perspektivweisende Beschlüsse faßte.

Im Mittelpunkt der Diskussion standen die Absichten der Bundesregierung, die Referendarsgehälter um bis zu 16,1 % zu kürzen und die Lehrer nicht voll an dem im öffentlichen Dienst ausgehandelten Tarifabschluß teilhaben zu lassen (vgl. AK 130). Auch wenn diese Absichten in der GEW einhellig abgelehnt werden, so war doch offensichtlich der Landesvorstand auf Betreiben Fristers nicht bereit, eine Diskussion über einen Streik in der GEW aufkommen zu lassen. Begründet wurde dies vorzugsweise damit, daß man in Hamburg mit einem Streik allein stehen würde. So wurde der Bremer GEW-Vorsitzende Stelljes zitiert, der gesagt haben soll, daß in Bremen dazu überhaupt keine Mobilisierung möglich sei. Oder von der NRW-Landesvorsitzenden Brusis wurde berichtet, daß sie eine Mobilisierung für unmöglich halte, weil der Organisationsgrad ihres Landesverbandes zu niedrig sei. (Kein Wunder bei der Ausschlußpraxis der nordrheinwestfälischen GEW-Führung ...). Wurden schon im vergangenen Jahr Kampfmaßnahmen mit dem Argument abgewiegelt, daß Hamburg isoliert von den anderen Landesverbänden dastehen würde, so entlarvte sich die Verlogenheit dieser Argumentation dadurch, daß eine Einladung der VV an Vertreter der GEW Hessen zur nächsten VV, *„um mit ihnen die Durchführung von Kampfmaßnahmen auf ähnlichem Erfahrungshintergrund aus dem vergangenen Jahr zu beraten"*, nur mit energischem Druck der Vertrauensleute durchgesetzt werden konnte.

Der größte Erfolg der VV zur Einleitung einer Mobilisierungskampagne für einen Streik war jedoch, daß festgelegt wurde, daß der Vorstand in der zweiten Woche nach den Sommerferien eine VV mit dem Thema *„Beratung und Beschlußfassung über die Durchfürhung von Kampfmaßnahmen bis hin zur Urabstimmung und Streik für den Organisationsbereich der GEW-Hamburg"* einberufen soll. Der Vorstand wollte lediglich „eventuell" eine VV mit dem diffusen Thema „Kampfmaßnahmen" durchgeführt wissen, um sich nicht festzulegen.

Mit diesem Beschluß wurde nicht nur ein konkretes Ziel für die Mobilisierung der Kollegen geschaffen, die jetzt mit einer Unterschriftensammlung — die auch auf andere Einzelgewerkschaften ausgedehnt werden soll — anläuft, sondern hiermit wurde auch der Illusionsmacherei entgegengetreten, daß mit Hilfe des Hamburger Senats die Kürzungen abgewendet werden könnten.

So hatte die Hamburger GEW ein Flugblatt mit der Überschrift *„Bürgermeister Klose und Senator Steinert sprechen sich gegen die vorgesehene Kürzung der Anwärterbezüge aus"* verbreitet und darin ihre Hoffnung ausgedrückt, daß diese im Bundesrat gegen den Gesetzentwurf der Bundesregierung stimmen würden. Wenn man bedenkt, daß Klose nur deshalb gegen den Entwurf ist, weil er ihm nicht weitgehend genug erscheint — er fordert ja bekanntlich eine BaFöG-Regelung für die Referendare — so ist dies doch eine recht gewagte „Bündnispolitik", die eine Streikmobilisierung nicht ersetzen kann.

Auch im zweiten Hauptpunkt der VV zum Plakettenverbot an Hamburgs Schulen mußte der Landesvorsitzende Lemke feststellen, daß die Mitglieder durchaus konsequentere Vorstellungen als er selbst darüber haben, wie die Interessen der Kollegen gegenüber der Behörde durchgesetzt werden können. So wurde der Beschluß des Landesvorstandes vom 2. Mai kritisiert. Dort hatte es u.a. geheißen:

„Die GEW wird ihre Mitglieder nicht zum Tragen der Plakette auffordern. (...) Kolleginnen und Kollegen, die nach Zustellung dieses Beschlusses weiter Plaketten tragen, erhalten keinen Rechtsschutz".

Stattdessen stellte die VV fest, *„daß jeder Kollege, der die Plakette trotz aller Verbote und Einschüchterungen weiter trägt, in dieser Entscheidung respektiert und von den Kollegen und GEW-Gremien nach Kräften unterstützt wird. Die VV fordert dazu eine regelmäßige Berichterstattung über den Fortgang der Auseinandersetzungen um das Tragen der Plakette.*

Insbesondere fordert die VV den Landesvorstand auf, allen Kollegen, die von Disziplinarmaßnahmen betroffen sind, Rechtsschutz zu gewähren und seinen Beschluß vom 2. Mai entsprechend zu revidieren."

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

HBV

Poullain-Affäre
„Wenn man jemand opfern will, dann muß man es doch honorig tun"

Eine zunächst beschwichtigende Funktion ist dem Richtspruch vom 31.5.78 in der Poullain-Affaire beizumessen. Poullain hatte bei der Westdeutschen Landesbank (Welaba) Ende letzten Jahres als Vorstandsvorsitzender seinen Hut genommen, nachdem bekannt geworden war, daß er von einem „undurchsichtigen" Finanzmakler Schmidt ein Beraterhonorar in Höhe von 1 Million DM in bar kassiert hatte. Diesem Finanzmakler hatte Poullain neben Beratungen auch 30 Millionen DM Kredit der Welaba gewährt, ihn mit einer Bankbürgschaft aus der Untersuchungshaft ‚rausgeholt' (wo dieser wegen Verdacht auf betrügerischen Bankrott saß) und Firmen, in denen Schmidt seine Finger drin hat, Kredite in Größenordnungen von 55 Millionen DM vermittelt, wobei Herr Schmidt selbst mehr als 3,85 Millionen DM als Vermittlungssumme kassierte. Seinen Rücktritt hatte Poullain der Welaba zu dem Preis verkauft, daß diese ihm weitere 5 Jahresgehälter zahlen sollte (ca. 700.000 DM betrug sein jährliches Salär) bzw. für den Fall, daß er strafrechtlich verurteilt werden sollte, eine angemessene Rente. Nachdem ihm jedoch im Januar fristlos gekündigt worden war, dachte die Welaba nicht daran, diesen Preis zu zahlen.

Poullain klagte auf Vertragserfüllung. Im Richterspruch wird diesem Vertrag die Rechtsgrundlage lediglich aus f o r m a l j u r i s t i s c h e n Gründen abgesprochen (Poullain hatte mit dem Präsidial-Ausschuß und nicht mit dem dafür zuständigen Verwaltungsrat der Bank verhandelt). Damit hat das Gericht jedoch auch gleichzeitig den Rücktritt Poullain's zu einer unwirksamen Handlung befunden, denn der Rücktritt war vor dem gleichen Gremium ausgesprochen worden. Über Poullain's fristlose Entlassung von Anfang des Jahres ist noch nicht endgültig rechtskräftig entschieden – insgesamt ist also noch nicht einmal geklärt, ob Poullain nicht eventuell h e u t e noch Chef der Welaba ist.

Richter Mauritz hob hervor, daß der Abfindungsvertrag rechtsungültig sei, und gab Poullain in seiner Schlußbemerkung ausdrückliche Hinweise, daß *„mangels konkreter Klageanträge"* Poullains es dem Gericht nicht möglich gewesen sei, auch in den
folgenden Fragen zu entscheiden:
folgenden Fragen zu entscheiden:

„1. Ob die fristlose Entlassung des Bankiers ... verbindlich erfolgt sei.
2. Ob die fristlose Entlassung gerechtfertigt sei.
3. Ob die die Entlassung stützenden Tatsachen „wahr und beweisbar" seien.
4. Ob Poullains Behauptung zutreffe, er sei ausschließlich aus politischen Gründen entlassen worden.
5. Ob die Westdeutsche Landesbank-präsidialausschußmitglieder Poullain zu Schadenersatz verpflichtet seien ..." („FR", 1.6.78)

Weitere Enthüllung zu erwarten?

Diese ausdrücklichen Hinweise auf Poullains doch recht günstige Rechtsposition haben sicherlich auch eine taktische Variante:

Einerseits muß der Welaba und damit der (sowieso in dieser Affaire schwer angeschlagenen) Landesregierung genüge getan werden, vor der Öffentlichkeit sich deutlich von einem „skandalumwitterten" und „bestechlichen" Sündenbock Poullain distanzieren zu können. Andererseits ist ein schlecht abgefundener Poullain möglicherweise eine Quelle für manch unliebsame Enthüllung über die Geschäftspolitik der Landesbank und der Landesregierung. Bekannt geworden ist hier bereits, *„daß der Bank-Vorstand dem Zeugen Poullain vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß des Düsseldorfer Landtags zum Fall Reichel keine Aussagenehmigung erteilt hat."*(!!) („FAZ",25.4.78).

Der „Fall Reichel" betrifft den Nachfolger Poullains, den Sozialdemokraten Völling, der *„im Fall der Textilwerke Reichel ... auch jahrelang dem schlecht gewordenen Geld gutes Geld nachwerfen zu müssen glaubte, um nicht alles zu verlieren."* („FR", 25.4.78) (Ähnlich hatte die Begründung für die Bürgschaft für den inhaftierten Finanzmakler Schmidt ausgesehen, der auch nur freigekauft ‚Geschäft machen konnte'.)

Jeder Finanzkapitalist in der Grössenordnung eines Poullain dürfte einen „Born" an möglichen Enthüllungen mit sich herumtragen. Dazu ist der am „Fall Poullain" aufgedeckte „Schmidt-Skandal" vielzusehr regelmäßiger Bestandteil der Geschäftspolitik des Finanzkapitals.

Beweise dafür sind allein die zahlreichen Korruptions- und Bestechungsskandale wie Helaba (Milliarden-Spekulationen im Baugeschäft und Veruntreuung von Bankgeldern für die SPD-Parteikasse), Landesbank Rheinland-Pfalz (Wertpapierschmuggel für über 300 Millionen DM ins Ausland) etc.



Die „saubere" Landesregierung

Doch auch das Verhalten der weiteren „Opfer" in der Poullain Affaire zeigt, daß auch eine „großzügige" Geschäftspolitik eines Bankiers von Ministern und Ministerpräsidenten toleriert wird, sofern nicht andere Interessen der Parteien berührt werden: Bereits am 25.7.77 hatte der NRW-Justizminister Posser *„auf dem Dienstweg vom Generalstaatsanwalt in Hagen"* erfahren, *„daß gegen Poullain wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung und der passiven Bestechung ermittelt wird."* („SZ", 13.1.78)

Am 10.10.77 erfuhr der sozialdemokratische Finanzminister Halstenberg, der die Staatsaufsicht über die Welaba führte, von den Ermittlungen.
Und wie Ministerpräsident Kühn
Und wie Ministerpräsident Kühn nach längerem Leugnen gegenüber dem Landesparlament schließlich zugeben mußte, hatte auch er seit dem 9.11.77 davon gewußt.

Dennoch wurde Poullain mit der Stimme Halstenbergs sowie von vier weiteren NRW-Ministern und mit Wissen des Ministerpräsidenten Kühn am 2.12.77 erneut für fünf Jahre zum Vorstandsvorsitzenden gewählt.

Zu diesem Zeitpunkt waren für die Landesregierung ganz andere Dinge entscheidend an der Welaba: *„Die Landesregierung"* wollte *„die Westdeutsche Landesbank, das größte öffentlich rechtliche Kreditinstitut der Bundesrepublik, erheblich stärker als bisher kontrollieren."* („FAZ", 19.12.77). Sie plante eine Statutenänderung, die beinhaltete, *„die Landschaftsverbände aus der Gewährträgerversammlung zu entfernen und deren Anteile am Stammkapital zu gleichen Teilen (!) auf das Land und die Sparkassen zu übertragen"* („FAZ", 19.12.77). Damit hatte die Düsseldorfer SPD sich den *„direkten Zugriff auf die Bank"* („FAZ", 19.12.77) versprochen, denn:

„Normalerweise hätte man erwarten können, daß die Regierung die Hälfte ihrer sechs Sitze im Aufsichtsgremium der Landesbank an das Parlament abgibt, sozusagen für jeden Fraktionsvorsitzenden einen Platz. Das wiederum will die Regierung Kühn nicht, so daß die SPD nun über die Verdrängung der Landschaftsverbände dem Landtag eine komplette Bank im Verwaltungsrat der Welaba verschaffen möchte." („FAZ", 19.12.77)

„In den beiden mit je zwölf Ratsmitgliedern besetzten Kreditausschüssen, in denen die wichtigsten Millionen-Ausleihen genehmigt werden müssen, verfügen die Landesvertreter genau über die Hälfte der Sitze." („Spiegel", 52/77).

Poullain hatte diese Politik des Zugriffs der SPD auf die Welaba als *„glatte Kreditschädigung"* im Ausland bezeichnet.

Die „Anlässe", die die Landesregierung raussuchte, um stärkere Prüfungskompetenzen der Geschäftspolitik Poullains zu begründen, waren zunächst auch so dürftig, daß sie von Poullain schnell abgeschmettert werden konnten: Kühn zog sich hoch an einem Dollar-Spekulationsgeschäft über 270 Millionen DM (bei der Grössenordnung der Geschäfte der Welaba durchaus im Rahmen liegend, aber eben mißglückt) und an einer zweifelhaften Anlage von 24 Millionen DM in einem Bürohaus in London. Beides kein Grund für einen „gestandenen" Chef der größten Landesbank, um sich schärfere Kontrolle gefallen lassen zu müssen.

Als dann jedoch die Steuerfahndung bei Finanzmakler Schmidt die Millionenquittung von Poullain fand, wurde dieses heiße Eisen zum Stolperstein für den mächtigen Bankier.

Doch nicht nur für ihn:Inzwischen stolperte auch Halstenberg
und Kühn. Halstenberg mußte An-
und Kühn. Halstenberg mußte Anfang des Jahres von seinen Amt als Minister zurücktreten.

Jammerte doch Halstenberg nach einer Landtagssitzung zu recht: *„Wenn man jemand opfern will, dann muß man es auch honorig tun."* („Spiegel", 3/78)

Interessant dürfte noch werden, was im Prozeßverlauf an weiteren Dingen zu Tage tritt, wenn das Gericht in die Befassung der inhaltlichen Differenzen eintritt und den Vorwurf Poullains, er sei aus politischen Gründen entlassen worden, behandelt.

Banken Zelle
KB/Gruppe Hamburg

Betriebsrat bei Coop: Mauscheleien oder Informationen

Bei der Forum (eine COOP-Gesellschaft in Hamburg) kommt es zu ersten Auseinandersetzungen, nach der Betriebsrat-Wahl:

Die alten Betriebsräte, die durch Losentscheid eine 3 : 2 Mehrheit haben, versuchen diese auszuspielen. So haben sie den Vorsitzenden und Stellvertretenden unter sich ausgemacht, ohne nur in Erwägung zu ziehen, daß 50 % der Kollegen dabei unter den Tisch fallen. Hierüber wurden die Kollegen zusätzlich zur mündlichen Berichterstattung auch durch ein Info informiert, wo auch gleich auf die nächste Sitzung hingewiesen wurde: *„In der heutigen BR-Sitzung soll die neue Geschäftsordnung (GO) diskutiert werden. Grundlage ist die GO des alten BR. Besonderen Wert legen die Vertreter der Liste 2 (die 3 alten Mitglieder. 2 davon Abteilungsleiter – Anm. AK) auf die Ergänzung ...: Mitglieder und Ersatzmitglieder sind verpflichtet, über den Inhalt von BR-Sitzungen Stillschweigen zu bewahren, sofern sie nicht im Einzelfall davon entbunden werden."*

Die Liste 1 der beiden Betriebsrätinnen (insgeamt besteht die Liste aus 5 Kolleginnen) forderte demgegenüber im gleichen Info: *„Der BR veröffentlicht die Protokolle der Sitzungen durch Aushang am Mitteilungsbrett ..."*

Damit trafen sie die Zufallsmehrheit an ihrer empfindlichsten Stelle: Wußten die alten BR's doch, daß das Info auch bei ihren Wählern ausgezeichnet ankam, und ihnen nicht zwei dumme Frauen gegenübersitzen, die sich verarschen lassen!

Sie versuchten es mit Einschüchterung auf der BR-Sitzung, spielten Kriminalisten („wer steckt hinter dem Pamphlet?") wollen vor Gericht ziehen und drohten sogar eine „Gegendarstellung" an. Auf diese „Gegendarstellung" wartet der ganze Betrieb nun schon eine ganze Weile.

Für alle Kollegen ist eine breite Informationspolitik des BR gerade angesichts der bei der Forum wie vorher schon in anderen COOP-Betrieben anstehenden Rationalisierungen (Umstellung der manuellen Arbeiten auf Computer und Datensichtgeräte) notwendig. Daher muß von den fortschrittlichen Betriebsrätinnen und allen Kollegen auf der Forderung bestanden werden.

COOP-Zelle
KB/Gruppe Hamburg

GEW

Frister verteidigt Berufsverbote

In einem Brief an den Vizepräsidenten des schwedischen Lehrerverbandes, Ove Engmann, versuchte jüngst der GEW-Vorsitzende Erich Frister „Mißverständnissen" über die westdeutsche Berufsverbotespraxis entgegenzutreten. Dieser Brief, der auch in der GEW-Zeitung „Erziehung und Wissenschaft" (Mai 78) veröffentlicht wurde, ist ein Musterbeispiel dafür, mit welch einer Unverschämtheit und Verlogenheit westdeutsche Gewerkschaftsführer die Berufsverbote rechtfertigen. Die Überschrift: *„Rechtsstaatlichkeit ist oberstes Gebot"* sagt eigentlich schon alles: *„Aufgrund der besonderen historischen und zeitgeschichtlichen Erfahrungen in der Bundesrepublik Deutschland halten wir es für notwendig, die Demokratie streitbar zu verteidigen. Dabei ist Rechtsstaatlichkeit oberstes Gebot. Es gibt nur wenige Länder, die denjenigen, die nicht in den Staatsdienst aufgenommen werden, darüber einen schriftlich begründeten Bescheid erteilen, der der Nachprüfung durch die Gerichte in drei Instanzen unterliegt."* Zynismus hoch drei! Kein Wort natürlich darüber, wie denn diese ach so „rechtsstaatliche" Überprüfung der Berufsverbote durch die Gerichte in der Praxis aussieht. Zwar gäbe es *„bei der Abwehr von Verfassungsfeinden ... örtlich Übereifer und Mißgriffe"*, wogegen die Gewerkschaften auch „kämpfen" würden, aber durch den Rechtsschutz der Gewerkschaft und durch Verhandlungen oder auch Prozesse *„werden die Mißgriffe in aller Regel beseitigt"*. Na also, ist ja alles in Butter und überhaupt kein Grund zur Aufregung vorhanden.

Ein generelles Berufsverbot gegen Mitglieder bestimmter Organisationen gäbe es sowieso nicht, weil nicht die bloße Mitgliedschaft entscheidend für die Ablehnung sei, sondern die politische Aktivität. Es gibt natürlich auch keine Verhöre, sondern nur *„Gespräche* (Anhörungen) *bei Einstellungen"*, bei denen sogar jeder das Recht habe, einen Gewerkschaftsfunktionär, Betriebsrat oder Rechtsanwalt mitzubringen. Daß die Wirklichkeit anders aussieht, weiß Frister natürlich ganz genau. Aber was soll's. Zur Rechtfertigung der Berufsverbote wird eben auch gelogen, daß sich die Balken biegen. So gibt es laut Frister auch nicht 3.000, sondern höchstens 300 Fälle von „Nichteinstellungen" seit 1972!

Aber Frister leugnet nicht nur das Ausmaß der Berufsverbotspraxis, er fordert sogar eine verschärfte Anwendung:

„Betroffen sind Angehörige der kommunistischen Parteien KPD, KPD/ML und KBW. Diese Parteien fordern den Bürgerkrieg. Es ist feste Auffassung der deutschen Gewerkschaften, daß Anhänger des Bürgerkriegs vom Staat nicht beschäftigt werden sollen. Außerdem sind die Anhänger der DKP betroffen. Die DKP ist eine Partei, die nach ihrem Programm die staatliche und gesellschaftliche Ordnung der Sowjetunion und der DDR als vorbildlich ansieht. In diesen staatlichen und gesellschaftlichen Ordnungen werden weder die grundlegenden Menschenrechte garantiert, noch gibt es freie Gewerkschaften noch das Recht der Arbeinehmer auf Arbeitskampf. Nach Auffassung der deutschen Gewerkschaften sollen diejenigen, die die Menschenrechte und die Freiheit der Gewerkschaften beseitigen wollen, nicht im Staatsdienst beschäftigt werden." Damit rechtfertigt und fordert Frister prinzipiell Berufsverbote für DKP-Mitglieder. Übrigens: Wie steht es mit dem Arbeitskampf-Recht für Lehrer in der BRD??

Zu bemerken bleibt noch, daß Frister vollkommen „vergessen" hat, daß inzwischen in zunehmender Anzahl auch Unorganisierte und Sozialdemokraten vom Berufsverbot getroffen werden. Darüber hinaus hat er „v.rgessen", daß bis heute kein einziger Alt- oder Neo-Nazi ein Berufsverbot erhalten hat. Dafür setzt er jedoch immer fleißig Faschisten und Kommunisten miteinander gleich.

Dieser Erguß Fristers hat offenbar sogar DKP-Kreise zum Nachdenken gebracht. In der DKP-nahen „Deutschen Volkszeitung" vom 1.6. jedenfalls findet sich ein Artikel, in dem erstmalig eine Kritik an der Haltung Fristers zu den Berufsverboten veröffentlicht wird, anstatt sie, wie bisher, mit wohlwollendem Schweigen zu übergehen, um ja nicht das so sehnlichst herbeigewünschte „Bündnis mit den Gewerkschaften" zu gefährden.

Berufsverbote-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Kurzmeldungen

Da es sich durch ein Plakat der GEW beleidigt fühlt, stellte das Ansbacher Verwaltungsgericht Strafanzeige gegen den Bezirksvorstand Mittelfranken und schickte ihm die Kripo auf den Hals. Anlaß ist die scharfe Kritik des linken GEW-Verbands an dem Berufsverbot gegen den Kriegsdienstverweigerer H. Häberlein (DfG/VK), das besagtes Gericht auf dem Gewissen hat. Die GEW hatte die „provinzielle Justiz in Ansbach" angeprangert, „die im wilden Markgrafen-Stil einen Lehramtskandidaten mürbe gemacht hat". U.a. heißt es in dem Plakat zu dem Urteil: *„Muß man nach alledem nicht feststellen, daß es dem Verwaltungsgericht nicht gelungen ist, bestehende Zweifel daran auszuräumen, ob es als unabhängige Gewalt jederzeit und insbesondere in Krisenzeiten bereit sein wird, die demokratischen Grundrechte aktiv zu verteidigen?"*.

Nachdem das bayerische Kultusministerium zunächst den Aushang des Plakats in den Schulen untersagt hat, schreitet die Justiz nun zur „rechtsstaatlichen" Bestrafung der frevlerischen Kritik (nach „Nürnberger Nachrichten", 8.6.78).

***

Der anläßlich eines gegen ihn angestrengten Ausschlußverfahrens aus der GEW ausgetretene ehemalige NRW-Landesvorsitzende Gisbert Gemein macht in Springers „Welt" (8.6.) wieder von sich reden. Der Experte für (bzw. gegen) „kommunistische Unterwanderung" gibt dort bekannt, er habe in den Jahren 1971 bis 1975 *„rund 100 Ausschlußverfahren gegen Mitglieder radikaler K-Gruppen durchgekämpft, — 90 Prozent der Anträge habe ich selbst gestellt"*. Auch die Rückstufung der Studenten in der GEW in den Status außerordentlicher Mitglieder schreibt sich Gemein als Verdienst zu.

Gemein kandidiert zu den Personalratswahlen in NRW mit einer eigenen, von der „Welt" wärmstens unterstützten, reaktionären Liste, die den irreführenden Namen „Alternative" trägt, im Gymnasialbereich. Vorbild für ihn ist ein ähnliches Unternehmen einer rechten Spalterfraktion vor zwei Jahren in Hamburg (heute ist diese Fraktion weitgehend aus der Hamburger GEW ausgeschlossen).

Gemeins Wahlaussage ist damit recht klar: Sollte er in den Personalrat einziehen, dürfte er sich mit dem „Durchkämpfen" von Berufsverboten befassen: „90% der Anträge stelle ich selbst..."



Aus dem inkriminierten Plakat der GEW Mittelfranken



Nachrichten aus Schule und Hochschule



Klarer Fall von „Untreue"

Göttingen: Der Computer hatte kaum die ersten Hochrechnungen zu den Landtagswahlen ausgespuckt, als die geschlagenen FDP-Wahlkämpfer betroffen feststellten, daß sie wohl dem umweltbewußten Teil der Bevölkerung „ihre Ziele nicht genügend hätten verdeutlichen können". Welche Ziele nicht nur die FDP in Sachen Umweltschutz/Atomenergie vertritt, wird am 21. Juni vor dem Göttinger Amtsgericht wieder einmal deutlich werden: unter wesentlicher Mitwirkung der ehemaligen niedersächsischen CDU/FDP-Regierung müssen sich drei ehemalige AStA-Referent(inn)en (aus dem turbulenten Wintersemester 1976/77) wegen „Veruntreuung studentischer Gelder" verantworten, weil sie aus AStA-Mitteln Busfahrten zu den Anti-AKW-Demonstrationen in Brokdorf und Grohnde mitfinanziert hatten.

Im vierten Göttinger „Untreueverfahren" soll der Unterstützung der Anti-AKW-Bewegung durch zahlreiche ASten in der BRD der Prozeß gemacht werden.

Bereits am Anfang dieses Jahres standen in drei Prozessen 6 AStA-Referenten aus früheren Jahren (durchweg Juso-ASten) wegen Wahrnehmung des Politischen Mandats vor Gericht. Die Angeklagten hatten starke Fürsprecher: der Göttinger SPD-Ortsverein solidarisierte sich mit den Angeklagten, v. Oertzen trat in den Prozessen als Gutachter auf, und selbst die Göttinger Lokalpresse bedauerte, daß auf den Jusos die Hypothek des „Buback-AStA" lasten würde und sie möglicherweise mit skandalösen Mißbräuchen studentischer Gelder identifiziert würden, die ganz andere Kräfte zu verantworten hätten ... Diese „ganz anderen Kräfte" hatte dann offenbar auch das Gericht im Auge: überraschenderweise endeten die Prozesse mit fünf Freisprüchen (mangels Beweisen und wegen „Verbotsirrtum"), und nur einer der Angeklagten wurde zu einer geringen Geldstrafe verurteilt. In den Urteilsbegründungen jedoch stellte das Gericht die Weichen für eine Verurteilung in dem nächsten, politisch ungleich brisanteren Prozeß.

Die Richter stellten nämlich klar, daß

- das politische Mandat rechtswidrig und
- seine Wahrnehmung strafbar ist;
- der AStA-Vorsitzende und der Finanzreferent für sämtliche Tätigkeiten verantwortlich sind (auch im strafrechtlichen Sinn);
- die AStA-Referenten verpflichtet sind, rechtswidrige Aktivitäten und Beschlüsse der Verfaßten Studentenschaft (einschließlich des Studentenparlaments und der Fachschaftsräte) zu unterbinden bzw. aufzuheben;
- ein „Verbotsirrtum" den AStA-Referenten spätestens seit 1976 nicht mehr zugestanden werden kann.

Deutlicher konnten die Richter nicht mehr mit dem Zaunpfahl winken. „Beim nächsten Mal schlagen wir zu!" - diese Absicht war der Tenor der Urteilsbegründung und das „Göttinger Tageblatt" orakelte, daß nach den Freisprüchen *„die dicken Brocken"* noch zur Verhandlung ausstehen.

Mit den „dicken Brocken" war vor allen Dingen die vom Göttinger AStA und dem „Arbeitskreis gegen Atomenergie" organisierte massenhafte Beteiligung Göttinger Studenten an den großen Anti-AKW-Demos gemeint. In der Öffentlichkeit wurde der AStA als *„Mitorganisator des Studentenkriegs in Grohnde"* geehrt, spitz(el)findige RCDSler wollten AStA-Mitglieder, ausgerüstet mit aus studentischen Geldern finanzierten Walkie-Talkies bei der Generalprobe auf dem Campus beobachtet haben, und die Popo klapperte - laut Prozeßakten - Göttinger Kaufhäuser und Eisenwarenhandlungen ab, um den vom AStA eventuell getätigten Großeinkäufen (Helme, Zitronen, Halstücher) auf die Spur zu kommen. Schließlich behauptete der RCDS, der AStA hätte gar ein *„Waffenlager bei Grohnde"* eingerichtet. Die Anklageschrift beruht auf Erkenntnissen, die auf einschlägigeren Wegen gewonnen wurden: als Pfingsten 1977 in der berüchtigten Großrazzia nach den Urhebern des Buback-Nachrufs geforscht wurde, beschlagnahmte die Staatsanwaltschaft sämtliche AStA-Geschäftsunterlagen und fand heraus, daß der AStA u.a.

– 73 DM in die zweite Brokdorf-Demo gepumpt hatte;

– mit 6440 DM Zuschuß rund 800 Anti-AKW-Gegnern die Busfahrt zur dritten Brokdorf-Demo am 19.2.77 ermöglicht hatte und

– 1000 Studenten mit 508,90 DM bei der Fahrt zum AKW Grohnde am 19.3.77 unter die Arme gegriffen hatte. Ein klarer Fall von Untreue! Denn untreu sind die AStA-Referenten nicht nur den „satzungsgemäßen Aufgaben" geworden, sondern auch dem Dogma des bürgerlichen Wissenschafts- und Forschungsbetriebes, nach dem die erfinderischen Zwerge an den Unis das know how beispielsweise der Atomtechnologie zu liefern haben, sich um die gesellschaftliche An- und Verwendung ihrer geistigen Produkte aber keinesfalls zu kümmern, geschweige denn dagegen anzugehen haben. Die Wissenschaft hat kein politisches Mandat und die Studentenschaft schon gar nicht!

Zwar hat das Bundesverfassungsgericht vor kurzem in einem Urteil zum hessischen Hochschulgesetz anerkannt, daß es nicht gegen die Freiheit von Forschung und Lehre verstoße, wenn der Gesetzgeber von den Wissenschaftlern verlangt, die *„gesellschaftlichen Folgen ihrer Erkenntnisse* mitzubedenken *und Uniorgane über Forschungsergebnisse zu unterrichten, die bei verantwortungsloser Verwendung erhebliche Gefahr für die Gesundheit, das Leben oder das friedliche Zusammenleben der Menschen herbeiführen können"* (FR, 18.5.). Werden aus dem „Mitbedenken" aber praktische Schlußfolgerungen gezogen, und richten sich diese dann auch noch konkret gegen Atomkraftwerke, hört der Spaß mit der „Verantwortung" auf!

Am 21. Juni geht es deswegen nicht nur um eine Abrechnung mit dem leidigen Göttinger AStA, sondern auch um den Versuch, die Diskussion um Atomkraftwerke aus den Unis rauszuhalten und die Bürgerinitiativen von wichtigen Bündnispartnern abzuschneiden.

Informiert bitte über den Prozeß und schickt Solidaritätsadressen an: AStA Uni Göttingen, 34 Göttingen, Nikolausberger Weg 9.

Schulstreik in Schleswig-Holstein beschlossen

Am 8./9. Juni beschlossen die Landesschülervertretungen der Gymnasien und berufsbildenden Schulen mit überwältigender Mehrheit, in Schleswig-Holstein im Rahmen einer Aktionswoche vom 26. Juni bis 1. Juli einen Schulstreik durchzuführen.

Der Widerstand der schleswig-holsteinischen Schüler gegen den stockreaktionären Schulgesetzentwurf (SGE) der CDU-Landesregierung wächst. Durch den SGE sollen die Rechte der Schüler noch weiter beschnitten werden: es soll kein politisches und imperatives Mandat für Schülervertretungen geben; mißliebige Schüler und Vertretungsorgane können von den Schulbehörden abgesetzt werden; Schülergruppen und Schülervertretungen dürfen nur auf dem Boden der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung" arbeiten - das alles ist nur ein Teil der vielen im SGE vorgesehenen Schikanen und Disziplinierungsmaßnahmen!

Gegen den SGE hatten bereits am 4. Februar in Kiel 4000 Schüler demonstriert. Wahrscheinlich Anfang Juli soll nun die zweite Lesung des SGE im schleswig-holsteinischen Landtag stattfinden. Diese Lesung war von der Landesregierung vom Februar in die Sommerzeit verlegt worden, offensichtlich in der Erwartung, dann mehr „Ruhe" an den Schulen zu haben. Daraus wird nun nichts!

Die Landesschülervertretungen rufen für den Schulstreik und eine landesweite Demonstration in Kiel zum Abschluß der Aktionswoche unter den Forderungen auf:

- *Für ein freies Selbstbestimmungsrecht der SVen!*
- *Für ein allgemeinpolitisches Mandat der SVen und freie politische Betätigung in der Schule!*
- *Weg mit den Ordnungsmaßnahmen gegen Schüler!*
- *Weg mit dem Ermächtigungsparagraphen 110.*
- *Weg mit dem viergliedrigen Schulsystem und dem Zensurensystem!*

Drei Wochen vor der Tagung der Landesschülervertretungen hatte in Neumünster ein Schülerkongreß mit 600 Teilnehmern stattgefunden, auf dem u.a. eine Podiumsdiskussion der Parteien und ihrer Jugendorganisationen stattfand: während Kultusminister Braun und JU-Vorsitzender Kalinka unter Gepfeife und Sprechchören „Schulstreik- landesweit!" den SGE verteidigten und drohten, ein Schulstreik sei illegal, reichte die Palette bei den übrigen Teilnehmern auf dem Podium - angesichts des kommenden Landtagswahlkampfs - von „Verständnis" für Schulstreik bis zu erklärter Unterstützung. Neitzel von der FDP forderte die Landesregierung auf, keine repressiven Maßnahmen gegen einen Schulstreik zu unternehmen, „da dies nicht in erster Linie eine rechtliche, sondern eine politische Frage" sei. SPD- Vorstandsmitglied Lund äußerte „sehr, sehr viel Verständnis für einen Streik", denn „die Arbeiter haben sich vor 100 Jahren auch das Streikrecht genommen!" Offene Sympathien erklärten die Sprecher der Jusos und Judos.

Auf dem Kongreß stimmte eine überwältigende Mehrheit der Schüler für den Streik. Bereits zuvor hatte es eine Versammlung von 50 Schulsprechern gegeben, zu der von der Landesregierung geladen worden war, eigentlich mit dem Zweck, um die Schulsprecher auf Kurs zu bringen. **Auch auf diesem Treffen jedoch wurde für Schulstreik gegen den Schulgesetzentwurf gestimmt!**

Denunzianten-Skandal weitet sich aus

Hamburg: Im letzten AK berichteten wir über den (fast) unglaublichen Skandal, daß ein Mitglied des AStA der Uni Hamburg der Staatsanwaltschaft eine Liste mit Namen der Fachschaftsratsmitglieder am SPZ übergeben hat. Gegen den Fachschaftsrat waren Ermittlungen im Zusammenhang mit dem Buback-Nachruf-Abdruck eingeleitet worden. Jedoch war der Staatsanwaltschaft keiner der Namen der FSR-Mitglieder bekannt – womit eine Anklage ins Wasser gefallen wäre. Kaum war diese Tatsache auf einer Studentenversammlung bekanntgeworden, legte sich Uwe Knickrehm, seines Zeichens MSB-Führer, ins Zeug: wenn dies so wäre, wäre es eine „Ungeheuerlichkeit", die Konsequenzen nach sich ziehen müßte. Er versicherte, daß der damalige AStA, dem er selbst angehörte, „Überlegungen" angestellt hätte, diese Liste zu verbrennen und erweckte weiterhin den Anschein, dies sei tatsächlich geschehen. Zur Erklärung: dies fand statt in einer Wahlsituation zum FSR am Fachbereich Germanistik ... Deshalb wohl die starken Worte.

Offenkundig hatte der AStA zu diesem Zeitpunkt noch darauf spekuliert, daß die Denunziation nicht nachzuweisen sei. **Aber „dummerweise" hatte das zuständige AStA-Mitglied auch noch ein Protokoll beim Staatsanwalt unterschrieben, in dem die Liste ausdrücklich erwähnt wird.** Als dies nicht mehr abzustreiten war, brauchte der AStA eine Woche Zeit, um eine „plausible" Erklärung zu finden. Und diese ist genauso dummdreist wie löcherig, denn es heißt dort: *„Dementsprechend wurde auch im AStA des vergangenen Wintersemesters (77/78) festgestellt, daß keinerlei belastende Unterlagen der Staatsanwaltschaft auszuhändigen seien ... Durch ein Versehen wurde der Staatsanwaltschaft lediglich eine Liste von Fachschaftsratsmitgliedern des Nachfolgefachschaftsrats SPZ ... übergeben".* Dieses „Versehen" bewirkte immerhin, daß gegen die Mitglieder dieses Fachschaftsrats ermittelt wurde.

Nun zu dem „Versehen" selbst:

1. In böser Vorahnung war schon im Sommersemester 77 ein Mitglied des FSR an den AStA herangetreten, um die Herausgabe der Liste zu fordern. **Antwort: eine solche Liste existiert nicht mehr!**

2. Im Januar 78 meldete sich die Staatsanwaltschaft telefonisch beim AStA, um diesen aufzufordern, eine Liste mit den Verantwortlichen für den FSR SPZ abzugeben. **Antwort des AStA: eine solche Liste existiert nicht!**

3. Im Februar 78 erhielt der AStA-Vorsitzende Vetter eine Vorladung von der Staatsanwaltschaft mit der Maßgabe, alle verfügbaren Unterlagen über den FSR SPZ mitzubringen. Vetter stellt daraufhin in Zusammmenarbeit mit dem Finanzreferenten eine Mappe zusammen, die er dem Staatsanwalt übergibt. **In dieser Akte befindet sich eine solche Liste. Vetter unterschreibt ein Protokoll der Vernehmung, in dem ausdrücklich auf die Liste Bezug genommen wird und in dem er sogar darauf hinweist, daß er diese Liste nach Abschluß des Verfahrens zurückhaben möchte!**

4. Im Sommersemester 78 wird dieses Protokoll durch Zufall bekannt und der AStA (siehe oben) und Vetter erklären jetzt, **die Liste sei durch „Zufall" und „Versehen" in der Akte gelandet!**

Aus der oben zitierten AStA-Erklärung und aus den aufgezeigten Zusammenhängen geht eindeutig hervor, daß alle AStA-Mitglieder davon Kenntnis hatten, daß die Staatsanwaltschaft einer solchen Liste hinterherjagt. **Es gehört eine gehörige Portion Abgebrühtheit dazu, zu behaupten, daß diese Liste durch „Zufall" in den übergebenen Materialien gelandet sei!**

Nicht aus Z u f a l l erschien die erste AStA-Erklärung zu diesem Skandal zu einem Zeitpunkt, als sich herausgestellt hatte, daß die abgegebene Liste für die Staatsanwaltschaft unbrauchbar ist. Denn sie enthielt lediglich die Namen der FSR-Mitglieder, die zwei Wochen nach Erscheinen des Buback-Nachruf-Nachdrucks neu gewählt wurden. Dies war jedoch dem AStA damals gar nicht bekannt! Und es grenzt schon an ein hohes Maß von Zynismus, wenn der AStA jetzt im nachherein die Denunziation mit dieser Tatsache zu beschönigen versucht. Bezeichnend für die Stellungnahme des AStA und Rudi Vetters ist darüberhinaus, daß sie auch in einer solchen Situation nochmals besonders die angebliche Schädlichkeit dieses Nachdrucks hervorheben, womit sie ihrem Treiben letztlich die politische Motivation verleihen. Denn diese Denunziation konnte nur in einem politischen Klima gedeihen, in dem insbesondere der MSB alle Nachdrucker als „Schädlinge" der verfaßten Studentenschaft denunzierte, in der er jegliche Solidarität mit den Angegriffenen nicht nur versagte, sondern die Studenten offen dagegen aufzubringen versuchte. **Deshalb muß neben der Forderung nach schonungsloser Aufdeckung dieses Skandals endlich dafür gesorgt werden, daß politische Solidarität und der Schutz vor der Klassenjustiz nicht nach dem Parteibuch bestimmt wird. Das wird jedoch nur gegen den MSB möglich sein!**

SSB/Hamburg

Buback-Nachruf: Richter fordert Entzug von Studienplätzen

Seit Dezember 77 stehen in Bonn 35 Leute wegen Nachdruckens des Buback-Nachrufs vor Gericht. Seitdem hat es in vier Verfahren vier verschiedene Urteile gegeben: Einmal Freispruch, siebenmal 6 Monate Gefängnis auf Bewährung und zwei verschiedene Geldstrafen.

In der schriftlichen Urteilsbegründung des letzten Urteils fällt – ähnlich wie in Westberlin – nicht nur der Nachruf, sondern auch die Vorbemerkung der 35 unter den § 90a (Verunglimpfung der BRD). In dieser Vorbemerkung war erklärt worden, daß man sich nicht mit allen Passagen des Nachrufs identifizieren könne, und es war begründet worden, weshalb man den Text veröffentlicht.

Auch dadurch haben nun die 35 den Staat *„beschimpft und böswillig verächtlich gemacht"*.

Zudem meint der Richter, daß die Strafen nicht ausreichen, solange den *„Straftätern, die eben diese demokratische Grundordnung bekämpfen, dessen ungeachtet Studienplätze und staatliche Förderung weiter"* zukäme. *„Der Strafrichter* (ist sich) *im Hinblick hierauf auch bewußt, daß die Erfüllung anderen Stellen obliegender Aufgaben nicht durch Erhöhung von Strafen ersetzt werden kann."* Dies ist eine direkte Aufforderung, die Studenten von der Uni zu werfen und mit Berufsverboten eben schon ein bißchen früher anzufangen.

Strafmildernd zu berücksichtigen wäre allerdings, *„daß die Angeklagten in einer Zeit aufgewachsen sind, in der die Bekämpfung des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates durch eine Reihe verfassungsfeindlicher Organisationen mit zuvor ungeahntem Kapitaleinsatz geduldet worden ist".* Er fährt dann aber fort, daß den Angeklagten anzulasten sei, *„daß sie die Bundesrepublik Deutschland als eine der freiheitlichsten Demokratien der Welt in einer Zeit böse verunglimpft haben, in der der Staat sich gegen eine gefährliche wohlorganisierte terroristische Mörderbande wehren muß, und ihn gerade ob seiner Anstrengungen zur Verteidigung in dieser Situation angegriffen und dadurch mittelbar die politisch verbrämten Terroristen unterstützt haben.*

Bei dem einen Angeklagten wird ergänzend noch aufgeführt, *„daß dieser als evangelischer Theologiestudent möglicherweise durch falsche Lehrer verführt zu der Straftat gekommen ist......".*

Ist Gott nun der Drahtzieher?

Einer aus der Gruppe 35 (Bonn)

MSB/SHB-ÖStA an der PH Lüneburg gestürzt

An der PH in Lüneburg stellt der MSB/SHB seit Jahren den örtlichen Studentenausschuß (ÖStA). Es gab mehrere Anläufe von fortschrittlichen Studenten, diese Hausmacht zu brechen.

Vor zwei Semestern kandidierte eine linke demokratische Liste. Sie erhielt mit 99 zu 304 Stimmen einen beträchtlichen Achtungserfolg. In diesem Semester ist eine linke Basisgruppenfraktion, die SOS – Selbstorganisation von Studenten – gegen den MSB/SHB angetreten und konnte mit einem Stimmenanteil von 168 (SOS) zu 155 (MSB/SHB) knapp die Mehrheit im ÖStA mit 6 zu 5 Sitzen stellen.

Gegründet hat sich die Studentengruppe gegen Ende des letzten Semesters. In Opposition zum MSB/SHB wurde versucht, Solidaritätsaktionen für Brückner und den Göttinger AStA zu initiieren. Das Schwergewicht der Gruppe lag im Bereich des Antirepressionskampfes. Der MSB/SHB hat sich während des Wahlkampfes mit keiner Zeile inhaltlich mit den Vorstellungen der SOS auseinandergesetzt, ihr wesentliches Wahlkampfthema war der Slogan: *„Wer SOS wählt, wählt KB"*. Hier haben sie keine Kosten und Mühe gescheut und Unmengen von Flugblättern an der PH verteilt, die so von einer Wahl der SOS abhalten sollten.

Das Wahlergebnis zeigt den Erfolg dieser Kampagne.

Als nächste Aufgabe steht an der PH der Kampf gegen die Repressionen und Prüfungsverschärfungen im Hochschulbereich an. Auf der letzten Fachschaftsvertreterversammlung konnte sich die SOS mit dem Vorschlag, einen Kongreß an der PH zu den Verschärfungen im Hochschulbereich durchzuführen, durchsetzen. Dieser Vorschlag stand alternativ gegen den üblichen MSB/SHB-Vorschlag für eine „Woche der Studienreform". Der Kongreß soll am 27.6. stattfinden, die Vorbereitungskommission versucht, namhafte Hochschulvertreter für eine Podiumsdiskussion zu gewinnen.

KB/Gruppe Lüneburg

„Völlig falsche Einschätzung des Grundgesetzes..."

MSB und Jusos verweigern Solidarität mit AKW-Gegnern

Auf die Bitte, einen Aufruf zur Solidarität mit den Grohnde-Angeklagten mitzuunterzeichnen, reagierte der AStA der PH Hannover (MSB/Jusos) mit einem Brief, der sehr tief blicken läßt (siehe auszugsweiser Abdruck). Jusos und Revis erweisen sich darin als sehr feinfühlige Interpretations-Künstler, die dem schlichten Text des Aufrufs ungeahnte Dimensionen abzulauschen vermögen. Leute, die derart sensibel aus der bloßen Andeutung einer „Faschisierungsthese" herauszulesen vermögen, daß der Andeutende ein falsches Verhältnis zum Grundgesetz habe (schlicht gesagt: er steht nicht drauf), bringen alle Qualifikationen für das Amt eines Gewissensprüfers gegenüber Bewerbern für den Öffentlichen Dienst mit.

ASTA

ALLGEMEINER STUDENTENAUSSCHUSS der PÄDAGOGISCHEN HOCHSCHULE NIEDERSACHSEN
— Abteilung Göttingen —

Konto: Städtische Sparkasse Göttingen 1 08 20 09
Bank für Gemeinwirtschaft 10 07 17 46
GÖTTINGEN, den 29. 5. 1978
Waldweg 26 - Fernruf 0551/4 38 80

Herrn
[unleserlich gemacht]
34 Göttingen

Referat:

Betr.: "Erklärung zu den Grohndeprozessen."

Lieber [unleserlich gemacht]

Leider sehen wir uns nicht in der Lage, den Aufruf zu unterstützen. Wir haben dafür mehrere Gründe. Unsere zentralen Bedenken wollen wir Dir mitteilen, um unsere Entscheidung für Euch verständlich zu machen.

1. Die Formulierung: "...der Atomgegner Gerhard Schulz (weisungsgemäß?) für "schuldig" befunden, ...", erweckt unserer Meinung nach den Eindruck, daß ein unmittelbarer Einfluß der Exekutive auf die Rechtsprechung besteht. Dieses ist aber grundsätzlich falsch und unzulässig vereinfacht. Das komplizierte Bedingungsgefüge einer Demokratie als Form bürgerlicher Herrschaft wird damit grundsätzlich falsch eingeschätzt.

2. Die Formulierung: " Als Demokraten fordern wir zum Protest und Widerstand gegen eine Entwicklung auf, die uns immer mehr an eine schreckliche Vergangenheit in unserem Land erinnert.", lehnt sich stark an die bekannte "Faschisierungsthese" und damit an eine Staatseinschätzung, die von uns nicht geteilt wird.

Gemeinsam mit dem unter Punkt 1 genannten Gründen führt dies u. M. nach zu einer völlig falschen Einschätzung der Grundgesetzes, der dadurch gegebenen Kampfbedingungen und der daraus abzuleitenden Strategie und Taktik einer linken Politik in diesem Staat.

3. Die Einfügung "(weil alle AKW's explidieren)" in dem Satz: "Und wenn die Welt untergingé, gäbe es ein Widerstandsrecht nicht.", geht geradezu erschreckend an dem gefährlichen Charakter dieser Aussserung vorbei. -Bei AKW-Explosionen ist politischer Widerstand zwecklos!- Herauszuarbeiten wäre hier viel eher, daß damit ein politisches Widerstandsrecht generell abgelehnt wird, also auch der Widerstand gegen unmenschliche Systeme (z.B. Hitler-Faschismus, Chile usw).

MSB schlägt mit Antikommunismus-Vorwurf um sich

Schon immer kontert die DKP jede Kritik an ihrer Politik und an den Verhältnissen im „realen Sozialismus" mit dem Vorwurf des „Antikommunismus". Sie hofft, daß viele fortschrittliche Menschen unter diesem Vorwurf zusammenzucken, gerade weil jeder um die gefährlichen Auswirkungen der antikommunistischen Kampagne der herrschenden Kräfte der BRD weiß.

Schindluder mit dieser Bereitschaft, gegen den Antikommunismus Stellung zu nehmen, betreibt jedoch Beate Landefeld (DKP-Vorstandsmitglied) in den „Roten Blättern" (Juni/78), wenn sie schon das Eintreten der Jusos für den in der DDR inhaftierten Bahro als „Antikommunismus" zu diffamieren versucht. Ausgangspunkt ist die Forderung der Juso-Fraktion auf der letzten VDS-MV, daß die VDS sich für Bahro und Havemann einsetzen sollten. In dummdreister Art geht Landefeld natürlich nicht auf diese Problematik ein, sondern setzt dem die Unterstützung von Befreiungsbewegungen durch die UdSSR und die DDR entgegen. Motto: In einem Land, das sich für Befreiungsbewegungen einsetzt, kann es keine Menschenrechtsverletzungen geben, und wenn doch, dann dürfen diese nicht aufgegriffen werden, da man sonst den Befreiungsbewegungen schaden würde.

Demnach dürfte man auch die Herrschaftsverhältnisse in Schweden nicht mehr angreifen, nur weil die dortige Regierung den Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes in bescheidenem Maße unterstützt hat?!

Unzulässig für jeden DKPler ist natürlich auch die Frage, ob ein Staat, der seinen eigenen Bürgern die politischen Freiheitsrechte verwehrt, wirklich uneigennützig die Interessen der Unterdrückten in den Ländern der sogenannten Dritten Welt unterstützt.

Die DKP verlangt von allen ihren Bündnispartnern, sich jeglicher Kritik gegenüber dem „realen Sozialismus" zu enthalten, da dies der „Aktionseinheit" schaden würde. Skurril, wie die Vorstellungen der DKP von „Aktionseinheit" nun einmal sind, mutet auch die Begründung von Beate L. an: *„Genausowenig wie der MSB die Entlarvung und Verurteilung des ‚demokratischen Sozialismus' zu einer Voraussetzung der Zusammenarbeit in den VDS machen kann und will, haben die Jusos das Recht, den Antikommunismus zur Eintrittskarte für die Mitarbeit in den VDS zu erheben."* Demagogisch wird hier die Verurteilung e i n z e l n e r Menschenrechtsverletzungen in der DDR mit der antikommunistischen Hetze gegen alles, was den Herrschenden in der DDR als sozialistisch erscheint, gleichgesetzt. Hinterfotzig ist diese Argumentation, weil natürlich die DKP von den Jusos sehr wohl verlangt, daß diese die Politik der SPD-Regierung, die Berufsverbote usw. verurteilen, daß sie Stellung nehmen gegen die Machenschaften anderer sozialdemokratischer Regierungen usw. Und hier liegt eben auch der wohltuende Unterschied zwischen den Jusos und der DKP, daß erstere tatsächlich hin und wieder bereit sind, gegen die eigene Partei zu opponieren, wenn die Freiheitsrechte angegriffen werden. Die im weiteren von Beate Landefeld aufgestellte Aufforderung, anstatt die *„zweifellos vorhandenen weltanschaulichen und strategischen Differenzen in den Vordergrund zu stellen"*, die Gemeinsamkeiten hervorzuheben, entpuppt sich so als ein Manöver, die berechtigte Kritik an der eigenen Politik und an den Verhältnissen im „realen Sozialismus" zu u n t e r d r ü c k e n. Denn es geht in der Frage Bahro, Havemann usw. n i c h t um die Frage unterschiedlicher Weltanschauungen, sondern um die schlichte Tatsache, ob im „realen Sozialismus" für demokratische Kritiker ebenfalls die demokratischen Recht existieren. Und wer wollte es insbesondere den Jusos verdenken, daß sie nach Bahro fragen, der ihnen sicherlich nähersteht als die DKP.

Wir können nur hoffen, daß von den der DKP noch verbliebenen Bündnispartnern dieses allzu durchsichtige Manöver durchkreuzt wird – im Interesse eines glaubwürdigen Kampfes gegen den Abbau demokratischer Rechte hier.

KASTRA-Boykott! KASTRA-Boykott?

Heidelberg. Am 31.5. endeten die ersten Wahlen zum kastrierten Vertretungsorgan, kurz KASTRA genannt, nach dem neuen Landeshochschulgesetz. Danach werden sieben Studenten in den Großen Senat gewählt, die dann zusammen mit ihren Stellvertretern den KASTRA bilden.

Schon die Wahlbeteiligung spricht Bände über das Verhältnis der Studentenschaft zu diesem staatlich verordneten Organ: ganze 10% beteiligten sich, ein glatter Minusrekord. Die Ergebnisse für den KASTRA: ADH (Reaktionäre) 23,7%, 4 Sitze; RCDS 19,8%, 4 Sitze; SLH (RCDS-Bündnispartner) 16,9%, 2 Sitze; GEW-Hochschulgruppe 18%, 2 Sitze; KHG (KBW) 18,8 %, 2 Sitze und MSB 8,4 % und kein Sitz. Damit haben die Rechten eine satte Mehrheit im KASTRA, womit sie ihr Ziel jedoch nur teilweise erreicht haben, denn sie werden ohne jede demokratische Legitimation „regieren" müssen.

Die Linke war an dieser Frage in zwei Lager gespalten worden. Die einen, Jusos und Spontis, riefen zum Wahlboykott auf, die anderen, MSB, GEW-Studentengruppe und KHG, beteiligten sich. Hauptargument der Boykottierer war, daß durch eine Wahlbeteiligung dem von allen fortschrittlichen Gruppen abgelehnten KASTRA eine demokratische Legitimation verliehen werden würde, während dieses Organ jedoch niemals für eine fortschrittliche Politik umzufunktionieren sei, da es seine Aufgaben direkt von der Hochschulleitung zugewiesen bekomme.

Dagegen argumentierten diejenigen, die sich an der Wahl beteiligten, daß man den Reaktionären alle Möglichkeiten nehmen müsse, um im Namen der Studentenschaft Politik zu betreiben. Sie plädierten dafür, den KASTRA durch die eigene Beteiligung lahmzulegen, um so mehr Spielraum zum Aufbau unabhängiger Vertretungsorgane zu schaffen. Das Ergebnis zeigt, daß sich die Boykott-Linie offensichtlich klar unter den linken Studenten durchgesetzt hat. Aus **prinzipiellen** Überlegungen heraus scheint auf den ersten Blick die Linie des Wahlboykotts viel für sich zu haben. Dies aber eigentlich nur dann, wenn man der Studentenschaft alternativ tatsächlich funktionierende demokratische Vertretungsorgane „anbieten" kann, oder zumindest einen praktikablen Weg zum Aufbau solcher aufweisen kann. Hieran mangelt es aber gerade an der Heidelberger Uni in der gegenwärtigen Situation. Weiterhin ist auch festzustellen, daß die Wahlboykottierer die Wahl selbst nicht nutzten, um über mögliche Alternativen eine breite Diskussion zu entfalten. So gesehen wäre aus **taktischen** Erwägungen heraus eine Wahlbeteiligung eventuell eine Möglichkeit gewesen, Zeit für die weitere Diskussion zu gewinnen, ohne den Rechten gleichzeitig die Möglichkeit zu geben, im Namen der Studentenschaft zu sprechen. Jedoch muß sich jede Taktik gefallen lassen, an den Erfolgsmöglichkeiten gemessen zu werden. Und da war von vornherein absehbar, daß die Chance, einen großen Teil der Studentenschaft für diesen Weg zu gewinnen, denkbar gering war. Denn mit den Spontis und den Jusos hatten immerhin die einflußreichsten Strömungen zum Boykott aufgerufen. Offensichtlich witterten aber sowohl der MSB als auch die KHG die Chance, sich in dieser Frage zu profilieren. **Sie haben jetzt mit ihrem bornierten Vorgehen genau das Gegenteil von dem erreicht, was evtl. möglich gewesen wäre. Der KASTRA wird nicht lahmgelegt, sondern steht den Rechten für ihre Politik voll zur Verfügung, und zwar jetzt mit dem Vorteil, daß sie sich auf einen Wahlsieg über Linke berufen können.**

Daß es gerade für den MSB bei diesem Vorgehen um mehr ging als um eine T a k t i k , spiegelt sich in seinen Aufrufen zur Wahl wider. Dort heißt es u.a.: *„Nur eine Stimme für den MSB ist eine Stimme für die verfaßte Studentenschaft!"*

Wohlgemerkt, ausgerechnet eine Stimme bei den KASTRA-Wahlen soll eine Stimme für die verfaßte Studentenschaft sein, die gerade durch dieses Staatsorgan abgelöst wurde. Dies läßt auch vermuten, daß es dem MSB mit seiner Wahlaussage, den KASTRA nur zu besetzen, um ihn für die Rechten lahmzulegen, ebensowenig ernst ist. Offensichtlich spekuliert er bei der verbreiteten Haltung der badenwürttembergischen Linken, dieses „Organ" zu boykottieren, darauf, hier Terrain zu gewinnen. In Wirklichkeit haben MSB und KBW jedoch nur ihre politische Bedeutungslosigkeit in Heidelberg demonstriert.

Der größte Teil derjenigen, die sich früher an den Studentenparlamentswahlen beteiligten, hat durch den Boykott deutlich gemacht, daß man sich durch die neuen Organe nicht vertreten fühlt. Daraus ergibt sich die Aufgabe, dies in eine Zustimmung für staatsunabhängige Organe umzuwandeln. Daß dies möglich ist, zeigt die Wahlbeteiligung zu den Fachschaftsvertretungen Mathematik und Physik, die mit 20% und 25% deutlich über der Beteiligung zum KASTRA lag. Wie diese Organe im einzelnen aufgebaut werden, spielt dabei u.E. eine untergeordnete Rolle. Entscheidend wird sein, ob die Linke sich für einen gemeinsamen Weg entscheiden kann, worüber dann auf Studentenversammlungen entschieden wird. Von solch einem gemeinsamen Vorgehen der Linken wird auch entscheidend abhängen, ob es gelingen kann, den jetzt „gewählten" rechten KASTRA zur Bedeutungslosigkeit zu verurteilen.

Kurzmeldungen

In **Gießen** wurde ein neues Studentenparlament gewählt. Bei einer Wahlbeteiligung von 28% ergaben sich folgende Sitzverhältnisse (in Klammern die Sitzverteilung des letzten Jahres):

Jusos	10 Sitze	(10)
RCDS	8	(7)
LHV	3	(4)
Basisgruppen	7	(6)
MSB	2	(3)
KBW	–	(–)

* * *

Kaiserslautern: Nach der Veröffentlichung des Buback-Nachrufs in der Studentenzeitung „WAMPF" wurde am 14.6.77 der AStA der Uni Kaiserslautern von der Polizei überfallen. Gegen protestierende Studenten und Schüler wurde die chemische Keule (in geschlossenen Räumen) eingesetzt. Es gab zahlreiche Verletzte; der brutale Bulleneinsatz – über den original im Rundfunk berichtet wurde – rief große Empörung nicht nur in der Kaiserslauterner Studentenschaft hervor.

Am 19.6. müssen sich nun die vier Redakteure der „WAMPF" vor dem Landgericht wegen Nachdrucks des Buback-Artikels verantworten. Strafanzeigen gegen die Bullen wegen „Körperverletzung im Amt" wurden sämtlichst niedergeschlagen. Stattdessen wurden Ermittlungsverfahren gegen 25 Personen eingeleitet, die bei dem Polizeiüberfall anwesend waren.

* * *

Das Augsburger Landgericht verurteilte ein KBW-Mitglied wegen Verteilens eines Buback-Flugblatts zu drei Monaten Freiheitsstrafe (mit Bewährung), da der Tatbestand von „Volksverhetzung" erfüllt sei. Während diese weitere scharfe Zensurmaßnahme von der bürgerlichen Presse als selbstverständlich aufgenommen wurde, stimmte die Springer-Presse wie auch die „FAZ" ein großes Geschrei darüber an, daß der Angeklagte nicht auch noch wegen „Billigung einer Straftat" verurteilt wurde. Dies lehnte das Augsburger Gericht mit der Begründung ab, daß über das Buback-Attentat gerichtlich noch gar nicht entschieden worden sei. *„Spitzfindigkeit"*, schimpfte die „FAZ" und *„Milde Sorte"*, hetzte die „Welt". Daß sich ein Gericht bei der Aburteilung der „Sympathisanten" auch noch an irgendwelche Paragraphen hält – das geht der Reaktion entschieden zu weit.

* * *

Bremen: Nach einem durch bewußte Wahlfälschung provozierten, vorzeitigen Wahlabbruch, für den sich die „Marxistische Gruppe" und der MSB noch um die Verantwortung streiten, brachte der zweite Anlauf folgendes Ergebnis:

MSB 27% (23), 7 Sitze (6);
Jusos: 17,7% (15,7), 4 Sitze (4);
SHB: 9,1% (6,1), 2 Sitze (1);
Linke Liste (Basisgruppen, Unorganisierte, KB-Hochschulgruppe, KSV): 18,9%, 5 Sitze;
MG: 19,4 % (18,3), 5 Sitze (5);
KBW: 5,1% (11,9), 1 Sitz (3 im WS 77/78 allerdings zusammen mit KSV);
LHV: 2% (1,3), 1 Sitz.

Damit haben die GO-Kräfte den im letzten Semester verlorenen AStA knapp wieder zurückgewonnen. Verlorengegangen sind auf Seiten der Linken zwei Sitze der KBW/KSV-Liste. Die KB-Genossen, die bei der letzten Wahl ebenfalls einen Sitz gewonnen hatten, kandidierten diesmal zusammen mit den BGen, die zuvor allein 4 Sitze erhalten hatten.





Interview mit den „bots“

Frage: Was kannst du uns zur Gründung der BOTS sagen und der Idee, die dahinter stand?

Hans: *Wir alle sind Musiker, die auch schon vorher von der Musik gelebt haben, d.h. wir kommen alle aus Gruppen, die kommerzielle Musik gemacht haben.*

Darüberhinaus war uns allen folgendes gemeinsam:

- *Keine symphonische Rockmusik mehr, sondern etwas eigenes, etwas Neues.*
- *Keine englische Texte mehr – die kaum jemand aus dem Publikum versteht – stattdessen holländische Texte.*
- *Keine Texte über Liebe usw. Wir wollten Texte machen über das Leben der Mehrheit unserer Bevölkerung, der Jugendlichen, der Frauen. Kurzum: über das, was so um uns rum ist!*

Das war eigentlich alles. Daß wir politisch, daß wir links sind, dieser Stempel wurde uns von anderen aufgedrückt.

Wir wollten nur Texte machen, die unsere Zuschauer und Zuhörer verstehen, von denen sie sagen können: "genau"! Die Zuhörer sollen
nen: "genau"! Die Zuhörer sollen
sich in den Texten und – das ist sehr wichtig – in der Musik wiederfinden. Aber nicht widerspruchslos. Sie sollen sagen und fühlen, "ein guter sound, aber irgendwie neu, da muß ich mal auf die Texte achten".

Die holländische Sprache macht es da leichter.

Natürlich. Wir alle sind Musiker, die sich selber als fortschrittlich bezeichnen. Wir alle treten für eine Gesellschaft ein, in der es keine Ausbeutung und Unterdrückung mehr gibt!

Frage: Wie siehst du die Funktion eurer Gruppe? Wie siehst du überhaupt die Funktion von politischer Rockmusik?

Hans: *Das ist nicht eindeutig. Hauptsächlich sind wir Rockmusiker und wollen gute Musik liefern und machen. Das ist unser Hauptanliegen! Der Grund? Wir haben in Holland eine lange Geschichte der Rockmusik, da wirst du nichts, wenn du im schlechten Mittelmaß bleibst. Da hören die Zuhörer dann lieber englische oder amerikanische Gruppen, die bei uns ja zur Genüge auftreten! Das ist das eine.*

Das andere sind die Texte. Die müssen – gerade weil sie holländisch sind, und das ist ungewohnt – einfach "überkommen". Was dabei ganz wichtig ist: wir dürfen nicht als die "Schulmeister" der Zuhörer auftreten, die "das große Wissen vermitteln". D.h. wir selber sind Leute, wie die da "unten". Deswegen wollen wir auch nicht nur die Meinung von einer Partei wiedergeben. Das ist gerade für eine politische Rockgruppe wichtig, sonst schränkst du deine Zuhörerzahlen ein. Du trittst immer vor denselben auf. Das ist Scheiße. Ein Beispiel: Das Stück "Der lange Weg" kennen unheimlich viele Jugendliche aus allen Parteien besser als die "Internationale".

Es passiert dann unheimlich oft, daß unsere Zuhörer bei diesem Stück aufstehen – egal von welcher Partei sie sind, ob CPN oder Trotzkisten – und das Lied mitsingen. Und das ist eine Sache, die wir wollen. Da ist mit einem Mal Solidarität da.

Da passiert es dann auch, daß uns die CPN einlädt, einfach weil die Mitglieder das wollen, obwohl die Parteileitung uns garnicht mag (Biermann-Freundschaft etc.).

Mit "Sieben Tage lang" ist das ähnlich. Das können alle, das singen alle, egal welche Partei. Das wollen wir!

Wir erleben es oft, daß Leute nur für die Musik oder auch nur für ein Stück kommen, um uns zu hören. Da passiert es dann, daß sie mit einem Mal sagen: "Mensch, ich habe nicht gedacht, daß ihr zur der Musik so gute Texte macht". Oder: "Eigentlich fand ich nur dies eine Stück gut, aber jetzt habe ich auch mal die anderen gehört, die finde ich noch besser."

Dann hat's "gefunkt". Das finden wir gut. Da erkennen sich die Leute in unseren Sachen wieder!

Unsere Aufgabe kann es nur sein, Musik und Texte zu machen, wo sich jeder ein bißchen drin wiederfindet. Da geben wir Anregungen, die täglichen Mißstände zu sehen und dann zu verändern. Machen müssen das die Zuhörer, nicht wir.

Sie kämpfen jeden Tag, sie müssen sich mit den Gegebenheiten auseinandersetzen. Die BOTS helfen da vielleicht ein wenig.

sieben tage lang

was wollen wir trinken, sieben tage lang
was wollen wir trinken, wir haben durst
es gibt genug für jedermann
drum laßt uns trinken, stecht das faß schon an
wir trinken zusammen, nicht allein

dann wollen wir schaffen, sieben tage lang
dann wollen wir schaffen, nur für uns
es gibt genug für uns zu tun
drum laßt uns schaffen, sieben tage lang
wir schaffen zusammen, nicht allein

erst müssen wir kämpfen, keiner weiß wie lang
erst müssen wir kämpfen für unser recht
und für das glück von jedermann
drum laßt uns kämfpen, gemeinsam sind wir stark
wir kämpfen zusammen, nicht allein.

Hauptsächlich wollen wir aber Spaß machen und zum Nachdenken anregen. Nicht mehr und nicht weniger. Wir haben deswegen auch relativ wenige "Kampflieder" in unserem Programm, was man uns oft vorwirft.

Kampflieder helfen kaum und haben keine Wirkung, wenn sie nicht im konkreten politischen Zusammenhang stehen. Wir machen Alltagslieder, weil die j e d e r versteht. Nicht nur diejenigen, die z.B. mit einem bestimmten "Kampflied" auch eigene Erfahrungen verknüpfen. Das sind doch die wenigsten, zumindest bei den Zuhörern von Rockmusik!

Also: Wir sind Rockmusiker und wollen Musik und Texte machen, die "überkommen". Das ist unser Arbeits- und Kampfgebiet!

Darüberhinaus spielen wir häufig auf Solidaritätsveranstaltungen. Damit erreichen wir zwei Dinge:

1. *So können wir helfen z.B. mehr Geld für eine politische Initiative reinzubekommen,*
2. *und das ist oft wichtiger: Es kommen Leute dorthin, die eigentlich nur uns hören wollen und die dann mit anderen Problemen konfrontiert werden (z.B. Internationalismus). Oft fangen sie dann an, sich noch mehr und weiter zu interessieren.*

Das ist auch eine Funktion, die die BOTS haben!

Frage: Als ihr neulich in Hamburg ward, hast du Kritik an den Hamburger Gruppen gehabt. Kannst du das genauer erklären? (Die BOTS traten zusammen mit den Hamburger Gruppen DRUCKKNÖPFE/AQUARELL und ALCATRAZ auf; hierauf bezieht sich die folgende Antwort im wesentlichen.)

Hans: *Ja, es gibt da zwei Sachen:*

1. *Die Musik "swingt" nicht. Der Rythmus läuft überhaupt nicht durch. Du denkst, jetzt geht es los und schon ändert sich der Rythmus. Das kommt wohl, weil da zu viel Text in den Sachen ist und die Musiker meinen, sie müßten jeden Textteil in der Musik betonen. Dadurch sind die Sachen zu vollgepackt. Es gibt zu viel Abwechslung und Durcheinander.*

Als Zuhörer machst du dann alle Stimmungen durch, die sich im Text widerspiegeln. Ob das gut ist?

Die Leute müssen tanzen können und mitsingen. *Ich hab' den Eindruck, das geht nicht bei euch. Den BOTS wirft man oft vor, "ihr legt zuviel Wert auf die Musik, auf den Swing". Wir finden das aber wichtig, denn wir wollen Freude bereiten. Die Leute sollen sich gut fühlen bei unserer Musik!*

2. *Zu den Texten:*
   Ich glaube, die Lieder sind zu voll mit Text.

Da werden immer ganze Geschichten erzählt. Aber nicht Geschichten aus dem Alltag der Zuhörer und deren Leben, sondern politische Dinge. Damit ist gemeint, daß z.B. im „Springer Lied" der DRUCKKNÖPFE auf einer Ebene über die reaktionäre Springerpresse aufgeklärt wird, die wahrscheinlich ein "Bild"-Zeitungsleser garnicht begreift oder sich zumindest nicht wiedererkennen kann. Das schränkt den Zuhörerkreis ein! Es wäre vermessen, anzunehmen, mit einem Lied Menschen für die Forderung "Enteignet Springer" zu gewinnen. Das ist ein Lied für Linke, aber die wissen das schon alles.

Man kann z.B. – um das positv zu sagen – einen Text über die Erfahrungen eines Bildzeitungslesers machen. Wie er tagtäglich von dieser Zeitung beeinflußt wird und nachher genauso denkt, wie der Redakteur ihm das vorschreibt. Vielleicht am Beispiel einer Frau, die selber bei den Studentenkämpfen dabei war, für mehr Rechte etc. und heute mit "vernünftigen" Argumenten den Staat und seine undemokratischen Maßnahmen gegen die fortschrittlichen Menschen in Schutz nimmt.

Da findet sich der Zuhörer wieder. Das sagt mehr als das andere. Jedenfalls für den "Bild"-Leser. Und für die spielen sie doch auch!

Ein Beispiel: Unser Lied "Ali, unser Türke". Es ist ein Text, in dem ich einen Arbeiter alle Vorurteile über die Türken erzählen lasse. So wie die hier in Holland bekannt sind. Nur am Schluß kommt die Selbstkritik. Nämlich die Erkenntnis, daß Ali, der Türke, auch ein Arbeiter ist, auch den Boss reich macht usw.

D.h. der Ali ist einer von uns. Ja, da kommen denn oft Leute nach dem Konzert zu uns und sagen: "Das mit den Türken, daß ist genau so. Aber den Schluß, das hab' ich vorher nicht so gesehen!"

So etwas finde ich gut. Nicht moralische Belehrung, die noch dazu eine Minderheit erreicht.

Oft habe ich den Eindruck, daß deutsche Gruppen Texte über Politik machen und nicht politische Texte! Da kann dann auch die Musik nicht besser werden. Es gibt da natürlich auch Ausnahmen, ich kenne da z.B. den Wecker, Georg Danzer, einige Sachen von Lok Kreuzberg und vor allem die Schmetterlinge. Ein anderes Beispiel:

Gerade weil du sagst "Sieben Tage Lang" wäre bei euch gut angekommen, viele könnten es singen und es gäbe auch schon drei deutsche Über-
gäbe auch schon drei deutsche Über-
setzungen von euren Gruppen. Ich denke, das ist ein politischer Text, der in keiner Weise belehrend ist, sondern eigentlich Selbstverständlichkeiten ausdrückt – gemeinsam *trinken,* gemeinsam *arbeiten und* gemeinsam *kämpfen.*

Es ist aber ein fröhliches Lied, das von der Musik lebt. Und man kann sich den Text schnell merken.

Ja und in Almelo haben dann 30.000 Menschen mitgesungen und haben getanzt dazu. Da hat das Lied konkreten Bezug gehabt, da war es der fröhliche Ausdruck des Kampfes: Gemeinsam *gegen die UC!*

Da hat es was gebracht.

Man muß nicht immer ein politisches Manifest verkünden oder Rockopern produzieren, um als fortschrittliche Musikgruppe in Kämpfe einzugreifen bzw. sie zu unterstützen!

Frage: Alle Stücke auf eurer letzten LP habt ihr als PUNK bezeichnet. Was sagt ihr zum PUNK, zum NEW WAVE?

Hans: *Es gab früher drei wesentliche Musik- und Jugendbewegungen. 1) Rock; 2) Beat; 3) Flower power. Die "Flower power" war sicherlich die politischste. Da hat man sich aufgelehnt gegen Leistungsdruck,* bewußt *Drogen genommen, lange Haare gehabt, nicht gearbeitet. Da wurden ganze bisherige Werte der Gesellschaft in Frage gestellt. Man kleidete sich am ganzen Tag nach dem Muster der "Flower power", man hob sich bewußt ab. Es war eine Gegenbewegung! Das war mit dem Rock und dem Beat eigentlich genauso.*

Ja und PUNK? : Das ist so eine Sache. Die Leute gehen in ein Punkkonzert. Da ziehen sie sich um. Am anderen Tag kannst du sie nicht mehr von den anderen unterscheiden. Das ist Freizeit!

Inhaltlich sagt Punk nichts. Es ist nur aggressiv.

Man kann schon verstehen, daß junge Leute, die total hoffnungslos sind, sich diese Aggressivität aneignen, sich damit identifizieren. Aber politisch ist das nicht. Es ist nur "dagegen". Jeder kann es nutzen.

Eine andere Sache ist, daß Punk von Beginn an kommerziallisiert
von Beginn an kommerziallisiert
worden ist. Da haben einfach die Plattenfreaks gemerkt, was sie machen können. Heute ist es Mode bei sehr vielen Leuten.

Richtiger Punk ist, wenn 14 - 15 jährige, die weder spielen noch eine Gitarre halten können, zusammen Musik machen, um Spaß zu haben und ihren Frust rauszuschreien!

Positiv am Punk kann sein, daß die Rockszene neue Impulse in der Live-Musik bekommt. Denn Punkmusik ist Livemusik und kein Plastikdiscosound. Das muß man aber abwarten.

Daß wir unsere Stücke PUNK nennen, soll nichts weiter als eine Verarschung sein. Was wir machen, ist BOTS-Musik und nichts anderes!

Kulturkommission

Es sind bisher 3 LP von den BOTS erschienen. In der BRD sind sie zu beziehen von:

ARBEITERBUCH
Grindelhof 45
2 Hamburg 19

der lange weg

der weg ist lang und kennt auch einsamkeit
doch freunde führt den kampf nicht allein
weil diese zeit noch keinen frieden kennt
für gleichheit tritt noch nicht jeder ein
wer weiß denn noch nicht daß kapitalisten
für eigne interessen nur alles getan
sie haben die macht und wollen sie behalten
gerechtigkeit ist für sie nur ein wahn

refrain
auf sozialisten auf zum kampfe, auf sozialisten seid bereit
dieser kampf ist nicht länger zu vermeiden
bleibt treu dem ziel wohin ihr aufgebrochen seid

er hat ja recht wer wieder protestiert
doch freunde führt den kampf nicht allein
weil diese zeit noch keinen frieden kennt
für gleichheit tritt noch nicht jeder ein
wir lassen uns nicht länger betrügen
dagegen machen wir opposition
wir gehören doch nicht zu den müden
der kapitalismus ist für uns ein hohn

refrain

erst kommt der kampf und dann wird friede sein
doch freunde führt den kampf nicht allein
weil diese zeit noch keinen frieden kennt
für gleichheit tritt noch nicht jeder ein
wir müsssen gemeinsam noch soviel lernen
und was auch passiert – es ist politik
wir werden am ende den ungeist beschwören
schluß mit der klassen- und machtpolitik

refrain

Die Kulturszene in Holland

**Im Mai fand ein Gespräch zwischen Hans Sanders – dem Sänger der holländischen Rockgruppe BOTS– und einem Mitglied der Kulturkommission statt.
Als Ergebnis dieses Gespräches entstanden die nachfolgenden Artikel. Im ersten Teil wollen wir versuchen einen groben Überblick über die Entstehung und die Bedingungen der alternativen Kulturszene in Holland zu geben.
Der zweite Teil gibt die Geschichte der BOTS, die Funktion politischer Rockmusik – wie die BOTS sie sehen – und eine Kritik an einem Teil der westdeutschen Kulturszene wieder.**

Alternative Kultur – ein Ergebnis der Studentenbewegung

Vielen Hollandfahrern fällt gerade in dieser Zeit auf, daß es dort eine wesentlich breitere und zugänglichere Kultur für die Massen gibt, als das hier in der BRD der Fall ist:

- *das „Festival der Clowns" in Amsterdam;*
- *an Wochenenden ständige Auftritte von Theatern und Musikgruppen in den Straßen und Parks, wo hunderte von Leuten „freien Zugang und Eintritt" haben;*
- *alternative und selbstverwaltete Kultur- und Jugendzentren (z.B. das „Paradiso" in Amsterdam). Davon gibt es allein in Holland über 30, bei einer Einwohnerzahl von ca. 13 Mio.;*
- *eine Reihe von Programm- und kommunalen Kinos in großen und kleinen Städten;*
- *schließlich die wesentlich breitere Rock- und Popszene von holländischen Gruppen (z.B. „Golden Earring", „Earth Wind and Fire" etc.).*

Ein ganz wichtiger Unterschied zum BRD-Kulturbetrieb besteht darin, daß diese Form von Kultur von den Leuten, die sie machen und denen, die zusehen oder zuhören, erkämpft worden ist!

Zurück geht das auf die Mitte bis Ende der 60er Jahre, auf die „Studentenbewegung":

Hier wurde z.B. die Kirche in Amsterdam besetzt, um ein eigenes Jugend- und Kulturzentrum zu schaffen („Paradiso"). In dieser Zeit wurden die über 100 Theater-, Schauspiel-, Clown- und Musiktheatergruppen gegründet, die auch heute noch bestehen.

Hierfür gab es u.a. zwei wichtige Impulse:

1. „Laiengruppen", die sich mit den Problemen und Kämpfen in ihrem Viertel oder ihrem Arbeitsbereich befassten und zur Unterstützung dieser Kämpfe (z.B. der großen Zahl der Häuserbesetzungen) mit den Mitteln des Theaters beitragen wollten.
2. Berufsschauspieler (arbeitslose wie engagierte), die endlich einmal das machen wollten, wozu sie selber Lust hatten ohne von Regisseuren oder Theaterdirektoren der bürgerlichen Theater „zensiert" zu werden.

Da es weder für die einen oder an-
Theaterdirektoren der bürgerlichen Theater „zensiert" zu werden.
Da es weder für die einen oder an-
deren Gruppen „Spielplätze" (in Form von Theatern) gab, mußten sie notgedrungen auf die Straßen und Parks in ihren Vierteln ausweichen, um überhaupt Zuschauer zu erreichen!

Fast alle heutigen Gruppen waren damals an der breiten Bewegung der Hausbesetzer beteiligt. So kommt es, daß beinahe alle Gruppen heute „feste Häuser" haben, wo sie proben, neue Stücke vorstellen können etc. und die gleichzeitig Kulturzentren in den jeweiligen Wohngebieten sind!
(Anm. der Red.: Aufgrund der Breite und Stärke der Hausbesetzerbewegung mußten viele Hausbesetzungen von der Regierung nachträglich legalisiert werden!)
Diese Gruppen und Zentren sind heute das „Rückgrat" der alternativen Kulturszene. Sie sind es, die ständig auftreten, mit dem Publikum diskutieren, nach der Diskussion ihre Stücke verändern etc. Ebenso sind sie es, die die Leute auf den Straßen zum Lachen bringen (Clown- und Komödiantengruppen) oder zum Nachdenken über neue Formen der Darstellung (Experimentiergruppen).

Viele Mitglieder dieser Gruppen haben von Anfang an Kontakte zu ausländischen Gruppen gehalten (vor allem USA und England), um aus deren Arbeit zu lernen. So kommt es, daß zwischen der holländischen und internationalen Kulturszene gute Kontakte bestehen und auch ein Austausch stattfindet (z.B. „Festival der Clowns" in Amsterdam, wo über 60 Gruppen innerhalb von 3 Wochen auftreten).

Staatssubventionen und die Probleme damit

Alle derzeit bestehenden Gruppen werden vom Staat subventioniert.

Hierfür müssen sie in bestimmten Abständen eine „Nachfrage" für ihre Arbeit ausweisen:

- es muß neue Programme geben und die „künstlerische Qualität" der Gruppe muß anhand von Zuschauerzahlen „belegt" werden.

D.h. wenn eine Gruppe Zuschauer findet – ob auf Straßen, in Parks oder in „festen Häusern" – dann bekommt sie auch Subventionen, denn es besteht ja „eine Nachfrage für diese Art Kultur"!
(Zum Vergleich: In Hamburg z.B. entscheidet der Geldgeber über die „künstlerische Qualität" eines Stükkes oder einer Gruppe allein).

In den Gruppen werden die Mitglieder nach dem Theatertarif bezahlt (von den Subventionen); Ausstattung, Miete etc. bekommen sie durch Eintrittsgelder oder Spenden, die sie bei Auftritten einnehmen.



Diese Subventionszahlungen sind natürlich nicht vom Himmel gefallen, sondern ein Ergebnis des Kampfes der Kulturschaffenden und der Zuschauer aus den Zeiten der Studentenbewegung! Heute ist es so, daß die CDA (Schwesterpartei der
der Zuschauer aus den Zeiten der Studentenbewegung! Heute ist es so, daß die CDA (Schwesterpartei der
CDU)-Regierung diese Subventionen durch die Streichung der jährlichen Zuwachsrate kürzen will. Das wäre eine direkte Bedrohung der Gruppen, denn die Lebenshaltungskosten steigen um ca. 8%, die Subventionen sollen nur um 2-4% steigen. Für manche Gruppen – z.B. PROOLOG in Eindhoven – bedeutet das, daß sie jährlich ein Mitglied „einsparen" müßten!

Gleichzeitig gibt es in letzter Zeit mehr und mehr Versuche, die Gewährung von staatlichen Zuschüssen von den Inhalten der Stücke abhängig zu machen.

Der CDA-Regierung – aber auch vielen sozialdemokratischen Stadtparlamenten – paßt natürlich kritisches und antikapitalistisches Theater, das aufklärt und zum Widerstand aufruft, nicht in's Konzept. Das hat in den Gruppen manchmal zur Folge, sich anzupassen und von der „kritischen Aufklärung mehr und mehr zum unpolitischen Komödiantentum" überzugehen.

Dennoch: direkte Fälle von Zensur hat es bisher nicht gegeben, da hierfür noch eine zu interessierte Öffentlichkeit vorhanden ist!

Dieser Massenschutz vor Zensur ist ein wesentliches Ergebnis der Arbeit der Kulturgruppen, die „eng an der Basis arbeiten" (in Stadtteilen, auf Straßen und Plätzen), um dort das zu zeigen, was die Leute bewegt oder aber den Menschen einfach Spaß zu bereiten!

Ein großer Vorteil der Subventionen ist natürlich, daß die Gruppen weitgehend frei von Geldsorgen arbeiten können und die Gruppenmitglieder sich „ganz der Kulturarbeit" verschreiben können. Daher haben viele von ihnen eine hohe Qualität erreicht, was Amateurgruppen hier in der BRD kaum möglich sein wird!

Gleichzeitig sind die staatlichen Subventionen ein Grund für viele gute Theatergruppen des Auslandes, sich in Holland anzusiedeln, („Friends Roadshow" und die „Spider Woman" aus den USA z.B.).
Wir wollen hier nicht den Eindruck eines kulturellen „Schlaraffenlandes" erwecken, denn eine solche Subventionspolitik hat auch für den Staat und die Städte erhebliche Vorteile:

- *Die Stadt Amsterdam gibt in einem Jahr wesentlich weniger an Kultursubventionen aus als z.B. Hamburg (in Hamburg allein für die bürgerlichen Bühnen 75 Mio. DM)*
- *Beim „Clown-Festival" waren 1977 über 160.000 Besucher. Mehr als die Hälfte davon waren Ausländer. Von den Geldern der über 80.000 bekommen die Kapitalisten und – über die Steuergelder – auch der Staat und die Stadt einen ganz schönen Happen ab.*
- *Gleichzeitig stellen gerade in Amsterdam die auftretenden Kulturgruppen, die Kulturzentren („Paradiso", „Melkweg" und die „Shaffy-Theater") und eben die „Szene" einen erheblichen Werbeeffekt für Touristen dar!*

Die Arbeit in den Gruppen und ihre Organisation

Hierüber sind relativ schwer allgemeine Aussagen zu machen, da die Gruppen zu verschieden sind.
Ein Punkt trifft jedoch auf alle Gruppen zu:
Überall sind Mitglieder aus den verschiedensten Parteien (Sozialdemokraten, Trotzkisten, Revisionisten, Anarchisten etc.) zu finden. Egal ob im „Agitationstheater" oder in der „Clowngruppe". Es gibt im Gegensatz zur BRD kaum „Hofschauspieler" oder Musiker der verschiedenen Parteien (z.B. „Floh de Cologne" für die DKP oder Scheibner für die SPD).

Diese Tatsache birgt reichlich Zündstoff. Denn natürlich versucht z.B. gerade die revisionistische CP – die in diesem Bereich recht stark ist – in einzelnen Gruppen immer wieder ihre Sichtweise zur bestimmenden zu machen.

Dadurch aber, daß in fast keiner Gruppe eine politische Partei dominiert, gleichzeitig das Hauptanliegen der Mehrheit aller Akteure ist, gutes Theater für die Masse der Zuschauer – und nicht für irgendeinen Parteiladen – zu machen, konnten sich solche Strömungen (von wenigen Ausnahmen abgesehen) bisher nicht durchsetzen.

Für fast alle Gruppen ist es Voraussetzung nicht „parteigebunden" zu sein. (Siehe dazu Interview).

Das ist auch die Übereinstimmung bei der Mehrzahl der Mitglieder der BBK – der Gewerkschaft der Künstler – in der viele Mitglieder der Gruppen organisiert sind.
– Als am 19.3.77 z.B. eine zufällige CPN-Mehrheit verhinderte
Gruppen organisiert sind.

- Als am 19.3.77 z.B. eine zufällige CPN-Mehrheit verhinderte, daß Wolf Biermann zu „Kampfkulturtagen" nach Holland eingeladen wurde, da er „zuviel Aufmerksamkeit auf sich ziehen würde", hat es eine breite Protestbewegung gegen diesen „Zensurbeschluß" gegeben, die auch von vielen CPN-Mitgliedern getragen wurde. Heute tritt Biermann auch auf der BBK-Veranstaltung auf!

Neben den Schauspielern sind in der BBK auch Musiker, Maler, Schriftsteller usw. usf. organisiert.

Darüberhinaus gibt es die „Kulturel Front", in der die Kulturgruppen und einzelne Künstler arbeiten. Die „Kulturel Front" ist eine demokratische Organisation, in der die Diskussionen über verschiedene Kulturformen, über die Inhalte „fortschrittlicher Kultur", die Arbeit einzelner Gruppen etc. geführt werden.

Kulturkommission

Kontaktadressen des KB

Redaktion und Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50
Telefon Verlag: 43 53 06
Telefon Redaktion: 439 59 02

Sozialistischer Studentenbund
Büro
Schlüterstraße 4
2000 Hamburg 13
Telefon: 44 98 14

Schleswig/Holstein

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte 098245 A
239 Flensburg

Geestacht
Postlagerkarte 02/2054 Geestacht
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr vor Herti

Kappeln
Dagmar Schneider
Postlagernd
234 Kappeln

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 09 88 31 A
2300 Kiel 1
Jeden Mittwoch von 11 bis 14 Uhr
Büchertisch Universität/Mensa
Jeden Freitrag von 16 bis 18 Uhr
und jeden Samstag von 10 bis 12 Uhr
Holstenstraße zwischen „Kieler Nachrichten" und Buchladen „Montanus"

Lübeck
ARBEITERKAMPF -Vertriebsbüro
Mühlenstraße 39
24 Lübeck 1

Mölln/Ratzeburg
M. Below
Postfach 1111
241 Mölln

Ost-Holstein (Eutin, Plön, Malente)
H. Lankau
Postlagerkarte A 022 854
242 Eutin
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr am Markt/ Peterstraße in Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Reinbek
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Kaufzentrum Reinbek/West

Bremen

Bremerhaven
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Poststr. 14
285 Bremerhaven
Bürostunde nur noch
Freitag 16.30 bis 19.00 Uhr
(nicht mehr Mittwochs)

Wilhelmshaven
Samstags in der Marktstraße
AK-Verkauf zwischen
11.00 und 13.00 Uhr

Bremen
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro

Bremen
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Am Schwarzen Meer 162
2800 Bremen 1
Tel.: 44 36 74

Niedersachsen

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig
Verkauf jeden Sonnabend
11 - 13 Uhr, Kohlmarkt

Cuxhaven
Verkauf jeden Sonnabend
10 bis 12 Uhr vor Karstadt
Nordersteinstraße

Emden
Postlagerkarte 0 674 58 A
297 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte A 019 084
32 Hildesheim
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Fußgängerzone/Hoher Weg

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg
Sonnabend Bächerstr.
11 bis 13 Uhr

Stade
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr am Pferdemarkt

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg

Wolfsburg
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 13 Uhr, Kaufhofpassage

Rheinland-Pfalz

Südpfalz
G. Wißmeier
Postfach 22
6748 Bad Bergzabern

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
J. Reents-Vertriebsbüro
Buddestr. 19 (Ecke Maybachstr.)
48 Bielefeld
Öffentl. Bürostunden
Fr. von 17 bis 19 Uhr

Bochum
Postlagerkarte A 056 011
463 Bochum
Jeden Sonnabend von 10 bis 13 Uhr
Kortumstr./Innenstadt
Jeden DI/MI/Do von 12 bis 14 Uhr
Uni/Mensa

Bonn
Dienstag 12 bis 14 Uhr
Mensa Nasserstraße
Sonnabends 10.30 bis 12.30 Uhr
Münsterplatz

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Essen
jeden Donnerstag von 11 bis 14 Uhr
Gesamthochschule Essen

Kamen
Jeden Samstag von 10 bis 13 Uhr
Mittwochs von 16.30 bis 18 Uhr
in der Einkaufsstraße

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 0067 45
4050 Mönchengladbach
Verkauf jeden Sonnabend
von 11 bis 13 Uhr im Rheydt
(Fußgängerzone)

Köln
Jeden Dienstag und Mittwoch
von 12 bis 14 Uhr Büchertisch
in der Zentralmensa der
Uni Köln, Zülpicherstraße

Hessen

Darmstadt
Edwin Herrmann
Am Eichbaumeck 52
61 Darmstadt

Frankfurt
J. Reents-Vertriebsbüro
S. Lissner
Koselstr. 37
6 Frankfurt
Tel.: 0611/599 701

Kassel
Florian Rohs
Postfach 10 31 43
35 Kassel
Jeden Sonnabend von 10.30 bis 13 Uhr
Königsplatz

Baden-Württemberg

Freiburg
Buchladen Jos. Fritz (c/o KB)
Wilhelmstraße 15
78 Freiburg
Tel.: 26 877
Dienstags von 17 bis 18 Uhr

Heidelberg
AK-Lesekreis jeden Montag und Büchertisch jeden Mittwoch (Altstadt/Mensa) Kontakt über Postlagerkarte 080845B

Karlsruhe
Heidi Zorn

Karlsruhe
Heidi Zorn
Humboldtstr. 13
75 Karlsruhe

Pforzheim
Zentrum Salierstr. 59
Jeden Freitag von 16 bis 17.30 Uhr
Leopoldplatz

Stuttgart
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Bayern

Bamberg
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 12,30 Uhr
Einkaufszentrum vor Herti

Erlangen
Verkauf jeden Mittwoch
12 bis 13.30 Uhr Uni/Mensa
Langemarck-Platz 4

Fürth
Verkauf jeden Sonnabend
10 bis 12 Uhr/Fußgängerzone

Landshut
Postlagerkarte A 04 11 81
83 Landshut
Verkauf jeden Sonnabend
10 bis 12 Uhr
Altstadt vorm Oberpaur

München
Postlagerkarte 07 19 10 A
jeden Mi 11 bis 13 Uhr Mensa

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150 472
8500 Nürnberg
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 12 Uhr
Breite Gasse, Kaufhof

Regensburg
Verkauf jeden Donnerstag
11.30 bis 13.30 Uhr Uni/Mensa

Westberlin

Andy Radke
1 Berlin 12
Postlagerkarte 006 120 E



frauen



[Leider nicht]nur Samstag Nacht

Leider nicht nur Samstag Nacht, sondern immer und überall werden die Jugendlichen verarscht und mit reaktionären Schweinkram auf ihr späteres Leben vorbereitet. Sei es in der „Bravo", oder, wie neuerdings verstärkt, auch im Film. Einer dieser Filme ist der von den Medien hochgejubelte Streifen „Nur Samstag Nacht". Hier kurz der Inhalt:

Toni (John Travolta) ist Verkäufer in einem Farbengeschäft. Er kommt aus einer kleinbürgerlichen Familie, der Vater ist arbeitslos. Anerkennung bekommt er nur, wenn er mit seinen Kumpanen Samstag Nacht in der Disco tanzt. Dort ist er der absolute King, kann sich alles erlauben; die Mädchen reißen sich darum, ihm wenigstens die Stirn abwischen zu dürfen. Für Toni und die anderen Typen sind diese Mädchen nichts weiter als ein Loch, wo man seinen Schwanz reinstecken kann. Dies wird dann auch oft und brutal im Auto unter dem Gejohle der Umstehenden getan und gezeigt. Dann lernt Toni Stephanie kennen, eine „bessere" Frau, die sich von den anderen Mädchen dadurch unterscheidet, daß sie nicht sofort demütig hinter ihm herläuft. Sie arbeitet im „besseren" Manhattan in einer Künstleragentur, gibt unheimlich damit an, hält sich selbst für etwas Besseres und wird auch so dargestellt. Das Ganze endet mit einem Happy-End, in dem sich die beiden schließlich kriegen, nachdem Toni erkannt hat, daß er seine minderwertigen früheren Kreise verlassen muß.

Zwei weitere wichtige Personen sind die Toni-Anbeterin Anett und ein als besonders feige dargestellter Junge aus seiner Clique namens Bobby. Wichtig zum einen deshalb, weil sie Tonis Helden-Dasein durch ihr eigenes Versager-Dasein unterstützen, und zum anderen, weil sie die Ideologie dieses Films besonders deutlich machen.

Anett liebt Toni, wird von ihm aber total verachtet. (Toni zu Anett: „Es gibt Mädchen zum Bumsen, und solche, mit denen man befreundet sein kann"). Bei ihren Annäherungsversuchen wird Anett erniedrigt und erniedrigt sich selbst bis zum Exzess.

Die frauenverachtende Seite dieses Films zeigt sich besonders deutlich an den vielen fiesen Sex-Szenen (Beispiel: Anett hat's „geschafft". Toni bumst mir ihr im Auto. Toni beim Rammeln: „Du nimmst doch die Pille?" - Anett sieht glücklich aus: „Ach, das ist doch jetzt egal." Toni hört sofort zu rammeln auf, lehnt sich lässig zurück, zeigt befehlend auf seinen Schwanz und sagt halb genervt, halb gönnerhaft: „Dann blas mal wenigstens Trompete!").

Und das alles auf dem Hintergrund, daß 90% des Film-Publikums zwischen 10 und 15 Jahre alt sind und die meisten überhaupt keine Erfahrungen mit Sexualität haben! Die kleinen Mädchen und Jungs lernen hier eine total gefühlsverachtende und hauptsächlich dem Wohl des Mannes dienende Form der Sexualität kennen und akzeptieren. (Man könnte ihnen wirklich besseren Gewissens einen Porno-Film wie z.B. „Im Reich der Sinne" vorsetzen, weil es dort der Frau wenigstens Spaß macht!)

Zur Akzeptierung der im Film dargestellten Inhalte trägt besonders die Musik bei. Es ist Disco-Musik, über deren Qualität man wohl streiten kann und die im Moment gerade bei sehr jungen Leuten modern und beliebt ist. Der Film wird auch von der Werbung ausschließlich als Musik-Film dargestellt. Diese Musik und die als ganz wahnsinnig und einmalig angepriesenen Tanz-Szenen locken die Jugendlichen in den Film. Dies sind dann auch die Elemente, auf die das Publikum in erster Linie achtet und die es als Filminhalt ansieht. Dabei konsumieren sie so ganz nebenbei die üble Ideologie des Films. Sie identifizieren sich durch Musik und Tanz mit Toni, und es bleibt ihnen im Grunde gar nichts anderes übrig, als die dumme Anett und den feigen Bobby zu verachten und über deren Schwierigkeiten zu lachen - und letztendlich sich selbst zu verachten, denn Anett und Bobby stellen gerade die jungen Leute mit ihren Schwierigkeiten, z.B. einen Freund zu finden, dar.

Im Gegensatz zu der hilflosen Anett mit ihren verzweifelten Annäherungsversuchen und dem feigen Bobby, der bei Schlägereien Angst hat und der verzweifelt ist, weil seine Freundin schwanger ist (der also sogar zu dumm ist, eine Frau zu bumsen, ohne ihr ein Kind zu machen) werden dem Publikum auch gleich die nachahmenswerten Aufsteiger Toni und Stephanie gezeigt. Es ist eben doch möglich, nach oben zu kommen; man muß sich als Junge eben nur mit den richtigen Frauen abgeben und außerdem nicht zuviel auf einmal wollen. (Toni ist überglücklich, als sein Chef ihm 1,5 Dollar Gehaltserhöhung gibt). Und für eine Frau ist es eben wichtig, sich mit den richtigen Männern einzulassen, wie Stephanie, die sich in ihrer Konzertagentur nach oben bumst.

Abschließend wäre noch zu sagen, daß der Film frei ab 12 Jahren ist (auch Jüngere kommen ungehindert hinein). Und das in unserem sonst so sexualfeindlichen Land, trotz der ausgiebig gezeigten Bums-Szenen! Auf der anderen Seite werden fortschrittliche Filme wie „Nordsee ist Mordsee" oder „Moritz, lieber Moritz" erst ab 16 freigegeben. „Nur Samstag Nacht" ist eben ein pädagogisch sehr wertvoller Film. Fragt sich nur, für wen...!

Kulturkommission
KB/Gruppe Hamburg



Isenbergheim wird geschlossen

Das Isenbergheim - Mädchenheim der Inneren Mission in Bremen - durch skandalöse Zustände zu traurigem Ruhm gelangt, **wird zum 31.Juli geschlossen!!** Das wurde auf einer Vorstandssitzung der Inneren Mission am 23.5. entschieden. Als Grund gibt die Innere Mission die unzureichende Belegung des Heims und weiterhin rückläufige Anmeldungszahlen an. Tatsächlich wird das Heim seit Bekanntwerden des Skandals im letzten Herbst praktisch von allen Jugendämtern boykottiert. Von 40 Plätzen sind nur noch 21 belegt und am Ende des Schuljahres bleiben nur noch 10 Mädchen übrig. Außerdem müßte die Innere Mission Umbauten im Vorderhaus machen lassen, weil die meisten Zimmer als Einzelzimmer viel zu klein sind. Und schließlich

Ende des Schuljahres bleiben nur noch 10 Mädchen übrig. Außerdem müßte die Innere Mission Umbauten im Vorderhaus machen lassen, weil die meisten Zimmer als Einzelzimmer viel zu klein sind. Und schließlich
zeit.
Die Innere Mission macht das Isenbergheim nicht umsonst dicht, für sie steht einiges auf dem Spiel: der Arbeitsgerichtsprozeß von Peter Brosch ist noch nicht abgeschlos-



ist die Innere Mission durch die Prozeßlawine (insgesamt 19 Prozesse), die sie selbst ins Rollen gebracht hat, in finanzielle Schwierigkeiten geraten: **Bisher muß sie schon 200.000 DM Prozeßkosten zahlen!** Außerdem war die Innere Mission auf Grund des öffentlichen Drucks gezwungen, eine Reihe von positiven Veränderungen für die Mädchen im Heim vorzunehmen. Sie mußte die ehemalige Heimleiterin versetzen. Die neue Heimleiterin arbeitete gemeinsam mit den Mädchenund einem Teil der Mitarbeiter eine neue Heimordnung aus, die mehr Freizeit, mehr Eigenverantwortlichkeit, mehr Taschengeld usw. zuläßt. Die Mädchen waren zum größten Teil sehr froh über die Veränderungen: durch gemeinsame Diskussion, mehr Freizeitangebote, Wegfall der ewigen Putzerei usw. verstehen sie sich auch untereinander besser.

Die meisten alten Mitarbeiter waren aber mit dieser Entwicklung nicht einverstanden und weigerten sich z.T. generell, mit der neuen Heimleiterin zusammenzuarbeiten. Pastor Aderkas, Vorsitzender der Inneren Mission, versuchte immer wieder, seine verklemmten Erziehungsvorstellungen durchzusetzen. Schließlich kündigte die Innere Mission zwei jüngeren fortschrittlichen Erzieherinnen innerhalb der Probezeit.

Die Innere Mission macht das Isenbergheim nicht umsonst dicht, für sie steht einiges auf dem Spiel: der Arbeitsgerichtsprozeß von Peter Brosch ist noch nicht abgeschlossen und es sieht nicht gut aus für die Innere Mission. Der Strafprozeß im Todesfall Susanne Blanke steht noch aus. Der letzte Presseprozeß gegen den „Stern" endete mit einem Vergleich und die Innere Mission muß 2/3 der Kosten tragen. Da schließt sie lieber das Heim, statt noch mehr Veränderungen und Kosten womöglich eine erneute Öffentlichkeitskampagne zu riskieren. Denn schließlich hat die bisherige Öffentlichkeitsarbeit einiges bewirkt und auch über Bremen hinaus gezeigt, daß es durchaus möglich ist, gegen solche unmenschlichen Zustände in den Heimen anzugehen.

AG Frauen
KB/Gruppe Bremen

Braunschweig: Kölner Frauenkongreß in der Diskussion

Braunschweig: Kölner Frauenkongreß in der Diskussion

Am 29.5.78 fand im Braunschweiger Frauenzentrum eine Diskussionsveranstaltung zum Kölner Kongreß statt, zu der zwischen 30 und 40 Frauen gekommen waren.

Als erstes zeigten Frauen, die in Köln waren, Dias von der Demo, wobei sich eine sehr ausführliche Diskussion über die Wirksamkeit von „Gesichtsmalereien" und Parolen entspann. Gegen das Anmalen wurde hauptsächlich eingewendet, daß frau sich damit isolieren, lächerlich machen würde, was der Frauenbewegung nichts bringe. Dagegen stand die Meinung, daß Anmalen Spaß mache, daß frau so Aufmerksamkeit erregen würde und daß es nicht so gewesen sei, daß alle Frauen auf der Demo sich anmalen **mußten**, sondern daß es ein Teil der Frauen war, die sich eben schön bemalt hatten.

Nach den Berichten über die Arbeitsgruppen „Hexen im Mittelalter" und „Medien" wurde zunächst die besondere Unterdrückung und sexuelle Ausbeutung von Frauen im Medienbereich besprochen, danach die Frage, ob es so sinnvoll sei, in der Brigitte-Redaktion zu arbeiten, wenn es so schwierig ist, die Frauenbewegung zu Wort kommen zu lassen. Hier wurde dann etwas grundsätzlicher diskutiert, daß es falsch ist (und zum großen Teil für die Frauen auch unrealistisch), überall dort im Medienbereich nicht zu arbeiten, wo die Fraueninteressen untergebuttert werden, sondern gerade dort Frauengruppen zu machen, so daß die Frauen gemeinsam für ihre Interessen eintreten können.

Wie bei allen andiskutierten Fragen, ging es auch bei dem Problem, wie noch mehr Frauen fürs FZ gewonnen werden können, darum, daß die unterschiedlichsten Vorstellungen dargestellt wurden, aber nicht geklärt werden konnten, weil solche Diskussionen bisher nur ganz selten geführt worden sind.

Im Anschluß an diese lange Diskussion wurde ein Film über Vergewaltigungen gezeigt, in dem vergewaltigte Frauen aussagen und ihre Lage darstellen. Da es in Braunschweig in den letzten 4 Monaten in der Nähe des FZ drei Vergewaltigungen gegeben hat, wird das in nächster Zeit ein wichtiger Arbeitsbereich werden.

KB/Gruppe Braunschweig

Sekretärinnen-Kongreß geplant

In der „Courage" vom Juni kündigt das Frankfurter Frauenzentrum für den November einen Kongreß zum Thema „Sekretärinnen" an.

Auf dem Kongreß sollen Erfahrungen und Analysen ausgetauscht werden und Handlungsschritte und Perspektiven besprochen werden. Themen sind Frauenfeindlichkeit im Beruf, Konkurrenzsituation von Frauen, feministisches Verhalten im Beruf, Feministinnen als Vorgesetzte, Formen und Möglichkeiten von Widerstand, Frauengewerkschaft und Alternativen für Sekretärinnen.

In einem Arbeitspapier der Sekretärinnen-Gruppe, das in der „Courage" teilweise veröffentlicht ist, gehen die Frauen auf die Situation von Frauen im Beruf und insbesondere im Büro ein.

Es wird darauf hingewiesen, daß Frauen in der Regel nach einer Heirat für's erste aus dem Berufsleben ausscheiden. Wenn sie später - im günstigsten Fall - wieder im Büro auftauchen, sind sie oft durch Beruf und Familie einer extremen Doppelbelastung ausgesetzt. Weiter wird in dem Papier das Problem der Konkurrenz unter den Frauen aufgegriffen, die es schwer macht, gemeinsam Widerstand zu entwickeln. Durch besonderen Einsatz und Extraleistungen versuchen sie, ihren „Makel" (Frau geschieden, mit Kind - verheiratet mit noch zu versorgenden Kindern - usw.) wettzumachen.

So gerät jede für sich immer mehr in Vereinzelung und Abhängigkeit von der Bewertung durch ihren Chef. Gleichzeitig heißt das aber auch, daß eine gegen die andere ausgezeichnet ausspielbar ist. Es wird auch darauf hingewiesen, daß gerade Sekretärinnen der Bewertung durch den Mann/Chef sehr stark ausgesetzt sind, da er die einzige Instanz ist, die über ihre „Qualitäten" entscheidet und außerdem die Inhalte ihrer Arbeit bestimmt.

Da bisher das Thema Sekretärinnen und Frauen im Büro innerhalb der Frauenbewegung kaum diskutiert wurde und Sekretärinnen in der FB kaum mitarbeiten, sehen die Frankfurter Frauen es als unbedingt nötig an, hierzu in die Diskussion einzusteigen. Alle Frauen, die an einem Vorbereitungstreffen für den Kongress interessiert sind, können sich bis zum 15.6.78 an die Sekretärinnen-Gruppe im FZ Frankfurt wenden.

Kontakt: Sekretärinnen-Gruppe im Frauenzentrum Frankfurt, Eckenheimer Landstraße 72, 6 Frankfurt/M.

Interview mit Margit Czenki

Dies ist der letzte Teil des Interviews mit Margit Czenki. Teil 1 erschien in AK 123 und behandelte die Themen Kriminalisierung politisch aktiver Frauen, das Verhältnis Frauenbewegung und Linke und Margits Buch- und Filmprojekte. Der 2. Teil in AK 125 handelte von der spezifischen Frauenunterdrückung im Frauenknast sowie Margits Knasterfahrungen.
In diesem dritten Teil nun soll die Problematik von Müttern und Kindern im Knast diskutiert werden, das unter zweierlei Aspekten gesehen werden muß: Wachsen die Kinder im Knast mit der Mutter auf, leiden sie unter dem isolierten und unterdrückerischen Klima. Trennt man sie von den Müttern, beginnt damit in der Regel eine große Entfremdung zwischen beiden.
Margit erzählt, wie das bei ihr selbst aussah – und auch wie über Kinder Druck auf Gefangene ausgeübt wird.

Ich glaube, für die meisten ist es nicht das Problem, warum sie nun reingekommen sind, sondern eben, daß sie dadurch die Kinder draußenlassen mußten, eben von den Kindern getrennt sind. Das war bei mir auch so. Ich hab dann z.B. nach langen Kämpfen durchgesetzt, gegen meinen früheren Mann, der sich auf die Seite der Polizei gestellt hat und Hilfssheriff gespielt hat, daß ich meinen Jungen erstmal Briefe schreiben durfte und ab und zu auch mal einen bekam und nachher durfte ich Kassetten besprechen. Besuchen durfte er mich nicht, weils der Vater nicht erlaubt hat. Dagegen habe ich geklagt und ich meine, daß es für ein Kind besser zu verkraften ist, wenn es die Person sieht und erkennt, die hat sich nicht verändert, die sieht noch genauso aus, die kann mit ihm ganz normal reden.

Also ich glaube, wenn es das so richtig banal, wie's auch ist, sieht, mich halt sieht, daß ich noch so bin, wie er mich kennt und da gar kein Unterschied ist, ob ich drinnen oder draußen bin, das hätte ihm schon viel genutzt, weil es ihm den Druck genommen hätte. Er hatte ja den Druck, daß ich weg bin, und er konnte sich nicht vorstellen, wo und wie das genau aussieht. Als ich verschwunden war, da war er in den Ferien bei meinem früheren Mann und da blieb er gleich da. Der sagte ihm, ich sei im Ausland und hätte ein Bein gebrochen. Meinem Jungen war aber schon klar, daß irgendwas Schreckliches passiert war, aber er wußte nicht was. Die ganzen Briefe hat mein früherer Mann ihm nicht gegeben, wo ich alles erklärt hab – und jetzt hing er so in der Luft – er wußte nur, ich bin nicht mehr da, und das hat ihm schon Angst gemacht und total verunsichert. Weil er ja immer bei mir war und nicht bei meinem Mann, der viel auf Vortragsreisen war und ich wollte in München was machen und bin deswegen dort hingegangen. Da war die wichtigste Bezugsperson von 7 Jahren einfach weg und er wußte nicht wo, was und wie. Meine Mutti hat ihn dann zum Geburtstag geholt und ihm meine Briefe endlich vorgelesen, wo ich ihm alles erklärte. Da war er wahnsinnig erleichtert und hat gelacht und gesagt, ach so, da ist die, ja dann kann ich sie ja auch besuchen. Das konnte er einordnen, für den war Knast nichts Beängstigendes, so in dem Sinn, daß er was dunkel-düster Uneinschätzbares ist, für den war das einschätzbar, weil wir ja immer drüber gesprochen hatten und ganz viele Leute schon im Knast immer betreut hatten.

Ja, da hatte ich's dann durchgesetzt über den Richter, daß ich Kassetten besprechen durfte und daß Kassetten vom Carol zurückkamen – was schon pervers ist, wenn du auf eine Kassette für dein Kind sprichst, aber immer noch besser als Briefe. Das war dann schon ein unheimlicher Fortschritt. Dann kam der Anstaltsleiter zu mit, da war wieder was gewesen, ich glaube da haben die wieder geprügelt oder sowas, das war dann über mich in die Presse gekommen. Da kam er hinterher an und sagte, wenn ich also jetzt stillhalte und nichts mehr nach außen gebe, dann kann ich das weitermachen mit meinem Kind, wenn nicht, kann ich mit meinem Kind keine Kassetten mehr besprechen. Er nannte das ein Gentleman-agreement, wir müßten uns jetzt gegenseitig entgegenkommen. Das war ganz klare Erpressung. Die müssen mich nicht Kassetten besprechen lassen, das stimmt, das steht in keiner Ordnung drin. Und so läuft das ja dauernd: Sie gestehen einem was zu und dann entziehen sie es wieder. Und da gab ich gesagt, sein Gentleman-agreement würde nur laufen, wenn ich ihn auch in den Bunker stecken könnte wie er mich vorgestern oder so.

Gut, dann kann ich halt keine Kassetten mehr besprechen, damit tun sie meinem Kind eigentlich was und nicht mir, und ich find das 'ne Sauerei, wie sie Kinder als Disziplinierungsmittel einsetzen. Da ist er wutentbrannt raus, hat die Tür geknallt. Am nächsten Tag kam er nochmal mit dem Angebot, und da hab ich gesagt, das läuft nicht. Da hat er geschrien: ich wußte doch, daß man mit Kommunisten keine Gentlemen-agreements treffen kann, warten Sie nur, Sie enden auch noch als blaue Ameise wie die in China und lauter so wirres Zeug.

Da hab ich gar nicht mehr mit ihm geredet und dann ist er gegangen. Dann durfte ich keine Kassetten mehr besprechen. Das ist dann aber unterlaufen worden durch anderes Personal in der Anstalt, also in höheren Rängen, die das eingesehen haben, daß das so nicht läuft und darüber unheimlich empört waren, weil, das konnte ich ja vermitteln, was da über ein Kind läuft. Die haben mich das dann sehr wohl besprechen lassen und auch im Empfang genommen, dann liefs über deren Namen, offiziell in der Anstalt, aber ohne Wissen des Chefs, das war irre mutig von denen.

Kinder im Knast

Bis zu zwei Jahren können die Kinder im Knast bleiben. Sie sind auch voll hinter Mauern, in der Krankenstation unten drin gibts Räume, auch mit Badezimmer, die für die Kinder reserviert sind. Und einen Raum für ganz kleine, die da erst geboren wurden in Aichach, und ein Raum für die anderthalb- bis zweijährigen. Das Schlimme ist nur, daß die Räume angrenzen an die beiden Bunkerräume, Beruhigungszellen, und daß halt eben, wer da hingeschleift wird, und da gehst du ja meist nicht ruhig hin, sondern wirst regelrecht hingeschleift, daß das da dran vorbeigeht, daß die Kinder das häufig mindestens akustisch mitkriegen. Wenn du in den Bunker kommst, tobst du dich erstmal aus, und das kriegen die Kinder so voll mit. Also ich glaube schon, daß sich das auf die überträgt – auch nachts. Ich kann mir nicht vorstellen, wie die da neben dran schlafen sollen, auch wenn sie übern Kopf nicht kapieren, was da läuft, aber das spüren sie, das sind irre Spannungen, die sie da abkriegen.

Die Kinder halten sich in den zwei Räumen auf, dahinter ist ein Garten, da gehen sie schon hin, aber aus Gründen der Sicherheit hat man auch hinten die Türe zur Terrasse nicht aufgemacht, damit sie nicht einfach selber in den Garten hinauslaufen können. Der Garten ist schon abgetrennt für die Kinder, aber der ist auch hinter einer großen Mauer. Und da können sie da nur raus, wenn sie jemand rausläßt, die sind halt in Räumen, die zum Flur hin abgeschlossen sind. Und nach hinten in den Garten können sie auch nur vorne rum, über den Knast, auch nur, wenn jemand mitgeht. Also, was so selbstverständlich bei kleineren Kindern läuft, daß sie einen Raum selber ausnützen, das fällt da völlig flach. Wird natürlich auch alles so reglementiert, Essenszeiten, Aufstehen, wann gewaschen wird, das wird so voll durchgezogen wie so im traditionellen Kinderheim. Die Beamtinnen, die das machen, die sind schon sehr lieb, aber haben keine sehr großen Vorstellungen von Erziehung, die machens halt wie mit ihren Kindern. Diese Kinder bräuchten aber noch ne besondere Zuwendung und Behandlung, weil sie meistens aus ganz üblen Milieus rausgekommen sind, und man sieht das den Kindern auch an, die sehen z.T. unheimlich verhauen aus. Aber es waren auch ein paar Kinder dazwischen, z.B. von den tschechischen Flugzeugentführern der Dave, und nachher ein Baby, die haben ganz anders ausgesehen, weil sie geliebte Kinder waren, weil die Mutter alles mit ihnen gemacht hat wie sie nur konnte.

Die anderen Mütter, die haben meistens schon gar keine richtige Lust, mit denen was zu machen, andererseits wollen sie sie auch nicht hergeben. Es ist halt so, sie sind unter Druck und den Druck geben sie weiter, wie immer. Und dann läuft auch noch ein zusätzlicher Druck, also wenn sie nicht spuren, dann können sie die Kinder halt weniger sehen. Und andererseits sind sie benachteiligt auch wegen der Kinder, denn sie gehen eine Stunde früher aus dem Betrieb weg, um die Kinder zu füttern und mit denen Mittag zu machen und dafür verdienen sie dann weniger. Und dann ist an und für sich sehr positiv, daß sie mal eine ganze Woche durch Kinderdienst mitmachen mit den Beamtinnen. Aber in der Zeit verdienen sie auch wieder nichts, und das ist eh schon so wenig Geld und das brauchst du für den Einkauf, und erst recht, wenn du ein Kind hast. Aber das wird dann nicht ausgeglichen durch Geld, das sie von außen kriegen können. Eigentlich werden sie so mit diesen Sachen beschränkt und bestraft, weil sie ein Kind haben im Knast. Früher sind die Kinder auch in Aichach geboren worden, bis dann mal eine ganz üble Geschichte gelaufen ist, da war eine Frau schon viel zu spät dran und der Arzt hat sie nicht ins Krankenhaus geschickt, es war schon klar, das mußte man einleiten. Die Hebamme hat auch drauf gedrängt, daß sie raus ins Krankenhaus kam. Erst nach über einer Woche, der Frau gings wahnsinnig dreckig, ist sie dann rausgebracht worden und hat da genau noch 2 Stunden gelebt, das Kind in ihrem Bauch war nämlich schon tot und verfault. Ich war da noch nicht in Aichach als das passierte, sondern hab das von Beamten erzählt bekommen.

Also, es ist gutwillig, wie da mit den Kindern umgegangen wird, aber es ist überhaupt nicht qualifiziert und des kann das Knastklima nicht ausgleichen.

Kinder gehören nicht hinter Mauern. Und oft ist es wirklich wegen kleiner Betrügereien, daß man so zwei Menschenleben kaputt macht fürn Sofa, das gekauft wurde und nicht bezahlt werden konnte. Wenn man sich das überlegt, daran kann man unheimlich gut sehen, was Menschen wert sind in diesem Land, wo immer Sachen wichtige sind als Menschen.

Margit und ihre Mitgefangenen schafften ansatzweise eine Veränderung des Knast-„Klimas". Margit schildert die Ursachen der Konflikte unter den Gefangenen und Wege zu solidarischem Verhalten ebenso wie die kleinen Kämpfe der Gefangenen um menschenwürdige Behandlung.

Als ich aus der Iso (Isolation) rauskam, waren die Reaktionen auf mich ganz verschieden. Den Gefangenen wurde immer gesagt, daß sie mit mir vorsichtig sein müssen, das habe ich schon erzählt. Jetzt waren sie andererseits aber auch ganz neugierig. Ich kam zu den Langstrafen, weil ich eben so eine lange Strafe hatte. Da wird man ja unterteilt in Regelvollzug, das sind Frauen, die immer wieder reinkommen; Erstvollzug; Frauen, die das erste Mal da sind, und dann noch Langstrafen, je nach der Länge der Strafen.

Ich war die einzige Frau, die kein Tötungsdelikt hatte. Da bin ich dann mit den schwierigsten Frauen zusammengewesen, mit den Lebenslänglichen und hohen Strafen, die alle unter einem wahnsinnigen moralischen Druck stehen, weil sie eben ein Tötungsdelikt haben. Die Bank – darunter leide ich nicht moralisch, ist halt eine Frage, ob das zu dem Zeitpunkt o.k. war oder nicht oder irgend so was, aber das ist keine moralische Frage, das ist eine politische Frage. Vielleicht noch, ob ich das riskieren konnte mit einem Kind, aber ansonsten ist es nicht eine moralische Frage. Aber für die Frauen ist es das. Und da wird eben nichts getan, daß die übersehen, warum sie das getan haben, was sie getan haben. Das läuft dann so, daß sie nur in ein total konfuses, sie fast erdrückendes Gefühl von Reue reingedrängt werden und mehr aber auch nicht. Weil nie mit ihnen aufgearbeitet wird, warum sie das gemacht haben, in was für einer Situation sie da waren, wie sie da reingekommen sind und warum sie so reagiert haben. Und das ist echt die Hölle, weil die Frauen wirklich verunsichert sind, die kommen sich so ein bißchen wie wilde Tiere auf der einen Seite vor, wo keiner weiß, was die mal machen und stellen sich hin und sagen, ja ich weiß auch nicht, warum das so war und haben nur ein schlechtes Gewissen. Andererseits wehren sie sich dann wieder unheimlich, so, daß sie zu andern sagen, ich hab ja nur so viel gemacht, du hast aber das und das gemacht, und sich das auch noch gegenseitig aufrechnen, weil sie einfach nicht damit umgehen können.

Also, das war so meine erste Beobachtung. Da waren unheimlich verhärtete Strukturen beim Hofgang, da trifft man sich ja zuerst. Da sind immer nur zwei miteinander gegangen und waren meistens mit dem Rest verfeindet oder häufig mit vielen anderen verfeindet. Jeder hing da so in seiner Rolle, in seinem Leid allein drin, das war schon sehr gespenstig.

Ich habe dann angefangen, mit allen zu reden. Ich hab erklärt, warum die eine sich so verschließt und sich entsprechend verhält und daß das bei der anderen wieder aus einem anderen Grund passieren kann. Mit denen zusammen, die schon drauf eingestiegen sind, haben wir diese Grenzen und Sperren zwischen den einzelnen dann weggekriegt mit der Zeit. Einfach, indem man sich jeden Tag konsequent menschlich verhalten hat, so, mehr ist das gar nicht, nicht mit Parolen oder irgendwelche Politgeschichten, sondern du vermittelst dich inhaltlich. Also das, was ich mir vorstelle, wie sich eben eine Sozialistin zu verhalten hat, wie die das eben lebt, das reicht auch völlig, da braucht man gar nicht viel zu sagen. Und da hat sich dann schon was wie ein gemeinsames Bewußtsein und auch eine größere Toleranz gegeneinander entwickelt. Mit einzelnen, die die alten Sachen wirklich aufarbeiten wollten, haben wir dann unheimlich lange drüber geredet, um herauszufinden, was die Gesellschaft als solche für einen Anteil hatte an der „Straftat" und wie sie selber das gehandhabt haben und da reingekommen sind, und wie da was veränderbar ist. Daß sie erst überhaupt mal verstehen konnten, was mit ihnen und um sie herum abgelaufen war, und in den Griff bekamen, daß sie sich verändern und daß das nicht mehr so laufen muß, wenn sie wieder rauskommen, so. Und daß sie aus diesen widerlichen, sich überlappenden und sie total erdrückenden reinen Schuldgefühlen herauskamen.

Ich glaube, das haben wir dann z.T. geschafft zusammen. Das wird von niemand im Knast geleistet, das können wir nur untereinander.

Solidarität unter den Gefangenen gabs vorher schon, ich hab erzählt, wie sie mich beim Essen gegrüßt und gesagt haben, die braucht auch eine Ansprache. So was ist schon da, aber über das raus geht's nicht. Und dann ist es drüber rausgegangen.

Wir haben auch zusammen unsere Bedürfnisse formuliert, und dann auch gesagt, wir wollen das anders haben, bei kleinen Sachen im Knast. Und wir habens dann auch anders gekriegt z.T., natürlich mit großen Widerständen und es ging auch nur um Kleinigkeiten, aber wir haben uns schon versucht uns dauernd zu vermitteln, warum wir was brauchen und warum wir so sind, was Folge ist von was anderem und so.

So Kleinigkeiten, z.B. wenn du aus der Zelle geholt wirst: „kommen Sie mal mit", wird dann gesagt. Dann sollst du so wie ein Hund hinterherlaufen, warten, wenn die Beamtin stehenbleibt, weitergehen, wenn die weitergeht. Du kannst dich im Kopf vorher nicht drauf vorbereiten, du bist halt unheimlich festgefahren im Knast, da mußt du schon so ein bißchen ne Anlaufzeit haben, wenn du z.B. mit jemandem reden sollst nachher – du schaffst die neue Situation sonst nicht, das geht nicht mehr. Weil ja alles sonst routinemäßig jeden Tag gleich ist, hast du das nicht mehr geübt. Und da kommen die Wachteln, machen die Tür auf, sagen: „kommen Sie mal mit". Und wir haben dann angefangen uns zu weigern. Wir haben gesagt, wir gehen mit, aber nur, wenn wir wissen, wohin. Daß wir dann auf dem Weg hin schon mal überlegen konnten, wie wir uns verhalten, ob wir Besuch haben oder ob wir irgendeine Stellungnahme abgeben müssen oder was auch immer. Damit wir nicht mehr so überrumpelt sind und dann immer total verunsichert dastehen und was machen oder sagen, was wir eigentlich gar nicht wollten.

Und dann eben, um diese Objektgeschichten abzubauen, denn da drin bist du wie das totale Objekt, die machen wie mit einem Hund, komm mal mit ... Aber zum Hund sagt man ja noch Gassi, uns hat man das nicht gesagt. Wir haben dann hinter denen herzutrotten, die sagen dann auch untereinander, also so übern Kopf weg; „nimmst du sie jetzt mit weiter vor." Also so wie man ein Paket weitergibt, „nimm du das mal mit". Gegen diese Objektgeschichten haben wir uns dann verstärkt gewehrt. Wir haben dann immer verlangt, daß sie uns sagen, was sie mit uns wollen und das eben alles nicht mehr befohlen wird, sondern begründet werden muß.

Und solche ganz kleinen Geschichten, die eigentlich selbstverständlich sein müßten, um so Sachen haben wir gekämpft jeden Tag. Oder wenn sie unsere Namen nicht gesagt haben, sondern nur : „kommen Sie mal her", haben wir nicht mehr reagiert.

Also so ganz banale Sachen, die aber wichtig sind für die einzelnen Frauen, dann kriegst du ein anderes Selbstbewußtsein mit der Zeit. Dann fallen die auch wieder andere Möglichkeiten ein, dich zu wehren. Du trottest eben nicht passiv irgendwo hinterher, du nimmst dich wieder in die Hand, also auch dein Leben.

So kleine Geschichten passieren da jeden Tag, keine großen Aktionen.

Zwischen dem Anstaltspersonal und uns liefen manchmal schon ganz gute Sachen. Und zwar wenn du dich menschlich vermittelst und auch mit denen redest und denen erklärst. Du weißt doch wo sie stehen, also du wirfst dich nicht an deren Brust oder so, und du weißt, wer sie sind, die sind völlig einschätzbar, bis zum gewissen Grad kannst du denen auch was vermitteln, du mußt es nur machen. Wenn du jeden Tag dich menschlich vermittelst und sagst, das und das bedeutet das aber, und das und das machen sie mit uns Gefangenen, das machen die sich ja gar nicht klar. Dann machen sie sich schon mal was klar und verhalten sich dann auch plötzlich mal menschlich, also das habe ich oft erfahren. Wenn man da nicht so eine Front macht. Gegen den Chef ne Front, so „Friede den Hütten, krieg den Palästen", also gegen Gefangene nie, sondern immer mit denen, auch wenn sie noch so beknackt sich verhalten, weils dafür Gründe gibt. Mit den Wachteln vorsichtig, aber auch noch alles erklären mit den kleinen, und nach oben hin ... wumm! Das ist so die Richtung glaub ich, die man da machen muß, das hat sich auch sehr bewährt in Aichach.

Wir danken Margit sehr herzlich für ihre ausführlichen Beiträge und ihre Zustimmung, sie über den Abdruck im AK einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Eine Münchner KB-Genossin und AG Frauen, KB/Gruppe Hamburg

Kinder

„Jugendschutz" — eine Komödie

Seit Jahren treibt in Bonn eine **„Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften"** ihr Wesen und Unwesen. Sie hat die Aufgabe, „Jugendgefährdendes" auf einen Index zu setzen. Die Folge: die Publikation darf nur noch unter dem Ladentisch gehandelt werden und darf nicht *„an einem Ort, der Kindern oder Jugendlichen zugänglich"* ist, ausgehängt werden. Meistens trifft dieses Schicksal Pornografisches oder sogar Sexualaufklärung (wie das Buch „Zeig mal").

Ungeschoren dagegen blieben bisher Druckerzeugnisse, die *„Gewalttätigkeit, Verbrechen oder Rassenhaß"* propagieren und *„kriegsverherrlichende Schriften"*, die nach dem Gesetz auch auf den Index gehören. So hat das zuständige Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit seit 1972 keinen einzigen Indizierungsantrag gegen „nazistisch-faschistische Propaganda und Kriegspropaganda" gestellt! Nazi-Schmöker, die auf dem Index stehen wie *„Waffen-SS im Einsatz"* von SS-General Hausser und *„Trotzdem"* von Hans-Ulrich Rudel — beide vor 18 Jahren indiziert — und zwei Machwerke von Otto Skorzeny (der das Kommandounternehmen leitete, das Mussolini aus der Haft holte), sind nach wie vor im Handel.

Das soll jetzt angeblich anders werden. Das Familienministerium hat die Befugnis, Indizierungsanträge zu stellen, im Mai auf die 600 Jugendämter ausgedehnt. Ob die allerdings gegen Nazi-Machwerke Anträge stellen, ist nach der bisherigen Praxis im Umgang mit Kriegsspielzeuge u.a. Schund mehr als fraglich. Eher werden sich wohl Sex-Zeitschriften — oder gar Sexualkundebücher — auf den Tischen der Prüfstelle stapeln.

Eine Peinlichkeit am Rande: Im Mai indizierte die Bundesprüfstelle das Buch des ehemaligen Fallschirmspringers Rudi Frühbeisser *„Im Rücken der Amerikaner"* wegen Kriegsverherrlichung. Frühbeisser ist heute in der BRD bei der Kripo, vor zwei Jahren erhielt er das Bundesverdienstkreuz... („Spiegel", 5.6.78).



NS- und Kriegsschund „soll" eingedämmt werden (Spiegel 5.6.78)

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg

Immer mehr Kinderselbstmorde

„Schüler [14] erschoß sich — wegen einer Sechs in Mathe", „Tadel-Junge [12] erschoß sich", „Nichtversetzt: Schülerin nahm 38 Schlaftabletten", „Zweimal Fünf in Mathe: 10jähriger wollte sterben", „Einsam! Kind erhängte sich", „Selbstmord eines Schülers — wegen eines Kabels für 4,80 DM".

Unter solchen Überschriften meldet die bürgerliche Presse ungefähr drei- bis viermal im Monat Kinderselbstmorde. Im Februar und Juli/August sind es mehr Fälle — in diesen Monaten werden Schulzeugnisse ausgegeben. Die Selbstmorde, die bekannt werden, sind allerdings nur ein Bruchteil.

Insgesamt 500 Kinder und junge Menschen im Alter von sechs (!) bis 18 Jahren setzen jedes Jahr in der BRD ihrem Leben selbst ein Ende. Die Zahl der Selbstmordversuche in dieser Altersgruppe wird in offiziellen Schätzungen auf 15.000 beziffert, Kinderpsychologen halten diese Zahl eher für zu tief gegriffen („Stern", 13.10.-1977).

Die Tendenz ist sichtbar steigend. An der Uni Kiel hat sich die Zahl der nach einem Selbstmordversuch eingelieferten Kinder verdreifacht. Bei jedem zweiten Kind stellte sich dabei heraus, daß ein vorhergegangener Selbstmordversuch schon einmal von den Eltern vertuscht worden war.

Die Ursachen für Selbstmorde von Kindern und Jugendlichen sind im Wesentlichen im zunehmenden Druck an der Schule und dem mit schulischem Mißerfolg verbundenen Mangel einer Lebensperspektive zu suchen:

— In der Selbstmordstatistik tauchen heute schon acht- oder neunjährige Schüler auf, eine Altersgruppe, in der vor zehn Jahren so gut wie keine Selbstmorde zu verzeichnen waren. Seitdem die in diesem Alter anstehende Entscheidung, ob ein Kind in die Hauptschule, Realschule oder auf das Gymnasium gehen soll, zu einer immer festeren Vorentscheidung darüber geworden ist, ob man überhaupt eine Lehrstelle und einen Arbeitsplatz findet, zeitigt der Mißerfolg bei dieser Auslese schon tödliche Konsequenzen.

— Schwerpunkt bei Selbstmorden ist das Alter zwischen 12 und 15 Jahren. Häufigste Ursache: Angst vor einem schlechten Abschlußzeugnis oder der Mißerfolg bei der Suche nach einer Lehrstelle. So brachte sich in Nürnberg ein 16jähriger um, nachdem er vergeblich ein Jahr lang eine Lehrstelle gesucht hatte.

— Neben dem Druck durch die Zensuren treibt die Schule auch Kinder durch die dort herrschenden repressiven Erziehungsmethoden in den Tod. So im Fall eines 14jährigen Schülers eines Gymnasiums, der angeblich ein Kabel mitgenommen hatte: *„Weinend hat mir mein Junge gesagt, daß er zweimal regelrecht verhört wurde und daß er ein Protokoll unterschreiben mußte"* (so der Vater). Wenige Stunden später beging er Selbstmord. Oder im Fall eines 12jährigen, der einer Mitschülerin die Luft aus dem Fahrradreifen gelassen hatte, ‚gerügt' wurde und sich erschoß („Morgenpost", 13.4.78).

Neben dem Druck in der Schule treten andere Selbstmordursachen bei Kindern und Jugendlichen zurück. Bei ausländischen Kindern z.B. ist der Mangel an Kontakt zu anderen Kindern wegen Sprachschwierigkeiten u.a. als Ursache für Selbstmorde verzeichnet („Morgenpost", 30.8.1977).

Bei der Behandlung des Problems „Schülerselbstmorde" wird — wie immer, wenn es um die beschissene Situation von Kindern geht — die Verantwortung von bürgerlichen Politikern und Wissenschaft den Eltern zugeschoben. So in einer „Untersuchung", die die Uni Kiel angestellt hat (die bislang einzige über Kinderselbstmorde):

„Was uns die Kinder erzählt haben, war schrecklich. Aber nach den Untersuchungen ist ganz klar, daß Schulstreß allein Kinder und Jugendliche nicht in den Tod treibt. Die Probleme im Elternhaus sind letztlich schuld daran".

Und weiter: *„Depressionen bekommen die Schüler nicht etwa deshalb, weil die Kinder in der Schule nicht mitkommen ... Kritisch wird's erst, wenn sie ihre Schulprobleme bei ihren Eltern nicht loswerden können, wenn sie zu Hause kein Verständnis finden."*

Klar ist, daß Kinder, die von ihren Eltern gegen den Druck in der Schule Unterstützung bekommen, weniger selbstmordgefährdet sind. Wie Analysen zeigen, geht es den Kindern nicht immer darum, ihrem Leben ein Ende zu bereiten, sondern oft nur darum, gerade ihre Eltern, Lehrer etc. auf ihre unglückliche Situation aufmerksam zu machen. Daraus allerdings den Eltern einen Vorwurf zu machen, ist pure bürgerliche Wissenschaft. Denn diese reagieren falsch oder gar nicht auf ihre Kinder, weil die Schule ihre Kinder drückt. Weil sie z.B. meinen, das Kind zum „Schulerfolg" zwingen zu müssen, damit es eines Tages eine Lebensperspektive hat. Oder selbst überhaupt nicht bewältigen können, was mit ihren Kindern in den Schulen passiert.

Einzelne Schülerselbstmorde haben in diesem Sinne schon Protest von Eltern, Mitschülern etc. ausgelöst. So veranstaltete der Aachener Kinderschutzbund nach einem Schülerselbstmord eine Protestveranstaltung, zu der 300 Menschen kamen („FR", 3.11.76). Dies Beispiel sollte Schule machen.

Kinderkommission
KB / Gruppe Hamburg



Das Leben beendet, ehe es richtig begann!

„Mehr Freude als Kummer und Kosten"?

In welch lächerlichem Verhältnis das staatliche Kindergeld von 50 Mark zu den tatsächlichen Kosten für den Unterhalt eines Kindes steht, beweist eine im Mai veröffentlichte Aufrechnung des „Deutschen Familienverbandes e.V.". Essen, Kleidung, Mietanteil, Urlaub, Schule und „Kultur" ergeben nach DFV eine monatliche Summe von 471,50 DM („Hamb. Morgenpost", 26.5.). Welche Familien tatsächlich diese Summe aufbringen können, bleibt schleierhaft, geht doch diese Auflistung von der „intakten Familie" aus: d.h., die Mutter arbeitet nicht, die Familie lebt vom Gehalt des Vaters, und der Posten Kinderkrippe, Pflegestelle oder Kindergarten entfällt.

Am ärgsten betroffen von der finanziellen Misere durch die mangelnde staatliche Unterstützung sind natürlich die rund 750.000 alleinerziehenden Elternteile. Die Steuergesetzgebung berücksichtigt die besonderen Härten für sie nicht, „absetzbar" ist hier so gut wie nichts. Einzige Erleichterung — eher aber ein Tropfen auf den heißen Stein — ist die ab 1978 eingeführte Regelung, nach der Unterhaltsleistende 600 DM im Jahr pauschal absetzen können.

Die oft und immer wieder geäußerte Sorge der bürgerlichen Politiker um den „arlarmierenden Geburtenrückgang" in der BRD folgen jedenfalls keine Taten, die das Kinderhaben leichter machen würden. Auch das „Erziehungsgeld" für Mütter, die während der ersten drei Lebensjahre auf den Beruf verzichten — eine Lieblingsforderung der CDU/CSU besonders in Niedersachsen und Bayern — ist nichts als ein ideologisch verpacktes Ablenkungsmanöver: Zielrichtung: „Wir sagen Ja zur Familie".

An eine echte Verbesserung, nämlich die Erhöhung des Kindergeldes, ist nicht gedacht.

„Sollen Kinder in Zukunft zum Nulltarif geboren und großgezogen werden?", fragt da ein Herr C. Ahlers, MdB und Chef der „Hamb. Morgenpost" (26.5.): *„Nur sollte man nicht vergessen, daß Kinder fast immer ihren Eltern mehr Freude als Kummer und Kosten bereiten. Aber solche Gefühlswerte haben in unserer materialistischen Buchhaltung keinen Platz".*

Eujeujeu.

Kinderkommission
KB / Gruppe Hamburg

Faschistischer Unterricht und Prügelstrafe an Privatschulen nicht verboten!

Es ist unfaßbar, wie fortschrittliche Kindertheater, Kitas, Freie Schulen wegen ihrer Konzepte von den Staatsorganen verfolgt, unterdrückt, verboten werden, meist mit dem dezenten Hinweis auf „Kommunistische Indoktrination". Zustehende finanzielle Mittel werden selten zuerkannt, wenn, dann erst nach mühsamen Auseinandersetzungen.

Ganz anderes widerfährt dem Ungarischen Gymnasium in der Oberpfalz (Kastl.), das sich nun schon fast 30 Jahre lang um die *„Heranbildung von Führungskräften für ein vom Kommunismus befreites Ungarn"* bemüht, wie die Schulsatzung ausweist.

Dieses Gymnasium, gegründet vom faschistischen ungarischen Horthy-Regime, konnte allein für das Jahr 1977 458.610 Mark Subventionen des Bundes einkassieren. Obwohl nachweislich dort Kinder geprügelt, gequält, geschunden werden!

Obwohl Eltern und wegen ihrer Proteste gegen diese „Prügelpädagogik" gekündigte Lehrer und Erzieher beim bayerischen Kultusministerium des Herrn Maier Einspruch erhoben, geschah nichts. Kommentar: *„Das Verbot körperlicher Strafen nach Paragraph 39 Abs. 4 ASchO gilt für alle öffentlichen Schulen in Bayern. Diese Vorschrift gilt dagegen nicht für die staatlich genehmigten Privatschulen [vgl. Paragraph 1, Abs. 3 ASchO]"* („Vorwärts", 1.6.78).

Es stört den CSU-Kultusminister Maier offensichtlich nicht, daß die Staatsanwaltschaft allein in den letzten zwei Jahren viermal gegen Prügelpädagogen an der Schule aktiv werden mußte.

Es stören offensichtlich nicht: Geplatzte Trommelfelle, Blutergüsse und rote Striemen auf dem Hintern. Es stört auch nicht, daß erwiesenermaßen Querverbindungen dieses Internates zu rechtsextremen Gruppierungen von Exilungarn, z.B. dem faschistischen Vitéz-Orden bestehen, der von Horthy 1920 zur Unterstützung seiner nationalistischen Ziele gegründet wurde und im Exil weiterarbeitet. Mitglieder dieses „Ordens", der mit der spanischen Falange verglichen wird, gehören der Lehrerschaft, dem Ungarischen Schulverein und dem Elternbeirat in Kastl an. Ergebnis dieser Erziehungsmethoden: *„Überdisziplinierte, obrigkeitshörige Abiturienten, weltanschaulich erzkonservativ, streng antisowjetisch [antisemitisch] und tief gläubig"* (Zitate aus „Vorwärts").

Betrachtet das bayerische Kultusministerium diese Privatschule vielleicht als „Modellversuch" in Sachen „Mut zur Erziehung", den die Reaktion ja wieder gewinnen will?

Kinderkommission
KB / Gruppe Hamburg

Kinder im KB - die ungeliebten Wesen?

Auf einer Vollversammlung einer örtlichen KB-Gruppe gab es einiges hin und her, weil die Eltern, bzw. die Wohngemeinschaften mit Kindern den „Kinderdienst" organisieren mußten. Ein Genosse konnte deshalb nicht kommen, andere waren unsicher, ob sie ihre Kinder bei einem ansteckend kranken Genossen allein zu Hause lassen könnten.

Wir haben das zum Anlaß genommen, um darüber zu sprechen, wie die Lage der Genossinnen und Genossen in der Organisation ist, die Kinder zu versorgen haben. Ich selbst habe die Erfahrung gemacht, wenn ich meine Kinder zu Eltern mit einem gleichaltrigen Kind in der Organisation gebe, weil ich zu einem Termin muß, daß diese das meistens als Belastung empfinden. Ich selbst weiß, daß zwei Kinder zusammen es in aller Regel viel interessanter finden, wenn es auch manchmal dabei hoch hergeht und sie die Wohnung auf den Kopf stellen.

Daß viele Eltern das zusätzliche Kind als Belastung empfinden, hängt wohl damit zusammen, daß sie sich insgesamt überfordert fühlen, sich ständig um ihre Kinder kümmern zu müssen, und damit auch ziemlich alleine da stehen. Der Bericht, den jetzt eine Mutter aus der Gruppe geschrieben hat, zeigt diese Belastung sehr deutlich.

In der Diskussion stellte sich dann sehr schnell heraus, daß wohl alle in der Gruppe wissen und bisweilen auch darüber reden, welche Nervereien zwischen der Genossin und ihrem Kind vorkommen; manchmal gibt es auch gute Tips. Bei nahezu allen war die Meinung verbreitet, wie schrecklich das doch mit Kindern sein müsse. Die Hilfe, die für die Mutter und ihr Kind geleistet wird, ist dann auch entsprechend. Wenn sich mal jemand um das Kind kümmern soll, wird das mehr aus schlechtem Gewissen gegenüber „Sozialfällen" gemacht. Als wir den Vorschlag machten, in Zukunft an Wochenenden mit mehreren Kindern reihum etwas zu organisieren und damit gleichzeitig weitere Eltern schrittweise zu gewinnen, etwas mit den Kindern zu unternehmen, wo wirklich was los ist und die Kinder nicht nur notdürftig „betreut" werden, da herrschte betretenes Schweigen; erst nach langer Zeit konnte für das erste Wochenende jemand gefunden werden. Kinder können halt nur als Belastung empfunden werden. – Eltern in der Organisation stehen dann mit dem Problem alleine da und mit dem Gefühl, ihre politischen Aktivitäten auf Kosten ihrer Kinder zu betreiben. Um damit ein Stück aufzuräumen, kann vielleicht dieser Bericht ein Anstoß sein, ein Bericht, dem ruhig weitere folgen sollten.

Ein Genosse der ZRK

Bericht der Genossin

Ich bin Mutter einer ungewollten 8-jährigen Tochter (Tanja). Ich stehe vor dem Trümmerhaufen eines großen Anspruchs in Sachen guter Erziehung an mich selbst – und des Widerspruchs dieses Anspruchs zu meinen eigenen Interessen.

Diesen Bericht wollte ich schon seit Wochen schreiben; aber die Angst davor, auch noch schriftlich festzulegen, daß ich versagt habe, hat mich davon abgehalten. Selbst jetzt, wo mir einigermaßen klar ist, was ich schreiben will, ist diese Schwierigkeit nicht ausgeräumt.

In den letzten Wochen ist meine Beziehung zu Tanja fast ausschließlich durch Aggressionen und schlechtes Gewissen bestimmt, was mir eine Auseinandersetzung mit ihrer und meiner Situation unmöglich macht.

Kurz ein paar Stationen unseres gemeinsamen Lebens.

Tanja wurde 1970, nachdem sich meine Hoffnung auf eine Fehl-, notfalls Totgeburt nicht erfüllt hatten, als sehr gesundes Kind geboren.

Ich war 19 Jahre alt und hatte geheiratet. Tanjas erste Erfahrungen waren das Abgelehntsein von meiner Seite; meine ersten Erfahrungen waren das Ausgeliefertsein in eine Situation, die mich nicht befriedigte, aus der ich von Anfang an wieder auszubrechen versuchte.

Nach und nach stellt sich das schlechte Gewissen ein und ich wurde zeitweise eine halbwegs ‚gute Mutter" und kümmerte mich viel um Tanja.

Sie lernte sehr schnell, sich gegen mich durchzusetzen und mich oft ihrem Willen zu unterwerfen, was beim Grad meines schlechten Gewissens meistens sehr leicht war.

Wenn ich mich dagegen wehrte oder etwas gegen ihren Willen durchsetzte, geschah das meistens durch Aggessionen, die meine Hilflosigkeit ausdrückten, manchmal auch in Form von körperlicher Gewalt, die mein schlechtes Gewissen noch verstärkten, da ich diese von meinem Anspruch an Erziehung her ablehne.

Nach drei Jahren entschloß ich mich, das Abitur nachzuholen, und gab Tanja in einen Kindergarten. Sie war dort sehr beliebt, schließlich war sie ein aufgewecktes, kreatives Kind. Sie lernte auch dort sehr schnell, sich durchzusetzen, und nur ihren eigenen Interessen und Bedürfnissen Rechnung zu tragen, was vom Erzieherpersonal toleriert, wenn nicht sogar gefördert wurde.

Mir gegenüber setzte sie ziemlich alles, was sie wollte, mit Aggressionen durch, was wiederum zum einen durch mein schlechtes Gewissen ihr gegenüber und zum anderen durch den Streß, in dem ich stand, begünstigt wurde. In mir auftauchende Zweifel, ob der Kindergartenbesuch das richtige sei, verdrängte ich, da ich keine andere Möglichkeit sah, sonst die Schule abzuschließen.

In dieser Zeit fing ich auch an, politisch zu arbeiten. Diese neue Situation führte auch zu Auseinandersetzungen mit meinem Mann, der dadurch Abstriche von seiner Freizeit machen mußte, was nach und nach auch geschah. In der Gruppe wurde ich als Frau und Mutter toleriert. Meiner Rolle wurde durch geringere Anforderungen Rechnung getragen.

Als Tanja eingeschult wurde, begann ich mein Studium. Seither sind die Spannungen noch erheblich angewachsen. Tanja hat in der Schule große Schwierigkeiten. Da sie sich nicht der Rolle des braven Mädchens entsprechend verhalten hat, bekam sie Schwierigkeiten – weniger mit der Lehrerin als mit den anderen Kindern. Ihre schulischen Leistungen sind mittelmäßig, außerdem ist sie Legasthenikerin (Rechtschreib-Schwierigkeiten – Anm.d.AK).

Aus der mittlerweile eingestandenen, aber nicht ausgeräumten Angst heraus, daß nicht „rechtes" aus ihr werden könnte (beruflich), habe ich einen unheimlichen Druck auf Tanja ausgeübt, trotz meiner ziemlich detailierten Kenntnisse über die Lage der Kinder in diesem System, diesen Druck ad absurdum führen.

Seit einigen Wochen hat sich die Situation zu einer zeitweise unerträglichen entwickelt. Nach 8 1/2 Jahren Ehe, die seit etlichen Jahren zwischen ganz guter Beziehung und „friedlicher Koexistenz" schwankt, ist ein Punkt erreicht, wo ein Zusammenleben nichts mehr bringt.

In Diskussionen mit Genossinnen und Genossen habe ich mich entschlossen, mit Tanja in eine Wohngemeinschaft zu ziehen.

Das Fazit des geschilderten ist, daß Tanja total auf mich fixiert ist und ständig Forderungen an mich stellt, speziell die ‚jederzeit zu ihrer Verfügung zu stehen.

Die ganzen Jahre habe ich mich um sie gekümmert, ständig Abstriche an meinen eigenen Interessen gemacht, aus dem Bewußtsein heraus, ich bin dafür verantwortlich, ich kann andere Leute nicht damit belästigen, vor allen Dingen an Genossinnen und Genossen keine Forderungen stellen, höchstens Bitten formulieren.

Diese Haltung meinerseits wurde auch dankbar akzeptiert und durch Erfahrungen, die ich machte, wenn ich wirklich einmal etwas zaghaft verlangte, verstärkt.

Meine Probleme war man bereit, sich anzuhören; manchmal wurde mir gesagt, ich müsse konkrete Forderungen stellen, aber meistens wurde nur Bedauern laut, wenn man mir bestätigte, daß man mit solch einem Kind auch ausflippen würde.

Als die Probleme größer und meine Erzählungen darüber häufiger wurden, riet man mir, die Sache mit anderen Betroffenen anzupacken. Die bescheidenen Initiativen, die ich in diese Richtung unternahm, führten zu nichts, da von mir aus auch keine große Bereitschaft bestand, große Energien darauf zu verwenden.

Dann kam der Entschluß auszuziehen; die Diskussion begann, mit wem zusammenziehen.

Wie „groß" die Bereitschaft ist, sich mit anderer Leute Kinder auseinanderzusetzen, machte der Spruch einer Genossin deutlich, die meinte, mit mir würde wohl schon jemand zusammenziehen, aber mit Tanja wäre das schwierig, jemand zu finden.

Mittlerweile haben sich Leute gefunden, ein Haus steht in Aussicht und es wird nach einer Mutter mit Kind in Tanjas Alter gesucht.

Bezeichnend ist aber, daß, obwohl 8 Erwachsene und 2 Kinder einziehen sollen, bei Diskussionen die Rede von nur 8 Leuten ist.

Tanja hatte von vornherein nichts gegen das Ausziehen aus unserer jetzigen Umgebung einzuwenden, stellte aber ganz konkrete Forderungen, nur mit Leuten zusammenzuziehen, die sie auch mag.

Speziell machte sie das an einem Genossen fest, bei dem sie, obwohl sie ihn zu diesem Zeitpunkt nicht näher kannte, einfach feststellte, daß sie mit ihm nicht zusammenziehen würde. Mittlerweile hat sich zwischen diesem Genossen und mir eine Beziehung entwickelt, die Tanja logischerweise ablehnt und auf die sie mit Eifersucht reagiert.

Ich bin einfach nicht bereit, nun wieder bei mir Abstriche zu machen; auf der anderen Seite jedoch nagt ständig mein schlechtes Gewissen an mir, da Tanja mir auch vorwirft, ich würde mich nicht mehr um sie kümmern.

Unterstützung in dieser Situation erhalte ich in allererster Linie nur von einer Genossin, die selbst ein Kind hat und die bereit ist, sich um Tanja zu kümmern, damit ich nicht ständig mit ihr zusammen sein muß.

Von den Leuten, die mit in die Wohngemeinschaft einziehen, zeigt bis auf besagten Genossen niemand große Intitiative in bezug auf Tanja.

Dieser Bericht hat sicher sehr viele Mängel, aber wollte ich die Probleme ausführlich schildern, könnte ich wahrscheinlich ein Buch füllen. Zum anderen haben sich die eingangs erwähnten Schwierigkeiten niedergeschlagen.

Eine Genossin aus Nürnberg





„Coming out" - was ist das?

Oft werden schwule Genossen gefragt, was der Ausdruck 'Coming Out' bedeutet, der für die Schwulenbewegung von zentraler Bedeutung ist und daher häufig verwendet wird.

Der Ausdruck kommt aus der US-amerikanischen Schwulenbewegung und bedeutet wörtlich: „Herauskommen". Damit ist die Homosexualität gemeint, die in einem Menschen drinsteckt und die individuell nicht mehr unterdrückt, sondern als Form der Sexualität praktiziert wird. Angesichts der Tatsache, daß man in dieser Gesellschaft nicht ungestraft schwul sein kann, ist dies ein mehrjähriger Prozeß, der nicht unbedingt an ein bestimmtes Alter gebunden ist. Dieser Prozeß wird in drei Phasen unterteilt: *„Erstes Aufflackern der schwulen Triebrichtung im Bewußtsein, massives Zurückdrängen der ersten, vagen Idee, schwul zu sein oder zumindest Bedürfnisse in dieser Richtung zu haben, und schließlich die Selbstwahrnehmung als Schwuler".* Dannecker und Reiche haben festgestellt, daß bei den in ihrer Umfrage erfaßten Schwulen die erste Phase durchschnittlich mit 16 1/2 Jahren beginnt und daß der Prozeß, wenn er gradlinig verläuft, durchschnittlich mit 21 1/2 Jahren abgeschlossen ist. Diese durchschnittlich fünf Jahre sind für den Schwulen wohl die schwierigste Zeit in seinem Leben, weil er, wie jeder andere Mensch auch, mit dem ganzen schwulenfeindlichen Müll erzogen und aufgewachsen ist, den eine zwangsheterosexuelle Gesellschaft gegenüber der praktizierten Homosexualität bereithält. Für den später selbst Schwulen sind Schwule exakt das, was er gemeinhin über sie hört oder liest: „Kriminelle, Kinderverführer, Abartige, Arschficker, Perverslinge, menschlicher Abschaum" usw. Angesichts dieser antischwulen Propaganda bleibt ihm zunächst gar nichts anderes übrig, als die homosexuellen Wünsche schleunigst wieder zu verdrängen, um sein Selbstwertgefühl nicht zu verlieren. Um auch sich selbst gegenüber jeden Verdacht auf das „Laster" auszuräumen und sich selbst zu beweisen, daß man(n) „normal" ist, wird häufig demonstrativ versucht, Heterosexualität zu praktizieren. Eventuell vorhandene „Effeminiertheit" (betont weibliches Verhalten), die aus einer Identifikation mit der Mädchenrolle resultiert, wird fast immer – ebenso wie alle sonstigen Hinweise, die auf Schwulsein schließen lassen – systematisch unterdrückt. Nicht selten wird hierbei auch ein übertrieben männliches Verhalten an den Tag gelegt oder zumindest versucht, ein ausgeprägt männliches Image zu pflegen. Diese „Oberflächenkosmetik" veranlaßt dann nicht wenige Eltern zu der Bemerkung: „Wir dachten ja auch schon, daß unser Sohn homosexuell werden könnte, aber gottseidank hat er sich dann ganz normal entwickelt". Fakt ist, daß der Einzelne in dieser schwierigen Phase in der Regel völlig allein ist. Ein offenes Gespräch mit Freunden, Eltern oder Lehrern ist nicht drin, weil sie meist, wie der Betroffene selbst, die Homosexualität ablehnen oder den Betroffenen wohlwollend vor einem „Außenseiterschicksal" bewahren wollen und ihm einreden, die „richtige Frau" werde bestimmt noch kommen. Zum anderen ist so ein Gespräch auch deswegen nicht möglich, weil der Betroffene seine homosexuellen Wünsche selbst akzeptieren müßte. Aber gerade das ist in den ersten beiden Phasen des Coming Out nicht drin. Die Folge dieser sexuellen Probleme, d.h. der immer stärker werdende Wunsch nach Zärtlichkeit und Sexualität mit einem Mann, und die Angst davor, schwul zu sein (oder zu werden), führt fast immer zu schweren inneren Konflikten, die mit Lebensängsten, Depressionen und Selbstmordgedanken verbunden sind. Tatächlich ist die Selbstmordrate bei Schwulen etwa dreimal so hoch wie bei Heterosexuellen, und bezeichnenderweise werden diese Selbstmordversuche häufig im Alter zwischen 16 und 18 vorgenommen. Eine Untersuchung zeigt, daß bei Jugendlichen bis zum 17. Lebensjahr das häufigste Selbstmordmotiv „schlechte zeugnisnoten" sind, unmittelbar gefolgt von „homo sexueller veranlagung", die von Jugendlichen seelisch und körperlich nicht verkraftet werden kann. Dies sind Opfer der bürgerlichen „Moral".

Ohne Recht auf Homosexualität ist der „Coming Out - Schwule" gezwungen, seine Homosexualität als persönliches Problem, als individuelles Versagen zu verarbeiten.

Sehr häufig ist die Abwehr der eigenen Homosexualität mit dem Wunsch nach „Behandlung" gekoppelt. Die zwangsheterosexuelle Klassengesellschaft bietet bekanntlich ein ganzes Horrorarsenal von „Heilungsmethoden" an, um die angebliche Krankheit zu heilen.

Wie bereits erwähnt, ist das Coming Out grundsätzlich nicht an ein bestimmtes Alter gebunden. Entsprechend der starken Diskriminierung der Homosexualität kann der Prozeß, sich selbst den Wunsch nach homosexuellen Beziehungen einzugestehen, Jahrzehnte dauern. Es versteht sich, daß ein verzögertes Coming Out die Probleme des Betroffenen enorm verstärkt. Die „Lösungen", die der Betroffene gezwungenermaßen wählt, reichen von der grundsätzlichen Lähmung sexueller Aktivitäten (d.h. er schläft weder mit Frauen noch mit Männern) bis zur ausgeübten Heterosexualität. Nicht selten erfolgt gerade als Reaktion auf die aufkommenden schwulen Bedürfnisse eine „Flucht zur Frau", um sich als „richtiger Mann" zu erweisen. Nicht wenige Schwule sind verheiratet und erleben das Coming Out in der Ehe. (Bürgerliche Wissenschaftler entblöden sich nicht, das Coming Out dann als „Übersättigung an Frauen" zu interpretieren!).

Wie ist „Coming Out-Schwulen" zu helfen?

Es versteht sich von selbst, daß eine grundsätzliche Hilfe nur im konsequenten Kampf für das Recht auf Homosexualität erreicht werden kann. Dieser Kampf muß darauf gerichtet sein, daß Homosexualität uneingeschränkt als eine der Heterosexualität gleichberechtigte Form der Sexualität aufgefaßt wird.

Hierzu ist es zunächst notwendig, daß insbesondere die Genossinnen den „Coming Out-Schwulen" solidarisch unterstützen, zu seiner Form der Sexualität zu finden. Es hat sich nämlich gezeigt, daß es immer wieder gerade Frauen sind, denen sich Betroffene mit ihren Problemen eher

Fortsetzung auf Seite 30

Fortsetzung von Seite 29

offenbaren (Solidarität der Unterdrückten) – als Männern; Männer blocken sehr häufig Gespräche in dieser Richtung ab (warum eigentlich?!).

Heterosexuene, ob Männer oder Frauen müssen lernen, sich aus den Bewußtseinsmechanismen einer zwangsheterosexuellen, sexualfeindlichen Gesellschaft zu befreien und erkennen, daß die Ausgrenzung und Diskriminierung der Homosexualität auch Ergebnis i h r e r Verhaltensnormen sind: Es kann nicht angehen, daß in einer Diskussion mit Menschen, die im sexuellen Bereich Schwierigkeiten haben, sehr häufig nicht einmal in Erwägung gezogen wird, daß der Betroffene homosexuelle Wünsche hat, zu denen er wegen der Tabuisirung dieser Form der Sexualität nicht zu stehen wagt. Eben das ist Ausdruck dafür, was für eine ätzende Wirkung die schwulenfeindliche Propaganda sogar in den Köpfen der Genossinnen und Genossen angerichtet hat.

Je schwulenfeindlicher eine Gesellschaft ist, desto weniger Menschen wagen es, zu ihrem Schwulsein zu stehen. Je stärker eine Schwulenbewegung ist, desto mehr Schwule haben ihr Coming Out. Bestes Beispiel hierfür sind die statistischen Erhebungen über Homosexualität: Als Magnus Hirschfeld, ein führender Vertreter der älteren Schwulenbewegung, 1904 eine erste Umfrage startete, waren danach ganze 1% der Bevölkerung schwul (Prompt wurde er wegen dieser haarsträubenden Feststellung wegen „Verbreitung unzüchtiger Schriften" verurteilt). 1947, also in einer Zeit, als die Vermarktung der Sexualität bereits vorangeschritten war, stellte Kinsey fest, daß 4% der Bevölkerung schwul seien. Nachdem sich ab 1969 in den USA eine starke Schwulenbewegung entwickelte, sprangen die Statistiker völlig im Dreieck: Kinsey wurde verdoppelt. Als allein in San Franzisco am Christopher Street Day (schwuler Kampftag) im Juni 1977 300 000 Schwule und Sympathisanten für die Rechte der Schwulen demonstrierten, konnten weitere Voraussetzungen dafür geschaffen werden, das Coming Out des Einzelnen zu erleichtern.

Die US-Schwulenbewegung hat auch den Slogan entwickelt: „Wie kann man offen sagen, daß man schwul ist? Zuerst muß man es sich selbst eingestehen!"

Falsch wäre es dabei, die real stattfindende Repression und die daraus resultierenden Schwierigkeiten des einzelnen „Coming-Out-Schwulen" zu unterschätzen und von ihm schlicht zu fordern, sich doch nun endlich zu seiner Homosexualität zu bekennen. Der Prozeß des schwulen Coming Out ist ein Prozeß der S e l b s t a k z e p t i e r u n g .

Tatsächlich wird den Betroffenen am besten dadurch geholfen, daß es im Kopf jeder Genossin und jedes Genossen drin ist, daß Homo- und Heterosexualität gleichwertige Formen der Sexualität sind und daß darüber hinaus durch die Beschäftigung mit der Schwulenfrage die Voraussetzungen für die Einsicht geschaffen werden, w i e Sexualunterdrückung im herrschenden System funktioniert.

Für das Recht auf Homosexualität
Schwul sein muß normal werden!
Kampf der Sexualfeindlichkeit!

Schwule Genossen in der
AG Sexualität
KB/Gruppe Hamburg

Leserbrief zu „Theatergruppe Brühwarm – Nymphomannia" (AK 130)

Ich finde es prima, daß im AK so positiv über das neue Stück der Brühwarms berichtet wurde. Leider ist aber in dem Artikel überhaupt nicht die Rede von den Liedern, die wesentlicher Bestandteil des Stückes sind und für viele die Höhepunkte dieses Programms waren!

Während die Handlung aus den angegebenen Gründen häufig schwer verständlich ist, sind die Songs sowohl inhaltlich als auch musikalisch packend und gehen jedem sehr unter die Haut, der das Problem „Schwulsein" für sich erst einmal angenommen hat.

So erzählt ein Lied von den Schwierigkeiten, eine schwule Identität zu finden trotz der Erziehung zum heterosexuellen Mann: „...ich spüre – und man läßt mich spüren – daß ich anders bin als die meisten Männer, als das, was in dieser Gesellschaft vom Mann gefordert wird." Und von dem Problem, trotzdem anderen Männern Gefühle entgegenzubringen: „Sie ham mir ein Gefühl geklaut, und das heißt Liebe – denn meine Liebe ist in ihrer Welt verboten. Das nennen sie normal."

Sie singen von der Unfähigkeit der meisten Homosexuellen, „warm zu leben", anstatt „nur nachts homosexuell zu sein." Die Brühwarms drücken mit den Liedern die Angst aus, die in jedem Schwulen tief drinnen steckt, z.B. sich wieder reindrängeln zu lassen ins Ghetto, sich wieder in den dunklen Verließen und Separrees einrichten zu müssen, „die wir heute noch grinsend Subkultur nennen." Aber sie schreien auch: „Ich will raus aus dem Ghetto, ich kann da nich mehr rein" und fordern: „Leben wir unser Leben, auch auf den Straßen. Keiner braucht sich selbst zu hassen, sich zu verstecken – oder sich ihrem Leben anzupassen."

Die Brühwarms setzen mit ihren Liedern dort an, wo es jeden Schwulen trifft – auch den, der nicht unbedingt durch Berufsverbot o.ä. bedroht ist – auch wenn die Repression gerade d i e besonders trifft, die anfangen, „nicht nur nachts homosexuell zu sein". Es mag sein, daß dies der Weg ist, um auch diejenigen Schwulen zum Widerstand gegen die Schwulenunterdrückung zu bewegen, die bisher durch Anpassung relativ unproblematisch „über die Runden kamen."

Wie gut die Gefühle und Gedanken der meisten Schwulen getroffen wurden, konnte man während der Premiere am Pfingstsonntag spüren. Das vorwiegend schwule Publikum, das teilweise auch anläßlich des schwulen Pfingsttreffens von auswärts gekommen war, ging ungeheuer mit und die Stimmung war dementsprechend gut. Das setzte sich bei der anschließenden Fete noch stärker fort.

Es ist zu hoffen, daß die Songs (die Musik machte übrigens wieder „Ton, Steine, Scherben") bald auch auf Platte erhältlich sind.

Neben dieser Sache möchte ich aber noch auf etwas eingehen, was mich an dem Artikel ziemlich gestört hat. Es wird die Frage angeschnitten, was Schwulsein eigentlich bedeutet, wie Schwule denn nun „wirklich" sind. Der Genosse spricht davon, wir seien „verklemmt, heteromännlich". Es stimmt, es gibt keine klaren „Verhaltensvorgaben" für Schwule, wie es sie für heterosexuelle Männer oder Frauen gibt. Aber genauso, wie ich es für falsch halte, wenn einige Frauen davon reden, der Kapitalismus sei etwas „männliches", finde ich es fahrlässig, von bestimmtem Verhalten als „heteromännlich" zu sprechen.

Nochmal: es gibt bisher wohl für niemanden eine klare Vorstellung davon, wie Schwule wohl wären, wenn sie „echt" wären. Bisher gibt es vor allem solche, die sich „hetero"-männlich oder auch „hetero"-weiblich verhalten, in dem Sinne, daß sie ein Verhalten an den Tag legen, was einem „normalen" (d.h. heterosexuellen) Mann oder einer „normalen" (ebenfalls heterosexuellen) Frau entspricht. Während aber „heteromännliches" Verhalten als quasi „unschwul" bezeichnet wird, ist anscheinend „heteroweibliches" Verhalten durchaus schwul, oder was?

Ich wünsche mir, daß zu dieser Frage bald ausführlicher eine Diskussion geführt wird. Ich will sie hier nicht ausführlicher beginnen, möchte aber gerne auch weiter dazu beitragen.

Ein schwuler Genosse aus Hamburg

„Haben Sie mal bei Ihrem Mann homosexuelle Neigungen festgestellt?"

Vor knapp einem Jahr wurde „Stern"-Reporter Ulrich Schippke von zwei Jugendlichen totgeschlagen, die er bei einem Einbruch in seine Wohnung überrascht hatte.

Im jetzt stattfindenden Prozeß versuchte das Gericht aus Gründen, die gewiß mit dem Prozeß-Inhalt nichts zu tun haben, über einen möglichen „homosexuellen Hintergrund" der Tat zu spekulieren. Die Frau des Toten, Eva Schippke, wurde so das Opfer eines schweinischen, demütigenden „Verhörs" durch das Gericht und die Verteidigung. An sie gestellte Fragen lauteten:

– *„Wie war Ihre Ehe in den letzten Jahren?"*.

– *„Haben Sie Männerbekanntschaften gemacht?"*.

– (Nach bejahender Antwort:) *„Waren Sie mal intim mit ihm?"... „Sonst noch jemand?"*.

– *„Haben Sie mal bei Ihrem Mann homosexuelle Neigungen bemerkt?"*.

Nein, hatte sie nicht. Sie behauptete sogar, ihr Mann habe *„sehr gern mit mir geschlafen"*. Das reichte dem Verteidiger aber noch nicht. Er wollte wissen: **„Ging die Initiative von ihm aus oder von Ihnen?".** Antwort: **„Immer von meinem Mann".**

Also alles wie es sich gehört. Hätte Frau Schippke womöglich gesagt, daß die Initiative auch schon mal von i h r ausgegangen sei, wäre das sicherlich als Indiz interpretiert worden, daß ihr Mann wohl doch nicht ganz „normal" war.

2 Stunden und 40 Minuten lang wurde auf diese Weise vor Gericht im Sexual-Leben des Ehepaars Schippke herumgeschnüffelt. Gefehlt hätte blos noch eine Frage wie „Wer lag oben, Sie oder Ihr Mann?" (Korrekte Antwort müßte lauten „Immer mein Mann").

Warum sollten in einer Gesellschaft , die auch in Punkto Sexualität derart kaputt ist, ausgerechnet die Gerichte eine Ausnahme machen?!

(Zitate aus „Bild", 17.5.78).

Homosexuellen-Kongreß in USA

Atlanta/USA: An der diesjährigen „South East Conference of Lesbians ans Gay Men" (einem Zusammenschluß schwuler und lesbischer Gruppen der Südost-Staaten der USA) beteiligten sich über 600 Menschen. Angesichts der gegenwärtigen Offensive antischwuler und reaktionärer Kräfte in den USA standen folgende Themen im Mittelpunkt der Konferenz:

1) Wie erreicht man möglichst viele Homosexuelle, insbesondere lesbische Frauen, schwule Schwarze, Latinos, Asiaten, Ureinwohner („Indianer"), Provinzschwule, alte Schwule, schwule Jugendliche?
2) Wie kann man die Stärkung des schwulen Selbstbewußtseins und das Bewußtsein der politischen Macht („gay power") vertiefen?
3) Verbesserung der Kommunikation zwischen den örtlichen Gruppen.
4) Die gegenwärtige Lage der Aktionsgruppen und Perspektiven für die weitere Entwicklung.
5) Die Verbesserung der persönlichen Lebensumstände von Schwulen und Lesben.

Die zahlreichen Arbeitsgruppen befaßten sich mit Themen wie „Alte Schwule", „Kampf dem Rassismus", „Provinzschwule", „Coming Out im Beruf", „Bewaffneter Kampf und Gewalt", „schwule Medizin", „Frauen aus der Dritten Welt", „Effeminismus" („Tuntenhaftigkeit"), und „Selbstverteidigung für Frauen".

Obwohl die Konferenz insgesamt durch ein Höchstmaß an Solidarität gekennzeichnet war, blieben verschiedene Punkte ungelöst. Insbesondere um das Recht der Frauen, eigenständige Treffen zu organisieren, kam es zu Konflikten mit den Männern. Für 1979 wurde wiederum eine Konferenz beschlossen, für den Herbst dieses Jahres sind getrennte „Süd-Ost"-Konferenzen zur Vorbereitung jenes Treffens geplant.

(Lt. Informationen aus „Workers World", 21.4.78).

AG Sexualität
KB/Gruppe Hamburg

„Conegno gay" — Schwulentreff in Bologna

In Bologna fand vom 26. bis 27. Mai das erste italienische Schwulen-Treffen statt. Gekommen waren in erster Linie männliche Schwule. Die Teilnahme von Lesben war umstritten; es nahm auch nur eine lesbische Gruppe teil, die „Sappho-Brigade" aus Turin.

Außer lebhaften Diskussionen wurde u.a. der westdeutsche Film „Jagdszenen aus Niederbayern" gezeigt, schwule Theater-Gruppen und Darsteller traten auf und es gab eine sehr bunte, sehr schwule Abschlußdemonstration.

Während des Treffens wurde die folgende Resolution beschlossen (Text nach „Lotta Continua", 31.5.78):

„1.) Die Schwulenbewegung besteht nicht bloß aus den existierenden Gruppen, sondern auch aus den einzelnen Genossen und Genossinnen, die sich nicht in irgendwelche Strukturen organisiert haben.
2. Die Schwulenbewegung ist autonom gegenüber jeder organisierten Partei.
3.) Die Schwulenbewegung ist antifaschistisch, anti-maschistisch (*d.h. gegen den „Männlichkeits"-Kult - Anm. AK*) und antikapitalistisch; sie ist gegen alle Formen von Stalinismus, die es in der Linken gibt.
4.) Die Schwulenbewegung kämpft gegen die bürgerlichen sexuellen Normen, die die reproduzierende Heterosexualität aufzwingen, die für di kapitalistische System funktioniert.
5.) Die Schwulenbewegung sieht diesen Kampf aIs festen Bestandteil des umfassenderen Kampfes des Proletariats gegen die bürgerliche Ausbeutung.
6.) Die Schwulenbewegung sieht in der ‚Frauenbewegung' ihren natürlichen Hauptverbündeten im Kampf gegen die maschistische Unterdrückung. Sie wünscht die Überwindung der Mißverständnisse, die uns bisher daran gehindert haben, reichhaltigere Bewegungen eines gemeinsamen Kampfes aufzubauen.
7.) Die Schwulenbewegung identifiziert sich nur teilweise mit der ‚Bewegung von 1977' die sich in Worten als Bewegung a l l e r bezeichnete, die am Rande der kapitalistischen Gesellschaft stehen, aber die Wirklichkeit innerhalb ihrer Strukturen wieder die diskriminierenden Mechanismen der bürgerlichen Macht hervorbrachte.
8.) Die Schwulenbewegung setzt sich dafür ein, daß ‚Lambda' der authentische Ausdruck der gesamten homosexuellen Bewegung wird. (*„Lambda" ist die Zeitung der Schwulenorganisation „Fuori" und hat eine Auflage von 3.500; die Redaktion besteht nur aus Männern und sie bringt auch nicht das ganze Spektrum der Schwulenbewegung, z.B. die Schwulen in linken Organisationen, zum Ausdruck - Anm. AK*). Gleichzeitig forderte sie die Zeitungen der ‚Neuen Linken auf, (ohne ihn etwas zu delegieren), mehr in die Widersprüche innerhalb des Proletariats zu beachten.
9.) Die Schwulenbewegung ruft alle Homosexuellen dazu auf, für die Eroberung des eigenen Körpers der eigenen Sexualität und des eigenen Glücks zu kämpfen." –

Auf dem „convegno gay" wurde außerdem eine zweite Resolution angenommen. Sie ruft alle Genossen auf, sich für die beiden (von der Radikalen Partei initiierten) Volksentscheide einzusetzen, die jetzt anstehen: Gegen das ‚legge Reale' (das u.a. größere Vollmachten für die Polizei vorsieht) und gegen die staatliche Parteienfinanzierung.



Antifaschistische Aktion

Düsseldorf

Zum dritten Mal innerhalb von vier Monaten führte die NPD/JN am 26.5. eine Kundgebung in Düsseldorf durch. Diesmal hatte die NPD eine besonders unverschämte Provokation geplant: Zum 55. Todestag von Leo Schlageter (ein Nazi-„Märtyrer“) wollte sie eine Kundgebung mit anschließender Demonstration zum Nordfriedhof durchführen. Dort stand während des Nazi-Regimes ein Denkmal von Schlageter, das 1946



Antifaschistische Demonstration in Essen

abgerissen wurde. An derselben Stelle wurde 1957 ein Denkmal für die Opfer des Faschismus errichtet.

Und genau dort wollte die NPD einen Kranz für ihren „Helden“ Schlageter niederlegen!

Demonstration und Kranzniederlegung wurden verboten. Die NPD ging gegen das Verbot gerichtlich vor, hatte diesmal aber weder beim Verwaltungsgericht Düsseldorf noch vor dem Oberverwaltungsgericht Münster Glück, beide Gerichte bestätigten das Verbot. In der Innenstadt jedoch durfte eine NPD-Kundgebung stattfinden.

Gegen die geplante NPD-Provokation protestierten u.a. der DGB, jüdische Organisationen und der AStA der Fachhochschule. Der DGB rief zu einer Kundgebung und Mahnwache am Denkmal für die Opfer des Faschismus auf. An der Kundgebung

schismus auf. An der Kundgebung

nahmen ca. 400, an der anschließenden Mahnwache ca. 100 Antifaschisten teil.

5 - 600 Antifaschisten (u.a. DKP, Spontis, Basisgruppen, VVN, „KPD“, „KPD/ML“, KBW, KB) waren zu der NPD-Kundgebung in der Innenstadt erschienen, um ihren Protest lautstark zu artikulieren. Wie schon die beiden vorhergegangenen NPD-Auftritte ging auch diesmal das zweistündige Gesabber der Faschisten im Lärm der Trillerpfeifen und Sprechchöre unter.

Aus den Fenstern des hinter dem Kundgebungsplatz gelegenen Schauspielhauses hängten Schauspieler ein Transpartent mit der Forderung: „Nazis raus“!

Entgegen den Ankündigungen der NPD waren nicht 500, sondern nur ca. 30 bis 40 Nazis erschienen, teilweise in schwarzer, SS-Uniform-ähnlicher Kluft, zum Teil als AKW-Gegner getarnt.

Wie üblich, zeigte sich die Polizei sehr besorgt um das Wohlergehen und die Gesundheit der Faschisten. Der Kundgebungsplatz war mit einer doppelten Reiche „Hamburger Reiter“, die mit Nato-Stacheldraht gespickt waren, abgesichert; 400 Polizisten, darunter eine Einheit der GSG 9 (laut „Düsseldorfer Nachrichten“, 27.5.), wurden zur Sicherung der Faschisten eingesetzt.

KB/Sympathisanten Düsseldorf

Essen

Die Neo-Nazis trauten sich nicht nach Essen! Am 3. Juni wollte die NPD/JN eine provokatorische „Kundgebung“ mitten in der Essener City durchführen. Die JN ist in den letzten Monaten im Ruhrgebiet durch verstärkte Aktivitäten hervorgetreten: So schlugen sie ihr Domiziel in einem Bauernhof bei Kamen auf (Harting-Hof), wo sie paramilitärische Übungen, ähnlich wie die „Wehrsportgruppe Hoffmann“, abhalten. Die dort agierende Bande tat sich besonders hervor, als sie, mit Fahrradketten bewaffnet, in Kamen die Dichterlesung eines jüdischen Schriftstellers terrorisierte. Auch mußten Essener Antifaschisten feststellen, daß die Münsterkirche mit Parolen wie „Rote Ficker raus!“ und „Freiheit für Rudolf Hess“ beschmiert wurde. Selbst die Regionalzeitung „WAZ“ sah sich genötigt, ein Leserbrief-Forum „Droht eine neue Gefahr von Rechts?“ einzurichten.

Aufgrund dieser Ereignisse bildete sich in Essen bereits frühzeitig eine antifaschistische Aktionseinheit, die sich zum Ziel gesetzt hatte, die Nazi-Kundgebung am 3.6. mit möglichst friedlichen Mitteln zu verhindern.

An den antifaschistsichen Aktionen beteiligten sich u.a. DGB, „Falken“, Jusos, DKP, Spontis, KB, „KPD“, „KPD/ML“, eine Gruppe von Medizinstudenten, SB, KABD, AKW-Gegner und Schwule.

Mit mehreren Flugblättern, auch von einzelnen Organisationen, wurde die Essener Öffentlichkeit von der geplanten Nazi-Provokation unterrichtet. Am Samstag war es dann soweit: Über sechs Stunden lang war die Essener City Schauplatz einer breiten Aufklärungskampagne. Mehrere hundert Antifaschisten beteiligten sich an

dert Antifaschisten beteiligten sich an

verschiedensten Aktionen. So wurde ein antifaschistisches Kaffeetrinken durchgeführt, Straßenmusiker spielten auf, Transparente und Stellschilder wiesen auf unser Anliegen hin, über Latusprecher wurde laufen die Bevölkerung informiert, ständig bildeten sich Gruppen, die über die faschistische Gefahr diskutierten. Schließlich zog eine lange Demonstration durch die Einkaufsstraßen, hin zum geplanten Kundgebungsort der NPD/JN. Dort liefen die Aktionen weiter. Fast zwei Stunden lang ließen sich nur einzelne Faschisten blicken, kleinere Gruppen wurden öfter in den Seitenstraßen gesichtet. Zu einer „Kundgebung“ kam es jedoch nicht: Der Lautsprecherwagen der Nazis ergriff schließlich die Flucht und wurde von einigen Antifaschisten bis auf die Autobahn „begleitet“. Von einigen Plänkeleien mit der behelmten Polizei abgesehen, ein voller Erfolg der Essener Antifaschisten! Den ganzen Tag über beteiligten sich wohl mehr als 500 Menschen aktiv an den verschiedenen Aktionen. Unserer Ansicht nach kommt es nun darauf an, es nicht bei dieser gelungenen Aktion zu belassen, sondern im Rahmen einer Bürgerinitiative oder eines Arbeitskreises den Kampf gegen die faschistische Gefahr kontinuierlich weiterzuführen.

Einige Essener Genossen des KB

Herne

Am 3.6. wollte die NPD/JN in Herne auftreten. Im Gegensatz zu früheren Nazi-Provokationen waren die Herner Antifaschisten schon frühzeitig davon unterrichtet. Von der „Antifaschistischen Initiative Herne“ wurde ein Einladungsschreiben an 21 Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen verschickt. Eingeladen waren die bürgerlichen Parteien der Stadt, alle Einzeilgewerkschaften, der DGB, „Falken“, Judos, Jusos, DKP, SDAJ, DFG/VK u.a.m. Von den eingeladenen Organisationen erschienen zum ersten Termin nur die Revi-orientierten Gruppen. Die Judos hatten von vornherein ihre Unterstützung zugesagt. Alle anderen Organisationen waren aus den unterschiedlichsten Gründen nicht erschienen. Bei, dem zweiten Treffen waren auch die „Falken“ und die Anti-AKW-Initiative Herne anwesend. Eine nochmalige Rücksprache mit den anderen Organisationen und Gewerkschaften brachte Klarheit, daß sich keine der bürgerlichen Parteien und keine Gewerkschaft an der Aktionseinheit beteiligen würde. Die zum Vorabend geplante Podiumsdiskussion mit Vertretern dieser Gruppen konnte daher in dieser Form nicht stattfinden.

Ein Flugblattentwurf, der vorgelegt wurde, enthielt u.a. einen Abschnitt, der sinngemäß aussagte: „Terroristen gleich Faschisten“. Dieser Passus wurde vor allem von der DKP und vom „Arbeiterbund“ begrüßt. Nach einer längeren Debatte wurde dieser Abschnitt mit sechs gegen fünf Stimmen abgelehnt. Daraufhin teilten DKP, SDAJ und DFG/VK mit, daß sie das Flugblatt nicht unterschreiben und aus der Aktionseinheit aussteigen. Sie wollten ihre eigene Sache machen. Genau wie die „KPD“, „KPD/ML“ und der KBW, die sich zu einer spe-

und der KBW, die sich zu einer spe-

ziellen Aktionseinheit zusammenschlossen.

Am 3.6. gab es dann doch noch Absprachen mit den „ML“-Gruppen für ein einheitliches Vorgehen. Als die Nazis um 9.00 Uhr auf dem Platz eintrafen, war der Platz rundherum mit antifaschistischen Parolen verziert. Gerade als die NPD/JN ihren Stand aufgebaut hatte, sprang eine Gruppe von fünf maskierten Antifaschisten im vollen Lauf auf den Büchertisch der NPD/JN und zerstörte ihn völlig.

Um 10.30 Uhr hatten sich ca. 150 Antifaschisten versammelt. 80 bis 90 Bullen schützten die ca. 20 Faschisten. Mit Parolen, Lieder etc. wurde die Nazi-„Kundgebung“ gestört. Am Ende kam es noch zu einem Übergriff der Polizei: Die „KPD/ML“ wollte mit dem Megaphon eine Gegenrede halten; kaum hatte sie angefangen, stürzten sich ca. 15 Bullen wie wild auf die „ML“er, der Redner konnte jedoch von anderen Antifaschisten geschützt entkommen.

KB-Genossen in Herne

Bewährungsstrafen für Antifaschisten

Am 6.Juni standen 3 Antifaschisten vor dem Herner Schöffengericht. Angeklagt waren sie u.a. wegen Körperverletzung, Widerstandes gegen die Staatsgewalt und versuchter Gefangenenbefreiung.

Es ging dabei um eine NPD-Kundgebung vor den Wahlen 1976. 20 Antifaschisten (hauptsächlich KBW) machten damals ihrem Unmut über die faschistische Provokation durch Sprechchöre u.ä. Luft. Als sie dann ein Megaphon einsetzten, wurden sie von Zivilbullen angegriffen, die das Megaphon beschlagnahmen wollten. Bei der folgenden Rangelei haben auch NPD-Schläger mitgemischt.

Die Hauptverhandlung begann schon mit einem Eklat. So wurde bekannt, daß eine Schöffin führend in der (laut VS-Bericht rechtsradikalen) „Deutschen Jugend des Ostens“ tätig ist. Ein Befangenheitsantrag wurde vom Vorsitzenden Richter, Siebert, abgelehnt mit dem Hinweis auf eine eidesstattliche Erklärung der Schöffin, sie wisse nichts von der Rechtslastigkeit ihres Vereins und im übrigen sei sie auch Mitglied der SPD!

Während der Verhandlung verwikkelten sich die Polizeizeugen, allen voran der „Hauptbetroffene“ (der von zwei der Angeklagten angeblich geschlagen und getreten worden sein soll) in erhebliche Widersprüche. Mal wußte der betreffende Polizist nicht genau, ob der Angeklagte ihn getreten hat, um im nächsten Moment, nachdem der Staatsanwalt ihm die entsprechenden Worte in den Mund gelegt hatte, sogleich alles beschwören zu wollen.

Obwohl alle Polizeizeugen zugeben mußten, daß es im Gerangel unmöglich gewesen sei, zu erkennen, wer nun wo was getan haben soll, wurden 2 der Antifaschisten zu 400.- bzw. 1200.- Geldstrafe verdonnert, womit das Gericht in einem Fall erheblich über den Antrag des Staatsanwalts hinausging (Richter Siebert: „Entscheidend ist, daß der Angeklagte sich in der Menge befand, von der aus der Beamte geschlagen und getreten wurde"). Der dritte (wegen „versuchter Gefangenenbefreiung" einer festgenommenen Antifaschistin) Angeklagte mußte freigesprochen werden, da sich keiner der Polizeizeugen beim besten Willen an derartiges erinnern konnte.

Die Angeklagten wollen nun in Berufung gehen.

Anzumerken ist noch, daß die öffentliche Resonanz des Prozesses ziemlich gering war (und das, obwohl drei Tage vorher eine erneute Faschistenkundgebung in Herne stattfand).

Das lag zum einen am ziemlich sektiererischen Vorgehen des KBW's (der eine Solidarisierung mit den Angeklagten mit seinen speziellen Forderungen verbinden wollte), zum anderen aber auch an dem merkwürdigen Desinteresse der örtlichen Antifa-Initiative.
Hier wird sich noch einiges tun müssen.

Ein Genosse aus Herne

Antifaschisten verurteilt

Am 5. Juni wurden in Kiel vier der „KPD/ML“ nahestehende Antifaschisten zu 6 Monaten bzw. 4 Monaten Knast (mit Bewährung auf drei Jahre) verurteilt. Ihnen wurde in dieser Berufungsverhandlung vorgeworfen, einen Stand der NPD in Kiel zerstört und Nazis verletzt zu haben. In 1. Instanz wurden sie z.T. sogar zu Haftstrafen ohne Bewährung verurteilt. Gegen dieses Urteil war der Staatsanwalt Holtz in die Berufung gegangen, weil ihm die Haftstrafen ohne Bewährung noch zu gering waren. Entsprechend fiel sein Plädoyer aus. Er forderte auch diesmal wieder Haftstrafen ohne Bewährung, denn das Abräumen des NPD-Standes sei hart an der Grenze zur Anarchie und der Anfang des Terrorismus.

Die Anwälte machten in ihren Plädoyers hingegen deutlich, daß es nicht einmal bei allen Angeklagten erwiesen sei, daß sie überhaupt dabei waren. Das Gericht mußte in seinem Urteil sogar die Unglaubwürdigkeit der Nazi-Zeugen und deren Beeinflussung durch andere Nazis zugestehen. Das Verfahren selbst stand ganz im Zeichen der Enthüllungen über diese Nazi-Zeugen. Die Nazi-Zeugen Teufert und Stubbemann wurden sogar aus U-Haft vorgeführt, wo sie momentan wegen eines versuchten Sprengstoffanschlages einsitzen. So kam das Gericht nicht umhin, dies in sein Urteil mit einzubeziehen. Gegen mehrere Nazis und Bullen wird es jetzt Verfahren wegen Falschaussagen geben. Außerdem sind weitere kriminelle Taten und Pläne der Nazis aufgedeckt worden, über die an anderer Stelle noch berichtet wird.

Dennoch billigte das Gericht den Angeklagten kein aktives Widerstandsrecht gegen diese Nazis im Sinne des Potsdamer Abkommens zu. Dazu sei der Staat da. Derselbe Staat, der hier nun die Antifaschisten verurteilt hat.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Kiel

Antifaschist vor Gericht

Am 14.Juni, um 9 Uhr findet in der Nebenstelle des Landgerichts in der Hafenstraße die Berufungsverhandlung gegen einen Antifaschisten statt, der in 1.Instanz wegen „Landfriedensbruch" zu 400 DM Geldstrafe verknackt worden war. Er soll Ketten gebildet haben und andere zum Kettenbilden augefordert haben.

Hauptbelastungszeuge im ersten Prozeß war Polizeispitzel Warola, der mitten unter den antifaschistischen Demonstranten agierte, als diese im März 77 eine Kundgebung der NPD/JN verhinderten.

Der Antifaschistische Arbeitskreis Münster fordert alle Demokraten und Antifaschisten auf, zahlreich zu diesem Prozeß zu erscheinen.

KB-Sympathisanten in Münster



„NSDAP"-Gruppe Frankfurt tritt an die Öffentlichkeit

Für den 1. Mai 78 hatte die Frankfurter „NSDAP"-Gruppe, die dort als **„Aktionsgemeinschaft Großdeutschland"** firmiert, ihren ersten öffentlichen Auftritt geplant.

Gemeinsam mit der Hamburger „Hansa"-Bande (ANS) und deren „Führer" **Michael Kühnen** sowie der ebenfalls schon länger zu diesem Sumpf zählenden **„Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands"** (VSBD) hatte sie am 1. Mai vor der Katharinenkirche eine Kundgebung angekündigt.

Daraus wurde nichts: Die Kundgebung wurde verboten. Nicht verboten und ohne daß der vor dem Lokal postierte Streifenwagen der Polizei etwas unternahm, trafen sich dann später am Tag etwa 20 Nazis in den „Gildestuben", neugierig beäugt von der im Vorzimmer versammelten NPD.

Dort versammelte sich die Bande, nachdem sie – ungeachtet des Kundgebungsverbots – mittags uniformiert und mit Fahne durch die Innenstadt gezogen war und fünf von ihr versucht hatten, beim neuen Sponti-„Strandcafe" Schlägereien zu provozieren.

In den „Gilde-Stuben" zog man dann vom Leder. **Henry Beier, Chef der „Aktionsgemeinschaft – Kampfgruppe Großdeutschland"** war „glücklich, den Kameraden aus Hamburg begrüßen zu dürfen". Die Hauptrede überließ er dann Michael Kühnen.

Vollends jede Hemmung verlor Beier dann im Gespräch: *„Will mal sagen: nur ein toter Jude ist ein guter Jude"* und: *„Das mit den Verbrennungen in den Konzentrationslagern ist Quatsch. Wo ist denn die Asche? Irgendwohin muß doch das Zeug gekommen sein"* („Frankfurter Rundschau" – „FR", 30.5.).

Alles alte Bekannte

Von den versammelten Nazis ist außer Kühnen mindestens noch Henry Beier (Koselstraße 7, 6 Frankfurt) der Polizei seit langem bekannt. Bei Hausdurchsuchungen wurden wiederholt „NSDAP"-Materialien bei ihm sichergestellt. Er hatte im Aufruf zum Treffen vom 1.5.78 als Adresse die der **„Deutsch-Völkischen Gemeinschaft"** in Karlsruhe angegeben, einer weiteren Nazi-Bande, deren Schriften bundesweit vertrieben wer-
einer weiteren Nazi-Bande, deren Schriften bundesweit vertrieben wer-
den. Er erzählt auch von guten Kontakten nach Mainz zur **„NS-Kampfgruppe"** der **Familie Müller**.

Ebenfalls zu diesem Frankfurter Nazi-Sumpf gehört **Wolfgang Koch**, allsamstäglicher Redner an der Frankfurter Hauptwache, der wahlweise mit einer Plakette der „VSBD" oder als Repräsentant der „Deutsch-Völkischen Gemeinschaft" auftritt – so zuletzt am 27.5.78 auf einer DVU-Versammlung in Frankfurt.

Ein weiteres Mitglied dieser Bande scheint auch **Clemens Weinel** (Ziegenschule; er wohnt Heddernheimer Landstraße 182) zu sein, **der noch bei der Kommunalwahl 1977 für die NPD kandidierte**, bevor er als Sprecher einer „Schüleraktion für Wahrheit und Demokratie" in Erscheinung trat und gegen das Verbot des „Auschwitz-Kongresses" von Schönborn in Erscheinung trat.

Der ganze Nazi-Sumpf zusammen

Das Frankfurter Treffen zeigte erneut, daß – ungerührt durch verschiedentliche „Drohungen" des Staatsapparats – die Nazis zielstrebig am weiteren Aufbau ihrer Banden arbeiten. Speziell in Frankfurt scheinen da einige Fäden zusammenzulaufen:

So ist Frankfurt nicht nur Sitz diverser Schönborn-Banden („**Kampfbund Deutscher Soldaten**", „**Arbeitsgemeinschaft Nation Europa**"), sondern auch Sitz der „**Volkssozialistischen Einheitsfront**" (VSE) des **Werner Kosbab**, der sich die „VSBD" (vorwiegend in Bayern tätig) angeschlossen hat (vergl. AK 126).

Zusammen mit Kühnens „Hansa"-Bande und der „Deutsch-Völkischen Gemeinschaft" sowie den verschiedenen NS-Gruppen (Mainz, Westberlin etc.) und der **Hoffmann-Bande** sind dies die „Kader", die seit Monaten durch die BRD reisen und für den Sommer 1978 die Gründung einer neuen Nazi-Partei angekündigt haben.

Nazi-Umtriebe in Frankfurt

Auch in Frankfurt waren schon vor dem 1. Mai immer wieder Nazi-Pamphlete aufgetaucht: Hakenkreuzfahnen auf der Kaiserley-Brücke, „NSDAP"-Plakate an Hauswänden, gezielter Flugblatt-Terror gegen jüdische Bürger – all das ereignet sich seit über einem Jahr, ohne daß Beier – immerhin mehrfach als Besitzer und offenbarer Verteiler dieser Materialien festgestellt – hinter Gitter gekommen wäre.

Die Spitze dieser Provokationen bestand darin, antisemitische Hetzschriften in die Briefkästen des jüdischen Altersheims zu werfen.

Noch ist uns nicht im einzelnen bekannt, wer genau für diese Schweinereien verantwortlich ist. Ansätze, diese Bande vollends ans Licht zu zerren, sind aber vorhanden:

– so wurde erst im März eine Gruppe von Mitgliedern der „Wiking-Jugend" („WJ") „aufgestört", als sie mit Nazi-Plunder auf dem Flohmarkt angetroffen wurde;
– sieben von ihnen holten sich warme Ohren, als sie „aus Rache" ein Treffen des Antifaschistischen Arbeitskreises überfallen wollten;
– nur wenig später drohten zwei dieser Typen an der Falkschule Mitschülerinnen – darunter einer Jüdin – Prügel an.
– Es waren auch Angehörige der „WJ" oder JN, als vor ca. zehn Wochen vor einer Anne-Frank-Thea-
„WJ" oder JN, als vor ca. zehn Wochen vor einer Anne-Frank-Thea-
tervorstellung Nazis Material von Schönborn und der „DVG" verteilten.

Frankfurts Antifaschisten haben also ein weites Betätigungsfeld vor sich!

Daß sie von staatlicher Seite kaum Hilfe zu erwarten haben, machten erst kürzlich zwei Staatsanwälte klar, die meinten: **„Wir beschwichtigen nichts, aber noch sind diese Gruppen nicht gefährlich"**. Und Kooperation und Zusammenarbeit finde unter den Nazis sowieso nicht statt („FR", 27. und 30.5.).

Die jüdische Gemeinde in Frankfurt ist da anderer Ansicht: Sie läßt ihre Festgottesdienste schon polizeilich sichern und ein Sprecher erklärte: „Wir werden langsam nervös". Eine jüdische Lehrerin hat deshalb schon ihre Stelle gekündigt und ist nach Israel ausgewandert.

Antifa-Kommission KB/Gruppe Frankfurt und Hamburg unter Mithilfe verschiedener Antifaschisten

Morddrohung von Nazis bleibt straflos

Am 15.10.77 hatte der NPD'ler BERND DRÖSE während einer NPD-Kundgebung gegen die „Falken" (SJD) eine Morddrohung ausgestossen: sie, die „Falken", müßten damit rechnen, ähnlich wie Liebknecht und Luxemburg zu enden und in absehbarer Zukunft ermordet in der Emscher zu schwimmen.

Nachdem die „Falken" selbst nichts gegen diese Morddrohung unternahmen, stellten Herner Antifaschisten Anzeige nach § 130 StGB wegen Volksverhetzung.

Am 19.5.78 gab die Staatsanwaltschaft Bochum bekannt, daß das Ermittlungsverfahren gegen DRÖSE eingestellt wird. Als Begründung wird u.a. angegeben:

„Das Verfahren war bereits deshalb einzustellen, weil sich die Drohung des Beschuldigten nicht gegen einen anderen Menschen, sondern gegen eine Organisation als solche, nämlich die Falken richtete. Dagegen verlangt der Tatbestand der Bedrohung (§ 241 StGB) u.a., daß ein anderer Mensch bedroht wird. Im übrigen handelt es sich bei der von Ihnen sinngemäß wiedergegebenen Äußerung des Beschuldigten nicht um eine Bedrohung im Rechtssinne, nämlich mit der Begehung eines Verbrechens des Mordes. Diese Äußerung des Beschuldigten war eine bloße prahlerische Redewendung, die nicht den Tatbestand des § 241 StGB erfüllt".

KB-Genossen in Herne

Betrifft:
Dokumentation zur VVN

Seit längerem zeigen Erfahrungen von Antifaschisten, die als einzelne oder als Gruppierungen mit der von der DKP dominierten „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten" (VVN) in Kontakt treten, daß es Schwierigkeiten gibt, weil die VVN entsprechend der berüchtigten „These 41" der DKP jede Zusammenarbeit ablehnt. Die ergänzt die VVN durch eine verleumderische Polemik.

Um die VVN-Bündnispolitik, die Verhandlungen, die mit der VVN geführt wurden, ihre Polemiken usw. konkret darzustellen, planen wir eine Dokumentation, in der entsprechendes Material zusammengestellt werden soll. Dazu liegen uns bereits verschiedene Materialien vor; wir fordern aber alle Leser auf, uns weitere Erfahrungen zugänglich zu machen, damit die Auseinandersetzung mit der VVN auf der Grundlage eines möglichst vielfältigen Erfahrungsspektrums vorangetrieben werden kann.

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Der DGB und der antifaschistische Kampf: Dichtung und Wahrheit

Radikale Töne - wie immer - gab es beim diesjährigen DGB-Kongreß auch zum antifaschistischen Kampf: **„Gegen Faschismus kampfbereit"** - so kommentierte die „tat" die Stimmung auf dem Kongreß: *„Bei keinem Thema ... gab es größere Einigkeit als bei den Warnungen vor den verstärkten Aktivitäten alter und junger Nazis in der BRD. Einstimmig verabschiedete der DGB-Kongreß einen Initiativantrag zu diesem Thema, nachdem in der Debatte betont worden war, daß jeder Gewerkschafter in vorderster Front im antifaschistischen Kampf stehen müsse"* (tat, 2.6.). Und im DGB-Beschluß heißt es tatsächlich sehr wortradikal: *„Die Gewerkschaften wissen sich weiterhin zum aktiven Kampf gegen alle neofaschistischen Aktivitäten verpflichtet ... Der DGB und die in ihm vereinten Gewerkschaften werden unverändert neofaschistische Kräfte bekämpfen"*.

Eine Wende in der Haltung des DGB zum antifaschistischen Kampf? Leider weit gefehlt!

Der nachstehend abgedruckte Brief von Vetter an alle DGB-Landesbezirke, Kreise und an die Mitglieder des Bundesvorstandes zeigt anschaulich, daß der DGB vom gemeinsamen antifaschistischen Kampf nicht viel hält. Ihre speziellen Vorstellungen („Verbindung mit dem Bundeskanzler aufnehmen") versucht die DGB-Führung, für alle Gewerkschaftsmitglieder verpflichtend zu machen. Neben den Repressionen gegen AKW-Gegner, Russell-Unterstützer und Aktivisten der Friedensbewegung soll der antifaschistische Kampf wohl der nächste Teil der demokratischen Bewegung sein, wo mit Gewerkschaftsausschlüssen zu rechnen ist? ...

Postanschrift DGB Bundesvorstand 4 Dusseldorf 1 Postfach 2601

Postanschrift DGB Bundesvorstand 4 Dusseldorf 1 Postfach 2601

Dusseldorf
Hans-Böckler-Str. 39 (Hans-Böckler-Haus)
Fernsprech-Sammelnummer (02 11) 4 30 11
Drahtanschrift Dgbbevorstand Dusseldorf
Fernschreiber 858 4822 a dgb d
858 4819 dgb d
Bankverbindungen
Bank für Gemeinwirtschaft AG, Dusseldorf
(BLZ 300 101 11) Konto Nr. 1000 200 00
Postscheckkonto Essen
(BLZ 360 100 43) Konto Nr. 635 41-430

DGB-Landesbezirke
DGB-Kreise
Mitglieder des Bundesvorstandes

Ihre Zeichen | Ihre Nachricht vom | Fernsprech-Durchwahl (02 11) 4301 200 | Unsere Zeichen V/zm. | Datum 11. April 1978

Betrifft:
"Internationale Kundgebung für die Auflösung der SS-Verbände
Gegen die Rehabilitierung des Nazismus" am 22.4.1978 in Köln

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen !

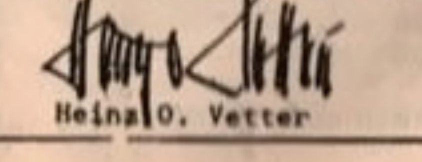
Seit kurzer Zeit wird im Raum des Deutschen Gewerkschaftsbundes und seiner Gewerkschaften für eine Teilnahme und Unterstützung für die o.a. Veranstaltung geworben und ebenfalls eine entsprechende Unterschriftenaktion gestartet.
Aufgrund dieser Vorgänge möchte ich folgendes in Erinnerung rufen:

Seit der Neugründung der Gewerkschaften und des Deutschen Gewerkschaftsbundes nach dem Zusammenbruch der Naziherrschaft beobachten wir, motiviert durch unsere eigenen, leidvollen Erfahrungen, sehr intensiv alle Bemühungen und Aktivitäten rechts- und linksextremistischer Gruppen, die einge Gefahr für unsere freiheitlich demokratische Gesellschaftsordnung darstellen, weil sie mit der Zerstörung dieser Gesellschaftsordnung unseren eigenen Lebensraum sprengen würden.
Sobald der Deutsche Gewerkschaftsbund der Meinung war, daß sich auf diesen Gebieten wirklich ernst zu nehmende Gefahren entwickelten, hat er in eigener Verantwortung und unabhängig von anderen Gruppen und Institutionen angemessen reagiert und die ihm notwendig erscheinenden Aktivitäten entwickelt.
Genau so werden es der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Gewerkschaften in der Gegenwart und Zukunft halten.
In Sachen neonazistischer Umtriebe wurde von uns bereits Verbindung mit dem Bundeskanzler aufgenommen.

Der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes ist deshalb der Meinung, daß wir uns weder an der internationalen Kundgebung am 22.4.1978 in Köln beteiligen noch die angelaufene Unterschriftenaktion unterstützen.

Ich bitte, dies zu beachten.

Mit freundlichen Grüßen



Heinz O. Vetter

Ein jüdischer Lokalbesitzer gab auf

Münster.K.W., jüdischer Lokalbesitzer und langjähriger Vorsitzender der jüdischen Gemeinde Münsters, hat zum 1.Mai sein Lokal aufgegeben und ist aus der BRD nach Kanada emigriert. Vorausgegangen waren seit 1975 Drohbriefe von Neonazis an K.W. und andere bekannte Juden, Hakenkreuzschmierereien an der Synagoge, Schmierereien „Juda verrekke" an verschiedenen Plätzen in Münster, eine Friedhofschändung in der Nähe Münsters und immer häufigere Schmierereien und Aufkleber „Kauft nicht bei Juden".

Die reaktionäre „Münsteraner Zeitung" (MZ) und neuerdings auch die „FAZ" behaupten frech, K.W. sei aus anderen Gründen aus Münster weggegangen. Diese Version wird aber von anderen Juden und auch von Jusos-Kreisen zurückgewiesen.

Vor einigen Wochen wollten die Jusos mit einer Veranstaltung „Wehret den Anfängen" über diese Vorfälle informieren. Die Polizei löste diese Versammlung auf, angeblich weil eine Bombendrohung eingegangen war.

Eine Presseerklärung der Jusos dazu wurde von der „MZ" und den „Westdeutschen Nachrichten" nicht abgedruckt, weil es eine Abmachung mit der Polizei gäbe, über Bombendrohungen nicht zu berichten. In ihrer Mitgliederzeitung „Nordlicht" kritisieren die Jusos die indirekte Unterstützung der Zeitungen („Totschweigen") für das zunehmende Treiben der Neonazis.

KB-Sympathisanten in Münster



Die Reihe stellt anhand einzelner Komplexe die fortschreitende Faschisierung des BRD-Staates und der westdeutschen Gesellschaft dar. Mit Übersichten, Statistiken und zahlreichen Originaldokumenten wird das Zusammenspiel staatlicher Instanzen mit alten und neuen Faschisten belegt, wird das heute erreichte Ausmaß und Unterdrückung Verfolgung antifaschistisch-demokratischer Kräfte einerseits, der Begünstigung und Förderung polizeistaatlicher und faschistischer Entwicklung andererseits sichtbar. Die in der „Russell-Reihe" vorgelegten Dokumentationen sind deshalb Anklagematerial gegen den BRD-Staat und seine gesellschaftlichen Träger. Sie sind identisch mit Untersuchungsmaterial, das dem dritten „Russell-Tribunal" (über Repression und Verletzung von Menschenrechten in der BRD) vorgelegt wurde bzw. werden soll.

1 Dokumentation von Texten und Vorschriften gegen den Faschismus und ihre Anwendung, Verdrehung, Mißachtung seitens der BRD-Staatsorgane von 1945 - 1977.
In dieser, mit reichhaltigen Originalmaterialien ausgestatteten Dokumentation werden u.a. folgende im Gegensatz zu den Vereinbarungen des Potsdamer Abkommens stehende Maßnahmen aufgezeigt: der Abbau und die schnelle Beendigung der Entnazifizierungsverfahren, die massive Wiedereingliederung von Nazis in Staat und Gesellschaft, die schleppende und begünstigende „Verfolgung" von Nazi-Verbrechern.
184 Seiten DM 10,–



Drei Jahrzehnte nach 1945 ist in der BRD von den damals gemachten Ansätzen zur Bekämpfung des deutschen Militarismus und Nazismus kaum noch etwas vorhanden. Stattdessen sind die von den Alliierten 1945/46 erlassenen Vorschriften in den Westzonen und später in der BRD sehr schnell abgeschwächt, zurückgenommen, verdreht und in ihr Gegenteil verkehrt worden.

3 Dokumentation antisemitischer, antidemokratischer und offener NS-Provokationen der Roeder-Christophersen-Schönborn-Bande und ihrer Deckung seitens staatlicher Organe.
Unter den neofaschistischen Gruppierungen, die heute in der BRD nahezu ungehindert durch Behörden auftreten können, sind die rassistischen und nazistischen Aktionisten um Manfred Roeder, Thies Christophersen und Erwin Schönborn am provokativsten. Seit Jahren betreibt dieser Kreis offen antidemokratische Hetze für ein neues faschistisches „Reich"; dabei sind sie keine isolierten „Spinner", sondern stehen mit allen neofaschistischen Zirkeln (einschließlich NPD) in Kontakt.



Die Entwicklung der Umtriebe dieser Nazi-Bande, ihre In- und ausländischen Beziehungen und Helfershelfer, ihre Tolerierung und Unterstützung durch Stadtverwaltungen, Regierungsstellen, Gericht und Polizei und der Skandal, daß diese Bande noch immer nicht hinter Gittern ist, wird in dieser Dokumentation detailliert und umfassend dargestellt.
200 Seiten DM 13,50

Hakenkreuzschmierereien in München

Am Wochenende vom 3.6. auf 4.6. haben bisher noch unbekannte Faschisten in München an fünf Stellen Schaukästen, Auslagen von Geschäften und das Schaufenster einer jüdischen Metzgerei mit Hakenkreuzen beschmiert. Wie üblich erklärte die Polizei, sie werde das alles „sehr genau registrieren und verfolgen, aber nicht überbewerten". Daß hier Faschisten am Werk waren, ist für die Münchner Polizei allerdings noch längst nicht erwiesen – es wäre ja auch ein Wunder. Vielmehr spekulieren sie, es könnten auch „pinselnde Neurotiker" gewesen sein, oder gar „Linksextremisten, die von ihren eigenen Aktivitäten ablenken wollten und darüber hinaus bestrebt sind, die Bundesrepublik in Verruf zu bringen".

Jetzt Ermittlungen gegen Neo-Nazis?

Am 19.4.78 erklärte Regierungssprecher Bölling, die Bundesregierung wolle nun gegen gewalttätige und militante rechtsextremistische Gruppen „mit schärfsten gesetzlichen Mitteln" vorgehen (Frankf. Neue Presse, 20.4.). Die Ermittlungen wurden der Bundesanwaltschaft übertragen. Tatsächlich wurde in den letzten Monaten in einigen Fällen gegen bekannte Nazis vorgegangen:

- Schon Mitte März waren 5 Nazi-Kriminelle verhaftet worden: **Lutz Wegener** wegen Beteiligung an einem Bankraub im Dez. 77 in Hamburg (gestanden) und einem Überfall auf holländische Soldaten auf dem NATO-Übungsplatz in Bergen Hohne; **Manfred Börm**, ebenfalls wegen desselben Überfalls; **Lothar Schulte**, ebenfalls Bergen Hohne (gestanden) und einem Überfall auf einen Kölner Geschäftsmann; **Klaus Dieter Puls**, ebenfalls wegen Bergen Hohne. Zu den Verhafteten gehörte angeblich auch Uwe Rohwer, Besitzer eines Bauernhofes in Schleswig-Holstein, auf dem er eine „Wehrsportgruppe" aufgebaut hatte.
- Am 12.5. erfolgten zwei weitere Verhaftungen: Helge Röthke und Michael Pohl aus West-Berlin werden beschuldigt, im Dezember 1977 den Überfall auf eine Kaserne in Wentorf bei Hamburg begangen zu haben.
- Mitte April erhob die Staatsanwaltschaft Lüneburg Anklage gegen 4 Hannoveraner im Alter von 17 bis 24 Jahren wegen Volksverhetzung, Verbreitung von NS-Propagandamitteln und Verwendung verbotener Kennzeichen. Sie sollen als Anhänger der „NSDAP-AO" in Hannover von April bis November 1977 zahlreiche Nazi-Parolen geschmiert, Plakate geklebt und Flugblätter verteilt haben (FR, 13.4.).
- Am 23.5. gab die Staatsanwaltschaft West-Berlin bekannt, daß sie Anklage gegen 11 Mitglieder der „NSDAP"-West-Berlin wegen „Neugründung der NSDAP" erhoben hat (FR, 24.5.).
- Etwa zur selben Zeit wurde von der Staatsanwaltschaft Koblenz Anklage erhoben gegen **Gunnar Pahl** (vor kurzem erst aus italienischer Haft entlassen). In seiner Mainzer Wohnung waren Hunderte von „NSDAP"-Aufklebern, Hakenkreuze und diverse Nazi-Schriften gefunden worden. Pahl war 1.Stellvertreter von Gary Rex Lauck, der von den USA aus den Aufbau der „NSDAP"-Gruppen in der BRD betreibt. Gegen Pahl
pen in der BRD betreibt. Gegen Pahl
wurde Haftbefehl wegen Fluchtgefahr erlassen (Allg. Jüdische Wochenzeitung, AJWZ, 26.5.).
- Am 26./27.5. wurden in Schleswig-Holstein 3 Nazis verhaftet, unter ihnen **Frank Stubbemann** und **Peter Teuffert**, die beide von der Hamburger „Hansa"-Bande her bekannt sind.



Frank Stubbemann

Ihnen wird vorgeworfen, einen Sprengstoffanschlag in Kiel („auf ein linksextremistisches Parteibüro") geplant zu haben. Gegen sie ermittelt ebenfalls Generalbundesanwalt Rebmann, allerdings nur wegen „Gründung einer kriminellen Vereinigung" (FR, 31.5.78).

Diese erstaunlichen Aktivitäten der westdeutschen Justiz-Behörden sind zweifellos als Erfolg der gewachsenen antifaschistischen Aktivitäten der letzten Zeit zu werten. Von einer „Ausschöpfung schärfster gesetzlicher Mittel" kann allerdings im Gegensatz zu den staatlichen Versprechungen nicht die Rede sein!

Fahndung paradox – Nazis werden abgeschirmt

Über die Verhaftung der Wegener/Rohwer-Clique wurde in allen Medien breit berichtet. Staatsanwalt Reifenberg, Lüneburg, verkündete dazu lauthals: **„mit 15 – 20 Festnahmen sei in den nächsten Tagen zu rechnen"** (u.a. FR, 28.3.78). Die gaaanz große Nazi-Terroristen-Fahndung wurde angekündigt! Da erwartet man als geplagter Bürger oder Bürgerin dieses Staates: gründliche Vorfelduntersuchungen durch den Verfassungsschutz, Zusammenziehen aller verfügbaren „Erkenntnisse" im Wiesbadener Zentralcomputer des BKA-Systems, dann millionenfache Verbreitung von vollständigen Steckbriefen sämtlicher Gesuchter, Veröffentlichung ihrer Namen und Lebensläufe sowie -gewohnheiten in der Boulevardpresse und den Medien, Aufrufe an die Bevölkerung, die Fahdung durch eigene Beobachtungen zu unterstützen, Polizeisperren, Hausdurchsuchungen in der einschlägigen „Szene" ... Wer dies tatsächlich erwartet haben sollte, wurde allerdings schwer enttäuscht. D i e s e Ermittlungen und d i e s e Fahndung verlief und verläuft auch jetzt noch abgeschottet von jeder möglichen Öffentlichkeit.



Teufert, 2. von rechts, bei einer Provokation vor den Markthallen im Sommer letzten Jahres. Es fand dort eine Veranstaltung mit dem Thema „Sollen Nazi-Verbrecher begnadigt werden" statt.

- Kaum ein Name, geschweige denn ein Foto der Verhafteten oder Gesuchten, weder Lebensläufe noch ihre Querverbindungen zu anderen Nazi-Verbrechern wurden von den zuständigen Behörden bekanntgegeben. Wo die Öffentlichkeit heute trotzdem Bescheid weiß, wer wann wo aufgegriffen wurde, hat sie das in der Regel den eigenständigen Recherchen der antifaschistischen Presse, bzw. dem Spüreifer einiger liberaler Journalisten zu verdanken.

Diese Verschwiegenheit hat offensichtlich System. Im Gegensatz zu
sichtlich System. Im Gegensatz zu
den bekannten Praktiken der „Sicherheitsorgane" bei der Fahndung nach linken RAF-Mitgliedern oder Sympathisanten, wo die Bevölkerung mit a l l e n Mitteln zur Fahndungsbeihilfe aktiviert wird, geht es hier eindeutig darum, die Bevölkerung mit a l l e n Tricks so weit wie möglich von eigenen Aktivitäten gegen die Nazis oder auch nur von sachlichen Informationen fernzuhalten. Eine öffentliche Kampagne gegen die Umtriebe dieser Banden, ganz zu schweigen von ihrem „geistigen Hintergrund" u.a.m., soll verhindert werden. Derart eingeleitet würde es nicht schwer werden, die jetzigen „Ermittlungen" und Verfahen – wie schon so oft – abseits der öffentlichen Aufmerksamkeit wieder im Sande verlaufen zu lassen oder mit mini-„Strafen" abzuschließen. Diese Taktik der Staatsorgane ist bereits aus der Vergangenheit bekannt:

- Der Vorgänger von Bundesanwalt Rebmann, Buback, ließ 1976 verkünden: *„Die jahrelange Geduld, die die Gerichte mit RA Roeder, dem Kurt Müller, Chef der NS-Kampfgruppe, und Erwin Schönborn vom Kampfbund deutscher Soldaten hatten, ist nun zuende. Am 3. Juli* (1976 Anm. AK) *legte Generalbundesanwalt Siegfried Buback eine sehr sorgsam zusammengetragene 132 Seiten starke Anklageschrift vor. Am 20.Juli wurde vor dem Frankfurter Oberlandesgericht Anklage gegen das Trio erhoben".* So schrieb es die Gewerkschaftszeitung „Welt der Arbeit" vor fast zwei Jahren! Bis vor zwei Monaten konnte Roeder ungehindert aktiv sein, seitdem tauchte er – ohne Schwierigkeiten – im Ausland unter. Schönborn ist rühriger als je zuvor, insbesondere im Kreis der Hamburger „Hansa"-Bande.
- Mit Riesengetöse wurden am 1.9.77 T.Schwarz, M.Kühnen, L.Wegener in Hamburg festgenommen, und zwar *„nach wochenlangen Observationen"* und *„mit erheblichem Kräfteeinsatz"* (Polizeibericht). Nach diesem „grossen Schlag" am 1.9. tönte die Presse: endlich *„ist dieser Spuk vorbei"* („Hamb. Abendblatt", 2.9.77), ein *„entscheidender Schlag gegen die Neonazis"* („Hamb. Morgenpost") u.a.m. Dieser „entscheidende Schlag" hinderte aber die „Hansa"-Bande/ANS nicht im geringsten, immer frecher aufzutreten und sich sogar als Kandidaten für die Hamburger Bürgerschaftswahl anzumelden. Selbst als Wegener und Rohwer bereits verhaftet waren, meinte Innensenator Staak, er werde die Gruppe nicht verbieten, weil sie dadurch nur „aufgewertet" würde.
- Fast noch schlimmer trieben es die Behörden in Westberlin. Bereits im November 1976 ging breeeit durch die Presse, daß ein „NSDAP"-Gründungstreffen „aufgeflogen" sei. Gut ein Jahr später gab der Senat in einer Antwort auf eine entsprechende Anfrage zu, daß den Behörden seit gut 2 Jahren die Existenz einer aktiven „NSDAP"-Gruppe bekannt sei – und daß sie unter Beobachtung stehe ...! Im Februar und April 78 wurden erneut „NSDAP"-Versammlungen „ausgehoben". Anschließend wurden fast alle Beteiligten wieder auf freien Fuß gesetzt. Erst jetzt wurde die Anklage gegen 11 der Mitglieder erhoben, nachdem vorher diverse beschlagnahmte Nazi-Zeitungen u.ä. zurückgegeben worden waren.

Das Tollste aber ist die Begründung, die sich die Westberliner Justiz-Bürokraten für ihre lange Untätigkeit zurechtgezimmert haben: **„Wegen Unübersichtlichkeit des alliierten Rechts zur NSDAP war man sich lange nicht schlüssig, ob die Wiederbelebung der NSDAP überhaupt strafbar sei".**

- Das aktuellste Beispiel für das trickreiche Vortäuschen eines wahnsinnig konsequenten Durchgreifens gegen nazistische Umtriebe ist die kürzliche Razzia bei einem „NSDAP"/NPD-Treffen in Scharzfeld/Harz zu Pfingsten. Dort saßen 400 Neonazis beieinander, als durch eine Polizei-Razzia gleich kistenweise „NSDAP"-Material beschlagnahmt wurde. Die Beschlagnahmungsaktion ging fett durch die Medien, einschließlich Rundfunk, aber trotz intensiver Bemühungen wurden von den verantwortlichen Behörden bisher keinerlei Informationen über die Teilnehmer, über die weitere gerichtliche oder sonstige Verfolgung u.a.m. gegeben!

Vertuschung des organisierten Hintergrunds

Die Abschirmung der Ermittlungen und die – gegen alle polizeilichen Erfolgsaussichten – so überaus „konspirativ" gestaltete Fahndung haben neben der konkreten Begünstigung der Nazis (vorübergehende Festnahmen, Spurenvernichtung, evtl. milde oder gar keine Strafen ...) und neben ihrem Schutz vor öffentlichem Zorn noch die Funktion, die Nazi-Kriminellen nach alt-bekanntem Strickmuster als „Einzelgänger" ohne organisierten Hintergrund hinzustellen, als „kleinen Haufen", den man nicht so hochspielen solle, etc. Das Bundesinnenministerium ließ doch tatsächlich verlauten, daß *„es sich um eine Gruppe von etwa 20 Rechtsextremisten"* handle, die sich *„auf Terroranschläge vorbereiten". „50 bis 100 weitere Neofaschisten sollen militanten Zirkeln angehören"* (Welt, 25.5.78).

Wir wiederholen hier nicht die – sattsam bekannten – Fakten über den organisierten Rechtsradikalismus und das Klima, aus dem er sich nährt. Wir wollen nur daran erinnern, welche Kräfte d i r e k t mit den gegenwärtig verhafteten „Einzelgängern" zusammenhängen:

- Die Rohwer/Wegener Bande – weitgehend identisch mit der „Hansa"-Bande – steht nachweislich in engstem Kontakt mit der Nürnberger Hoffmann-Bande, „Wehrsport-Gruppe" genannt. Hinter diesen „Wehrsportgruppen" werden die Verbände des **„Stahlhelm"** sichtbar, wird die **„Wiking-Jugend"** sichtbar – Rohwer und Börm sind „Gauführer" und Ausbilder dieser Verbände. Von all dem gibt die Bundesanwaltschaft, geben die einzelnen Staatsanwaltschaften, geben die Verfassungsschutzämter der Länder usw. nichts der Öffentlichkeit preis!
- Zum direkten Hintergrund gehört darüberhinaus selbstverständlich die NPD. Hier geben sich die Behörden besonders Mühe, die NPD aus der Nähe des Terrorismus herauszuhalten. Lüneburgs Staatsanwalt Reifenberg, der die ersten Ermittlungen gegen die Rohwer/Wegener-Bande leitete, behauptete: *„Ihr politischer Standort sei weit rechts von der NPD".* Kaum irgendwo wird in behördlichen Berichten erwähnt, **daß Rohwer und Wegener mindestens noch bis Sommer 77 NPD-Funktionäre waren.** Die Tatsache, daß nahezu alle „Hansa"-Banden-Mitglieder, sowie alle Mitglieder der Hannoveraner „Heß"-Bande aus der Jugendorganisation der NPD, der JN, stammen, wird entweder verschwiegen oder geradezu noch als Beweis angeführt, daß diese Kräfte sich von der NPD weg entwickeln – **während der NPD mit Verwaltungsgerichtsurteil von Mannheim ihre „Verfassungskonformität" bescheinigt wird!....**

Diesem Täuschungsmanöver muß seitens der antifaschistischen Kräfte dadurch entgegengewirkt werden, daß **die eigenständige antifaschistische Ermittlungstätigkeit, Organisierung von antifaschistischen Enthüllungen, Information der Bevölkerung über die nazistischen Umtriebe und ihren Hintergrund** verstärkt wird. Gestützt durch eigene Ermittlungen muß von den staatlichen Organen gefordert werden:

- Offenlegung sämtlicher „Erkenntnisse" über nazistische Umtriebe,
- Offenlegung der konkreten Fahndungsergebnisse und zügige Einleitung juristischer Schritte gegen die ermittelten Nazi-Kriminellen.

In diesem Sinne: Die Ermittlungen gegen die neonazistischen Verbrecher haben erst begonnen. Wir fordern: Nazi-Verbrecher in den Knast. Auflösung aller nazistischen Organisationen!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

„Hansa" – Geiss will kein KGB – Agent sein

Edgar GeiSS, wegen seines HitlergruSSes bei der Beerdigung des SS-Mörders Kappler bundesweit bekannter Nazi, übrigens auch Hof-Fotograf der Hamburger „Hansa"-Bande, hat Strafantrag gegen die „Welt" gestellt.

Dabei geht es beileibe nicht darum, daß die „Welt" den Nazi GeiSS etwa als Nazi bezeichnet hätte (ein solcher ist GeiSS ja zweifellos) und GeiSS sich dadurch in seiner Ehre gekränkt fühlt. In diesem Fall liegen die Dinge gerade andersrum:

GeiSS klagt gegen die „Welt", weil er sich in seiner „Ehre" als Nazi verletzt fühlt!

Die „Welt" hatte nämlich am 21.4.78 in einer Artikelserie ihres Redakteurs Günter Deschner unter dem Titel „Die seltsamen Kameraden unter dem Hakenkreuz" behauptet, die BRD-Nazis seien alles Agenten des sowjetischen Geheimdienstes KGB. Konkret zu GeiSS hieß es:



Bei der Beerdigung des Kriegsverbrechers Kappler sorgte Geiss (vorn) mit Hitler-Gruß für die rechte Stimmung.

„Nicht nur traurig, sondern politisch brisant ist hingegen, was über ein anderes angebliches „Mitglied der Legion Condor" zu berichten ist: Edgar GeiSS, Jahrgang 1929 (beim Spanienkrieg also noch nicht einmal 10 Jahre alt), ... Wie aus einer Mitteilung der mit dem Fall befaßten Staatsanwaltschaft Lüneburg hervorgeht, muß aber der Hitlergruß am Kappler-Grab „nicht unbedingt aus Überzeugung" entboten worden sein. "Mehreren Hinweisen zufolge" habe der Täter „Kontakte in Ost-Berlin gehabt". In der Tat ist GeiSS einer jener Wanderer zwischen West und Ost: Als „Krimineller" wurde auch er von drüben „abgeschoben".

Diesen Verdacht, als Nazi im Dienste „östlicher Geheimdienste" zu stehen, bestreitet GeiSS ganz entschieden. Er kann – und jetzt wird's direkt lustig – sogar ein Schreiben des zuständigen Lüneburger Oberstaatsanwalts Reifenberg vorweisen, **in dem dieser bestreitet, Informant der „Welt" oder anderer Zeitungen zu sein, im Gegenteil: Er habe derartige Verdächtigungen erst aus dem „Welt"-Artikel erfahren!**

Es sieht also schlecht aus für Deschners „Agentenstory", die dieser – wie schon vor ihm die Nazi-Blätter „Nation Europa" und „Nationalzeitung" – nach der Methode „Haltet den Dieb" in die WELT gesetzt hat.

Auch in einem anderen Punkt scheint Deschner schlechte Karten zu haben: GeiSS jedenfalls behauptet, bei Kapplers Beerdigung n i c h t als „ehemaliges Mitglied der Legion Condor" aufgetreten zu sein. Dafür spricht, daß seinerzeit bei der Beerdigung von Kappler z w e i Personen mit Hitlergruß aufgetreten sind, von denen der zweite (eben nicht GeiSS) erheblich älter ist.

Wer auch immer der zweite Nazi bei Kapplers Beerdigung gewesen ist und wer sich als Mitglied der „Legion Condor" bezeichnet hat, darüber könnte sicher auch Oberstaatsanwalt Reifenberg Auskunft geben, der ja die Ermittlungen gegen GeiSS in dieser Angelegenheit führt.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

KZ-Massenmörder aufgespürt

Einer der grausamsten NS-Verbrecher wurde jetzt, 33 Jahre nach dem Krieg, in Brasilien aufgespürt: *Gustav Franz WAGNER , SS-Oberscharführer, beteiligt an der „Vernichtung unwerten Lebens"(Tötung von sogenannten Geisteskranken) in Linz 1939/40,seit 1942 stellvertretender Lagerkommandant im Vernichtungs-KZ Sobibor,in dem bis Herbst 1943 mindestens 250 000 Menschen ermordet wurden. WAGNER beaufsichtigte u.a. ein sogenanntes „Strafkommando", bei dem Häftlinge buchstäblich zu Tode gehetzt wurden: aus dem Zahngold der Ermordeten ließ er sich Krawattenspangen und andere Gegenstände machen*(Rückerl, „NS-Vernichtungslager", S.193).

Nach dem Krieg tauchte er zunächst unter und noch Ende 1977 wurde er von den BRD-Behörden angeblich in Syrien „vermutet". Tatsächlich war er mit Franz Stangl, dem ehemaligen Lagerkommandanten der KZs Sobibor und Treblinka, nach Brasilien geflüchtet. Hier wurde er am 20.April im Kreis von Nazi„kameraden" bei einer Feier zu Hitlers 89.Geburtstag fotografiert und daraufhin von Simon Wiesenthal, Leiter des Jüdischen Dokumentationszentrums, Wien, identifiziert. Auf Wiesenthals Initiative wurde Wagner festgenommen. Ein deutscher Haftbefehl wurde vom Amtsgericht Düsseldorf um eine Woche verzögert.

Inzwischen liegen Auslieferungsanträge Österreichs, Polens, Hollands, Israels und endlich auch der BRD vor.

WAGNER möchte am liebsten in die BRD, denn er spekuliert darauf, daß *„diese Regierung mir zu Hilfe kommt"* („Welt",5.6.78).

Eine durchausrealistische Einschätzung angesichts der in der BRD üblichen Verschleppung von NS-Prozessen, der milden Urteile gegen Nazi-Verbrecher usw. Die für Ende 1979 geplante Verjährung aller NS-Verbrechen rettet WAGNER, nachdem er nun einmal aufgestöbert ist, allerdings nicht mehr. Hätte er es geschafft, noch weitere eineinhalb Jahre in Brasilien unterzutauchen, wäre er in der BRD straffrei geblieben. Die Entdeckung WAGNERS macht deutlich, daß 1979 das „Auftauchen" noch so mancher Nazi-Schlächter in der BRD zu erwarten sein dürfte, die dann ja endgültig nichts mehr zu befürchten haben.

Antifa-Kommission
KB-Gruppe Hamburg

KB-Gruppe Hamburg

Wird Kriegsverbrecher Menten doch noch freigesprochen?

Nachdem Pieter MENTEN im Dezember letzten Jahres in den Niederlanden wegen Kriegsverbrechen zu 15 Jahren Haft verurteilt wurde, hob der Hohe Rat, die höchste niederländische Berufungsinstanz, nun dieses Urteil leider wieder auf und verwies den Fall zur erneuten Behandlung an das Gericht in Den Haag.

Interessant an dieser Urteilsaufhebung ist auch ihre Begründung:Während des Prozesses im letzten Jahr hatte MENTEN behauptet, daß ihm 1952 vom niederländischen Justizminister die Zusage gemacht worden sei, er werde nicht mehr gerichtlich verfolgt werden. MENTEN hatte damals auch angegeben, daß diese Zusage auch aus den Akten des Justizministeriums hervorgehe.

Der Hohe Rat argumentierte jetzt, daß das Den Haager Gericht, das MENTEN verurteilte, einen „Formfehler" begangen habe, indem es dieser Behauptung MENTENS nicht nachgegangen sei.

Einen weiteren „Formfehler" sah der Hohe Rat darin, daß über den Antrag MENTENS , weitere holländische und deutsche Zeugen zu hören, nicht entschieden worden sei. Beide „Formfehler" zusammen sah der Hohe Rat als ausreichende Grundlage an, das alte Urteil aufzuheben. Nach dieser Begründung für die Aufhebung des Urteils gegen MENTEN steht ernsthaft zu befürchten,daß MENTEN spätestens nach einem nochmaligen Prozeß als freier Mann nach Hause geht; sein Anwalt hat das schon vorbereitet, indem er für seinen Mandanten Befreiung von der Untersuchungshaft beantragte.

Antifa-Kommission
KB-Gruppe Hamburg

Das „Brüsewitz–Zentrum" – eine Nahtstelle zwischen CDU und Faschisten.

Das "Brüsewitz-Zentrum" in Bad Oeynhausen trat Anfang Mai während der Proteste gegen den Breschnew-Besuch mehrfach in Erscheinung:

- Am 3.Mai organisierte das "Brüsewitz-Zentrum" eine Kundgebung vor der sowjetischen Militärmission in Bonn.
- Am 4.Mai gehörte das "Brüsewitz-Zentrum" zur "Bürgeraktion für Menschenrechte", die in Bonn demonstrierte. Unter diesem Namen verbarg sich eine Aktionseinheit rechter Verbände unter Führung der betont honorig und "humanitär" auftretenden "Gesellschaft für Menschenrechte e.V." (GfM).

Im Dschungel dieser Verbände, wo Doppel- und Mehrfachmitgliedschaften die Regel sind, sind die Übergänge von der CDU/CSU zur Nazi-Szene fliessend. Auf diesem speziellen Gebiet ist von der Linken, uns eingeschlossen, bisher erst wenig Ermittlungsarbeit geleistet worden. Wir wollen dazu hiermit einen Ansatz machen, indem wir ausgehend vom "Brüsewitz-Zentrum" (BZ) einige Verbindungen aufzeigen.

Die CDU/CSU-Prominenz stand Pate

Pfarrer Brüsewitz verbrannte sich am 18.August 1976 in der DDR. Die gesamte Reaktion war sich alsbald einig, aus Brüsewitz einen beispielhaften und propagandaträchtigen antikommunistischen Märtyrer zu machen. Die ursprüngliche Initiative zur Gründung des BZ soll von dem Studenten **Olaf Kappelt** (24), wohnhaft in Bad Oeynhausen, ausgegangen sein. Kappelt ist heute Mitglied des Vorstands des BZ und Redakteur des BZ-**"Informations- und Pressedienstes"**.

Die Fäden im Hintergrund zog jedoch alsbald ein anderer : **Otto von Habsburg,** österreichischer Staatsangehöriger, in der BRD seit Jahren als gern gesehener Mittelmann zwischen CDU/CSU und rechtsradikaler Szene aktiv. Otto von Habsburg trägt u.a. den Titel eines internationalen Präsidenten der **"Paneuropa-Union"**. Und der Hasburger und sein Verein standen Pate, als am 18.Juni 1977 das **"Christlich-Paneuropäische Studienwerk"** als Trägerverein des BZ aus der Taufe gehoben wurde. Da half es auch nichts, daß führende Kreise der Evangelischen Kirche gegen diesen "politischen Mißbrauch" des toten Pfarrers protestierten.

Am 18.Juni 1977 wurde dann auch gleich das BZ eröffnet. Es sprachen bei der Gründungsversammlung im Kurhaus Bad Oeynhausen u.a. :

- Otto von Habsburg;
- Die CDU-Landtagsabgeordneten **Prof. Brüggemann** und **Heinrich Köppler**;
- Die Bundestagsabgeordneten **Graf Huyn** und **Prof. Klein.**
- **Elmar Brok**, seither ein gerngesehener und häufiger Gast beim BZ. Er ist **Stellvertretender Vorsitzender der Jungen Union** (CDU-Jugendorganisation), **"Außenpolitischer Sprecher"** der JU und außerdem stellvertr. Vorsitzender eines **"Demokratischen Jugendverbandes in Europa"**;
- Staatssekretär **J. Dorenburg**;
- **Ludek Pachmann**, CSSR-Emigrant, seit Januar 1976 Mitglied der westberliner CDU, Freund von G. Löwenthal ("ZDF-Magazin"), für dessen rechtsradikalen **"Bund Freies Deutschland"** er auch als Redner auftrat.

Die Gründung des BZ wurde außerdem durch eine große Schar weiterer Prominenz unterstützt, von denen wir aus Platzgründen - insgeant waren es 170, die einen Aufruf unterzeichneten, hier nur die Wichtigsten nennen wollen: Filbinger, Stoltenberg, Albrecht, Strauß, Dregger, Biedenkopf, von Hassel, Peter Lorenz, Heinrich Lummer (beide CDU-Westberlin). Es gab etwas Aufregung, als einige CDU-Politiker (darunter Schröder und Blüm) ihre Unterschrift für das BZ wieder zurückzogen. Blüm zumindest machte diesen Fehltritt wieder gut, nachdem sich der Wirbel um das BZ etwas gelegt hatte. Im Oktober 1977 erklärte er: *"Ich habe damals meine Unterschrift unter dem Aufruf zur Gründung des Zentrums aufgrund unzutreffender Informationen zurückgezogen"*. ("Welt", 12.10.77).

Zu den tatkräftigen Förderern des BZ gehören auch :

- Der "Bund der Mitteldeutschen";
- Die "Evangelische Notgemeinschaft in Deutschland e.V." - ein rechtes Sammelbecken, auf das wir noch zurückkommen wollen;
- Die "Gesellschaft für Menschenrechte" (GfM) mit Sitz in Frankfurt, auf die auch noch zurückzukommen sein wird.

Die CDU/CSU-Prominenz bleibt dem BZ treu

Im Kuratorium und im Vorstand des BZ traf die Prominenz sich wieder. So finden sich im Kuratorium des BZ u.a. :

- Otto von Habsburg, J. Dorenburg, Graf Huyn, Prof. Klein, L.Pachmann;
- **Freiherr von Heeremann**, ehem. Chef des Bauernverbands;
- **Ursula Besser,** Abgeordnete der Westberliner CDU und Mitglied der Landessynode der Evangelischen Kirche in Westberlin;
- **Dr. H.Aigner**, Bundestagsabgeordneter und Sprecher der CDU/CSU im Straßburger Europa-Parlament, außerdem Vizepräsident der Habsburger **"Paneuropa-Union"** (so trifft man sich wieder!);
- **Prof. Lobkowicz**, Präsident der Münchner Universität.

Im Vorstand des BZ finden sich u.a. :

- Der schon erwähnte Olaf Kappelt;
- **Peter W. Höffkes**, Bundestagsabgeordneter und Mitglied der Kirchenleitung der Vereinigten Evangelischen Landeskirche Deutschlands;
- Der ehemalige Bundesminister **Joachim von Meerkatz**;
- **Walburga von Habsburg**, offenbar eine Verwandte des Otto von H., sie tritt im BZ u.a. als Referentin zugunsten des rhodesischen Rassistenregimes auf;
- **Herbert Lehmann**, Betriebsrat auf der 'Weserhütte' in Bad Oeynhausen, Mitglied der IG Metall.

Daß die rechte Prominenz dem BZ die Treue hält, zeigen auch die Rednerlisten der vielfältigen Veranstaltungen des BZ :

am 18.3. H.Aigner; am 19.4. H.Lummer; am 3.5. P.W. Höffkes; am 4.5. **H. Nitsche** (DDR-Emigrant, seit Februar dieses Jahres Vorsitzender der GfM; am 18.5. **Hans Werner Schmöle**, (Bundestagsabgeordneter, Landesvorsitzender der Jungen Union, Mitglied des Kuratoriums des BZ).

Bei der Protestveranstaltung des BZ vor der sowjetischen Militärmission am 3.5. sprachen die schon erwähnten Herren **Elmar Brok** (Junge Union) und **Helmut Nitsche** (GfM).

Faschisten sind mit von der Partie

Über mehrere führende Figuren des BZ - vor allem die Habsburgers - bestehen vielfältige Kontakte zur rechtsradikalen Szene. Uns sollen hier die Verbindungen zu der recht mysteriösen und weithin unbeachteten Sekte **"Hilfsaktion Märtyrerkirche"** (HMK) beschäftigen, die mit dem BZ eng verfilzt ist.

- **Hans Braun**, Vorsitzender der HMK und "Schriftleiter" von deren Zeitschrift **"Stimme der Märtyrer"**, gehört zugleich dem Vorstand des BZ an.
- **Pfarrer Klaus Reiner Latk**, der sich als Studienfreund Brüsewitzens bezeichnet und ebenfalls im Vorstand des BZ sitzt, ist seit August 1977 "Mitarbeiter" der HMK; nach einer Meldung der "Welt" (24.2.78) leitet K.R. Latk das DDR-Referat der HMK. Im Übrigen bildet Latk zusammen mit Kappelt die Redaktion des BZ- "Informations- und Pressedienstes".
- Dies wiederum erklärt wohl, warum im Impressum dieses BZ-Organs angegeben ist : **"Druck und Verlag : Stephanus-Verlag - HMK-Missionsdruck Uhldingen"**. Der "Stephanus-Verlag" gehört der HMK die in Uhldingen auch ihren Sitz hat.
- **H.Matthias**, Kuratoriumsmitglied des BZ, dürfte identisch sein mit **Heinz Matthias**, 3501 Niederstein, Aktivist der HMK.

Die erwähnten HMK-Funktionäre Braun und Latk finden wir auch wieder als Referenten eines Seminars im BZ, über das im "Vorwärts" vom 5.1.78 ein hübscher Bericht zu lesen war.

Was ist die HMK?

Nachdem über die Verfilzung zwischen BZ und HMK wohl keine Zweifel mehr bestehen können, soll nun einiges zu dieser HMK gesagt werden.

Die HMK gehört zu der in den 60er Jahren gegründeten rechtsklerikalen Organisation **„Jesus to the Communist World"**, die sich rühmt, Zweigorganisationen in 30 Ländern zu unterhalten. Internationaler „Generaldirektor" dieses Verbandes ist **Richard Wurmbrand**, 1911 in Rumänien geboren, wo er in den 40er und 50er Jahren mehrmals in Haft war. 1964 konnte er Rumänien verlassen und lebt seitdem vorwiegend in den USA (lt. „PDA-Pressedienst Rechts", Mai 1972). Wurmbrand wird von der GMK als eine Art Prophet verehrt.

Die HMK gibt regelmäßig die **„Stimme der Märtyrer"** heraus, in der das Schicksal der Christen in Osteuropa, aber auch in Albanien, China und Korea, in den blutigsten Farben ausgemalt wird und lebhafte antikommunistische Propaganda betrieben wird. Einige Kostproben der sonstigen Aktivitäten der HMK:

- *„Einzige Aktion gegen den Terror mit Erfolg: Wir fordern sofortige Todesstrafe für 11 Baader-Meinhof-Häftlinge, wenn Schleyer innerhalb Wochenfrist nicht frei ist"* (SdM, Nr. 10/77).
- Glückwunschtelegramm Wurmbrands an Pinochet nach dem Putsch: *„Gratulation für den Sieg der Freiheit über die atheistische Tyrannei. Sie waren ein Beispiel für andere Nationen, die von den Roten unterdrückt werden"* (SdM, 3-4/74).
- 1974 beteiligte sich die HMK an einer Unterschriftensammlung *„für totalen Jugendschutz und totales Pornographieverbot"* zusammen mit der „Bürgerinitiative des Nazis **Manfred Roeder („Auschwitz-Lüge" Vorwort)**.

Trotz all dieser Dinge ist die HMK offensichtlich wohlgelitten in jenen Kreisen, die ausgerechnet die Verteidigung der M e n s c h e n r e c h t e als ihr Ziel ausgeben. Hierfür noch ein paar Beispiele:

- Die HMK war Mitglied der rechten Aktionseinheit **„Bürgeraktion für Menschenrechte"** gegen den Breschnew-Besuch, die unter Führung der GfM stand.
- Auf der Kundgebung der „Bürgeraktion.." am 4.Mai in Bonn sprachen neben GfM-Chef H. Nitsche auch der HMK-Guru R. Wurmbrand und Pastor **Klavins** (lettischer Emigrant), ebenfalls Mitglied der HMK (lt. SdM, Nr.10/73). Anstelle von Wurmbrand war zunächst der HMK- und BZ-Funktionär Latk als Redner angekündigt.
- Ein Gebäude mit dem sinnigen Namen **„Haus der Begegnungen"** in Königstein / Taunus dient sowohl der HMK als auch der GfM als Tagungsstätte. Das **„Haus der Begegnungen"** tritt auch als Herausgeber einschlägiger Literatur in Erscheinung, wie etwa *„Religion und Atheismus"*.

Einige weitere Vereine dieser Szene

Im Folgenden einige kurze Anmerkungen zu weiteren Vereinen dieser „Menschenrechts"-Szene:

Gesellschaft für Menschenrechte

Die GfM ist die bedeutendste und „honorigste" Organisation dieser Szene. Sie ist sehr darauf bedacht, „rein humanitär" aufzutreten und sich grobschlächtiger rechter Polemik zu enthalten. Ihre Verfilzung mit BZ/HMK spricht allerdings eindeutig eine andere Sprache!

Die GfM wurde 1972 gegründet. Sie hat nach eigenen Angaben über 1000 Mitglieder (1065 laut „Welt", 28.2.78) und hat einen stattlichen Jahresetat von 600 000 DM zur Verfügung („Flensburger Tageblatt", 28.2.78). Die von der GfM „betreuten politischen Gefangenen" stammten 1977 zu 60% aus der DDR und zu 13% aus der Sowjetunion (ebenda). Daneben „betreut" die GfM aber auch „politische Gefangene" aus fortschrittlichen Staaten der 3.Welt, wie etwa Guinea.

Vorsitzende der GfM war bis zum Februar 1978 Cornelia Gerstenmaier, die Tochter des CDU-Politikers Eugen G. Cornelia G. trat dann zurück, um die Redaktion der Zeitschrift **„Kontinent"** (Sammelbecken rechter Emigranten, vor allem aus der Sowjetunion) zu übernehmen. „Kontinent" ist insbesondere eng mit dem Kreis um G. Löwenthal und mit dem Springer-Konzern verbunden.

Neuer Vorsitzender der GfM wurde der DDR-Emigrant Helmut Nitsche. Im Ehrenpräsidium der GfM treffen wir u.a. jenen Prof. Lobkowicz aus München wieder, der auch dem Kuratorium des BZ angehört.

„Hilferufe von drüben"

Diese *„Zeitschrift für die Bürgerrechtsbewegung in der DDR"* erschien erstmals im April 78. Träger der Zeitung ist ein Verein, der schon im Januar gegründet wurde. Initiator des Unternehmens ist G. Löwenthal, die erste Ausgabe der Zeitung enthielt Geleitworte von C. Gerstenmaier und H. Nitsche. Das Blatt erscheint im **„Wilhelm Adelmann-Verlag"**, in dem auch die extrem rechte katholische Zeitung **„neue bildpost"** herauskommt.

„Evangelische Notgemeinschaft in Deutschland"

Diese „Notgemeinschaft" ist ein Zusammenschluß rechter und rechtsradikaler Pfaffen der evangelischen Kirche, die sich vornehmlich gegen eine angebliche „kommunistische Unterwanderung" der Kirche und gegen humanitäre Hilfe der Kirche für die Befreiungsbewegungen der 3.Welt einsetzt. Kostprobe: *„Durch politisch einseitige Angriffe auf Südafrika Rhodesien und lateinamerikanische Staaten werden die nächsten Krisenherde und damit weiteres Massenelend vorprogrammiert"*. Aus dem Kreis der „Notgemeinschaft" kommen die Verfasser des antikommunistischen **„Rotbuch Kirche"**, das im weit rechts stehenden **„Seewald-Verlag"** erschienen ist.

Die „Notgemeinschaft" gehört zu den Paten des BZ.

„Bekenntnisbewegung ‚Kein anderes Evangelium'"

Die „Bekenntnisbewegung" hat zeitweise sehr breit Pastoren gesammelt, die mit den „modernistischen" Erscheinungen in der heutigen Theologie nicht einverstanden sind. Obwohl die „Bekenntnisbewegung", ähnlich wie auch die GfM, sich nach außen recht ehrenwert gibt, sind eindeutig Verbindungen zur rechtsradikalen Szene vorhanden. Diese Verbindungen liefen u.a. über eine **„Konferenz bekennender Gemeinschaften"**, die im Februar 1974 vom HMK-Mitglied **Heinz Matthias** organisiert wurde. Es beteiligten sich an dieser Konferenz u.a. die Pfarrer **Bäumler**, **Deitenbeck** (beide im Geschäftsführenden Ausschuß der „Bekenntnisbewegung") und **Bergmann**, ebenfalls führend in der „Bekenntnisbewegung" aktiv.

Die „Bekenntnisbewegung" steht in engem Zusammenhang u.a. mit der **„Deutschen Evangelischen Allianz"** (Sitz in Wetzlar), die in Sachen §218 eine intensive Hetze entfaltete.

Dies ist nur ein sehr kleiner Einblick in diese Szene. Es gibt z.B. noch eine ganze Reihe weiterer Gruppen und Vereine, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, unter dem Deckmantel religiöser Mission und des Eintretens für die Religionsfreiheit antikommunistische Propaganda zu treiben und Provokationen gegen die Sowjetunion etc. zu organisieren. Dazu gehören **„Glaube in der 2. Welt"** (Sitz in der Schweiz, arbeitet eng mit der GfM zusammen), **„Christliche Ostmission"**, **„Missionswerk ‚Dein nächster in Not'"** (Sitz Gummersbach, Ableger der HMK; Kostprobe: *„Und wieder finanziert der Weltkirchenrat Terroristen ... Der Selbstmord der weißen Rasse scheint unaufhaltsam"*), **„Liebeswerk Kirchen in Not"** - **„Ostpriesterhilfe"** (brachte während der Regierung Allende Hetzschriften wie etwa *„Die Wahrheit überChile"* heraus), **„Christliche Ostaktionen"** (arbeitet mit der GfM zusammen), **„Aktionskomitee für verfolgte Christen"**, **Missionsbund Licht im Osten"**, **„Sühnekreuzzug zur Rettung der Welt"** (Altötting), **„Franziskus-Blatt"** (ebenfalls Altötting, wirbt offen für das Pinochet-Regime).

Die Szene zwischen „Menschenrechts"-Heuchelei und antikommunistischer Frömmelei ist eines der vielen Gebiete, auf denen sich die schwarz-braune „Volksfront" zwischen CDU/CSU und Rechtsradikalen bildet. Wir wollen uns mit dieser Szene weiter beschäftigen und fordern alle Genossen und AK-Leser auf, uns alles verfügbare Material dazu rüberzureichen!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Schluß mit der Deckung von Ustascha – Faschisten durch die Bundesregierung!



Wenige Tage nach der Festnahme von vier angeblichen RAF-Angehörigen in Jugoslawien und dem prompten Auslieferungsverlangen durch die BRD forderten die jugoslawischen Behörden, daß ihnen endlich acht kroati-
forderten die jugoslawischen Behörden, daß ihnen endlich acht kroati-
sche Terroristen ausgeliefert werden, die in der BRD in Haft sind oder sich sogar in Freiheit befinden. Bis in die liberale Presse hinein wurde sofort ein Geschrei veranstaltet, Jugoslawien versuche, auf diesem Wege eine „Erpressung", und die BRD möge sorgfältigst auf die Einhaltung der „Regeln des Rechtsstaats" achten („Frankfurter Rundschau",1.6.78).

Verschwiegen wurde meist, daß diese kroatischen Faschisten in zahlreiche Mordanschläge verwickelt sind, die in Fortführung des bis 1945 von Hitler und Mussolini unterstützten Ustascha-Mordregimes in Kroatien durchgeführt werden.

Ausgeliefert werden sollen:

- Stipe BILANDZIC, Köln, 1964 zu drei Jahren Haft verurteilt wegen eines Mordanschlags, der ein Todesopfer forderte. Danach war B. Vorsitzender der Ustascha-Or-
Todesopfer forderte. Danach war B. Vorsitzender der Ustascha-Or-
ganisation „HNOtpor" (Kroatischer Nationaler Widerstand),die 1976 mit zwei weiteren ähnlichen Vereinigungen und ihren Zeitungen sogar in der BRD verboten wurde. B. soll an einem Waffenraub bei Saarbrücken beteiligt gewesen sein, der zur Ausrüstung von in Jugoslawien operierenden Faschisten-Trupps dienen sollte.
- Ljubomir DRAGOJA, Frankfurt, bis Sommer 1974 wegen eines Sprengstoffattentats in Australien (eines der internationalen Ustascha-Zentren) in Haft. Danach, in der BRD, wegen eines versuchten Sprengstoffattentats zu zweieinhalb Jahren verurteilt – er hatte eine Paketbombe, die nach Jugoslawien geschickt werden sollte, gebastelt, die ihm buchstäblich unter den Händen hochging. D. wird u.a. wegen des Versandes einer weiteren Paketbombe 1974 nach Zagreb gesucht, die ein Todesopfer und zwei Schwerverletzte zur Folge hatte. Außerdem soll er an einem Minenanschlag auf den Hellas-Express am 19.6.77 beteiligt gewesen sein (ein Toter, acht Schwerverletzte).
- Nikola MILICEVIC, Frankfurt, soll die Aktivitäten von Ustascha-Gruppen in Jugoslawien organisiert haben – so versuchte der Ustascha-Faschist Vinko BARISIC im Juni 75, ausgerüstet mit 17 Minen, einen Sprengstoffanschlag: Drahtzieher in der BRD war u.a. MILICEVIC. Außerdem wird M. wegen des Mordes an dem Frankfurter Vizekonsul Edvin Zdovz gesucht (vgl.AK 74).
- Pavle PEROVIC, wie Bilandzic Mitglied der „HNOtpor" – derzeit im Knast (Urteil: 9 Jahre) wegen eines Mordversuchs am jugoslawischen Vizekonsul in Düsseldorf.
- Marko KRAPAN , ebenfalls „HNOtpor" – Terrorist, sitzt wegen Komplizenschaft mit PEROVIC eine über zehnjährige Strafe ab.

Über Namen und sonstige Angaben zu den drei übrigen Ustascha-Faschisten, deren Auslieferung Jugoslawien fordert, schweigen sich BKA/Staatsanwaltschaften und Presse aus. Zwar wurden „einige" der acht Ustaschi jetzt in „vorläufige Auslieferungshaft" genommen(„Frankfurter Rundschau" 31.5.78). Daß sie nun wirklich ausgeliefert werden, ist damit jedoch keineswegs sicher:Schon ist, zumindest in einem Fall, die Auslieferung von der zuständigen Staatsanwaltschaft abgelehnt worden („Spiegel", 23.5.78).

Damit setzt sich die seit Bestehen der BRD betriebene Duldung und Förderung der Ustascha-Faschisten fort: Unter Adenauer sogar offiziell finanziell gefördert, konnten verschiedenste Ustascha-Organisationen ein Terrorzentrum in der BRD aufbauen.

Das nach jahrelangem Drängen Jugoslawiens 1976 vom Bonner Innenministerium verfügte Verbot u.a. von
ministerium verfügte Verbot u.a. von
„HNOtpor" wurde damals in der Presse als „großer Schlag" breit herausgeputzt, tatsächlich jedoch wurde das Ustascha-Treiben in keiner Weise unterbunden. Daß führende Faschisten wie BILANDZIC, DRAGOJA und MILICEVIC seit Jahren – und auch nach dem Verbot ihrer Organisationen – ungeschoren in der BRD verbleiben konnten (und, wie zumindest für MILICEVIC jetzt aktenkundig ist, weitermachten) ist ein Skandal.
Ihre Auslieferung ist mehr als überfällig !

Antifa-Kommission
KB-Gruppe Hamburg

Das Europa des „Antiterrorismus".

Am 18. Mai sind in Zagreb/Jugoslawien vier der RAF zugerechnete Personen festgenommen worden. Die Festnahmen gehen zurück auf eine Initiative des westdeutschen BKA, das den jugoslawischen Polizei- und Justizbehörden detailliertes Material vorlegte, worauf die Festnahmen erfolgten Sicher ist, daß Brigitte Mohnhaupt, Rolf Clemens Wagner, Peter Jürgen Boock und Siglinde Gudrun Hofmann in jugoslawischer Haft sitzen. In der Presse wurde das Gerücht verbreitet, daß sich 9 RAFler in Jugoslawien aufgehalten hätten, wovon zwei bei der Festnahme flüchten konnten und sich drei weitere in Haft befinden sollen, darunter auch Jörg Lang (SZ, 1.6.78). Von der Bundesregierung wurden diese Gerüchte bisher nicht dementiert.

Diese Festnahmen sind das jüngste Ergebnis der Zielfahndung des BKA, bei der seit Jahreswechsel ca. 100 Zielfahnder (und -fahnderinnen?) als Speerspitze des gesamten Fahndungsapparates 11 der RAF zugerechnete Personen jagen.

Wesentliche Grundlage dieser Fahndung ist die computergesteuerte Auswertung der in internationaler Kooperation zusammengetragenen Informationen. Allein 270 000 Zettel nur aus dem Ausland, mit Datum über Hotelbuchungen, Flugtickets und Grenzüberschreitungen sind seit Jahresbeginn im Polizeicomputer ausgewertet worden – ein weiterer Beweis dafür, wie das BKA zur westeuropäischen Polizeizentrale avanciert. Stolz meldete das BKA denn auch als Ergebnis seiner Computerauswertungen und (Voraus-) Berechnungen der Reisepläne der 11 gesuchten Personen: keine von ihnen habe bisher wieder westdeutschen Boden betreten („Spiegel", Nr.23/78). Darüberhinaus hat das BKA die Ermittlungen über Europas Grenzen hinweg bis in den Nahen Osten in der Hand: *„Die Zusammenarbeit des Bundeskriminalamtes mit ausländischen Polizeiverwaltungen klappt immer besser. Das Netz der Verbindungen ist mittlerweile so dicht, daß kein Terrorist mehr unentdeckt die üblichen Zufluchtsländer wie Irak, Südjemen oder Libanon verlassen kann"* („Hamburger Abendblatt", 31.5.78).

Bezeichnenderweise prescht das BKA in seiner Fahndungstätigkeit offiziellen politischen Abmachungen voraus und schafft somit vollendete Tatsachen: *„Internationale Beistandsabreden oder Interpol-Kompetenzen helfen ihm da nicht* (dem BKA, – Anm. AK); *Interpol etwa verweigert satzungsgemäß die Verfolgung wegen politischer Delikte. Da bleibt nur die einverständliche Schiene ‚von Polizei zu Polizei', die es den Beamten ermöglicht, im anderen Land seinen tragbaren Computer-Terminal auf BKA-Kontakt zu stöpseln und mit den Ermittlungen zu beginnen"* („Spiegel",Nr.23/78). So sah denn auch derBKA-Kontakt zu Belgrad aus: *„Der bundesdeutschen Botschaft in Belgrad wurde von Bonn ein ‚striktes Auskunftsverbot' auferlegt, aber die entscheidenden Verfolgungs- und Fangzüge waren zwischen beiden Ländern ohnedies ohne Zutun der Diplomaten in direkter Zusammenarbeit von Polizei und Justiz vorgenommen worden. Es heißt, diese Kooperation sei bestens gelaufen"* (SZ, 30.5.78).

Neu an den jüngsten Ereignissen ist das Engagement der RGW-Länder in Sachen Terroristen-Fahndung:

- Die DDR gibt nach der Flucht von Till Meyer bekannt, sie fahnde nach vier Frauen und einem Mann;
- die jugoslawische Polizei setzt einen Tag nach Eintreffen der BKA-Leute mit detaillierten Hinweisen auf „Zielpersonen " ein Kommando in Bataillonsstärke (ca. 300 Mann) für die Festnahmen ein und macht sich somit zum Erfüllungsgehilfen des BKA (nach „Spiegel", 23/78).

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Nazi-Literatur auf Mittelwestfalenschau

Nachdem drei Tage lang der NPD-„Historiker" Udo Walendy (Spezialität: Leugnung der NS-Verbrechen am jüdischen Volk) auf der Mittelwestfalenschau in Hamm die Hetzschriften seines „Verlags für Volkstum und Zeitgeschichtsforschung" zunächst hatte ausstellen können, wurde aufgrund von Postesten aus der Öffentlichkeit der Stand am 23.5. von der Messeleitung geräumt.

Am Dienstag, 24.5., erreichte Walendy eine einstweilige Verfügung, die ihm die Wiedereröffnung des Standes ermöglichst hätte. In Verhandlungen mit der Ausstellungsleitung verzichtete Walendy wegen möglicher „unerwünschter Störungen des Ausstellungsverlaufs" hierauf, nicht ohne die Zusage, sämtliche Ausstellungsgebühren und alle Auslagen erstattet zu bekommen.

Daß Walendy überhaupt zur Ausstellung zugelassen worden war, ist schon Skandal genug: Man habe nicht gewußt, daß der Verlag mit solchen Schriften handelt — so erklärte die Messeleitung die Zulassung Walendys. Nicht erklären konnte sie allerdings die Tatsache, daß Walendy eigenmächtig den Passus aus dem Ausstellungsvertrag streichen konnte, wonach „unerwünschte Artikel" nicht zugelassen werden.

Und ebenso ohne Protest verlief der Rundgang der Stadtoberen)CDU-Bürgermeister), denen Walendys Stand „nicht auffiel".

Daß Walendy nach fünf Tagen (davon zwei mit leeren Regalen) doch die Ausstellung verließ, ist eindeutig ein Erfolg der Messebesucher, die sich dessen braunen Dreck nicht länger bieten lassen wollten.

Bahnpolizei und Fahndungsdienst sollen in den zentralen Polizeiapparat eingegliedert

Ende April kamen Beamte der Bahnpolizei und des Fahndungsdienstes der DB zu einer Arbeitstagung in Frankfurt zusammen. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen Neuorganisierung und -orientierung der Bahnpolizei. Ergebnis ist höchstwahrscheinlich die vollständige Eingliederung der Bahnpolizei und des Fahndungsdienstes der Bundesbahn in den zentralen Polizeiapparat.

Es besteht Einmütigkeit darin, *„daß im Laufe des Jahres 1979 die einheitliche Polizeiuniform eingeführt wird, um vor allem die Bahnpolizei nach außen hin eindeutig als Polizeibeamte darzustellen".*

Außerdem wurde beraten, Bahnpolizei und DB-Fahndungsdienst einheitlich mit Schußwaffen auszurüsten. Beide Bereiche sollen an das polizeiliche Informationssystem „Inpol" angeschlossen werden. Der Fahndungsdienst der DB soll in das Sicherheitsprogramm des Bundesinnenministeriums einbezogen werden, was gleichbedeutend ist mit dem direkten Anschluß an das Fahndungs- und Bespitzelungssystem des BKA. Das bedeutet auch totale Kontrolle über alle Kollegen und Kolleginnen, die bei der DB arbeiten.

Bezeichnend ist das Verhalten der Führung der Eisenbahnergewerkschaft (GdED): Kein Wort der Kritik, vielmehr offene Unterstützung des Vorhabens. So *„bemüht sich die GdED-Führung gemeinsam mit der Hauptfachgruppenleitung, die Rechtsposition der Bahnpolizei wie des Fahndungsdienstes zu stärken, wobei der gegenwärtige Zeitpunkt für günstig erachtet wird, da allgemein ein verstärktes Sicherheitsbedürfnis besteht."*

Die GdED arbeitet darüberhinaus eigene Vorschläge aus, wie diese Entwicklung rechtlich abgesichert werden kann und bedauert, daß das ganze noch nicht schnell genug über die Bühne gezogen wird: *„Leider ist der Entwurf eines Bundesgesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung bisher noch nicht eingebracht worden, Die CDU/CSU-Fraktion hat am 5.10.77 den Entwurf eines Gesetzes über die Aufgaben und Befugnisse der für die Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zuständigen Behörden des Bundes dem Bundestag vorgelegt. Die Beamten der Deutschen Bundesbahn mit bahnpolizeilichen Befugnissen sind in diesem Gesetzentwurf genannt.'*

Man sieht: die Gewerkschaftsführer sind heute die besten Sicherheitsgaranten der Reaktion.
(Alle Informationen und Zitate aus: „Der Deutsche Eisenbahner",Mai 78).

KB/Gruppe Braunschweig

Richtigstellung

Zu dem Artikel „Empörender Freispruch für faschistische Schläger" im AK 129, Seite 34
— Die Faschisten Becker und Lembke sind keine JN-ler; Lembke ist laut eigener Aussage kein NPD-Mitglied, Becker ist NPD-Mitglied und von 73 - 77 Kreisvorsitzender für Uelzen gewesen.
— Jürgen Rieger hat nicht im ersten Verfahren, sondern im Berufungsverfahren verteidigt.

Täglicher Bullenterror

Duisburg: Vier Bullen kassierten von einem Duisburger Detektivbüro bis zu 2000 DM Schmiergelder für Daten über Personen („Bild", 23.5.).

Frankfurt: Ein Mädchen wurde verletzt, als ein Polizeiaufgebot unter Einsatz von Hunden ein Kinderfest wegen „ruhestörenden Lärms" auflöste. Mit dem Kinderfest, das angemeldet und genehmigt war, wollten Mitglieder einer Bürgerinitiative auf den Spielplatzmangel im Stadtteil Nordend aufmerksam machen („ed", 26.5.).

München: Bei einem bewaffneten Überfall auf eine Sparkasse am 10.5., wo er fast 58 000 Mark erbeutete, kamen die Bullen einem ehemaligen Kollegen auf die Spur. Er hatte nicht nur die Sparkasse überfallen, sondern auch im Oktober 75, als er noch Bereitschaftsbulle war, einen Raubüberfall auf eine Lotto-Annahmestelle begangen (SZ, 31.5.).

Hamburg: Ein Messesteward war wegen eines Magenkrampfes in einer Telefonzelle zusammengebrochen. Statt Hilfe bekam er von den Bullen Prügel! Nach Angaben des Staatsanwaltes bekam er vom Führer eines Rahlstedter Streifenwagens mit dem Gummiknüppel eins um die Ohren geschlagen, so daß die Kripo am nächsten Tag noch einen Bluterguß an seiner Schläfe fotografieren konnte. Die Bullen wollen von einem Schlag nichts gesehen haben. („Hamb. Morgenpost", 6.6.).

München: Im Juli 75 hatte ein Münchner Polizeihauptwachtmeister im Dienst seinen Privatwagen zwischen mehreren Taxis geparkt. Als zu zurückkehrte, versperrte ein Taxi die Ausfahrt aus der Parklücke. Erst versuchte der Bulle, den Taxifahrer wegzuscheuchen, dann zeigte er seinen Dienstausweis und zückte die Pistole. Deshalb erhielt er jetzt eine „Strafe" von 1500 Mark. (FR, 7.6.).

Gütersloh: Als Bullen einen ihnen angetrunken erscheinenden Autofahrer anhalten wollten, kam es zu einer Schießerei, bei der ein 23jähriger Polizist von seinem Kollegen angeschossen wurde. Er starb am 5.6. („Welt", 6.6.)

Nürnberg: Auf dem Nürnberger Flughafen wurde der Rechtsanwalt Heinrich Hannover vom BGS überprüft. Der Bulle entnahm seiner Tasche ein Buch „Überwachen und Strafen" von Michel Foucault. Hannover stellte in einem Leserbrief die Frage: *„Gibt es vielleicht sogar schon Vorschriften, wonach im innerdeutschen Flugverkehr Bücher auf staatsabträgliche Titel zu kontrollieren sind?"* (FR, 8.6.).



Die Podiumsdiskussion „Sollen Naziverbrecher begnadigt werden?" fand am 22. Juli 1977 in Hamburg statt und ist in dieser Broschüre des „Unterstützungsausschuß ARBEITERKAMPF gegen Rosenbaum" dokumentiert. Anlaß war die öffentliche nicht begründete Beurlaubungs- und Begnadigungspraxis des Hamburger Senats gegenüber Naziverbrechern wie u.a. Rosenbaum. Die Veranstaltung zeigte, daß der in der BRD bisher unübliche Dialog zwischen den verschiedenen Lagern der Demokraten und Antifaschisten, einschließlich der Kommunisten möglich und nötig ist.

Format A4,
60 Seiten DM 4,-

zu erhalten über:
Verlag J.Reents
(siehe Lieferbedingungen in der Großanzeige)

Entkleidungsordnung in Stammheim: Verteidigerausschluß ohne Gesetz

Anfang März begannen in Stammheim die Prozesse gegen G. Sonnenberg, I. Möller, W. Braun und K. Croissant mit neuen Einschränkungen der Verteidigerrechte. Die neue „Sitzungspolizeiliche Verfügung vom 23.2.78" des Landgerichts Heidelberg beinhaltet im wesentlichen:

Als **Zuhörer** (gilt auch für Presse, Rundfunk, Fernsehen) wird nur zugelassen, wer:

- sich durch Personalausweis ausweist, *„die Identität ist durch geeignete Maßnahmen zu überprüfen"* (S.5). Ausweise können abgelichtet werden. Die Unterlagen *„sind täglich dem Gericht abzuliefern und anschließend zu vernichten"* (S.6) (Wer kontrolliert das?).

(Alle Zitate sind – wenn nicht anders gekennzeichnet – dem Buch „Die Vollstrekkung der Entkleidungsordnung, Verteidigerausschluß durch Sitzungspolizei" entnommen. Hrsg.: Rechtsanwälte Bahr-Jendges, Frommann, Heldmann, Bestellungen bei: Bahr-Jendges, Osterdeich 53, 2800 Bremen 1, 5,- DM, Reinerlös dient ausschließlich der Verteidigung von I. Möller)

- *„sich einer Durchsuchung unterzieht"* (Abtasten über der Kleidung, Einsatz des Metallsuchgeräts, Überprüfung aller mitgeführten Behältnisse etc.) Die Durchsuchung erstreckt sich *„insbesondere auf Waffen im technischen und nichttechnischen Sinne sowie auf Wurfgegenstände"* (S.5).

Diese Regelung wird mittlerweile nicht nur in den „Terrorristenprozessen" praktiziert, sondern z.B. auch in den Grohnde-Prozessen.

Als **Verteidiger** darf den Gerichtssaal nur betreten wer:

- sich einer Durchsuchung *„durch Abtasten der Kleider und Durchsicht der Behältnisse, auch unter Zuhilfenahme eines Metalldetektors"* (S.7) unterzieht.
- sich einer weiteren unbegrenzten Entkleidung unterzieht, insbesondere dann, wenn der Metalldetektor anspricht,
- schließlich auch bereit ist, sich von einem Arzt an nackter Hautoberfläche und /oder in Körperhöhlen untersuchen zu lassen. Die weitergehenden Untersuchungen werden – so die Verfügung – dann erforderlich, *„wenn nach der Durchsuchung der begründete Verdacht (!) (verbleibt), daß verbotene Gegenstände mitgeführt werden"* (S.8).
- seine *„eigenen Aktentaschen, Leitzordner, Mappen oder sonstige Hefter"* bereit ist vor der Gerichtstür abzugeben.

Verteidiger als „Tatverdächtige" oder „Beschuldigte"

Mit Beschwerden, Anträgen auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung und schließlich einer Verfassungsbeschwerde versuchten die Anwälte zum einen, die wahren Hintergründe der „Verfügung" (Anwälte als Komplizen) aufzudecken, von der die Richter ständig verbreiten ließen, sie sei notwendig, um „einen störungsfreien Ablauf der Hauptverhandlung" zu gewährleisten. Zum anderen verwiesen sie immer wieder auf die fehlende gesetzliche Grundlage und die durch die „Verfügung" verletzten Grundrechte, wie z.B. Berufsausübungsfreiheit, Menschenwürde, das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit. Rechtsanwalt (RA) Heldmann in einer Beschwerde: Zwar sei es richtig, daß – wie übrigens auch der Staatsanwalt – der Verteidiger der Sitzungspolizei des Vorsitzenden Richters untersteht, *„jedoch Staatsanwalt und Verteidiger gegenüber sind die sitzungspolizeilichen Befugnisse des verhandlungsleitenden Vorsitzenden beschränkt etwa auf Ermahnungen und Rügen und auch das nur in eng begrenztem Rahmen"*. Alles weitere ist gesetzwidrig. Heldmann bezog sich auf die §§ 102 und 103 Strafprozeßordnung (StPO). Nach § 102 kann eine Durchsuchung der Person oder der dazu gehörenden Sachen bei dem vorgenommen werden, *„welcher als Täter oder Teilnehmer an einer Straftat unter Begünstigung, Strafvereitelung oder Hehlerei verdächtigt ist ... auch dann, wenn zu vermuten ist, daß die Durchsuchung zur Auffindung von Beweismitteln führen werde"*. Und im § 103 heißt es: *„Bei anderen Personen sind Durchsuchungen nur zur Ergreifung des Beschuldigten und zur Verfolgung von Spuren einer Straftat oder zur Beschlagnahme bestimmter Gegenstände und nur dann zulässig, wenn Tatsachen vorliegen, aus denen zu schließen ist, daß die gesuchte Person, Spur oder Sache sich in den zu durchsuchenden Räumen befindet ..."*.

Die Folgen kennzeichnet Heldmann so: *„Ein täglich aufs neue diskriminierter Verteidiger kann seine Schutzfunktion nicht leisten ... Der Tatverdächtige kann nicht verteidigen"* (S.23). Die Begründung der Ablehnung der Beschwerde durch das Oberlandesgericht Karlsruhe ging mit keinem Wort auf die Kriminalisierung der Verteidiger ein: Es sei *„seit jeher anerkannt, daß sich sitzungspolizeiliche Anordnungen auch gegen Verteidiger richten können"*. Entscheidend sei, daß die Kontrollen der Verteidiger dazu dienen, *„die Ordnung in der Sitzung zu gewährleisten"*. Punkt. Fertig.

Die sechs Anwälte von I. Möller und W. Braun erklärten schließlich vor Beginn der Hauptverhandlung am 6.3., daß sie folgende Durchsuchungsmaßnahmen dulden würden:

- Ablegen von Mantel und Jacken;
- Absuchen mit der Metallsonde über der Kleidung;
- Absuchen der Kleidung manuell.

Der Antrag der Verteidigung auf Aussetzung der Hauptverhandlung bis zur Entscheidung über die Verfassungsbeschwerde wurde abgelehnt, ebenso der Antrag auf einstweilige Verfügung auf Aufhebung der „Verfügung". Begründung des Bundesverfassungsgerichts: Die *„Anordnung bezweckt nur, Gegenstände aus dem Sitzungssaal fernzuhalten, die als Waffen benutzt werden können ..."* Alle Maßnahmen seien den Verteidigern zuzumuten, *„zumal sie die Aufklärung an Ort und Stelle selbst in der Hand haben"* (S.32). Das ist die gleiche zynische Argumentation, die auch z.B. der Vorsitzende Richter im Verfahren gegen Groenewold an den Tag legte, als er auf die Anträge der Verteidiger die Besucherkontrollen einzustellen, entgegnete: Er verstünde gar nicht, was man z.B. gegen eine Fotokopie seines Personalausweises haben könne, er jedenfalls habe nichts dagegen. Das sind die gleichen Herren, für die Berufsverbote und Gesinnungsschnüffelei entweder nicht existieren oder Fremdworte sind.

Die „Verfügung" in der Praxis: ED-Behandlung und Chemical Mace

Über die Praxis der durch die „Verfügung" ausgelösten Kontrollen schreibt Rechtsanwältin Jutta Bahr-Jendges *„Eine der Beamtinnen, die sich neben mich stellte, trug in ihrer Hand ein kleines schwarzes Gerät, das ich als chemische Keule, „Chemical Mace", direkt identifizierte und als solches von der Beamtin auf meine Frage auch umgehend benannt wurde. Ich wies daraufhin, daß ich erstens die Durchsuchung nicht weiter dulden würde, wenn sie die Waffe nicht umgehend entferne, zweitens, daß der Gebrauch von „Chemical Mace" in geschlossenen Räumen ohnehin verboten sei, da gesundheits- und lebensgefährlich. Erst nach Rücksprache mit einem weiteren Beamten entfernte sie die Waffe. Ich wurde sodann aufgefordert, mich mit erhobenen Händen gegen eine blaugefärbte Plexiglasscheibe von der Größe einer Schreibtischvorlage an der Wand zu stellen, das heißt, die Hände auf diese Scheibe zu legen. Die Beschaffenheit der Scheibe zwingt zu der Annahme, daß hier Abdrücke der Finger und Handballen genommen werden sollten. Dies verweigerte ich ebenfalls und stellte mich mit erhobenen Händen in den Raum.*

Vor der Kontrolle mit der Metallsonde oberhalb der Kleidung tastete eine der Beamtinnen mich ebenfalls oberhalb der Kleidung ab, in der Weise, daß ich mich zunächst breitbeinig aufstellen mußte und sie, hinter mir stehend, meinen Körper in derber Weise mit den Händen abfuhr, wobei sie, insbesondere in grober Weise, im Genitalbereich und an meinem Busen manipulierte.

Bei der Kontrolle mit der Metallsonde sprach die Metallsonde am Rocksaum an, den die Beamtin vorher bei der manuellen Untersuchung rundum abgetastet hatte. Irgendwelche Metallteile befanden sich dort nicht. Das zeigt wiederholt, daß die Sonde trotz Fehlens irgendwelcher Metallteile dennoch anspricht..." (S.37). Das Gericht ließ erklären, bei Chemical Mace handele es sich um einen dem „Selbstschutz der Beamten" dienenden Ausrüstungsgegenstand der Polizei; es liege nicht in der Kompetenz des Gerichts, *„bei der Entscheidung, welche Ausrüstung die Polizei zur Durchführung der Amtshilfe für erforderlich hält, einzugreifen"* (S.51). Einzige Auflage des Gerichts: die Beamtin habe die Waffe verdeckt zu tragen! Selbst dies wurde mehrmals mißachtet, so daß RAin Bahr-Jendges schließlich, weil sie bei der Weigerung, sich derart „untersuchen" zu lassen blieb, von der Hauptverhandlung ausgeschlossen wurde.

Verteidiger sollen die Kosten tragen

Als die Anwälte sich weigerten, die noch weitergehenden Untersuchungsmaßnahmen über sich ergehen zu lassen, wurde die Beiordnung der RAe Bahr-Jendges, Frommann und Kreischer als Pflichtverteidiger zurückgenommen. Allen vier Verteidigern wurden die bis dahin entstandenen Kosten des Verfahrens auferlegt: ca. 100.000,- DM. Auch das ist eine Variante in politischen Prozessen: Berufsverbot durch finanziellen Ruin.

Stellungnahmen der Standesorganisationen und Anwaltskammern

Am weitestgehendsten ist die Stellungsnahme des Anwaltsvereins Heidelberg. Es sei nicht nur das Recht, *„sondern sogar die Standespflicht jedes Kollegen, derartige diskriminierende Maßnahmen nicht über sich ergehen zu lassen"* (S.65). Zu ähnlichen Ergebnissen kommen die Rechtsanwaltskammern in Bremen, Westberlin und München. Alle Erklärungen enthalten die Bemerkung, daß Voraussetzung für die Zumutbarkeit der „Verfügung" sei, daß ihr alle Prozeßbeteiligten unterworfen werden (Das Justizministerium kennzeichnet dieses Ansinnen der Anwaltskammern mit einem einzigen Wort: Es sei „abwegig".)

Auch verschiedene Strafvereinigungen in der BRD machen gegen diese verschärften Verteidigerangriffe Front: So bezeichnete der „Verein Deutscher Strafverteidiger e.V." (dem man kaum Linkslastigkeit vorwerfen kann) die Durchsuchungen als „krass" und „würdelos" und sicherte allen Anwälten, die sich dieser Durchsuchung widersetzen würden, Unterstützung zu. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 7.4.78, die die Durchsuchungen für grundgesetzkonform erklärt, ist für den Verein „unfaßbar" („FR", 19. April 1978).

Selbst die Führung des „Deutschen Anwaltsvereins" schaltete sich zugunsten der Verteidiger in Stuttgart ein. Sie sprach von „beschämenden Übergriffen" in Stammheim. *„Einem Protest gegen solche unwürdigen Vorgänge würden wir uns anschließen"*, erklärte der Präsident des Anwaltsvereins Wagner. Und Herr Brangsch betont: *„Was wir scharf ablehnen, ist eine Ungleichbehandlung. Da würde ich als Verteidiger auch nicht mitspielen und dies auch meinen Kollegen nicht empfehlen"* („FR", 9.3.78). Auch unter Pressevertretern kam etwas in Bewegung: Anfang März meldete die Nachrichtenagentur „Reuter" einen Teilboykott von fünf Journalisten, die erklärten, *„sie würden nicht mehr über die Prozesse berichten, wenn sie vor Betreten des Saales ihre Hosen öffnen oder sich entkleiden sollten. Mehrere andere Journalisten erwägen, sich diesem Boykott anzuschließen" (S.107).*

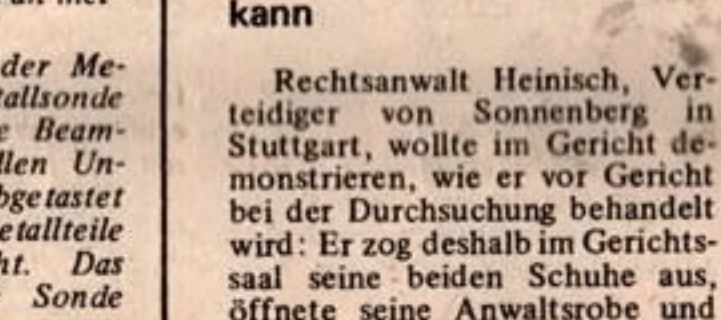
Auf dem in Hamburg stattgefundenen Strafverteidigertag fand der Plan, eine fortschrittliche Alternative zu den eher konservativen Standesorganisationen zu gründen, beachtlich regen Zuspruch.

IKAH, Hamburg

höhlen untersuchen zu lassen. Die maßnahmen dulden würden: zeigt wiederholt, daß die Sonde



Klassenjustiz



Sind runtergelassene Hosen im Gerichtssaal standeswidrig ? Oder: Wie schnell man sich als Anwalt ein Ehrengerichtsverfahren einhandeln kann

Rechtsanwalt Heinisch, Verteidiger von Sonnenberg in Stuttgart, wollte im Gericht demonstrieren, wie er vor Gericht bei der Durchsuchung behandelt wird: Er zog deshalb im Gerichtssaal seine beiden Schuhe aus, öffnete seine Anwaltsrobe und schließlich auch seinen Hosenladen. Dies nahm der Vorsitzende Richter tatsächlich zum Anlaß einen Brief an den Präsidenten der Rechtsanwaltskammer zu schreiben mit der Bitte, das Verhalten von Heinisch einer „standesrechtlichen Prüfung zu unterziehen". Darüber hinaus behält er sich vor, die „strafrechtliche Relevanz" zu prüfen. Kostprobe aus dem Schreiben: „Welches Bild Rechtsanwalt Heinisch dabei (s.o.) und insbesondere beim Vortreten an den Richtertisch bei der Augenscheinnahme von Beweismitteln abgab, überlasse ich ihrer Vorstellungskraft".

Anmerkung: Vielleicht befürchtet der Herr Richter, man könne von ihm im Zuge der Forderung nach Gleichbehandlung aller Prozeßbeteiligten ähnliches verlangen und dann würde sich der Spruch aus der Studentenbewegung aufs Neue bewahrheiten: Unter den Talaren, der Muff von 1000 Jahren!!

IKAH Hamburg

saal seine beiden Schuhe aus, öffnete seine Anwaltsrobe und schließlich auch seinen Hosenladen. Dies nahm der Vorsitzende Richter tatsächlich zum Anlaß einen Brief an den Präsidenten der Rechtsanwaltskammer zu schreiben mit der Bitte, das Verhalten von Heinisch einer „standesrechtlichen Prüfung zu
aller Prozeßbeteiligten ähnliches verlangen und dann würde sich der Spruch aus der Studentenbewegung aufs Neue bewahrheiten: Unter den Talaren, der Muff von 1000 Jahren!!
IKAH Hamburg

Spendenaufruf

Des Rechtsstaats neue Kleider – und was sie kosten!

Unter diesem Motto rufen die Rechtsanwälte von I. Möller zu Spenden auf. 100.000 DM sollen sie dafür bezahlen, daß sie sich dem „Hosenladenerlaß" nicht beugen wollten. Konto:

„Rechtshilfe" 1028 6334
Sparkasse Bremen,

und/oder kauft die von den Rechtsanwälten herausgegebene Broschüre von 5 DM (Titel etc. s. nebenstehenden Artikel); der Reinerlös kommt ebenfalls der Verteidigung zugute. (Kontaktadresse: Evelyn Maino, Osterfeuerbergstr. 9, 2800 Bremen).

Freispruch vor dem Amtsgericht Oldenburg für Kai Ehlers

Wie wir im AK 128 veröffentlichten, hatte sich das Amtsgericht Oldenburg nicht in der Lage gesehen, das von dem NPD/NHB-Drechsler eingeleitete Verfahren gegen den presserechtlich Verantwortlichen des KB, Kai E., wegen Beleidigung zu eröffnen. Drechsler hatte sich durch die Formulierungen *„Neonazi – Drechsler"* und *„Ronald Drechsler begann seine Tätigkeit als Nazi-Vertreter des NHB an der Universität Oldenburg"* ... in einer antifaschistischen Broschüre beleidigt gefühlt.

Das Amtsgericht hatte argumentiert, daß solche Formulierungen im Rahmen des politischen Meinungskampfes durch das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung (Art. 5 GG) gedeckt seien.

Darauf erhob die Staatsanwaltschaft Beschwerde beim Landgericht. Dieses wies die Meinung des Amtsgerichts von sich und eröffnete das Verfahren. Am 5.6. fand nun die Verhandlung vor dem Amtsgericht statt.

In dem Verfahren konnten wir glaubhaft machen, daß Kai E. nichts von seiner presserechtlichen Verantwortlichkeit über diese antifaschistische Dokumentation gewußt habe und sich deshalb nicht für ihren Inhalt zu verantworten habe.

Im übrigen stellte sich der angeklagte Genosse hinter die Inhalte der Broschüre und legte dar, warum die Bezeichnung „Nazi" für ein führendes Mitglied der NPD gerade heutzutage im „politischen Meinungskampf" nicht nur gerechtfertigt, sondern geradezu erforderlich sei.

Der „beleidigte" Drechsler wurde dann noch als Zeuge zu seinen Funktionen in der NPD etc. vernommen.

Es stellte sich heraus, daß er neben seiner Tätigkeit als Kreisvorsitzender der NPD-Oldenburg Mitglied des Landesvorstandes der NPD Niedersachsen und stellvertretender Bundesvorstand des NHB (Studentenorganisation der NPD) ist. Zusätzlich kam heraus, daß er am 15.4. 78 (dem Tag der Rache der NPD in Göttingen) teilgenommen hatte und Leiter einer NPD-Kundgebung in Oldenburg am 29.10.77 war, in deren Verlauf zumindest ein Oldenburger Bürger von NPD-Schlägern verletzt worden war.

Mit der Vernehmung von Drechsler war der Prozeß insoweit schon für uns gelaufen. In seinem Plädoyer forderte der Staatsanwalt einen Freispruch für Kai E.

Unser Rechtsanwalt führte in seinem Plädoyer noch mehrere Hilfsanträge ein, mit denen darauf hingewiesen wurde, daß wir durchaus bereit wären, den Beweis dafür anzutreten, daß man NPD-Mitglieder im politischen Meinungskampf durchaus auch als „Neonazis" bezeichnen kann. Dies aufgrund mehrerer Gerichtsurteile, in denen u.a. die Aussage, die NPD sei eine Nachfolgeorganisation der NSDAP (LG – Konstanz, 1966) „erlaubt" wird und außerdem die Verflechtung der NPD mit Mitgliedern neofaschistischer Gruppen den Vergleich zur NSDAP und damit zum Faschismus geradezu aufdrängen.

Das Urteil lautete dann auch auf Freispruch des Angeklagten zu Lasten der Staatskasse.

In seiner Urteilsbegründung führte der Richter nochmals aus, daß zu den formalen Gründen, daß Kai E. nicht als presserechtlich Verantwortlicher anzusehen sei, es durchaus auch zulässig wäre, führende NPD-Mitglieder als „Neonazis" zu bezeichnen, da sich bei dieser Partei durchaus Anklänge an den Faschismus deutlich machen würden. Hiergegen „verwahrte" sich der anwesende NPD-Drechsler natürlich vehement.

Ein insgesamt begrüßenswertes Urteil, welches hoffentlich noch weitere Nachahmung in der bundesdeutschen Rechtsprechung findet.

IKAH

Der dritte Streich ...

Gegenwärtig findet vor dem Amtsgericht Hamburg wieder ein Prozeß gegen Kai Ehlers, den presserechtlich Verantwortlichen des AK, statt.

Gegenstand des Verfahrens ist die „Vorwegveröffentlichung" einer einzigen Seite der insgesamt 229 Blatt starken, noch vom nicht mehr im Dienst befindlichen Generalbundesanwalt unterzeichneten Anklageschrift gegen RA Groenewold.

Gegen Groenewold ist Anklage erhoben wegen „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung"; der Prozeß neigt sich seinem Ende zu. Das Verfahren gegen Kai soll nunmehr im dritten Anlauf durchgezogen werden:

Nachdem zunächst der Justiz offenbar nicht klar war, daß die gesamte Anklageschrift Prozeßgegenstand ist und deshalb erst einmal insgesamt dem Verteidiger und Angeklagten zugänglich gemacht werden mußte – was zur ersten Vertagung führte –, wies im zweiten Anlauf der Staatsanwalt den Richter darauf hin, daß er sich durch das Verlesen der Anklage vor Prozeßbeginn gegen Groenewold selber strafbar machen würde. Damit war der zweite Termin ebenfalls vorzeitig beendet.

Im Moment versucht es das Amtsgericht Hamburg im dritten Anlauf: Seit drei Terminen wird die Groenewold-Anklage verlesen.

Der Richter ist auf S. 140 der Anklage – von 229 Seiten. Nach einigen weiteren Lesestunden der (im Ernst) sehr interessant abgefaßten Anklage gegen Groenewold wird eine Beweisaufnahme stattfinden, in der zu klären sein wird, ob im AK wirklich eine wesentliche Stelle der Anklage abgedruckt war.

An diesem Punkt zeigt sich, daß auch Rechte, die auf den ersten Blick nach dem staatlichen Sprachgebrauch angeblich zum „Mißbrauch" benutzt werden, für die Verteidigung wichtig sind würde die gesamte Groenewold-Anklage nicht verlesen, wäre eine Beurteilung des Zusammenhangs des im AK abgedruckten Textteiles nicht möglich.

Die Absurdität des gesamten Prozesses gegen Kai liegt deshalb auch nicht in den stundenlangen Leseexzessen – obwohl man sich manchmal vorkommt wie in einer arabischen Moschee beim Koranaufsagen –, sondern in der Anklageerhebung selbst: Lange vor dem Erscheinen des Artikels, um den es hier geht (März 1977), war über die Anklage gegen Groenewold bereits breit in der bürgerlichen Presse berichtet bzw. Lügen verbreitet worden.

Gegen diese – von Skrupeln – freie Presse ist aber nicht Anklage erhoben worden; stattdessen wird mit einem Irrsinnsaufwand die weitere Kriminalisierung des AK betrieben. Die Justiz läßt es sich halt etwas kosten – auch um den Preis der Lächerlichkeit.

IKAH Hamburg

Skandalöse Entwicklung im Hamburger Antifaschistenprozeß

Wie berichtet, stehen seit dem 8. Mai (!) 9 Menschen vor Gericht, die vor mittlerweile 22 Monaten gemeinsam mit vielen anderen gegen den von der neofaschistischen NPD organisierten „Kongreß der nationalen Kräfte Europas" demonstrierten. Die Anklage – wohlgemerkt gegen die Antifaschisten – lautet auf „schweren Landfriedensbruch", „Widerstand gegen die Staatsgewalt", „Körperverletzung" etc.

Von Beginn des Prozesses an sind maßgebliche Stellen der Hamburger Justiz bemüht, die Angeklagten in die „terroristische Ecke" zu drängen. So findet dieser Prozeß nicht in einem „normalen" Saal des Strafjustizgebäudes, sondern im „Staatsschutzsaal" statt. Dies ist verbunden mit scharfen Personenkontrollen, starkem Polizeiaufgebot und Glastrennscheiben im Gerichtssaal.

Gegen diese Vorverurteilung richtete sich bislang der größte Widerstand der Angeklagten. Erst am 8. Verhandlungstag konnten die Rechtsanwälte durchsetzen, daß diese zusätzlichen Schikanen aufgehoben und unter „normalen" Umständen weiter verhandelt wird. So glaubte man jedenfalls. Doch bereits der Beginn des 9. Verhandlungstages belehrte die Anwesenden eines Besseren: Der vorgesehene „normale" Gerichtssaal war verschlossen, an der Tür hing ein Zettel mit dem Hinweis Fortführung des Prozesses wie gehabt.

Dies, obwohl die richterliche Entscheidung vom vorhergagangenen Prozeßtag ausdrücklich auf Aufhebung der „Staatsschutzmaßnahmen" lautete. Hierauf angesprochen, wies der vorsitzende Richter auf einen Briefvom Präsidenten des Landgerichtes hin, der das richterliche Urteil kurzerhand aufhob ... !!

Es verdichtet sich der Eindruck, daß auch dieser Prozeß dazu genutzt werden soll, den antifaschistischen Widerstand weiter zu kriminalisieren. Auch gegen diesen neuerlichen Versuch der massiven Einflußnahme hoher Staatsschutzstellen werden die Angeklagten Widerstand leisten: So wird in den kommenden Tagen ein Befangenheitsantrag gegen den Richter gestellt werden, da er sich ganz offensichtlich von höheren Dienststellen beeinflussen läßt. Zudem wird für die nächsten Prozeßtage mit den Aussagen der Zeugen der Verteidigung gerechnet.

Die nächsten Prozeßtage sind am: 13., 15., 19., 21., 23., 27., 29., Juni (wird voraussichtlich bis Ende Juli fortgesetzt) Termine immer 9 – 16 Uhr, Stafjustizgebäude Sievekingsplatz, Raum 398.

Solidaritätsfond des Initiativkomitee Arbeiterhilfe:

Konto 1 244 365 3
„Arbeiterhilfe e.V."
Bank für Gemeinwirtschaft Hamburg
Kennwort: „Antifaprozesse Hbg."

Initiativkomitee Arbeiterhilfe

Ein neuer Fall Hammerschmidt?

Ähnlich wie Katharina Hammerschmidt ist auch Eberhard Dreher ein Opfer der mangelnden medizinischen Versorgung in den Westberliner Haftanstalten.

Eberhard ist seit 2 Jahren in Haft, zuletzt im Gefängnis Berlin-Moabit. Ende März wurde er wegen angeblicher Unterstützung des „2. Juni" zu 4 Jahren Gefängnis verurteilt. Schon während dieses Prozesses litt er unter starken Unterleibsschmerzen. Mitte Februar kamen noch Darmblutungen dazu.

Ein damals im Gerichtssaal anwesender Gutachter empfahl deshalb auch eine Untersuchung von Eberhard durch einen Facharzt, am besten durch das Berliner Westendkrankenhaus, da er eine Krebserkrankung nicht ausschließe.

Vor dieser Empfehlung durch den Gutachter war Eberhard von den Anstaltsärzten nur oberflächlich untersucht worden und obwohl bis zum 13.3. immer wieder Schmerzen und Blutungen auftraten, geschah nichts. Denn dann lehnte der urteilende Richter Kubsch auf Anraten des Anstaltsarztes Kühnert die „Herbeiziehung eines externen Arztes" ab, denn privatärztliche Untersuchungen würden den „*geordneten Ablauf der gesundheitlichen und medizinischen Versorgung der Häftlinge*" behindern. Sie müßten auf Ausnahmefälle beschränkt werden. Und Eberhard Dreher ist nach Meinung des Richters kein Ausnahmefall! Wo nach Meinung der Ärzte und Richter wohl die Grenze der Ausnahmefälle anfängt? Auch Katharina Hammerschmidt ist im November 1974 erst von externen Ärzten untersucht worden, als eine Heilung ihrer Krankheit nicht mehr möglich war. Sie starb am 29.6.'75.

Als eine Anstaltsärztin in Moabit Eberhard noch einmal untersuchte, stellte sie fest, daß er an einer krankhaften Form von Krebsangst leide (!!).

Daraufhin hat die Anwältin von Eberhard Dreher jetzt Strafanzeige wegen Körperverletzung gegen Richter Kubsch und den Anstaltsarzt Kühnert gestellt (nach „Stern" vom 27.4.78).

Die Parallelen zu den Vorgängen bei der Erkrankung von Katharina Hammerschmidt sind erschreckend.

Wir fordern sofortige fachgerechte Untersuchung von Eberhard Dreher und die Verurteilung von Kubsch und Kühnert!

IKAH Hamburg

Stimmen zur Prozeßdiskussion aus Anlaß der „persönlichen Erklärung" von Kai Ehlers

Inzwischen sind weitere Leserbriefe zu der „persönlichen Erklärung" eingetroffen. Übereinstimmend drükken sie ihre „Betroffenheit" aus, daß es erst einer solchen Erklärung sowie einiger Leserbriefe im AK bedurfte, diese Debatte überhaupt in Gang zu bringen. Wir wollen hinzufügen, daß die Debatte immer noch sehr zögernd geführt wird. Die Veröffentlichung der eingetroffenen Leserstimmen kann hoffentlich zu ihrer Belebung beitragen. Kürzungen der Briefe haben wir unter diesem Gesichtspunkt vorgenommen. - Gut wäre auch, wenn die Debatte in die dezentrale Presse unserer Organisation und unseres Umfeldes Eingang finden würde. Ein Beispiel gab die Studenten-Zeitung des SSB „Solidarität" in ihrer letzten Ausgabe.

Soweit aus den Leserbriefen und soweit aus mündlichen Berichten zu schließen, findet diese Prozeßdiskussion besonders im Umfeld des KB bei sog. „Unorganisierten" Widerhall, die gewissermaßen „menschliche Züge" an einer „Organisation" entdecken. Das ist eine sehr gute Gesprächsgrundlage. Das ist allerdings kein Grund, mit der Fähigkeit des KB zu solchen Selbstkritiken hausieren zu gehen, oder sich in einer breiten Schwadroniererei über „Menschlichkeit" zu verlieren. Wichtig ist, sich gemeinsam mit „Organisierten" und „Unorganisierten" Gedanken darüber zu machen, wie der kritisierte Zustand der Organisation und auch der übrigen Linken in dieser Frage geändert und welche konkreten Schritte gegen die Kriminalisierungsstrategie unternommen werden können. Wir bitten euch deshalb noch einmal: Macht eure „Fälle" eure n Gruppen, örtlichen Organisationen bekannt, nehmt Kontakt auf mit dem „Initiativkomitee Arbeiterhilfe" Hamburg (IKAH) oder bildet selber solche örtlichen Hilfsstellen. Wir sind euch gern mit Rat und Tat behilflich.

Initiativkomitee Arbeiterhilfe (IKAH), Kai Ehlers

Eine Reihe von Briefen knüpft an dem Gedanken des „Sympathisanten aus Asendorf" an, „Alternativen zu den herrschenden Strukturen" aufzubauen, und kritisiert ein Mißverhältnis zwischen „politischen" und „persönlichen" Fragen.

So schreibt ein „Hamburger KB-Sympathisant": *„Hier deuten sich auch die praktischen Möglichkeiten an: Das Ansprechen von persönlichen Problemen, Kritik an bürgerlichem Verhalten einzelner muß in der Organisation prinzipiell akzeptiert sein (wobei natürlich erst die Diskussion die Richtigkeit einer Kritik erweisen kann); sie darf keinem Tabu z.B. in den Zellen unterliegen („die sollen sich nicht so anstellen")! Nur durch diese permanente Auseinandersetzung wird es möglich sein, „eine Alternative zu den herrschenden Strukturen aufbauen zu können", wie der Gen. aus Asendorf richtig fordert, d.h. wesentliche Aspekte einer „Noch-Wunsch-Gesellschaft" zu antizipieren, schon jetzt in unseren Reihen bestmöglich zu verwirklichen. („Die neue Gesellschaft muß aus dem Schoß der alten erwachsen"). Daß dies keine abgehobene Forderung ist, sondern sogar Voraussetzung für einen energievollen und letztlich erfolgreichen Kampf für eine lebenswerte sozialistische Gesellschaft, das zeigt nicht nur das Beispiel Bochum/Kai; für wieviele Genossen ist es überlebenswichtig sich auf eine tiefe, auch emotionale Solidarität und auf die Möglichkeit offener Kommunikation verlassen zu können, die natürlich solidarische Kritik nicht ausschließt?! Dieses Lernen von „linken" Verhaltensformen ist schon jetzt wichtig und wird mit wachsender Repression gegen Linke noch entscheidender werden für den Erfolg linker Politik gerade auch einer Organisation."*

Ähnlich äußern sich „eine KB-Genossin und Genossen aus Herne": *„Die bei den Prozessen offensichtlich gewordene Haltung scheint einem (auch unter uns) weit verbreiteten Mißverhältnis zu „politischen" und „persönlichen" Problemen zu entspringen. Wo Genossen(innen) letztlich zu rein „politischen Faktoren" reduziert werden, die man nach dem Funktionieren bewertet, kommt es dann logischerweise auch dazu, solche Prozesse auf ihre politische Verwertbarkeit zu reduzieren, und den konkret betroffenen Menschen dabei aus den Augen zu verlieren... Was an dem Prozeß gegen Kai ganz offensichtlich geworden ist, scheint unserer Meinung nach „nur" ein ganz eklatanter Ausdruck weitverbreiteter Zustände in unserer Organisation zu sein. Dort muß angesetzt werden, auch die Sensibilität gegenüber der alltäglichen „kleinen Repression" (auch unter Genossen und -innen) gestärkt werden. Wir wollen damit auch endlich bei uns anfangen."*

Aus Göttingen sind zum Thema gleich drei Briefe unabhängig voneinander eingegangen. Offenbar hat der in Göttingen durchgezogene Buback-Prozeß das Bewußtsein der dortigen Genossinen und Genossen besonders sensibilisiert. Übereinstimmend berichten die Briefe, *„daß unsere Solidaritätsbekundungen mit den Angeklagten über die allmorgendliche Lektüre der Prozeßberichte in gängigen bundesdeutschen Tageszeitungen nicht hinausging"*, (zwei Genossinnen des KHB-Göttingen). Einer der Betroffenen schreibt: *„Einen Gipfel dieser Entwicklung stellt der Buback-Prozeß dar, in dem nach entsprechender Vorbereitung durch die anderen Verfahren die Mechanismen der Abschreckung und der Vermittlung eines Gefühls des absoluten Ausgeliefertseins (derer, die immer noch wagten, die Angeklagten vor Gericht zu unterstützen etc.) perfekt ausgebaut worden war. Da auch hier nur 50 Personen zugelassen wurden und es unmöglich war, daran etwas zu ändern, als auch an der Regelung „Wer zuerst kommt, mahlt zuerst" (man/frau stand eben um 7.00 Uhr bereits vor dem Gericht und schickte die Überzähligen wieder nach Hause), erschienen mit jedem Prozeßtag weniger Leute. Schlimmer als das jedoch erscheint mir die Tatsache, daß es während des gesamten Prozesses nicht gelang, zumindest einen kontinuierlichen Informationsfluß über den Prozeßverlauf innerhalb der Uni zu organisieren, geschweige denn über die Uni hinaus zu informieren. Kurz: Man hatte das Gefühl, als Angeklagter seine Privatsache vor Gericht zu vertreten, als Zuschauer seinem Privatvergnügen zu folgen".*

In dieser Beurteilung des Prozeßverlaufs sind sich alle Leserbriefschreiber- und -schreiberinnen aus Göttingen einig. Die Genossinnen schreiben weiter: *„Hat die Bourgeoisie mit ihren Repressionen tatsächlich schon die von ihr beabsichtigte Wirkung erzielt, daß wir Prozesse zum politischen Alltagsleben von Linken gehörend begreifen? Haben wir uns in diesen, von den Herrschenden vorgegebenen Rahmen mittlerweile so eingepaßt, daß uns das Bewußtsein abhanden gekommen ist, eben diesen Rahmen täglich neu durchbrechen zu müssen? Unseres Erachtens müssen wir es schaffen, die Prozesse politisch zu begreifen, d.h. sie nicht länger - weder in unseren Köpfen noch nach außen - als das individuelle Pech einzelner Genossen/innen zu verstehen. Dies ist eine Frage des politischen Überlebens für die Organisation und die gesamte Linke, wie auch ein Problem, daß nicht jeder einzelne von uns früher oder später vor die Hunde geht. Dazu gehört auch, daß wir uns vergegenwärtigen, Politik nicht als Roboter machen zu können und unsere Emotionen bis nach der Revolution auf Eis zu legen".*

Einer der Angeklagten schreibt nach seiner Kritik an der nicht vorhandenen Öffentlichkeit: *„Meiner Ansicht nach ist die gründliche Diskussion und Analyse dieser Fragen die einzige Möglichkeit, der akuten Gefahr zu begegnen, daß sich aus den Prozeßerfahrungen Verbitterung bei den Betroffenen und schlechtes Gewissen bei dem Rest ergeben.*

In den meisten Fällen existiert nur eine oberflächliche Kenntnis über die politische Funktion und Bedeutung der gegenwärtigen Prozeßlawine: Exemplarische Bestrafung - Einschüchterung - „Angeklagt: Wir Alle!" Diese formelhafte Beschreibung verdeckt oft das mangelhafte Bewußtsein über die tatsächliche Tragweite der Prozesse und die mangelhafte Einsicht in die Mechanismen der Kriminalisierung. Sowohl der Buback-Prozeß als auch die laufenden Grohnde-Prozesse sind von der Bourgeoisie als „Ausrichtungsprozesse" geplant und durchgeführt worden. In

Fortsetzung auf Seite 38

Fortsetzung von Seite 37

beiden Fällen sind sie vor Landgerichten eröffnet worden und zwar mit dem Kalkül, daß nach den gesprochenen Urteilen die Revision beim Bundesgerichtshof (BGH) landet. (Der BGH ist in solchen Verfahren die einzige Revisionsinstanz). Der BGH hat in der Vergangenheit immer glänzend seine Aufgabe erfüllt, zu entscheidenden Fragen des (aktuellen) politischen Kampfes den Gerichten verbindliche, den Verhältnissen angepaßte „Interpretationen der Gesetze" an die Hand zu geben, mit denen Massenbewegungen effektiver kriminalisiert werden können. Das Landgericht Hannover hat in den Grohnde-Prozessen mit den bisher ergangenen Terror-Urteilen das Demonstrationsrecht drastisch eingeschränkt". Im Buback-Prozeß - führt der Genosse weiter aus - werde dem bisherigen Staatsschutz-Instrumentarium ein neuer Paragraph zugeführt (130 - Volksverhetzung), der ursprünglich angeblich gegen neu aufkommende faschistische Propaganda gedacht war. nach dem Muster „Worte wie Bomben" solle er die Inkriminierung jeglicher kritischer Äußerungen legitimieren. - Diesen Ausführungen des Göttinger Genossen ist noch hinzuzufügen: Auch andere größere Prozesse, wie z.B. der gegenwärtig in Hamburg laufende Prozeß gegen die 10 Antifaschisten, die 1976 beim „Großkampftag" der NPD verhaftet wurden, werden im Zuge der allgemeinen Anti-Terrorismus-Hetze zu Dimensionen von „Staatsschutz-Prozessen" aufgebaut, um insgesamt nicht nur kommunistische, sondern auch nur links-demokratische, antifaschistische Politik bereits im Keim mit dem Makel der Kriminalität zu belasten.

Abgesehen von ihrem unmittelbaren Einschüchterungseffekt hat die gegenwärtig laufende Prozeßwelle einen propagandistischen Zweck zur Diffamierung linker und revolutionärer Alternativen in den Augen der westdeutschen Bevölkerung. Dies ist ausdrücklich als Bestandteil des Konzepts jener während der Schleyer-Entführung offiziell gegründeten „Bund/Länder-Kommission gegen Terrorismus und Extremismus" beschlossen worden - prozessuale Maßnahmen als Element der „Aufklärung" der Bevölkerung über „Ursachen, Charakter und Ziele" des Terrorismus.... (siehe AK 128).

Weiter schreibt der Genosse in seinem Brief: *„Jede noch so sorgfältige politische Diskussion ist jedoch für die Katz, wenn nicht gleichzeitig die grassierende „innere" Haltung zur Kriminalisierung bekämpft wird, die schlagwortartig mit „Abgebrühtheit" und „Gleichgültigkeit" beschrieben werden kann.*

Konkret in Göttingen war es so, daß wir Angeklagten innerhalb der Organisation lange Zeit den Eindruck erweckt haben, daß wir den anstehenden Prozessen höchst gelassen entgegensehen. Ich glaube nicht, daß dies eine bewußte Vorspiegelung falscher Tatsachen, Angeberei oder Protzerei war, sondern tatsächlich der Einstellung, die wir zu den Prozessen hatten, entsprach. Das ging so weit, daß man des öfteren mit einer eventuellen Knaststrafe kokettierte, „weil man dann endlich mal in Ruhe ein paar Bücher lesen könne".

Die Forderung nach Solidarität wird natürlich bei so einer - auch nach außen hin erkennbaren zynischen Haltung ins Zwielicht gezogen und zu einer bloßen Phrase entleert. Solidarität mit wem? Mit jemanden, der sie persönlich doch offenbar gar nicht nötig hat? Dem doch scheinbar die Reaktion „nichts" anhaben kann"? Zwangsläufig wird unter solchen Bedingungen die von der Organisation angestrebte Solidaritätskampagne zu einer Pflichtübung, die sich immer mehr von den konkret Betroffenen fortbewegt und den Charakter einer bloß abstrakten „politischen Notwendigkeit" annimmt.

Diese Auffassung von Solidarität, die im übrigen ein Schlaglicht auf manche, zu reinen „Geschäftsbeziehungen" heruntergekommenen Verhältnisse zwischen Genossen/innen wirft, wurde nicht nur von den Angeklagten toleriert, sondern aktiv gefördert und verfestigt. Die Gleichgültigkeit der Organisation gegenüber dem „Schicksal" der Angeklagten war ein Spiegelbild jener „Abgebrühtheit", die von uns demonstriert wurde und die oft als erstrebenswertes Schutzschild vor der Repression mißverstanden wird. Inzwischen konnten wir uns davon überzeugen, wie wichtig eine spürbare Solidarität gerade von Genossen/innen für das „Durchstehvermögen" und für eine ungebrochen optimistische Einstellung zur politischen Arbeit ist.

Die geschilderte „Abgebrühtheit" birgt noch eine weitere Gefahr in sich: Die Empörung, die Wut über das, was im Modell Deutschland abläuft, geht langsam flöten und mit ihr ein beträchtliches Maß an Energie für den politischen Kampf. Die Abgebrühtheit verwandelt sich in „Abgestumpftheit"; die größten Sauereien der Bourgeoisie gleiten an einem ab wie Wasser an einem Ölmantel. Was bleibt, ist eine abstrakte Einsicht in die Notwendigkeit kommunistischer Politik, der aber der Stachel des Hasses auf die kapitalistischen Verhältnisse gezogen ist. Auch dies ist eine Ursache der von Kai beschriebenen „Kaltschnäuzigkeit"!

Unter anderem aus diesem Grund sei jeden Genossen zu empfehlen, einen politischen Prozeß und damit die Klassenjustiz aus der Nähe mitzuerleben....

Zum Schluß die hoffnungsvollen Vorschläge des dritten Schreibers aus Göttingen: *„Angesichts dieser desolaten Situation wird, so hoffe ich, endlich eine Diskussion in Gang kommen. Wenn mir es zumindest auch noch schwerfällt, konkrete Änderungsvorschläge zu machen, so sind die Konsequenzen, die wir ziehen müssen, aber in jedem Fall:*

- *bewußt zu machen, daß unser Umgehen mit der Kriminalisierung von einzelnen Genossen für sie selbst und ihre politische Arbeitsfähigkeit weitgehende Folgen hat;*
- *bewußt zu machen, was konkret Parolen wie „Angeklagt - wir alle" z.B. in der Anti-AKW-Bewegung bedeuten;*
- *eine politische Bewegung gegen die Verfolgung von Linken und Demokraten aufzubauen (vergl. Amnestieforderung der Studentenbewegung);*
- *Wege und Möglichkeiten zu finden, Lernprozesse in Gang zu setzen, ohne die bitteren Erfahrungen selbst machen zu müssen. Vielleicht haben wir es bis zu meinem Prozeß (21., 22., 23. 6) ja damit geschafft!"*

Wer seine Lage erkannt hat, wie soll der aufzuhalten sein?



Die DKP träumt: Mit Brandt gegen die Berufsverbote

Mit jeder "Irtums"-Erklärung werden die Hoffnungen und Illusionen von vielen fortschrittlichen Menschen insbesondere den Jusos geschürt, daß es vielleicht doch gelingen könnte, mit der SPD gegen die Berufsverbote vorzugehen. Den gleichen Hoffnungen hängt schon seit Jahren die DKP, wider besseren Wissens, nach. So schreibt Helmut Stein, führendes DKP-Mitglied und Mitglied des Arbeitsausschusses der Initiative "Weg mit den Berufsverboten": *"Denjenigen, die jetzt von 'schrecklichen Fehlern', 'Irrtümern' und dem 'Müllhaufen' reden, ist also die Einsicht in die richtigen Entscheidungshilfen gekommen."* („die tat", 2.6.). Einsicht bei der SPD-Führung? Da liegt die großbürgerliche "FAZ" näher, die von "Profil gewinnen" schreibt, weil die SPD an Image verloren hat (siehe Artikel in diesem AK). Völlig im Dunkeln tappt Helmut Stein auch mit seiner Vermutung, die "Einsicht" sei ein Produkt der "richtigen Entscheidungshilfen", worunter er versteht: Ausweitung der Berufsverbote auf SPD-Mitglieder, fehlende "Rechtsgrundlage" für die Berufsverbote usw. Nicht die radikal ausgeweitete Berufsverbotepraxis, sondern allein der Verlust an Glaubwürdigkeit fördert bei der SPD-Führung solche "Einsichten".

Stein liegt dabei im Sinne der DKP offenbar goldrichtig. Schon eine Woche vorher wandte sich die "Deutsche Volkszeitung" (DKP-Bündnis-Organ) an den *"sehr verehrten Herrn Brandt"* (Original), sich nun für die völlige Beseitigung der Berufsverbote einzusetzen, um ihm dann zu versprechen: *"Hierfür werden Sie ... breite Unterstützung finden und dem gemeinsamen Kampf aller – auch kommunistischer Staatsbürger – um sozialen Fortschritt und Entspannung dienen."* Was Brandt mit diesem K(r)ampf, außer verbalen Kraftakten, zu tun haben soll, kann die "DVZ" konkret nicht verraten, außer sie will ihrem Leser eben wirklich weismachen, Willy Brandt sei zu neuen „Einsichten" gekommen. Und darauf scheint sich die DKP festgelegt zu haben, denn auch die "UZ" spricht in ihrer Ausgabe vom 20.5. von einem *"Zeichen später Einsicht, wenn sozialdemokratische Politiker die 'Gesinnungsschnüffelei' beklagen und den sogenannten Radikalenerlaß auf den 'Müllhaufen werfen' wollen."* Auch wenn die DKP wie jeder klar denkende Mensch in diesem Land weiß, daß die SPD-Führung nicht im Traum daran denkt, die Berufsverbote und die Gesinnungsschnüffelei fallen zu lassen, muß sie dennoch immer wieder die Hoffnungen auf diese Illusion aufbauen, weil alles andere ihren Vorstellungen einer Volksfrontpolitik mit der SPD widersprechen würde. Mit dieser Politik wird gleichzeitig der SPD-Führung immer wieder die Möglichkeit eröffnet, maßgeblichen Einfluß auf die Anti-Berufsverbote-Bewegung zu gewinnen. Wenn die DKP ihre Berufsverbote-Initiativen zu einer Statistenrolle degradieren will, muß sie dieses Spielchen nur konsequent weitertreiben.

Hört, Hört!

Der interessanten Frage nach den eigentlichen Beweggründen Willy Brandt's für seine "Irrtums"-Bekenntnisse geht die "FAZ" in einem Artikel: *"Brandt tritt an zum großen Schwenk"* nach (9.6.78). Danach *"soll die SPD-Führung besonders beeindruckt gewesen sein von einer Art 'Expertise', die sie habe erstellen lassen. Die Antwort auf die dort untersuchte Frage, welche Auswirkungen der mit dem Namen der SPD nun einmal verbundene Radikalenbeschluß auf das 'Image' der Partei habe, soll alarmierend ungünstig ausgefallen sein."* Hübsch! Dies gibt natürlich den Parteistrategen Brandt, Wehner, Bahr und Koschnik zu denken, weshalb sie *"offen zu der Ansicht (neigen), daß es nunmehr nicht mehr so gelte, als staatstragend dazustehen* (dafür steht ja immer noch der Macher Schmidt – Anm.AK), *sondern daß die Zeit gekommen sei, 'liberales Profil' zurückzugewinnen."* Wohlgemerkt spricht auch die "FAZ" im weiteren nicht von einem tatsächlichen Schwenk (was ihrer Meinung nach allein schon an den Länderministern scheitern würde), sondern eben nur von "Profil gewinnen". Das hat die SPD offenkundig bei den von ihrer "Reformpolitik" enttäuschten Wählern und insbesondere in der Jugend bitter nötig, wenn man die Ergebnisse der letzten Landtagswahlen betrachtet.

Und noch zu einem weiteren interessanten Schluß kommt die in ihren Überlegungen: *"Außenpolitische Motive sind es vor allem, welche die sozialdemokratische Parteiführung zu einer schnellen Trennung von dem Beschluß aus dem Jahre 1972 führen."* Undenkbar sei es, *"daß die SPD im kommenden Jahr mit einem 'Radikalenerlaß' belastet in den Europa-Wahlkampf gehe."* Da Brandt persönlich Ambitionen auf den Sitz des Parlamentspräsidenten hat, macht er sich Sorgen, *"eine allzu 'reaktionäre' SPD könnte einige der sozialistschen Parteien ... in eine sich mit der Zeit möglicherweise bildende eurokommunistische Fraktion treiben."*

Wir sagen nur: Russell-Tribunal! Immerhin hat die niederländische sozialdemokratische Partei das Tribunal offiziel durch einen Parteitagsbeschluß unterstützt, in anderen sozialdemokratischen Parteien gibt es ebenfalls starke Kräfte, die mit dem Tribunal symphatisieren. Es ist für Brandt wohl nicht allzu amüsant, auf jeder Sitzung der "Sozialistischen Internationale" auf dieses Thema angesprochen zu werden.

Und so wird es wohl so kommen, daß er weiter als einsamer Rufer in der Wüste "Irrtümer" beklagt, während seine Parteifreunde im Staatsapparat ihre Berufsverbotsgeschäfte munter weiter treiben.

Jugend„sünden" weiterhin gefragt

Münster: Mit der Losung, daß sogenannte „Jugendsünden" nicht zur Bewertung der „Verfassungstreue" herangezogen werden sollen, versuchten SPD und FDP schon immer, ein Stückchen liberale Maske zu bewahren. Sogar höchstrichterlich empfahl das BVG, keinerlei „Erkenntnisse" für Berufsverbote heranzuziehen, die länger als 5 Jahre zurückliegen. Zwischen Worten und Taten besteht bei den Sozialliberalen jedoch ein schreiender Widerspruch. Ein erneuter Fall ist in Münster bekannt geworden. Der fertig ausgebildete Lehrer Detlef Sch. bewarb sich im Mai 1977 als Studienrat zur Anstellung. Daraufhin bekam er die erste Anhörung, in der ihm vorgeworfen wurde, im Sommersemester 1974 für die „Rote Liste" an der Uni kandidiert zu haben, sowie ebenfalls in diesem Zeitraum ein Plakat des KBW geklebt und die „KVZ" verkauft zu haben. Weitere „Erkenntnisse" lagen nicht vor, insbesondere nicht aus neuerer Zeit. Obwohl Detlef Sch. die Mitgliedschaft im KBW bestritt, wurde er nicht eingestellt. Dazu heißt es im Ablehnungsschreiben nach der 2. Anhörung vom 12.4.78: *„Durch seine Kandidaturen im Jahre 1974 bzw. das Plakatieren und den Verkauf der ‚Kommunistischen Volkszeitung' hat er den KSB bzw. den KBW unterstützt. Beide Organisationen verfolgen verfassungsfeindliche Ziele.*

Aufgrund dieses Sachverhalts konnte auch angesichts des Umstandes, daß aus der Zeit des Vorbereitungsdienstes nichts Nachteiliges festgestellt werden konnte, keine positive Prognose hinsichtlich der Verfassungstreue .... gewonnen werden."

So zynisch allein schon die Losung von den zu „verzeihenden Jugendsünden" ist, beweist dieser Fall, wie es mit der von SPD und FDP zur Schau getragenen „Toleranz" in Wirklichkeit steht. Als „Jugendsünden" werden heute allemal nur Todesurteile u.ä. anerkannt, wenn sie im Namen des Faschismus gesprochen wurden, denn für Nazis hat die BRD seit Bestehen ein weites Herz.

Personalrat für Berufsverbot

Westberlin. Abgewiesen wurde die Klage einer Studentin auf Verdienstausfall-Erstattung vom Landesarbeitsgericht. Die Studentin war vom Bezirksamt für ein Ferienlager als Betreuerin eingestellt worden.

Vom mehrheitlich aus CDUlern und anderen Reaktionären besetzten Personalrat wurde jedoch Widerspruch gegen die Anstellung eingelegt, da sie an der Pädagogischen Hochschule für eine linke Liste kandidiert hatte. Eine folgende Anhörung bei der Landeskommission (in Westberlin zuständig für die politische Gesinnungsprüfung) ergab zwar keine „Zweifel". Der Personalrat gab aber seinen Widerspruch nicht auf.

Das Gericht kam zu dem Schluß, *"daß der Personalrat nicht befugt gewesen sei, mit Zweifeln an der Verfassungstreue die Zustimmung zur Einstellung der Bewerberin zu verweigern."* Aber da niemand gegen das Votum des Personalrates eingestellt werden dürfe, habe sich das Bezirksamt nichts zuschulden kommen lassen. Das ist echte „Mitbestimmung"! Die Reaktionäre, die sich von den Kollegen zur Vertretung ihrer Interessen gegen die Behörde haben wählen lassen, benutzen diese Gelegenheit, um die staatlich betriebene Berufsverbotepraxis noch zu verschärfen. Ein Hohn für ein Interessenvertretungsorgan (was bei den nächsten Wahlen bedacht werden sollte!).

Name her oder ...

Nach den Enthüllungen über Bespitzelungspraktiken des Bundesgrenzschutzes, nach Bekanntwerden von Schnüffelaktionen in Bibliotheken wurde jetzt die Liste bekanntgewordener illegaler Praktiken bundesdeutscher Gesetzeshüter um einen weiteren Fall bereichert:

Offensichtlich werden auch Buchhandlungen, Buchbestellungen und Besteller überwacht, wobei vor offenen Erpressungsversuchen nicht zurückgeschreckt wird.

So geschehen in einer bayerischen Kleinstadt. Hier bestellte ein Kunde ein schwedisches Buch über die RAF. Auf dem Weg zur Buchhandlung wurde das Buch beschlagnahmt. Nicht nur das – die Polizei „fragte" die Buchhändlerin unter Androhung von Schwierigkeiten nach dem Namen des Kunden. Schließlich wurde ihr mitgeteilt, daß sie unter Beobachtung stünde.

Ein SPD-Abgeordneter, Manfred Schmidt, machte dazu eine Anfrage bei der Regierung: er will wissen, ob der Fall bekannt sei, und ob es Absprachen zwischen Bundesinnenministerium und Ländern über die Bewachung von Buchhandlungen und -bestellungen gäbe.

Eine Antwort steht noch aus.... (nach „FR", 2.6.78).

Berufsverbotekommission, KB/Gruppe Hamburg



Kommt jetzt der finanzielle Ruin hinzu?

Im Lande des furchtbaren Juristen Filbinger haben sich die Bürokraten neben ihrer sowieso schon exzessiven Berufsverbotepraxis eine neue Teufelei ausgedacht, die alles bisher dagewesene in den Schatten stellt: Sage und schreibe 50.198,40 DM verlangt das baden-württembergische Landesamt für Besoldung und Versorgung von dem aus dem Schuldienst entlassenen Lehrer Hans Schäfer zurück. In einem Brief des Landesamtes an Hans Schäfer heißt es dazu: *„Zuviel gezahlte Bezüge sind aus haushaltsrechtlichen Gründen alsbald in e i n e r Summe (also 50.198,40 DM) zurückzuzahlen."* Sollten sich die Behörden mit dieser Forderung durchsetzen, dürfte Hans Schäfer der finanzielle Ruin drohen.

Die Vorgeschichte des endgültigen Berufsverbotes gegen Hans Schäfer weist an sich schon genügend makabre Züge der Filbingerschen Bürokratie auf: Über drei Jahre hatte Hans Schäfer als Realschullehrer für die Fächer Deutsch und Geschichte in der schwäbischen Gemeinde Neuffen Dienst getan. Im Mai 1975 wurde er fristlos aus seinem Dienst entlassen; bis dahin war er Beamter auf Probe gewesen. Die Begründung für seine fristlose Entlassung: Hans Schäfer gebe geschichtliche Sachverhalte „unrichtig und einseitig" wieder; er habe im Unterricht zu lange die Pariser Kommune und die russische Revolution behandelt (bravo!). Außerdem sei er Mitglied der DKP.

In einem Verfahren konnte Hans Schäfer zunächst erreichen, daß die fristlose Entlassung aufgehoben wurde; in dem anschließenden Hauptverfahren wies das Stuttgarter Verwaltungsgericht sogar die Vorwürfe gegen ihn zurück. Doch Filbingers Saubermänner hatten ja den berüchtigten Mannheimer Verwaltungsgerichtshof in der Hinterhand. Dieser funktionierte wieder einmal wie geschmiert und entschied, *„daß die Zugehörigkeit zur DKP regelmäßig (!!!) zur Feststellung einer verfassungsfeindlichen Gesinnung des Mitglieds führt."* Eine Revisionsbeschwerde beim Bundesverwaltungsgericht wurde erst gar nicht zugelassen.

Doch mit all diesen Erfolgen mochten sich die baden-württembergischen Berufsverbieter noch nicht zufrieden geben; sie wollten auch noch den Menschen, der dieses Berufsverbot erhalten hatte, „ausschalten". Sollte ein bundesdeutsches Gericht diesen Schritt sanktionieren, würde allein schon der Widerspruch gegen ein ausgesprochenes Berufsverbot zu einem gefährlichen Spiel. Denn sollte man in erster Instanz „Recht" bekommen (was gar nicht so selten ist), was gleichzeitig den Anspruch auf weitere Bezahlung sichert, droht bei der gegenwärtigen Gerichtspraxis spätestens von der 2. oder 3. Instanz an der finanzielle Ruin. Es liegt auf der Hand, daß mit dieser Maßnahme erreicht werden soll, daß es zu Widersprüchen gegen Berufsverbote nicht mehr kommt.

Sich solches auszudenken, dazu sind Leute geradezu prädestiniert, die nie etwas anderes gemacht haben, als nach dem Leitspruch zu handeln: „Was damals Recht war, kann heute nicht Unrecht sein" (Filbinger).

Berufsverbotekommission, KB/Gruppe Hamburg



„Modell Deutschland" in der Schweiz

"Es wäre widersinnig, grundsätzliche Gegner unseres politischen Systems damit zu betrauen, unsere heranwachsende Jugend über die politischen Institutionen der Schweiz aufzuklären ... Hier geht es ganz einfach um einen Akt der nationalen Selbsterhaltung... Weder die Eltern noch die Allgemeinheit können es verstehen, wenn Erzieher, die unserem Staat ablehnend gegenüberstehen, einen entscheidenden Einfluß auf die heranwachsende Jugend nehmen könnten."

Mit diesen markigen Sätzen forderte der Schweizer Kriegsminister Rudolf Gnägi bereits im Dezember letzten Jahres auf einer Versammlung von rund 1000 Lehrern im Kanton Basel die Einführung der Berufsverbotepraxis nach westdeutschem Muster in der Schweiz. Gnägi hatte zum Thema "Verantwortung der Lehrerschaft gegenüber der Landesverteidigung" gesprochen und dabei erklärt, die Armee könne keine Soldaten gebrauchen, *"die in der Armee nur ein notwendiges Übel oder sogar eine lästige Aufgabe erblicken."*

Wie sich in den letzten Wochen zeigte, sind dies nicht nur die privaten Ansichten Gnägis. Vielmehr stellte sich inzwischen die gesamte Regierung der Schweiz hinter die Forderungen des Verteidigungsministers: *„Der Bundesrat ist mit dem Vorsteher des eidgenössischen Militärdepartments der Ansicht, daß Lehrkräfte, die die gewaltsame Beseitigung unserer Staatsform anstreben, für den Lehrerberuf nicht geeignet sind."* (alle Zitate nach „FR", 29.5.78).

Nach dieser Entscheidung der Schweizer Regierung ist wohl in naher Zukunft mit der Einleitung der ersten Berufsverbotsverfahren zu rechnen. Darüber hinaus werden auch in der Schweiz Gesinnungsschnüffelei und Bespitzelung von demokratischen Menschen in verstärktem Maße um sich greifen, gewissermaßen als Voraussetzung für die Entfaltung der Berufsverbotepraxis.

Diese reaktionäre Entwicklung steht in engem Zusammenhang mit anderen Bestandteilen des "Modell Deutschland" wie sie unter dem Deckmantel der "Terroristenbekämpfung" in den letzten Monaten in der Schweiz in einem geradezu atemberaubenden Tempo eingeführt worden sind. Beispielhaft sei hier an den Aufbau einer "Anti-Terror-Einheit" nach dem Vorbild und unter direkter Anleitung der GSG 9 erinnert. Es ist eigentlich schon logisch, daß reaktionäre Politiker die von ihnen geschürte Terroristenhysterie und Symphatisantenjagd dazu benützen, Berufsverbote und Gesinnungsschnüffelei verstärkt zu propagieren und auch durchzusetzen.

Berufsverbotekommission KB/Gruppe Hamburg

Besondere Treuepflicht für Sozialarbeiter verlangt

Westberlin. Ein Kreuzberger Krankenhaus stellte den Sozailarbeiter F. mit folgender Begründung nicht ein: *"Der Aufgabenbereich des Sozialarbeiters stellt auch in politischer Hinsicht erhebliche Anforderungen an den Arbeitnehmer, und er muß daher gesteigerten Anforderungen gerecht werden, insbesondere solchen, wie sie auch an einen Beamtenbewerber zu stellen sind... Der Sozailarbeiter hat von seiner Aufgabenstellung her eine besonders große Möglichkeit der Beeinflussung der ihm anvertrauten Menschen als Bezugsperson. Er soll diese Menschen betreuen, beraten, ihnen helfen, und sein Einfluß auf sie könnte sich im hohen Maße nachteilig auswirken.*

Das Krankenhaus vertrat die Auffassung, daß der Sozialarbeiter diese gestellten Anforderungen nicht erfülle, weil er, so die "Prognose", voraussichtlich nicht bereit sei *"im Konfliktfall für die freiheitlich-demokratische Grundordnung Partei zu nehmen und Bestrebungen, die auf ihre Beseitigung zielen, entgegenzutreten."* (Bescheid vom 24.11.77).

Vorgeworfen wird dem Sozialarbeiter (ohne daß dies bewiesen worden wäre), daß er an Veranstaltungen der KPD teilgenommen hätte, daß er Mitglied in der "Liga gegen den Imperialismus" gewesen sei und daß er an (legalen) Demonstrationen teilgenommen habe. Dies wird detailliert aufgeschlüsselt bis ins Jahr 1972 zurück. Daß K.F. sich nicht an jede Einzelheit der ihm vorgeworfenen "Tatbestände" erinnern konnte, wird als zusätzlich belastend ausgelegt: er würde nicht genügend und konstruktiv an der "Aufklärung" des Sachverhalts mitwirken!...

K.F. klagte gegen die Ablehnung beim Arbeitsgericht. Beim Gütetermin wurde keine Einigung erzielt. In der ersten Instanz wurde folgendes Urteil gefällt: Der Sozialarbeiter wurde zu Unrecht nicht eingestellt. Eine Verfassungsfeindlichkeit liegt nicht vor! Aber: das Krankenhaus braucht K.F. dennoch nicht einzustellen! (Die Stelle war inzwischen anderweitig besetzt worden). Und: die Verfahrenskosten muß zu zwei Dritteln der Sozialarbeiter tragen. Vielleicht aus Strafe dafür, daß er geklagt hat?

Was soll dieses "rechtsstaatliche Verfahren", wenn man Recht bekommt aber nicht zu seinem Recht kommt?!...

K.F. wird gegen dieses Urteil Berufung einlegen. Das ganze Verfahren dauert nun schon seit Juni 1977. Wann es zu Ende sein wird, ist im Moment noch nicht absehbar. Welche enorme Belastung das bedeutet, kann sich jeder ausdenken.

Die ÖTV, deren Mitglied der Sozialarbeiter ist, verweigert, wie üblich den Rechtsschutz.

KOMMITTEE AN DER FHSS GEGEN BERUFSVERBOTE UND POLITISCHE DISZIPLINIERUNG
Goltzstr.43/44, 1000 Berlin 30
(Sprechzeit: freitags 17.00 Uhr bis 20.00 Uhr, Raum 1o4)

Kurzmeldungen

Würzburg. Das Würzburger Verwaltungsgericht verurteilte das Land Bayern dazu, im Fall des SHB-Mitglieds Helmut St. erneut über seine Einstellung in den Vorbereitungsdienst für das Lehramt an Volksschulen zu entscheiden, da die Zweifel an seiner "Verfassungstreue" wegen seiner früheren Kandidatur für den SHB unbegründet seien.

Koblenz. Vor der Oberpostdirektion Koblenz mußten erneut drei Kollegen in "Anhörungen" zu ihrer Mitarbeit in der DKP Stellung nehmen. Es ist mit der Einleitung von Berufsverboten zu rechnen.

Frankfurt. Eine wahrhaft "liberale" Haltung zu den Berufsverboten legte der Frankfurter FDP-Stadtrat Paul Stein an den Tag. Nachdem er zunächst mit der SPD gegen das Berufsverbot für den Soziologen Helmut W., das in Frankfurt einigen Wirbel verursacht hatte, gestimmt hatte, änderte er jetzt seine Ansicht. Stein will nämlich inzwischen erfahren haben, daß W. *"nicht nur ein einfaches DKP-Mitglied"* sei, sondern auf regionaler Ebene *"als Funktionäre auch auf Mandate aus war."* Und das ist natürlich zuviel des Guten und muß daher nach Ansicht der FDP mit Berufsverbot bestraft werden.

Hamburg. Im Berufsverboteverfahren gegen den Arzt Dr.R. stimmte die Behörde einem vom Arbeitsgericht vorgeschlagenen Vergleich zu, den Arzt bis zur Beendigung seiner Facharzt-Ausbildung weiterzubeschäftigen. R. sollte schon vor zwei Jahren seine Stelle im Hafenkrankenhaus nicht antreten dürfen, da ihm DKP-Mitgliedschaft vorgeworfen wurde. Er konnte sich jedoch auf seinen Arbeitsvertrag berufen und bekam vor dem Gericht in einem ersten Verfahren Recht. Nach Ablauf des Zeitvertrages wollte ihn die Behörde nicht weiterbeschäftigen. In dieser zweiten gerichtlichen Auseinandersetzung wurde jetzt der besagte Vergleich erzielt, der insofern außergewöhnlich ist, als es sich bei der Facharzt-Ausbildung um eine (nicht unbedingt notwendige) Weiterbildung handelt.

Medizin und Faschismus – Heute nicht mehr aktuell? Eine Buchbesprechung

Nach einer Pause von 16 Jahren (!) erschien endlich wieder im Fischer-Verlag das Taschenbuch »Medizin ohne Menschlickkeit« von A. Mitscherlich und F. Mielke in einer Neuauflage. In diesem Buch werden Verlauf und Ergebnisse des Nürnberger Ärzteprozesses dokumentiert — eine Darstellung der grausamsten und schweinischsten »medizinischen« Experimente an wehrlosen Gefangenen durch KZ-Ärzte. Es ist — soweit bekannt — das einzige deutschsprachige Buch über diese Verbrechen, und schon seine Entstehungsgeschichte zeigt, daß es auch ein bezeichnendes Dokument über die Art und Weise ist, wie die Standesorganisationen der westdeutschen Ärzteschaft ihre Vergangenheit bewältigen wollten.

Eine »exklusive« Auflage von 10.000 Exemplaren wurde 1949 von der »Arbeitsgemeinschaft der westdeutschen Ärztekammern«, der heutigen »Bundesärztekammer« zur Verteilung an die Ärzteschaft gekauft und — totgeschwiegen. A. Mitscherlich dazu in seinem Vorwort von 1960: *»Nahezu nirgends wurde das Buch bekannt, keine Rezension, keine Zuschriften aus dem Leserkreis; unter den Menschen, mit denen wir in den nächsten 10 Jahren zusammentrafen, keiner, der das Buch kannte. Es war und blieb ein Rätsel — als ob das Buch nie erschienen wäre«* (S. 15). Die erste öffentlich verkaufte Auflage erschien 1960, also 13 Jahre nach der Urteilsverkündung vom 20.8.1947 in

schien 1960, also 13 Jahre nach der Urteilsverkündung vom 20.8.1947 in

Nürnberg — eher wollte niemand die weißen Ärztekittel mit braunen Flekken »besudeln«. Nachdem dann 75.000 Bücher bis 1962 gedruckt wurden, ruhte die weitere Verbreitung der Ärzteverbrechen bis 1978, trotz der großen Nachfrage nach Informationen darüber.

Es fällt wirklich schwer, über die grauenvollen Menschenversuche in den KZ's der Nazis ausführlich zu berichten, bei denen der Tod der »Versuchspersonen« geradezu als »Erfolg« eingeplant war. Als Beispiele seien hier genannt: Luftverdünnungsversuche mit zunehmender Sauerstoffverknappung, um die »Todesschwelle« festzulegen; Versuche mit fortschreitender Unterkühlung bis zum Eintritt des Todes (KZ Dachau). In den KZs Buchenwald und Natzweiler wurden die Gefangenen mit tödlichen Fleckfieber-Erregern infiziert — angeblich um die deutschen Soldaten an der Front besser gegen diese Seuche schützen zu können.

Ein Professor Karl Gebhardt (damals Präsident des Deutschen Roten Kreuz!) war verantwortlich für »Experimente« mit Sulfonamiden (Mittel gegen Entzündungen), die im Frauen-KZ Ravensbrück vorwiegend an polnischen Gefangenen durchgeführt wurden. Dabei wurden Frauen mit künstlichen Infektionen und Verstümmelungen bis zum Tode gefoltert. Auch Knochenverpflanzungen wurden hier durchgeführt, die für die Frauen Verkrüppelungen oder Tod durch Knochenentzündung bedeuteten.

Weiter wurden in diesem Prozeß gegen die ärztlichen Nazi-Verbrecher Versuche mit den Kampfgasen Lost und Phosgen im KZ Sachsenhausen und Natzweiler verhandelt, ebenso wie die »direkte Ausmerzung« »unerwünschten Volkstums« und »unerwünschter Kranker« durch »Sonderbehandlung«, »Vernichtung unwerten Lebens« und die bekannten Experimente mit Massensterilisationen.

Beim Lesen dieses Buches packt einen Wut und Verzweiflung, denn die Dokumente geben im Originalton der KZ-Ärzte die zynisch-brutalen und nüchternen »Versuchsanordnungen« wieder, die für die wehrlosen Opfer einen qualvollen Tod bedeuteten. Und man sagt sich: Nie wieder! Wir müssen verhindern, daß es die Standesärzte schaffen, diese Vergangenheit

müssen verhindern, daß es die Standesärzte schaffen, diese Vergangenheit

weiterhin vor der Öffentlichkeit zu verschweigen. Insofern regt das Buch dazu an, sich zu fragen, wie es denn heute aussieht.

Mitscherlich schreibt: *»Von ungefähr 90.000 damals in Deutschland tätigen Ärzten haben etwa 350 Medizinverbrechen begangen ..., jeder dreihundertste Arzt ein Verbrecher?«* (S. 13). Und er weist zu Recht darauf hin, wieviele der übrigen diese Verbrechen bewußt gebilligt haben müssen, welcher »Apparat« diese Verbrechen möglich machte. Und wieviele Ärzte sind ungestraft, wieviele sind noch heute »in Amt und Würden«??

Auch heute noch — oder wieder? — gibt es Zweige der Medizin, die eindeutig in der Tradition der Vergangenheit stehen, wie die Psychochirurgie.

Ein Genosse aus Castrop-Rauxel

Ein großer Erfolg

Ein toller Mobilisierungserfolg wurde die Hamburger Gesundheitsveranstaltung am 30.5. im Audi-Max. Gut 1.000 Besucher kamen, im wesentlichen Beschäftigte aus den Krankenhäusern und natürlich auch Patienten; ein Publikum, das in seiner Mehrheit ähnliche Veranstaltungen zu anderen Bereichen vorher noch nicht besucht hatte.

Die Veranstaltung war im wesentlichen von der Gesundheitsinitiative der BUNTEN LISTE organisiert worden und hatte (neben anderem) die Unterstützung praktisch aller arbeitenden Gruppen aus Hamburger Krankenhäusern gefunden.

Das Programm war bunt gemischt. Ein Kollege berichtete über „Spar-" maßnahmen, Rationalisierung und Privatisierung im Hamburger Gesundheitswesen. Dazu zeigte die Frauengruppe am AK Barmbek einen unheimlich guten Sketch. Anna Johannesson, ehemalige Betriebsrätin bei Colgate Palmolive, informierte über die schlechte medizinische Versorgung von Arbeiterinnen und über gesundheitsschädigende Arbeitsplätze anhand des Beispiels Colgate. Dann erzählten Vertreter der Bremer Klinik-Initiative über die von ihnen aufgedeckten und bundesweit bekanntgewordenen Arzneimittelversuche an Bremer Krankenhäusern. Eine Medizinstudentin informierte über Auswirkungen der mit Prostaglandinen durchgeführten Schwangerschaftsabbrüche. Zu diesem Komplex führten die „Medizyniker" ihr Theaterstück zu Praktiken der Arzneimittelkonzerne, den „Pharma-Flip" auf. Es folgte ein Beitrag über Psychochirurgie und deren menschenfeindliche Anwendung durch den Hamburger Professor Müller (UKE); der Arbeitskreis Soziale Psychiatrie stellte in einem Diavortrag das Elend der Psychiatrie dar, und ein Arzt berichtete zum Schluß über Kunstfehler aus seiner Sicht.

Der Abend hat gezeigt, daß ein relativ kleiner Kreis auch ohne große „Zugpferde" in der Lage ist, eine große Veranstaltung auf die Beine zu bringen und daß das Interesse an Fragen des Gesundheitswesens wesentlich größer als erwartet ist. Und das hat vielen Mut gemacht.

ÖTV-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Niederlande Belgien

Berufsverbote in den Niederlanden

Als vor zwei Jahren in der demokratischen Presse des Auslands Kritik am „Modell Deutschland" und insbesondere der Berufsverbote-Praktik in der BRD geübt wurde, gefielen sich einige sozialdemokratische Chefdemagogen mit der Behauptung, Berufsverbote gäbe es ja auch überall im Ausland und die Kritiker der BRD mögen sich doch lieber im eigenen Land umsehen. Wenngleich diese Behauptungen natürlich darauf zielten, von den eigenen Unterdrückungspraktiken abzulenken, so waren sie leider doch nicht aus der Luft gegriffen.

„Die Niederlande kennen seit langem versteckte Berufsverbote, sowohl bei den Behörden wie im Betrieb", hieß es in der Zeitung der Pazifistisch-Sozialistischen Partei (PSP), „Radikaal" vom Dezember 1976.

„Vertrauensfunktion"

Nach einer Verfügung des Innenministeriums vom 1. März 1970 muß sich jeder Bewerber für den öffentlichen Dienst verpflichten, sich einer Untersuchung seines „Vorlebens" (antecedenten-onderzoek) zu unterziehen; bezieht sich die Bewerbung auf eine *„Vertrauensfunktion"*, kommt eine *„Sicherheitsuntersuchung"* hinzu, die *„durch oder unter Verantwortung des Sicherheitsdienstes* (etwa gleich VS – Anm. AK) *bzw. des betroffenen militärischen Nachrichtendienstes"* durchgeführt wird.

Mit der Einführung des Begriffes der „Vertrauensfunktion", die nur nach Durchlaufen einer „Sicherheitsuntersuchung" eingenommen werden kann, waren der Willkür Tor und Tür geöffnet: Außen- und Verteidigungsministerium erklärten **j e d e** Beschäftigung in ihrem Bereich (also auch Pförtner und Küchenhilfe) zu „Vertrauensfunktionen"; der Bereich des Innenministeriums beschied sich mit 599 „Vertrauensfunktionen" (= 27,6% der Beschäftigten) und selbst das Ministerium für Landwirtschaft und Fischerei hat seine 145 „Vertrauensfunktionen" (= 1,2% der Beschäftigten). Am bescheidensten zeigte sich das u.a. für die Lehrer zuständige Ministerium für Unterricht und Wissenschaften, das sich mit 90 dieser ganz besonderen Posten (= 0,3%) zufriedengab. Von rund 220.000 Beschäftigten im Öffentlichen Dienst sind fast ein Drittel – rund 70.000 – zu Trägern einer „Vertrauensfunktion" erklärt worden.

Dem Bewerber für eine Anstellung im öffentlichen Dienst selbst bleibt unbekannt, ob er sich für eine „Vertrauensfunktion" beworben hat und damit den Schnüffeleien des Sicherheitsdienstes ausgesetzt ist. Ebensowenig erfährt er etwas über den Verlauf und das Ergebnis dieser „Sicherheitsuntersuchung". Der Bewerber erhält ggf. lediglich die Mitteilung, daß *„die Wahl nicht auf ihn gefallen"* sei.

Nur bei Pannen beim Sicherheitsdienst kommt gelegentlich ans Licht, mit welchem Ausmaß an Latrinenschnüffelei und Willkür hier „untersucht" wird:

– Ein bereits bei der Post Angestellter bekam im letzten Moment zu hören, daß noch eine Sicherheitsuntersuchung durchgeführt werden müsse. Als diese negativ ausgefallen zu sein schien – er hatte die Zeitung der revisionistischen KP (CPN) abonniert und eine Versammlung dieser Partei besucht – wurde er doch nicht eingestellt. Der Sicherheitsdienst verweigerte die Auskunft, woher bekannt war, daß der Bewerber die CPN-Zeitung abonniert hatte und ob etwa alle Abonnenten dieser Zeitung erfaßt sind.

– Ein Bewerber beim Außenministerium um eine Anstellung bei der „Entwicklungshilfe" wurde ersucht „freiwillig" von weiteren Bewerbungen abzusehen. Auf Nachfrage wurde ihm mitgeteilt, daß er nicht die richtige Einstellung habe, um die Niederlande im Ausland zu vertreten. Dem Ministerium schienen zum erheblichen Erstaunen des Bewerbers die Informationen vorzuliegen, daß er Bezieher einer linkssozialdemokratischen (!!) Wochenzeitung war, einen Urlaub in Rumänien verbracht und sich öffentlich geweigert hatte, an der Volkszählung mitzuwirken (nach ‚Radikaal", 7/77).

Berufsverbote NL = Berufsverbote BRD?

Solcherlei Willkürmaßnahmen verleiteten die Zeitung der PSP zu der Behauptung: *„Was man auch gegen die deutschen Berufsverbote haben kann, es wird mit offenen Karten gespielt. Jeder weiß, woran er ist, und kann protestieren. In den Niederlanden dagegen ist Heimlichkeit Trumpf"* („Radikaal", 7/77).

Hier wird – ein übrigens in der niederländischen Linken nicht gerade selten anzutreffendes Fehlverständnis – gerade an dem wesentlichen und wesentlich beabsichtigten Element westdeutscher Berufsverbotepraxis vorbeiargumentiert: Geht es in der BRD doch in erster Linie darum, „einen zu treffen und zwanzig mundtot zu machen", also die Berufsverbote als Knüppel gegen demokratische Bestrebungen insgesamt zu richten und nicht „nur" gezielt aus mehr oder weniger breit angelegten Bereichen Demokraten und Sozialisten herauszuhalten.

Es gibt jedoch Anzeichen dafür, daß die niederländische Praxis, Bewerber von bestimmten Funktionen fernzuhalten, sich in der Tendenz zum Berufsverbot nach dem „Modell Deutschland" hinentwickelt.

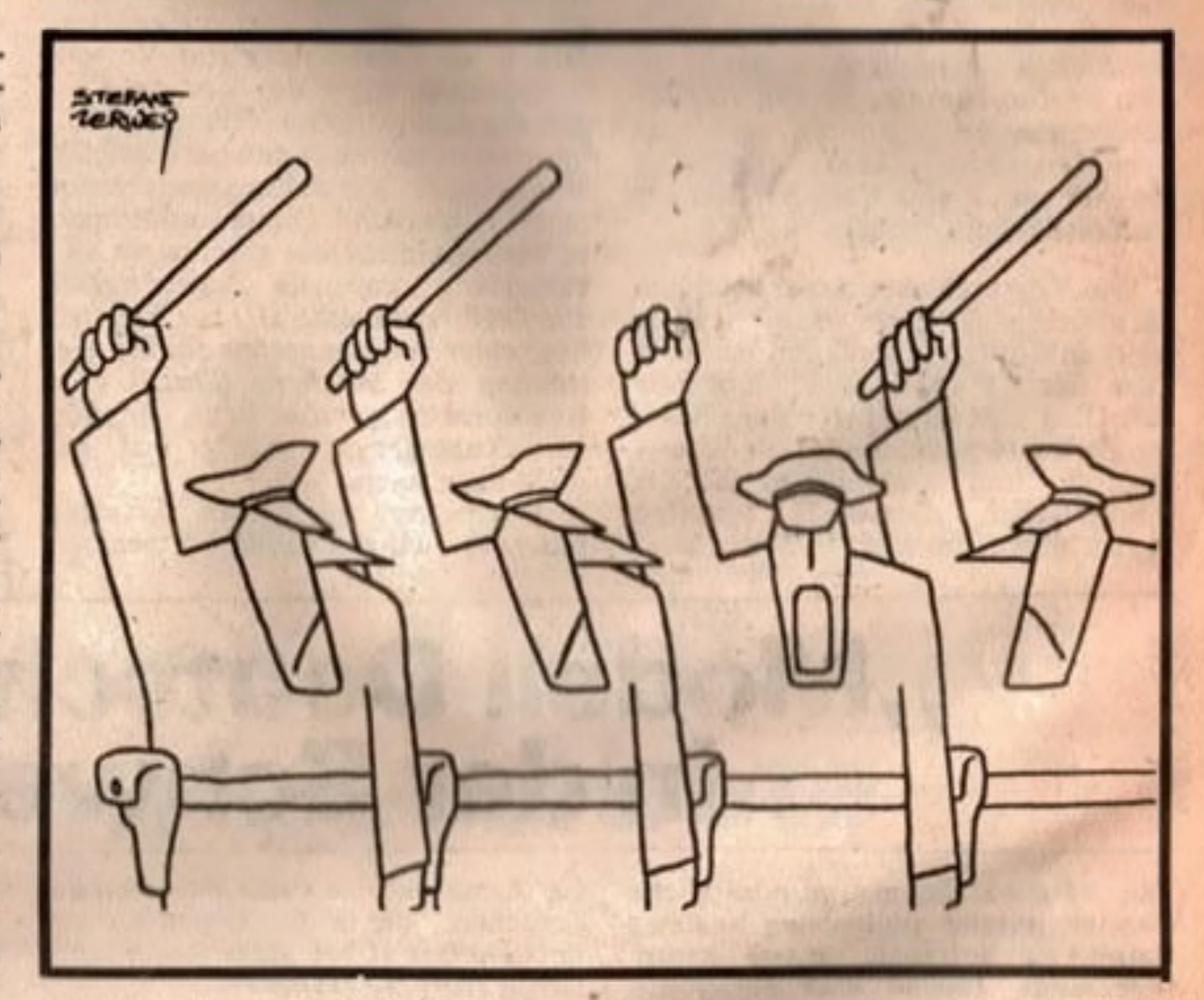
– Dem Theologen Bert ter Scheggert, entschiedener Pazifist, wurde die Anstellung an der Freien Universität Amsterdam verweigert, weil er christliche und marxistische Auffassungen miteinander zu verbinden suchte.

– Einem Lehrer wird mit Entlassung gedroht, sofern er nicht seinen Namen als Listenführer der revisionistischen KP zu den Gemeinderatswahlen zurückzieht.

– Bouwe Kalma, Chef der Rotterdamer Kinder- und Sittenpolizei (seit 20 Jahren „weißer Rabe" der Polizei) wird trotz massenhafter Proteste und Demonstrationen aus dem Dienst entlassen, weil er an einer Demonstration vor der westdeutschen Botschaft nach den „Selbstmorden" von Stammheim teilgenommen hat.

Mit dem „falschen Mann" befreundet, auf der „falschen Veranstaltung" gewesen ....

Am deutlichsten wird diese Gefahr aber durch den „Fall" Lisette Scholten, angestellt bei der Gemeindepolizei Amsterdam. Sie besuchte am 27. August letzten Jahres zusammen mit ihrem Freund Axel Achterrath eine öffentliche Veranstaltung zur Lage der politischen Gefangenen in der BRD. Wenige Tage später erfährt sie von einem Kollegen, daß der polizeiliche Nachrichtendienst ihn um Informationen über ihre Person angegangen habe. Um ihn unter Druck zu setzen, habe man ihm gesagt, Lisettes Freund hätte Kontakte zur Baader-Meinhof-Gruppe. Mitte September muß Lisette vor dem stellvertretenden Hauptkommissar erscheinen. *„Er sagte mir"*, berichtet sie über dies Gespräch in einem Interview mit „Onze Buren rechts", *„ ‚es ist uns zu Ohren gekommen, daß Sie mit Herrn Achterrath Umgang haben. Es geht uns nichts an, was dieser Umgang genau beinhaltet, das ist Ihr Privatleben, aber wir haben gemeint, daß wir, angesichts der politischen Hintergründe des Herrn Achterrath, die Ihnen unserer Ansicht nach wohlbekannt sind, sonst müssen Sie Herrn Achterrath selbst einmal danach fragen, wir wollen uns jetzt darüber nicht weiter auslassen, wir haben gemeint, daß wir Sie von dem Platz, wo Sie jetzt sitzen wegholen müssen und Sie irgendwo anders arbeiten lassen müssen.'*



Bouwe Kalma, Chef der Kinder- und Sittenpolizei und „weißer Rabe" im Polizeikorps, in der Sicht des Karikaturisten Stefan Verweg (aus „de Volkskrant", 29.11.77)



Lisette Schotten

Auf meine Frage, warum denn, fuhr er fort: ‚An der Stelle, wo Sie jetzt sitzen, haben Sie Zugang zu allen Gegebenheiten, wovon wir annehmen, daß Herr Achterrath oder andere, mit denen er eventuell Kontakt hat, vielleicht Interesse für haben könnten und wir fürchten, daß Sie vielleicht in Versuchung geraten könnten, diese Gegebenheiten weiter zu geben.' " (Bei diesen „Gegebenheiten" handelte es sich um das Vorstrafenregister u.ä. von Amsterdamer Bürgern; Axel Achterrath – zur Erinnerung – war Mitglied des Sozialistischen Patientenkollektiv Heidelberg und verließ die BRD 1971, als das SPK zur „kriminellen Vereinigung" erklärt wurde. 1974 wurde er aus den Niederlanden abgeschoben und in der BRD neun Monate lang in Isolierhaft gehalten. Er kehrte in die Niederlande zurück und wurde – in Abwesenheit – zu zwölf Monaten verurteilt, abzüglich U-Haft. Da Axel vernünftigerweise auf die restlichen drei Monate –politischer Gefangener in der BRD sein, ist schließlich lebensgefährlich – nicht mehr scharf war, beantragte er in den Niederlanden politisches Asyl).

Lisette wurde einige Tage nach dem oben skizzierten Gespräch zu der Polizei-Abteilung versetzt, die geparkte Autos zu kontrollieren hat. Sie gab sich jedoch nicht mit dieser Entwicklung der Dinge zufrieden und ging vors Beamtengericht. Die Sache wurde dem Bürgermeister zur Entscheidung übergeben. Als der zu lange warten ließ, machte Lisette den Schritt an die Öffentlichkeit. Mit einem Interview, das sie der sozialdemokratischen Tageszeitung „de Volkskrant" gab, wurden eine breite Berichterstattung über ihren „Fall" und vielfältige Protestbekundungen ausgelöst.

Hiermit war die Taktik der Behörden, Lisettes Maßregelung in aller Heimlichkeit durchzuziehen, zunichte gemacht. – Am 29.5., die Sache war offensichtlich vorne und hinten nicht mehr zu halten, zog der Bürgermeister Lisettes Versetzung zurück. Sie muß wieder an ihrem alten Platz eingesetzt werden.

Aber auch jetzt noch leistete sich der Bürgermeister eine Rechtfertigung der Willkürmaßnahme: Zwar sei der Hauptkommissar nicht befugt gewesen, die Versetzungsaktion selbständig durchzuführen; der Beschluß sei aber im Lichte der damaligen Umstände (womit er die Schleyer-Entführung **i n d e r B R D** meinte!) wohl verständlich. Weiter führte er zur Begründung der Versetzungsrücknahme an, daß auch der niederländische Staatsrat geurteilt habe, daß Axel Achterrath „keine Gefahr für die öffentliche Ordnung" bilde (zwei Wochen vor diesem Urteil hatte es in der „Hamburger Morgenpost" geheißen, Axel Achterrath sei einer der *„neuen Anführer der deutschen Terroristen"* und an der Moro-Entführung *„maßgeblich beteiligt"* – davon sei das *„Bundeskriminalamt überzeugt"*).

Lisette Scholten bezeichnete es als *„enttäuschend ... daß er (der Bürgermeister – Anm. AK) seinen Beschluß nicht auf Grund des Argumentes gefaßt hat, daß jeder Beamte in seinem Privatleben die Freiheit haben muß, umzugehen, mit wem er oder sie selbst es richtig finden und selbst im Zusammenhang des abgelegten Amtseides verantworten zu können meint"*. (nach „Onze Buren rechts", Juni 78 und „de Volkskrant", 30.5.78).

Mit der Entschließung des Amsterdamer Bürgermeisters ist zwar eine Willkürmaßnahme zurückgenommen worden, das „Recht" der Behörden, in das Privatleben und die Informationsfreiheit einzugreifen und mit einer „Sippenhafts"-Argumentation Angestellte des öffentlichen Dienstes zu maßregeln, wurde jedoch nicht bestritten.

Eine gefährliche Entwicklung, eine weitere Verbeugung der niederländischen Rechtsordnung vor dem „Big Brother" BRD!

Niederlande-Kommission

Kurzmeldungen

Kirche: Der Rat der Kirchen hat dreißig niederländische Konzerne in einem ausführlichen Schreiben aufgefordert, ihre Niederlassungen in Südafrika abzustoßen oder - noch besser - zu liquidieren. Der Rat der Kirchen nennt es enttäuschend, daß die Konzernleitungen bisher nicht für einen Beitrag im Kampf gegen die Apartheid zu gewinnen waren. Das Argument der Konzerne, mit Politik nichts zu tun zu haben, weist der Rat in seinem Schreiben zurück, da die Konzerne in der Vergangenheit und Gegenwart sehr wohl politischen Einfluß in Südafrika genommen hätten. Ein Verbleiben der Konzerne in Südafrika und die Fortsetzung ihrer Beschäftigungspolitik nach den Maßstäben des Apartheid-Regimes bedeute eine Unterstützung der Apartheid selbst. Der Rat der Kirchen ist davon überzeugt, *„daß Unterstützung des Apartheid-Systems, welcher Art auch, die Unterstützung unmenschlichen Auftretens ist, und daß sich mitschuldig macht, wer davon profitiert"*.

Unter den angeschriebenen Konzernen befinden sich auch eine Reihe, die als multi-nationale Konzerne in der BRD ihr (Un-)Wesen treiben, darunter Unilever, Philips (nach „de Volkskrant", 20.5.78).

Niederlande-Kommission



Abrüstungsdemonstration am 7.5.78 in Brüssel

Kriegsverbrecher: Wegen *„zwei formellen Mängeln von ziemlich geringer Bedeutung"*, so der juristische Mitarbeiter der „Volkskrant", hat die oberste Berufungsinstanz das Urteil gegen den ehemaligen SS-Hauptscharführer Pieter Menten aufgehoben (der Staatsanwalt hatte damals lebenslänglich gefordert, das Gericht auf 15 Jahre erkannt). Die Möglichkeit, daß sich an dem Urteil in der Berufungsverhandlung *„inhaltlich noch etwas ändert"* ist gering („de Volkskrant", 31.5.78). Das Gericht wäre dann auch von vornherein besser beraten gewesen, anstatt sich im Rechtsfetischismus zu verstricken, an die Leiden der Menschen, die überlebenden Opfer der Faschistenzeit zu denken, die nun wieder vor Gericht aussagen und ihre tiefe Leidenszeit nochmals nacherleben müssen.

Fortsetzung auf Seite 41

Fortsetzung von Seite 40

Antifaschismus: Am 17. Juli brannte die Villa des Kriegsverbrechers und späteren Millionärs Pieter Menten bis auf die Grundmauern nieder. S., dem dies Feuerwer zu danken war, stand dieser Tage vor Gericht. Der Staatsanwalt hielt „angesichts besonderer Umstände" - eine schwere Freiheitsstrafe nicht für angebracht und forderte eine Strafe, die mit der Dauer der Untersuchungshaft abgegolten ist. Bedingung dieser Strafzumessung war jedoch, daß sich S. wegen des „KZ-Syndroms", daß Ärzte bei ihm festgestellt haben (wollen), in Behandlung begibt.

Zwei Jahre vor dem Feuerwerk in Mentens Villa hatte S. schon in einem Verlag, der eine Neuausgabe von Hitlers „Mein Kampf" beabsichtigte, Feuer gelegt, ohne daß dies S. „taterschwerend" zur Last gelegt worden wäre. In der BRD wäre das undenkbar.

★

Antimilitarismus: Am 20.5. wurden, ähnlich wie in der BRD, zahlreiche Aktionen gegen Rüstungswettlauf und für die Erhaltung des Friedens durchgeführt. U.a. demonstrierten 2.000 Menschen bei dem Militärflugplatz Soesterberg (in der Nähe von Utrecht) gegen die Atomwaffen,die auf diesem Gelände gelagert werden. Organisiert war diese Aktion („*Schafft die Atomwaffen aus der Welt, fangt in den Niederlanden an*") vom Interkirchlichen Friedensrat, in dem Kirchen der verschiedenen Konfessionen zusammenarbeiten (nach „de Volkskrant", 22.5.).

Belgien: „Abrüsten um zu überleben!"

Unter dieser Parole beteiligten sich am 7. Mai 10.000 Menschen an der Abrüstungsdemonstration in Brüssel, eine der größten Mobilisierungen in diesem Jahr in Belgien. Bewußt war als Zeitpunkt der Tag der Befreiung vom deutschen Faschismus gewählt. Der 8. Mai - vor 2 Jahren von der 1. Regierung Tindemans als offizieller Feiertag abgeschafft-, ist fest im Bewußtsein breiter Teile des belgischen Volkes verankert; so lautete eine der Forderungen auf der Demo, daß der 8. Mai wieder Feiertag werden muß. Organisatoren waren flämische und wallonische „Friedenskomitees", unterstützt von über 50 demokratischen Organisationen und Initiativen, u.a. BSP (Sozialdemokraten), KPB (Revisionisten) und kirchlichen Gruppen. die gerufenen Parolen auf der Demo richteten sich eindeutig gegen alle Verantwortlichen des Rüstungswahnsinns; sie riefen sowohl die USA als auch die UdSSR auf die Anklagebank: „gleichzeitige Auflösung von Nato und Warschauer Pakt". Die anwesenden Parlamentarier wurden aufgefordert, sich für eine parlamentarische Debatte über die belgische Rüstungsproduktion einzusetzen. Faschisten von der „Front de la Jeunesse" hatten zwei Tage vorher die Räume der Organisatoren der Demonstration überfallen und kurz und klein geschlagen.

Belgien-Kommission



Gewerkschafter fordern Abbruch der Beziehungen zum DGB

Achtzig Mitglieder der niederländischen sozialdemokratischen Gewerkschaft NVV wandten sich mit einer Petition an die Führung ihrer Gewerkschaft. Neben der Forderung, daß die NVV die Beteiligung an multinationalen Konzernen und anderen kapitalistischen Betrieben aufgeben sollen, wird in der Petition der Abbruch der Beziehungen der NVV mit dem DGB verlangt. Begründet wird dies damit, daß die gewerkschaftseigene „Bank für Gemeinwirtschaft" Kredite an die Regimes von Argentinien, Brasilien und Chile gegeben hat. Erst kürzlich habe die argentinische Junta von der DGB-Bank einen Kredit von 90 Mio. Dollar für den Bau von Unterseebooten erhalten.

Die NVV-Führung versuchte dies natürlich gleich abzubügeln: sie wolle diese Informationen zwar „überprüfen", aber ein Abbruch der Beziehungen zum DGB komme nicht in Frage, erklärte NVV-Vorsitzender Wim Kok (nach „de Volkskrant", 30.5.78).

Niederlande-Kommission



England

Kommunalwahlen in England

Faschisten abgeschlagen, linkes Wahlbündnis gut abgeschnitten

Anfang Mai fanden in England die Wahlen der Gemeinderäte statt. Es scheint sich der Trend der letzten Monate zu bestätigen, daß sich die rapide Talfahrt der Labour Party vor allem im letzten Jahr abzuflachen beginnt: die Verluste in dieser Gemeinderatswahl waren die geringsten der jetzigen Labour-Regierung, die seit 1974 im Amt ist. 107 verlorenen Sitzen stehen 82 hinzugewonnene Sitze gegenüber.

Die Konservativen gewannen 141 Sitze hinzu, verloren nur 87. Die Liberalen gewannen 17 Sitze, verloren aber 21.

Die Faschisten der National Front, die 1976 zum Teil beängstigende Erfolge erzielt hatten, wurden praktisch überall wesentlich dezimiert. Alles in allem sank ihr Anteil von 3 auf 2 Prozent, wobei diese Angabe etwas irreführend ist, da die NF nicht überall kandidierte. Folgende Einzelergebnisse machen das etwas deutlicher:

	1976	1978
Leeds/Harehills	4,3%	1,4%
Leeds/Gipton	4,4%	2,0%
Leeds/Burmantofts	5,7%	1,5%
Bradford Moor	20,3%	4,2%
Bowling	17,7%	4,3%
Undercliff	12,6%	4,6%
Manningham	11,0%	3,4%

Die Ergebnisse der jetzigen Wahl zeigen allerdings auch, daß die Faschisten keineswegs von der Bildfläche verschwunden sind (Zahlen nach »Socialist Worker«, 13.5.78).

Ebenfalls kandidierte in über 20 Wahlbezirken das linke Wahlbündnis »Socialist Unity« (Sozialistische Einheit), das vor einem guten Jahr vor allem von der IMG (»International Marxist Group«, 4. Internationale, Schwesterorganisation der westdeutschen GIM) zusammen mit einigen anderen linken Gruppen, so auch Big Flame gegründet wurde.

Die Kandidaten der SU kandidierten unter ihrem »antikapitalistischen Aktionsprogramm«, das folgende Punkte und Forderungen umfaßt:

• *Für einen garantierten angemessenen Lebensstandard, keine Lohnkontrollen, sofortige Lohnerhöhungen für alle zum Ausgleich der Reallohnsenkungen (...)*
• *Stop der Arbeitslosigkeit — Keine weiteren Entlassungen (...)*
• *Keine Sparmaßnahmen im öffentlichen Dienst (...)*
• *Volles Recht und die Befreiung für die Frauen (...) Freie Abtreibung und Verhütungsmittel (...) Kindergartenplätze (...)*
• *Kampf dem Rassismus, Stopt die Faschisten, Volle Rechte für Farbige*
• *Unterstützt den Internationalen Kampf der Arbeiterklasse — Für Sozialismus*
• *Für die Selbstbestimmung des irischen Volkes, Sofortiger Rückzug aller britischen Truppen aus Irland, für die Befreiung der Völker Zimbabwes und Südafrikas, Abbruch aller Beziehungen zu den rassistischen Regimes. Rückzug aus der Nato und allen britischen Militärbündnissen. Kampf der Macht der multinationalen Konzerne. Für den Aufbau von Beziehungen zwischen allen Arbeitern aller Länder. Baut die unabhängige Macht der Arbeiterklasse auf. Kein Verlaß auf die Politiker im Parlament. Unsere Stärke liegt in unseren eigenen Kämpfen.*
• *Die Mittel sind vorhanden, um unsere Bedürfnisse zu erfüllen. Schluß mit allen Zinszahlungen an Geldverleiher. Entschädigungslose Verstaatlichung aller Banken und Finanzhäuser, Streichung der Rüstungsausgaben.*
• *Für die Verteidigung demokratischer Rechte, Schluß mit Polizeiübergriffen auf Schwarze. Schluß mit staatlichen Repressionen gegen antifaschistische Aktivitäten. Rücknahme der Anti-Terrorgesetze, Schluß mit staatlicher Repression gegen Schwule, ihre Organisationen und ihre Presse«* (nach »Socialist Challenge«, 17.11.77).

In »Socialist Challenge« vom 11.5.78 werden einige Angaben zu den Ergebnissen der Kommunalwahlen Anfang Mai gemacht: bis auf zwei Ausnahmen lagen die Zahlen der Faschisten wesentlich unter den Stimmergebnissen für die SU-Kandidaten.

Ähnlich sieht es mit den Stimmen für die revisionistische Communist Party (CP) aus:

	Stimmen für SU	CP
Birmingham		
Saltley	274	196
Soho	160	60
Sparkhill	294	149
Sparkbrook	87	200
London/Deptford	230	188
Manchester/Hulme	139	67
Liverpool		
Sandhills	281	67

Gute Einzelergebnisse erzielte SU in London/Spitalfields (17,7 %!), Liverpool/Sandhills (11,9 %), London/Islington-Highview (7,6 %), Bradford-Moor (9,9 %), Basingstoke (7,0 %), London/Deptford (9,3 %). In sieben weiteren Wahlkreisen erzielte SU Stimmenanteile von 4,5 bis 6 %, in den übrigen zwischen 1,5 und 3 %.

Aufgrund des total undemokratischen Wahlsystems in England auch im kommunalen Bereich, das keine prozentuale Vertretung der Parteien in den Parlamenten vorsieht, sondern nur die Kandidaten mit den jeweils meisten Stimmen zuläßt, ist natürlich kein linker Abgeordneter in den Kommunalparlamenten vertreten. Um so erstaunlicher — angesichts der Aussichtslosigkeit, gewählt zu werden — ist der relativ hohe Stimmenanteil für die Kandidaten der SU.

England-Kommission

Neuwahlen im Herbst so gut wie sicher

Englands Liberale haben die vor gut einem Jahr mit der Labour Party geschlossene Ehe (den "Lib-Lab-Pakt") für das Ende der Sitzungsperiode des britischen Unterhauses aufgekündigt. Damit ist so gut wie sicher, daß es im Herbst Neuwahlen geben wird. Denn die Mehrheitsverhältnisse haben sich für die Labour Party seit 77 weiter verschlechtert: hatte Labour vor einem Jahr "nur" zwei Abgeordnete weniger als alle anderen Parteien zusammen, so sind die Sozialdemokraten heute mit 18 im Minus. Bei Nachwahlen mußten sie 8 Sitze weitgehend an die Konservativen abgeben.

Trotz dieser Minderheitsposition hat sich die Labour-Regierung dank der zugesicherten Unterstützung durch die 13 liberalen Abgeordneten das letzte Jahr über Wasser gehalten. Als Gegenleistung hatte man der liberalen Partei versprochen, sich dafür einzusetzen, daß die Wahl zum Europa-Parlament als Verhältniswahl abgehalten wird, was dem Ziel der Liberalen – das die kleinen Parteien diskriminierende und undemokratische Mehrheitswahlrecht abzuschaffen – ein Schritt näher gekommen wäre. Nach diesem Wahlsystem kommt nur jeweils der Kanidat, der die meisten Stimmen hat, was theoretisch dazu führen kann, daß eine Partei 45 % der Stimmen hat, aber keinen Abgeordneten. So kam die Liberale Partei mit knapp 20 % der Stimmen 1974 auf nur 13 Abgeordnete von ca. 600 (nicht einmal 2,5 %!). Damit verglichen widerspiegelt die undemokratische 5 % Klausel hier in Westdeutschland direkt demokratische Verhältnisse (was das Wahlsystem angeht...).

Zwar wurde seitens der Labour Party das Versprechen wahrgemacht und der Vorschlag, das Europa-Parlament nach dem Verhältniswahlmodus zu wählen, sogar eingebracht. Als es allerdings an die Abstimmung ging (im Dezember 77), stimmte – abgesehen von den Tories – auch eine starke Minderheit der Labour-Abgeordneten die Vorlage nieder. Die Labour-Regierung hatte es dem – bekanntlich ja unabhängigen – Gewissen der einzelnen Abgeordneten überlassen, sich frei zu entscheiden und – "ganz demokratisch" – auf Fraktionszwang verzichtet...

Es besteht wohl kein Zweifel, daß dem Parteiführer der Liberalen, Steel, klar gewesen sein muß, daß die Zusage seitens Labour keine Garantie gewesen ist, dennoch bestand auch für die Liberalen vor einem Jahr ein gewisses Interesse an der Stabilisierung der Lage bzw. an der Verhinderung von Neuwahlen, da Nachwahlen einen deutlichen Abwärtstrend für die Liberalen anzeigten.

Jetzt – ein gutes Jahr vor dem endgültigen Ablaufen der Amtsperiode der Labour-Regierung – scheint es Zeit für die Liberalen zu sein, wieder mehr Abstand vom großen Partner zu gewinnen und Selbständigkeit zu demonstrieren. Das Image, "Zünglein an der Waage" zu sein, wird gepflegt, und Steel schloß in diesem Zusammenhang sogar nicht aus, auch eine Koalition mit den Tories einzugehen: es sei inzwischen *"gut in der meinung der Öffentlichkeit verankert, daß eine Labour-Regierung unter liberaler Kontrolle (!) sowohl akzeptabler, als auch erfolgreicher ist, als eine Labour Mehrheit, die zu stark unter dem Einfluß des linken Flügels der Partei steht (...) Was weniger klar ist, einfach deshalb, weil es noch nicht unter Beweis gestellt worden ist, ist die Tatsache, daß auch eine Tory-Regierung unter der Kontrolle der Liberalen unvergleichlich besser ist, als eine Tory-Mehrheit unter dem starken Einfluß des rechten Flügels."* (nach "Guardian", 2.6.78).

Steel weiter: *"Wenn es eine Tory-Regierung gibt, wird die zukünftige Rolle der Liberalen genau so gut darin bestehen, den Rechtsradikalismus zu unterdrücken, wie sie bislang darin bestanden hat, die linken Theorien zu unterdrücken im letzten Jahr."* (s.o.).

Labour hat die Möglichkeit, bis zum Herbst 79 zu regieren. Allgemein wird aber darüber spekuliert, daß bereits im Herbst Neuwahlen angesetzt werden, um zu klaren Mehrheitsverhältnissen zu kommen. Ob dies durch die Wahlen erreicht wird, erscheint allerdings mehr als zweifelhaft.

England-Kommission

3. Nationale Konferenz von



Mitte Mai führte die revolutionäre britische Organisation BIG FLAME ihre 3. Nationale Konferenz durch, an der knapp 200 Mitglieder, Sympathisanten und Gäste teilnahmen.

BF entstand vor ein paar Jahren in Liverpool zunächst als örtliche Basisorganisation unter gewissem Einfluß von Lotta Continua. Die 150-200 Mitglieder arbeiten hauptsächlich im mittelenglischen Industriegebiet und seit kurzem auch verstärkt in London. Obwohl sich BF zahlenmäßig nicht mit SWP oder selbst IMG (GIM-Schwester) messen kann, wird BF doch von den größeren Organisationen recht ernst genommen, besonders wegen ihrer Bündnisfähigkeit und Anziehungskraft auf unorganisierte Linke, wodurch BF zu einem wichtigen Faktor im linken Wahlbündnis „Socialist Unity" wurde.

International hat sich BF nie an einem „Sozialistischen Vaterland" orientiert. In ihrer Zeitung heißt es in jeder Ausgabe:

„Wir versuchen von den verschiedenen marxistischen Traditionen zu lernen, aber glauben fest an die Notwendigkeit, eine Organisation und Politik zu schaffen, die aus der heutigen Situation erwachsen."

Auf die Konferenz hatten u.a die britischen Organisationen IMG und die International Socialist Alliance, ein Zusammenschluß ehemaliger SWP-Genossen, Vertreter geschickt. Die französische revolutionäre Organisation OCT und der KB waren ebenfalls vertreten.

Eine vereinigte revolutionäre Organisation

Seit knapp zwei Jahren wird in einem Teil der britischen Linken diskutiert, wie die organisatorische Zersplitterung überwunden werden kann. An dieser Debatte sind u.a. auch die Genossen von BF beteiligt, weshalb diese Frage auch auf der Konferenz eine dominierende Stellung einnahm. Beschlossen wurde schließlich, keine rein organisatorische Lösung, wie etwa die Verschmelzung mit bestehenden politischen Organisationen anzustreben. *„Stattdessen ist unser Vorschlag an alle Militanten und alle Organisationen und Gruppen der revolutionären Linken, die neuen Ideen zugänglich sind, daß wir uns alle in die gleiche Richtung bewegen - nämlich hin zum Aufbau einer neuen revolutionären sozialistischen Organisation der Arbeiterklasse und der Frauen"* (Anm.: im Text heißt es hier „feminist", was im Deutschen zumindest mißverständlich wäre).

Für die neuzuschaffende Organisation wurden auch bereits einige Grundsätze formuliert, worunter sich folgende befanden:

Die Organisation muß politischen Massenaktionen viel Raum geben, dazu gehört der Einsatz für parteiunabhängige Basisorganisationen. Abgelehnt wird auch die Ansicht, man könne in die Labour-Party eintreten mit dem Ziel, sie in eine echte Sozialistische Partei zu verwandeln.

Die Organisation muß ihre Praxis nach der gesamten Arbeiterklasse und deren Bedürfnissen ausrichten, was auch organisierte Arbeit in den Wohngebieten erfordert und den persönlichen Bereich und die Kultur einschließt.

Teile der Arbeiterklasse (Frauen, Farbige, Schwule) erfahren eine besondere Unterdrückung und haben das Recht, autonome Organisationen zu bilden.

Zur Zeit gibt es keine wirksame Grundlage für eine Internationale (Diese Aussage bedeutet eine Absage an IMG, sich mit ihr zusammen an die 4. Internationale anzuschließen).

Für die interne Organisationsstruktur wird das Recht, eine organisierte Tendenz zu bilden, bestätigt, obwohl im selben Atemzug gesagt wird: *„Man muß allerdings anerkennen, daß keine Form der internen Organisierung oder des Statuts das gesunde politische Leben und ein demokratisches Funktionieren der Organisation garantiert. Keine Organisation, die eine Kombination von Fraktionen ist, wird lange bestehen".*

Zu den Vorstellungen hinsichtlich der internen Organisation heißt es weiter:

„Die wirksame Einbeziehung aller Mitglieder ist mehr als eine Frage formaler Demokratie. Kämpferische Arbeiter, Eltern mit Kindern und junge Leute haben oft nicht den erforderlichen Raum für die politische Arbeit und Entwicklung, weil die Organisation auf bewegliche Vollzeitfunktionäre mit studentischer Vergangenheit ausgerichtet ist. Die sozialen Beziehungen innerhalb der Organisation bedürfen sorgfältiger Untersuchung. Es muß z.B. anerkannt werden, daß die Kinderbetreuung zur kollektiven Verantwortlichkeit der gesamten Organisation gehört, was bedeutet, daß Eltern und Kinder in ihrer politischen und sozialen Entwicklung unterstützt werden müssen." Sollte sich die Zusammenarbeit mit anderen Teilen der Linken nicht in Richtung auf eine gemeinsame Organisation entwickeln lassen, wird die Möglichkeit, BF als eigenständige Organisation weiter aufzubauen nicht ausgeschlossen. Die Entscheidung darüber soll sich nach den künftigen Erfahrungen richten.

In einem weiteren Beschluß wird u.a. *„allen anderen revolutionären Sozialisten vorgeschlagen, in dieser defensiven Periode die Basis für eine Bewegung der Arbeiterklasse zu schaffen."* Den Hintergrund dafür bildet folgende Einschätzung, die nach diesem Beschluß als vereinheitlicht angesehen werden kann: *„Wir befinden uns jetzt in einem Stadium der Krise, in der das Kapital all seine gewaltigen Kräfte aufbietet, um zu erreichen, was es bisher nicht erreichen konnte - eine Rückkehr zu produktiver Arbeit und Arbeitsdisziplin in der gesamten Gesellschaft. Die reformistischen Institutionen der Arbeiterklasse, Labour Party und Gewerkschaften, sind die Hauptinstrumente dieses Angriffs. Trotz der Forschritte der revolutionären Linken in den vergangenen 10 Jahren und der Kampfbereitschaft verschiedener Teile der Arbeiterklasse in jener Zeit, zeigt die derzeitige Periode der Krise klarer denn je die Schwächen der Bereichsborniertheit („sectionalism"), des Ökonomismus und Reformismus in der Arbeiterklasse. Der Kampf ist zersplittert und defensiv. Das gilt für die Frauenbewegung, den staatlichen Sektor und die Stadtteilarbeit, ebenso, wie für Betriebsarbeit..."*

Socialist Unity nur als Wahlbündnis?

Seit einem knappen Jahr besteht das Projekt „SU" (Socialist Unity), ein Wahlbündnis, an dem als Organisationen im wesentlichen IMG und BF beteiligt sind. Mit SU ist es gelungen, bei mehreren Nachwahlen zum Unterhaus als linke Alternative bis 3-4 Prozent der Stimmen zu erhalten, bei den Kommunalwahlen im Mai bei geringer Wahlbeteiligung z.T. über 10 Prozent der abgegebenen Stimmen (s. Artikel in diesem AK).

Im November 77 verabschiedete eine Konferenz von SU ein Aktionsprogramm als Grundlage für ein kurzes Wahlprogramm. Dieses enthält u.a. Forderungen gegen Lohnraub, Arbeitslosigkeit und Sparmaßnahmen. Es tritt ein für die Befreiung der Frau und gegen Rassismus und Faschismus. International wurde das Selbstbestimmungsrecht des irischen Volkes, Befreiung der Völker Zimbabwes und Südafrikas und der Rückzug aus allen Militärbündnissen, einschließlich der NATO, gefordert. Weiter verlangt es die Verstaatlichung der Banken ohne Entschädigung und ruft auf zur Verteidigung demokratischer Rechte. Auf der Konferenz beschloß BF, weiterhin SU als Schwerpunkt der Arbeit zu betrachten und darin mehr als ein Wahlbündnis zu sehen. Allerdings sollte SU keine Kaderorganisation werden, sondern auf der nächsten SU-Konferenz sollte die Position vertreten werden, daß *„SU eine ‚Massen'organisation werden sollte, in der Doppelmitgliedschaft in einer Kader-Organisation erlaubt sei."*

Was das konkrete Verhalten bei den nächsten allgemeinen Wahlen zum Unterhaus, die für Oktober erwartet werden, anbelangt, bestand lediglich Einigkeit darin, daß SU in einigen Wahlkreisen Kandidaten aufstellen sollte. Unklar war die Position gegenüber der Labour Party. Dabei standen zwei konträre Positionen zur Debatte. Die eine sprach sich dafür aus, daß die nächste Regierung ebenfalls Labour sein sollte und es gleichfalls auf eine Schwächung der Tories (und der National Front) ankäme, weshalb SU nicht dort kandidieren sollte, wo ein „linker" Labourmann kandidiert. Ein Torysieg würde den Rechten Auftrieb geben und eine weitere Labourregierung würde zur Desillusionierung von Labouraktivisten beitragen. Als Parolen wurden vorgeschlagen:

a) in Wahlkreisen, in denen SU oder SWP kandidieren *„Wählt SU/SWP - für den Aufbau einer sozialistischen Alternative zu Labour"*;

b) in anderen Wahlkreisen: *„Wählt und organisiert Euch gegen die Tories und die NF"* und *„Für eine Labourregierung - das kleinere Übel".*

Die Gegenposition stellte noch mal heraus, daß Labour Party und -Regierung und die Gewerkschaften Instrumente der Angriffe der Kapitalisten auf die Arbeiterklasse seien. *„Im Ergebnis sind immer mehr kämpferische Kollegen verbittert und wütend auf die Labourregierung, die nationalen Gewerkschaftsführer und den Gewerkschaftsdachverband TUC. Die traditionellen Beziehungen zwischen Labour und der Arbeiterklasse sind unterhöhlt. Die Frage einer Stimme für Labour bleibt eine taktische Frage. Aber gegenwärtig und beim gegebenen Kräfteverhältnis bietet ein Wahlaufruf für Labour keinen taktischen Vorteil. Der einzig denkbare Fall, wo wir für Labour zu Stimmabgabe aufrufen würden, wäre eine mögliche massive Torymehrheit, die zu einer schweren Niederlage für die Arbeiterklasse führen könnte. Aber bei der vorhandenen Beliebtheit von Labour bei gewissen Teilen der Mittelklasse und der herrschenden Klasse und dem Aufstieg des Waliser und des schottischen Nationalismus ist das sehr unwahrscheinlich."* Stimmenthaltung wurde für die Wahlkreise vorgeschlagen, in denen es keinen revolutionären Kandidaten gibt (Anm.: gemeint sind SU/SWP-Kandidaten).

Da die Abstimmung keine klare Mehrheit für die eine oder andere Position ergab, soll die Debatte fortgesetzt werden.

Verbesserung der Zeitungsarbeit

Die Zeitung von BF erscheint monatlich unter dem gleichen Namen mit einer Auflage von ca. 3.000.

In letzter Zeit wurde mehrfach von „Socialist Challenge", der Wochenzeitung, die von IMG kontrolliert wird, vorgeschlagen, daß sich BF an diesem Projekt beteiligt. (IMG hatte das eigene „Zentralorgan" vor einem knappen Jahr eingestellt und SC herausgebracht, in dem nunmehr viele unterschiedliche, nicht-IMG Stimmen zu Wort kommen.) Eine solche „gemeinsame" Zeitung wurde aber abgelehnt: *„Solange BF meint, daß ihre eigenen Ansichten das Bestehen einer eigenen Organisation rechtfertigen, muß sie auch ein unabhängiges Organ zur Verbreitung dieser Ansichten behalten."* Neben der eigenen Zeitung könnte man sich zwar generell an einer gemeinsamen linken Zeitung beteiligen, angesichts der anstehenden Aufgaben sei das aber derzeit nicht drin.

Inhaltlich wurde gefordert, mehr Analysen zu bringen und die Zeitung auch verstärkt zur Schulung der eigenen Mitglieder zu nutzen, und diese wiederum mehr in die Erstellung der Zeitung einzubeziehen. Es soll untersucht werden, ob 14-tägiges Erscheinen der Zeitung möglich ist.

Die Genossen von BF organisierten im Rahmen der Konferenz auch eine kleine öffentliche Veranstaltung, auf der OCT und KB über die Situation in Frankreich und der BRD berichten konnten. Während der Genosse von OCT auf die Lage in Frankreich nach den Wahlen einging, hob unser Genosse in seinem Beitrag die zunehmende Führungsrolle des BRD-Imperialismus und seinen Modellcharakter nicht nur in Westeuropa hervor.

Glücklicherweise konnte auch von erfreulichen Entwicklungen, wie die Anti-AKW-Bewegung, die jüngsten Erfolge bei den Betriebsratswahlen und das Zustandekommen breiterer demokratischer Bündnisse berichtet werden....

Englandkommission

Englands Linke zu Atomkraft

Bis vor wenigen Monaten beschränkte sich die Anti-AKW-Bewegung in Großbritannien auf Gruppen wie »Freunde der Erde« und einige pazifistische Gruppen. Dementsprechend wurden die Diskussionen auch von rein umweltschützlerischen Argumentationen beherrscht. Die politische Seite fehlte fast vollständig.

Die linken Organisationen, vor allem die trotzkistische »Socialist Worker Party« (SWP) waren der Meinung, daß die AKW-Frage »die Arbeiterklasse nicht interessiere«. Während also ein Eingreifen in die AKW-Bewegung bei SWP fehlte, begann allerdings aufgrund eines Leserbriefs an ihre Wochenzeitung »Socialist Worker« (»SW«) eine Diskussion um die Technologie überhaupt. Im »SW« vertrat ein führender SWP-Genosse die Meinung, daß Technologie und auch die Atomtechnologie »neutral« seien (»SW«, 6.11.76). Die Angst vor der Technologie sei reaktionär. Moderne Industrietechniken und moderne Technologien *»sind die unverzichtbare Basis für eine Gesellschaft, die den Menschen nicht frustrieren und degradieren will. Atomkraft ist ein Teil dieser Basis«* (»SW«, 6.11.76). Trotz heftiger Proteste durch Leserbriefe blieb die SWP dabei: *»Technologie ist neutral«* (4.12.76). Und *»Atomenergie ist von immensem Nutzen für die Menschheit, vorausgesetzt, daß die Sicherheit an erster Stelle steht.«* Damit war die Debatte für lange Zeit abgeschlossen.

Wiederaufgenommen wurde sie erst mit der die britische Öffentlichkeit alarmierenden Diskussion um die WAA in Windscale im letzten Jahr. Seitdem berichtet »SW« kritisch über die Gefahren der Atomenergie.

Die bisher eindeutigste Stellungnahme kam, als »Freunde der Erde« zu ihrer Windscale-Demo aufgerufen haben (siehe AK 130) und mit einer Beteiligung von 10.000 gerechnet wurde. Schnell entschloß sich die SWP, auf den fahrenden Zug zu springen und rief auch zu dieser und der folgenden Demo in Torness/Schottland auf. Mit Parolen wie: *»Nein zu Windscale! Verschrottet das Atomprogramm! Schafft Arbeitsplätze, nicht Plutonium! Die Macht den Arbeitern, keine Atomkraft!«* fängt SWP jetzt an, den Widerstand gegen AKWs in den eigenen Reihen zu mobilisieren.

Ähnlich verlief auch die Diskussion bei der »International Marxist Group« — IMG (GIM-Schwester). Allerdings setzte sie erst später ein und zwar mit einem ausführlichen Bericht in ihrer Zeitung »Socialist Challenge« über die Aussage des linken Bergarbeiterführers Arthur Scargill, der vor dem Windscale-Tribunal sehr gezielt gegen die WAA und AKWs Stellung nahm. Hieran schloß sich im Dezember ein langer Artikel eines schottischen AKW-Gegners an, der sich mit der schwachen britischen Bewegung, Kapitalverflechtungen und der Stellung der Gewerkschaften auseinandersetzte (»Socialist Challenge«, SC, 15.12.77).

Daraufhin setzte im »SC« eine heftige Debatte ein. Die AKW-Gegner wurden angeblich »von links« als Maschinenstürmer angegriffen und die Sicherheit von AKWs gelobt, sowie Probleme der Wiederaufbereitung als »leicht lösbar« hingestellt. In einem namentlich gekennzeichneten Beitrag hieß es, andere Kraftwerke seien viel gefährlicher und es wurde behandelt, daß *»mehr Radioaktivität von Kohlekraftwerken ausgestrahlt wird, als von AKWs«* (!!!) (»SC«, 2.2.1978). Diese Werbung für AKWs, wie sie besser von den Atomkapitalisten selbst nicht hätte kommen können, stieß auf beträchtlichen Widerspruch und am 16.3.78 lautete die offizielle Stellungnahme: *»,SC' ist gegen eine Ausweitung der WAA in Windscale. Wir sind nicht der Meinung, daß Technologie neutral ist.«* Auch die IMG hat zu den Demos aufgerufen, ohne daß sie jedoch mit einem eigenen Block aufgetreten wären.

Keine Aussage zu diesem Problem gibt es bislang von »Big Flame«. BF ist weder in einer Diskussion der AKW-Problematik eingestiegen, noch gab es auf ihrer Konferenz im Mai (siehe diesen AK) irgendeine Stellungnahme dazu.

Die revisionistische CPGB (Kommunistische partei GB's) trat in einem parteiinternen Papier vom August 1976 zwar ob gegen Atomkraft auf. Damals trat der Verfasser, John Mathews, dafür ein, AKWs grundsätzlich abzulehnen, auch in der Sowjetunion. Im Januar dieses Jahres kam jedoch eine Konferenz der »Wissenschaft und Technologie«-Gruppe der CPGB zu einem anderen Ergebnis. Es komme darauf an, »den Lebensstandard zu verbessern und Vollbeschäftigung zu erreichen« (S. 2 des Berichts9. In diesem Zusammenhang sehen sie auch Atomkraft und fordern die Verstaatlichung der Atomindustrie. Gleichzeitig stimmen sie in den Lobgesang auf die britische Reaktorsicherheit mit ein. *»Die Regierung sollte ihre Entscheidung vom 1974, vier neue Reaktoren zu bauen, in die Tat umsetzen«* (S. 6). Eine etwas merkwürdige Stellung nimmt plötzlich das Arbeitsplätzeargument ein, wenn die Gruppe empfielt, *»neue Reaktoren sollten so gebaut werden, daß sie automatisch arbeiten, um — soweit in Technologie möglich — den Gefahrenfaktor Mensch auszuschalten«* (S. 7).

England-Kommission

Skandinavien

Norwegen: Militärischer Geheimdienst überwacht Kriegsdienstgegner

Eine neue Geheimdienstaffäre zieht in Norwegen Kreise: „Ikkevold" (Gewaltfreiheit), die Zeitung der Organisation der Kriegsdienstgegner („Folkereisning mot Krig") hat Papiere in die Hände bekommen, die mit „vertraulich" und „streng geheim" gestempelt sind und eine umfangreiche Bespitzelung der Organisation durch den Geheimdienst beweisen. Das ist nicht der erste „Skandal" dieser Art, der in der letzten Zeit an die Öffentlichkeit kam: Vor den Stortingswahlen im September 1977 hatten bereits Redakteure der linken Zeitung „Ny Tid" und von „Ikkevold" Enthüllungen über die Tätigkeit des norwegischen Geheimdienstes gebracht, z. B. die Ausbildung finnischer Spione gegen die Sowjetunion ohne Wissen der finnischen Behörden, und über den Ausbau norwegischer Stützpunkte für einen möglichen Atomwaffeneinsatz durch den US-Imperialismus.

Das größte Aufsehen hatte jedoch die Tatsache erregt, daß sich die Redakteure im Besitz einer Kartei mit Namen von 1.000 Spitzeln in linken und demokratischen Organisationen befanden. Die Redakteure, die vorübergehend in Haft genommen wurden, strengten einen Prozeß auf Schadensersatz an, der bis heute nicht abgeschlossen ist. In diesem Prozeß wurden zwei Geheimdienstoffiziere als „Sachverständige" bestellt, um die „Gefährlichkeit" der Veröffentlichungen durch die Redakteure für die „Sicherheit" des Landes zu überprüfen.

Auf derselben Linie liegen die jetzt von „Ikkevold" in der Mai/Juni-Ausgabe zum Teil veröffentlichten Dokumente: Demnach ist es in Norwegen bereits „verfassungsfeindlich", Informationen über die Möglichkeiten der Kriegsdienstverweigerung zu geben und Kontakt zu „Folkereisning mot Krig" (FMK) zu haben.

Die Spitzeltätigkeit des militärischen Geheimdienstes wurde vor einigen Monaten direkt mit einer Richtlinie über die Arbeit des Geheimdienstes abgesegnet, in der es heißt: *„Das Arbeitsgebiet dieser Polizei umfaßt die Überwachung der Tätigkeit einzelner Personen, Gruppen oder Organisationen, die mit Propaganda arbeiten, um die Landesverteidigung und die allgemeine Widerstandsfähigkeit zu schwächen".* So kommt auch in den Papieren die große „Sorge" des Geheimdienstes über die wachsende Zahl der Kriegsdienstgegner und über die antimilitaristische Propaganda im Militär zum Ausdruck: *„Die Tendenz steigt an, daß Mannschaften während des Dienstes bei stehenden Abteilungen um ihre Freistellung ersuchen ... Die Sache wird am 23. Januar 1974 mit der Verteidigungsabteilung HF erörtert werden, um Änderungen mit dem Verteidigungs- und Justizministerium zu erreichen"* (aus einem Papier eines Kommandanten).

Dazu berichtet „Ikkevold": *„Eines der interessantesten Papiere ist ein Bericht des Chefs beim FAØ 1 in Frederikstadt, Oberstleutnant Joh. Orderud. Der Bericht ist datiert vom 27. Nov. 1974 und wurde zum Heeresstab im Verteidigungsoberkommando geschickt ... Aus der Form des Berichts und daß er überhaupt zustande kam, geht hervor, daß die enthaltenen Informationen Teil einer regelmäßigen Registrierung und Berichterstattung sind ... Zwei klare Zielsetzungen lassen sich aus dieser Registrierung erkennen: Einerseits die Arbeit von FMK zu beobachten, andererseits die Arbeits des Friedensbüros in Frederikstadt zu beobachten und zu überwachen – besonders unter Soldaten. Aus dem Bericht des Verteidigungsoberkommandos und der Sicherheitspolizei geht hervor, daß Notizen über einige Soldaten angefertigt wurden, die mit dem Friedensbüro/FMK in Kontakt standen und Informationen darüber, wie stark diese Personen politisch engagiert sind ... Das Schockierendste des Berichts ... ist, daß er ganz deutlich die politischen Kontakte und Bewußtseinsgrade der Soldaten registriert, Übersichten anlegt und diese Informationen an die Sicherheitszentrale weitergibt ...".*

Als besonders schwerwiegend wird den registrierten Soldaten angelastet, irgendwann einmal in Kontakt zu FMK gestanden zu haben, *„dieselben Worte wie in den Pamphleten von FMK zu verwenden, an einer Beratung von FMK über Kriegsdienstverweigerung teilgenommen zu haben".*

Diese neuen Enthüllungen über die Spitzeltätigkeit des norwegischen Geheimdienstes werden auf breiten Protest in der demokratischen Öffentlichkeit stoßen, zumal noch der „Fall Somby" in guter Erinnerung ist: Der Kriegsdienstgegner Arthur Somby wurde 1972/73 einer regelrechten Hasenjagd ausgesetzt. Sein „Verbrechen" hatte darin bestanden, in eine linksliberale Tageszeitung eine Anzeige zu setzen, in der er sich anbot, anderen bei der Kriegsdienstverweigerung durch Beratung zu helfen. 90 Tage lang wurden jeder Schritt von Somby und die Veranstaltungen von FMK genauestens registriert. Nur durch einen „Zufall" kam die Sache ans Tageslicht. Der parlamentarische Kontrollausschuß für Verfassungs- und Sicherheitsdienste stellte damals fest, daß *„kein Grund vorliege, die Arbeit des Geheimdienstes zu kritisieren".* Was damals versucht wurde – den Fall Somby als „unangenehmen Einzelfall" darzustellen – wird der Regierung angesichts der neuen Enthüllungen jedoch kaum mehr gelingen.

Skandinavien-Kommission

Finnland: Baustop für Atomkraftwerke?

Die Einführung der Atomenergie in Finnland war 1975 vom Energieausschuß des Reichstages wesentlich damit begründet worden, von ausländischen Energiequellen unabhängig zu werden. Bis in die 50er Jahre war Finnland das Land im Norden Europas, das den höchsten energiemäßi-

pas, das den höchsten energiemäßi-

gen Selbstversorgungsgrad hatte. Mit Beginn der 60er Jahre mußte durch Import die Hälfte des Energiebedarfs gedeckt werden. Die mit Riesenschritten vorangetriebene Industrialisierung führte zu einer Steigerung des Energieverbrauchs um 78 % in den Jahren 1960 bis 1973. Der Energiebedarf wurde nun mit 77 % durch Import gedeckt, mehr als 75 % davon aus der Sowjetunion in Form von Öl, Kohle, Naturgas und Elektrizität. 1975 wurde geplant, in der Zeit von 1978 bis 1982 jährlich ein AKW zu bauen. Schon vorher hatte eine staatliche Kommission 15 Standorte für AKWs in Finnland ausgemacht.

Erstmalig 1976 wurde jedoch im Reichstag über die „Sicherheit" von AKWs debattiert. Mit knapper Mehrheit wurde ein Antrag abgelehnt, neue Betriebsgenehmigungen nur dann zu erteilen, wenn die „Entsorgung völlig geklärt" sei. Eine Kursänderung wurde am 21. März dieses Jahres im Reichstag durchgeführt. Jetzt heißt es: Eine weitere Nutzung des Atomstroms ist nur dann möglich, wenn das „Abfallproblem befriedigend gelöst" ist. Vorläufig sollen keine weiteren AKWs in Betrieb genommen werden.

Im Augenblick arbeitet in Finnland nur ein AKW, das von der Sowjetunion gebaute Lovisa I, von Kekkonen und Breshnew im Vorjahr feierlich eingeweiht. Angeblich aus „Zeitgründen" erhielt die staatliche Energiegesellschaft Imatran Voima (IVO) die Erlaubnis, ohne Durchführung eines umfassenden Testprogramms den Reaktor in Betrieb zu nehmen. Leben und Gesundheit von tausenden von Menschen wurden so in Gefahr gebracht. Zwei weitere AKWs befinden sich zur Zeit im Bau, sie werden von dem schwedischen Konzern ASEA-ATOM errichtet. Der Reichstagsbeschluß vom März dieses Jahres müßte bedeuten, daß diese AKWs nicht mehr aufgeladen werden dürfen. Doch offensichtlich sind die Worte der finnischen Regierung nicht besonders ernstzunehmen, da die staatliche Energiegesellschaft IVO weiterhin Verhandlungen mit der Sowjetunion über den Bau von zwei weiteren AKWs führt.

Die Proteste der finnischen Bevölkerung sind bislang gering und haben sich auf den schwedisch-sprachigen Teil Finnlands beschränkt. U. a. liegt das daran, daß die „Svenska Folkpartiet" die einzige parlamentarische Partei ist, die Widerstand gegen das Atomprogramm leistet. Außerdem liegt das bisher einzige AKW im schwedisch-sprachigen Teil des Landes.

1977 schlossen sich die finnischen AKW-Gegner in der „Energiepolitischen Vereinigung" zusammen. Im Moment sehen die finnischen AKW-Gegner ihre Hauptaufgabe darin, den Protest gegen AKWs in den finnisch-sprachigen Teil Finnlands auszuweiten.

(Nach „Information" v. 30.5.78)

Skandinavien-Kommission

Türkei

Faschistische Aktionen am 2.6.

Im Bezirk Kadiköy von Istanbul griff ein Kommando von 6 Faschisten eine Gruppe von Schülern mit Feuerwaffen an. Fünf Schüler wurden verletzt.

Die Polizei nahm nur sehr schleppend die Verfolgung der Faschisten auf. Der Polizeisprecher sprach von einer „Fahndungspanne": Die Polizei sei sicher gewesen, daß die Faschisten, die nach dem Überfall eine Fähre gekapert hatten, in Kadiköy wieder an Land gehen würden (!). Polizeikräfte seien an der Anlegestelle postiert gewesen. Da die Faschisten jedoch an einer anderen von Bord gingen, konnten nur vier von sechs Faschisten verhaftet werden.

Um ihre Aktionen zu finanzieren, überfielen „Graue Wölfe" die Grundschule von Fatih und raubten die Schulkasse aus: 20.000 DM Beute.

Die Lehrerschule von Kayseri wurde zweimal innerhalb von zwei Tagen überfallen. Die Faschisten waren mit Waffen und Stöcken ausgerüstet und schlugen 39 Lehrerstudenten zusammen. Acht wurden schwer verletzt.

In Kirsehir wurden Lehrerstudenten auf dem Schulweg von Faschisten mit Stöcken und Steinen überfallen. Mehrere Studenten wurden verletzt. Als die Polizei eingriff, griffen die Faschisten die Polizisten an. Zwei Faschisten wurden verhaftet.

In Mersin versuchten 26 Faschisten Lehrerstudenten am Betreten der Schule zu hindern. Aufgrund des geschlossenen Widerstands der Studenten konnten 12 Faschisten der Polizei übergeben werden. Als die Faschisten im Gefängnis auf die Zellen aufgeteilt werden sollten, protestierten die Häftlinge der Anstalt, mit Faschisten zusammengesperrt zu werden.

In Bolu wurde ein Bombenanschlag auf die Wohnung eines Lehrers verübt, in Kaysari auf die Wohnung eines CHP-Mitglieds. In Antakya wurde die Frau und das Kind eines Architekten schwer verletzt, als eine von Faschisten gelegte Bombe explodierte. Der Frau mußten beide Beine abgenommen werden.

In Tahtakle-Nalburlar stellten die Faschisten eine Paketbombe mitten auf dem Marktplatz ab. Ein Arbeiter versuchte das Paket zu öffnen. Die Bombe explodierte und verletzte ihn an Kopf und Armen.

In Gasiantep schickten Faschisten eine Paketbombe an die Lehrerschule. Sie konnte entschärft werden. Die Faschisten griffen die Lehrerstudenten und Lehrer, die sich der Schule fernhalten sollten, in der Stadt an und erschossen vier Studenten und verletzten zwei Lehrer schwer.

In Kars werden von Faschisten neue Vernichtungsaktionen gegen die Linken vorbereitet (s. AK 128). 300 Faschisten (!) aus der faschistischen Hochburg Erzurum stiegen in den Zug nach Kars, zogen kurz vor dem Bahnhof Kars die Notbremse, stiegen aus und verteilten sich auf Wohnungen, die einschlägig als Faschistennester bekannt sind. Der Bürgermeister von Kars hat Polizei und Militär alarmiert.

In Ankara scheint es den Faschisten gelungen zu sein, die sunnitische Bevölkerung des Bezirks Köstence gegen die als fortschrittlich bekannte Bevölkerung des Bezirks von Tepecik nach der Pogrommethode wie in Malatya (s. AK 128) aufzuhetzen. Bereits seit einer Woche greifen Bewohner von Köstnece die Leute von Tepecik an. Bei diesen Überfällen sind zwei Kinder aus Tepecik erschossen und drei Erwachsene schwer verletzt worden.

Türkei-Kommission

Rechtsblock formiert sich neu

Mit einer nationalistischen Kampagne ist gegenwärtig der ehemalige und anfang des Jahres von Ecevit abgelöste Ministerpräsident Demirel dabei, die Opposition gegen die sozialdemokratische CHP-Regierung zu formieren.

Diese Kampagne steht unter dem putzigen Motto: „Rettet und verteidigt die türkische Fahne". Ausgangspunkt bzw. äußerer Anlaß für diesen Rummel ist laut Demirel die 1. Mai-Demonstration in Istanbul. Bei dieser Demonstration seien nur rote Fahnen und Bilder kommunistischer Führer (Lenin, Marx usw.) getragen worden; die türkische Fahne sei nicht zu sehen gewesen, ebenso kein Bild von Atatürk. Deshalb hat Demirel dazu aufgerufen, daß sich alle Nationalisten unter der türkischen Fahne vereinigen, um „den Kommunisten eine Lektion zu erteilen". Bisher haben drei Kundgebungen stattgefunden (in Istanbul mit 70000-80000 Teilnehmern, in Izmir mit 25000 und in Südostanatolien) zu denen neben der Gerechtigkeitspartei Demirels (AP) auch die Faschisten (MHP) und die islamische Heilspartei (MSP) mobilisiert haben.

Diese Kundgebungen liefen jeweils nach dem gleichen Muster ab:

Nach Hetztiraden gegen die Ecevit-Regierung, die nicht in der Lage sei, die Lebensbedingungen der Bevölkerung zu verbesseren, dem Volk nur Preiserhöhungen aufbürdet und damit ihr Abwirtschaften bewiesen habe, sei es jetzt an der Zeit „den Kopf der roten Schlange zu zertreten", den Islam und Nationalismus zu stärken und sich auf die Ziele Atatürks zu besinnen.

Hierzu werden Parolen wie:

„Die Heimat ist unteilbar und heilig", „Der rote Angriff wird zurückgeschlagen",

„Die türkische Fahne wird wehen und unsere Gebete werden erschallen" gerufen und dazu von den Kundgebungsteilnehmern noch ein feierlicher Schwur geleistet, der in den Schluß mündet:

„Wir schwören, bei unserer Ehre, der türkischen Fahne und Gott, stets den Kommunismus zu bekämpfen".

Mit diesen Tönen übernimmt die AP nahtlos die faschistische Propaganda der MHP, die seit eh und je zur Verfolgung und Ermordung der Kommunisten und fortschrittlichen Kräfte aufgerufen hat.

Demirel übernimmt damit die Konfliktstrategie der Faschisten, die er legalisiert und zum Gegenstand der Oppositionspolitik macht. Dies ist eine eindeutige Rechtswendung der AP, die aufmerksam beobachtet und der entschlossen entgegengetreten werden muß!

Griechenland/Türkei-Kommission

Kurzmeldungen

Faschistische Schulbücher abgeschafft

Die türkische Regierung hat jetzt alle noch im Gebrauch befindlichen Schulbücher aus der Periode der ersten Nationalistischen-Front-Regierung abgeschafft. Diese Bücher, die in den Fächern Soziologie, Geschichte, Philosophie, Sprache, Literatur übelste nationalistische und faschistische Propaganda enthielten, dürfen ab sofort nicht mehr benutzt werden.

Darüberhinaus wurde festgelegt, daß das Fach Ethik (oder Religion) nicht mehr Pflichtfach ist, sondern freiwillig besucht werden kann.

Es wurde ein Wettbewerb für neue Schulbücher ausgeschrieben, die ab nächstes Jahr eingesetzt werden sollen; dabei sollen künftig für jedes Fach mehrere Bücher zur Auswahl stehen.. Für die Übergangszeit werden die vor dem Militärputsch 1971 benutzen Bücher verwendet. („Cumhyriet", 5.6.78)

Drei Bullen in Istanbul wegen Folterungen vor Gericht

Ein Polizeiinspektor und zwei weitere Bullen müssen sich in Istanbul wegen der Tötung eines linken Studenten verantworten, den sie im Januar 1976 zu Tode gefoltert haben. Der Staatsanwalt stützt seine Anklage auf die Aussage anderer Polizisten, die die angeklagten schwer belasteten und der fortschrittlichen Polizeiorganisation POL-DER angehören. Die Bullen haben mit einer Strafe von mindestens 24 Jahren zu rechen („Cumhyriet", 5.6.78).

Terror der Faschisten hält unvermindert an

Getreu ihrer Strategie der Spannung folgend setzen die Faschisten ihrern Terror unvermindert fort.

So wurden allein am 30.5. bei verschiedenen Anschlägen 10 Menschen von ihnen getötet.

Dabei scheinen sich die Faschisten jetzt auch andere Möglichkeiten für ihre Aktionen als die reiner Kommandounternehmen bedienen zu wollen. Eine solche anders aufgezogene Aktion führten die Faschisten am 28.5. durch:

In Demirci (Südost-Anatolien) zogen ca. 2000 Faschisten verkleidet mit Bärten, weiten Hosen usw. zu den Büros der CHP und der Lehrerorganisation TÖB-DER, um sie zu zerstören. Die Verkleidungen sollten suggerieren, daß es sich um eine Aktion des „Volks" handle. Bei der Aktion wurde ein Linker erstochen. Die Polizei konnte den Mörder ergreifen: 149 Faschisten wurden verhaftet („Cumhyriet", 30.5.78).

Griechenland/Türkei-Kommission

Westdeutscher Student in der Türkei gefoltert

Der Bremer Student Wolfgang Kapp wurde während seines Studienaufenthaltes in der Türkei gefoltert.

Wolfgang hatte sich im Rahmen seines Studiums in die Türkei begeben, um sich umfangreich durch Anschauung, Gespräche und Quellenstudium über die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Lage der gegenwärtigen Türkei zu informieren.

In Ostanatolien, wo überwiegend Kurden leben, die von Staatsseite in chauvinistischer Weise „Bergtürken" genannt werden, da ihnen das Recht, Kurde zu sein, abgesprochen wird (siehe Buchbesprechung) wurde Wolfgang am 27.4.78 verhaftet.

In den Kurdengebieten herrscht die offene Militärgewalt, um die Selbständigkeit der Kurden zu unterdrükken. Hier ist der Polizei- und Militärapparat im wesentlichen von Faschisten besetzt. Noch am 27. wurde Wolfgang nach Urfa gebracht. Dort wurde sein Gepäck beschlagnahmt, eine Leibesvisitation vorgenommen und er wurde einem mehrstündigen Verhör unterzogen.

Nachfolgend Auszüge aus dem Bericht Wolfgangs über die Vorkommnisse in den türkischen Gefängnissen:

Am späten Nachmittag wurde ich in die Einzelzelle der Polizeistation eingesperrt, in der ich auf dem Steinfußboden sitzen mußte. Von dem leitenden Beamten (Şef) bekam ich eine Ohrfeige, als ich versuchte ihm zu erklären, daß ich eine Frage nicht verstanden hätte. Meine Bitte um ein Gespräch mit einem Anwalt wurde mit der Begründung abgelehnt, daß es sich um ein politisches Verfahren handle.

Genau einen Tag später wurde ich aus der Zelle geholt, mit Handschellen gefesselt und mit verdecktem Gesicht an einen mir zunächst unbekannten Ort gefahren. Die Fahrt begann bei Tageslicht und erstreckte sich über die Dämmerung bis in die Dunkelheit hinein. Die Fahrtdauer hat etwa zweieinhalb Stunden gedauert, und ich hatte den Eindruck, daß mehrmals eine Änderung der Fahrtrichtung stattfand, um den Zielort vor mir zu verbergen. Bei der Ankunft am Abend fand ein Verhör statt, während dessen mir die Augen verbunden waren. Es fand im Keller eines Gebäudes statt, das sich dicht an einer Straße befand, und in welches unser Personenwagen durch eine klappbare metallene Garagentür rückwärts eingefahren war. In dem Verhör wurde ich nach den Absichten meiner Türkeireise befragt. Die Tatsache meiner Studienreise wurde mir allerdings nicht geglaubt. Das Verhör wurde von einem Colonel geleitet, der mit einem Stock gegen meine Beine schlug und sagte: „Wir glauben dir nicht. Märchen wollen wir nicht hören. Sag die Wahrheit. Wenn du nicht die Wahrheit sagst, werden wir zu anderen Mitteln greifen." Danach wurde ich in eine Zelle gebracht. ...

Mit Handschellen, verbundenen Augen mußte ich vom 28. April bis zum 4. Mai auf einem Stuhl sitzend in einer sonst leeren etwa 2 mal 3 Meter großen Zelle verbringen. Die Zelle war durch eine Metalltür gesichert, die nicht bis zur Decke reichte. Durch den Oberraum schien ständig das Licht einer im Flur befindlichen Deckenlampe. In den kalten Nächten durfte ich keine Wolldecken bekommen, lediglich in der ersten Nacht. In der ganzen Zeit bestand der Befehl, mich nicht schlafen zu lassen. Dieses wurde dadurch gewährleistet, daß Gespräche mit mir angefangen wurden, gegen die Zellentür geschlagen wurde, und während einer Wache mußte ich sogar mehrere Stunden stehen. Als ich anschließend gegen die letztere Maßnahme protestierte, wurde erfolgreich eine schriftliche Klage aufgenommen und weitergeleitet, der wachhabende Beamte getadelt. Erst am vorletzten Abend durfte ich einige Schritte in der Zelle gehen, als ich sagte, daß mir der Rükken schmerze... Am Vormittag fand eine umfassende Bestandsaufnahme statt über meinen Lebenslauf, sämtliche Verwandtschaftsverhältnisse, alle mir bekannten türkischen Staatsangehörigen, sei es in der Bundesrepublik oder der Türkei, den Verlauf meiner Türkeireise und die bei mir gefundenen Adressen ...

Grundsätzlich habe ich auf Türkisch auf die Fragen des Colonel geantwortet. Bei sprachlichen Schwierigkeiten habe ich mit einem Teil der anwesenden Teilnehmer Englisch gesprochen. Sein Tarnname war „alpha" und er gab sich als Sozialist, als Ecevit-Anhänger zu erkennen. Allgemein fungierte er als Mittler zu mir. Mit meinen Ausführungen glaube ich im Prinzip von allem „alpha", dann den Colonel und einen Hauptmann aus Diyarbakir beeindruckt zu haben (Letzterer: „Verstandesgemäß glaube ich dir, aber gefühlsmäßig nicht".) Bestimmende Person war als vierte Person allerdings ein offensichtlicher Faschist. Er wertete mein Verhalten und bestimmte Verhaltensweisen der Bundesregierung Deutschland als Einmischung in fremde Angelegenheiten, legte mir nahe, mich um deutsche Probleme zu kümmern, schrie mich an und versetzte mir von Zeit zu Zeit Schläge ins Gesicht. Er hatte offensichtlich das Kommando im Verhör. Unter seiner Anleitung wurden mir auch während des etwa drei Stunden dauernden Verhörs von Zeit zu Zeit Stockschläge auf Beine, Schultern, Arme und Hände sowie Fußtritte in die Seite versetzt.

Nachdem ich meine Ausführungen beendet hatte, wurde der Vorwurf vorgetragen, ich sei in Wirklichkeit ein sowjetischer Spion, solle meine Auftraggeber nennen, nur dann würde man mich wieder frei lassen, und mir wurde angeboten, für den türkischen Geheimdienst zu arbeiten. Auch wurde gefragt, was ich über MIT (Milli Istihbarat Teskilati), die politische Geheimpolizei, wisse und ihre Beziehungen zum CIA. Über eine lange Zeit hindurch versuchte ich klar zu machen, daß dieser Vorwurf absurd sei, da mein Vater im 2. Weltkrieg in Rußland getötet worden sei und ich auf gar keinen Fall für die Sowjetunion Spionage treiben würde. Von dem Kommandohabenden wurde mir dies jedoch nicht abgenommen.

Daraufhin wurde ich an den Beinen gefesselt, mußte mich auf den Rücken legen und bekam Stockschläge auf die Fußsohlen, auf die Waden, sowie Fußtritte in die Seite und als ich schrie, wurde mir ein Schuh ins Gesicht gestellt. Zwischendurch wurden mit die Füße mit Wasser gekühlt. Die Folterung dauerte etwa eine viertel Stunde. Gleichzeitig wurde ich psychisch eingeschüchtert, indem darauf verwiesen wurde, daß ich keine Chance hätte, hier wieder herauszukommen, wenn ich nicht die Wahrheit sagen würde. Danach wurde das Verhör fortgesetzt. Weitere Vorwürfe wurden vorgetragen: ich sei ein deutscher Geheimagent; ich sei amerikanischer Geheimagent; ich würde für eine schwedische Geheimorganisation arbeiten; ich sei homosexuell; ich hätte Recorder-Bänder mit kurdischer Musik und deutscher Übersetzung nach Siverek gebracht; ich wäre an den Unruhen in Malatya beteiligt gewesen. Dann sollte ich eine Unterschrift auf ein Stück Blankopapier leisten. Als ich darauf bestand, meine Unterschrift nur in meinem Reisepaß zu leisten, wurde mir der Paß gebracht; ich machte die Unterschrift, wobei mir die Augenbinde abgenommen wurde. Dadurch sah ich etwa eine halbe Stunde lang den Verhörleiter, der mich zu den Aufzeichnungen in meinem Notizbuch befragte. Danach wurde ich in meine Zelle geführt. Überraschenderweise wurde an den folgenden Tagen das Verhör nicht fortgesetzt, Folterungen blieben mir erspart und meine Hoffnung auf Freilassung stieg.

Am Mittwoch konnte ich von weitem mit anhören, wie an jemand anderem in gleicher Weise wie bei mir mit dem Verhör begonnen wurde: „Märchen wollen wir nicht hören. Erzähl die Wahrheit." Am Mittwoch abend kam „alpha" in meine Zelle und teilte mir mit, daß ich in die Bundesrepublik freigelassen würde, was am nächsten Vormittag in einem Gespräch mit seinem Vorgesetzten geklärt werden sollte, und erlaubte mir, in meiner Zelle von einer Wand zur anderen zu gehen, da ich Schmerzen durch das Sitzen hatte. Außerdem stellte er mir für den nächsten Tag ein Bett in Aussicht.

Nach dem Mittagessen wurde ich aus der Zelle geholt, und weiterhin mit verbundenen Augen und Handschellen unter Bewachung eines Soldaten in einen Kastenwagen gesetzt, in dem eine Lampe brannte und der zu den Vordersitzen hin offen war. In einer etwa zweistündigen Fahrt wurde ich zurück nach Urfa gebracht. Erst zur Polizeistation, dann zur Sicherheitsbehörde. Hier spuckte mir ein höherer Beamter ins Gesicht. Dann erfuhr ich von dem Leiter der 4-üncü sube (Paßabteilung), daß ich jetzt nach Syrien gebracht würde. Es war gegen 15.00 und die für die Begleitung vorgesehenen Beamten waren bereits unruhig, da sie ihren Feierabend nicht verpassen wollten. Vor einer Abschiebung nach Syrien hatte ich Angst, da meine Reisedauer und vor allem wohl auch die Zahl der Verhöre – unter dem Gesichtspunkt meiner Kontakte zu den Kurden – auf unbestimmte Zeit verlängert worden wären. Unter dem Einwand, daß mein Paß ja nicht ins Arabische übersetzt sei, konnte ich erreichen, daß der Beamte zunächst zur türkischen Grenzstation, dann auch nach Ankara telefonierte, mit dem Ergebnis, daß sich ergab, daß Syrien mich nicht haben wollte und ich nun auf meinen Wunsch nach Istanbul gebracht würde, von wo aus ich in die Bundesrepublik zurückkehren könnte...

In der Zelle in Istanbul waren ständig 40 bis 50 Personen anwesend, nachdem morgens gegen 7.00 der größte Teil der Insassen zum Verhör freigelassen worden war. Zum Abend hin erhöhte sich die Zahl der Personen dann auf 100 bis 150. Am Sonntag jedoch, als die Gerichte nicht arbeiteten, stieg die Zahl auf etwa 200...

Von Zeit zu Zeit erhielten Zelleninsassen Besuch von Bekannten oder von einem Anwalt, die durch die Stäbe der Zellentür mit ihnen sprachen. Auf die Insassen entfielen eine Vielfalt von Straftatbeständen: Verkehrsdelikte, Paßvergehen, Streitigkeiten mit Prostituierten, Gebrauch von Rauschgift, Waffenbesitz, Verkauf kommunistischer Zeitungen, Autoschmuggel, Ausbruch aus dem Gefängnis usw. Viele der Eingelieferten wiesen Verletzungen auf: geschwollene Kinnladen, blaue Augen, blutige Wangen, geschwollene Hände, blutende Füße, Humpeln. Einige Male habe ich miterlebt, wie direkt vor der Zellentür Leute mit der Peitsche geschlagen wurden, Faustschläge ins Gesicht bekamen und am Boden liegend mit den Füßen getreten wurden, bevor sie in die Zelle gestoßen wurden. Im übrigen wurde mir gesagt, daß die Folterungen im Obergeschoß der Polizeistation stattfinden.

Von den Anwesenden befand sich einer seit 30 Tagen in der Zelle (Ausbruch aus dem Gefängnis), ein Perser seit 10 Tagen. Er hatte im Gefängnis vor meiner Ankunft einen Selbstmordversuch gemacht und ist mit mir zusammen entlassen worden.

Am 8. Mai wurde meine Paßangelegenheit abgewickelt und ich konnte mir einen Flugschein kaufen und wurde zum Flughafen gebracht. Am Abend flog ich nach Bukarest, am 9. Mai weiter nach Ostberlin und kam am 10. Mai morgens in Lüneburg an.

Der erschreckende Bericht Wolfgangs belegt mit aller Deutlichkeit, daß die Folter in der Türkei, dessen Ministerpräsident und Sozialdemokrat erst vor kurzem die Bundesrepublik besuchte, immer noch an der Tagesordnung ist.

Wolfgangs Folterungen waren noch vergleichsweise „harmlos", verglichen mit den Folterungen, die an Kurden ausgeübt werden und wurden, deren Ergebnis sehr oft der Tod des Betreffenden ist. Die Kurden sind den türkischen Militärs völlig rechtlos ausgeliefert, da ihnen jegliche Selbständigkeit als Kurden aberkannt ist. In kolonialistischer Art und Weise betreiben die Türken hier Völkermord.

Der SPD-Abgeordnete Coppick will aufgrund der Berichte Wolfgangs eine parlamentarische Anfrage im Bundestag stellen. Er will von der Bundesregierung wissen, was sie zu tun gedenke, um Folterungen deutscher Staatsbürger in der der Nato angehörenden Türkei zukünftig zu verhindern („Süddeutsche Zeitung", 30.5.78). Diese Anfrage muß erweitert werden, wie die Bundesregierung es vereinbaren kann, umfangreiche Militärhilfe einem Land wie der Türkei zu geben, die damit 8,7 Millionen Kurden aus den Dörfern vertreibt, foltert und mordet, mit dem Ziel, die Kurden ein für allemal auszulöschen.

Griechenland/Türkei-Kommission

Buchbesprechung:

Für ein freies, unabhängiges Kurdistan

8,7 Millionen Kurden leben in der Türkei, 5 Millionen im Iran, 2,5 Millionen im Irak, 0,6 Millionen in Syrien und 0,3 Millionen in der UdSSR.

Bis auf die UdSSR, wo ihnen die kulturelle Freiheit gewährt wird, leben die Kurden in kolonialistischer Abhängigkeit. Ihr jahrhundertelanger Versuch, sich von dieser Unterdrükkung zu befreien, wird mit grausamster Unterdrückung und Rechtlosigkeit beantwortet.

„*Was wir über das kurdische Volk, seine Kultur und das Land, in dem es lebt, Kurdistan, wissen, ist weitgehend von denjenigen geprägt, die das kurdische Volk und ihr Land unter sich aufgeteilt haben: den Türken, Iranern, Irakern und Syrern. Auf der anderen Seite kämpfen die Kurden immer wieder für ihre nationale Selbständigkeit und Unabhängigkeit. Es ist ein Kampf, der von der Weltöffentlichkeit nicht beachtet wird, zumal es nach Lesart der Türken und der Iraner überhaupt keine Kurden gibt. Sie, die herrschenden nationalen Regierungen, bestimmen, was wir über die Kurden wissen und besonders nicht wissen. Geschichtsbücher und alle Hinweise auf das kurdische Volk, seine Lebensbedingungen und Lebensarten, sind zensiert, politisch verfemt, dürfen nicht zur Kenntnis genommen werden. ‚Bergtürken' – das ist der in der Türkei benutzte Begriff, wenn man von den Kurden spricht*".

Das ist der Anfang eines Vorwortes zu dem im März 1978 im Rowohlt-Verlag erschienen Buch „**Geographie der Unterdrückten – die Kurden: Bilder und Texte über Geschichte, Kultur, Lebensverhältnisse und Freiheitskämpfe einer Minderheit**". Geschrieben ist es von Jürgen Roth, der zusammen mit zwei anderen im November 1976 aus der Türkei ausgewiesen wurde, weil er mit den Kurden Verbindung aufgenommen hatte – ein Volk, das von den Herrschenden gezwungen wird, als Menschen zweiter Klasse in den Bergen Ostanatoliens zu leben. Wer nun glaubt, er hätte hier ein langweiliges (Schul-) Geographiebuch zur Hand, der irrt. Hier sprechen die Kurden persönlich. Hier sprechen sie in ihrer Sprache und man gewinnt Seite für Seite Sympathie für ihren Freiheitskampf und verinnerlicht den Haß der Kurden gegen ihre Unterdrücker in der Türkei, Iran, Irak und Syrien.

Der geschichtliche Teil des Buches, der belegt, daß die Kurden nicht, wie behauptet, irgendwelche „Bergtürken" sind, sondern ein Volk, dessen Geschichte schon 484 - 425 v.d.Z. erwähnt wird, ist nicht leicht zu lesen. Er ist aber genauso wichtig wie die anderen Teile, denn daran wird deutlich, daß die Kurden in der Vergangenheit eine blühende Kultur hatten.

Frauen in Kurdistan

Besonders interessant und pakkend sind die Berichte aus dem Leben der kurdischen Frauen. Hanneke Garrer und Adrienne Schürenberg erzählen von ihren Erfahrungen eines zweimonatigen Aufenthalts in Kurdistan. „*Adrienne war in Begleitung eines Mannes nach Kurdistan gefahren und verbrachte die ganze Zeit auf einem Dorf, das durch die Arbeitsemigration der Männer gekennzeichnet war. In dem Dorf lebten fast nur Frauen und Kinder. Von daher war Adrienne in ihrer Bewegungsfreiheit nicht eingeschränkt, sondern hatte die Möglichkeit, ohne irgendwelchen Zwang an dem Dorfgeschehen teilzunehmen.*

Hanneke lebte als Frau allein in einer Familie in einer Kleinstadt. Da sie ohne Mann kam, wurde sie ganz in die Frauengemeinschaft aufgenommen und genoß deren Schutz. Sie trug ein Kopftuch und Kleider, wie es in Kurdistan üblich ist. Sie lebte dadurch auch mit allen Einschränkungen in der Bewegungsfreiheit, die den Frauen auferlegt sind".

Desweiteren wird über das Leben der Kurden im Iran, über die Politik der gezielten Benachteiligung, der Unterdrückung durch die türkischen Jandarmas, über die bewußte Vertreibung der Kurden aus ihren Dörfern, ihren Kämpfen gegen die kurdischen Agas, die mit der türkischen Regierung zusammenarbeiten, über das Leben in einem kurdischen Dorf und vieles mehr berichtet. Insgesamt sollte dieses Buch von allen Antiimperialisten gelesen und weiterempfohlen werden, um damit den Kurden zu helfen, mehr Weltöffentlichkeit und Solidarität mit ihrem Kampf für ein freies unabhängiges Kurdistan zu erhalten. Denn trotz des Völkermords, der mit den Kurden betrieben wird, lebt der Gedanke nach Freiheit und Unabhängigkeit weiter. Die Kurden brauchen unsere solidarische Unterstützung. Hierzu schafft das Buch alle Voraussetzungen.

In diesem Zusammenhang muß auf ein weiteres Buch von Jürgen Roth aufmerksam gemacht werden: „Aufstand im wilden Kurdistan". Dieses Buch ist ein spannender Tatsachenroman, der den Kampf der irakischen und türkischen Kurden und ihrer Befreiungskämpfer, den „Peshmergas", darstellt. „*Auf dem Wege, sich die Freiheit zu erkämpfen, geraten die Bauern aus den Bergen Kurdistans in unzählige Abenteuer und Gefahren: Hungersnot, Erdbeben, Widerstand gegen Großgrundbesitzer und Scheichs, Flucht vor türkischen Soldaten und der Geheimpolizei, Folter, Verrat, Hinterhalt und Kämpfe gegen Wölfe und Bären*".

Eine gute Alternative zu Karl May, da hier nicht einzelne Helden den Inhalt bestimmen, sondern die Helden sind das kurdische Volk. Zudem sind im Anhang Informationen über die Situation der Kurden. Ein Jugendbuch mit guten Fotografien, das gerade auch bei Jugendlichen die Aufmerksamkeit auf die Situation der Kinder und Jugendlichen im unterdrückten Kurdistan lenkt und damit hilft, die antiimperialistische Solidarität schon frühzeitig zu entwickeln. Und übrigens, wer dieses Buch gelesen hat, kann nicht umhin, auch die „Geographie der Unterdrückten" zu lesen.

Hier nochmal die Bücher:
„Geographie der Unterdrückten – die Kurden"
Jürgen Roth u.a. (Sachbuch rororo, DM 9,80) und
„Aufstand im wilden Kurdistan"
Jürgen Roth (Signal Verlag Baden-Baden, DM 22,–)
(Beide Bücher sind auch im „Arbeiterbuch" Hamburg, Grindelhof 45, 2 Hamburg 13, erhältlich).

Griechenland/Türkei-Kommission



Frankreich

„Gesundschrumpfung" für die Kapitalisten

Nach ihrem Wahlsieg verordnen die Rechten in Frankreich der Arbeiterklasse ein weiteres drastisches Sparprogramm. Sie profitieren dabei von der Lähmung, die seit der Wahlniederlage der Linken in den Gewerkschaftsvorständen herrscht und die bis weit hinein in die Basis reicht, wie es sich in den erdrutschartigen Mobilisierungsrückgängen bei den gewerkschaftlichen Mai-Demonstrationen gezeigt hat.

Die ersten wirtschaftlichen Maßnahmen der Barre-Regierung zeigen deutlich, wie sich diese ihren wortreich propagierten „*Kampf gegen die soziale Ungleichheit*" vorstellt: drastische Preissteigerungen bei weiterhin bestehender Festschreibung der Löhne und eine geradezu lächerlich geringe Erhöhung des gesetzlich garantierten Mindestlohnes, des sog. SMIC. Gas und Strom sind um je 10 %, die Benzinpreise um 11,3 %, Telefongebüren um 12 % und Zigaretten, Metro- und Eisenbahntarife um 15 % erhöht worden („Etincelle", Nr. 58 und 60). Obwohl die Regierungsparteien während des Wahlkampfes die Forderung der Linken nach Erhöhung des XMIC auf 2.400 F (= DM 1.200,—) aufgriffen und sie für das Ende der jetzigen Legislaturperiode in Aussicht gestellt hatten, soll der SMIC bei der jährli-

völligen Freiheit der Preise bei weitgehender Ablehnung staatlicher Planung und Eingriffe. In chronisch defizitären Wirtschaftsbereichen — wie Leder-, Textil- und Werftindustrie —, die bisher staatlich subventioniert wurden, stehen bereits die ersten Betriebsschließungen an. Betroffen sind die kleineren „Tanneries Françaises" (= Gerbereien), die Werftgruppe Terrin aus Marseille und der Textil-Konzern Boussac in den Vogesen („Libération", 18.5.78).

Der Ruin von B o u s s a c würde den Tod einer ganzen Region bedeuten. Zu dem Textilimperium gehören insgesamt neun Fabriken, aufgeteilt auf zwei Täler. Boussac hat das Industriemonopol in der Region, andere Beschäftigungsmöglichkeiten gäbe es für die insgesamt 11.000 Belegschaftsangehörigen praktisch nicht. Ein erster Sanierungsplan des bereits eingesetzten Konkursverwalters sah die Schließung von „nur" sechs kleineren Werken mit insgesamt 1.480 Arbeitsplätzen vor. Der Staat lehnt jedoch die zur Verwirklichung notwendigen 220 Mio. F. ab. Teilweise sind bereits die Lohnzahlungen in den Boussac-Werken ausgesetzt.

Boussac — nebenbei auch Besitzer der rechten Zeitung „L'Aurore" — hat sich stets seines Systems der „so-

abgelehnt. Neben zwei zentralen Aktionstagen, an denen im gesamten Freihafen von Marseille nicht gearbeitet wurde, haben am 2.5. ca. 1.000 Terrin-Arbeiter in Paris demonstriert. Zweimal blockierten sie zur Hauptverkehrszeit die Hauptstraße von Marseille sowie die Autobahn („Le Monde" und „Libération", 3., 7., 8., 12., 18., 24.5.78).

Terrin und Boussac sind erst die Spitze des Eisbergs der sog. „Gesundschrumpfungspolitik", die zu wachsender Arbeitslosigkeit in den kommenden Monaten führen wird. Bereits heute gibt es fast 1,1 Millionen Arbeitslose in Frankreich (Stand: April 1978). Im Sommer kommt ein ganzer Jahrgang von Schulabgängern hinzu, für die die Regierung einen neuen „*nationalen Plan für die Arbeit der Jugend*" vorgelegt hat. Er kostet im Gegensatz zum vorigen Plan, für den 5 Milliarden F. zur Verfügung gestellt wurden, nur 3 Milliarden, die aus den Benzinerhöhungen kommen sollen — also eigens von der Bevölkerung eingetrieben werden. Das Geld kommt nicht etwa den Jugendlichen zugute, sondern den Unternehmen, die die Jugendlichen dann für ein geringes Lehrgeld beschäftigen („Le Monde", „Libération", 18.5.).

Inzwischen gibt es erste Streik-Ak-

Legislaturperiode in Aussicht gestellt hatten, soll der SMIC bei der jährli-
der rechten Zeitung „L'Aurore" — hat sich stets seines Systems der „so-
„Libération", 18.5.).
Inzwischen gibt es erste Streik-Ak-



Renault-Flins: Ca. 100 Arbeiter überwinden die von Meistern und Vorarbeitern errichteten Absperrungen und stoßen zu ihren ca. 300 ausländischen Kollegen, die seit dem 20. Mai das Preßwerk besetzt halten.

chen Anpassung am 1.7. nur um weniger als 4 % auf 1.800 F (= DM 900) erhöht werden („Libération", 4.5.78).

Dem stehen wesentlich höhere Preissteigerungsraten gegenüber: Ohne die zuvor genannten Erhöhungen betrug die Preissteigerung im März 0,9 % und im April 1,1 % — auf das Jahr umgerechnet werden daraus weit über 10 %, obwohl die Barre-Regierung maximal 5 % Preissteigerung „zulassen" wollte („Libération", 28.4.78). Ca. 1 Mio. Arbeiter sind SMIC-Empfänger, 60 % davon Frauen („Libération", 4.5.78).

Trotz der demonstrativen Einladungen an die Gewerkschaftsführer nach den Wahlen wurden diese vor der „Erhöhung" nicht konsultiert, sondern vor vollendete Tatsachen gestellt. Regierung und Kapitalistenverbände tragen sich mit Plänen nach sog. „freiwilliger" Abschaffung des SMIC, der ersetzt werden soll durch eine branchenspezifische Festsetzung der Mindestlöhne. Daß dies naturgemäß gerade die weniger kampfstarken Teile der Arbeiterklasse trifft und die Kampfkraft der Arbeiterklasse insgesamt spaltet, liegt auf der Hand — aber das hindert die Gewerkschaftsführer nicht, sich verhandlungsbereit darüber zu zeigen („Le Monde", 10.5.78).

Katastrophale Auswirkungen hatte bereits das Grundprinzip der Barreschen Wirtschaftspolitik, das „*freie Spiel der Kräfte*", die Rückkehr zur

zialen Sicherheit" gerühmt, weil er ähnlich wie früher Krupp in großem Ausmaß werkseigene Wohnungen, Kinderkrippen und -gärten, Altersheime und sogar Schulen unterhält. Die Kehrseite davon wie auch von den propagandistisch wirksamen Weihnachtsgeschenken und der Gratis-Milch für Kinder sind extrem niedrige Löhne.

Jetzt hat es kämpferische Aktionen der Boussac-Arbeiter zur Erhaltung ihres Arbeitsplatzes gegeben: Einschließung des Personaldirektors, zwei zentrale Aktionstage in Epinal, in denen auch die kleineren Geschäfte der Stadt ihre Solidarität durch Schließung zum Ausdruck brachten, sowie am 12.5. eine sehr kämpferische Demonstration von 500 Boussac-Arbeitern vor das Arbeitsministerium in Paris („Le Monde" und „Libération", 11., 12., 14., 18., 25.5.78).

Ähnlich katastrophale Auswirkungen hätte die Schließung der Reparaturwerft T e r r i n für den Hafen von Marseille. Neben den 4.500 Arbeitsplätzen in der Terrin-Gruppe würden ca. 240 Zuliefererbetriebe betroffen, mindestens 20 müßten sofort schließen. In Marseille gibt es bereits 30.000 Arbeitslose, auf zwei weiteren Werften wird kurzgearbeitet. Auch bei Terrin ist bereits ein Konkursverwalter eingesetzt, der 825 Entlassungen ausgesprochen hat und einen neuen Käufer sucht. Die Regierung hat staatliche Unterstützung kategorisch

tionen, bei denen es nicht wie bei Boussac und Terrin um die unmittelbare Erhaltung des Arbeitsplatzes geht. Im R e n a u l t - Werk in Flins (zweitgrößtes Renault-Werk nach Boulogne-Billancourt) haben die überwiegend ausländischen Arbeiter des Preßwerks seit dem 20 Mai ihre Abteilung besetzt. Renault sperrte die übrigen Arbeiter aus und läßt den Betrieb von den Meistern bewachen. Ausgangspunkt war die Entlassung eines Kollegen wegen Zuspätkommen; später wurde die Forderung nach Eingruppierung aller Arbeiter als „qualifizierte Arbeiter" sowie nach 300 F. mehr für alle gestellt.

Seit 1.6. ist auch das gesamte Renault-Werk in Cléon (Vorort von Rouen, 8.000 Arbeiter) besetzt, ebenso das Preßwerk im Renault-Werk Douai (7.200 Arbeiter). Am 6.6. und 7.6. gab es mehrstündige Solidaritätsstreiks und teilweise Demonstrationen in fünf anderen Renault-Werken, in denen vor allem gegen die drohenden Polizeiüberfälle auf die besetzten Betriebe protestiert werden sollte.

Renault hatte beim Gericht einstweilige Anordnung auf sofortige Räu mung der besetzten Werksteile gestellt. In Flins räumten daraufhin CRS am 6.6. das Preßwerk, in Cléon dauerte die Besetzung am 8.6 trotz des gerichtlichen Ultimatusm an („Le Monde", 4. - 8.6.78).

Frankreich-Kommission

Angriffe auf das Demonstrationsrecht und Polizeiterror

Seit dem Wahlsieg der Rechten hat es bei den letzten Demonstrationen in wachsendem Ausmaß Provokationen und Übergriffe der Bullen oder sogar Demonstrationsverbote gegeben.

Hatte es bereits bei der Solidaritätsdemonstration für die gefolterte westdeutsche Genossin Heidy Anfang April ständige Festnahmen aus der Demonstration heraus gegeben, so wurde am 1. Mai nach Angriffen einer kleine Gruppe von Demonstranten der g e s a m t e gewerkschaftliche Demonstrationszug in Paris brutal mit Tränengas und Schlagstock ausgelöst. Noch Stunden später wurden einzelne Demonstranten von den Bullen gejagt.

Die rechte Presse nutzte die „Mai-Ausschreitungen", um wortstark das Verbot von Demonstration zu fordern. Dem Versuch der Rechten, ihren Wahlsieg für eine Verstärkung der Repression auszubeuten, treten die Reformisten kaum entgegen. So gab es in der KPF-zeitung „L'Humanité" kein einziges Wort des Protestes gegen die Polizeiübergriffe. Ebenso leistete auch die Gewerkschaft CGT keinen Widerstand, obwohl es seit langer Zeit zum erstenmal war, daß die Polizei eine gewerkschaftliche Demonstration gewaltsam auflöste („Etincelle" 58).

Nach der Demonstration wurden im Schnellverfahren drakonische Strafen gegen die „Plünderer" verhängt. (Von seiten einiger Autonomer hatte es Selbstversorgungsaktionen aus den Schaufenstern großer Kaufhäuser sowie auch einiger kleiner Läden gegeben, die recht breiten Zuspruch bei den abziehenden Demonstranten fanden). Die ohnehin sehr scharfen Strafen wurden sämtlichst in der Berufungsverhandlung erhöht:

- So wurde in einem Fall die Strafe

fen wurden sämtlichst in der Berufungsverhandlung erhöht:
- So wurde in einem Fall die Strafe

von einem Monat auf Bewährung in sechs Monate auf Bewährung plus 500 Francs Geldstrafe erhöht: wegen Diebstahl eines Regenschirms!
- Ein westdeutscher Student bekam drei Monate (zwei auf Bewährung) ebenfalls wegen eines kleinen Diebstahls. In der Berufung wurde das auf sechs Monate ohne Bewährung erhöht!
- Wegen Flaschenwerfen auf Bullen (wofür es nur Bullenzeugen gab) bekam ein Demonstrant vier Monate (drei auf Bewährung).
- Wegen aufhebens einer Plakette im Wert von 3,50 F. wurden vier Monate auf Bewährung plus 500 F. Geldstrafe verhängt.
- Gegen einen nicht erschienen Angeklagten wurde Haftbefehl ausgestellt; die Strafe von drei Monaten auf Bewährung wurde zu ein Jahr Knast ohne Bewährung erhöht, weil er einen Anorak geklaut hatte! („Libération", 20./21.5.78).

Demonstrationsverbote

Die Demonstrationen gegen die Invasion französischer Fallschirmjäger in Zaîre und für den Boykott der Fußball-Weltmeisterschaft wurden ganz verboten! Von der KPF und Sozialistischen Partei gab es keinen Protest dagegen! Am 22.5. bildeten sich in Paris dennoch dezentral verschiedene kleine Zaîre-Demonstrationen. Die Demonstranten schlugen die Taktik ein, den Bullen durch kollektive U-Bahn-Fahrten quer durch Paris Haken zu schlagen. Dabei gab es Menschenjagden in den U-Bahn-Schächten, bei denen 80 Personen — teilweise völlig Unbeteiligte — festgenommen wurden.

Einer davon bekam für den Ruf „CRS-SS" im Schnellverfahren eine Haftstrafe von zwei Monaten ohne Bewährung!! Ein 19-jähriger Schüler, der bei seiner Festnahme einen Stein bei sich hatte, wurde zu sechs Monaten ohne Bewährung verurteilt! Beide waren nicht vorbestraft(„Liberation", 24.5.).

In Grenoble wurden bei der verbotenen Zaire-Demonstration am 23.5. drei Demonstranten und ein Passant verletzt. Am 23.5. fanden in mehreren Städten Demonstrationen für den Boykott der Fußball-WM statt. Brutale Polizeiangriffe gab es in Dijon (20 Festnahmen, 5 Verletzte) und in Lyon (»Libération«, 25.5.). In Paris wurde diese Demo für den 23.5. v erboten, und erst für den 31.5. genehmigt.

Polizeiübergriffe bei „Routine-Kontrollen"

Der Journalist Christian Hennion, der bei »Libération« für die regelmäßige Berichterstattung über die Schnellverfahren verantwortlich ist, erlebte selber, was er x-mal zuvor beschrieben hatte. Bei einer nächtlichen Polizeikontrolle weigerte er sich, seine Papiere kontrollieren zu lassen. Da er nicht Fahrer des Wagens war, war das in seinem Fall illegal.Er wurde schwer zusammengeschlagen und über Nacht inhaftiert, anschließend wegen »*Widerstands gegen die Staatsgewalt*« angeklagt. Vor einer zusätzlichen Stafe rettete ihn offensichtlich nur, daß er Journalist ist. In Grenoble bekam ein »normaler Sterblicher« wegen der Weigerung, sich einer illegalen Polizeikontrolle zu unterziehen, eine dreimonatige Strafe (»Libération«, 13.5. 78)!

Bereits am 26.4. war ein Fernseh-Journalist zusammengeschlagen und beschimpft worden, als er Bullen beobachtete, die einen Ausländer aus einem Gedächtnisgottesdienst von Armeniern brutal rausholten (»Libé«, 27.4.).

Bei einer nächtlichen Kontrolle hatte Alain Chardon am 9.5. nur die Fahrzeugpapiere, nicht jedoch seinen Führerschein mit. Da die Kontrolle vor seiner Haustür stattfand, wollte er sie holen. Bei seiner Rückkehr wird er unvermittelt brutal geschlagen. Vier Leute aus seiner Wohngemeinschaft, die ihm zu Hilfe eilen, werden festgenommen und 15 Stunden lang ohne Essen, Trinken und Zigaretten sowie ohne Kontakt mit einem Anwalt festgehalten. Alle bekamen eine Anzeige wegen »Widerstand gegen die Staatsgewalt« (»Libé«, 25.5.78). Dies sind nur ein paar exemplarische Fälle.

BM-Fahndungen nach der Mesrine-Flucht

BM-Fahndungen nach der Mesrine-Flucht

Die spektakuläre Flucht des Gefangenen Jaques Mesrine, bei der die Bullen einen seiner Mithäftlinge töteten, war Anlaß für polizeiliche Notstandsübungen nach dem Muster westdeutscher »Terroristenfahndung«. Außerdem wurden eine Reihe von Haft-Verschärfungen für die ca. 300 als »besonders gefährlich« eingestuften Gefangenen in den »Quartiers de Haute Sécurité« (Isoliertrakte) im Eiltempo durchgepeitscht. Im einzelnen ist vorgesehen (lt. »Libération«, 19.5.):
— verschärfte regelmäßige Zellendurchsuchungen,
— häufiger Zellen- und Knastwechsel,
— Variation des Tagesablaufs,
— schärfere Kontrolle des Gefängnispersonals,
— Umbau der Gesprächsräume für Tref

Treffen mit Anwälten (Stammheim-Muster ??!!),
— Einrichtung einer Kontrollgruppe, die die Einhaltung dieser Maßnahmen überwacht,
— besondere psychologische Ausbildung des Personals in den Isoliertrakten,
— Bereitstellung »moderner Überwachungsmethoden« (?!).

Im Zusammenhang mit Mesrines Flucht wurde auch seine Anwältin 24 Stunden lang festgehalten. Nach bester Tradition des »Modell Deutschland« wurde ihr Komplizenschaft unterstellt (»Libé«, 11.5.78).

Leben im Paris von Chirac

Im Mai räumte ein großes Polizeiaufgebot seit längem besetzte Wohnungen und Häuser. Am 12.5. traf es fünf Familien, die seit mehr als einem Jahr in leerstehenden Appartements wohnten, für die sie auch Miete bezahlten. Zwei andere von Sponti-Gruppen besetzte Häuser wurden über Nacht belagert und 20 Personalien kontrolliert. Am 23.5. wurde ein weiteres besetztes Haus geräumt, ein anderes belagert. Passanten, die den Besetzern etwas zuriefen, wurden wegen »illegalen Kontaktes« festgenommen.

Neben der direkten Zerschlagung von Besetzungen werden vom rechtsradikalen Pariser Bürgermeister Chirac auch juristische Angriffe gefahren. So soll ein Mitglied einer Stadtteilgruppe wegen einer Besetzung aus dem vorigen Jahr 350.000 DM Schadenersatz an eine städtische Wohnungsbaugesellschaft zahlen. Das betreffende Haus steht heute noch leer! (»Libé«, 13. u. 24.5.78).

Frankreich-Kommission



Italien

Bologna: Prozeß um den 11. März 77 abgeschlossen

Am 27. Mai 78 fiel die Entscheidung im Prozeß gegen die 10 Genossen, die im 'heißen März 77' in Bologna verhaftet worden waren. Über 6 Verhandlungstage hinweg wurden mit beispiellosen Mafia-Methoden, gekauften Zeugen und korrumpierten Richtern die Genossen wegen »Aufwiegelei, unerlaubten Waffenbesitzes, Rädelsführertums und Anstiftung zur Revolte« für schuldig befunden. 8 Genossen haben durch ihre U-Haft (6-15 Monate) ihre Stafe abgesessen, 2 Genossen sind nach wie vor im Knast.

Im Zuge der bis dahin brutalsten Offensive des Staatsapparates gegen die Studentenbewegung hatte gerade in der »Musterstadt« der PCI, Bologna, der Bürgermeister Zangheri (PCI) einen Totaleinsatz der Polizei gegen die Demonstration am 11. März 77 angeordnet. Mehrere tausend Demonstranten protestierten gegen den Mord an Francesco Lorusso, der in den Tagen vorher von der Polizei kaltblütig während einer Kundgebung erschossen worden war. Wahllos und in drei Fällen bewiesenermaßen auf die Denunziation Zangheris zurückzuführen, wurden die 10 Genossen verhaftet und befanden sich dann größtenteils fast ein 3/4 Jahr ohne Prozeß teilweise sogar in Isolationshaft. Der verantwortliche Richter Catalanotti weigerte sich zunächst erfolgreich, den Prozeß überhaupt beginnen zu lassen und wies sämtliche Entlastungszeugen und Aussagen der Anwälte zurück, ohne sie auch nur angesehen zu haben. Erst im Frühjahr 78 wurde der Prozeß eröffnet. 5 Genossen waren bis dahin provisorisch auf freien Fuß gesetzt worden, die anderen 5 nach wie vor im Knast. Catalanotti hatte bis dahin in Absprache mit der PCI und den Bullen einen ganzen Apparat gekaufter Zeugen - vorwiegend PCI-Funktionäre - präpariert, die während des Prozesses die »Beweisführung der Anklage« vorbrachten. Richter Catalanotti weigerte sich darüber hinaus die schriftlichen Zeugenaussagen von 4 wichtigen Belastungszeugen den Anwälten und der Öffentlichkeit bekanntzugeben, so daß die Anwälte kaum eine Möglichkeit hatten, eine Verteidigung aufzubauen, da sie Teile der Anklage gar nicht kannten. Die Anwälte drohten mehrmals mit Auszug aus dem Prozeß, wenn diese skandalösen Verhältnisse nicht behoben würden - es nützte jedoch nichts, Catalanotti setzte sich gemeinsam mit des Staatsanwaltschaft durch. Mehrere seiner »Zeugen« konnten des Meineids überführt werden, weil sie sich in allzu dumme Widersprüche verwickelt hatten. Die frechsten aber konnten bis zum Schluß frei ihre »Beweise« äussern. So hatte sich z.B. der Genosse Mauro während der Demo am 11. März gar nicht in Bologna, sondern in Rom aufgehalten. Dennoch wurde er von einem Polizeispitzel »überführt«. Die Zeugen, die mit Mauro gemeinsam in Rom gewesen waren, wurden als unglaubwürdig abgewiesen. Franco Ferlini wurde für schuldig befunden, bei einem Angriff auf das Institut für Anatomie der Rädelsführer gewesen zu sein, obwohl er sich in einem anderen Teil der Stadt befand. Ähnliche Konstruktionen führten auch zur Verurteilung der anderen Genossen.

Die Prozesse waren von vornherein so angelegt, die Studentenbewegung exemplarisch zu kriminalisieren und zu demoralisieren. Wenn es auch im März bis Mai 77 und im September 77 während des Kongresses der Linken in Bologna zu breiten Solidaritätsaktionen kam, so schätzen heute jedoch »Lotta Continua« und auch »Manifesto« den Ausgang der Prozesse eher negativ ein.

Selbstkritisch wird von der Linken angemerkt, daß es nicht gelungen ist, den anfänglichen Protest der Bewegung zu stabilisieren und zu einer Solidaritätsfront gegen die Repression des Staates auszubauen, sondern daß man zu wenig getan hat und die Bewegung enorm zurückgegangen ist.

Eine neue Solidaritätskampagne zur Freilassung der beiden noch inhaftierten Genossen kündigt »Lotta Continua« jetzt an, wobei auch die »Manifesto«-Gruppe ihre Unterstützung zugesagt hat.

Italienkommission

gekaufter Zeugen - vorwiegend PCI-Funktionäre - präpariert, die während des Prozesses die »Beweisführung der Anklage« vorbrachten. Richter Catalanotti weigerte sich darüber hinaus die schriftlichen Zeugenaussagen von 4 wichtigen Belastungszeugen den Anwälten und der Öffentlichkeit bekanntzugeben, so daß die Anwälte kaum eine Möglichkeit hatten, eine Verteidigung aufzubauen, da sie Teile

man zu wenig getan hat und die Bewegung enorm zurückgegangen ist.

Eine neue Solidaritätskampagne zur Freilassung der beiden noch inhaftierten Genossen kündigt »Lotta Continua« jetzt an, wobei auch die »Manifesto«-Gruppe ihre Unterstützung zugesagt hat.

Italienkommission

Gründung der „Partito di Democrazia Proletaria"

Nach anderthalbjähriger Diskussion fand am 16. April in Rom der Gründungskongreß der „Partito di Democrazia Proletaria" (PDP) statt. Die PDP bildet einen Zusammenschluß aus der Mehrheit der ehemaligen „Avantguardia Operaia" sowie einer Minderheitsfraktion der „PDUP" („il manifesto") zusammen mit der Mailänder „Lega dei Communisti". Bereits vor über einem Jahr waren sich diese drei Kräfte darüber einig, daß ein Zusammenschluß möglichst breiter Teile der Linken erstrebenswert sei. Die Frage jedoch, ob diese drei Kräfte vereinigt schon eine neue Qualität im Zusammenschluß der Linken Italiens darstellen würden und von daher die Gründung einer Partei Ausdruck einer neue Situation sei, war noch umstritten. Auf dem letzten Kongreß der AO war es zu harten Auseinandersetzungen um die Frage der Diskussion und Zusammenarbeit mit den anderen linken Gruppen und Organisationen gekommen, ohne die eine Parteigründung keine neue Qualität in der Arbeit und im Kampf der Linken darstellen würde.In den vorbereitenden Thesen zum Gründungskongreß der PDP scheint dieser Prozeß schon abgeschlossen, was sich in den Kernthesen zur Parteifrage widerspiegelt. *„Es besteht heute die Notwendigkeit, eine Partei der Einheit der proletarischen Massen zu gründen, die fähig ist, die Kämpfe der Avantgarde der Arbeiterklasse mit denen der neuen revolutionären Elemente zu vereinheitlichen. ... es handelt sich also darum, das eigene Selbstverständnis der Avantgarde ... und somit der Organisation und Partei neu zu definieren und wieder zu qualifizieren"* (Thesenpapier S. 17). In Auseinandersetzung mit der sogenannten „neuen Bewegung", also der autonomen Frauen- und Jugendbewegung, betont das Thesenpapier die Notwendigkeit einer zentralen Kraft, um „....die Partikularismen der Bewegung zu überwinden!"

Dabei grenzen sie sich jedoch von allen anderen Organisationen und Gruppen scharf ab. „Es geht darum, sowohl die Vorstellung einer institutionalisierten Partei zurückzuweisen. ... wie sie von ‚Manifesto' vorangetrieben wird, als auch die Vorstellung einer ‚Partei der Bewegung' (partito movimento), die aus der Praxis von Lotta Continua erwächst, einer Partei, die unfähig als autonomes Element der Initiative und für politische Vorschläge ist. Sie ist einzig dazu in der Lage, das Vorhandensein der Bewegung zu reflektieren, wenngleich sie auch deren Grenzen durch die Zersplitterung in einzelne Sektoren sieht" (Thesenpapier, S. 18/19).

Auf dem Kongreß selbst definierte die PDP ihre Hauptaufgabe darin, als Sammelbecken aller oppositionellen und antiimperialistischen Kräfte zu fungieren, und dabei sämtliche Strömungen der „neuen Bewegung" mit als Basis in die Programmatik und Politik der Partei aufzunehmen.

Perspektivisch stellt sich die PDP auf einen langwierigen Kampf gegen den Pakt der DC-PCI ein, der sich nach den Wahlen 1976 enorm stabilisiert und ausgeweitet hat. *„....der Kampf der Opposition wird nicht nur eine kurze Periode dauern, da derzeit nichts auf eine vertikale Krise der DC und PCI oder auf eine radikale Umwandlung der Strategie der PCI hinweist"* („Manifesto", 18.4.).

Insgesamt war der Kongreß geprägt von der unterschiedlichen Argumentation der „Genossen alter Schule", also im wesentlichen der Gründungsmitglieder der AO, die im wesentlichen die Theoriedebatte um die Parteigründung führten, und auf der anderen Seite der „jungen Genossen", die aus der „neuen Bewegung" hervorgekommen sind und eine konkrete Festlegung und Garantie der Behandlung ihrer Probleme in der Partei verlangten. Durchgesetzt hat sich dem Ergebnis der neugewählten Parteiführung nach die „alte Linie"; die Jugendlichen, Frauen, etc. sind kaum in der neuen Leitung repräsentiert.

Insgesamt läßt sich an den mageren, eher obligatorischen Pflichtartikeln in den drei Zeitungen „Lotta Continua", „Manifesto" und „La Repubblica" jedoch feststellen, daß die Gründung der PDP in den breiten Kreisen der Linken keine besondere Auseinandersetzung und Aufmerksamkeit gefunden hat und an ihr ziemlich vorbeigegangen ist. Zum einen wohl, weil es nicht gelungen ist, breitere Bündnisse zu schließen als sie bereits vor ein bis zwei Jahren bestanden; zum anderen, weil die brennenden Fragen der Bewegung wie die Auseinandersetzung mit dem Terrorismus, der Aufbau einer Einheit gegen die brutale Repression des Staates, die tatsächlichen Analyse der Probleme der Frauen und Jugendlichen und letztlich die Frage, wie die Zersplitterung der Linken Italiens aufzuheben ist, kaum diskutiert worden sind.

Italienkommission

Meldungen von der Anti-AKW-Front

Coarsa

Still und heimlich wurde am 26.5.78 in Caorsa (Piacenza) das erste kommerziell genutzte AKW Italiens in Betrieb genommen. Nachdem es in Caorsa vor einem Jahr zu Demonstrationen und Prozessen zur Durchsetzung eines Baustopps gekommen war, hatten einige Journalisten und Wissenschaftler immer wieder auf die ungeheuren Schlampereien beim Bau und die Konstruktionsfehler hingewiesen. Die Verantwortlichen des staatlichen AKW-Konzerns ENEL scherten sich jedoch nicht um die Klagen. Bedrohlich sind die Folgen. Bereits in den ersten Stunden der Inbetriebnahme, die vorerst nur 10 % der Gesamtleistung ausmacht, verflüchtigte sich radioaktiv verseuchtes Gas durch defekte Turbinen in die Luft. Radion Popolare di Milano deckte diesen „Unfall" auf und verlangte von der Konstruktionsfirma Ansaldo sofortige Einstellung der Produktion und radikale Offenlegung der Fehler und Gefahrenquellen am AKW. Die linken Radios haben eine breite Aufklärungs- und Enthüllungskampagne angekündigt (nach „LC", 27.5.).

Montalto di Castro

Nach über einem Jahr wurde in der letzten Aprilwoche eine Anfrage der Democrazia Proletaria im Parlament bezüglich der Risiken beim AKW in Montalto di Castro (geplantes AKW im Latium) behandelt. Die Anfrage beinhaltete vor allem, ob die gesetzlich gesicherte Aufklärungspflicht über sämtliche technische Daten und Gefahrenquellen eingehalten worden ist bzw. jeder Bauabschnitt vorher der Kommune zur Bewilligung vorgelegt worden ist. Vom Energiebeauftragten der DC wurde jedoch nur „versichert", daß dies Projekt dem Industrieminister Donatt-Catin persönlich unterstehe und sämtliche Garantien für die Sicherheit einschließlich aller Gutachten fertiggestellt bzw. korrekterweise auch der Kommune vorgelegt worden seien. Der Staatssekretär im Industrieministerium räumte allerdings lapidar ein, daß es auch zu einigen Unkorrektheiten gegenüber den parlamentarischen Gremien gekommen sei — über Einzelheiten jedoch kein Kommentar. Fakt ist, daß bereits vor drei Monaten der Bürgermeister von Montalto di Castro in Zusammenarbeit mit der DC und in völligem Alleingang mit dem staatlichen Energiekonzern ENEL ein Abkommen unterschrieben hat, das mit kleinen Zugeständnissen wie direkte Kontrolle der Emissionswerte durch die Kommune etc. ein Stillschweigen über die Hauptfragen erkauft hat: Keinerlei Erwähnung der Frage des Atommülls, keinerlei Kontrolle bei den Plänen und somit natürlich die völlige Auslieferung der Kommune und der Bürgerinitiativen an die ENEL. Besonders traurig ist dabei die Rolle der PCI, die die Unterzeichnung dieses Vertrages mit Beifall aufgenommen hat, obwohl ihre eigenen Abgeordneten in der Kommune ausgetrickst wurden. Bezeichnend auch ihre Reaktion auf die Parlamentsdebatte: Sie sichert Donatt-Catin vollste Unterstützung bei der Realisierung des AKW-Programms zu (nach „Manifesto", 22.4.).

Italienkommission

Portugal

Portugal

Kapitalistische „Sanierung" geht weiter

Die seit fast einem Jahr laufenden Verhandlungen zwischen der portugiesischen Regierung und dem Internationalen Währungsfond (IWF) über die Bedingungen für die Gewährung eines 750 Millionen-Dollar-Kredites scheinen ihrem Ende zuzugehen. In einem Brief vom 9. Mai an die Exekutivleitung des IWF gab die PS-CDS-Regierung von Mario Soares bekannt, zu welchen Zugeständnissen sie bereit ist:

- das Zahlungsbilanzdefizit, das derzeit ca. 1,5 Mrd. Dollar beträgt, auf 1 Mrd. Dollar für 1979 zu reduzieren;
- um dies Ziel zu erreichen, sollen den Banken Höchstgrenzen gesetzt werden, über die hinaus keine Kredite vergeben werden dürfen;
- die Verminderung des Defizits im öffentlichen Sektor soll fortgesetzt werden. 1976 betrug dieses Defizit 11 % des Bruttoinlandsproduktes, 1977 noch 8 %;
- die für 1978 insgesamt vorgesehenen Lohnerhöhungen dürfen 20 % nicht überschreiten;
- der Escudo soll um 6,1 % abgewertet werden;
- es soll ein Gesetz gemacht werden, nach dem es Betrieben mit finanziellen Schwierigkeiten möglich sein soll, Arbeitsverträge zu lösen, allerdings „mit Zustimmung" der Arbeiter („Extra", 18.5.78).

Die Maßnahmen zur Verminderung des Zahlungsbilanzdefizits gehen eindeutig zu Lasten der werktätigen Bevölkerung:

So trifft die Festsetzung von Höchstgrenzen für Kreditgewährung genau die Wirtschaftseinheiten, die am abhängigsten von Krediten sind. Dies sind vor allem die landwirtschaftlichen Kooperativen im Alentejo sowie verstaatlichte und in Arbeiterselbstverwaltung befindliche Betriebe, denen schon beim Entstehen vor drei Jahren durch Kapitalflucht der ehemaligen Besitzer die finanziellen Schwierigkeiten mit auf den Weg gegeben wurden.

Die Verringerung des Defizits im öffentlichen Sektor von 11 % auf 8 % des Bruttoinlandsproduktes war auch nur möglich aufgrund drastischer Gebührenerhöhungen. Herausragend hierfür sind 41,8 % Gebührenanstieg für Elektrizität 1977 („Extra", 19.1.78), und bis zu 50 % Preisanstieg in öffentlichen Verkehrsmitteln im Raum Lissabon in diesem Frühjahr („Diario Popular", 30.3.78). Die Gebührenerhöhungen für Wasser und Gas lagen in diesem Frühjahr bei 25 % („O Jornal", 17.2.78). Es wird also die Fortsetzung dieser Preispolitik angestrebt.

Dies wird sich vor allem in einem verstärkten Reallohnabbau bemerkbar machen. Zwar wurden erst im April die Mindestlöhne um durchschnittlich 25,4 % angehoben („O Jornal", 7.4.78); da die Lohnerhöhungen aber in diesem Jahr 20 % nicht überschreiten sollen, ist die Tendenz des weiterhin sinkenden Lebensstandards deutlich erkennbar.

Die geplante Escudoabwertung um 6,1 % reiht sich in den rasanten Zerrüttungsprozeß der portugiesischen Währung innerhalb des letzten Jahres ein. Einige Zahlen sollen dies verdeutlichen. Seit Januar 1977 stiegen die Kaufpreise für ausländische Währungen wie folgt an:

- für den Dollar um 35 %;
- für die DM um 55 %;
- für den frz. Franc um 40 %;
- für den Schweizer Franken um 70 %

(„Extra", 18.5.78).

Das angestrebte Gesetz, das es Unternehmern ermöglichen soll, in finanziellen Schwierigkeiten Arbeitsverträge aufzulösen, liegt ganz im Interesse der internationalen Kapitalisten, für die Franz Josef Strauß stellvertretend im Dezember letzten Jahres, anläßlich des Eanes-Besuches in der BRD, Einstellungs- und Entlassungs„freiheit" als Bedingung für Investitionen gefordert hatte („O Jornal", 16.12.77). Hier soll nun seinen Wünschen entsprochen werden. Die Formulierung „mit Zustimmung der Arbeiter", die momentan als Beruhigungspille gedacht sein dürfte, wird spätestens dann fallengelassen werden, wenn offen diskutiert wird, daß für ein solches Gesetz die Verfassung geändert werden muß. Die reaktionäre CDS, die 1976 gegen die Annahme der demokratischen Verfassung gestimmt hatte, bietet sich geradezu an, auf diesem Gebiet die Vorreiterrolle zu übernehmen. Und tatsächlich äußerte bereits im April Freitas do Amaral, Chef der CDS, daß **„ab 1980 nach den Wahlen die Verfassung überholt werden kann" und daß „die CDS seit mehr als sechs Monaten an der Revision der Verfassung arbeitet"** („Diario Popular", 10.4.78).

Nachdem der Lebensstandard der Bevölkerung heute bereits wieder niedriger als vor dem 25. April ist, werden jetzt ganz massive Angriffe auf die politischen Rechte der Arbeiter gefahren, um auch diese wieder auf den Stand vor dem 25. April zu drücken.

Portugal-Kommission



USA Kurznachrichten

Detroit/Chicago: Faschisten auf dem Vormarsch..

Trotz vieler erfolgreicher Aktionen und erbitterter Kämpfe von Antifaschisten sind die Nazis in den USA auf dem Vormarsch. Die Krise des US-Imperialismus hat die Kapitalisten zu einer schärferen Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse geführt. Lohnraub und Abbau sozialer Leistungen für Arbeiter stehen auf der Tagesordnung. Streiks werden gebrochen und Gewerkschaften zerschlagen durch die Gewalt der herrschenden Klasse. Polizeischüsse gegen farbige Jugendliche sind alltägliche Vorkommnisse überall in den USA – nur ein Signal für den ansteigenden Rassismus der sich insbesondere gegen alle farbigen Arbeiter richtet, die gegen ihre besondere Unterdrückung kämpfen.

Zugleich mit dem Angriff der Kapitalisten – die sich auf bevorstehende Kämpfe mit konkurrierenden Imperialisten vorbereiten – steigt die Zahl organisierter faschistischer Gruppen. Nazi-Banden schießen wie Pilze aus dem US-Boden. Allein in diesem Jahr haben sich Nazi-Kandidaten bereits in fünf großen Städten offen an Wahlen beteiligt. Dabei erhielten sie in einer Chicagoer Stadtratswahl 16% der Stimmen!!! Seit 1975 beteiligten sich die Nazis an neun Kommunalwahlen, bei denen sie insgesamt 150.000 Stimmen erhielten („Challenge", 8.6.78).

Hand in Hand mit dem Anwachsen krimineller faschistischer Banden geht die zunehmende Anerkennung und Unterstützung für den Rassismus auf allen Ebenen. So hat der Ku-Klux-Klan gegenwärtig rund 15.000 bis 20.000 Mitglieder und die allerorts geführten Kämpfe gegen die Rassenintegration an den Schulen sind gleichzeitig Propaganda- und Rekrutierungsfeld für Nazis und KKK.

Im Chicagoer Stadtteil Marquette Park wagen sich Farbige nicht über die Western Avenue, aus Furcht, von den Nazis überfallen oder aus den Geschäften hinausgeworfen zu werden. Die heftige Auseinandersetzung um einen geplanten Marsch zu Hitlers Geburtstag durch den Stadtteil Skokie brachte den Nazis ungeahnte Publizität, die von den Massenmedien unter dem Feigenblatt der „Meinungsfreiheit" gar mit Interviews und Direktübertragungen angeheizt wurde.



Wer kann Nazi und Bullen unterscheiden ?

Detroit: Nazi-Buchladen

Wie schon in vielen anderen Städten eröffneten die Nazis Mitte Mai in Detroit (zum zweiten Mal) einen Buchladen, der gleichzeitig als Parteizentrale und Kontaktstelle dient. In wenigen Tagen wurde eine Kundgebung von Antifaschisten organisiert, die von 20 auf über tausend Menschen anwuchs. Am Sonnabend (20.5.) hatten 20 Antifaschisten vor dem Buchladen mit Sandwiches und Tafeln Stellung bezogen, unterstützt von über hundert Leuten aus der Umgebung. Als vier Nazis – im Vertrauen auf den Schutz der inzwischen angerückten Bullen – sich aus ihrem Rattenloch herauswagten, kamen sie nur bis zur nächsten Ecke, wo sie einigen antifaschistischen Fäusten begegneten; die Bullen, die daraufhin begannen, sich einzelne Demonstranten herauszugreifen, mußten sich immer wieder vor allerlei Flugobjekten in Sicherheit bringen. Bis zum Abend hatten sie die erregte Menge vom Buchladen abgedrängt und die Straße auf einer Länge von vier Blocks auf jeder Seite des Ladens besetzt. Aus der tausendköpfigen Kundgebung nahmen die Bullen am Sonnabend 30 Leute fest, wobei es zu brutalen Prügeleinsätzen kam. Als Antifaschisten einem herausgegriffenen Farbigen helfen wollten, stellte sich ein Bulle mit gezogener Pistole dazwischen und drohte, auf jeden zu schießen, der sich nähert („Challenge", 1.6.78). Im Rundfunk wurde eine Rede des Nazi-Führers Bill Russell übertragen, der sagte, daß die Nazis „friedliebende, gesetzestreue Bürger" seien und daß sie nach Ablauf des zwei-Monate-Mietvertrages „gern in ihren neuen Laden umziehen" irgendwo in Detroit. Ganzseitige Berichte mit Lebensgeschichten und politischen Zielen der Nazis erschienen in den Zeitungen, und im Fernsehen wurde ununterbrochen „dokumentiert", was es mit den Nazis nun auf sich hat. Kaum der Rede wert waren ihnen dagegen die Antifaschisten, die lediglich als „stadtbekannte Unruhestifter" auftauchten, die „sich austoben wollten" („Challenge", 8.6.78).

Die Vorfälle von Detroit sind nur ein Beispiel aus einer ganzen Reihe faschistischer Vorstöße, wie in letzter Zeit in St. Louis, Chicago usw. Bereits am 12.3.78 hatten 600 Demonstranten gegen einen Nazi-Buchladen in Detroit demonstriert, der dann vor 300 Zuschauern am 12.4. von der Polizei geräumt wurde. Das neuerliche Auftauchen der Nazis zeigt, daß die Antifaschisten noch ein ganzes Stück von ihrem Ziel entfernt sind

Zerschlagt die Nazis!
Begrabt ihre Bosse!

sind

Zerschlagt die Nazis!
Begrabt ihre Bosse!



„Gegen Radioaktivität hilft kein Bürgerprotest – Keine AKWs !

5.000 gegen Plutonium !

Die zahlreichen nationalen Kundgebungen und Demonstrationen der Anti-AKW-Bewegung in den USA wurden am 29./30. April erfolgreich eröffnet Bei der Atomwaffenfabrik Rocky Flats im US-Bundesstaat Colorado versammelten sich 5.000 Menschen, um gegen die anhaltende Produktion von Atomwaffen zu protestieren und die Schließung des Werkes zu fordern. Anschließend besetzten 150 Leute die Schienen, die ins Werk führen, um gegen den Transport von Plutonium zu demonstrieren. Unter ihnen waren Daniel Berrigan und Daniel Ellsberg. Diese Aktion dauerte noch drei Tage und Nächte. – Trotz des friedlichen Verlaufs der Aktion waren 600 Bullen aller Gattungen (einschließlich fliegender) dabei.

Rocky Flats liegt nur 48 km von der Landeshauptstadt Denver (1,5 Millionen Einwohner) entfernt – und nur 19 km von Boulder (100.000 Einwohner). Das Werk gehört der Rockwell International, die schon während des Vietnamkrieges reichlich mitverdienen konnte. Inzwischen ist Rocky Flats als Produktionsstätte von Hauptbestandteilen der Neutronenbombe vorgesehen („Workers World", 12.5.78).

Boston. Hundert Schwule festgenommen

Über hundert Männer gingen in einer öffentlichen Bücherei im vergangenen Monat in die Falle, nachdem die Bostoner Polizei eine Kampagne zur Verfolgung und Einschüchterung von Schwulen einleitete. Im März wies Bostons Polizeichef Joseph M. Jordan seine Bullen an, sowohl Männer als auch Frauen im Falle von Prostitution „gleichberechtigt" zu verfolgen. Was er damit wirklich meinte, war die Eröffnung einer Jagd auf Schwule.

Inzwischen wurden in der Boston Public Library, der städtischen Zentralbücherei, fortlaufend Männer an-

Inzwischen wurden in der Boston Public Library, der städtischen Zentralbücherei, fortlaufend Männer an-

gesprochen und angeflachst, und zwar durch Zivilbullen, und anschließend festgenommen wegen „Prostitution" oder „unsittlichen Verhaltens". In einem Fall sprach ein Beamter einen Mann an und fragte ihn, ob er daran interessiert wäre, „sich miteinander die Zeit zu vertreiben". Als der Mann nein sagte, fragte der Beamte: „*Aber Sie sind doch schwul?*" Der Mann antwortete: „*Ja, aber ich bin nicht interessiert!*" Daraufhin nahm ihn der Beamte fest wegen „offener und schwerer Unsittlichkeit" („Torch", 15.4.78). Und so machte es derselbe Beamte in zahlreichen weiteren Fällen. Die Bostoner Polizei nutzt diese Fallenstellertaktik, um ein für allemal klarzumachen, daß die Schwulen nirgends sonst als im Dunkel der „Klappen" leben dürfen; und selbst dann gibt es noch Wege, sie zu verfolgen. Offensichtlich werden einige der Anzeigen vom Gericht niedergeschlagen werden, weil sie unrechtmäßig zustandegekommen sind. Aber in vielen Fällen werden die Männer sich hüten, durch Einsprüche oder gar Revision zuviel Aufsehen zu erregen, um zu verhindern, daß ihre Arbeitgeber, ihre Familien und Freunde von ihrem Schwulsein erfahren. Diese Leute werden dann eine Vorstrafe haben – nicht weil sie eine Straftat begangen haben, sondern weil sie schwul sind!

•••

Schwulenhatz auch in Cincinatti

Wie in Boston ist es auch in Cincinatti, Ohio, zu Massenverhaftungen und verstärkter Verfolgung von Schwulen durch die Polizei gekommen: 68 Männer wurden Anfang

und verstärkter Verfolgung von Schwulen durch die Polizei gekommen: 68 Männer wurden Anfang

April verhaftet!

Zuerst schlug die Polizei gegen solche, die den weitverbreiteten Vorurteilen über schwules Aussehen und Verhalten entsprachen, nachdem sie durch persönliche Überwachung „Erkenntnisse" gesammelt hatte. Nachdem dabei fünf nichtschwule Männer verhaftet wurden, gingen die Bullen dazu über, ihre – natürlich zivil gewandeten – Körper sprechen zu lassen, um weitere Schwule zu entlarven. Dabei scheuten sie auch nicht vor schwerer Einschüchterung und gar Gewaltanwendung zurück. Auch lesbische Frauen wurden von der Polizei verfolgt und angegriffen. Einer der Parks, in denen die Männer verhaftet wurden, ist ein berüchtigter Ort der Gewalt gegen Frauen – Vergewaltigungen und sogar Mord. Die Polizei – die eine 10-Mann-Sondertruppe bildete – kümmert sich jedoch mehr um die Klappen auf der Suche nach „Verbrechen ohne Opfer" als um den Schutz der Frauen („Socialist Worker", Mai 78).

Watergate: absolut „authentisch" . . .

Nachdem nun Haldeman, Ehrlichman, Dean, Bernstein, Woodward und Theodor White jeweils eine WATERGATE-MEMOIRE geschrieben haben, kommt nun ein Buch von dem Mann, der dieses Gangstersyndikat einst anleitete: Richard Nixon.

„*Für die kommenden Generationen, Lehrer, Historiker und Psychologen, sind die ‚Memoirs' ein unerläßlicher Bestandteil für ein ausgewogenes Verständnis der Nixon-Periode*".

So ein Werbezettel des Verlegers. Und während er unser Verständnis ausweigt, macht Nixon Geld! Neben dem Verkauf der einfachen Ausgabe des 1.200 Seiten-Buches zu Dollar 19,95 bietet der Verlag Grosset und Dunlap Sonderausgaben zu 50 und 250 Dollar an. Während die 50-Dollar-Ausgabe ein Lederetui und eine Spezialbindung erhält, können Liebhaber des Vollkommenen die ledergebundene, mit 22-Karat-Goldaufdruck versehene Ausgabe mit Nixons persönlichem Autogramm und einem Echtheitszeugnis bekommen – um auch ganz sicher zu sein...



Nixon-Memoiren

Behörden wollen Frauenorganisation in die Knie zwingen

Die US-Bundesstaaten Missouri und Nevada haben Anklage erhoben gegen die „National Organization for Women" (Nationale Frauenorganisation – NOW) auf der Grundlage des Sherman-Anti-Trust-Gesetzes! Sie klagen NOW an, eine „Verschwörung" mit anderen Organisationen durchgeführt zu haben, um die Staaten wirtschaftlich zu schädigen

NOW hat aufgerufen zu einem Boykott gegen alle Staaten, die noch nicht das Equal Rights Amendment (Gleichberechtigungszusatz zur Verfassung – ERA) unterzeichnet haben und fordert Personen und Organisationen auf, in diesen Staaten keinen Urlaub und keine Veranstaltungen zu machen. „*Der Boykott ist keine Verschwörung zur Beeinträchtigung der Wirtschaft, weil wir nicht den geringsten Gewinn aus dem Boykott ziehen*", sagte Sandra Porter, die im NOW-Action-Centre den Boykott anleitet. „*Ein Boykott ist eine traditionelle politische Taktik, Grundbestandteil der Massenbewegung. Verfahren wie diese waren noch nie das geeignete Mittel gegen einen Boykott. Es ist einfach ein Mittel, um NOW kleinzukriegen.*"

Die Verfahren gegen NOW sind ein Zeichen für die Wirksamkeit des Boykotts. So hat z.B. die American Nurses Association (US-Schwestern-Verband) alle Pläne zurückgezogen, ihre Verbandstagung 1981, zu der 15.000 Mitglieder erwartet werden, in Kansas City (Missouri) durchzuführen.

Freiheit für Sid Welsh !

Sid Welsh, ein Aktivist der Indianerbewegung (AIM), aus San Francisco sieht einem neuen Verfahren wegen illegalen Besitzes eines Sprengkörpers entgegen. Im ersten Verfahren im Mai '76 wurde er aufgrund einer konstruierten Anklage schuldig gesprochen. Wiederholt beantragte die Verteidigung die Einstellung des Verfahrens, denn der Sprengkörper, den Welsh angeblich hatte, wurde von den Bullen frech als „verloren" gemeldet. Trotzdem erdreistete sich die Anklage, der Jury einzureden, daß Welsh – weil er ein Militanter sei – den Sprengkörper besessen haben k ö n n t e. Fünf Jahre Knast waren die Folge; doch das Gericht nahm angesichts der Zweilichtigkeit des Verfahrens sofort die Berufung der Verteidigung an („Torch", 15.4.78).

Für den zweiten Prozeß werden Solidaritätsbekundungen aller Art erbeten:

Sid Welsh Defense Fund
c/o Native American Defense Fund
225 Valencia Street
San Francisco, CA 94110 USA



lateinamerika

Argentinien 78: Fußball ja — Folter nein!

„Du und die Streitkräfte haben es möglich gemacht — Weltmeisterschaft 78".

Mit diesem Spruch, der in Mar del Plata in Schaufenstern, Restaurants usw. hängt, wirbt die Junta um Sympathie und beschwört die angebliche Einheit von Volk und Streitkräften.

Das gleiche hat Videla der argentinischen Mannschaft bei einem Empfang zur „Einstimmung" auf die WM anempfohlen: *„Sieger des Turniers, Sieger der Ritterlichkeit, Sieger in der Freundschaft, die ihr unseren Besuchern erweisen sollt, und die Ausdruck der menschlichen Qualität des Argentiniers sein soll"* („FR", 31.5.78).



Fußball ala Argentinien: Foto von Sommer 1977 anläßlich des Fußball- Länderspiels Argentinien-BRD

Fußball ala Argentinien: Foto von Sommer 1977 anläßlich des Fußball- Länderspiels Argentinien-BRD

Damit das Bild vom freundlichen Argentinier, der mit „seinen" Streitkräften diese WM möglich gemacht hat, ungetrübt über die Sender flimmert, sind die Kameraleute schärftstens angewiesen worden, keine Bilder aus dem Publikum in den Stadien aufzunehmen, um die Sendung möglicher Protestaktionen zu verhindern. Gegen die teilweise recht objektive Berichterstattung über die Zustände in Argentinien in europäischen Medien sind die Militärs in die Offensive gegangen. Der Gouverneur der Provinz Buenos Aires hat diese Berichterstattung und die Initiativen von amnesty international als böswillige Verleumndungskampagnen bezeichnet und die Auffasssung der argentinischen Militärs über Menschenrechte offensiv vertreten: *„Während wir von Regierungen getadelt werden, die Führer des Westens sein sollten, haben Länder, die vorgebliche Verletzungen der Menschenrechte verdammen, Gesetze verabschiedet, die den Schwangerschaftsabbruch legalisieren. Dies bedeutet eine Verletzung des fundamentalsten Menschenrechts."* Und weiter wird völlig ungeniert das „Modell Argentinien" zur Bekämpfung des „internationalen Terrorismus" propagiert: *„Erst jetzt machen sich europäische Parlamente um den internationalen Terrorismus Sorgen....... Der von Terroristen ermordete Aldo Moro hätte ebenso wie andere Opfer zu Lebzeiten geschützt und nicht erst nach dem Tode betrauert werden sollen, denn viele, die für seine Seele beteten, schützten Terroristen auf ihrem Gebiet"* („SZ", 30.5.78).

Erste größere Aufregung gab es dann über den recht informativen und objektiven Kommentar bei der ARD-Übertragung der Eröffnungszeremonie.

„Klein muß jetzt untertauchen", das war die reißerische, aber nicht ganz unrealistische Überschrift der „Morgenpost" zu dem Artikel über den umstrittenen Kommentar. Einige Informationen über die Lage in Argentinien provozierten bereits die Forderung nach Ausweisung der Kommentatoren Klein und Reimers. Die argentinische Botschaft in Bonn und der westdeutsche Konsul in Cordoba mußten eingeschaltet werden, um „größere diplomatische Verwicklungen" zu verhindern. Einige Kenntnis über die Situation in Argentinien bewies der Chef des ARD-Teams, der um die Unversehrtheit seiner Mitarbeiter fürchtete, er riet dem Kommentator Klein, in Ascochinga zu bleiben: *„Dort in der Nähe des deutschen WM-Quartiers sei seine Sicherheit am besten zu gewährleisten"* („Morgenpost", 6.6.78). Die reichlich makabre Ironie der Angelegenheit liegt darin, daß Klein ausgerechnet von den Bewachern der westdeutschen Elf, d.h. GSG9-Bullen, vor deren argentinischen Kollegen geschützt werden muß. Die ganze Angelegenheit zog immerhin solche Kreise, daß auch Bundestrainer Schön sich Sorgen machen mußte — natürlich nur im rein sportlichen Sinne: *„Hoffentlich bekommen wir die antideutsche Stimmung nicht beim Spiel gegen Mexiko zu spüren."*



Frankreich rausgeflogen — Schade

Von einer derartigen Borniertheit, wie Schön sie in diesem Fall wieder gezeigt hat, hat sich das französische Team in beachtlicher Weise abgegrenzt. Der Manager der französischen Mannschaft, Michael Hidalgo, hatte vor der Abreise versichert, daß man sich bemühen wolle, internationale Organisationen für die Interessen der Verschwundenen und politischen Gefangenen einzusetzen. Außerdem hat er ein Treffen mit den Angehörigen der 22 in Argentinien verschwundenen französischen Staatsbürger durchgeführt. Und der Kapitän der französischen Mannschaft, Michel Platini, hatte versichert, daß das französische Team alles tun werde, was möglich sei, um Menschenrechte und Demokratie in Argentinien durchzusetzen („Guardian", 25.5.78).

Nach Berichten des französischen Fernsehens soll es der Delegation tatsächlich gelungen sein, Aufklärung über das Schicksal eines Teils der Verschwundenen zu erreichen. Namen und Verbleib von 17 Franzosen sollen in den nächsten Tagen veröffentlicht werden, möglicherweise könnten auch einige Freilassungen durchgesetzt werden! Immerhin ein beträchtlicher Erfolg für die breite Solidaritätsbewegung in Frankreich, ohne deren Druck sicher nicht solche Angstrengungen unternommen worden wären! („SZ", 7.6.78).

Weitere Solidaritätsaktionen

— Das Hearing vom 25.5. in Brüssel, das von der sozialistischen (sozialdemokratischen) Fraktion des Europaparlaments einberufen — von den Christdemokraten und Konservativen abgelehnt worden war, brachte zumindest noch einmal ein eindrückliches Bild vom Alltag in Argentinien. Es sprachen neben Vertretern von amnesty und der Internationalen Juristenkommission auch Opfer der Folter: Patrick Rice, der als Priester in den Slums von Buenos Aires gearbeitet hatte, Veronica Handl-Alvarez bat vor allem um Unterstützung für die Tausende von immer noch inhaftierten Frauen. Aus der BRD war Ernst Käsemann angereist, der über den Mord an seiner Tochter im vorigen Jahr berichtete und vor allem die juntafreundliche Haltung der westdeutschen Dienststellen anklagte. (Die BRD-Botschaft in Argentinien hatte sich zögernd bis gar nicht für Freilassung von Elisabeth Käsemann eingesetzt und selbst nach ihrer brutalen Ermordung kaum Anstrengungen für eine Aufklärung des Falles gemacht).

Ein ehemaliger Senator und Präsidentschaftskandidat der konservativen Partei aus Uruguay kam nach Brüssel, um der von der Junta verbreiteten Version von einer marxistischen und subversiven Verschwörung entgegenzutreten. Berechtigt nahm er an, daß man ihm als politisch eher Konservativen und in keiner Weise Linksverdächtigen eher Glauben schenken werde. Selbst der US-Kongreß hielt es für geraten, einen Vertreter zum Hearing zu entsenden. Ergebnisse gab es natürlich fast keine. Es wurde überlegt (!), ob man nicht die Weltbank auffordern solle, Argentinien keine billigen (!) Kredite mehr zu geben. Immerhin soll eine Untersuchungskommission aus europäischen und nordamerikanischen Parlamentsvertretern nach Argentinien entsandt werden („Vorwärts", 1.6.78).

— Eine bemerkenswerte Initiative kam aus Baden—Württemberg. Die „Aktion Partnerschaft 3. Welt", amnesty, CVJM, Deutsche Friedensgesellschaft und „Terre des Hommes" haben in einem gemeinsamen offenen Brief von der Landesregierung gefordert, politisch verfolgte Argentinier in Baden-Württemberg aufzunehmen und damit *„beispielgebend auf die anderen Bundesländer zu wirken"* („SZ", 8.6.78).

— Außer den Jungdemokraten haben die Junge Union (!), der RCDS und die CDU-Sozialausschüsse in Bonn gegen die Menschenrechtsverletzungen in Argentinien protestiert und sich ausdrücklich für die Initiativen und Forderungen von amnesty international ausgesprochen („SZ", 1.6.78).

Demonstration in Buenos Aires/ Erste Montonero—Aktion

Während des ersten Spiels der WM demonstrierten in Buenos Aires (nach offiziellen Angeben) über 100 Angehörige von Verschwundenen (vergl. im AK 130 den Aufruf der Frauen von Verschwundenen). Hauptforderung war Aufklärung über das Schicksal der vermißten Familienangehörigen. Die Polizei wies zwar darauf hin, daß die Demonstration verboten sei, schritt aber angesichts der anwesenden und filmenden internationalen Journalisten nicht ein.

Den Montoneros ist es beim Spiel Argentinien—Frankreich gelungen, für 13 Minuten den regulären Ton aus der Übertragung wegzublenden und mit einem starken Sender eine Montonero-Erklärung zu verbreiten. Entsprechend der Leitlinie der Montoneros, die WM selbst nicht zu stören, wurde der Aufruf während des Zeremoniells vor Spielbeginn, nicht aber während des Spiels selbst, eingeblendet.

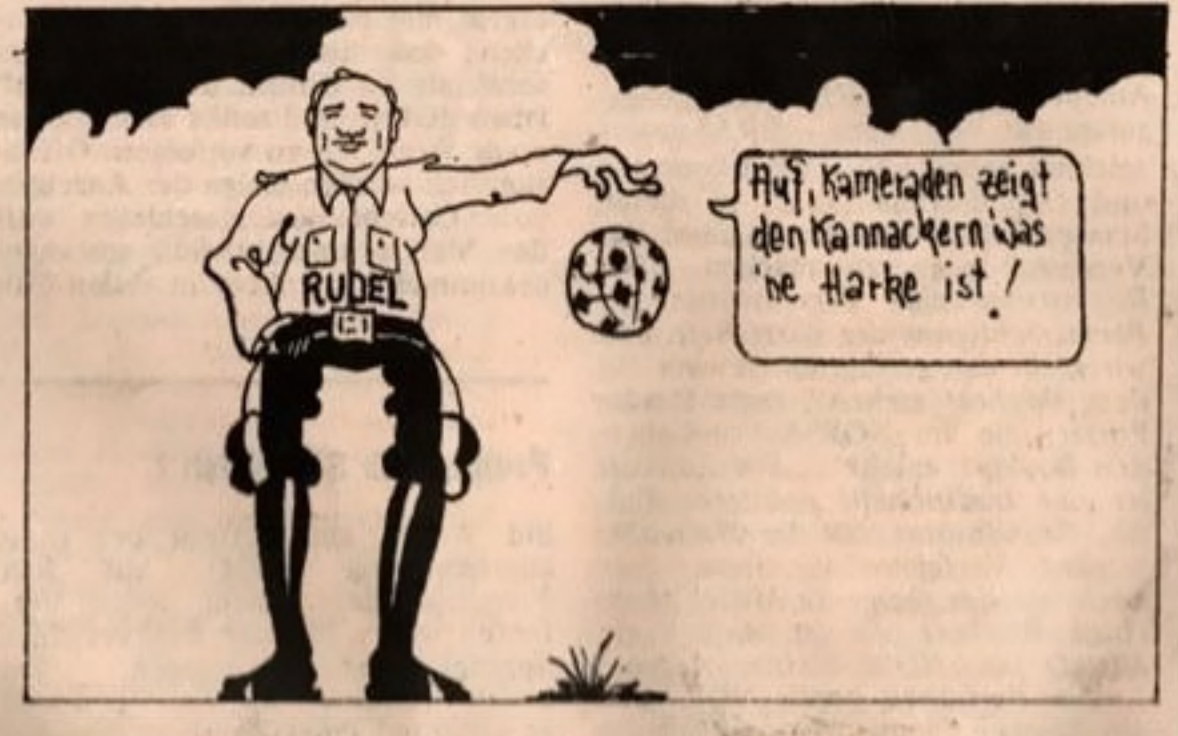
Lateinamerika-Kommission

Nazi-Oberst Rudel im Trainingslager der BRD-Nationalmannschaft

Am 7. Juni stattete Rudel, höchstdekorierter Soldat Hitlers und heutiger Starredner auf Großveranstaltungen des „Nationalzeitungs"-Herausgebers G. Frey, dem BRD-Camp in Argentinien einen Besuch ab: *„Ich bin hier als Tourist, und weil ich Fußballanhänger bin, wollte ich natürlich einmal zur deutschen Mannschaft".* Immerhin ist das Camp streng bewacht und nur mit Sonderausweisen zu betreten!

Auf dem Gelände nahm Rudel die Gelegenheit wahr, Journalisten ein Interview zu geben (*„Man kann in Deutschland nicht mehr die Wahrheit sagen ... Anschließend gehe ich nach Südafrika, bevor das kommunistisch wird, so wie die Bundesrepublik"*), um anschließend in dem Trakt, in dem Funktionäre und Spieler essen und die Journalisten sich aufhalten, ebenfalls eine Erfrischung zu sich zu nehmen.

DFB-Vizepräsident Otto Andres, zu dem Zeitpunkt „Boß" des Camps, gab sich erschrocken, als er von Journalisten auf diese Merkwürdigkeiten angesprochen wurde. Nach einigen Erkundungen beruhigte er: *„Wir haben mit der Sache nichts zu tun. Den hat der Kommandant hier reingelassen. Wir wußten von nichts!"* Sprach's und ließ Rudel weiter speisen.



Das Lager ist normalerweise ein Erholungs- und Ferienquartier für hohe Offiziere der argentinischen Luftwaffe, und zu denen hat Rudel die besten Kontakte: Nach 1945 hatte er den Argentiniern seine Erfahrungen als Stuka-Flieger und Oberst zur Verfügung gestellt („Frankfurter Rundschau", 9.6.78).

Widerstand in Argentinien — Ein Vertreter der cgtr in Hamburg

ImRahmen der erfolgreichen Veranstaltungsreihe des COSAL (Komitee zur Solidarität mit Argentinien und Lateinamerika), deren Schwerpunkt auf der Information über Menschenrechtsverletzungen in Argentinien lag, fand eine Veranstaltung mit Vertretern der politischen bzw. gewerkschaftlichen Opposition Argentiniens statt. Gekommen war ein Vertreter der PST (Sozialistische Arbeiterpartei, IV. Internationale) und ein Vertreter der CGTR, der 1976 von der Montoneropartei gegründeten Gewerkschaften im Widerstand. Ein Vertreter der PRT kam leider nicht, was wohl im Zusammenhang zu sehen ist mit der Tatsache, daß die PRT bereits seit längerer Zeit auf ein selbständiges Auftreten im Ausland und selbständige Veröffentlichungen weitgehend verzichtet hat. Hier einige der zentralen Aussagen der CGTR, die zu einer der wesentlichen Kräfte des argentinischen Widerstands geworden ist.

Strategie des US-Imperialismus

Der Putsch in Argentinien von 1976 wird von der CGTR im Rahmen der US-imperialistischen Lateinamerikapolitik gesehen, die mit dem Putsch 1964 in Brasilien begann und über eine Serie von Putschen (Bolivien, Uruguay) bis zu denen in Chile von 1973 und Argentinien von 1976 reicht. Die im Rahmen dieser Politik eingesetzten Militärregimes sind alle darauf ausgerichtet, den Kampf gegen die Subversion, d.h. den vernichtenden Kampf gegen die Arbeiterbewegungen zu führen. Heute, nach den Niederlagen in Indochina und Afrika, verfolgt der US-Imperialismus teilweise eine neue Taktik in Lateinamerika. Die Länder, die im imperialistischen Sinne demokratisierbar sind, sollen eine bürgerlich demokratische und weniger blutige Fassade bekommen, natürlich immer unter dem Vorzeichen, daß die Niederhaltung der Arbeiterbewegungen gewährleistet bleibt. Aus diesem Aspekt ergibt sich die Einschätzung der CGTR, daß der US-Imperialismus in Ländern wie Nicaragua oder der Dominikanischen Republik eine begrenzte demokratische „Öffnung" zulassen wird bzw. sogar befürwortet. (Vergl. zur Dominikanischen Republik, AK 130, Carter bestand mit recht massiven Drohungen darauf, daß die Wahlen ordnungsgemäß durchgeführt und das Ergebnis, das die bürgerliche Opposition zum Wahlsieger machte, anerkannt wurde. Möglicherweise könnten – laut CGTR – auch Länder wie Chile oder Peru zu den demokratisierbaren Ländern gehören, jedoch nicht Argentinien und Brasilien. Zum einen wegen ihrer besonderen wirtschaftlichen und politischen Bedeutung für den ganzen Kontinent (Brasilien),
wegen ihrer besonderen wirtschaftlichen und politischen Bedeutung für den ganzen Kontinent (Brasilien),
zum anderen wegen der besonderen Kampfstärke der Arbeiterbewegung (Argentinien), die in der Vergangenheit immer wieder bewiesen hat, daß sie jeden demokratischen Spielraum für ihre Interessen zu nutzen weiß.

Die Stärke der argentinischen Arbeiterbewegung macht auch die Besonderheit der imperialistischen Schwierigkeiten in Argentinien aus, die immer wieder mit brutalster Repression gelöst werden sollen.

Repression und Widerstand nach dem Putsch

Der Putsch von Videla war bereits unter der Regierung Isabel Peron systematisch vorbereitet worden (Ausbau des Polizei- und Militärapparates, Aufbau der faschistischen Banden, Auflösung von gewerkschaftlichen Organisationen, usw.) und wurde dann mit entsprechender Brutalität durchgeführt: 5000 Betriebsgewerkschaften wurden aufgelöst, 100 000 Vertrauensleute für illegal erklärt. Ganze Belegschaften wurden verschleppt oder vertrieben. Bergarbeiter aus der Sierra Grande wurden z.B. mit Lastwagen 800 km weit weggefahren, um ihre Kampfkraft und ihren organisatorischen Zusammenhalt zu zerstören, ähnliches geschah mit Zuckerarbeitern in Tucuman. In einzelnen Betrieben wurden bis zu 200 Gewerkschafter ermordet. In Rosario/Santa Fe wurden ganze Betriebe bei Schichtwechsel von Militärs umstellt und die gesamte Belegschaft verhaftet oder verschleppt. Gleichzeitig begann die systematische Verelendungspolitik. Das Lohnniveau ist heute auf dem Stand von 1920 abgesunken. Ei. „guter" Monatslohn liegt bei 250,– DM, eine billige Miete beträgt schon 100,– DM, Preise für Lebensmittel, Kleidung usw. sind etwa mit unseren vergleichbar. Das bedeutet also schon ein Leben unter dem Existenzminimum, hinzu kommt aber, daß in fast allen Bereichen Kurzarbeit herrscht, die Textilindustrie z.B. hat alle Arbeiter ausgesperrt.

Trotz dieser Angewiesenheit auf den Arbeitsplatz und trotz der mörderischen Repression hat der Widerstand in den Betrieben, anders als z.B. in Chile, sofort nach dem Putsch begonnen. Zw–r waren die Widerstandsaktionen zersplittert und fanden in unauffälligeren Formen statt, aber Bummelarbeit, Produktionsminderung, Sabotage wurden unter Lebensgefahr durchgeführt. Bereits 1 1/2 Jahre nach dem Putsch führte die argentinische Arbeiterbewegung wieder breite Kampfaktionen durch. Bei den Streiks im vorigen Herbst in der Energie- und Metallindustrie und bei den öffentlichen Verkehrsbetrieben waren an die fünf Millionen Menschen im Ausstand (nach Angaben der internationalen Arbeitsorganisation).

Aufgaben der CGTR

Aufgaben der CGTR

Die argentinischen Gewerkschaften wurden bereits vor und in verstärkter Weise nach dem Putsch unter militärische Verwaltung gestellt oder teilweise ganz aufgelöst, dies, obwohl große Teile der Gewerkschaftsbürokratie ganz im Sinne der Junta und des Imperialismus gearbeitet haben. Die Gewerkschaftsbürokratie hat teilweise aktiv am Aufbau der faschistischen staatlichen Banden mitgewirkt, sie hat in bester Mafia-Tradition über eigene Kommandos verfügt, deren Aufgabe der Kampf gegen oppositionelle Strömungen in den Gewerkschaften war. Ein Teil der Gewerkschaftsführer hat sich rechtzeitig vor oder gleich nach dem Putsch mitsamt ihrer durch Korruption erworbenen Vermögen ins Ausland abgesetzt. Ein anderer Teil versucht, durch Unterstützung der Kämpfe gegen die Junta den Einfluß auf die Massen zu halten. Die argentinische Gewerkschaftsbewegung ist von Peron während seiner ersten Regierungszeit Anfang der 50er Jahre aufgebaut worden und war immer an die peronistische Ideologie gebunden und von einer peronistischen Bürokratie beherrscht, die es aber immer wieder verstanden hat, auf den Druck der Massen so weit einzugehen, daß ihr Einfluß nicht beseitigt werden konnte.

Die CGTR versteht sich nicht als Alternative zu den traditionellen peronistischen Gewerkschaften (mit dem Dachverband CGT). Sie sieht es vielmehr als ihre Aufgabe an, die gegen die Bürokratie gerichteten, oppositionellen Kräfte zusammenzufassen und eine starke linke Opposition innerhalb der CGT aufzubauen. Dies ist unter den gegenwärtigen Bedingungen, wo bereits Treffen von 2–3 Personen eine Gefährdung darstellen, wo der gesamte Apparat in völliger Illegalität arbeiten muß, eine besonders schwierige Aufgabe. Trotzdem kann die CGTR bereits bemerkenswerte Erfolge aufweisen. In den Streiks im Herbst letzten Jahres verfügte sie über relativ großen Einfluß, die rechtsperonistischen Gewerkschaftsbürokraten sind gezwungen, die Kämpfe für Lohnerhöhungen und Gewerkschaftsfreiheit mitzutragen und die CGTR anzuerkennen. Die CGTR erhält Unterstützung von italienischen und französischen Gewerkschaften und wird hier von den Jusos anerkannt und unterstützt.

CGTR und Peronismus

Widersprüchlich erscheint uns das Verhältnis der CGTR zum Peronismus. Die CGTR wurde – wie erwähnt – von der Montoneropartei gegründet, die sich nach wie vor auf den Peronismus beruft. Beide Organisationen vertreten dabei den sicher richtigen Standpunkt, daß der Peronismus nie eine einheitliche Bewegung war, sondern von Anfang an verschiedene Strömungen umfaßte: die Strömung, die offen für den Ausverkauf an den Imperialismus eintrat
verschiedene Strömungen umfaßte: die Strömung, die offen für den Ausverkauf an den Imperialismus eintrat
(wie die verkommenste Gewerkschaftsmafia, Lopez Rega etc.), eine Strömung, die auf Perons frühes Konzept von der Entwicklung der nationalen Industrie mit einem gewissen Freiraum vom Imperialismus setzte und schließlich die Strömung, die schon in den 60er Jahren für eine Arbeiter- und Volksregierung eintrat und sich in etwa am kubanischen Modell vom Aufbau des Sozialsmus orientiert. Mit dieser letzten Richtung identifizieren Kräfte wie die Montoneros und CGTR, ohne aber einen offensiven ideologischen Kampf für den Sozialismus zu führen. Als „Beweis" für die sozialistische Orientierung der Montoneropartei wird z.B. angeführt, daß Dorticos (Präsident Cubas) und Allende (Chile) bei der Amtseinführung der linksperonistischen Regierung Campora 1973 anwesend waren. Andererseits werden recht verschwommene programmatische Aussagen über das Ziel einer Volksregierung unter Beteiligung der kleinen und mittleren Bourgeoisie nie präzisiert. Die marxistische Begrifflichkeit sei von der KPA seit Jahren monopolisiert. Die politische Verkommenheit der KPA (Unterstützung für Videla) habe auch Begriffe wie Sozialismus, Diktatur des Proletariats etc. in Mißkredit gebracht. Deswegen könne man damit keine Agitation und Politik machen, vielmehr komme es darauf an, die revolutionären Positionen inhaltlich und im Kampf zu verankern. Welche Positionen gemeint sind, und *wie* sie verankert werden sollen, wird aber nichterläutert. Uns scheint, daß hier noch kein *konsequenter* Bruch mit der peronistischen Ideologie vollzogen wurde. Sicherlich liegt heute der Schwerpunkt auf dem Kampf gegen die Diktatur, aber die Bedeutung des politisch-ideologischen Kampfes in und um die Arbeiterbewegung wird erheblich unterschätzt.

Lateinamerika–Kommission

BDI in Argentinien – sehr zufrieden

Kurz vor Beginn der WM besuchte bereits eine westdeutsche „Mannschaft" Argentinien, eine Delegation des Bundesverbandes der deutschen Industrie (BDI) unter Leitung ihres Präsidenten Sohl. 19 Vertreter von führenden Industrieunternehmen und Banken nahmen *„einen positiven Eindruck von der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in Argentinien seit der Regierungsübernahme durch die Streitkräfte"* mit nach Hause („Nachrichten für Außenhandel", „NfA", 11.5.78). Dieser Besuch überrascht eigentlich nicht. Schließlich war der argentinische Wirtschaftsminister und Verantwortliche für die Verelendungspolitik, Martinez de Hoz, bereits im Juli '76 und im Oktober '77 zu Gesprächen in der BRD.

- Die Firma Siemens liefert für 50 Mio. DM neue Telefonleitungen, die teilweise bereits zur WM fertig waren (Siemens-Argentina sollte noch 75 teilweise verstaatlicht werden – nach dem Putsch war diese „Gefahr" vorbei);
- Bereits 1976 erhielt die Junta einen Kredit von über 90 Mio. Dollar von einem Konsortium von 19 Banken;
- Die Kraftwerksunion (KWU) schloß einen Vertrag über 80 Mio. DM für die Lieferung von Kernbrennstoffen an den von Siemens und AEG mitgebauten Atommeiler Atucha;
- Anfang des Jahres gewährte die Bundesregierung eine Ausfallbürgschaft für die Lieferung von U-Booten an die Junta;
- Zur Zeit führt die KWU Gespräche über ein Atomgeschäft mit Argentinien von „brasilianischen Ausmaßen". Es geht um die Lieferung eines Natur-Uran-Reaktors von 600 Mega-
tinien von „brasilianischen Ausmaßen". Es geht um die Lieferung eines Natur-Uran-Reaktors von 600 Mega-
watt.

Dem weiteren Ausbau dieser Geschäftsverbindungen diente der Besuch der BDI-Delegation, die insgesamt recht zufrieden war: *„Trotz des konjunkturellen Einbruchs und der zunehmenden Inflation hätte der BDI-Besuch nicht günstiger ausfallen können"*, dies aus mehreren Gründen:

„Die Lohnkosten liegen vor allem im Vergleich zur BRD sehr niedrig, die Besteuerung ist ebenfalls gering", die starke deutsche Kolonie in Argentinien erleichtert die Entsendung von deutschem Stammpersonal, das rechtliche Instrumentarium der Junta mit *„Gesetzen über Technologietransfer, Aufhebung der Enteignung ausländischer Unternehmen, Öffnung der Erdölwirtschaft für ausländische Beteiligungen"* ist sehr verheißungsvoll. Wesentlich für die Delegation scheint gewesen zu sein, daß sie sich von einer *„zumindest mittelfristig gewährleisteten politischen Stabilität"* und einer Kontinuität der liberalen Wirtschaftspolitik überzeugen konnte. *„Die seit dem Regierungswechsel vor 2 Jahren vollzogene Abkehr von einem immer stärker werdenden Dirigismus hin zur Marktwirtschaft ist trotz noch vorhandener Probleme um so bemerkenswerter, als sie innerhalb einer so kurzen Zeit stattfand"*. Sorge bereitete vor allem die Frage, ob die *„politischen Verhältnisse stabil"* zu halten und wie das Problem der *„bislang übermächtigen Gewerkschaften"* zu lösen ist.

Gefordert wurden deswegen umfangreichere Bürgschaften von der Bundesregierung, und insgesamt setzt man offensichtlich einiges Vertrauen in Videla. Jedenfalls äußerte sich die Delegation zufrieden darüber, daß Videla nach seinem Ausscheiden als Chef des Heeres bis 1981 Staatschef bleiben soll.
Videla nach seinem Ausscheiden als Chef des Heeres bis 1981 Staatschef bleiben soll.

Keine Kredite für die Junta!
Keine Waffen für die Junta!

Lateinamerikakommission

Chile: „Wir werden sie finden" — Angehörige kämpfen für verschwundene Kämpfer

..r bereits im letzten AK berich..en befinden sich seit zwei Wochen Angehörige der verschwundenen Widerstandskämpfer in Chile im Hungerstreik.

Begonnen hatte diese Aktion mit 65 Angehörigen, die in verschiedenen Kirchen, im Sitz des Roten Kreuzes und im Unicef Gebäude in Santiago mit dem Hungerstreik begonnen hatten. Sie stellten die Forderung, daß endlich das Schicksal ihrer Angehörigen geklärt werden sollte. Sie erklärten: *„Seit unserem ersten Hungerstreik, der das Ziel hatte, die Schicksale unserer verschwundenen Angehörigen aufzuklären, ist inzwischen ein Jahr vergangen ... Dieses war ein weiteres Jahr voll angstvollem Warten und voller Kämpfe ohne Ausruhen. Der letzte Streik endete mit dem Versprechen General Pinochets vor dem Generalsekretär der Vereinten Nationen und vor der internationalen Öffentlichkeit, zumindest einen Teil der Fälle aufzuklären. Aber dieses Versprechen der Militärregierung ist, wie so manch anderes, nicht eingelöst worden ...*

Wir können keine weiteren Greuel hinnehmen, wir können nicht länger warten. Wir erklären den Hungerstreik in der Überzeugung, daß dieses Mittel, nämlich unser Leben auf's Spiel zu setzen, die Liebe beweisen kann, die wir für unsere Angehörigen empfinden, und das es uns möglich wird, sie wiederzufinden und die Wahrheit ausfindig zu machen ...

Unsere Angehörigen, Frauen und Männer unseres Volkes, kamen aus verschiedenen Schichten und hatten verschiedene Lebensbedingungen, Berufe und Beschäftigungen, sie hatten aber eins gemeinsam, ihre Ideologie und Zugehörigkeit zu politischen Parteien, die heute verboten sind. Auch hatten sie gemeinsam die Liebe zur Familie und Sache der Arbeiterklasse; dort haben sie gemeinsam gehandelt und gearbeitet. Sie haben die gleichen Rechte wie alle Chilenen!

Unser Kampf gilt diesen Rechten, gilt der Ehre unseres Landes und der Würde der Menschen.

Für Frieden, Freiheit und Leben!
Wir werden sie finden!"

Obwohl z.B. die drei Kapellen in Santiago sofort nach Beginn des Hungerstreiks hermetisch abgeriegelt wurden und auch ein sonstiger Kontakt zur Bevölkerung unmöglich gemacht werden sollte, (EPL-Meldung v. 24.5.78) weitete der Streik sich schnell aus!

So schlossen sich bereits in der ersten Woche sieben Priester und sechs Nonnen dem Hungerstreik an. Aber auch Chilenen aus anderen halblegalen Organisationen, außer der Vereinigung der Angehörigen der Verschwundenen schlossen sich an. So beteiligen sich mittlerweile insgesamt zweihundert Menschen an der Aktion, u.a. Vertreter der Arbeitslosenkomitees und der Volksküchen. Auch die politischen Gefangenen sind in den Hungerstreik getreten. Außerdem haben sich diese Widerstandsaktionen auf Concepcion und Valparaiso ausgedehnt.

Die Koordinierung der Gewerkschaftsverbände, deren Führer mehrheitlich der Christdemokratie nahestehen, hat sich mit der Aktion solidarisiert.

Durch die Ausweitung dieses Widerstandes auch auf andere Bereiche hat sich auch der Forderungskomplex erweitert. Wurde anfangs lediglich Auskunft über das Schicksal der 2500 Verschwundenen gefordert, verlangen die Hungerstreikenden jetzt auch die vollständige Amnestie der politisch Verfolgten. (keine zahlenmäßige Einschränkung, Wahl des Aufenthaltsortes durch die Gefangenen etc.) und die Bestrafung der Verbrecher der DINA, die nämlich im Rahmen der Amnestie Pinochets gleich mit amnestiert wurden.

Zusätzlich zum Hungerstreik fand am 30.5. ein Schweigemarsch von Frauen der Verschwundenen statt, an dem sich ca. tausend (!) Frauen beteiligten.

Am 31.5. führten die Studenten eine Demonstration durch, bei der drei Menschen verhaftet wurden.

Außerdem fanden in vielen Kirchen „symbolische", eintägige Hungerstreiks statt.

Die Kirche hat die Aktionen in ihren Räumen erstmal als berechtigt angesehen und ist von sich aus in Verhandlungen mit der Regierung getreten.

Nach diesen Verhandlungen hat bereits am 7.6.78 die Bischofskonferenz die Hungerstreikenden aufgefordert ihre Aktionen abzubrechen, da die Regierung nur dann zu weiteren Verhandlungen bereit sei. (FR, 9.6.78)

Dies ist nun auch am 8.6.78 geschehen. Der Hungerstreik ist für 30 Tage unterbrochen worden, damit die Junta in der Zeit genaue Auskunft über das Schicksal der Verschwundenen geben kann. (FR, 9.6.78) Sollte dies nicht der Fall sein, wird dann weiter gestreikt. Die an der Aktion beteiligten Chilenen wollen ihre Quartiere, also die Kirchen und das Unicef-Gebäude, solange nicht verlassen.

Solidarität im Ausland!

Nach langer Zeit ist es in der Chile-Solidarität wieder zu breiteren Aktionen im Ausland gekommen! In vielen Ländern kam es zu Hungerstreiks von Exilchilenen, so in Schweden, Frankreich, Kanada, Costa Rica, Panama, der BRD und vielen mehr.

In der BRD kam es in insgesamt acht Städten zu Solidaritätsstreiks, in Bonn, Düsseldorf, Stuttgart, Frankfurt, Essen, Hannover, Darmstadt und Hamburg.

Durchgeführt wurden diese Aktionen in der BRD oftmals gemeinssam von den UP-Parteien und dem MIR, unterstützt von Organisationen der BRD, wie z.B. Amnesty. In Hamburg fand, wie bereits im letzten AK berichtet, die Aktion im Gewerkschaftshaus statt und wurde auch offiziell vom DGB unterstützt, der auch auf seinem letzten Kongreß eine Erklärung zu diesem Thema verabschiedete.

Die Hungerstreikenden haben sich besonders in der BRD für einen Boykott der Junta eingesetzt, der in vielen Ländern auch von den Gewerkschaften unterstützt wird. Hier müßte der DGB z.B. Farbe bekennen, was ihm seine Chile-Solidarität wert ist; denn bisher hat er sich nicht für einen Boykott chilenischer Waren eingesetzt.

Lateinamerikakommission KB/HH



asien



Chinas Führer weiter auf Konfrontationskurs gegen die SR Vietnam

Die Auseinandersetzung zwischen der VR China und der Sozialistischen Republik Vietnam in der Frage der massenhaften Flucht, bzw. „Vertreibung" von Auslandschinesen aus Vietnam (siehe AK 130) hat sich in den letzten Tagen weiter verschärft. So hat die VR China *„zumindest einen Teil seiner Wirtschaftshilfe an Hanoi eingestellt"* (Süddeutsche Zeitung", 6.6. 78). Sogar mit dem Einsatz von chinesischen Schiffen in vietnamesische Häfen zur „Evakuierung" von Auslandschinesen wurde gedroht!

In den Stellungnahmen der chinesischen Führung wird immer wieder die „Nationalitätenfrage" in den Mittelpunkt gerückt. Die in Vietnam lebenden Chinesen (vietnamesisch: hoa) sind zu einem großen Teil vietnamesische Staatsbürger. Ein Teil besitzt chinesische Pässe.

In einem sechsseitigen Artikel der „Peking-Rundschau" vom 30.5.78 unter der Überschrift *„Geschichte und ruhmreiche Tradition der Auslandschinesen"* wird ausführlich auf die Rolle der Chinesen in den kapitalistischen Ländern, ihre besondere Ausbeutung dort und ihre Teilnahme an den Kämpfen in den jeweiligen Ländern (Oktoberrevolution, Korea-Krieg, Vietnamkrieg usw.) eingegangen. Zur Politik der VR China gegenüber den Auslandschinesen heißt es: *„Wir ermutigen die Auslandschinesen, aus freier Entscheidung die Staatsangehörigkeit ihres Aufenthaltslandes anzunehmen. Seit mehr als zwanzig Jahren haben so ziemlich viele die Staatsangehörigkeit ihrer Aufenthaltsländer angenommen und dadurch automatisch die chinesische Staatsbürgerschaft verloren. Nach der Lehre des Vorsitzenden Mao ermuntern wir konsequent alle Überseechinesen mit chinesischem Paß,* **die Gesetze und Verordnungen ihrer Aufenthaltsländer zu befolgen,** *die Sitten, Gebräuche und Religionen der einheimischen Völker zu respektieren, ihre Sprache und Schrift zu erlernen, den Großmacht-Chauvinismus zu unterbinden und bescheiden von ihnen zu lernen. Wir ermutigen sie ,* **sich dem industriellen und landwirtschaftlichen Aufbau zu widmen, zur Entwicklung der Wirtschaft und Kultur beizutragen** *und die Freundschaftsbeziehungen und die Zusammenarbeit zwischen dem Volk des Vaterlands und den Völkern der Aufenthaltsländer zu verstärken"* (Hervorhebung von uns).

Das klingt gut, steht aber offensichtlich in krassem Gegensatz zu den tatsächlichen Verhältnissen in Südvietnam. Mit keinem Wort geht die chinesische Seite hier und in anderen Veröffentlichungen auf die Umwandlung der kapitalistischen Wirtschaft in Südvietnam ein, die eine der wesentlichen Ursachen für die Flucht von Auslandschinesen ist!

Nach der Befreiung Saigons (heute Ho-Chi-Minh-Stadt) 1975 existierte der Kapitalismus in Südvietnam besonders im Handel, aber auch in kleineren Fabriken weiter. Die vietnamesische Regierung betrachtete die Auswirkungen dieses kapitalistischen Sektors als zeitweiliges „notwendiges Übel", um die Auswirkungen des Krieges überwinden zu helfen. Gleichzeitig wurde der sozialistische Sektor zügig ausgebaut. Die Kapitalisten, die ihre Tage gezählt sahen, *„trieben die Preise hoch, schütteten immer mehr verfälschte Waren auf den Markt, hamsterten Waren und Bargeld, um die Staatswirtschaft zu stören, machten falsche Angaben über die Waren, die sie lagerten und versteckten sie, um Steuern zu umgehen, verstreuten Besitz und bestachen öffentliche Bedienstete"* („Nhan Dan", nach „SWB", 7.4.78).

Ein großer Teil der Flüchtlinge, die sich in den letzten drei Jahren aus Vietnam absetzten, rekrutiert sich aus diesem Kreis.

Am 31.3. dieses Jahres wurde von der vietnamesischen Regierung beschlossen, die kapitalistischen Händler einer produktiven Beschäftigung zuzuführen. *„Dies beschränkt sich nicht darauf, jenen, die den Handel aufgegeben haben, Beschäftigung zu verschaffen, sondern, was wichtiger ist, das Ziel besteht darin, jene zu reformieren, die vorher ihren Lebensunterhalt damit verdienten, Leute auszubeuten, die wissen, wie man von eigener Arbeit lebt"* („Nhan Dan", 5.4.78, nach „SWB", 10.4.78).

Bei der arbeitenden Bevölkerung Südvietnams haben diese Maßnahmen, die in den letzten drei Jahren vorbereitet wurden, Begeisterung ausgelöst. Am 17.April versammelten sich 40.000 Vertreter der Arbeiter, öffentlichen Bediensteten und werktätiger Bevölkerung von Ho-Chi-Minh-Stadt, die 400.000 Werktätige vertraten, um die Abschaffung des kapitalistischen Handels und die Schließung der offenen Märkte zu begrüßen.

Ende April wurde durch Erlaß der Regierung eine gesamtvietnamesische Währung eingeführt. Neben der besseren Verbindung der Wirtschaft von Nord- und Südvietnam, die bisher noch relativ getrennt voneinander bestanden, diente diese neue Währung und die damit verbindene Kontrolle über die in privatem Besitz befindlichen Gelder auch dazu, Spekulanten und Schwarzmarkthändler dingfest zu machen. Es durfte nämlich nur ein bestimmter Betrag pro Haushalt in die neue Währung umgetauscht werden. Darüberhinausgehende Beträge wurden unter Staatskontrolle fest angelegt – wenn der Besitzer nachweisen konnte, woher sie stammten. *„Alles Bargeld, das durch Spekulationen, Schacher oder andere unrechtmäßige Einkommensquellen erworben wurde, wird eingezogen"* („SWB", 5.5.78).

Diese Maßnahmen standen nicht nur auf dem Papier. In den folgenden Tagen und Wochen wurden bei den Kapitalisten Haussuchungen durchgeführt, bei denen ganze Wagenladungen gehorteter Waren und riesige Geldbeträge abgefahren wurden. Die Bevölkerung nahm an diesen Maßnahmen begeistert teil: *„Die Menge lachte. Alle waren auf der Straße, trotz der späten Stunde in einer seltsamen Karnevalatmosphäre"* („Sunday Nation", Singapur, 7.5.78).

„Mißhandelte Landsleute" oder Enteignete Kapitalisten?

Auf diese Maßnahmen der vietnamesischen Genossen gegen die Kapitalisten in Südvietnam gehen die chinesischen Kommentare mit keinem Wort ein. Dabei ist doch sicher auch in China bekannt, daß in Südvietnam wie in anderen südostasiatischen Staaten große Teile des Handels und der übrigen Wirtschaft in den Händen von Chinesen liegt. Ein Teil dieser Chinesen war vor 1949 vor den Kommunisten aus China geflüchtet. Um so makabrer mutet es an, daß solche Leute nach Berichten ausländischer Zeitungen mit Mao-Bildern in Ho-Chi-Minh-Stadt gegen die antikapitalistischen Maßnahmen der vietnamesischen Regierung demonstriert haben!

Daß es der gegenwärtigen Führung der VR China nicht um bedrohte Landsleute geht, sondern daß dieser Schlag sich gegen Vietnam und den sozialistischen Aufbau richtet, zeigt auch ihr Verhalten gegenüber den chinesischen Bürgern beispielsweise in Indonesien, den Philippinen, Malaysia usw. In diesen Ländern existieren Gesetze, die die einheimischen Kapitalisten gegenüber ihren chinesischen Konkurrenten bevorzugen („Japan Times", 27.5.78). Besonders in Malaysia und Thailand werden die „chinesischen Guerrillas" der dortigen Befreiungsbewegungen brutal verfolgt und alle paar Monate Säuberungsaktionen durchgeführt. Uns ist kein Protest der chinesischen Führung gegen diese Maßnahmen aus den letzten Jahren bekannt.

Auf einer Versammlung von Vertretern chinesischer Arbeiter, Intellektueller, Industriearbeiter und Händlern wurde der nationalistische Standpunkt der chinesischen Führung scharf angegriffen. *„Die sozialistische Umwandlung von privatkapitalistischer Industrie und Handel, ein universelles Gesetz der sozialistischen Revolution, ist in China erreicht worden. Aber wenn es in Vietnam durchgeführt wird, sollte es vor einer Masse Besitz haltmachen, der einer Zahl von Kapitalisten gehört, nur weil sie Vietnamesen chinesischer Herkunft sind, oder vor einer Masse Besitz, der der vienamesischen Bourgeoisie gehört, der illegal angehäuft wurde, auf Kosten des Schweiß' und der Tränen der vietnamesischen Arbeiterklasse und Werktätigen, einschließlich der Mehrheit der Vietnamesen chinesischer Herkunft?"* (Radio Hanoi, nach „SWB", 30.5.78).

„Nationalismus, sei es Chauvinismus großer oder kleiner Nationen, ist ein Überbleibsel des Feudalismus und bourgeoiser Ideen und muß von wirklichen Kommunisten kritisiert und zurückgewiesen werden" (ebenda).

Die Einstellung chinesischer Hilfe und die Drohung, Schiffe in vietnamesische Häfen zu schicken, werden von Vietnam in einem Artikel der Armeezeitung „Quan Doi Nhan Dan" unter der Überschrift *„Die Zeit der Politik der Kanonen ist vorüber"* scharf kritisiert als *„Akt der Arroganz"* und Anmaßung.

Den Vorschlag Vietnams nach Gesprächen über das Problem hat China abgelehnt.

Daß hinter den Kulissen sicher ziemlicher Druck auf Vietnam gemacht wird, zeigt die Tatsache, daß die vietnamesische Regierung sich inzwischen trotz ihrer Kritik dazu bereit erklärt hat, chinesische Schiffe in Vietnam einlaufen zu lassen, um Auslandschinesen zu evakuieren, und so der *„Politik der Brutalität"* eine *„Politik der Humanität"* gegenüberstellte („Süddeutsche Zeitung", 7.6.78).

Asien/Australien-Kommission

Vietnams Außenministerium zum Konflikt mit China

„Propaganda zur Verfälschung der Wahrheit"

Am 24.Mai 1978 erklärte der Sprecher des Büros für Angelegenheiten der überseeischen Chinesen bei der Regierung der Volksrepublik China zum Korrespondenten der Nachrichtenagentur Shinhua, daß Vietnam die Hoas in Vietnam diskriminiere, terrorisiere und nach China vertreibe. Gleichzeitig betreiben die chinesischen Massenmedien, einschließlich Rundfunk und Fernsehen, unablässig Propaganda zur Verfälschung der Wahrheit über die Rückkehr der Hoas nach China. Das Vietnamesische Volk und die Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam sind darüber äußerst erstaunt und weisen solche Äußerungen der chinesischen Seite entschieden zurück. Denn diese Behauptungen, die reine Erfindungen sind, widersprechen absolut der Politik der Partei und der Regierung Vietnams.

Schon im Jahre 1955 einigten sich das Zentralkomitee der Partei Vietnams und das Zentralkomitee der Partei Chinas darüber, daß die Hoas in Vietnam von der Partei der Werktätigen Vietnams geführt sind und sich allmählich zu Bürgern Vietnams umwandeln.

Im Januar 1961 stimmte das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Demokratischen Republik Vietnam dem Vorschlag der chinesischen Botschaft in Vietnam zu, daß die chinesische Botschaft den Hoas nicht mehr chinesische Pässe auswandten in China besuchen wollen, bearbeiten die zuständigen Behörden Vietnams ihre Ersuchen auf der Grundlage der Ausreise-Anträge und stellen Besucherlisten für die chinesische Botschaft zwecks der Erteilung der Touristenausweise und Einreisevisa für die Besucher auf. Seit mehr als zwanzig Jahren respektiert die vietnamesische Seite diese Vereinbarungen und führt sie strikt durch. Die Hoas in Vietnam dürfen als vietnamesische Bürger ihre Rechte genießen und ihre Pflichten ausüben. Die Mehrheit der Hoas in Nordvietnam sind Werktätige, die längst in die Genossenschaften, Betriebe, staatliche Ämter und Massenorganisation eingegliedert sind. Ihre Kinder genießen die Ausbildung in den vietnamesischen Schulen. Viele von ihnen sind Lehrer, Ingenieure Ärzte und Techniker mit hohem akademischen Grad geworden. Im Gegensatz dazu erhalten die in China lebenden Vietnamesen nur äußerst beschränkte Rechte. Obwohl die vietnamesische Seite während der vergangenen 20 Jahre die chinesische Seite mehrfach darauf aufmerksam machte, wurde dieser Zustand jedoch nicht verbessert.

In Südvietnam übernahmen fast alle Hoas bereits seit 1956 die vietnamesische Staatsbürgerschaft. Sie sind nicht mehr überseeische Chinesen, sondern vietnamesische Staatsbürger mit Hoa-Herkunft. Seit der vollständigen Befreiung Südvietnams genießen die vietnamesischen Staatsbürger mit Hoa-Herkunft die gleichen Rechte und üben die gleichen Pflichten wie die Vietnamesen aus. Die Übernahme der vietnamesischen Staatsbürgerschaft durch die Hoas in Südvietnam vor mehr als zwanzig Jahren und damit ihr Dasein als vietnamesische Staatsbürger mit Hoa-Herkunft sind Realitäten, welche die Geschichte hinterlassen hat. Gegenwärtig findet eine sozialistische Umwandlung der kapitalistischen Industrieunternehmen und des Handels in Südvietnam statt. Unter den Kapitalisten in Südvietnam befanden sich sowohl Vietnamesen als auch Vietnamesen mit Hoa-Herkunft. Viele von ihnen haben sich der Politik der Partei und des Staates Vietnams gefügt. Es gibt aber auch eine kleine Anzahl von ihnen, die wegen ihrer ausgeprägten Klassenfeindschaft sich einer Umwandlung zu entziehen suchen. Die sozialistische Umwandlung ist eine korrekte Politik, die den Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Revolution entspricht, d.h. also jene Politik, die sowohl die Volksrepublik China als auch die anderen sozialistischen Länder durchgeführt haben. Die überwiegende Mehrheit der Werktätigen in Südvietnam, einschließlich der Vietnamesen mit Hoa-Herkunft, haben sich mit großer Begeisterung an dieser Umwandlung beteiligt.

Ein Krieg zwischen Vietnam und China?

Seit Anfang des Jahres 1977 verstärken die Behörden Kampucheas den Aggressionskrieg im großen Maßstab entlang der ganzen Grenze zwischen Vietnam und Kampuchea. Besonders seit dem 31.Dezember 1977 intensivierten sie massiv die militärischen Angriffe und den öffentlichen Propagandakrieg gegen Vietnam. Gerade seit dieser Zeit werden in den Kreisen der Hoas in Vietnam folgende Gerüchte verbreitet: China unterstütze Kampuchea gegen Vietnam; Krieg zwischen China und Vietnam werde ausbrechen; die Hoas in Vietnam würden dadurch in Mitleidenschaft gezogen und sollten deshalb Vietnam schleunigst verlassen; die Regierung Chinas rufe die Hoas zur Rückkehr auf; wer nicht folge, der gelte als Landesverräter ..... Gewisse böswillige Elemente unter den Hoas ergehen sich in Verleumdungen, Überredungen, Drohungen, um die Hoas schließlich auch mit Zwang zum Verlassen von Vietnam zu erpressen. Das ist der eigentliche Grund der Panik, welche die Hoas zur Aufgabe des friedlichen Lebens in Vietnam verführt, und wodurch sie massenweise und illegal den Weg nach China suchen. Die vietnamesische Regierung hat diesen Hoas geraten, sich von diesen böswilligen Elementen nicht beeinflussen zu lassen und das normale Leben in Vietnam fortzusetzen. Die Weglaufenden haben ihr Hab und Gut mitgeschleppt. Viele von ihnen haben ihre schweren Güter verkauft, um dafür Wertgegenstände zum Mitnehmen zu kaufen. Eine bestimmte Anzahl von ihnen hat erst nach der Ankunft in China festgestellt, daß sie betrogen worden ist und ist heimlich wieder nach Vietnam zurückgekehrt. Diese Tatsachen lassen schlußfolgern, daß die mit Verleumdungen betriebene Zwangsrückkehr der Hoas nach China sowie die aus der Luft zusammengezettelten Behauptungen über angebliche Diskriminierungs-, Terror- und Vertreibungsmaßnahmen durch Vietnam gegen die Hoas nur ein kalkuliertes Vorgehen darstellen, welches den Aufbau des Sozialismus in Vietnam erschweren soll, Zwietracht zwischen den Vietnamesen und den Hoas sät und die Freundschaft zwischen dem vietnamesischen und dem chinesischen Volk sabotiert.

Wir wissen, wer Aggressoren sind

In seinem langwierigen Kampf für Unabhängigheit, Freiheit und Einheit seines Vaterlandes sowie im jetzigen Ringen um den Aufbau des Sozialismus stehen die Partei, die Regierung und das Volk Vietnam stets fest auf dem Standpunkt des Marxismus-Leninismus sowie des proletarischen Internationalismus. Sie folgen konsequent der Politik der nationalen Einheit und des internationalen Zusammenschlusses mit den sozialistischen Ländern, mit den unabhängigen Nationalstaaten, mit der Arbeiterklasse und mit den Frieden und Gerechtigkeit liebenden Völkern in der Welt. Gegen die imperialistischen und reaktionären Kräfte führt das vietnamesische Volk seinen kompromißlosen Kampf. Für seine Brüder und Freunde bezeugt das vietnamesische Volk stets die unerschütterliche und treue Solidarität. In den zwei ehemaligen Widerstandskämpfen unterschied das vietnamesische Volk stets die Aggressoren als seine Feinde einerseits von dem französischen Volk sowie von den Völkern der Vereinigten Staaten von Amerika als seine Freunde andererseits. Ungeachtet dessen, daß die Behörden Kampucheas den Grenzkrieg gegen Vietnam fortsetzen, werden Hunderttausende Kampucheaner, die nach Vietnam geflüchtet sind, von den Vietnamesen gut aufgenommen und erhalten Hilfe für ihr weiters Leben. Sogar gegenüber einer gewissen Anzahl von Ausländern, die damals mit den Imperialisten kollaborierten, feindselige Taten gegen Vietnam begingen und heute noch in Südvietnam leben, übt die Regierung Vietnams eine humanistische Politik aus und arbeitet gemeinsam mit den Regierungen der betreffenden Staaten bei der Verhandlung für eine zufriedene Lösung, die sowohl den Wünschen dieser Ausländer als auch dem Völkerrecht und den internationalen Gepflogenheiten entspricht. Wenn die Ausländer dieser ehemalig gegenüber Vietnam feindlichen Staaten so behandelt werden können, so kann es doch keinen Grund dafür geben, daß die Hoas heute als Bestandteil der Völkergemeinschaft Vietnams diskriminiert, terrorisiert oder gar vertrieben werden könnten. Sogar Tausende Hoa-Flüchtlinge aus Kampuchea, die vor Terror und Mißhandlung durch die Behörden Kampucheas nach Südvietnam geflüchtet sind, wurden von den Vietnamesen aufgenommen und erhielten von ihnen viele Hilfe.

Nach vielen Jahren des Krieges und der Zerstörung hat das vietnamesische Volk mehr als jemand den sehnsüchtigen Wunsch nach Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit mit allen Völkern, um sein Vaterland wieder aufzubauen. Es gibt keinen Grund dafür, daß Vietnam den Grenzkonflikt mit Kampuchea heraufbeschwören wollte. Es kann auch keinen Grund dafür geben, daß Vietnam die Beziehungen zu dem sozialistischen Nachbar China zu erschweren beabsichtigt hätte, zumal Vietnam und China sich gegenseitig für die Sache der Revolution in jedem Land unterstützt haben.

Die Freundschaft mit dem chinesischen Volk

Das Grundinteresse des vietnamesischen und chinesischen Volkes besteht in der Solidarität, Freundschaft, gegenseitigen Hilfe und Unterstützung und des gemeinsamen Kampfes für das gemeinsame Ziel: den Aufbau des Sozialismus und Kommunismus. Dies war ein entscheidender Faktor für den Sieg der Revolution in jedem dieser beiden Länder. In den vergangenen Jahrzehnten haben die Kommunistische Partei, die Regierung und das Volk Vietnams alles in ihren Kräften stehende getan zum Schutz und für die Festigung der Kampfsolidarität zwischen beiden Staaten. Sogar in den Zeiten, als die böswilligen Elemente die Beziehungen zwischen Vietnam und China zu zerstören trachteten, ist das vietnamesische Volk der Solidarität mit dem chinesischen Volk unerschütterlich treu geblieben. Ebenso gilt das für heute. Das vietnamesische Volk, von dem wahrhaften Patriotismus und dem proletarischen Internationalismus durchdrungen, ist entschlossen, die Freundschaft zu China zu schützen und zu festigen, jene Freundschaft, welche von Präsident Ho Chi Minh als Verbundenheit zwischen den Kampfgenossen und gleichzeitig als Brüderlichkeit zwischen den beiden Völkern bezeichnet worden ist. Zwischen Vietnam und China sowie innerhalb der sozialistischen Länder gibt es Meinungsverschiedenheiten über einige Probleme. Für die Lösung dieser Probleme befürworten die Partei, die Regierung und das Volk Vietnams Verhandlungen. Ausgehend von dieser Politik schlägt die vietnamesische Seite vor, jede Propaganda zur Verhetzung und Verletzung der Freundschft zwischen den beiden Völkern einzustellen, daß Vertreter beider Regierungen bald zusammentreffen und gemeinsam die Meinungsverschiedenheiten über die Hoa-Probleme im Sinne der Freundschaft und der beiderseitigen Interessen lösen. Das vietnamesische Volk ist fest davon überzeugt, daß es dem vietnamesischen Volk durch Entfaltung seiner Selbständigkeit und seiner eigenen Anstrengungen sowie mit Hilfe und Unterstützung durch seine Brüder und Freunde in der Welt gelingen wird, ein friedliches, unabhängiges, einheitliches und sozialistisches Vietnam aufzubauen und dadurch für Frieden, nationale Unabhängigkeit, Demokratie und sozialen Fortschritt aller Völker der Welt beizutragen.

(aus: Extra-Dienst, 8.6.78)

Weiterer Ausbau des US-Militärapparats in Asien

Die jüngste Asienreise des amerikanischen Vizepräsidenten Mondale machte jedem klar, daß die USA nach wie vor an „Roll back" und Aggression denken, daß die USA militärisch eine weitreichende Aufrüstung durchführen und nach wie vor d i e Macht darstellen, von der die Hauptkriegsgefahr ausgeht. Die Reisen von Mondale und vor ihm von „Verteidigungs"-Staatssekretär Duncan dienten ausschließlich der US-imperialistischen Aggressivität. Konkret ging es bei den Reisen und Gesprächen darum, die durch den US-Bodentruppenabzug geschaffene militärische Situation „auszugleichen". Natürlich wollen die USA nach den Aussagen Mondales ihre *„starke militärische Präsenz"* in Asien und im Pazifik aufrechterhalten („FAZ", 8.5.78). Abgezogen wurden lediglich Bodentruppen – der Truppenstand reduzierte sich auf den heutigen Stand von ca. 140.000 Soldaten (Vergleich: 1960 – 392.000 Soldaten). Laut Mondale halten die USA *„eine strategische Rolle auf dem Festland für überflüssig"* und konzentrieren sich *„auf eine Rückzugsstrategie, auf Stützpunkte entlang des Pazifischen Beckens von Japan und Okinawa über Guam, die Philippinen nach Australien, die die Beweglichkeit zur See und in der Luft garantieren"* („FAZ", 8.5.78). Die potentiellen kleineren Auseinandersetzungen sollen weitgehend die reaktionären Statthalter des Imperialismus übernehmen: *„Daneben füllen Australien und Neuseeland in wachsendem Maße eine Stellvertreter-Rolle aus, in Südostasien wie im Südpazifik, wo sie Waffen und Geräte liefern, für militärisches Training sorgen oder Truppen und Berater stationieren – was für die Großmacht Amerika oft untunlich wäre"* („FAZ", 10.5.78).

Trotz des Abzugs der Bodentruppen und der Ausrichtung auf die „Stellvertreter" schließen die USA eine erneute militärische Intervention keinesfalls aus: **„Amerika, so sagte Mondale, stehe weiterhin zu seinen Verpflichtungen aus dem Manila-Pakt von 1954 und dem Tush-Thanat-Kommunique von 1962, das die Mitglieder des Manila-Pakts dazu verpflichtet, Thailand im Falle eines bewaffneten Angriffs der Kommunisten kollektiv beizustehen"** („FAZ", 8.5.78). Bezeichnenderweise in Thailand meinte Mondale, **„die USA hätten g e g e n w ä r t i g keine Pläne, Bodentruppen nach Südostasien zu entsenden"** („FR", 6.5.78). Generell sind die USA durchaus bereit zu erneuten aggressiven Abenteuern, die Möglichkeit hierzu haben sie nach eigenen Aussagen jederzeit.

So stehen täglich Truppen, Flugzeuggeschwader usw. in den USA zum sofortigen Start nach Asien bereit („Japan Times", 4.4.78) – zusätzlich zu den ohnehin in Asien stationierten Truppen. Nach Aussagen des Pazifik-Kommandeurs der USA, Weisner, würden sie lediglich vier Tage brauchen, um große Teile der US-Armee einschließlich Material nach Asien zu verfrachten („Japan Times", 4.4.78).

Der Abzug der Bodentruppen ist in diesem Licht also nichts anderes als eine Umgruppierung der US-Truppen.

Gigantische Aufrüstung

„Um den Abzug von Material und Bodentruppen aus Asien zu kompensieren (auszugleichen, Anm. AK) , *hat das Pentagon großes Gewicht auf die schnelle technische Verstärkung gelegt"* („Japan Times", 4.4.78). Bekannt ist, daß ein Großteil des amerikanischen nuklearen Vernichtungspotentials in den asiatischen Basen stationiert ist (Guam, Tinian, Diego Garcia...). Dieses Potential soll in der nächsten Zeit modernisiert und quantitativ verstärkt werden. *„Zu den Waffen, mit denen die Streitkräfte ausgerüstet werden sollen, gehören nach den Worten Browns („Verteidigungs"-minister, Red.) auf Unterseebooten stationierte Langstreckenraketen vom Typ Trident mit nuklearen Gefechtsköpfen, Marschflugkörper (Cruise Missiles) an Bord von B-52 Bombern, das neue Düsenkampfflugzeug F-15 und Aufklärungsmaschinen mit Frühwarn- und Überwachungsausrüstung"* („FAZ", 23.2.78). In diesem Jahr wird das neue Überwachungssystem „Omega" (dieses System verbindet sämtliche Spionage- und Überwachungsstationen der verschiedenen asiatischen Staaten und US-Basen miteinander) in Betrieb genommen. In Thailand bauen die USA mindestens zwei neue Marinestützpunkte, die philippinischen Stützpunkte „Subic Bay" und „Clark" bleiben nach den jüngsten Gesprächen zwischen Mondale und Maros bestehen („NZZ", 12.5.78). Mehrere Geschwader Phantomjäger (Atomwaffenträger) sollen sofort nach Asien (Südkorea) verlegt werden („Japan Times", 4.4.78).

Die US-Imperialisten halten also nicht nur ihr vorhandes Vernichtungspotential, sondern verstärken dies enorm.

Am stärksten findet die Aufrüstung allerdings über die „Bündnispartner" statt. Mondale versprach während seines Besuchs: *„16 Kampfflugzeuge vom Typ F 5 E für Thailand, ein Geschwader von Kampfbombern des Typs A4 Skyhawk für Indonesien sowie Bestätigung des Exports von F-5 Kampfflugzeugen, mit rund 85 Millionen Dollar die bisher größte militärische Transaktion zwischen Washington und Indonesien"* („FAZ", 10.5.78). Weitere, nicht näher spezifizierte Waffen gehen nach Thailand („NZZ", 10.5.78). Zusätzlich zu den o.a. Flugzeugen erhält Indonesien eine Schwadron F-5 Flugzeuge sowie *„ungefähr zwei Dutzend A4 Kampfjäger"* („The Asian Wall Street Journal", 3.5.78). Die USA werden in Indosien eine Gewehrfabrik für M-16 Gewehre bauen („FR", 10.5.78). Und natürlich läuft auch die finanzielle Unterstützung weiter: 42 Mio. Dollar Militärhilfe für Indonesien („Wall Street Journal", 3.5.78), 85 Mio. Dollar Hilfe für die Philippinen („FAZ", 5.5.78).

Neben der Ausrüstung der Marionetten des Imperialismus wird vor allem die taktische militärische Zusammenarbeit entwickelt. So sollen demnächst gemeinsame Seemanöver zwischen den USA, Neuseeland und Australien stattfinden, bei denen Australien und Neuseeland ihre militärischen Aktivitäten *„zum ersten Mal vom Pazifik auf den Indischen Ozean ausdehnen"* („FAZ", 10.5.78). Im gleichen Zuge haben die australischen Militärs das Angebot erhalten, *„in Zukunft auch Diego-Garcia ... zu benutzen"* („FAZ", 10.5.78). Ab sofort sollen die US-Flugzeuge auch von Singapur aus zu Überwachungsflügen starten („FAZ" 10.5.78). Neu ist auch, daß die Kokos-Inseln nördlich von Australien als militärische Basis genutzt werden sollen („FAZ", 10.5.78). Bekannt ist die militärische Zusammenarbeit zwischen den USA und Japan. Es ist ein offenes Geheimnis, daß die gesamten Nachrichten- und Kommandostrukturen der japanischen Armee mit den US-Stützpunkten gekoppelt sind und ein gemeinsames Oberkommando besteht („Ampo", 2/77).

Mit dieser Entwicklung ist eingetreten, was bereits vor der Niederlage der USA in Indochina sich abzeichnete: Der Rückzug der USA auf eine geschlossene Stützpunktkette von Japan bis nach Diego-Garcia sowie die Ausrichtung der „stabilen" asiatischen Staaten „als Stoßtrupps" für „die Aggression gegen Asien" („Peking-Rundschau", 26/71).

Von einer geschwächten Präsenz der US-Imperialisten in Asien kann also keine Rede sein – im Gegenteil. Die konkreten Fakten belegen, daß zur Zeit eine enorme Stärkung der imperialistischen Militärmacht in Südostasien im Anlaufen ist.

Entsprechend der Bedrohung, die die Mondale-Reise dokumentierte, sind die Reaktionen in Asien.

Auf den Philippinen demonstrierten *„mehrere Tausend Philippinen"* gegen den Besuch und forderten die sofortige Schließung der US-Basen („SWB", 10.5.78). Der thailändische Widerstandssender „Stimme des thailändischen Volkes" berichtet, daß sämtliche Journalisten in Bangkok die Pressekonferenz Mondales boykottierten („SWB", 9.5.78)! Der Sender, obwohl er erst vor wenigen Tagen volle Front gegen den *„wachsenden Einfluß der Sowjetunion"* machte, kommt nicht umhin, die Bedrohung durch den US-Imperialismus anzuprangern:

„Sehr wichtig ist die Tatsache, daß Präsident Mondale daran erinnerte, daß der Manila-Pakt, oder das SEATO-Bündnis nach wie vor gültig ist. Mit diesem Abkommen kann die USA – wenn sie will –Thailand in einen Stützpunkt der Aggression machen und erneut Soldaten hier stationieren, wie sie es während des Indochinakrieges taten... Der amerikanische Vizepräsident und die Kriegstreiberclique Kriangsaks vereinbarten auch, sich in Indochina einzumischen. Sie wollen sogenannte Flüchtlings-Zentren in Thailand aufbauen. Es ist allgemein bekannt, daß diese Zentren Nester der Reste der US-Lakaien aus Indochina sind, wie z.B. die Khmer Serai und die reaktionären Rechten in Laos. Kriegsherr Kriangsak forderte mehr Hilfe von den USA für diese Gruppen" („SWB", 10.5.78).

Asien-Australien Kommission

Verseuchung durch US-Atomwaffen

Zwei Beispiele aus der jüngsten Zeit verdeutlichen die Gefährlichkeit des gigantischen amerikanischen Atomwaffenpotentials schon in „Friedenszeiten."

So müssen die Bewohner der Bikini-Insel im Pazifik ihre Insel so schnell wie möglich wegen radioaktiver Verseuchung verlassen. *„Auch wenn die Bikini-Situation aktuell noch keine unmittelbare Gefahr darstellt..."* soll die Insel *„nicht später als in 90 Tagen, wenn möglich in 75 Tagen"* geräumt werden („The Japan Times", 24.5.78). Auf der Bikini-Insel wurden ab 1946 die amerikanischen Atomwaffentests durchgeführt und die Inseln aufgrund der Verseuchung geräumt, die Bevölkerung vertrieben. 1969 erklärte die amerikanische „Atomenergiekommission" die Inseln *„als sicher"* und die Bevölkerung siedelte aufgrund dieser Informationen erneut an. Heute wurde in neuen Tests festgestellt, daß nach wie vor *„Radioaktivität durch Cäsium, Knochen und Gewebe zerstört"* vorhanden ist. Weitere Tests mit Strontium 90 laufen noch („The Japan Times", 24.5.78).

Die Schnelligkeit, mit der die Evakuierung durchgeführt werden soll, läßt den Schluß zu, daß die Verseuchung doch ziemlich hoch sein muß und die ansässige Bevölkerung knapp 10 Jahre dieser Strahlung ausgesetzt war!

Der zweite Fall betrifft die US-Flotte. So muß ein Kai in New-London geschlossen und abgesperrt werden, weil hohe Mengen Radioaktivität aus einem U-Boot-Tender ausströmten! Nach Angaben des Pentagon war die Ursache eine Atomwaffe!!!

Der naheliegende Verdacht eines atomaren „Unfalls" wird energisch zurückgewiesen: *„Es gab keinen Unfall"* meinte ein Armeesprecher, und er meinte, *„es gab keine Explosion oder Explosionsgefahr"* („Japan Times", 24.5.78). Und natürlich gibt es nach Aussage des Armeesprechers keine *„Gefahr für Mannschaft, Schiff und Umgebung"*. Die Frage bleibt – warum wurde den Seeleuten verboten *„an Bord zu essen, zu trinken oder zu rauchen"*, wenn keine Gefahr besteht!

Einmal mehr wird deutlich, daß alleine die Existenz des riesigen Atomwaffenpotentials eine ungeheure Gefahr darstellt!

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Neues vom Sanrizuka-Kampf

Nachdem der Flughafen Narita durch die Stationierung von 13.000 Demonstrationsbullen und militärische Schutzmaßnahmen am 20.5.78 eröffnet und der Flugbetrieb trotz einiger erfolgreicher Störaktionen aufgenommen werden konnte, hat die Oppositionsliga der Flughafengegner einen „100tägigen Kampf" angekündigt (was allerdings nicht wörtlich zu verstehen ist). Dieser soll einer eventuell eintretenden Resignation und Flaute in der Anti-Flughafen-Bewegung entgegenwirken. Darüberhinaus soll vor allem versucht werden, die Bewegung zu verbreitern und größere Bevölkerungskreise als bisher zu erreichen. Gegenwärtig werden noch Aktionen in verschiedenen Teilen des Landes geplant und vorbereitet. Konkret ist für den 4.7., den 12. Jahrestag der Regierungsentscheidung, in Narita einen Flughafen zu bauen, eine Großkundgebung und Demo geplant. Ferner soll am 17.9., dem Tag, als 1971 die Bullen mit brutaler Gewalt das Haus der 63jährigen Oma Yone abrissen, eine weitere Großaktion gestartet werden.

Die Hoffnungen, die „Kampffront zu erweitern" und neue Flughafengegner zu gewinnen, sind groß. Vor allem dürfte der jetzt eingesetzte Fluglärm bei vielen Bewohnern in der Umgebung von Narita, die bislang passiv oder auch gleichgültig waren, die Bedeutung des Flughafenkampfes einsichtig machen. Lärmpegelmessungen in der Umgebung des Flughafens haben jetzt weitaus höhere Werte ergeben als vorher von den Flughafenbetreibern großmäulig angegeben wurden. In vier Kilometer Entfernung vom Flughafen wurden noch 100 phon gemessen („Japan Times", 27.5.78)! Das ist etwa die Lautstärke unter einer befahrenen Eisenbahnbrücke! Durchschnittlich starten und landen 160–170 Flugzeuge pro Tag in der Zeit von 6 bis 23 Uhr! Sieben Stunden Schlaf gönnt man den Menschen, die in diesem trotz vielen Akkerbaus relativ dicht besiedelten Gebietes wohnen (mehrere 100.000 im Umkreis von 5 km!).

Ein ruhiger Flugbetrieb ist ohnehin durch die Aktionen der Flughafengegner unmöglich geworden.

Am 25. Mai wurde von einem Kommandotrupp das Büro der südkoreanischen Fluggesellschaft in die Luft gejagt („The Guardian", 26.5.78).

Andere Sabotageaktionen richteten sich gegen Abwasserpumpstationen, Zugsignale und andere Einrichtungen. Alleine durch das Kappen von Signalkabeln kam *„der Zubringerverkehr auf vier Zuglinien mehrere Stunden zum Erliegen"* („Hannoversche Allgemeine", 1.6.78).

Mit Fesselballons, Verbrennen von alten Autoreifen und Molotowcocktails wird seit dem 20.5. der Flugverkehr behindert („Hannoversche Allgemeine", 1.6.78). Nach wie vor ist auch der zentrale Nerv des Flughafens, die Treibstoffversorgung blokkiert. Nur unregelmäßig kommen Treibstoffzüge durch, da die Zuglinie ständig durch Sabotageaktionen unterbrochen ist, ein Tankzug entgleiste bereits („Guardian", 24.5.78) und die offiziellen Regierungsstellen befürchten, daß ihnen der Sprit ausgeht („Guardian", 24.5.78). Die japanische Regierung hat zur Behebung dieses Problems erstmal 4000 Bullen zur Bewachung der 45 Meilen langen Zuglinie abgestellt („Guardian", 26.5.78).

Für die Flugpassagiere hat die Situation vielfach katastrophale Folgen. Aufgrund der Blockierung der Verbindungen nach Tokio *„blieben bereits mehrere Dutzend Fluggäste hilflos auf dem Flughafengelände stecken"* („HA", 1.6.). Da in Narita nur drei Luxushotels mit Zimmern ab DM 140/pro Tag bestehen, sind diese Passagiere zum ‚Campen' auf dem Flughafengelände gezwungen („HA", 1.6.78).

Narita muß wieder zum Reisfeld werden!







nahost

Libanon: Immer neue Überfälle der Zionisten

Die Linken lassen sich nicht entwaffnen



Kämpfer der fortschrittlichen Kräfte

In der Nacht zum Freitag (9.6.) überfielen zionistische Truppen die Gegend um Dahar El-Burdsch, südlich der Hafenstadt Sidon. Mit der schon üblichen Lügengeschichte, von hier aus solle — laut Geheimdienstberichten — demnächst ein Angriff auf ,,zivile'' Ziele in Israel stattfinden, ,,rechtfertigten.. die Zionisten diesen neuen Terrorangriff. Zunächst wurde die Gegend um Dahar-El-Burdsch von der See und der Luft aus bombardiert, dann wurden mindestens 150 israelische Fallschirmjäger und Marineinfanteristen eingesetzt. Die israelischen Truppen stießen jedoch auf erbitterten Widerstand, und wurden nach Angaben der palästinensischen Nachrichtenagentur ,,Wafa'' nach einstündigem Gefecht zurückgeschlagen. Nach Angaben eines Guerillaführers sollen acht israelische Soldaten getötet worden sein.

Opfer waren vor allem wieder Zivilisten, die sich in den von den Zionisten bombardierten Häusern befanden.

Dieser neue Terrorangriff ist nur einer von vielen Überfällen, die die Zionisten während ihres angeblichen ,,Rückzugs'' aus dem Südlibanon und während des offiziellen Waffenstillstandes durchführten. Seit wochen wird Nabatiyeh, eine von den Linkskräften gehaltene Stadt im Südosten, sowie die umliegenden Dörfer von israelischer Artillerie bombardiert (,,Neues Deutschland'', 19.5., 26.5., ,,Neue Zürcher Zeitung'', 1.6.78). Israelische Schützenpanzer überfielen erneut mehrere Dörfer im Südlibanon, Häuser ,,Verdächtiger'' wurden gesprengt. Am Hasbani-Fluß legten die Zionisten Großbrände, die Olivenhaine und Weinplantagen zerstörten. Löschtrupps wurden sofort von israelischer Seite aus beschossen (,,ND'', 22.5. und 26.5.).

Assad und Sarkis einigen sich

Anfang Juni trafen sich der syrische Staatschef Assad und der libanesische Staatspräsident Sarkis. Es ging bei den Gesprächen im wesentlichen um die Rolle der syrischen Interventionstruppen bei der Zurückdrängung der Linkskräfte.

Die syrischen Truppen waren unlängst von faschistischen Milizen in Beirut und anderen Teilen des Libanons in Kämpfe verwickelt worden, die zum Ziel hatten, die syrischen Truppen zu zermürben und sie schließlich aus dem Libanon zu vertreiben, um — unter Schutz der israelischen Besatzertruppen und der UN-Truppen — einen reaktionären libanesischen Staat zu errichten.

Offensichtlich hat es gerade in der Frage der Rolle der Syrer im Faschistenlager erhebliche Auseinandersetzungen gegeben. Die Falangisten Pierre Gemayels scheinen weiter auf den syrischen Präsidenten Assad zu setzen, wenn es um die Zurückschlagung und letztendliche Zerschlagung der palästinensischen Präsenz im Libanon geht.

In den Gesprächen mit Sarkis hat sich Assad zumindest einverstanden erklärt, die libanesische Armee zu unterstützen, wenn sie in die Gebiete nördlich des Litani einrückt. Bislang haben die syrischen Interventionstruppen die von den Zionisten geforderte ,,rote Linie'', den Zahrani-Fluß, etwa 28 km nördlich des Litani, nicht überschritten. Und nach wie vor ist das Gebiet zwischen Litani und Zahrani, einschließlich der Arkoub-Region (Nabatiyeh) fest in der Hand der palästinensischen und linken libanesischen Kräfte. Die Unterstützung der Syrer für die immer noch kleine libanesische Armee soll nun so aussehen, daß gemischte syrisch-libanesische Truppen die Kasmieh-Brücke nördlich der Hafenstadt Sur (Tyrus) und damit den Nachschubweg für die von den Linkskräften gehaltene Stadt einnehmen und die von den Linkskräften beherrschte Arkoubregion unter ihre Kontrolle bringen sollen (,,International Herald Tribune'', 3./4.6.78). Das heißt nichts anderes, als daß gerade dort die syrischen Truppen ,,Ordnung'' schaffen sollen, wo die Linkskräfte am stärksten sind.

Ein solches Vorgehen der syrischen Truppen würde bedeuten, daß die Faschisten, die immer stärker das Ende der bewaffneten palästinensischen Präsenz im Südlibanon fordern und die das Kairoer Abkommen von 1969, das die bewaffnete Präsenz der Palästinenser im Libanon regelt, für null und nichtig erklären, direkt unterstützt werden. Inzwischen fordern die Faschisten sogar die Besetzung von Damour durch die libanesische Armee, die praktisch voll unter Kontrolle der Faschisten steht. Damour war während des Bürgerkriegs von den Linkskräften eingenommen worden, es beherbergt heute die Flüchtlinge von Tel-al-Zaatar.

Bislang sind syrisch-libanesische Truppen jedoch noch nicht über den Zahrani-Fluß südwärts vorgerückt. Der Widerstand der linken libanesischen Kräfte ist zu groß. So hat sich Walid Dschoumblatt, Chef der PSP, grundsätzlich gegen das Vorrücken ausgesprochen, mit der Begründung, daß die sog. libanesische Armee nichts weiter als ein Instrument in den Händen der Faschisten sei (,,Le Monde'', 8.6.78). Mit Sicherheit werden sich die Linkskräfte nicht aus der von ihnen kontrollierten Region zwischen Litani- und Zahrani-Fluß vertreiben lassen, was einer fast vollständigen Aufgabe ihrer Positionen gleichkäme.

Arafat – weiter auf Kapitulationskurs

Arafat – weiter auf Kapitulationskurs

Während der Druck auf die Linkskräfte von Seiten der Zionisten, der Faschisten, der libanesischen Regierung und auch von Seiten der syrischen Regierung immer größer wird, verhandelt Arafat über die Entwaffnung der linken Kräfte.

Ende Mai fand ein Treffen zwischen dem libanesischen Ministerpräsidenten Hoss und einer PLO-Delegation mit Arafat an der Spitze statt — rechtzeitig vor den Gesprächen zwischen Assad und Sarkis. Ausgehandelt wurde ein 5-Punkte-Abkommen, dessen Inhalte einer Entwaffnung der Linkskräfte gleichkommt.

— Die PLO sichert dem Ministerpräsidenten ihr Bemühen zu, die Mission der UN-Truppen zu erleichtern, um den totalen israelischen Rückzug aus dem Süden un die Wiedereinsetzung der libanesischen Souveränität herbeizuführen.

— Die PLO verurteilt alle negativen Aktivitäten und Gewalttätigkeiten im Süden und bringt ihre volle Bereitwilligkeit zum Ausdruck, sich voll und ganz zu bemühen, diese Vergehen in nächstmöglicher Zeit zu verhindern um die palästinensisch-libanesischen Beziehungen zu schützen.

— Die PLO betont nachdrücklich ihre Absicht, die offene Demonstration der bewaffneten Präsenz im Süden zu beenden und den legitimen Autoritäten zu helfen, ihre Aufgaben zu erfüllen und ihre Souveränität in dem Gebiet auszudehnen.

— Auf Bitte des Ministerpräsidenten will die PLO versuchen, die arabischen Freiwilligen (besonders Iraker!), die während der israelischen Invasion in den Süden kamen, in ihre Heimat zurückzuschicken.

— Es wurde vereinbart, die Treffen fortzusetzen, um die libanesisch-palästinensischen Beziehungen zu entwikkeln in der Weise, daß der libanesischen Souveränität und der palästinensischen Sache gedient wird (Zusammenfassung der Ergebnisse der Hoss-Arafat-Gespräche nach ,,IHT'', 26.5.78). Des weiteren wurde eine Drei-Mann-Militär-Kommission eingerichtet, die aus je einem Vertreter der bPLO, der libanesischen Sicherheitskräfte und der syrischen Interventionstruppen besteht.

Dieses Abkommen bedeutet nichts weiter, als daß alle bewaffneten Auseinandersetzungen im Süden, sei es mit den UNO-Besatzer-Truppen, die voll die zionistische Aggression unterstützen, sei es mit dem zionistischen Feind, total eingestellt werden sollen. Des weiteren zeichnet sich schon in diesem Abkommen die freiwillige Einschränkung der bewaffneten Präsenz der Palästinenser im Libanon ab (s. weiter unten).

Dieses Abkommen wurde von der PFLP sofort entschieden abgelehnt. Ihr Sprecher Bassam Abu Sharif stellte fest: ,,*Wir werden jede Partei, die versucht, uns vom Kämpfen abzuhalten oder uns Steine in den Weg zu legen, als Kollaborateure der USA und des zionistischen Feindes betrachten*''. ,,*Die PFLP stellt fest, daß uns keine Zustimmung, den Kampf gegen den Feind aufzugeben, bindet, welches auch immer die Partei sein mag, die die Zustimmung gibt*'' (,,IHT'', 26.5.).

Unmittelbar nach dem Fünf-Punkte-Abkommen befahl Arafat den Stop aller Militäraktionen (,,SZ'', 29.5.). Abu Iyad begründete für Arafat diesen ,,Schritt'' auf dem Weg der Kapitulation. Gerade noch hatte er zusammen mit Abu Daud erklärt: ,,*Wir werden nicht aufhören, unsere israelischen Feinde anzugreifen. Niemand soll versuchen, uns dies zu verwehren und die PLO zum Stillhalten und Stillsitzen zu zwingen. Wir haben gegen Araber und Israelis gekämpft, wir werden auch gegen UN-Soldaten kämpfen, die sich uns in den Weg stellen...*'' (,,Zeit'', 14.4.78).

Jetzt sagte er in einem Interview mit der Zeitung ,,Monday Morning'': ,,*Wir werden keine Aktionen über die libanesische Grenze hinaus machen, weil dies Probleme geben würde... Aber wir werden Aktionen machen von den Golan-Höhen* (Syrien) *und vom Jordan und, wenn wir können, vom Sinai* (Ägypten)'' (,,IHT'', 29.5.78). Die letzten Angaben sind in Wirklichkeit reine Demagogie, schließlich ist bekannt, daß seit Jahren Angriffe von syrischem, jordanischem und erst recht von ägyptischem Gebiet aus von diesen Regimes fast unmöglich gemacht worden sind.

Im weiteren wiederholte Abu Iyad den Beschluß Arafats, die Rolle der UN-Truppen im Libanon zu achten, indem alle militärischen Operationen im Südlibanon eingestellt werden.

Noch Ende Mai tagte das neue Dreier-Militär-Komitee. Die Vereinbarungen sprechen für sich: Zukünftig darf es keine Waffendepots und keine Militärfahrzeuge der Palästinenser mehr in bewohnten Gebieten zwischen Litani- und Zahrani-Fluß geben. Waffen dürfen nicht mehr in der Öffentlichkeit getragen werden, während der Begräbnisse, während der Massenzusammenkünfte und Demonstrationen dürfen keine Schüsse mehr abgefeuert werden, besonders in den Städten Nabatiyeh, Zahrani und Sidon, alles Städte, die bis heute vollständig von den Linkskräften kontrolliert werden (,,IHT'', 29.6.78).

Nicht erwähnt wurde die Stadt Sur. Abgesehen davon, daß es der PLO-Führung hier am allerwenigsten gelingen wird, die Entwaffnung durchzusetzen, wäre schon das Erwähnen der Stadt Sur in diesem Zusammenhang recht peinlich für die PLO-Führung. Schließlich ist inzwischen allgemein bekannt, daß bei dem Überfall der Zionisten auf den Südlibanon allein die Kämpfer der Ablehnungsfront in Sur blieben und die Stadt erfolgreich verteidigten.

Die jetzt beschlossenen Maßnahmen erinnern an die Situation in Jordanien vor dem Septembermassaker 1970. Auch damals ließ sich die PLO auf dem ,,Verhandlungswege'' aus Städten und Dörfern vertreiben. Kurz darauf wurden die von der Bevölkerung isolierten Kämpfer blutig niedergemacht.

Ende Mai/Anfang Juni reiste Arafat dann nach Syrien zu Gesprächen mit Assad (zur gleichen Zeit trafen sich Assad und der libanesische Staatspräsident Sarkis in Lattakia, s.oben). Bei den Gesprächen zwischen Arafat und Assad ging es um die Beziehungen zwischen Syrien und der Al-Fatah (!), die Einigung der palästinensischen Kräfte und um die Aufgaben der in Syrien stationierten Palästinensischen Befreiungsarmee (PLO). Mit diesér Truppe hatte Assad während des libanesischen Bürgerkrieges zunächst versucht, die Linkskräfte im Südlibanon zurückzudrängen. Als ihm das nicht gelang, kam die offene syrische Intervention. Bei diesen Gesprächen geht es um nichts anderes, als die rechten Kräfte im palästinensischen Widerstand zu stärken und von vornherein, wohl in Erwartung bewaffneter Auseinandersetzungen mit den Linken, mittels der PLA eine militärische Stärkung des rechten Flügels zu erreichen.

Unmittelbar vor seiner Reise nach Syrien hatte Arafat noch eine ihm treu ergebene 500-Mann-Truppe aufgestellt, mit dem erklärten Ziel, die Zusammenarbeit mit den UN-Truppen zu sichern (,,Guardian'', 30. 5.78).

Kann Arafat seine ,,Befriedungspolitik'' wenigstens einigermaßen durchsetzen, und es sieht so aus, als würde er sich nicht scheuen, seine Politik dort, wo sie auf Widerstand trifft, militärisch durchzusetzen (dies zeigt die Aufstellung der 500-Mann-Truppe, dies zeigen die Gespräche über die PLA), würde dies zu einer vorläufigen Stärkung der Position Assads im Libanon beitragen. Solange er den palästinensischen Widerstand und die linken libanesischen Kräfte kontrolliert und zurückdrängt, ist er für die Faschisten brauchbar.

Auf der anderen Seite nimmt die politische Auseinandersetzung um die Kapitulationspolitik Arafats auch innerhalb der Al-Fatah zu. Es ist anzunehmen, daß sich diese Abkommen zur Entwaffnung der Linkskräfte ebensowenig durchsetzen lassen, wie das Abkommen von Schtoura vor einem Jahr.

Nahost-Kommission

Iran
Unruhen gehen weiter

Nach den großen Aufständen Anfang Mai in fast allen Städten des Iran kam es Ende Mai in der Stadt Ahwaz (Südwesten) zu großen Demonstrationen gegen das Schah-Regime (,,SZ'', 20./21.5.78).

Anfang Juni kam es in Teheran zu Studentenunruhen, die sich gegen die ständige Anwesenheit von Polizei- und Militäreinheiten auf dem Universitätsgelände richteten. Die Universitäten des Iran sind nach den großen Aufständen des letzten halben Jahres noch immer geschlossen. Mehrere hundert Studenten protestierten gegen die Anwesenheit des Militärs. Es kam zu mehrstündigen Straßenschlachten, in der Stadt wurde eine Bank von Studenten angegriffen (,,NZZ'', 3.6., ,,FR'', 2.6.).

Für den 5. Juni riefen islamische Geistliche, die ,,National-Front'' und das iranische Komitee für die Verteidigung der Menschenrechte zu einem Generalstreik auf. Anlaß war der 15. Jahrestag des großen Aufstandes 1963, der vom Schah-Regime blutigst niedergeschlagen wurde. Es gab damals zigtausende von Todesopfern. Gestreikt wurde in mehreren Stadtvierteln Teherans, in Mehed, Qom, Täbriz und anderen Städten (,,Le Monde'', 6.6., ,,IHT'', 6.6.).

Neue Unruhen gab es ebenfalls in der Gegend von Babol (Kaspisches Meer).

Nahost-Kommission



Besatzungstruppen in ganz Shaba

Trotz mehrfacher Ankündigung der französischen und belgischen Imperialisten, ihre Besatzertruppen aus Shaba abzuziehen, deren Einsatz ja zunächst „nur" als kurzfristige „humanitäre Hilfe" bezeichnet worden war, befinden sich nach wie vor große Truppenkontingente beider Länder in der Südprovinz Zaires und kontrollieren alle größeren Städte mit der Ausnahme Mutschatschas, das sich offenbar noch immer in den Händen der FNLC-Kämpfer befindet.

Die Imperialisten haben entlang der Grenze zu Angola und Sambia einen riesigen militärischen Sperrgürtel eingerichtet, dessen genaues Ausmaß noch unbekannt ist. Die FAZ spricht von 100 km Länge. In diesem Streifen sind nach Angaben *„alle Dörfer Kinshasas geräumt worden. Wie tief dieser Streifen ist, wurde nicht mitgeteilt"* (FAZ, 3.6.). Wie die „Räumung" dieses Gebietes vonstatten gegangen ist, läßt sich nur erahnen. Beim ersten Shaba-Krieg vor mehr als einem Jahr hatten marokkanische und französische Truppen mit Napalm-Bombardements ganze Landstriche verwüstet. Eine Flüchtlingswelle von über 200.000 Zairern nach Angola und Sambia war die Folge. Aus den offiziellen Angaben über die imperialistischen Truppenbewegungen in Shaba läßt sich die Größe des besetzten Gebietes in etwa ablesen. Belgische Truppen wurden vor allem in die Städte Lubumbashi, Likasi, Kigushi, Kasenga und Kambove entsandt, *„um den Weißen ein Gefühl der Sicherheit zu geben"* (FAZ,5.6.). Das Hauptquartier und die Nachschubbasis der Belgier ist das 250 km von Kolwezi entfernt liegende Kamina. Der größte Teil der französischen Fremdenlegionäre wurde in der Provinzhauptstadt Shabas, Lubumbashi, stationiert. In diesem neben Kolwezi bedeutsamsten Bergbauzentrum Zaires ist die Unterstützung für die FNLC besonders stark. Wenige Tage nach der Befreiung Kolwezis am 13 FNLC besonders stark. Wenige Tage nach der Befreiung Kolwezis am 13. Mai hatte sich die Bevölkerung Lubumbashis zu spantanen Sympatiekundgebungen mit dem bewaffneten Kampf gegen das Mobutu-Regime versammelt, die von zairischen Armeeeinheiten blutig unterdrückt wurden. Angesichts dieser Situation schrieb die „Süddeutsche Zeitung": *„In Shabas Hauptstadt wird die nächste Rebellion erwartet"* (SZ, 30.5.) und: *„Aus unterrichteten Kreisen in Kinshasa verlautete, die verlegten Einheiten würden in der Umgebung von Lubumbashi nach regierungsfeindlichen Kräften suchen, die sich dort möglicherweise versteckt haben"*(SZ, 29.5.). Die imperialistische Truppenkonzentration in Lubumbashi soll ganz offensichtlich dazu dienen, den Widerstand hier bereits im Keim zu ersticken. Zur Rechtfertigung muß wie in Kolwezi die „Gefährdung" der Europäer herhalten. So sollen die Europäer massenweise Drohbriefe von Afrikanern erhalten haben, in denen ihre Liquidierung für den Fall eines Rebelleneinmarsches angekündigt wird. Wer diese Briefe verfaßt hat, dürfte klar sein.

Zusammen mit 1000 zairischen Fallschirmjägern setzen die französischen Fremdenlegionäre ihre Terrorherrschaft auch in Kolwezi fort. Wie zu befürchten war, führen die Mobutu-Soldaten einen wahren Rachefeldzug gegen die mit der FNLC sympatisierende Bevölkerung durch: *„Nachdem ... die zairischen Einheiten zurückgekehrt waren, ging das Marodieren weiter. Afrikanische Einwohner der Stadt sollen ausgeraubt und umgebracht worden sein. 'Es scheint sich um einen Stammes-Rachefeldzug zu handeln' mutmaßte ein französischer Offizier"* (SZ, 1.6.). Zynisch wird jetzt die fortgesetzte Anwesenheit der französischen Söldner in Kolwezi sogar damit begründet, *„ein Wiederaufflammen von Vergeltungsschlägen der zairischen Armee gegen die örtliche Bevölkerung"* verhindern zu wollen und außerdem *„nicht die Chance zu vertun, Geiseln oder andere, die flüchteten, zu finden"* - so der französische Präsidialsprecher Hunt (International Herald Tribune, 7.6. und SZ, 30.5.).

Das Ergebnis dieser „humanitären" Aktionen wird inzwischen offiziell mit *„über 1000 Toten"*, nach Angaben „informierter Kreise" in Paris sogar mit 2000 Toten unter der afrikanischen Zivilbevölkerung beziffert (SZ, 27./28.5. und FAZ, 3.6.) Gleichzeitig wird die Hetze gegen die „Wilden" von der FNLC fortgesetzt. Präsident Mobutu erklärte am 31. Mai, die Rebellen hätten *„im Busch alle mitgeführten gefangenen Männer, Frauen und Kinder liquidiert. Mobutu berief sich auf Erkenntnisse seines Geheimdienstes, sagte aber, der Tatort und die Zahl der Opfer seien ihm nicht bekannt (!)"* (SZ, 1.6.). Auf Beweise kommt es also gar nicht an, hauptsächlich der Zweck der Hetze und Verleumdung wird erfüllt. Die FNLC hat diese und ähnliche Greuelpropaganda zum wiederholten Male dementiert und noch einmal darauf hingewiesen, daß sie unter der Zivilbevölkerung überhaupt keine Gefangenen genommen hat. In ihrem Gewahrsam befinden sich lediglich sechs französische Militärangehörige, die am Tag der Befreiung Kolwezis gefangengenommen wurden.

Widerstand der Bevölkerung ungebrochen

Nach wie vor stoßen die Besatzungstruppen in allen Teilen Shabas auf Widerstand der Bevölkerung und von FNLC-Einheiten. Die französischen Legionäre mußten zugeben, *„daß die Sicherheit in Kolwezi noch längst nicht wiederhergestellt ist. Die 'Katanger' hätten sich in 30 km Entfernung von der Bergbaustadt neu formiert"* (Le Monde, 8.6.). Die offiziell zugegebenen Zahlen französischer Verluste steigen ständig an (Daily News, Tanz.,27.5.). Auch in anderen Landesteilen Zaires scheint der Protest und bewaffnete Widerstand gegen das Mobutu-Regime neuen Auftrieb gewonnen zu haben. Die Oppositionsbewegung Mouvement National Congolais-Lumumba-Partei (MNC-L), die sich als Nachfolgeorganisation der ehemaligen gleichnamigen Lumumba-Partei versteht, hat bekannt gegeben, in Nordost- namigen Lumumba-Partei versteht, hat bekannt gegeben, in Nordost-Zaire in der Nähe der Grenze zu Uganda vier zairische Armeeposten angeriffen zu haben (FAZ, 3.6.). Das MNC-L war bereits früher in diesem Gebiet aktiv (vergl. AK 102). Auch aus der Diamanten-Provinz Kasai werden neue Unruhen gemeldet (vgl. z.B. SZ,2.6. und Le Monde, 3.6.). In der Provinz Bandundu hatten die zairischen Streitkräfte im Januar 1978 eine blutige Strafaktion gegen protestierende Plantagenarbeiter durchgeführt. Über 2000 Dorfbewohner in Idiofa wurden massakriert. Auch aus Kisangani (früher Stanleyville) und der Hauptstadt Kinshasa gibt es Informationen über Protestaktionen der Bevölkerung. Die zairische Nachrichtenagentur AZAP bestätigte, daß es Anfang Juni an der Uni von Kinshasa „Zwischenfälle" gegeben habe. In der Nacht zum 3.Juni errichteten Armee und Polizei in der Hauptstadt Straßensperren. In verschiedenen Vororten wurden Razzien und Haus-zu-Haus Durchsuchungen durchgeführt (SZ, 5.6. und tanz. „Daily News", 26.5.).

Militärische Intervention der arabischen und afrikanischen Reaktion hat begonnen

Zur Verstärkung der französischen und belgischen Truppen wird seit dem 4.6. eine 1500 Mann starke marokkanische Interventionstruppe nach Shaba eingeflogen. Für den Transport haben die US-Imperialisten zwölf C - 141 - Transportflugzeuge zur Verfügung gestellt. In Dakar/Senegal und Libreville/Gabun ist amerikanisches Personal stationiert worden, das den Abtransport von senegalesischen und gabunesischen Truppen ins Aufstandsgebiet organisiert. Mit diesem Einsatz von Soldaten neo-kolonialer afrikanischer Regimes beginnt die von den Imperialisten seit einiger Zeit diskutierte „afrikanische Eingreiftruppe" konkrete Formen anzunehmen. Zusammen mit Truppen aus Elfenbeinküste, Togo und dem Zentralafrikanischen Kaiserreich soll dieses Expeditionskorp der afrikanischen Reaktion auf 500 - 1000 Mann anwachsen.

Inzwischen hat auch Ägypten die Entsendung von schwerer Artillerie und Militärberatern nach Zaire mitgeteilt. Bei einem Besuch des ägyptischen Außenministers Kaamel in Zaire in der nächsten Woche sollen weitere Hilfsmaßnahmen besprochen werden (SZ,9.6.).

Demonstrative Schützenhilfe hat das Mobutu-Regime auch vom sambischen Präsidenten Kaunda erhalten, der Mobutu einen eintägigen Besuch im besetzten Lubumbashi abstattete. Im Mittelpunkt ihrer Diskussion stand die Frage, wie man die zairisch-sambische Grenze gegen die „Infiltrierung" durch FLNC-Guerillas sichern könne (Le Monde, 8.6.).

Eine Geste des gegenseitigen Einverständnisses bei der Bekämpfung des Shaba-Aufstandes hat Sambia bereits vorher gemacht: Das Kaunda-Regime kündigte an, daß es Kämpfer der FLNC, die sich nach Sambia geflüchtet hatten und dort festgenommen wurden, nunmehr an Zaire – und damit in den sicheren Tod! – ausliefern wird (SZ, 26.5.).

Die Rolle der BRD

Die Entsendung der afrikanisch-arabischen Streitmacht war auf dem französisch-afrikanischen Gipfeltreffen, der NATO-Tagung und dem Pariser Afrika-Treffen vorbereitet und entschieden worden (vergl. hierzu gesonderten Artikel in diesem AK). An den beiden letztgenannten Treffen war die Bundesrepublik beteiligt und hat allem Anschein nach verschiedene Aufgaben bei der Aufstandsbekämpfung in Shaba übernommen. Bereits im letzten AK hatten wir berichtet, daß verschiedene Treffen zur Vorbereitung der belgisch-französischen Intervention in Stuttgart und Heidelberg unter Beteiligung der Bundesrepublik stattgefunden haben. Außerdem hatte Bonn Zaire weitere Zahlungen in Höhe von 60 Mio. DM zugesagt. Die Regierungsspitzen Genscher und Schmidt hatten schließlich mehrfach die imperialistische Aggression ausdrücklich gutgeheißen.

Einen Durchbruch erzielten die heißen.

Einen Durchbruch erzielten die BRD-Imperialisten durch ihre Teilnahme an der Pariser Fünfer-Konferenz zur Vorbereitung zukünftiger imperialistischer Interventionen in Afrika. Die „Zeit" kommentierte das Ergebnis in bewegten Worten: *„Für die Bundesrepublik bahnt sich unerwartet eine neue und in ihrer Tragweite noch nicht übersehbare Herausforderung an: Afrika. Die Bereitschaft zur Übernahme internationaler Verantwortung ... hat zu Beginn dieser Woche eine präzisere, vielleicht sogar exemplarische Bedeutung für die künftige deutsche Beteiligung am internationalen Krisenmangagement erhalten. Jedenfalls setzt die Bonner Teilnahme an der Konferenz ... einen Präzedenzfall ... Bonns Einfädelung ins internationale politische Krisenmangagement signalisiert nun eine neue Qualität unserer Außenpolitik ... die Unschuld des wirtschaftlichen Riesen, der sich als politischer Zwerg verkleidet, ist ein für allemal dahin"*(„Zeit",9.6.).

„Le Monde" weiß zu berichten, daß die Bundesrepublik auf der Pariser Konferenz einen Teil der Ausrüstung und Wartung für den Transport und Unterhalt der afrikanischen „Eingreiftruppe " übernommen hat (LM, 7.6.).

Diese Meldung ist bislang nicht dementiert worden. Noch brisanter ist eine Meldung der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS, daß sich neben 700 US-Soldaten auch *„eine Anzahl von Offizieren der Bundeswehr"* in Zaire aufhalten! (SZ, 8.6.). Bundeskanzler Schmidt erklärte zu einer Frage des „Stern" nach dem Einsatz von Bundeswehr in Zaire: *„Wir stehen bei derartigen Krisen keineswegs in der sicheren Nische ... Wir drücken uns nicht um unsere internationale Verantwortung. Aber jeder wird verstehen, daß wir mit der Entsendung deutscher Soldaten in Krisengebiete überaus vorsichtig sein müssen ... bei der militärischen Operation in Zaire gab es für ein deutsches Eingreifen keinen Grund. Das belgisch-französische Eingreifen mit dem Ziel, Menschenleben zu retten, haben wir ausdrücklich gutgeheißen"* (Stern, 8.6.).

Mit anderen Worten: Ein besserer „Grund", und die BRD ist nächstes Mal ganz offiziell dabei!

Afrika-Kommission



„Humanitärer Einsatz" französischer Legionäre

Der „Held von Shaba" — ein berüchtigter Folterknecht

Die heuchlerisch als „humanitäre Rettungsaktion" getarnte Invasion französischer Fallschirmjäger in Zaire war in Teilen der bürgerlichen französischen Presse von chauvinistischen Lobgesängen auf die „tapferen Legionäre" und unverhohlener kolonialer Nostalgie begleitet. In der Tat zeigt sich die Tradition der blutigen französischen Kolonialpolitik auch beispielhaft an der Person eines der hauptverantwortlichen Militärs bei der Invasion in Shaba (zu den Brutalitäten der franz. Legionäre in Zaire vgl. AK 130).

Es handelt sich um den **Oberst Philippe Erulin**, Oberbefehlshaber des „2. Fallschirmjägerregiments der Fremdenlegion". Von 1955 - 1961 während des algerischen Befreiungskrieges war er verantwortlich für „Feindaufklärung" und dabei maßgeblich an der Folter unzähliger Befreiungskämpfer im Folterzentrum in der Villa Sesini beteiligt.

Wie der Chefredakteur der KPF-Zeitung „Humante", Rene' Andrieu, im französischen Fernsehen enthüllte, war Erulin 1957 persönlich an der brutalen Folter des Kommunisten Henri Alleg, Chefredakteur der Zeitung „Republikanisches Algerien" beteiligt. Alleg berichtet in seinem Buch „La Question" („Die Frage") über die faschistischen Kommentare dieses Söldnerschweins: *„Du wirst reden. Jeder muß hier reden. Wir haben in Indochina Krieg geführt, wir kennen euch. Hier ist die Gestapo! (...) Was wir hier machen, werden wir auch in Frankreich machen. Dein Duclos u. dein Mitterand, mit denen werden wir dasselbe machen wie mit dir, und deine Hure von Republik werden wir ebenso zum Teufel jagen!"* („La Question", S. 36, zitiert nach „Liberation", 25.5.78).

Die rechtsradikale Zeitung „Minute" schreibt außerdem lobend über Erulin: *„Während er nur Leutnant war, hat er sich in Algier im Kampf gegen die Rebellion beteiligt. Bei dieser Gelegenheit war er an der Festnahme und dem Verhör des Kommunisten Audin beteiligt, der in der Haft verstarb."* (!!! – zitiert nach „Liberation", 26.5.78).

Erulin selber hat sich mit keinem Wort von den Enthüllungen distanziert: *„Für mich ist nur die Gegenwart von Bedeutung. Gegenwärtig rette ich Menschenleben und tue alles, um in einer zerstörten und geplünderten Stadt die Ordnung wieder herzustellen. Ich habe auf diese Behauptungen (. . .) nichts zu entgegnen."* (In einem Interview mit Radio „Europe No.1" in Kolwezi, nach „Liberation" 27./28.5.).

Erulin und auch das französisiche Kriegsministerium stellten allerdings Anzeige gegen die linken Tageszeitungen „rouge" und „Liberation" – denn nach offizieller Version hat Erulin in Algerien nur seine „patriotische Pflicht" getan!

In jüngster Vergangenheit hatte Erulin von sich reden gemacht, weil in seiner Kaserne in Calvi ein Bordell der Fremdenlegion untergebracht war, in dem junge Mädchen z.T. gegen ihren Willen untergebracht wurden!

Der Fall Erulin ist nur die Spitze eines Eisbergs. Die französische Armee hat zwar nach dem Algerienkrieg einige Militärs mit allzu offenen Kontakten zur faschistischen Terrororganisation „OAS" entlassen. Gefoltert zu haben war jedoch niemals ehrenrührig. Heute führen die Folterer des vietnamesischen und algerischen Volkes ihr dreckiges Handwerk gegen die kämpfenden afrikanischen Völker weiter, wie am 31. Mai gegen die Befreiungskämpfer der Frolinat im Tschad.

Und übrigens: Der Journalist von „Liberation, der diese Informationen veröffentlichte, mußte feststellen, daß in seiner Abwesenheit seine Wohnung durchsucht und Dokumente entwendet worden waren!

Frankreich-Kommission

Interview des FLNC-Präsidenten Mbumba mit „Afrique-Asie": „Zaire, eine vorgerückte Basis der Nato"

„Afrique Asie" („AA"): Was geschah zwischen dem 8. März 1977 und diesem 13. Mai (Befreiung Kolwezis, Anm. AK)?

Nathanael Mbumba (NM): Seit dem Beginn unseres Befreiungskampfes am 8. März letzten Jahres haben unsere Kämpfer nie das Land verlassen. Während des von Mobutu so bezeichneten „80-Tage-Krieg" — der tatsächlich aber nie aufgehört hat — haben wir eine begeisterte Unterstützung der Bevölkerung erhalten. Eine große Zahl von Jugendlichen hat sich uns angeschlossen: Bauern aus Shaba und auch Arbeiter dieses Bergbau- und Industriegebietes, die aus anderen Provinzen stammen.

Nach der französisch-ägyptisch-marokkanischen Intervention sind wir untergetaucht und haben von unseren geheimen Stützpunkten im Land selbst aus mit der intensiven Vorbereitung auf die umfangreiche Aktion dieser letzten Tage begonnen.



General Mbumba

General Mbumba
Wir wollten die Interessen im Herzen treffen, die den korrumpierten

Wir wollten die Interessen im Herzen treffen, die den korrumpierten Diktator Mobutu an der Macht halten. Und militärisch sind wir nicht untätig geblieben. Unsere Kämpfer haben wiederholt die Einheiten der zairischen Armee angegriffen. Sie haben Industrieeinrichtungen und Verkehrswege sabotiert, sowohl in Shaba als auch in Kasai. Bei diesen Aktionen haben wir Militärmaterial, Waffen und Munition erbeutet und für die angestrebte Operation angesammelt.

„AA": Warum jetzt diese Aktion? Gab es einen bestimmten Grund?

NM: Wir wußten, daß die Armee Mobutus äußerst demoralisiert war. Sie hatte schlimmste Schikanen erdulden müssen, Repression, die bis zur Entfernung eines Teils ihrer höheren Kader ging. Unsere Freunde in Kinshasa und in den wichtigsten Städten informierten uns über die vollständige Zersetzung der staatlichen und administrativen Strukturen und über das unglaubliche alltägliche Ausmaß der Korruption. Was die Bevölkerung angeht, besonders in dieser Region und in Kwilu — wo kürzlich Aufstände gegen die örtliche Macht im Blut ertränkt wurden — wußten wir, daß die harte und allgegenwärtige Repression das gewaltige Elend, in dem unser ganzes Volk seit der Kolonialzeit lebt, noch vergrößert hatte. Als Sündenböcke für den Zusammenbruch des Regimes und die Soldateska Mobutus haben besonders die Bewohner dieser Regionen jede nur erdenkliche Form von Mißhandlung erlitten. Sie wurden aus ihren Dörfern deportiert, damit sie nicht unter den Einfluß unserer Volksmobilisierung gerieten.

Überall, wo wir durchkamen, gab es nur einen Wunsch in der gesamten Bevölkerung: Wann kommt die Zeit des Aufstands, um mit diesem Regime Schluß zu machen? Es war nicht möglich, länger zu warten. Auf der einen Seite warteten unsere Kämpfer ungeduldig darauf, härtere Schläge gegen Mobutu zu führen und dazu beizutragen, der Ungerechtigkeit ein Ende zu machen. Auf der anderen Seite war die Bevölkerung am Rand der Verzweiflung.

„AA": Wie verlief die Befreiung von Kolwezi?

NM: In der Nacht vom 12. zum 13. Mai haben unsere Kämpfer die Stadt umzingelt. Um 5 Uhr starteten sie einen Angriff gegen die Kasernen der zairischen Armee (F.A.Z.) und der Gendarmerie als auch gegen das Hotel „Impala", wo sich Söldner aufhielten, westliche Militär-„Berater" und Mitglieder der UNITA. Der Überraschungseffekt rief bei ihnen eine Panik hervor, und sie haben sich praktisch damit begnügt, nach allen Seiten zu fliehen. Sie waren immerhin mehr als 5.000 Soldaten, kommandiert durch den General Likuta. Eine unse-

rer Kampfgruppen hat sich sofort des Flughafens bemächtigt, wobei sie drei

rer Kampfgruppen hat sich sofort des Flughafens bemächtigt, wobei sie drei „Mirage"-Flugzeuge, vier „Aermacchi", sechs zivile Transportflugzeuge und zwei Hubschrauber zerstörte.

Die Soldaten der F.A.Z., die aufgelöst die Flucht ergriffen, riefen der Bevölkerung zu, ihnen zu folgen, weil die Tiger-Kommandos dabei seien, die ganze Stadt zu übernehmen. ... Sie hofften, nach der langen Hetzkampagne gegen die FLNC die Zivilbevölkerung in Schrecken zu versetzen. Aber nach einem Moment der Überraschung und des Zögerns, am Morgen des 13., als unsere Truppen die politischen Gefangenen aus dem Gefängnis von Kolwezi befreit hatten — darunter viele Militärs — versammelten die Einwohner sich an mehreren Orten der Stadt, und die politischen Kommissare der Front improvisierten Treffen, wo sie die Ziele unserer Aktion und unseres Kampfes erklärten, und Anweisungen gaben, um wieder Ruhe herzustellen und die Aufrechterhaltung lebensnotwendiger Dienste sicherzustellen (...). Die Bevölkerung wurde aufgefordert, die Wohnviertel nicht zu verlassen und auch nicht aus den Häusern zu gehen, außer um Lebensmittel zu holen. Es wurden sofort Maßnahmen ergriffen, um Plünderungen und Diebstähle zu verhindern. Die Bankdirektoren wurden unter Hausarrest gestellt, durften aber die Schlüssel für ihre Banksafes behalten.

Die einzigen aufgebrochen Türen waren die von Lebensmittelläden, besonders der städtischen Verkaufsstellen, von wo aus die notwendigsten Lebensmittel an die ganze Bevölkerung verteilt werden konnten. Die Betriebsangehörigen der Gécamines durften sich in ihren Läden versorgen, aber um jede Verschwendung und jedes Horten zu vermeiden, waren Verantwortliche der FAPC bei den Käufen dabei.

Am 14. wurde das Krankenhaus, das weiter funktionierte, evakuiert, weil nach unseren Informationen Bombenflüge vorbereitet wurden. Die Ärzte wurden nach Hause geschickt und die ernsthaft Kranken in Privathäusern untergebracht. Tatsächlich verstärkten sich seit dem 15. die Bombardierungen des Flughafens. In der Stadt herrschte Ruhe nach dem Aufspüren und der Vernichtung von einzelnen Gruppen europäischer Militärs und einigen hier und da noch aktiven Heckenschützen, zivilen Angehörigen der zairischen Streitkräfte F.A.Z. oder Elementen der UNITA.

Noch am gleich Montag näherten sich die Verstärkungen, die Mobutu von Lubumbashi aus geschickt hatte. Aber unsere Kämpfer erwarteten sie auf dem Fluß Lualaba und schlugen sie zurück.

„AA": Waren es an diesem Tag nur zairische Soldaten?

NM: Ja. Erst am Dienstagmorgen, gegen 3 Uhr, wurden die ersten französischen Fallschirmjäger in der Nähe des Flughafens abgesetzt, während gleichzeitig die Bombardierungen der „Mirage" zunahmen. Und dort gab es ohne Zweifel die meisten Opfer unter der Bevölkerung. Zu diesem Zeitpunkt veröffentlichten wir ein Kommuniqué, daß wir die Bergbaueinrichtungen ernsthaft beschädigen würden für den Fall einer ausländischen Intervention. Wir dachten, dies war das einzige Argument, was die Intervention noch verhindern könnte.

(...)

Dreißig französische Fallschirmjäger der ersten Gruppe, die am 16. in der Umgebung der Stadt von den FAPC (Streitkräfte der FLNC, Anm. AK) *geschlagen worden war, versuchten am 17. einen zweiten Angriff vom Westen aus zu starten. ... Aber sie wurden am Nachmittag erneut zurückgeschlagen und auseinandergetrieben. Hierbei gab es auch zivile Opfer, weil sie Villen als Stützpunkte nahmen, in denen die Europäer sich eingeschlossen hatten.*

Währenddessen wurden im Osten schon Fallschirmjäger einer gemischten französisch-belgisch-amerikanischen Truppe im Gebiet des Flughafens eingesetzt. (...)

Trotz der Spannung, die in der Stadt selbst durch die nahen Kämpfe und Bombardierungen hervorgerufen wurde, fand eine Versammlung zwischen zwei unserer politischen Kommissare und dem Delegierten des ausländischen Personals von Gécamines, Renard, in Gegenwart anderer Ausländer statt. Wir wollten, daß sie einsehen, daß unser Befreiungskampf nicht gegen sie persönlich gerichtet ist

Renard, in Gegenwart anderer Ausländer statt. Wir wollten, daß sie einsehen, daß unser Befreiungskampf nicht gegen sie persönlich gerichtet ist

und daß man bei der Verwaltung der Stadt zusammenarbeiten könnte. Sie akzeptierten und versprachen, in diesem Bereich das Stadtkomitee aktiv zu unterstützen, welches von unseren Kämpfern und der Bevölkerung gebildet worden war. Renard hat sogar ein Dokument unterzeichnet, was dies Abkommen bestätigt und anerkennt, daß das Verhalten der Widerstandskämpfer der FLNC Lob verdient und nichts mit dem der F.A.Z. zu tun hat.

aus „de Volkskrant" (sozialdemokratische niederländische Tageszeitung)

„AA": Habt Ihr ein Echo in Solidaritätsdemonstrationen mit der FLNC in anderen Regionen des Landes gehabt?

NM: Ja, am 16. haben Unterstützungsdemonstrationen in bestimmten Vierteln von Lubumbashi stattgefunden. Die Leute versammelten sich und riefen: „Die Stunde hat geschlagen ... Die FLNC ist angekommen." Die Demonstrationen wurden mit der gewohnten Härte unterdrückt. Auch in Kinshasa waren unsere geheimen Zellen nicht untätig.

„AA": Habt Ihr Kontakt zu anderen Oppositionsgruppen im Ausland oder in Zaire?

NM: Wir haben immer die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses aller Oppositionskräfte betont, um das Regime von Mobutu wirksam zu bekämpfen. Aber diese Kräfte sollten auch wirklich alle engagiert am Kampf teilnehmen. Dies ist jetzt eine Gelegenheit dafür — oder nicht? Wir haben bereits Kontakte mit anderen Gruppen und Bewegungen, besonders mit der Revolutionären Volkspartei (PRP), die sich aber noch nicht im Gelände konkretisiert haben.

„AA": Zaire, das ist bekannt, beherbergt Marionetten und Söldner, die Angola angreifen. Hattet Ihr mit ihnen zu tun?

NM: In dieser Region (= Kolwezi und Umgebung, Anm. AK) *unterhält die FNLA von Holden keine Trainingslager. Aber seit dem Ende des angolanischen Befreiungskrieges sind die Banden der UNITA von Savimbi hier ständig im Anwachsen. Von hier aus greifen sie unter anderem Angola an.*

(...)

„AA": Wenn Ihr Euch jetzt zurückziehen und im Busch neu formieren müßt, dann wäre das wie in der Vergangenheit auf die ausländischen Interventionstruppen zurückzuführen?

NM: Ganz sicher. Die F.A.Z. (Streitkräfte Mobutus, Anm. AK), *das ist allen bekannt, haben uns niemals einen Widerstand entgegengesetzt, der eine solche Bezeichnung verdient hätte, wenn sie sich nicht ohnehin unseren Truppen angeschlossen haben. Und viele wollen sich uns noch an-*

eine solche Bezeichnung verdient hätte, wenn sie sich nicht ohnehin unseren Truppen angeschlossen haben. Und viele wollen sich uns noch an-

schließen, um Mobutu zu bekämpfen.

(...)

„AA": Der Befreiungskampf muß also Eurer Meinung nach über eine direkte Konfrontation mit dem Imperialismus geführt werden ...

NM: Das wäre nicht das erste Mal in der Geschichte des Freiheitskampfs der Völker. Und Mobutu ist sogar bereit, Teile seines Landes für die Errichtung von Militärbasen zu verkaufen, um westliche strategische Interessen sicherzustellen. Praktisch ist Kinshasa eine vorgerückte Basis der NATO geworden. Der Fall der OTRAG stellt eine wirkliche Herausforderung für alle afrikanischen Völker dar.

„AA": Als der Vertrag zwischen Mobutu und der westdeutschen Gesellschaft bekannt wurde, habt Ihr einen Appell an die fortschrittlichen afrikanischen Staaten gerichtet und sie um



Ein Söldner des Imperialismus „verhört" einen Schwarzen in Zaire

Unterstützung gebeten. Was war die Reaktion?

NM: Die fortschrittlichen afrikanischen Länder vermitteln uns den Eindruck, daß sie die Berechtigung unseres Kampfes verstehen, aber sie haben sich noch nicht für eine direkte Unterstützung entschieden. Übrigens gewähren uns auch die fortschrittlichen Länder außerhalb Afrikas nicht die Hilfe, die die westlichen Länder immer wieder attackieren. Die Ausbildung unserer FAPC wird einzig und allein von kongolesischen Ausbildern durchgeführt. Es gibt bei uns weder

immer wieder attackieren. Die Ausbildung unserer FAPC wird einzig und allein von kongolesischen Ausbildern durchgeführt. Es gibt bei uns weder

sowjetische noch kubanische Kader — und auch sonst keine weiteren.

„AA": Wie sehen Eure Beziehungen zu den Nachbarländern Angola und Sambia aus, die beschuldigt werden, Euch zu unterstützen?

NM: Zum Zeitpunkt der doppelten Invasion der Zairer und der Südafrikaner befanden wir uns in Angola, und wir haben uns auf die Seite der MPLA, das heißt des angolanischen Volkes, gestellt. Aber seit der Befreiung Angolas 1976 sind wir heimlich nach Zaire eingesickert, bis zur Auslösung unseres bewaffneten Kampfes am 8. März 1977. Seit diesem Tag haben wir das Land nicht mehr verlassen.

(...)

Was Sambia angeht, haben wir nie richtige Beziehungen gehabt. Es bestand auch nie die Notwendigkeit, sambisches Gebiet zu durchqueren. (...) Aber wir freuen uns über die Hilfe, die die beiden Länder, Angola und Sambia, den Flüchtlingen gewähren, die vor den Bombardierungen Mobutus im letzten Jahr geflüchtet sind und die in ihren Grenzen untergekommen sind.

„AA": Gleichzeitig hat Omar Bongo, der gegenwärtige Präsident der OAU, an die Mitgliedsländer appelliert, Mobutu zu Hilfe zu eilen.

NM: Wir haben schon unser Erstaunen über diese Initiative ausgedrückt. Das Gespenst des sowjetisch-kubanischen Eindringens ist nichts als ein Vorwand, ein Alibi für die Intervention, die die Befreiung des kongolesischen Volkes verhindern soll. Aber was auch immer jetzt geschehen mag, wir sind fest davon überzeugt, daß mit den jüngsten Ereignissen eine widerrufliche Situation geschaffen wurde, die schließlich mit dem Sturz Mobutus und seines Regimes enden wird.



Kommandeure der FLNL

NATO-Plan für Afrika

Die imperialistische Aggression gegen den Volksaufstand in Zaire geht unvermindert weiter. Knapp zwei Wochen nach den Massakern, die französische und belgische Fallschirmjäger an der Zivilbevölkerung verübten, ist der Imperialismus zur Dauerbesetzung der aufständischen Südprovinz übergegangen. 1.500 marokkanische Elitesoldaten wurden mit US-Transportmaschinen direkt in das Aufstandsgebiet eingeflogen, sie verfügen über „einschlägige Erfahrungen" aus der Shaba-Besetzung vom April 1977. Unterstützt werden sie durch eine „panafrikanische" Streitmacht aus der Elfenbeinküste, Gabun, Togo, Senegal und Ägypten, die ihrerseits ca. 1.000 Mann umfassen soll („FAZ", 6.6.78). Zusammen mit einem belgischen Fallschirmjägerbataillon und einer Resttruppe französischer Fallschirmjäger befinden sich ca. 2.800 ausländische Soldaten im Sold des Imperialismus in der Shaba-Provinz. Diese Besetzungsaktion durch Imperialismus und afrikanische Reaktion ist selbst propagandistisch nicht mehr mit einer „Geiselbefreiung" o.ä. zu begründen. Der humanitäre Lack, angereichert mit Schauergeschichten über die „mordenden Aufständischen ist längst ab. Es bleibt übrig die langfristige militärische Absicherung strategischer Interessen der NATO in Afrika.

Doch da gegenwärtig die afrikanischen Statthalter des Imperialismus weniger denn je in der Lage sind, die Stabilität neokolonialer Strukturen in Afrika zu gewährleisten, wird die direkte Kriegsführung durch den Imperialismus selbst zum Gebot der Stunde. Die Afrika-Politik des Imperialismus vollzieht unter diesen Vorzeichen einen Schwenk hin zur klassischen Kriegs- und Kanonenbootpolitik früherer Jahre und behandelt den ganzen afrikanischen E r d t e i l als „natürliches" Interventionsobjekt. Die Formel Kennedys: „Afrika den Afrikanern", mit der die Etablierung der imperialistischen Neokolonien Anfang der sechziger Jahre propagiert wurde, erweist sich unter diesen Umständen als nicht mehr zeitgemäß und „*unrealistisch*" („FAZ", 7.6.78). „Konsequent" fordert die „FAZ" (ebenda) die offene imperialistische Einmischung als „natürliches Recht":

„*Wie 1975 in Angola versäumt, 1977 und 1978 in Shaba praktiziert, müssen westliche Staaten wohl oder übel immer wieder eingreifen, um die Machtübernahme durch kommunistische Usurpatoren und die Rekolonisierung durch die Sowjetunion zu verhindern. Nichteinmischung in afrikanische Angelegenheiten gibt es nicht, denn erstens bedeutet Abstinenz des Westens nur noch mehr Einmischung des Ostblocks und zweitens sind afrikanische Angelegenheiten angesichts der historischen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Bindungen und oft sogar gegenseitigen Abhängigkeiten auch europäische und in größerem Rahmen westliche Angelegenheiten. Aus eigenen Angelegenheiten kann sich nicht heraushalten, wer sich nicht selbst aufgeben will.*"

Diskutiert wird also „*nicht mehr das Ob eines Engagements, sondern das Wie*" („FAZ", 6.6.78). Der Vereinheitlichung und Ausrichtung der imperialistischen Staaten auf die einzuschlagende Taktik dienten in diesem Sinn die NATO-Konferenz in Washington und die Fünfer-Konferenz von Paris.

NATO–Konferenz

Die NATO-Konferenz in Washington (30.5.) stand ganz im Zeichen der Debatte um die imperialistische Afrika-Politik: „*In den zwei Arbeitstagen, während derer zehn Stunden diskutiert und verhandelt wurde, ist die meiste Zeit über Afrika gesprochen worden*" („FAZ", 2.6.78). Nach außen wollte das „Verteidigungsbündnis" unmißverständlich klarstellen, daß der Imperialismus fortschrittliche Entwicklungen in Afrika als „Bedrohung" ansieht und entsprechend voll „durchgreifen" woll: „*Unser Bündnis ist auf Europa gerichtet. Doch unsere Wachsamkeit kann nicht auf diesen kontinent begrenzt werden*" erklärte US-Präsident Carter in der Begrüßungsansprache. Und noch deutlicher: „*Die Aktivitäten der Sowjetunion und Cubas in Afrika hindern afrikanische Staaten daran, ihre Zukunft selbst zu bestimmen. Als Mitglieder des größten Bündnisses in der Welt können iwr diesen Ereignissen nicht gleichgültig gegenüberstehen — sowohl im Interesse Afrikas wie im langfristigen Interesse des Bündnisses. Ich begrüßte daher die individuellen Bemühungen einzelner atlantischer Partner, sich für Frieden in Afrika einzusetzen*" („Guardian", 31.5. und „FAZ", 31.5.78).

Ganz offensichtlich gibt es unter den großen imperialistischen Staaten keine Differenzen, was die Intervention in Zaire betrifft. Unterschiedliche Vorstellungen könnten höchstens an dem Punkt aufgetreten sein, wie realistisch zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Einrichtung einer regulären reaktionär-afrikanischen „Friedens"-Truppe ist. Seine grundsätzliche Bereitschaft, eine solche Truppe zu etablieren, hatte Carter dem französischen Präsidenten bereits bei einem Treffen zwei Tage zuvor bekundet („Guardian", 29.5.78). Der berüchtigte außenpolitische Berater des Präsidenten, Brzezinski, erklärte mit Blick auf Zaire fast gleichzeitig, daß eine „*internationale Antwort für ein internatinales Problem*" gegeben werden müsse („Guardian", 29.5.).

Mit unterschiedlichen Nuancierungen wurde die angebliche „Verantwortlichkeit" Kubas und der Sowjetunion für die afrikanischen Konflikte bewertet, die der britische und skandinavische Imperialismus auch aus „innerafrikanischen" Faktoren abgeleitet wissen wollte Demgegenüber läuft insbesondere in den USA eine regelrechte Kampagne im Stil der fünfziger Jahre gegen die sowjetische und kubanische Afrikapolitik, die bereits zu Forderungen führten, die Handelsbeziehungen zur Sowjetunion zu reduzieren und die SALT-Abkommen zu verzögern. Gezielt werden damit die innenpolitischen Voraussetzungen für erneute schwerwiegende außenpolitische Kriegsabenteuer à la Vietnam produziert. Insbesondere gegenüber Kuba wird mit massivstem Druck gearbeitet, die Insel wird gegenwärtig von US-amerikanischen Kriegsschiffen umlagert und Mexiko darf seinen Öllieferverpflichtungen gegenüber Kuba nicht nachkommen.

Die „FAZ" (30.5.) stellt öffentliche Überlegungen an über die „*direkte Einwirkung*" auf Kuba unterhalb der „*atomaren Reizschwelle*"!!

Pariser Fünfertreffen

Ihren „entspannungsfreundlichen" Kurs demonstrierte die BRD dann durch ihre Teilnahme an dem Pariser Fünfertreffen am 5.6.78, bei dem die USA, England, Frankreich, Belgien und die BRD zusammentrafen. Einziges Thema des Geheimtreffens: Konkretisierung der in Washington zuvor beschlossenen Politik der „Eindämmung" der fortschrittlichen Bewegungen Afrikas. Die Teilnahme der BRD wurde von der „Zeit" (9.6.) als von „*exemplarischer Bedeutung für die künftige deutsche Beteiligung am internationalen Krisenmanagement*" gewürdigt, es handle sich um einen „*Präzedenzfall*". Die BRD sei wegen ihrer Bedeutung als zweitgrößte Wirtschaftsmacht der NATO in der „Hierarchie des Westens" aufgestiegen:

„*Bonns Einfädelung ins internationale politische Krisenmanagement signalisiert nun eine neue Qualität unserer Außenpolitik*" (ebenda)!!

In der Tat ist die politische Einbindung der BRD in die imperialistische Aggression gegen Zaire Ausdruck der gesteigerten und durchgesetzten Machtansprüche des BRD-Imperialismus, der noch im Vietnam-Krieg nur zur Lieferung eines Lazarettschiffs für Zivilisten bereit gewesen war. Und es ist kein Zufall, daß die gegenwärtige Beteiligung der BRD an den Planungen zur präventiven Konterrevolution voll von der CDU/CSU-Opposition unterstützt wird, die sonst nicht müde wird, die Afrika-Politik der SPD/FDP-Koalition demagogisch als „Terroristenhilfe" zu diffamieren.

NATO–Krisenstab für Afrika

Im Abschlußkommuniqué der Pariser Konferenz heißt es, „*die gegenwärtigen Probleme Zaires seien im größeren Rahmen der Besorgnisse der fünf Staaten im Hinblick auf die Unabhängigkeit, die wirtschaftliche Entwicklung, die Integrität und die Sicherheit der Staaten Afrikas*" untersucht worden.

„*In diesem Zusammenhang haben sie* (die Konferenzteilnehmer) *die Probleme der Unterstützung für die afrikanischen Staaten besprochen, die gemeinsam oder einzeln ihre Integrität und ihre Entwicklung wahren wollen*" („FAZ", 7.6.78). Der Sprecher des französischen Präsidialamtes kündigte an, daß eine Instanz geschaffen wird, „*die von Fall zu Fall prüft, was getan werden kann, um auf eine Krise* [*in Afrika*] *zu reagieren.*" Ein solcher westlicher „Krisenstab" könne ein erster Schritt zu einer gemeinsamen Abwehrhaltung angesichts der „*sowjetisch-kubanischen Durchdringung des Schwarzen Kontinents sein*" (ebenda). Außerdem wurde für die Aufrüstung und die wirtschaftliche Unterstützung der afrikanischen Neokolonien ein Betrag von 100 Mill. Dollar vorgesehen. Details über die vorgesehene „panafrikanische" Aufstandsbekämpfungstruppe gelangten nicht an die Öffentlichkeit. Daß diese Truppe aber zentraler Verhandlungsgegenstand gewesen ist, daran kann kein Zweifel bestehen. De facto operiert gegenwärtig eine solche in Zaire. Die Pariser Konferenz hat sehr deutlich gezeigt, daß der Imperialismus heute eine konkrete Koordination und Planung der Konterrevolution in Afrika entwickelt, die wie ein Damoklesschwert über jeder Aufstands- und Befreiungsbewegung hängen wird. Der verabredete „Krisenstab" zielt eindeutig auf g a n z Afrika und ist als Instrument der führenden NATO-Staaten zu begreifen, so daß die NATO damit erstmalig d i r e k t in einem fremden Erdteil Interventionen plant und durchführt. Um allerdings eine „*Minimalisierung des westlichen militärischen Aufwands in Afrika*" („FAZ", 6.6.78) zu erreichen, wird zukünftig mit einer noch massiveren Aufrüstung und militärischem Zusammenschluß der reaktionären afrikanischen Staaten zu rechnen sein, die in der Tat nichts anderes sind als der verlängerte Arm der NATO in Afrika.

Um vor allem die wirtschaftlichen Maßnahmen zur „Eindämmung" des „roten Einflusses" zu diskutieren, wird am 12. und 13.6. dieser Kreis erneut in Brüssel zusammentreten. Zu diesem Treffen erwartet man auch die imperialistischen Satelliten Saudi-Arabien und Iran!

Die offene Bereitschaft des Imperialismus, gegen die Völker Afrikas Krieg zu führen, hat in den Bastionen des Faschismus und Rassismus im südlichen Afrika erwartungsgemäß große Zustimmung ausgelöst. Vorster lobte den „Westen", der „*endlich aufgewacht*" sei angesichts der kommunistischen Gefahr und forderte offizielle Waffenlieferungen an Südafrika, das schon immer gegen die „Marxisten" gekämpft habe („Guardian", 6.6. und „SZ", 3.6.). Angesichts der rapide wachsenden Kriegsgefahr in Afrika sind die Antiimperialisten und Revolutionäre Afrikas gut beraten, sich noch enger gegen Imperialismus und Neokolonialismus zusammenzuschließen.

Afrika-Kommission

Frankreich: Kolonialkrieg im Tschad!

Mit der größten militärischen Einzelaktion seit dem Ende des Algerien-Krieges 1962 hat Frankreich im Tschad gegen die Befreiungsfront FROLINAT einen Kolonialkrieg entfesselt. Die genaue Zahl der eingeflogenen französischen Soldaten und Fremdenlegionäre ist umstritten: Die bürgerliche Presse spricht von 1.100 (FR, 3.6.), 1.500 (NZZ, 6.6.), 4000 insgesamt, davon 1.150 „Militärberater" (SZ, 28.4.); die tschadische Regierung spricht von 1.700 (LM, 23.5.), die FROLINAT dagegen spricht von 7000! (SZ, 26.4.). Es sind schwerste Waffen eingesetzt sowie zwischen 10 und 20 „Mirage", und „Jaguar"-Kampfbomber (LM, 29.4., 6.6.).





Französische Soldaten in der Armee des Malloum-Regimes

Die Kämpfe konzentrieren sich gegenwärtig in der Region Batha, im Herzen des Landes, um die Städte Ati und Djadaa. Die französischen Imperialisten scheuen sich dabei nicht, mit äußerster Brutalität ganze Ortschaften auszuradieren sowie Oasen, wichtige Lebensgrundlage der Bevölkerung, zu vernichten. So umkesselten sie in einem Tal bei Ati einen großen Palmenwald, in dem sie FROLINAT-Kämpfer und -Waffenlager vermuteten, und bombardierten 48 Stunden lang mit „Mirage" und „Jaguar"-Bombern in diesen Kessel hinein. Ca. 700 Menschen sollen bei diesem Massaker umgekommen sein (LM u. FR, 3.6.), davon über 150 FROLINAT-Kämpfer (LM, 4. u. 7.6.). Allerdings konnte dabei auch ein „Jaguar"-Bomber abgeschossen werden (LM, 2.6.).

Schon seit Monaten ist dieser französische Krieg im Tschad unter größter Geheimhaltung vorbereitet worden. Truppen wurden nachts und ohne Zielangabe aus Frankreich ausgeflogen. Kritischen Anfragen von Seiten der französischen Linken wurde mit Dementis und Lügen begegnet. So steht inzwischen fest, daß die Transporte bereits Ende März begonnen haben (Jeune Afrique v. 12.4) - noch am 20. April jedoch log der französische Außenminister Guiringaud rotzfrech gegenüber einer PCF-Anfrage im Parlament, es handle sich lediglich um 5-600 „Technische Assistenten", die kürzlich in den Tschad entsandt worden seien (LM, 22.4.). Auf die Proteste der französischen Linken erwiderte Guiscard d'Estaing, es handle sich bei dem französischen Eingreifen im Tschad um keine Offensive (!), sondern nur um den Schutz der Malloum-Regierung, die Frankreich um Hilfe gerufen habe (LM, 30.4., SZ, 3.5.).

Es stimmt sicherlich, daß Malloum seine französischen Oberherren um Hilfe gerufen hat. Ohne das französische Eingreifen würde dieses Regime nicht mehr existieren angesichts der großartigen Erfolge der FROLINAT!

Bis Ende Februar '78 hatte die FROLINAT den Norden des Landes befreit, mit allen Städten, ca. 50% der Fläche des gesamten Landes. Unter Einwirkung Libyens, des Sudan und Nigers wurde daraufhin in Benghazi (Libyen) ein Waffenstillstandsabkommen beschlossen (Siehe ARBEITERKAMPF Nr. 126, S. 58). Diese Verhandlungen, sowie alle Erklärungen des Malloum-Regimes von „nationaler Versöhnung" mit der FROLINAT usw. erwiesen sich jedoch sehr schnell als reine Makkulatur und als ein Versuch des Regimes, Zeit zu gewinnen. Bereits drei Tage nach Abschluß dieser Verhandlungen begann der französische Einmarsch! (Jeune Afrique, 12.4.).

Trotzdem gelang es in den folgenden Wochen der FROLINAT, weitere Städte zu befreien, so z.B. Guereda nahe der sudanesischen Grenze. Dort waren - laut FROLINAT - z a i r i s c h e Fallschirmjäger stationiert! (Monitor, 20.4., NZZ, 26.4.). Noch während der Benghazi-Verhandlungen war die „Waffenstillstandslinie" entlang der Grenze der großen Nordprovinz des Tschad festgelegt worden. Inzwischen jedoch mußten sich die Malloum-Armee und die französischen Kolonialisten auf eine 300 km weiter südlich gelegene Verteidigungslinie zurückziehen, die etwa vom Nordufer des Tschad-See über Ati und Abeche bis zur sudanesischen Grenze verläuft. Nach einer „ap"-Meldung soll die FROLINAT sogar schon 80% des Landes kontrollieren (NHP, 21.4.). Dies mag eine Übertreibung sein, um den Einsatz der imperialistischen Truppen zu „rechtfertigen".

Fest steht jedoch, daß gerade in den letzten Monaten der Kampf der FROLINAT eine vorher nicht vorhandene Breite und Einigkeit erreicht hat.

Kurz vor der Benghazi-Konferenz bildeten die verschiedenen Teilarmeen der FROLINAT ein gemeinsames Oberkommando unter dem Vorsitz des Chefs der bisherigen „Nordarmee", Oueddei Goukouni (vergl. AK 126). Kurz darauf wechselte der abgesetzte ehemalige Chef der Nordarmee, Hissen Habre, ganz offen über ins Lager des Malloum-Regimes, von wo aus er jetzt wüste Angriffe gegen die FROLINAT und ihr Bündnis mit Libyen losläßt (LM, 27.4., 30.4.). Es ist nicht undenkbar, daß Habre bei einer Auswechselung des Malloum-Marionettenregimes durch die Franzosen als neue Gallionsfigur des neokolonialen Regimes eingesetzt würde.

Entscheidend ist aber, daß die FROLINAT, deren Kämpfer bisher zu großen Teilen aus dem Norden stammen, offensichtlich jetzt zahlreiche neue Kämpfer aus dem bevölkerungsstarken (schwarzen) Süden dazugewinnt. Diese sollen sogar schon die Mehrheit in der Befreiungsfront bilden (LM, 4.6.).

Diese Mobilisierung ist zu verstehen auf dem Hintergrund einer neuen breiten Protestbewegung der Menschen im Süden des Landes. So gab es Demonstrationen gegen den Einmarsch der Franzosen, gegen das Malloum-Regime und gegen die große Verelendung - z.B. in den Städten Abeche, Moussoro, Bongor, Lere und Pala. Franzosen wurden verprügelt und französische Warenlager gestürmt. In Moundou dauerte der Aufstand mehrere Tage. Das Regime ließ auf die Demonstranten schießen, dabei gab es mindestens je 2 Tote in Pala und Moussoro und 5 Tote in Moundou (LM, 23., 27.4.).

In der tschadischen Hauptstadt N'Djamena (die FROLINAT benutzt noch den alten Kolonialnamen „Fort Lamy", weil sie Tschad noch nicht für „entkolonisiert" hält) hat das Malloum-Regime wegen Aufruhr-Gefahr sämtliche Schulen und Universitätseinrichtungen schließen lassen. Malloum beschwerte sich öffentlich darüber, daß sämtliche Schüler und Studenten von der FROLINAT rekrutiert würden (LM u.a. 27.4.).

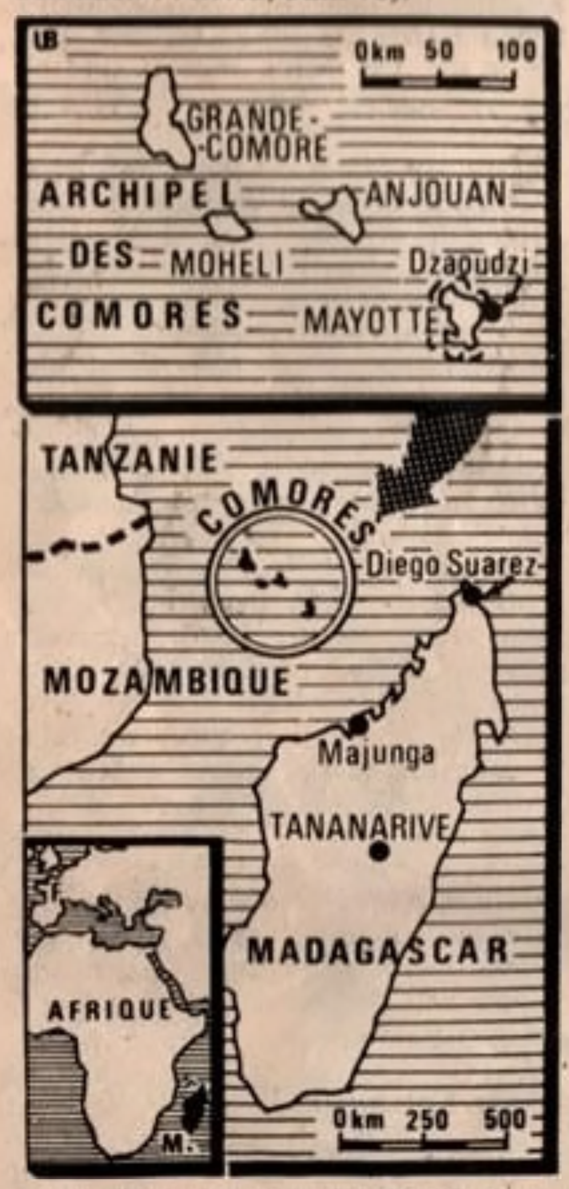
Auch im Ausland solidarisieren sich tschadische Studenten mit der FROLINAT: In Brüssel und Kairo besetzten sie die tschadischen Botschaften (SZ, 28.4., NZZ, 26.4.). In Moskau hielten sie die tschadische Botschaft sogar 36 Std. lang besetzt, ohne daß die sowjetische Miliz eingriff! (LM, 7.5., SZ, 9.5.).

Afrika-Kommission

Frankreich putscht auf den Komoren

Nach 28 monatiger Regierungszeit wurde auf den Komoren die fortschrittliche Regierung um Ali Soilih durch einen konterrevolutionären Putsch gestürzt. Soilih, zunächst in Haft, wurde wie es von der Putschistenregierung hieß ,,auf der Flucht erschossen''.

Mit dem Putsch ist der Versuch, auf den Komoren nach Jahrhunderten französischer Kolonialherrschaft die feudalen und kolonialen Strukturen zu beseitigen, vorerst gestoppt. Das neue Regime hat sofort eine nächtliche Ausgangssperre verhängt, alle Verbindungen der einzelnen Komoren-Inseln untereinander unterbrochen, Reisen zwischen den Inseln verboten und jede Verbindung zum benachbarten Madagaskar unterbrochen. Sofort nach dem Putsch wurden den islamischen Priestern wieder die vollständige Ausübung ihrer religiösen Vorherrschaft und den Privateigentümern wieder die freie Nutzung ihres Privateigentums gestattet (alle Angaben nach : Africa, Juni 78).



In der gesamten westlichen Presse ist die Zeit der Soilih-Regierung als Zeit des ,,wirtschaftlichen Chaos'', der ,,Gleichmacherei'' und einer ,,blutigen Diktatur'' im Stile eines Idi Amin verteufelt worden.

Die Regierungsgruppe um Soilih, kein Minister war über 24 Jahre alt, wurde als ,,schmarotzende und unfähige Bande halbgarer Jünglinge''
Die Regierungsgruppe um Soilih, kein Minister war über 24 Jahre alt, wurde als ,,schmarotzende und unfähige Bande halbgarer Jünglinge''
diffamiert, die ihr Volk unter das Joch einer ungewollten Revolution preßten. Am Anfang der gegenwärtigen Entwicklung stand der Versuch des französischen Imperialismus eine neokoloniale Lösung auf den Komoren mit ihren 300 000 Einwohnern durchzusetzen. Neben der Installierung einer Frankreich hörigen Regierung aus den feudalen Herrschern des Landes, sollte vor allem die militärische Präsenz des französischen Imperialismus auf den Komoren, die mitten in der wichtigen Ölroute zwischen Madagaskar und Ostafrika liegen, gesichert werden.

Mit Ahmed Abdallah, dem reichsten Feudalaristrokraten der Insel fand Frankreich zwar seinen geeigneten Kandidaten, nicht aber ausreichende Unterstützung der Bevölkerung.

Ahmed all Abdallah wurde kurze Zeit später durch eine linke Oppositionsgruppe um Ali Soilih abgelöst.

Frankreich klammerte daraufhin die Komoreninsel Mayotte aus dem neuen Staat aus und verlegte seine Streitkräfte alle nach Mayotte. Mayotte wurde zum Bestandteil Frankreichs erklärt. Im gleichen Zug wurden alle französischen Beamten, Lehrer etc. von einem Tag auf den anderen von den Komoren abgezogen und alle finanzielle Unterstützung, die vorher 41 % des Staatsbudgets ausmachte, eingestellt.

Die Soilih-Regierung reagierte auf die Strangulationspolitik der französischen Regierung mit der Mobilisierung der Bevölkerung gegen die feudalen Strukturen. Vor allem unter der Jugend fand ihre ,,kulturrevolutionäre Kampagne'' Rückhalt. Befreiung der Jugendlichen von der durch den Islam geforderten patriarchalischen Herrschaft der Familienoberhäupter, Befreiung der Frauen von Schleier und Hörigkeitsdenken, Entmachtung der Feudalherren, Aufhebung aller feudaler Steuerrechte und Eindämmung des Bürokratismus der Kolonialverwaltung waren zentrale Maßnahmen zur Befreiung der Inseln.

Außenpolitisch lehnte sich die neue Regierung stark an Madagaskar und Tansania an und versuchte mit den Seychellen und Madagaskar zusammen eine Front gegen die imperialistischen Stützpunktpläne Frankreichs, Großbritaniens und der USA im Indischen Ozean aufzubauen. Nach einem gescheiterten Putschversuch gegen die fortschrittliche Regierung auf den Seychellen, hatte der Imperialismus mit diesem Putsch Erfolg. Unter Führung eines französischen Hauptmannes landeten die Putschisten auf den Komoren. Die Vermutung liegt nahe, daß sie direkt von den Stützpunkten der französischen Armee auf Mayotte ausgeschickt worden sind.
Stützpunkten der französischen Armee auf Mayotte ausgeschickt worden sind.

Afrika-Kommission

Kongreß gegen nukleare Zusammenarbeit BRD-Südafrika Unterstützenswert — trotz alledem!



Im Oktober dieses Jahres wird die Anti-Apartheid-Bewegung (AAB), unterstützt von der Aktion Selbstbesteuerung (ASB), BBU, ASK, Jungdemokraten, Jungsozialisten, Falken, KB, VDS, SDAJ, Arbeitsgemeinschaft der katholischen Studentengemeinden (AGG) und der „Gruppe Rheinische Zeitung", einen Kongreß gegen die Nukleare Zusammenarbeit BRD-Südafrika durchführen. (Dies ist der bisherige Stand der Unterstützung. Unklar ist noch die Beteiligung von SB, DFG/VK und Naturfreundejugend). Die Nukleare Konspiration BRD–RSA ist sowohl für die ehrgeizigen Atom-Exportpläne des BRD-Imperialismus von hervorragender Bedeutung als auch für Südafrika selbst und damit für die strategischen Interessen des Imperialismus in Afrika insgesamt. Sie trägt wesentlich dazu bei, dem Rassisten-Regime zum Besitz der Atombombe zu verhelfen. In einer von der AAB ausgearbeiteten Plattform des Kongresses heißt es dazu u.a.:

,,In einer Dokumentation der südafrikanischen Befreiungsbewegung „African National Congress" vom September 1975 wurde nachgewiesen, daß Südafrika eine Urananreicherungsanlage nach einem Verfahren baut, das von der staatlichen Gesellschaft für Kernforschung Karlsruhe und der staatlich kontrollierten Firma STEAG in Essen entwickelt und heimlich an das rassistische Regime weitergegeben wurde. Lieferungen von wichtigen Teilen für diese Anlage erfolgten u.a. durch die Firmen MAN, Siemens und Linde. Auch amerikanische, französische und Schweizer Firmen sind beteiligt. Die Lieferungen wurden von den jeweiligen Regierungen genehmigt und
Schweizer Firmen sind beteiligt. Die Lieferungen wurden von den jeweiligen Regierungen genehmigt und
zum größten Teil mit staatlichen Kreditgarantien abgesichert.

Der Bau einer Urananreicherungsanlage ist für Südafrika der entscheidende Schritt auf dem Weg zur Atombombe. Diese Bombe zu erhalten ist Ziel des südafrikanischen Regimes, wie aus Äußerungen seiner Politiker und der Nichtunterzeichnung des Atomwaffen-Sperrvertrags hervorgeht. Die atomare Bewaffnung wird Südafrika in die Lage versetzen, die Befreiungsbewegungen und die Nachbarstaaten zu bedrohen; bei der Skrupellosigkeit der in Südafrika Herrschenden muß mit dem Einsatz der Atomwaffen gerechnet werden.

Um eine solche Katastrophe zu vermeiden, fordern wir von der Bundesregierung, die für das deutsch-südafrikanische Atomgeschäft die Verantwortung trägt:

- *den unverzüglichen Stop aller Lieferungen für die südafrikanische Urananreicherungsanlage;*
- *die Beendigung jeglicher nukleartechnologischer Zusammenarbeit mit dem rassistischen Minderheitsregime und die Kündigung des deutsch-südafrikanischen Kulturabkommens, das Grundlage für die wissenschaftliche Kooperation ist;*
- *die strikte Einhaltung des vom Weltsicherheitsrat verhängten Waffenembargos, sowie die Beendigung jeglicher sonstigen Form der militärischen Zusammenarbeit;*
- *die Unterbindung jeglicher wirtschaftlicher Beziehungen;*
- *die Anerkennung und Unterstützung der Befreiungsbewegungen, die von den Vereinten Nationen und der Organisation für Afrikanische Einheit anerkannt werden.*

Alle Personen und Organisationen, die diese Forderungen unterstützen, sind aufgerufen, sich am internationalen Kongreß gegen das Atomgeschäft mit Südafrika zu beteiligen."

Gerade weil die Bundesregierung die militärische und nukleare Zusammenarbeit seit Jahren hartnäckig leugnet, ist dieser Kongreß äußerst notwendig und wichtig. Seit dem Bestehen der Anti-AKW-Bewegung in der Bundesrepublik und speziell der Almelo-Demonstration bestehen gute Möglichkeiten, den Protest gegen Nuklear-Exporte in faschistische Staaten auf Massenebene zu verankern. Hinzukommt, daß das jetzt bestehende Bündnis – wenn es bis zum Herbst tatsächlich hält – ein guter Garant für eine erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit ist, zumal eine prominente internationale Kongreßbeteiligung in Aussicht steht. Obwohl das Projekt zum heutigen Zeitpunkt scheinbar optimal dasteht und auch von unserer Organisation unterstützt wird, liegen äußerst unschöne Auseinandersetzungen hinter uns, die leider noch nicht völlig ausgestanden sind. In den sechs Monaten der Kongreßvorbereitung haben die beteiligten Kader der DKP – als Vertreter der SDAJ, des Antiimperialistischen Solidaritätskomitees (ASK) und des VDS – ein äußerst schmutziges Spiel von Erpressungen, Unvereinbarkeiten und Ausschlußpolitik gespielt. Gerade, weil wir grundsätzlich für ein breites politisches Bündnis der Antiimperialisten und Apartheid-Gegner eintreten, sehen wir uns veranlaßt, diese Vorfälle öffentlich darzustellen. Ein Verschweigen würde ähnlichen Manövern der DKP bei zukünftigen Projekten Tür und Tor öffnen...

Chronologie der Vorbereitung

Zum 17.12. hatte die AAB eine große Anzahl von Gruppen und Organisationen eingeladen, die den Nuklearkongreß als Mitveranstalter tra-
Zum 17.12. hatte die AAB eine große Anzahl von Gruppen und Organisationen eingeladen, die den Nuklearkongreß als Mitveranstalter tra-
gen sollten. Die Palette reichte von KB bis KB (Katholische Bruderschaft). Das Konzept der AAB war – aus unserer Sicht – vorbildlich, da eine gleichberechtigte Teilnahme aller die Plattform unterstützenden Organisationen vorgesehen war. Die Gruppen, die am Kongreß besonders engagiert arbeiten wollten, sollten einen Vorbereitungsausschuß bilden, der die anfallende organisatorische Arbeit erledigen und auf der Grundlage der Plattform politische Beschlüsse fassen sollte. Die DKP-Vertreter stemmten sich von Anfang an gegen dieses Modell. Um die eigenen Unvereinbarkeitsbeschlüsse etwas zu kaschieren, mußten nicht anwesende Gruppen herhalten, denen angeblich die Teilnahme an dem von der AAB vorgeschlagenen Modell unmöglich war. Als die DKP-Vertreter deutlich drohten, ihre internationalen Verbindungen zur Verhinderung des Kongresses (sprich: einer Beteiligung von Befreiungsbewegungen und prominenter Anti-Imperialisten) einzusetzen, wurde schließlich beschlossen, als Träger des Kongresses neben der AAB einen Prominenten-Beirat ins Leben zu rufen.

Von den vorgeschlagenen Persönlichkeiten wollten die DKP-Kader insgesamt 14 Namen gestrichen sehen. Die Revisionisten weigerten sich, für die geforderte Streichung der Persönlichkeiten jeweils Einzelbegründungen abzugeben, pauschal wurden alle als „Hindernis für ein breites Bündnis" bezeichnet. Gestrichen werden sollten: Rudi Dutschke, Heinz Brandt (ehem. Redakteur der „Metall"), Günter Hopfenmüller (BUU), Prof. Peter Brückner, Helmut Ostermeyer (als AKW-Gegner bekannter Bielefelder Richter), Peter Paul Zahl, W. Hoos und H. Mühleisen (oppositionelle Betriebsräte bei Daimler-Benz), Wolf Biermann, K. Groenewold (Rechtsanwalt aus Hamburg), Daniel Cohn-Bendit (Sponti-Frankfurt), Horst Mahler, Claus Croissant. Bei den vier letztgenannten Persönlichkeiten hatte die DKP Erfolg; sie wurden aus dem Unterstützerkreis ausgeschlossen. Zwischen dieser Entscheidung (11.2.) und der darauffolgenden Sitzung am 11. März muß die DKP dann den Vorstand der AAB massiv unter Druck gesetzt haben. Jedenfalls machten die AAB-Vertreter den versammelten Organisationen die völlig überraschende Mitteilung, daß – gegen ausdrückliche Absprachen, keine weiteren Unvereinbarkeitsbeschlüsse durchzusetzen – vier weitere Persönlichkeiten von der Beirats-Liste gestrichen worden waren: Die beiden Untertürkheimer Betriebsräte („verschrecken die Gewerkschaften"), Wolf Biermann („verschreckt die DKP"!!) und Rudi Dutschke, für dessen Ausschluß keine inhaltliche Begründung mehr angegeben wurde, der aber wohl für die gleichen Herren ein Schreckgespenst war wie Biermann. Die DKP-Vertreter teilten dann mit, daß sie von diesen Streichungen keineswegs überrascht waren, sondern in Form des ASK-Vertreters bereits vor der Sitzung – als einzige! – informiert waren. Eine Diskussion über den skandalösen Vorgang der Streichungen würgten sie mit der Drohung erfolgreich ab, bei einer Beteiligung von Biermann auf jeden Fall auszusteigen. Das entstandene Defizit wurde sozusagen ausgeglichen durch die ebenfalls eigenmächtige Hinzufügung einer ganzen Reihe neuer Namen, darunter so unabhängiger und integrer Figuren wie dem SDAJ-Bundesvorsitzenden Gehrke und dem Hamburger DKP-Spitzenkandidat Kurt Hoff.

Der Höhepunkt der DKP-Ausschlußpolitik sollte allerdings erst noch kommen. Auf dem Treffen am 15.4. wurde eine Zwischenbilanz gezogen, welche Persönlichkeiten den Aufruf bereits unterschrieben hatten. Darunter war auch der inhaftierte Schriftsteller P.P. Zahl. (Alle Unterzeichner hatten übrigens eine Liste des gewünschten Beirats, wußten also, mit wem gemeinsam sie das Projekt unterstützten.) Die DKP-Kader entfachten nunmehr ein wahres Trommelfeuer gegen die Teilnahme von Zahl, da damit der ganze Kongreß in die Nähe des Terrorismus gerückt werden könnte. (*„Immerhin ist P.P. Zahl rechtskräftig verurteilt".*) Es ist wohl der peinlichste und widerlichste Vorfall der ganzen Kongreßvorbereitung, daß die DKP-Kader durchsetzen konnten, daß P.P. Zahl
ist wohl der peinlichste und widerlichste Vorfall der ganzen Kongreßvorbereitung, daß die DKP-Kader durchsetzen konnten, daß P.P. Zahl
einen Brief erhielt, in dem er aufgefordert wurde, seine Unterschrift zurückzuziehen! Unseres Wissens hat Genosse Zahl diesem frechen Ansinnen bisher nicht nachgegeben.

Zwischenzeitlich ist in Abwesenheit des KB – ein Versäumnis unsererseits – beschlossen worden, nunmehr den Persönlichkeiten-Beirat ganz fallen zu lassen (wegen „zu geringer politischer Breite" – die anvisierten Bundestagsabgeordneten hatten nicht unterzeichnet!). Stattdessen ist jetzt die AAB Alleinveranstalter. Die kirchlichen und politischen Organisationen treten nunmehr als Unterstützer auf. Im Klartext heißt dies: Zahlreiche ,,prominente'' Persönlichkeiten, die zu persönlichem Engagement gegen die Nukleare Zusammenarbeit bereit waren, müssen nunmehr erfahren, daß ihr Einsatz nicht mehr gewünscht ist. Vor diesem Hintergrund ist diese – ansonsten durchaus akzeptable – Form der Kongreßdurchführung mit einigen Hypotheken belastet.

Wir halten unsere Unterstützung des Kongresses trotz allem aufrecht und fordern auch die „abgeschriebenen" Persönlichkeiten und durch die Kongreßvorbereitung abgestoßenen Organisationen auf, an ihrer Unterstützung unbeirrt festzuhalten.

An die Adresse des AAB-Vorstands und des bisherigen Unterstützerkreises richten wir die Aufforderung, sich keinen Erpressungsversuchen von Seiten der DKP mehr zu beugen. Ein weiteres Nachgeben wäre sowohl im wohlverstandenen Eigeninteresse der anti-imperialistischen Kräfte auf längerfristige Sicht äußerst fatal und würde dem Nuklear-Kongreß im öffentlichen Ansehen einen nicht unbeträchtlichen Schaden zufügen.

Afrika-Kommission

Brief der AAB an P.P. Zahl

Bonn, den 26.5.78

Sehr geehrter Herr Zahl!

Wir danken Ihnen für Ihre Unterschrift unter den Aufruf zum Kongreß gegen die atomare Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Südafrika.

Dieser aufrichtige Dank steht in krassem Widerspruch zu einer Bitte, die wir — neben der Anti-Apartheid-Bewegung all die Organisationen, die sich an obigem Projekt beteiligen — heute mit Zögern und Schuldbewußtsein, aber dennoch bestimmt, an Sie heran tragen. Schuldbewußt deshalb, weil wir unbedacht waren und wir jetzt die Folgen unserer Unbedachtsamkeit auf Ihre Kosten korrigieren wollen. Verschlimmernd für Sie und auch für uns kommt hinzu, daß wir nur sehr eingeschränkt mit Ihnen kommunizieren können.

Wir bitten um Ihr Einverständnis dafür, daß wir Ihren Namen nicht veröffentlichen.

Mit freundlichen Grüßen

Dieser Brief enthält eine grobe Lüge, wenn behauptet wird, alle den Kongreß unterstützenden Organisationen hätten dieses Vorgehen beschlossen — selbstverständlich ist der Beschluß, P.P. Zahl auszuschließen, gegen die Stimme unserer Organisation (und auch gegen die Stimme von AKAFRIK Bielefeld) gefaßt worden.

Äußerst bezeichnend für den Umgang mit Bündnispartnern ist, daß in dem Brief keine Zeile der Begründung für den Ausschluß gegeben wird. Die AAB hat sich also nicht einmal der Mühe unterzogen, P.P. Zahl verständlich zu machen, was die Mehrheit bewogen hat, ihn zum Rücktritt von seiner Unterschrift aufzufordern. Das pastoral anmutende Geschwafel von ,,Schuldbewußt sein'' (,,Herr vergib uns, denn wir wissen nicht, was wir tun'') verdeckt die politische Distanzierung von einem ,,rechtskräftig Verurteilten'' nur mäßig.

Afrika-Kommission

„Vaterländische" Schützenhilfe für Mobutu

Am 3. Juni traf der chinesische Außenminister Huang Hua aus den USA kommend zu einem demonstrativen viertägigen Besuch im imperialistisch besetzten Zaire ein. Es war der erste Besuch eines chinesischen Außenministers in Zaire seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen 1973. Offenherzig teilte Hua gleich zu Beginn seines Aufenthaltes mit, Verhandlungsgegenstand sei die *„Frage einer chinesischen Militärunterstützung für die zairische Regierung"* (Le Monde, 6.6.).

Quasi als Beweis für die Ernsthaftigkeit der chinesischen Absicht, sich militärisch an der Seite der NATO gegen das zairische Volk zu engagieren, machte Huang in Begleitung Mobutus eine ausführliche Ortsbesichtigung in Kolwezi, dem Schauplatz des blutigen Massakers der imperialistischen Interventionstruppen. Beim Abflug bekräftigte er erneut, das Mobutu-Regime könne mit der vollen chinesischen Unterstützung gegen die „sowjetischen Imperialisten" rechnen („Welt", 9.6.). Nach Ansicht der „Times" wurde die Entsendung chinesischer Truppen noch nicht ins Auge gefasst, allerdings könne *„Waffenhilfe und militärische Ausbildung...nicht ausgeschlossen werden"* („Times", 5.6.).

Dem Besuch Huangs in Zaire waren verschiedene offizielle chinesische Stellungnahmen zugunsten des Mobutu-Regimes vorausgegangen. Bereits am 17. Mai erklärte Huang Hua, daß *„die Regierung und das Volk von Zaire entschieden in ihrem gerchten Widerstandskampf gegen die sowjetisch-kubanische Söldnerinvasion unterstützten"* Peking Rundschau,21/78).

In voller Übereinstimmung mit der imperialistischen Presse beteiligte sich die Nachrichtenagentur „Neues China" an der Hetzkampagne gegen die FLNC: *„Die von den Sowjets und Kubanern angeheuerten Söldnertruppen haben in den acht Tagen ihrer Besetzung Kolwezis Verbrechen der Brandstiftung, des Mordens und der Plünderung begangen"* (Le Monde, 25.5.). Die Positionen der chinesischen Führung zum aktuellen Konflikt unterscheiden sich nicht von denen, die beim ersten Shaba-Krieg 1977 bezogen wurden. Auch damals wurde zur Unterstützung des Mobutu-Regimes aufgerufen und die imperialistische Intervention wurde *„als neue Tendenz der Einheit westeuropäischer und afrikanischer Länder gegen den Hegemonismus"* begrüßt (s. AK 109). **Konkret wurden damals auch zwei Schiffslieferungen Waffen nach Zaire geliefert.**

Zwar liegen uns momentan noch keine chinesischen Aussagen etwa zum Plan der NATO-Eingreiftruppe in Afrika vor, doch allein die Tatsache des Huang-Besuches zu diesem Zeitpunkt und die offensichtliche Zusage von Militärhilfe in dieser Situation deuten eine neue Dimension der chinesischen Außenpolitik an. Diese Handlungen sind wohlüberlegt und publizistisch großangelegt in Szene gesetzt worden; sie können in der Konsequenz nur bedeuten, daß sich die VR China auf gemeinsame militärische Aktionen mit der NATO gegen fortschrittliche Befreiungsbewegungen und Volksaufstände in Afrika vorbereitet.

Damit wird erneut drastisch klar, daß der in der „Drei-Welten-Theorie" immerhin noch enthaltene Kampf gegen die „Supermacht USA" - der allerdings kaum noch propagiert wird - auch praktisch der Vergangenheit angehört. Anläßlich dieser Tatsache wollen wir überprüfen, wie sich die hiesigen Anhänger der 3-Welten-Theorie („KPD", MLD, KBW) und der Rest dieser obskuren ‚Szene' (KPD/ML, KAB"D") zur imperialistischen Aggression in Shaba verhalten:

„KPD" – Quo Vadis?

Hat vor Jahresfrist die KPD die Position der VR China zu Zaire nur halbherzig nachvollzogen und ist davor zurückgeschreckt, die imperialistische Aggression mit Lob zu überschütten, so sah dies aktuell ganz anders aus. Selbstredend übernahm sie voll die story vom *„Überfall des Sowjetimperialismus auf Zaire"* der imperialistischen (und chinesischen) Propaganda und schilderte völlig „neutral" die Landung französischer und belgischer Fallschirmjäger in Kolwezi, ohne mit einem Wort das Blutbad zu erwähnen, was die Fremdenlegionäre unter der Zivilbevölkerung angerichtet hatten. N e u allerdings war ihre Kritik an der BRD-Presse und an den europäischen „Beschwichtigungspolitikern" von rechts außen. Ausgerechnet der kriegstreiberischen „FAZ", der BRD-Regierung und dem US-Imperialismus (!) werden „Beschwichtigungspolitik" gegenüber der „sowjetimperialistischen Aggression" vorgeworfen:

„Gegenüber dem sowjetischen Angriff am Horn von Afrika, dem Krieg der SU und Kubas gegen das angolanische Volk, dem sowjetisch -unterstützen Umsturz in Afghanistan und anderen Offensiven des sowjetischen Sozialimperialismus der jüngsten Zeit wird mit Beschwichtigungsargumenten geantwortet. Schmidt mühte sich am Sonntag (21. Mai) eilfertig zu erklären, daß er den Friedensabsichten der Sowjetunion vollständig Glauben schenke (....), gleichzeitig rief er die USA dazu auf, ihre ‚Führungsrolle' zu übernehmen. Bezogen auf Afrika, wo die USA aus verschiedenen Gründen diese ‚Führungsrolle' nicht übernehmen, heißt dies für europäische Beschwichtigungspolitiker: Lieber ein sowjetisch beherrschtes Angola, Zaire, Äthiopien, in dem „endlich Ruhe" („FAZ") und Ausbeutungsfriede vorhanden ist, als ‚Instabilität' und ‚Chaos' und die Gefährdung der Rohstofflieferungen" („Rote Fahne", „RF", 21/78). Abgesehen von der rechtsradikalen (aus der RSA bestens bekannten) „Argumentation", der „schlappe Westen" würde vor dem „internationalen Kommunismus" kapitulieren, ärgert die „Rote Fahne" die (übrigens scheinheilige) Kritik der belgischen Regierung an den französischen Truppen *„wegen zu harten Durchgreifens"* ganz besonders: astreine Beschwichtigungspolitik, kann die „Rote Fahne" da nur konstatieren. Nun, da bleibt kein Zweifel übrig, daß die „KPD" ein weitaus massiveres und brutaleres Vorgehen des Imperialismus in Shaba befürwortet. Die Kritik an Schmidt kann daher nur als Aufforderung interpretiert werden, das nächste Mal mit Bundeswehrtruppen zu intervenieren.

Wie weit sich die "KPD" hier verstiegen hat, verdeutlicht die Stellungnahme der rechtsradikalen Provokateure der „MLD" („Marxisten-Leninisten-Deutschlands"). Diese CSU-Freunde loben alle EG-Staaten (mit Ausnahme Dänemarks und der Niederlande, die die Intervention offiziell nicht unterstützt hatten) für *„ihre moralische und materielle Hilfe"* und bescheinigen den von der „KPD" kritisierten Belgiern, daß sie *„an der Seite der zairischen Truppen die Eindringlinge in die Flucht schlugen"*. Auch dem als „Beschwichtigungspolitiker" von der „KPD" arg getadelten Kanzler Schmidt wird seitens der „MLD" bescheinigt, er habe sich mit dem 60-Mio-DM-Kredit für Mobutu Verdienste bei der *„politischen und militärischen Zusammenarbeit zwischen Europa und den afrikanischen Staaten"* erworben. Anerkennend äußert sich die „MLD" auch über die (von der „KPD" verschwiegene) Rolle der USA; sie habe *„ihren Beitrag zur Unterstützung Zaires geleistet, indem sie Transportflugzeuge zur Verfügung stellte"*. (Zitate „Neue Welt", 27.5.). Während also die - übrigens auch so von der „KPD" so qualifizierte - rechtsradikale „MLD" das Eingreifen des „Westens" als *„in die Zukunft weisenden Erfolg"* feiert, ist die „KPD" eigentlich nur mit dem französischen Imperialismus zufrieden, der den brutalsten Part bei der imperialistischen Aggression spielte:

„Frankreich ist bisher das einzige (!) westliche Land, das sich dem Moskauer Hegemoniestreben in Afrika, wenn auch nur aus eigenem Interesse, (unwichtige Feinheit!) *relativ konsequent in den Weg stellt. Es ist eine Tatsache, daß die sowjetische Invasion in Shaba konkret in erster Linie durch französische Fallschirmjäger gestoppt worden ist"* (RF, 22/78).

Natürlich können sich die Chauvinisten der „KPD" auch für die geplante „panafrikanische" Truppe zur Aufstandsbekämpfung, wie sie von der NATO geplant ist, sehr erwärmen. *„Afrika und Westeuropa haben daher gemeinsame Interessen: Die Abwehr des sowjetischen Hegemonismus und Expansionismus. Sie haben auch Widersprüche: Afrika will vollständige Befreiung, Beendigung neokolonialer Ausbeutung und Gleichberechtigung. Angesichts der nackten sowjetischen Aggression in Zaire oder Äthiopien treten die gemeinsamen (!) Interessen in den Vordergrund. Eine afrikanische Streitmacht zum Schutz bedrohter Länder wäre eine gute Sache (!!), - wenn sie von den Afrikanern, z.B. der OAU selbst, organisiert und kontrolliert würde, wobei die Westeuropäer das Unternehmen ja finanzieren (!) könnten"* (RF, 23/78). Ein irrsinnig guter Vorschlag: Möglicherweise sollte als Übergangslösung die Unterstellung der NATO unter das Oberkommando z.B. Obervoltas angestrebt werden.

Die zutiefst reaktionäre und faschistoide Hetze gegen den zairischen Befreiungskampf versucht die „KPD" durch eine „linke" Kritik an Mobutu ein wenig zu verschleiern, um ihre proimperialistischen Positionen besser an den Mann bringen zu können. Erstmalig ist in der „Roten Fahne" von einer *„unterdrückerischen und korrupten Politik Mobutus"* die Rede, wegen der es in der Shaba-Provinz *„seit längerem gärt"* („RF", 22/78). Diese allseits bekannten Tatsachen zu nennen und t r o t z d e m die imperialistische Aggression gegen die sich erhebenden Volksmassen energisch zu befürworten, das heißt klaren Sinnes ins Lager des Imperialismus und der Reaktion überzulaufen. Diese Entwicklung der „KPD" ist sicher nicht überraschend. Vor Jahresfrist schrieben wir:

„Dennoch mochte sich die „KPD" letzten Endes doch nicht überwinden, voll die chinesische Argumentationslinie zu übernehmen und die imperialistische Intervention in Zaire ausdrücklich als ‚Einheit zwischen zweiter und dritter Welt' zu feiern. Die „KPD" wird aber letzten Endes auch um d i e s e Selbstentblößung nicht herumkommen, da die chinesische Argumentationslinie zu Zaire keine einmalige ‚Entgleisung', sondern nur logische Schlußfolgerung aus der reaktionären ‚Theorie der drei Welten' ist" („AK" 109/77). Dies ist hiermit geschehen.

Übrigens versucht die „KPD" ausgerechnet auf diesem Glatteis eine Polemik gegen den Wahrheitsgehalt unserer Berichterstattung zu Zaire. Wir seien *„auf einem Auge blind"* (dann wäre man in diesen Kreisen allerdings immer noch König!), weil wir die *„sowjetische Verwicklung und Drahtzieherschaft"* penetrant *„hinwegschweigen"*.

Einziger konkreter „Fakt" und damit Prunkstück der „KPD"-Enthüllungen zu diesem Punkt ist die Anfrage: *„Wieso wird z.B. (im Arbeiterkampf) mit keinem Wort erwähnt, daß der DDR-Armeegeneral Hoffmann zum Zeitpunkt der Shaba-Invasion in Angola war; daß im Mai 1976 bei einem Treffen zwischen dem stellvertretenden Verteidigungsminister der DDR Poppe und einer Delegation der MPLA abgesprochen wurde, daß die DDR Waffen, darunter sowjetische SAM-Raketen, an die FNLC liefert und 100 Militärberater aus der DDR unter direkter Leitung von Poppe zur Ausbildung der FNLC-Leute nach Angola geschickt werden?"*(„RF", 7.6.).

Kurz gesagt, wir haben unseren Lesern diese atemberaubende Story vorenthalten, weil sie so albern ist, daß selbst die sonst wirklich nicht zimperliche bürgerliche Presse sie nicht weiter verbreiten mochte. Meldungen dieser Qualität aus Zaire gibts gegenwärtig wahrlich genug. Etwa Mobutus „Beweise" zur „kubanischen Söldnerinvasion": *„Geheimdienstexperten hätten die Patronenhülsen ... untersucht und festgestellt, daß es sich dabei zumeist (!?) um aus der Sowjetunion und der DDR stammende Geschosse handele"* („SZ", 27.5.78), oder: *„Die Übeltäter ... unter dem Namen FNLC haben die belgische Hauptstadt zu einem Zeitpunkt, den ich später (?) bekanntgeben werde, verlassen und sich nach Havanna begeben"* (AZAP, 21.5. nach „Monitor-Dienst" 22.5.). Oder: *„Er (Mobutu) behauptete, daß bis zum 17. Mai ... eine kubanische motorisierte Kompanie (!) die Rebellen in Kolwezi befehligt habe"*.

Tatsächlich herrscht in diesen Tagen und Wochen Narrenfreiheit auf dem Gebiet des Sterndeutens und der Kaffeesatzleserei über sowjetisch-kubanisches Engagement in Zaire. Der amerikanischen Kongreßabgeordneten jetzt vorgelegte CIA-Bericht ist ein weiteres Musterbeispiel hierfür. Auch nur halbwegs seriöse Stimmen aus dem bürgerlichen Lager bezweifeln alle Angaben: *„Amerikanische Regierungsbeamte waren weniger zufrieden mit der Qualität der nachrichtendienstlichen Informationen. Sie haben privat die Glaubwürdigkeit vieler Informanten in Frage gestellt und festgestellt, daß viele der Angaban nur auf Indizien beruhen"* („IHT", 7.6.).

Auch der belgische Außenminister erklärte, *„es gebe keine kubanischen Soldaten in der Shaba-Provinz oder an der Grenze von Zaire zu Angola"* („AFP", 17.5.). Hierzu kommen noch die Stellungnahmen der Sowjetunion, Kubas, Angolas und der FNLC, die alle gleichermassen eine Sowjetisch-kubanische „Einmischung" dementieren. Es gibt also keinen Anlaß, den imperialistischen Behauptungen Glauben zu schenken. Schließlich ist es heute schon gang und gebe, jede antiimperialistische Volkserhebung in der Welt als sowjetisch-kubanische Machenschaft zu qualifizieren. Grundsätzlich bestimmt sich unsere Haltung zu Befreiungsbewegungen und Volksaufständen in keiner Weise aus der Tatsache, ob sowjetische und kubanische Militärs diese unterstützen, sondern allein aus der Zielsetzung dieser Kämpfe. Hier halten wir es mit der „alten" chinesischen Linie, die die revisionistische Außenpolitik angriff wegen zu geringer Unterstützung kämpfender Völker.

KBW: Mal Hü, mal Hott

Urheber des Konflikts in Zaire sind nach KBW-Lesart die „Sozialimperialisten", die die FLNC *„zum zweiten Mal innerhalb eines Jahres ... in die zairische Provinz Shaba (haben) einfallen lassen. Sie lecken sich schon lange die Finger nach den Reichtümern Zaires"* („KVZ", Nr. 23). Daraufhin haben die westlichen Imperialisten *„die sozialimperialistische Aggression zu einer blutigen Intervention französischer und belgischer Fallschirmjäger genutzt ... Angesichts der nach wie vor akuten Bedrohung Zaires durch den Sozialimperialismus sehen sie die Gelegenheit für günstig, die Schraube noch fester anzuziehen und sich in dem Land ... fest einzunisten"* (ebenda).

Aus diesen Formulierungen kann man mit gutem Willen durchaus eine Verurteilung der imperialistischen Aggression herauslesen. Deutlich ist allerdings eine neuerliche Akzentverschiebung bei der Bewertung des Einflusses der Imperialisten in Zaire und dem Charakter des Mobutu-Regimes. Während der KBW noch vor wenigen Wochen zum Sturz Mobutus wegen dessen pro-imperialistischer Politik aufgerufen hatte, wird ihm jetzt doch wieder eine Politik der nationalen Unabhängigkeit angedichtet, die die Imperialisten durch ihre Machenschaften brechen und sich „fest einnisten" wollen. Während *„Zaire sich durch die Entwicklung der Landwirtschaft eine eigene wirtschaftliche Basis zu schaffen versucht"*, bemühen sich die Imperialisten immer wieder *„jedes Unabhängigkeitsstreben Zaires zu erdrosseln"* (Nr. 21). Anscheinend sind es auch nur die Imperialisten, *„die den zairischen Massen das Leben zur Hölle machen"*, nicht aber auch die Mobutu-Clique selbst. Denn die „Sozialimperialisten" wollen die *„Verschärfung der Widersprüche zwischen den US-Imperialisten und den Volksmassen ... nutzen, um die Regierung Mobutu zu stürzen (!), das Erbe der US-Imperialisten anzutreten und ihrerseits die nationale Befreiung (!) und die Unabhängigkeit des Landes zu unterdrücken"* (ebenda). Noch vor einem Jahr war in der „KVZ" zu lesen, daß *„gegen ... die Politik des Mobutu-Regimes ... die Unzufriedenheit unter den Massen (wächst)"* („KVZ", 31.3.77).

Wie ist dieser scheinbar unverständliche Wandel des KBW zu erklären? An der Unzufriedenheit der Massen mit Mobutu dürfte sich mit Sicherheit in diesem Zeitraum nichts geändert haben. Der Grund für die Interpretationsschwierigkeiten liegt vielmehr in dem grundsätzlichen Dilemma der KBW-Politik, einerseits die „Drei-Welten-Theorie" theoretisch anzuerkennen, vor einer Propagierung ihrer praktischen Auswirkungen jedoch immer wieder zurückzuschrecken. Die jetzige Position ist eine deutliche Annäherung an die chinesische Position, wenn auch nach wie vor die imperialistische Aggression noch nicht - nach dem Vorbild der „KPD" - ausdrücklich gutgeheissen wird.

„KPD/ML"

Eindeutig im Mittelpunkt der Berichterstattung des „Roten Morgen" über Zaire steht der scharfe Protest gegen die *„größte militärische Aggression in Afrika seit Jahren"* (Nr. 21). Die „KPD/ML" fordert auf: *„Den Kriegsplänen der NATO muß entschiedener Widerstand entgegengesetzt werden!"* (Nr. 23)

Auch das Mobutu-Regime wird nicht geschont: *„Der Kongo (Zaire) ist heute eine amerikanische Kolonie, ein „verrottetes faschistisches Regime"* etc. (Nr. 21). Klar ist für die „Partei" aber gleichzeitig, daß die FLNC nichts weiter ist als eine *„Bande der Kreml-Herren, vor deren Karren sich das kongolesische Volk nicht spannen läßt"*.

Eine äußerst komplizierte Situation also für das kongolesische Volk. Vier Feinde auf einmal: Der Imperialismus, der „Sozialimperialismus", Mobutu und die FLNC. Gibt es da überhaupt noch eine Rettung? Es gibt sie, Gott sei Dank: *„Eine breite revolutionäre Bewegung zum Sturz des Mobutu-Regimes, den bewaffneten Kampf gegen diese Marionette der Wallstreet-Monopole. Und es gibt als führende Kraft dieser Bewegung eine wahrhaft kommunistische Partei, die revolutionäre Marxistische Partei des Kongo (Kinshasa) ... (nur sie) kann dem Volk vom Kongo die Befreiung bringen"*. Wie wir erfahren, hat diese großartige Partei bereits heute die Stärke der ruhmreichen „Sektion DDR" der KPD/ML.

KAB„D"

Diese Organisation liefert ein Lehrstück, wie man die gigantische imperialistische Intervention herunterspielen kann, wenn das Hauptaugenmerk auf die „Schrecklichen" (gemeint FLNC) und die „Sozialimperialisten" gerichtet werden soll. Auf einer ganzen Seite der „Roten Fahne" wird Mobutus Reichtum, Greuelgeschichten über die FLNC, über Zaires Bodenschätze und über das OTRAG-Projekt berichtet - zeitlos. Auch die 100 DDR-Militärberater aus dem „Observer", die „die Invasion organisiert haben" finden reichlich Erwähnung.

Von einer großangelegten koordinierten NATO-Aktion erfährt der unbedarfte Leser nichts. Das US-amerikanische Eingreifen erscheint mit dem offiziellen 17,5 Mio-Dollar-Kredit sehr schmächtig, der 60 Mio-DM-Kredit der BRD wird kurz erwähnt. Das Kernstück der imperialistischen Aggression, der Einsatz von insgesamt mindestens 2.500 belgischen Soldaten und französischen Legionären wird in dem langen Artikel genau zweimal erwähnt: *„Sind die französichen und belgischen Fallschirmjäger wirklich nur zur Rettung der Weißen gekommen?"* und nachdem dies mit Hinweis auf die wirtschaftlichen Interessen verneint wurde, noch einmal: *„Frankreich und Belgien griffen direkt mit Fallschirmjägern ein"* - das ist alles. Diese totale Ignoranz gegenüber einer neuen Qualität der EG-imperialistischen Aggressionspolitik geht sicher nicht zu 100 % auf die politische Linie des KAB„D" zurück, sondern ist wohl zu einem nicht geringen Teil der traditionellen und schon fast legendären Schlafmützigkeit dieser Organisation zu schulden. (alle Zitate aus „Rote Fahne", 3.6.78).

Afrikakommission

DKP – Zum Selbstverständnis einer Sekte

Seit einigen Monaten ist ein „neuer" Programm-Entwurf der DKP auf dem Markt. Bei näherem Hinsehen unterscheidet sich dieser Text allerdings kaum von seinen Vorgängern. Da dieser „neue" Programm-Entwurf zudem absolut n i c h t s von den Diskussionen aufnimmt, die in den vergangenen 10 Jahren seit Gründung der DKP in der Linken geführt wurden, bleibt die Funktion dieses Papiers unklar.

In diesem Artikel soll untersucht werden, was der „neue" Programm-Entwurf der DKP über das Selbstverständnis dieser Partei aussagt.

Die DKP küßt sich selber ab

In ihrem „neuen" Programmentwurf ist die DKP voll des Lobes für sich selber: Sie sei „*hervorgegangen aus dem mehr als hundertjährigen Kampf der deutschen Arbeiterbewegung ...*" Sie „*wahrt das progressive Erbe des deutschen Volkes*", und zwar nicht bloß die bürgerlich-demokratische Revolution von 1948, sondern auch: „**Sie steht in der Tradition des deutschen Bauernkrieges**". Der war um 1525...

An anderer Stelle des „neuen" Programmentwurfs heißt es: „*Die DKP hat das Vermächtnis der hervorragenden Führer und Lehrer der deutschen Arbeiterbewegung übernommen. Sie wirkt im Geiste von August Bebel, Wilhelm Liebknecht, Franz Mehring, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Ernst Thälmann, Wilhelm Pieck und Max Reimann*".

Mit ihrem Anspruch als Nachlassverwalter und Alleinerbe der deutschen Arbeiterbewegung kommt sich die DKP freilich mit der „KPD/ML" ins Gehege, die – fast wortgleich – denselben Anspruch erhebt. So formuliert diese beispielsweise: „*Es gibt nur eine Partei, die das revolutionäre Erbe unserer alten KPD angetreten hat: die KPD/ML*". Und: „*Sie ist die einzige Partei in Deutschland, die die ruhmreiche Tradition der KPD Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und Ernst Thälmanns fortsetzt*" (Zitate aus Werbeschriften zur Hamburger Bürgerschaftswahl).

Gemeinsam ist der DKP und ihrer kleinen Schwester „KPD/ML" (an deren Spitze nicht zufällig ein alter KPD-Funktionär steht) ein selbstgefälliges und aasgeier-haftes Verhältnis zur Geschichte und Tradition der Arbeiterbewegung: **Diese erscheint nicht als V e r p f l i c h t u n g für das eigene Handeln, sondern als „Erbe", auf das die jeweilige Sekte einen förmlichen Besitzanspruch erhebt.** „Tradition", „Vermächtnis", die ganze „ruhmreiche" Ahnengalerie sollen der Politik dieser Sekten den Anschein historischer Legitimität geben. **Wer so handelt, beweist a l l e i n schon dadurch, daß es ihm um alles mögliche gehen mag, aber gewiß n i c h t um die Sache der Arbeiterklasse und die sozialistische Revolution.**

Die Sekte als Avantgarde der

Die Sekte als Avantgarde der Arbeiterklasse

Man wundert sich demnach kaum noch, wenn die DKP in ihrem „neuen" Programmentwurf behauptet, sie sei „*eine ständig lernende, mit dem Leben verbundene, schöpferisch handelnde Partei*", und wenn sie gar zur „*Stärke der DKP*" auch deren angebliche „*Verankerung in der Arbeiterklasse*" rechnet.

Richtig schreibt die DKP in ihrem „neuen" Programmentwurf, „*daß das werktätige Volk eine revolutionäre Arbeiterpartei braucht*". Völlig unlogisch fährt sie dann aber mit der Behauptung fort: „**Diese Partei i s t in unserem Land die DKP**". Und an anderer Stelle dieses Textes: „*Die DKP ist die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse der Bundesrepublik Deutschland*".

Auch in diesem Punkt deckt sich die Argumentation der DKP vollständig mit der der „KPD/ML": **Im Grunde geht es um die alte Frage, ob sich eine Avantgarde per Gründungsakt selbst ernennt, oder aber ob sie sich in den Kämpfen der Arbeiterklasse herausbildet und bestätigt wird. Es geht darum, daß die Sekten den Begriff „Partei der Arbeiterklasse" vollständig von seinem realen Inhalt lösen. Sie stellen nicht die Frage, ob die Arbeiterklasse diese Partei als die ihre ansieht, sondern sie h a l t e n sich für die Avantgarde – ganz egal, was die Arbeiterklasse darüber denken mag.**

Im Grunde kommt darin eine Verachtung der r e a l e n Arbeiterklasse zum Ausdruck.

Kommunisten hingegen haben nicht den A n s p r u c h, die Partei der Arbeiterklasse zu s e i n, sondern sie haben die P f l i c h t, es zu w e r d e n bzw. zur Schaffung einer solchen Partei beizutragen.

Du sollst keine anderen Götter haben neben mir!

Aus ihrem Anspruch, d i e revolutionäre Partei der Arbeiterklasse bereits zu s e i n, ergibt sich das Verhältnis der Sekten zu den anderen Organisationen der Linken. Der Gedanke, daß es heute vielleicht m e h r e r e Organisationen geben könnte, die mehr oder weniger zum Aufbau einer kommunistischen Partei beitragen, kommt ihnen gar nicht erst. Übereinstimmend behaupten DKP und „KPD/ML": Sie selbst seien die e i n z i g e n, vor denen die Bourgeoisie wirklich Angst hat. Alle anderen Gruppen, die sich ebenfalls kommunistisch nennen, würden daher von der Bourgeoisie gezielt eingesetzt, um sie, die einzige revolutionäre Kraft, zu schwächen. Auch in diesem Punkt fällt die fast wörtliche Übereinstimmung zwischen DKP und „KPD/ML" auf:

– In einer Wahlzeitung in Hamburg ließ sich die DKP darüber aus, „*welche Interessen hinter diesem Unternehmen stecken*", d.h. hinter der „Bunten Liste". Nämlich: „*Es ist auch den Rathausparteien nicht verborgen geblieben, daß die Unzufriedenheit der Bevölkerung immer stärker wird... Und nichts fürchten die CDU, FDP und SPD mehr, als daß ... die Bürger Hamburgs eine echte Alternative in die Bürgerschaft wählen... Sie fürchten die DKP wie der Teufel das Weihwasser. Da paßt eine solche 'Bunte Liste' genau ins Konzept*".



Peinlich aber wahr: So sah in Hambur die „Auseinandersetzung" der DKP mit der „Bunten Liste" aus! (Original-Karikatur aus der DKP-Wahlzeitung „Hamborger Utsichten", Mai 78).

– Ganz ähnlich konnte man es in einer Wahlzeitung der „KPD/ML" lesen: „*Warum aber die Grünen, die Bunten, die Steuerpartei? Die Bundes- und natürlich auch die Landesregierungen wissen, daß die Unzufrie-*

des- und natürlich auch die Landesregierungen wissen, daß die Unzufrie-

denheit der Bevölkerung wächst. Man rechnet mit 20 Prozent Unzufriedenen, die eine Alternative, einen Ausweg suchen. Und damit diese nicht etwa auf die Idee kommen, sich dem einzig gangbaren Ausweg...zuzuwenden..., und der Partei, die dafür kämpft, der KPD/ML, ihre Stimme geben, spielt man lieber selbst mal Opposition... So möchte man eine befürchtete 'Radikalisierung' der Bevölkerung verhindern".

Wenn die DKP, ebenso wie die „KPD/ML", linke Organisationen nicht nur ausschließlich als lästige Konkurrenz betrachtet, sondern wenn sie diese auch noch als Produkte der Bourgeoisie diffamiert, deren wichtigste Aufgabe die Schwächung der DKP (bzw. der „KPD/ML") sei, so ist klar, daß seitens der DKP von einer solidarischen Zusammenarbeit oder auch nur einer sachlichen Auseinandersetzung gar keine Rede sein kann. Die faschistoiden Schläger-Einsätze, mit denen die DKP Andersdenkende bei Demonstrationen, „Festivals" usw. zusammenschlagen läßt, haben ebenfalls hier ihre ideologische Quelle.

Die DKP als Anwalt und Stellvertreter der Arbeiterklasse

Wie wir sahen, h ä l t sich die DKP für die „Partei der Arbeiterklasse", ganz unabhängig von der Meinung der Arbeiterklasse über diese Einbildung der DKP. Es ist demnach logisch, daß die DKP in ihrem „neuen" Programmentwurf nicht vom Handeln der Arbeiterklasse ausgeht, sondern daß sie f ü r die Arbeiterklasse handeln will bzw. zu handeln vorgibt:

– „*Grundanliegen*" der DKP sei es, „*die Interessen der großen Mehrheit unseres Volkes... zur Geltung zu bringen und durchzusetzen*".

– Ihre „*entscheidende Gegenwartsaufgabe*" sehe die DKP darin, „*die ... Rechte der Werktätigen zu verteidigen*".

– „*Beharrlich strebt die DKP danach, die Aktionseinheit der Arbeiterklasse herzustellen...*".

– Die DKP wolle „*das werktätige Volk in die Lage versetzen, eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt einzuleiten*".

– Die DKP wolle die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen auf den Kampf für den Sozialismus vorbereiten.

– Die DKP „*wirkt für das werktätige Volk der Bundesrepublik*".

– Die DKP „**vertritt die Gesamtinteressen der Arbeiterklasse. Sie organisiert den Klassenkampf auf ökonomischem, politischem und ideologischem Gebiet**". (Weiß das die Arbeiterklasse?!...)

Bei dieser nicht gerade realistischen Selbsteinschätzung der DKP ist es nicht verwunderlich, daß sie sich selbst für „**unerläßlich**" erklärt und stolz behauptet: „**Die DKP ist durch keine andere Organisation der Arbeiterklasse zu ersetzen**".

Handelnde M a s s e n kommen hingegen im DKP-Programmentwurf nur in Form der „Gewerkschaften" vor, wobei die DKP an der realen Politik der Gewerkschaftsführer allenfalls „Inkonsequenzen" und „Widersprüche" bemängeln mag.

B ü r g e r i n i t i a t i v e n werden im „neuen" Programmentwurf der DKP überhaupt nur an einer einzigen Stelle und sehr oberflächlich (in einem Nebensatz) erwähnt. Dabei ist nicht von bestimmten Bürgerinitiativen die Rede. Bezeichnenderweise fehlt vollständig jeder Hinweis auf Bürgerinitiativen und konkrete Massenkämpfe im Abschnitt zur „Ener-

Bürgerinitiativen und konkrete Massenkämpfe im Abschnitt zur „Ener-

giepolitik". Dafür kann man dort lesen: „*Die DKP ist grundsätzlich für die friedliche Nutzung der Kernenergie*".

Ebensowenig kommen die Frauenbewegung und die Massenkämpfe der letzten Jahre gegen den § 218 im „neuen" DKP-Programmentwurf vor. Stattdessen findet man witzigerweise unter der Zwischenüberschrift „*Für die Gleichberechtigung der Frau*" an e r s t e r Stelle die Versicherung, daß die DKP „*für den umfassenden Sehutz der F a m i l i e, von Mutter und Kind*" eintrete. Erst an zweiter Stelle steht, daß die DKP auch eintrete für die Verwirklichung des Grundsatzes „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit", Gleichheit der Ausbildungs- und Aufstiegschancen sowie Einführung der Fristenregelung zum § 218 (und nicht etwa ersatzlose Streichung bzw. vollständige Legalisierung). Mehr hat die DKP zum Thema „Gleichberechtigung der Frau" anscheinend nicht mitzuteilen.

Die, gelinde gesagt, Zurückhaltung der DKP bei der Erwähnung der realen Massenbewegungen der letzten Jahre in ihrem „neuen" Programmentwurf ist ein reales Spiegelbild der praktischen Haltung, die sie zu diesen Bewegungen einnimmt: Die DKP m i ß t r a u t zutiefst jeder realen Bewegung, die nicht entweder von ihr oder zumindest von „den Gewerkschaften" geführt wird. Auch auf das neue Phänomen der „Grünen" bzw. „Bunten" Listen kann die DKP nicht anders als demagogisch geifernd reagieren.

Die heile Welt der DKP

Der mit der DKP sympathisierende Journalist E.A. Rauter hat in „das da" (Juni 1978) eine recht interessante Untersuchung über Stil-Eigenheiten der DKP-Presse veröffentlicht. U.a. beschäftigt er sich dort mit der Verwendung des Wörtchens „immer" in Verbindung mit der Steigerungsform, also in Floskeln wie „immer unüberhörbarer", „immer stärker", „immer mehr wächst..." usw. usf.

Was dem Journalisten als Stil-Frage erscheint, dürfte allerdings mehr mit dem gesamten Selbstverständnis der DKP zusammenhängen. Auch der „neue" DKP-Programmentwurf enthält viele Aussagen dieser Art:

– Die „zunehmende Krisenhaftigkeit" des Kapitalismus „tritt immer klarer zutage".
– Das „Wesen unserer Epoche... tritt zunehmend deutlicher hervor".
– Das „Gewicht" der Arbeiterklasse ist „größer denn je".
– Die Voraussetzungen für die Aktionseinheit der Arbeiterklasse „gestalten sich günstiger".
– Die „kommunistischen" Parteien „erstarken".
– Die zyklischen Wirtschaftskrisen „werden tiefer und langwieriger".
– Die Instabilität etc. des Kapitalismus „wird immer offensichtlicher".
– Die Politik der Entspannung wird „zunehmend durchgesetzt".

Diese Aussagen, die sich noch durch weitere ergänzen ließen, deuten allesamt auf ein sehr statisches Weltbild

weitere ergänzen ließen, deuten allesamt auf ein sehr statisches Weltbild

der DKP, das auf der völlig unmarxistischen Annahme einer insgesamt gradlinigen Entwicklung beruht. Rückschläge tauchen dabei ebensowenig auf wie qualitative Sprünge. Hieraus bezieht auch der „neue" DKP-Programmentwurf seine Zeitlosigkeit. **Der ganze „neue" Programmentwurf der DKP enthält kaum einen Satz, der nicht auch schon bei Gründung der DKP vor zehn Jahren ebenso zeitlos „richtig" gewesen wäre. Die bedeutenden Entwicklungen dieser 10 Jahre haben im „neuen" Programm-Entwurf der DKP kaum einen Niederschlag gefunden.** Die „kommunistischen" Parteien beispielsweise „erstarken" einfach immer weiter – „Eurokommunismus", Spaltungstendenzen im revisionistischen Lager oder der Konflikt UdSSR-China kommen überhaupt nicht vor. Das verschärfte Wettrüsten und die seit einigen Jahren zu registrierende Abkehr von der sogenannten „Entspannungspolitik" kommen im „neuen" DKP-Programmentwurf ebenso wenig vor wie die Gegenoffensive des Imperialismus in der Dritten Welt seit Ende des Vietnam-Krieges.

Der „neue" Programm-Entwurf der DKP geht soweit, daß er ausdrücklich von „u n u m k e h r b a r e n" Veränderungen spricht, die im internationalen Kräfteverhältnis eingetreten seien. Auf derselben Ebene liegt die Behauptung des „neuen" Programmentwurfs, daß das imperialistische Kolonialsystem „**ein für alle mal zerschlagen**" und „**e n d g ü l t i g zusammengebrochen**" sei.

Aus alledem spricht nicht bloß eine Verachtung des wissenschaftlichen Sozialismus und die Unfähigkeit zur konkreten Analyse einer konkreten Situation, sondern derartige Behauptungen gehören auch zum Kern der Sekten-Ideologie der DKP: Ein stark vereinfachtes Weltbild, bei dem es „immer vorwärts" geht, wie es z.B. auch für religiöse Sekten typisch ist. Nicht wissenschaftliche Einsicht und konkrete Analyse, sondern blinde Zuversicht und Ignoranz gegenüber realen Entwicklungen und Widersprüchen halten den Laden im Wesentlichen zusammen. Es ist genau dasselbe „Bewußtsein", das auch aus dem bekannten Standartsatz der „KPD/ML" spricht: „Die marxistisch-leninistische Weltbewegung wächst und erstarkt".

So ist es auch bezeichnend, daß die DKP zur Frage der faschistischen Gefahr, die derzeit immer mehr Demokraten beschäftigt, in ihrem „neuen" Programm-Entwurf nur eine völlig zeitlose Aussage anbietet: Da der Imperialismus ein „gefährlicher Gegner" bleibe und da er einen Ausweg aus seiner Krise suche, bestehe „s t ä n d i g" die „*Gefahr der Anwendung autoritärer oder offen diktatorischer Herrschaftsformen – bis hin zum Faschismus*". N o c h allgemeiner (und eben darum politisch folgenlos) k a n n man es gar nicht ausdrücken.

Mit einem solchen Programm läßt sich im Kampf für Frieden, Demokra-

Mit einem solchen Programm läßt sich im Kampf für Frieden, Demokra-

tie und Sozialismus ebenso wenig anfangen wie mit einer solchen Partei. Sie sind nicht „unersetzlich", sondern überflüssig!

Dichter – Wettstreit in der DKP

Im AK 129 (S.58) berichteten wir von der Auseinandersetzung zwischen „konkret" und DKP. Angefangen hatte alles damit, daß die „konkret" eine Buchbesprechung des DKP-Liedermachers Degenhardt über ein Buch des DKP-Dichters Peter Schütt (Mitglied des DKP-Parteivorstands) nicht abdrucken mochte. Auf diesen Affront reagierte die DKP mit einer vollen Breitseite in ihrer Studentenzeitung „Rote Blätter" vom April. Da wurde der „konkret" allgemein und ihrem Chef Herrmann L. Gremliza insbesonde vorgeworfen, sie paßten sich dem Antikommunismus an, würden die Isolierung „der Kommunisten" (gemeint war: der DKP) unterstützen usw. usf. Gremliza, hier auch persönlich angegriffen, reagierte unfreundlich, indem er den Peter Schütt als „**Diletanten**" bezeichnete, also als Möchtegern-Poeten, der nur wegen seiner Linientreue von der DKP als großer Kulturschaffender gepriesen werde („konkret", Mai 78).

In der Juni-Ausgabe von „konkret" geht der Clinch jetzt weiter. Gremliza nimmt dort recht witzig und souverän den Gegenstand des Streits auseinander: „*Ab nach Sibirien*" von Peter Schütt, lyrische Beschreibung einer Reise durch die Sowjetunion. Dabei läßt Gremliza freilich die Frage unberührt, W A S sich ein Peter Schütt unter „realem Sozialismus" vorstellt; ihm geht es nur darum, W I E Schütt es darstellt. Kritik der Form, nicht des Inhalts. Gremlizas Polemik bekommt dadurch etwas unangenehm Abgehobenes, Snobistisches, den elitären Hauch der reinen Literatur-Kritik.

Nicht Schütts Lob für den „realen Sozialismus" ärgert Gremliza. Aber anders, b e s s e r gelobt möchte er den „realen Sozialismus" sehen. Er selbst wäre just der rechte Mann dazu – meint er jedenfalls. Und demonstriert es mit einem anderen Artikel im Juni-Heft, mit seiner Beschreibung eines „*Arbeitstags im Leben des SED-Parteisekretärs Horst P.*". Der Artikel ist von Anfang bis Ende als Gegenstück zu Schütts sowjetischer Reisebeschreibung angelegt und enthält auch mehrere deutliche Seitenhiebe gegen den Schütt. Rezept: cool, sehr sachlich, Vermeidung aller schmückenden Beiworte, knappe Grammatik. Und vor allem: Es muß immer so ein Schuß Distanz, ein Schuß ironischer Kritik durchzuschmecken sein. Warum beispielsweise nicht ruhig einmal sagen, daß man die „Intershop-Läden" nicht für der Weisheit letzten Schluß hält? Warum nicht zeigen, daß man natürlich durchschaut hat, daß der beschriebene „Arbeitstag" des Genossen P. zu großen Teilen Theater für den Gast aus dem Westen war? Und wenn man dann am Ende zeigt, daß man doch alles in allem zum „realen Sozialismus" steht und alle grundsätzlichen Kritiker in Bausch und Bogen als romantische Idioten abtut, ist man mit seinem Urteil gewiß glaubwürdiger als der Schütt oder ähnliche Partei-Poeten.

Dem Gremliza ist zuzutrauen, daß er auf diese Weise auch gern die Politik der DKP verändert sehen würde: nicht gerade in Richtung KB und sonstige „Chaoten", auch nicht in Richtung „Eurokommunismus" – nur etwas weniger stur, etwas weniger selbstgefällig, etwas weniger tolpatschig sollte die DKP bitteschön sein. Das wäre so das Erfolgsrezept.

Was Gremliza übersieht: Die DKP m u ß so sein, so stur, so selbstgefällig, vielleicht nicht ganz so tolpatschig. Würde die DKP sich lockerer geben, womöglich sogar über die eine oder andere Sache in der DDR mit sich reden lassen, würde dieser Verein wahrscheinlich ziemlich schnell auseinanderkrachen. **Das ist auch der Grund, warum die DKP sich keinen Gremliza leisten kann, nicht einmal als Hofnarren.** Der Clinch zwischen „konkret" und DKP dürfte also noch nicht ausgestanden sein. Und dem Gremliza wünschen wir, daß seine Zeitung finanziell unabhängig ist. Sonst gibt's demnächst eine linke Zeitung weniger und ein DKP-Blatt mehr.

Aus der Welt des „realen Sozialismus"

Sowjetunion: Orlow-Prozeß

Der am 18.5. wegen „antisowjetischer Agitation und Propaganda" zu 7 Jahren Zwangsarbeit und fünfjährigem Exil verurteilte Juri Orlow hat gegen das Urteil Berufung eingelegt. Die Moskauer Behörden teilten ihm zunächst mit, er müsse warten, da sich die Richterin seines Prozesses im Urlaub befinde. Mit der gleichen Begründung wurde auch Frau Orlow ein ihr nach geltendem Recht zustehender Besuch bei ihrem Mann verweigert (Tagesspiegel, 31.5.78). Auch der britische Anwalt John Mcdonald, der ursprünglich von Orlows Ehefrau als Anwalt beauftragt war und dem die Einreise verwehrt wurde, hat symbolisch in einer fünfseitigen Schrift Berufung eingelegt. Er deckte hierin u.a. die Verletzung wichtiger Bestimmungen der sowjetischen Strafgesetzgebung auf – etwa, daß der Richter Orlow in seinem Plädoyer unterbrochen habe, daß er ihn an der Befragung von Zeugen der Anklage gehindert habe.

Nach Auskunft von Mcdonald ist mit der Verhandlung zweier anderer „Dissidenten", Ginsburg und Scharanski, in ca. drei Wochen zu rechnen (TSP, 26.5.78; Welt, 6.6.78).

***

Zum Orlow - Prozeß haben eine Reihe von ungarischen Intellektuellen, die zur Zeit im Wsten arbeiten, eine Erklärung abgegeben. Sie ist unterzeichnet von den Soziologen Ivan Szelenyi, Maria Markus, den Philosophen Agnes Heller, Ferenc Feher und György Markus, und den Schriftstellern Györgu Kanrad und Miklos Hararaszty (Letzterer nimmt am 14.6.78 im Hamburger Audi-Max an einer großen Podiumsdiskussion über „ Opposition in Osteuropa" teil).

Die Resolution weist ihre Verfasser eindeutig als Linke aus, die zudem in der Stoßrichtung ihrer Aussagen unzweideutig klarmachen, daß die fortschrittlichen Menschen im Westen ihre alleinigen Ansprechpartner sind – hier ein Auszug:

„Wir wollen nicht nur unseren eigenen Protest ausdrücken, sondern auch an die Öffentlichkeit der demokratischen Linken im Westen appellieren. Über die an sich selbst erschreckenden Tatsachen hinaus ist diese Offensive der sowjetischen Be- *schreckenden Tatsachen hinaus ist diese Offensive der sowjetischen Be-* *hörden ein Zeichen dafür, daß die systematische Liquidierung der Opposition in der Sowjetunion begonnen hat, was angesichts der osteuropäischen Verhältnisse die Gefahr in sich birgt, daß diese Offensive polizeilicher Maßnahmen sich auch auf Länder Osteuropas ausdehnen wird ... Wir wollen unsere Überzeugung nicht verschweigen, daß auch die westliche Welt an dieser Wendung einen Teil Verantwortung trägt, da es nicht als Zufall angesehen werden kann, daß alle diese Ereignisse nach der Beendigung der Belgrader Konferenz eingetreten sind.. Dieses Fiasko der offiziellen Diplomatie macht es noch dringlicher, uns an die Öffentlichkeit der demokratischen Linken zu wenden, um zu betonen: es ist nicht angebracht, mit zweierlei Maßstab zu messen. Wenn man jede Beschränkung der Freiheitsrechte im Westen – wie unter anderem die Praxis des Berufsverbots in der Bundesrepublik – verurteilt, wie wir es tun, ist es eine politische und moralische Pflicht, die Stimme auch in einer Anzahl von viel ernsteren Fällen zu erheben, wo demokratische, öffentliche Tätigkeit mit Zwangsarbeit und Gefängnis beantwortet wird"* (FR, 2.6.78).

***

Der jüdische „Dissident" Wladimir Slepak und seine Frau Maria, die am 30.5. in Moskau festgenommen wurden, müssen mit einer Anklage wegen „Rowdytums" rechnen, was ihnen eine Gefängnisstrafe bis zu 5 Jahren einbringen kann! Slepak hatte eine Stunde lang ein Plakat mit der Forderung nach einem Ausreisevisum für sich und seine Frau nach Israel auf seinem Balkon installiert (Welt, 5.678).

***

Andrej Sacharow und seine Frau Jelena sind von einem Moskauer Gericht zu einer Geldstrafe von 90 Rubel verurteilt worden (umgerechnet ca. 270 DM). Sie wurden beschuldigt, während des Prozesses gegen Juri Orlow die Polizisten, die das Ehepaar am Betreten des Gerichtssaales hindern wollten, tätlich angegriffen zu haben (Tagesspiegel, 6.6.78).

***

Mitte Juni wird unweit Moskaus der Prozeß gegen den sowjetischen Bürgerrechtler Alexander Ginsburg beginnen. Ihm wird vorgeworfen, im Rahmen der Verwaltung des „Bürgerfonds zur Unterstützung politischer Gefangener" Devisenspekulationen zur persönlichen Bereicherung begangen zu haben. Für dieses Delikt ist die Höchststrafe nach dem sowjetischen Strafgesetzbuch (Artikel 88) Tod durch Erschießen! Für Ginsburg, der sich jetzt seit einem Jahr in Haft befindet, ist dies insgesamt der dritte Prozeß. 1960 wurde er als Herausgeber der Litaraturzeitschrift „Syntax" zu zwei Jahren Lagerhaft verurteilt; 1967 wurde er erneut aufgrund der Erstellung einer Materialsammlung über den Prozeß Sinjawski-Daniel zu 7 Jahren Lager und Gefägnis verurteilt. Nach der Entlassung 1974 verfolgte die Miliz jeden seiner Schritte. Gegen ihn wurde ein Ausgehverbot nach 20 Uhr (!) verhängt, auf dessen Einhaltung peinlichst genau geachtet wurde.

Der zweite Punkt der Anklage wirft Ginsburg vor, er habe Dokumente unterzeichnet, durch die die sowjetische Staats- und Gesellschaftsordnung „verleumdet" werden sollte. Da Ginsburg in dieser Hinsicht vorbestraft ist, muß er mit der Höchststrafe für dieses Delikt – 10 Jahre Freiheitsstrafe und anschliessende 5 Jahre Verbannung – rechnen (Welt, 1.6.).

Jugoslawien

Dem Jugoslawen Mihajlov, nach eigenem Selbstverständnis „demokratischer Sozialist", ist Ende April von den jugoslawischen Behörden überraschend eine Reise in den Westen gestattet worden. Mihajlov war 1975 wegen Veröffentlichungen in der westlichen Presse zu 7 Jahren Kerker verurteilt worden und nach Protesten und Hungerstreiks seiner Anhänger im Westen Ende November 1977 im Rahmen einer Amnestie vorzeitig aus der Haft entlassen worden. Mihajlov rief am 29.4.78, bei seiner Ankunft in Hamburg, „den Westen" zu einer weiteren geistigen und moralischen Unterstützung von politisch Verfolgten in „kommunistischen Ländern" auf (Welt, Tagesspiegel, 30.5.78).

DDR

Rudolf Bahro, wohl profiliertester Kritiker des „realen Sozialismus" am Beispiel der DDR und seit August Kritiker des „realen Sozialismus" am Beispiel der DDR und seit August 1977 in Haft, wird entgegen anderslautenden Informationen nicht aus DDR-Haft in die BRD abgeschoben werden. Am 1.6. hatte das neugegründete Westberliner „Schutzkommitee Freiheit und Sozialismus" von einer bevorstehenden Ausreise gesprochen. Offenbar aber, wie sich jetzt herausstellte, machten die DDR-Behörden einen solchen Schritt von einem Antrag Bahros auf „Entlassung aus der DDR-Staatsbürgerschaft" abhängig – und den ist Rudolf Bahro natürlich nicht bereit zu stellen.

***

Nachdem Ende Mai der 38-jährige Zahnmediziner Klaus Mainz aus DDR-Haft entlassen und in die BRD abgeschoben wurde, hat sich die angekündigte Haftentlassung seines Bruders Rolf Mainz erst einmal wieder „verzögert", Rolf Mainz ist als Folge seines Eintretens für das Ausreisegesuch seines Bruders Klaus in 2 Verfahren zu insgesamt 9 1/2 Jahren Haft verurteilt worden. Grund für die Verzögerung seiner Ausreise seien „allzu lautstarke Erfolgsmeldungen" im Falle seines Bruders Klaus von westlicher Seite.

***

Die von den DDR-Behörden abgeschobenen Liedermacher Kunert, Pannach und Sallmann, sowie der Schriftsteller Jürgen Fuchs haben in Paris an einer von ca. 1000 Menschen besuchten Protestkundgebung teilgenommen – Wolf Biermann konnte seine Zusage wegen Erkrankung nicht einhalten. Auf der Kundgebung, die vom Westberliner „Schutzkommitee Freiheit und Sozialismus" organisiert worden war, machten die Teilnehmer insbesondere auf die Situation der DDR -Oppositionellen Havemann (seit 1 1/2 Jahren unter Hausarrest!), Bahro und der Gebrüder Mainz aufmerksam (Tagesspiegel, 2.6.78).

CSSR

Tagegeld für Knast-„Urlaub"!

Das jüngst in der Londoner „Times" veröffentlichte Dokument der „Charta 77" beschäftigt sich mit der Situation von Häftlingen in den tschechoslowakischen Gefängnissen und enthüllt teilweise katastrophale Zustände. Jeder Häftling muß für „Kost und Logis" im Knast ein Tagegeld bezahlen, wodurch er zumeist nach seiner Entlassung noch hoch gegenüber dem Staat verschuldet ist. Der Charta-Linke Petr Uhl z.B., der 1971 zu vier Jahren Haft verurteilt wurde, hatte nach seiner Entlassung noch Schulden in Höhe von 11 000 Kronen (4400 DM) für seiner „Unterbringung" aufzubringen. Nach der offiziellen Version gibt es in der CSSR keine politischen Gefangenen. Es ist aber feststellbar, wer aufgrund von Abschnitt 1 des CSSR-Gesetzbuches („Verbrechen gegen den Staat") verurteilt wurde. Im Jahre 1968 gab es 111 derartige Häftlinge, 1970 waren es 1576, ein Jahr später 861, neuere Zahlen sind noch nicht ermittelt. Alle Strafgefangenen werden zur Arbeit gezwungen, im Falle der Weigerung kann die Strafe bis zu neun Monaten verlängert werden. Wenn Arbeitsnormen nicht erfüllt werden, folgen Kürzungen der Nahrungsrationen (!) und Streichung des Ausgangs im Freien. Verwandtenbesuche sind entsprechend der „Kategorie" des Gefangenen nur ein Mal im Vierteljahr – im Extremfall nur einmal im Jahr – erlaubt!

Auch auf die Situation der Untersuchungsgefangenen geht das „Charta"-Dokument ein. Es hat in den letzten Jahren in der CSSR ca. 20.–30.000 U-Häftlinge gegeben. Die durchschnittliche Dauer der U-Haft liegt bei drei Monaten, im Einzelfall bis zu einem Jahr; nur viermal in der Woche wird ein 30minütiger Rundgang gewährt; alle zwei Wochen darf ein (zensierter) Brief geschrieben werden. Es kommt immer wieder zu Ausschreitungen gegen U-Häftlinge, von deren Unschuld bis zum Prozeß ja auch nach der CSSR-Rechtspraxis auszugehen ist. So sind U-Häftlinge mit Schlagstöcken geprügelt und mit Tränengas zusammengetrieben worden. Unterernährung und schlechte Hygiene haben nicht nur zu Haut- und Augenkrankheiten, sondern auch zu psychischen Erkrankungen, Tuberkulose und Bluthochdruck geführt („Times", 30.5.78).

***

Kurz vor dem Breschnew-Besuch in der CSSR Ende Mai sind von der dortigen Polizei insgesamt 41 Bürgerrechtler festgenommen worden, darunter der Sprecher der Charta Hejdanek und Vaclav Havel. Nach Ablauf der 48-Stunden-Frist für vorübergehende Festnahmen (danach muß Anklage erhoben werden) sind ca. zehn Personen wieder freigelassen worden, darunter Schauspieler Landovsky und der Journalist Dobrovski. Alle seien jedoch inzwischen wieder von der Polizei abgeholt worden – man hatte wohl zunächst Schwierigkeiten beim Zurechtstricken der Anklage. Über das Schicksal der Betroffenen herrscht bis heute (8.6.78) noch keine Klarheit. Die Zeichen deuten darauf hin, daß jetzt ein größerer Schlag gegen die „Charta" folgen soll.

RGW–Kommission

Hamburg: Diskussionsveranstaltung zur Opposition in Osteuropa

Am 14.6., 18.00 Uhr, wird im Hamburger Audimax eine Diskussionsveranstaltung zur Solidarität der westdeutschen Linken mit der demokratischen Opposition in Osteuropa stattfinden.

Lange Zeit hatte die Auseinandersetzung der westlichen Linken mit dem „realen Sozialismus" die Kritik des ökonomischen und gesellschaftlichen Systems zum Schwerpunkt; die oppositionellen Bewegungen blieben weitgehend „außen vor".

Spätestens seit der Entstehung des „Komitees zur Verteidigung der Arbeiter" in Polen, seit der „Charta 77" in der CSSR und nicht zuletzt seit den spektakulären Ausweisungen und Ausbürgerungen von Oppositionellen aus der DDR ist die Bedeutung der Auseinandersetzung mit den inhaltlichen Positionen der osteuropäischen Opposition klarer geworden.

Die Veranstaltung, deren Zustandekommen wir unterstützt haben, soll einen ersten Ansatz schaffen, innerhalb der westdeutschen Linken die Diskussion über eine Reihe von Fragen zu führen: Welche Strömungen gibt es in der politischen Opposition der osteuropäischen Länder? Wie werden die verschiedenen Formen der Opposition von Oppositionellen selbst und von den westdeutschen linken Organisationen eingeschätzt? Schwerpunkt der Diskussion soll jedoch sein, zu klären, welche Möglichkeiten der politischen Auseinandersetzung mit der osteuropäischen Opposition wir haben oder schaffen können und welche Formen konkreter Solidarität wir entwickeln können.

Wir begrüßen, daß trotz verschiedener Differenzen bei der Vorbereitung der Veranstaltung eine ganze Reihe von Organisationen an der Veranstaltung teilnehmen werden: Sozialistisches Osteuropakomitee als Veranstalter, amnesty international, Jungdemokraten, KB, GIM, „KPD" als Unterstützer. Nach längerem Zögern und eher ablehnender Haltung schloß sich schließlich auch das SB noch an.

Als Vertreter der osteuropäischen Opposition werden der aus der DDR ausgebürgerte Schriftsteller Jürgen Fuchs, der ebenfalls ausgebürgerte Liedermacher Wolf Biermann und der ungarische oppositionelle Schriftsteller Miklos Haraszti an der Veranstaltung teilnehmen. Von westdeutscher Seite beteiligen sich Renate Damus, die sich besonders mit der Ökonomie der DDR befaßt und Ursula Schmiederer, die vor allem Arbeiten über die Außenpolitk der Sowjetunion veröffentlichte.

Der aktuellste „Fall", über den auf der Veranstaltung zu reden sein wird, ist der Rudolf Bahros. Wegen seiner Kritk am ökonomischen und gesellschaftlichen System der DDR (unter dem lächerlichen Vorwurf der „nachrichtendienstlichen Tätigkeit") verhaftet und seit einem dreiviertel Jahr in Untersuchungshaft, droht ihm nach neuesten Meldungen die Abschiebung in die BRD – ein neuer Akt „realsozialistischer" Repression!

RGW–Kommission

Buenos Dias, Herr General!

Es mußte bereits verschiedentlich berichtet werden, mit welch differenziertem Wohlwollen die Revisionisten dem argentinischen Militärregime gegenüberstehen. Just zur Weltmeisterschaft gab es da natürlich unschöne Exzesse in der revisionistischen Presse. Den bisherigen Höhepunkt dieses Treibens stellt ein Artikel in der "Volkstimme", Zentralorgan der "KP"(?!) Österreichs dar. Dort heißt es: *"Angesichts der ultralinken (!) Verzerrungen, die die Argentinien-Berichterstattung der österreichischen Massenmedien (!) anläßlich der kommenden Fußball-Weltmeisterschaft begleiten, haben wir den argentinischen kommunistischen (?!) Publizisten Julian Luna gebeten, unseren Lesern die Situation in seinem Land wahrheitsgetreu zu schildern..."*

In dem folgenden Artikel Lunas muß man dann mit Schaudern lesen: *" ... Wenn man die argentinische Situation verstehen will, muß man in Betracht ziehen, daß die Armee, die die Regierung übernommen hat, nicht einheitlich ist. Sie gruppiert sich vor allem um zwei Richtungen: um eine reaktionäre, die darauf aus ist, ein Regime im Stile Pinochets einzuführen, und eine andere, gemäßigte mit uneinheitlichem Inhalt, in der es neben demokratischen gemäßigten Kreisen auch nichtfaschistische Rechte gibt. Diese gemäßigte Strömung mit demokratischer Richtung wird vom gegenwärtigen Präsidenten Generalleutnant Rafael Videla geführt und hat einen mehrheitlichen Rückhalt in der Landarmee."* (zit. nach "rotfront", Juni 78).

Und sowas wirft der KP Chinas vor, daß sie Pinochet unterstützt? Heuchler!

Neue Späßchen der GIM

Die trotzkistische GIM („Gruppe Internationale Marxisten") sorgt weiter für Heiterkeit: In ihrem Zentralorgan „Was tun" (25.5.78) zeigt sich die GIM **„schmerzlich berührt"**, daß der kürzlich ausgebürgerte sowjetische Dissident Grigorenko anläßlich des Breschnew-Besuchs sowohl bei der „Jungen Union" als auch bei der „KPD/ML" gesprochen habe.

Freilich: Nicht bei der „KPD/ML", sondern bei der „KPD" sprach Grigorenko. Die GIM verdankt diesen amüsanten kleinen Irrtum einem Kommentar der „Frankfurter Rundschau" vom 8.5.78, wo dies durcheinander gebracht wurde. Die „FR" hat diesen Fehler am nächsten Tag richtiggestellt, was aber von der GIM offenbar übersehen wurde.

Ein solcher Irrtum kann freilich nur d e m passieren, der keine Ahnung hat, was überhaupt im „ML"-Lager in den letzten Jahren so vor sich gegangen ist. Tip an die zuständigen „Was tun"-Schreiber: Vielleicht kuckkt ihr doch mal öfter in unsere vielgeschmähte Rubrik **„Aus der ML-scene"** ?! . . .

Auch sonst steht es mit dem politischen Sachwissen der Trotzkisten wohl nicht zum besten. Da behauptet die „Was tun" tatsächlich, Grigorenko sei ein „kommunistischer Dissident", er sei *„der Vertreter der kommunistischen, auf Wiederherstellung des Leninismus drängenden Richtung in der sowjetischen Opposition"*. Daher wird es „bedauert", daß Grigorenko bei der „Jungen Union" und der „KPD/ML" gesprochen habe; zwar bestreite man (die GIM) dem Grigorenko nicht das Recht, überall zu reden, aber wenigstens kritisch auseinandersetzen hätte er sich mit seinen Gastgebern müssen – meint die „was tun". Das sei, so wörtlich, *„seine Pflicht"*.

Es ist offensichtlich, daß die Verfasser dieses Artikels gar nicht w i s s e n, was Grigorenko gesagt. Dies aber hätte man in der „Roten Fahne" der „KPD" durchaus nachlesen können. So beispielsweise auch, daß Grigorenko erklärt hat, die Nation stünde höher als die Klassen. Selbst die „Rote Fahne" hat es immerhin fertiggebracht, zu dieser These von Grigorenko kritisch Stellung zu nehmen.

„Was tun" jedoch, bar jeder Ahnung, kritisiert den „Kommunisten" Grigorenko, weil er sich mit seinen Gastgebern nicht kritisch auseinandergesetzt habe. Wäre es nicht besser, wenn „was tun" damit beginnen würde, sich mit Grigorenko kritisch auseinanderzusetzen?! . . .

Was Grigorenko angeht: Er ist erklärtermaßen k e i n Kommunist und macht daraus auch kein Hehl. Beispielsweise sagte er in einem Interview, das die italienische Zeitung „Lotta Continua" (7.5.78) veröffentlichte: Er sei *„bis vor einigen Jahren"* Kommunist gewesen, weil man sich von seinen alten Ideen nur schwer trennen könne. Inzwischen sei er aber vom Marxismus enttäuscht.

Es ist dies keineswegs das erste Mal, daß die GIM dabei ertappt wurde, wie sie – ob aus Uniformiertheit oder wider besseres Wissen, das sei dahingestellt – irgendwelche sowjetischen oder sonstigen Dissidenten kurzerhand zu „Kommunisten" ernennt, um endlich, endlich die bisher noch nicht zu entdeckende kommunistische Opposition in der Sowjetunion usw. aufweisen zu können. So mußte sich in der Vergangenheit auch der aus der Sowjetunion emigrierte Physiker Pljutsch ohne eigenes Verschulden von der GIM den Stempel „Kommunist" aufdrücken lassen. Auch in diesem Fall kam die „was tun" später nicht umhin, ihren „Schmerz" und ihr „Bedauern" über die tatsächlichen Positionen von Pljutsch kundzutun.

Nun, wir meinen: Die Betrüger sind hier nicht Pljutsch oder Grigorenko, dieimmer recht ehrlich zu ihren jeweiligen Positionen gestanden haben und sich niemals zu Unrecht als Kommunisten ausgegeben haben, sondern die Betrüger – oder die Dummköpfe, ganz wie man will – sitzen in der GIM-Leitung.

Lautes Geschrei der „KPD“ soll Rückzug decken

Unter der Überschrift **„Wie geht es weiter in der Anti-AKW-Bewegung?“** kündigt die „KPD“ in ihrer „Roten Fahne“ vom 31.5.78 dezent verhüllt ihren Rückzug aus der Anti-AKW-Bewegung an. Zugleich versucht sie in typisch sozialdemokratischer Manier, sich mit lautem Gebrüll als radikale Speerspitze der Bewegung zu kostümieren.

Um die scheinbare Radikalität der „KPD“ in der Anti-AKW-Bewegung zu beweisen, wird zunächst – ebenfalls nach bewährtem Konzept – kräftig auf den KB eingedroschen, was zugleich Sympathie bei „Spontis“ und „Anarchos“ verspricht. Da kommt die „KPD“ nicht bloß mit der Behauptung, der KB sabotiere die Solidarität mit den Grohnde-Angeklagten (eine Behauptung, die sich a l l e i n auf die Skepsis des KB gegenüber den zentralen Demonstrationen in Hannover stützt). Nein, da greift die „KPD“ ins Volle und tischt das Märchen auf, der KB habe am 19.2.77 (Brokdorf III) **„in letzter Minute, angesichts des Verbots, vorgeschlagen, die Demonstration abzublasen“**. Ein Märchen, das damals weder dem KBW noch den „Spontis“ eingefallen ist, die doch allesamt bei phantasievollen Histörchen gegen den KB keine Skrupel kennen. Die „KPD“ hat offensichtlich die seither vergangenen rund 15 Monate gebraucht, um diese sensationelle Enthüllung gebührend vorzubereiten. Sie scheint es s e h r nötig zu haben, solche Märchen in die Welt zu setzen, um von den Dingen abzulenken, die sie der Anti-AKW-Bewegung noch zuzumuten gedenkt.

Im zweiten Zug des Artikels widmet sich die „Rote Fahne“ der Frage, woher der Rückschlag der Anti-AKW-Bewegung wohl kommen möge. Auf eine kurze Formel gebracht: Der Bewegung fehlte bisher die „Theorie der drei Welten“ als Wegweiser. Konkret: Die „KPD“ führt den Rückgang der Bewegung allein auf zwei Umstände zurück, nämlich zum einen auf das Hereinbringen der Atomwaffen-Problematik in die Bewegung (natürlich wieder mal durch den KB) und zum anderen auf **„Positionen der Fortschrittsfeindlichkeit“** in der Bewegung. Unabhängig von unserer abweichenden Meinung zu diesen Punkten wollen wir erst einmal klar sagen, daß es völlig idiotisch ist, den Rückgang der Bewegung ausgerechnet auf diese Punkte zurückzuführen.

Schon zu einem Zeitpunkt, wo die Mehrheit der Bewegung noch in der Illusion befangen war, relativ rasch und ungebrochen den Bau von AKWs „praktisch verhindern“ zu können, haben wir darauf hingewiesen, daß sich eine solche Bewegung überhaupt nicht gradlinig und ohne Rückschläge entwickeln k a n n . Ermüdungserscheinungen sind in jeder Bewegung normal, zumal nachdem angesichts der riesigen Polizei-Aufmärsche die Illusion von der raschen „praktischen Verhinderung“ des Atomprogramms weithin in Resignation umgeschlagen war.

Aber zurück zu den beiden Punkten, die die „KPD“ als Ursachen des Rückgangs der Bewegung ausgeben möchte. Geht man an die Sache ernsthaft heran, so erscheint es kaum vernünftig, gegen Atomkraftwerke zu demonstrieren, aber die Existenz mehrerer Tausend Atomsprengköpfe in der BRD, von denen keine geringere Gefahr ausgeht, auszuklammern. Ebenso scheint es nicht vernünftig, wenn man das Atomprogramm des BRD-Imperialismus einseitig n u r unter wirtschaftlichen Aspekten angreift und den Aspekt der m i l i t ä r i s c h e n Nutzung (z.B. Herstellung eigener Atomwaffen) künstlich übergeht.

Die „KPD“ gibt sich scheinheilig besorgt, daß die Einbeziehung dieser Problematik die Bewegung einengen könnte. Diese Sorge ist ganz unbegründet und wohl auch nicht echt. Denn es ist doch nicht zu übersehen, daß selbst breite kleinbürgerliche Sektoren der Bewegung, mit denen in der Frage der Besetzung der Bauplätze keine Einigkeit zu erzielen war, sehr wohl gegen Atomsprengköpfe und Neutronenbombe Stellung beziehen. Nein, es ist in erster Linie die „KPD“ s e l b s t, die diese Themen unbedingt aus der Anti-AKW-Bewegung heraushalten möchte. **Logisch, da sie nicht bloß den Kampf gegen die Atomwaffen auf westdeutschem Boden ablehnt, sondern sogar eine „eigene“ Atomstreitmacht der westeuropäischen Staaten befürwortet.** Davon soll das rrradikale Gekreisch und Herumgefuchtel der „KPD“ ablenken, aber gerade in diesem Punkt muß mehr und mehr Farbe bekannt werden.

Die „KPD“ schreibt jetzt in der „Roten Fahne“, daß **die Almelo-Demonstration** ein Rückschlag gewesen sei, weil die Abrüstungsproblematik hineingetragen worden sei. Getue! Der springende Punkt bei der Sache ist doch d e r, daß die chinesische Propaganda gerade Almelo als besonders lobenswertes Beispiel westeuropäischer Zusammenarbeit im Kampf gegen den „Sozialimperialismus“ herausstellt. Um die Wahrheit zu sagen: Die g a n z e Almelo-Aktion hat der „KPD“ von vornherein überhaupt nicht geschmeckt. Aber so frei heraus mag die „KPD“ das natürlich nicht zugeben. Dann schon lieber ein Eiertänzchen.

Sehr viel Raum widmet die „Rote Fahne“ dem angeblichen zweiten Grund des Rückgangs, nämlich der ihrer Meinung nach in der Bewegung verbreiteten **„Fortschrittsfeindlichkeit“**. Auch in dieser Frage zeigt sich klar die chinesische Handschrift. Erstens weiß man ja, daß in den letzten Monaten haufenweise Kontakte zwischen chinesischen und westeuropäischen Stellen über eine atomare Zusammenarbeit stattgefunden haben. Und zweitens hat die chinesische Propaganda sich inzwischen unmißverständlich über die Segnungen der Atomkraft für die Entwicklung der Produktivkräfte und für den Kampf gegen den Sozialimperialismus ausgelassen. Das m u ß t e ja irgendwann auch ein öffentliches Echo in der „KPD“ geben. Diese Frage hat innerhalb der „KPD“ schon Diskussionen und Unbehagen ausgelöst; die „Rote Fahne“ kündigt jetzt an, daß sie darauf demnächst ausführlicher eingehen will, auch Leserbriefe zum Thema sollen dann abgedruckt werden.

Vorweg gibt die „KPD“ in der „Roten Fahne“ vom 31. Mai schon mal zu bedenken: *„Es liegt nicht an unserer Haltung zur Atomenergie a n s i c h, daß wir dem Atom-Programm der Schmidt-Regierung entgegentreten. Denn die Atomenergie ist eine P r o d u k t i v k r a f t, die s i c h e r in der einen oder anderen Form für die Energiegewinnung der Menschheit in der Zukunft eine Rolle spielen wird“*. Dies nicht zu sehen, sei „fortschrittsfeindlich“. Gemeint ist damit vorerst: **AKW's im Kapitalismus oder „Sozialfaschismus“ (Sowjetunion, DDR etc.) NEIN – aber AKW's in China JA.**

V o r e r s t, wohlgemerkt, denn stehenbleiben wird die „KPD“ dabei nicht. Das deutet jetzt die „Rote Fahne“ schon an, indem sie dazu aufruft, **„den Kräften entgegen(zu)treten, die direkt o d e r i n d i r e k t das Atommonopol der Supermächte unterstützen“**. Zum besseren Verständnis dieses Aufrufs schreibt die „Rote Fahne“: *„.... Am meisten käme es den Vorstellungen der Sozialimperialisten entgegen, wenn jede Form von Forschung, weiterer Entwicklung von A t o m t e c h n o l o g i e, verhindert würde (ausgenommen in der Sowjetunion selber, versteht sich). Kommt einer solchen Politik eine generelle Fortschrittsfeindlichkeit nicht gerade zupaß? Ist es verwunderlich, daß die DKP-Führer sich den kleinbürgerlichen Traum vom 'zurück zur Natur' zunutze zu machen versuchen?“*

Auch diese Sätze scheinen mehr zu f r a g e n, als daß sie wirklich schon klare Antworten geben würden. Trotzdem kann man schon erkennen, wo die „KPD“ damit hin will: Ein bißchen weitere Entwicklung der Atomtechnologie muß man dem BRD-Imperialismus schon zugestehen – sonst ist man „fortschrittsfeindlich“ und nutzt nur dem „Sozialimperialismus“. Was das aber nun für die Anti-AKW-Bewegung g e n a u bedeuten soll, bleibt im Moment noch offen. *„In der nächsten Zeit“*, so vertröstet die „Rote Fahne“, werde man sich *„eingehender mit den Fragen einer m a t e r i a l i s t i s c h e n Haltung zur Frage der Energiegewinnung auseinandersetzen“*.

Wer die „KPD“ und ihr Verhältnis zu den neuen chinesischen Machthabern kennt, ist freilich nicht auf Rätselraten angewiesen: **Das Endziel der „KPD“ ist durch die chinesische Propaganda schon vorgegeben. Es ist die stillschweigende Unterstützung oder offene Befürwortung des westdeutschen Atomprogramms** als Beitrag zur internationalen Einheitsfront gegen den Sozialimperialismus. Alles, was die offizielle „KPD“ sonst noch zu diesem Thema sagen mag, ist Lug und Trug. Es dient dem taktischen Herankommen an die zukünftige „korrekte Haltung“, die längst in der „KPD“-Spitze beschlossen worden ist und die jetzt Zug um Zug in der „KPD“ durchgesetzt werden soll. Daß das nicht leicht sein wird und daß es dabei Verluste geben wird, kann man sich vorstellen. Auch in der Anti-AKW-Bewegung wird sich diese neue „materialistische“ und „antihegemonistische“ Linie der „KPD“ zum imperialistischen Atomprogramm gar nicht gut machen. Da nutzt dann auf die Dauer auch das schönste rrradikale Gebrüll nichts mehr.

Ungeheuerlich: „KPD“ – Semler ist anderer Meinung als Hua und Deng!

Auf einer Veranstaltung in Münster zum Thema „China nach Mao“ gab Christian Semler, Vorsitzender des ZK der „KPD“, seinen etwa 120 erstaunten Zuhörern bekannt, daß die „KPD“ in der Frage der Nutzung der Kernenergie durch die BRD **„anderer Ansicht“** sei als die KP Chinas. In der „Peking Rundschau“ Nr. 15 waren in einem zweiseitigen programmatischen Artikel die Bemühungen der EG-Imperialisten um eine unabhängige Kernenergiepolitik gewürdigt und insbesondere das wahnwitzige Projekt der Schnellen Brüter bejubelt worden (s. AK 129, S.57). Semler seinerseits würdigte den von der KP Chinas „völlig richtig betonten Aspekt der Notwendigkeit, das Atommonopol der beiden Supermächte zu durchbrechen“. **Abzulehnen sei aber der von den Chinesen begrüßte Bau von Atomkraftwerken auf bundesdeutschem Boden.** Denn – so Vorsitzender Semler – wegen des drohenden Aggressionskrieges des Sozialimperialismus gegen die BRD und Westeuropa würden AKWs „schlafende Atombomben“ darstellen. Das scheint mittlerweile das einzige Argument (zumindest aber das Hauptargument) der „KPD“ gegen AKWs zu sein.

Die Position der „KPD“ – AKWs in der BRD nein; Export von Atomanlagen nach Brasilien, Iran und Südafrika ja – ist nicht nur verbrecherisch, sondern auch in sich widersprüchlich und unlogisch. Jeder Reaktionär, dem man das Eingeständnis abringen kann, daß AKWs für die Energieversorgung in der BRD überhaupt nicht notwendig sind, kommt doch im nächsten Augenblick mit dem Argument, daß im Interesse der „Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft“ auf dem Weltmarkt AKWs wohl oder übel doch gebaut werden müssen: denn wer kauft schon Atomanlagen bei jemandem, der die Dinger aus Sicherheitsgründen selbst nicht benutzt und den Beweis schuldig bleibt, daß sie auch funktionieren?! Da den Vertretern der „Drei-Welten-Theorie“ (sowohl Hua als auch Semler) die Wettbewerbsfähigkeit des BRD-Imperialismus (sprich: das „Durchbrechen des Atommonopols der Supermächte“) durchaus am Herzen liegt, ist die uneingeschränkte Unterstützung des BRD-Atomprogramms durch die Führung der KP Chinas natürlich viel konsequenter als die Einerseits - Andererseits - Position der „KPD“. Fraglich ist auch, ob die chinesischen AKW-Befürworter auf die Dauer für die Abweichungen der „KPD“ Verständnis aufbringen.

Gelegenheit, die noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten beizulegen, wird sich bald bieten: wie Semler auf der Veranstaltung bekanntgab, wird er demnächst erneut in die VR China reisen.

Ein Genosse aus Münster

Was die „KPD“ verschweigt

Vom 20. bis 23. Mai fand in Lissabon eine sogenannte **"Konferenz gegen die Bedrohung durch den russischen Sozialimperialismus"** statt. Diese Konferenz, zunächst schon für Januar angekündigt, war mehrmals verschoben worden. Initiator der Konferenz war die rechtsradikale "PCP/ML"(Portugal); auch die mit der "PCP/ML" seit Jahren eng verbundene "KPD" hatte sich sehr für das Zustandekommen der Konferenz eingesetzt.

Betrachtet man auf der einen Seite dieses Engagement der "KPD", so ist es einigermaßen erstaunlich, daß schließlich über den Konferenz-Verlauf, über die Teilnehmer usw. in der "Roten Fahne" (31.5.) nur mit höchst dürren Worten "informiert" wurde: Unter den Teilnehmern seien *"u.a. auch Marxisten-Leninisten aus ... "* (folgt Aufzählung der Länder) **gewesen; an sonstigen ausländischen Teilnehmern werden nur Grigorenko und ein weiterer Dissident aus der Sowjetunion erwähnt; aus der BRD seien „u.a.“ verschiedene Vertreter der „KPD“ in unterschiedlichen Kostümierungen (für die „Liga gegen den Sozialimperialismus“ usw. usf.) dagewesen. Schluß der „Information“!**

Dankenswerterweise informiert uns aber die "Neue Welt" (27.5.), Zeitung des rechtsradikalen Provokateuerstrupps "Marxisten-Leninisten Deutschland", wer "u.a." s o n s t noch so da war. Und wenn man sich die Liste ansieht, versteht man schon, warum die "Rote Fahne" ihren Lesern d a s gern verschweigen möchte. Also, los geht's:

- Zuerst mal waren die "**MLD**" auf der Konferenz offiziell vertreten durch ihren Boß **Heiner Hügel**.
- Die "**Marxisten-Leninisten in der Bundesrepublik Deutschland**" ("**Neue Deutsche Zeitung**"), eine ähnliche Gruppe wie die "MLD", war als Beobachter vertreten.
- **Cornelia Gerstenmaier gehörte dem Präsidium der Konferenz an.** Sie leitet die Redaktion der deutschen Ausgabe des "**Kontinent**", einer auf rechtsaußen angesiedelten Dissidentenzeitschrift, die insbesondere mit Springer und Löwenthal eng zusammenhängt. Cornelia Gerstenmaier war bis Februar Vorsitzende der "**Gesellschaft für Menschenrechte**", deren Verbindungen weit in den rechtsradikalen Sumpf hineinreichen.
- **Hans-Herbert Holzammer** (CDU, Journalist der "Welt"),
- **Wolfgang Höpker** (von der rechtsstehenden "Deutschen Zeitung"),
- **Ulrich Mathee** (CDU, Professor in Kiel

An ausländischen Teilnehmern sind u.a. zu nennen:

- **Massimo De Carolis** (vom rechtsradikalen Flügel der italienischen Christdemokraten), **Mitglied des Präsidiums der Konferenz**,
- **Jose Maria Sabater**, Vertreter der spanischen Carlisten,
- **Jean-Marie Daillet** und **Raymond Dronne**, rechtsstehende französische Parlamentarier,
- Vertreter von **UNITA** und **FNLA** (proimperialistische Söldnerbanden gegen Angola) als Beobachter,
- ein diplomatischer Vertreter Zaires als Beobachter.

Die "Neue Welt" berichtet außerdem - was die "Rote Fahne" gleichfalls ängstlich verschweigt - daß auf der Konferenz mit den Stimmen der "KPD" drei Resolutionen angenommen worden seien (die die "Neue Welt" auch abdruckt), nämlich über die *"russische imperialistische Bedrohung"*, über Angola und *"zur UdSSR und Osteuropa"*. Zwei besonders hervorzuhebende Punkte: In der Resolution zu Angola wird die Solidarität mit UNITA und FNLA im Kampf gegen das angolanische Volk ausgedrückt und gefordert, daß auch die *"Regierungen von Europa"* diesen Kampf unterstützen müßten. In der Hauptresolution wird u.a. gefordert, die europäischen Länder müßten **"ihre Kräfte im Kampf gegen den Terrorismus koordinieren"**. Wie gesagt, die "Neue Welt" behauptet, daß die "KPD" auch dieser Resolution zugestimmt habe. Ist das der "Roten Fahne" ein Dementi wert? Oder wird die "KPD" sich wieder einmal mit Schweigen über diese Bloßstellung hinwegzuretten versuchen?

Die "MLD" haben bereits anläßlich des Breschnew-Besuchs öffentlich angekündigt, daß sie sich um Gespräche auf Leitungsebene mit der "KPD" bemühen wollen. Was dies angeht, gibt die "Neue Welt" sich sehr zuversichtlich: *"... Zwar ist das Eis zwischen unseren Organisationen noch nicht gebrochen, aber wir glauben, daß es anfängt, zu tauen. Beide Organisationen stimmten in der Schlußresolution und den anderen Resolutionen überein, und damit besteht auch heute schon eine Plattform für eine Zusammenarbeit zwischen KPD und MLD ..."*

Das klingt vernünftig, sollte man meinen. Verständlich aber auch, daß sich die "KPD" noch ziert, sich unter den Augen der linken Öffentlichkeit der BRD mit Leuten zusammenzusetzen, deren Anliegen u.a. die bundesweite Ausdehnung der CSU ist und die auch die Zusammenarbeit mit offenen Faschisten (wie dem Tübinger HTS) nicht scheuen.

Die "KPD"-Fürsten sind zugegebenermaßen in keiner beneidenswerten Lage: Da sollen sie in Lissabon antihegemonistische Einheitsfront spielen (damit Hua zufrieden ist) und zu Hause in der BRD darf's keiner wissen, mit w e m man da zusammengekunkelt hat. Und da sollen sie ihre Organisation endlich voll auf den von der chinesischen Fürhung geforderten Kurs bringen (siehe z.B. auch in Sachen AKW's), aber möglichst ohne daß ihnen ihr ganzer Laden auseinanderkracht. Kein leichtes Geschäft, fürwahr. Am Ende wird es wohl ohne Auseinanderkrachen oder zumindest große Verluste nicht abgehen. Erfreulich.

